

Matthias Munko

DAS BEDINGUNGSLOSE GRUNDEINKOMMEN

PÄDAGOGISCHE VERMITTLUNG
EINES NEUEN PARADIGMAS



*vorgelegt als Dissertationsschrift an der Fakultät für
Erziehungswissenschaft
an der Universität Bielefeld*

Veröffentlichung: Januar 2015

gewidmet

den Kindern

Romy, Lilo und Emily

Inhaltsverzeichnis

Vorwort.....	11
Einleitung.....	15
1 Sozialwissenschaftliche Vorüberlegungen	27
1.1 Individuum und Gesellschaft nach Hollis.....	27
1.2 Das bedingungslose Grundeinkommen als Zusammenführung sozialer Problemkarrieren nach Schetsche	32
1.3 Theoretischer Hintergrund.....	38
1.3.1 Kuhn und seine Bestimmung des Paradigma	40
1.3.2 Paradigmen in den Gegenständen der Sozialwissenschaften	43
1.3.3 Pädagogischer Bezug.....	46
1.3.4 Exkurs I: Globalisierung und Grundeinkommen	49
1.3.5 Exkurs II: Historischer Überblick von der Aufklärung bis heute.....	52
1.3.6 Fazit	55
2 Veränderungsprozesse	57
2.1 Typen von Veränderungsprozessen	57
2.1.1 Krisen.....	58
2.1.1.1 Krise bei Thomas S. Kuhn.....	58
2.1.1.2 Weitere Krisenuntersuchungen.....	60
2.1.1.3 Wirtschaftspolitische Krisen	61
2.1.1.4 Entwicklungspsychologische Krisen....	63
2.1.1.5 Krisen aus soziologischer Sicht.....	65
2.1.1.6 Zusammenfassung	66
2.1.2 Revolutionen	66
2.1.2.1 Politische Revolution	67
2.1.2.2 Soziale Revolution.....	69

2.1.2.3	(Wissenschaftliche) Revolution bei Thomas S. Kuhn	71
2.1.2.4	Zusammenfassung	73
2.1.3	Katastrophen	74
2.1.3.1	Soziologie der Katastrophe	74
2.1.3.2	Technische Katastrophen	76
2.1.3.3	Zusammenfassung	76
2.1.4	Entdeckungen/Erfindungen.....	77
2.1.4.1	Entdeckungen/Erfindungen bei Thomas S. Kuhn	77
2.1.4.2	Weitere Definitionen.....	80
2.1.5	Zusammenfassung	81
2.1.6	Fazit	82
2.2	Historische Veränderungsprozesse.....	84
2.2.1	Einführung des Frauenwahlrechts	84
2.2.1.1	Fazit	93
2.2.2	Der Fall der Berliner Mauer.....	93
2.2.2.1	Fazit	97
2.2.3	Zusammenfassung und Ausblick	98
3	Pädagogischer Vermittlungsprozess.....	101
3.1	Zum Pädagogischen einer Grundeinkommenspädagogik.....	101
3.2	Legitimations- und Wirkungsproblematik des Pädagogischen	105
3.3	Pädagogische Interpretationsmöglichkeiten des Pädagogischen	109
3.3.1	Die freischwebende Rhetorik.....	109
3.3.2	Selbst- oder Fremdverpflichtung auf das Unmögliche.....	110
3.4	Fazit.....	111
3.5	Pädagogischer Vermittlungsprozess	112

3.6	Probleme einer Argumentationsanalyse in der Erziehungswissenschaft.....	114
4	Methodik	117
4.1	Prämissen.....	121
4.2	Stützungen.....	123
4.3	Zur Topik	125
4.4	Postmoderne argumentationstheoretische Betrachtungen	128
4.5	Problem der Gewichtung von Argumenten.....	133
4.6	Fazit und Ausblick.....	137
5	Textanalyse und Interpretation von Grundeinkommenspädagogiken	141
5.1	Karl Marx und Friedrich Engels und der Kommunismus	141
5.1.1	Klassifikation (Bereichsspezifik) der Argumente bei Marx und Engels.....	168
5.1.2	Zusammenfassung	168
5.2	Joseph Popper-Lynkeus und die Allgemeine Nährpflicht.....	173
5.2.1	Klassifikation (Bereichsspezifik) der Argumente von Popper-Lynkeus.....	207
5.2.2	Zusammenfassung	207
5.3	Rudolf Steiner und die soziale Dreigliederung.....	209
5.3.1	Klassifikation (Bereichsspezifik) der Argumente bei Steiner.....	244
5.3.2	Zusammenfassung	244
5.4	Erich Fromm und der Humanismus	246

5.4.1	Klassifikation (Bereichsspezifik) der Argumente bei Fromm	306
5.4.2	Zusammenfassung	306
5.5	Wohlgenannt/Büchele und das Grundeinkommen..	308
5.5.1	Klassifikation (Bereichsspezifik) der Argumente von Wohlgenannt/Büchele.....	327
5.5.2	Zusammenfassung	327
5.6	André Gorz und die Bedingungslosigkeit	329
5.6.1	Klassifikation (Bereichsspezifik) der Argumente bei Gorz.....	377
5.6.2	Zusammenfassung	377
5.7	Götz Werner und das bedingungslose Grundeinkommen	379
5.7.1	Klassifikation (Bereichsspezifik) der Argumente bei Werner	414
5.7.2	Zusammenfassung	415
6	Betrachtung der Ergebnisse	417
6.1	Zur Bereichsspezifik	417
6.2	Bereichsspezifische Topik aller Argumente	417
6.3	Bereichsspezifische Topik der Pro-Argumente.....	423
6.4	Klassische Gegenargumente eines bedingungslosen Grundeinkommens.....	424
6.4.1	Typen von Argumenten (Contra).....	425
6.4.2	Abwägung der Gewichte von Gegenargumenten und Argumenten der Gesamttopik.....	426
6.5	Bereiche ungenügender Argumente.....	429
6.5.1	Beispiel Bereich Natur/Nachhaltigkeit.....	430
6.6	Auswertung der Stützungen.....	431

7	Kritische Diskussion des eigenen Ansatzes	433
7.1	Plausibilität gegenüber Gegenargumenten.....	435
7.2	Zum Analogieschluss einer Implementation im 21. Jahrhundert.....	437
7.3	Exkurs: Bisherige empirische Rückgriffmöglichkeiten	438
8	Ausblick auf Anwendungen.....	441
8.1	Situationsbedingte Gewichtsveränderung.....	442
8.2	Kontext gegenwärtiger Rahmenbedingungen.....	443
8.3	Inklusion von Menschenrechten	444
8.4	Inkaufnahme rückläufiger Momente.....	446
8.5	Über das bedingungslose Grundeinkommen hinausführende Argumente	447
8.5.1	Argumente zur Veränderung des Geldsystems und Finanzmarktes.....	448
8.5.2	Argumente für eine Entstigmatisierung.....	449
8.5.3	Argumente für eine weitere Emanzipation von Frauen.....	450
	Nachwort	451
	Literaturverzeichnis	453
	Gesamtindex der Argumente.....	469

Vorwort

Das Titelbild¹ zeigt einen Stich von Hablot Browne mit dem Titel „Die Maschinenstürmer“ aus dem Jahre 1844. In weiten Teilen Europas sah sich das Proletariat zur Zeit der ersten industriellen Revolution damals gezwungen, sich den enormen Produktionsfortschritten, durch die Erfindung der Dampfmaschine beschleunigt, entgegen zu setzen. Vor allem in der Weberindustrie, durch die Entwicklung von Dampfstühlen, hatten die Weber damals nichts entgegensetzen als den verzweifelten Versuch, die ihre Arbeitsplätze und damit ihre Existenzgrundlage ersetzenden neuen Maschinen zu zerstören. Ein historisches Phänomen der durch technische Innovation bedingten hohen Arbeitslosigkeit und damit einhergehender Armut. Der Stich von Browne ist Sinnbild für den Beginn der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung. Er erinnert einerseits an eine Zeit von über 150 Jahren der mühsamen Erkämpfung von Arbeitnehmerrechten und animiert andererseits zur Reflexion des noch jungen Phänomens des Abbaus von Arbeitnehmerrechten vor allem nach der Agenda 2010, hier insbesondere die Ermöglichung der Bedingungen für den krassen Zuwachs des Zeit- und Leiharbeitsmarktes, der für Betroffene eben jene mühsam erkämpften Rechte wie Kündigungsschutz oder Lohnfortzahlung im Krankheitsfall außer Kraft gesetzt hat.

Der Stich von Browne ist Sinnbild für den Maschinensturm Mitte des 19. Jahrhunderts und scheint Parallelen zur heutigen Zeit aufzuwerfen. Auch heute stehen wir ähnlichen Phänomenen gegenüber. Heute sind die Menschen mit der mikroelektronischen Revolution konfrontiert. Nicht nur Maschinen und Automaten, sondern Roboter und computerbasierte Regelsysteme nehmen dem Menschen sehr viel Arbeit ab. Ein Maschinensturm heutiger Zeit müsste sich vielleicht gegen Fahrkartenautomaten richten, an deren Stelle vorher Menschen saßen, die die Fahrkarten verkauften. Oder gegen Waschautomaten und Spülmaschinen, um Wäsche und Geschirr wieder von Hand waschen zu lassen. Vielleicht auch gegen die hocheffizienten Produktionsstraßen und die mit Schweiß-Robotern ausgestattete Autoindustrie, um wieder Schweißer beschäftigen zu können. Unter anderen hat Jeremy Rifkin auf diese Probleme hingewiesen. In seinem Buch „Das Ende der Arbeit und seine Zukunft“ (1995) prognostiziert er dramatische Veränderungen hinsichtlich der zukünftigen Arbeitsgesellschaft und spricht von „technologischer Arbeitslosigkeit“ (vgl. 34f). War in den 80er Jahren noch von den

¹ Bildnachweis: „Die Maschinenstürmer“, Stich von Hablot Browne, Fotograf: Time Life Pictures, © Getty Images

drei Sektoren, dem ersten Sektor der Landwirtschaft, dem zweiten Sektor der Industrie und dem dritten Sektor der Dienstleistung die Rede, so haben sich bis dato die Sektoren umgewandelt. Die Dienstleistungsgesellschaft markiert nun einen ersten Sektor, während Industrie und Landwirtschaft jeweils immer weiter abnehmen.

Arbeit begleitet seit jeher den Menschen und wurde nicht selten seit dem Sündenfall als dem Menschen auferlegte Last gedeutet. An Arbeit gekoppelt ist in der Selbstversorgung die Ernte, in der Fremdversorgergesellschaft das Einkommen. Jeder Mensch braucht ein Einkommen, sonst könnte er nicht existieren. Aus der Geschichte heraus scheint sich ein Bewusstsein zu entwickeln, dass Arbeit und Einkommen zwei verschiedene Dinge meinen.

Die vorliegende Arbeit orientiert sich an einer historischen Linie, die zu eben jener Zeit des Maschinensturms mit Karl Marx seinen Anfang nimmt und die Entwicklung der Grundeinkommensbewegung bis nach der Agenda 2010 nachzuzeichnen versucht. Die Idee zu dieser Arbeit ist im langjährigen Kontakt mit Herrn Prof. Dr. Paschen an der Universität entwickelt und vor allem durch meine langjährigen persönlichen Erfahrungen in der beruflichen Zusammenarbeit mit KlientInnen im SGB-II-Bereich angespornt worden. Durch mein früheres Studium der Politikwissenschaften im Rahmen des Studiengangs Lehramt an Sonderschulen war ich für Verfassungsrecht und Grundgesetzgebung sensibilisiert worden und nahm in meinem beruflichen Umfeld des SGB-II-Bereichs zunehmend Widersprüche und Kontroversen zwischen der Sozialgesetzgebung und der Verfassung wahr. Die Rechte von sogenannten ALG-II-EmpfängerInnen schienen mir zunehmend in Bezug zur deutschen Verfassung eingeschränkt zu sein. Dies betraf vor allem die Würde (Art. 1 GG) und die freie Entfaltung der Persönlichkeit (Art. 2 GG), aber auch den Anspruch von Müttern auf Schutz und Fürsorge (Art. 6 GG), die Freizügigkeit (Art. 11 GG) und die Unverletzlichkeit der Wohnung (Art. 13 GG). Ich habe in meiner beruflichen Tätigkeit unzählige Mütter kennenlernen dürfen, durch die ich den Eindruck gewann, dass sie weder geschützt noch befürsorgt, sondern im Gegenteil unter Sanktionsandrohungen in ihrer „Funktion“ als Mutter eher noch zusätzlich belastet worden sind. Abgesehen von der „unerlaubten“ Freizügigkeit im SGB-II-Bereich, ein Verlassen bzw. geplantes Ausreisen aus der Wohngegend muss unverzüglich dem Sozialamt mitgeteilt werden, habe ich viele KlientInnen kennenlernen und befragen können, die von sogenannten Sozialdedektiven heimgesucht und deren Wohnungen durch jene inspiziert worden waren.

All diese Erfahrungen haben mich letztlich nicht ruhen lassen, mich mit der Thematik des bedingungslosen Grundeinkommens weiter zu beschäftigen. Dies hat schlussendlich zu meiner These geführt, dass es unweigerlich zu weiteren sozialpolitischen Fortschritten kommen

müsste, wenn Deutschland sich weiterhin an einem historisch „hart“ erkämpften Grundgesetz orientieren will. Die vorliegende Arbeit mit Vorreitern und Vordenkern des bedingungslosen Grundeinkommens mit ihren Argumenten als jeweilige Stellvertreter für ihre Zeit ist nun das Ergebnis der langjährigen Auseinandersetzung mit der Zukunft des Sozialstaates, dessen Wurzeln seinerzeit in Deutschland gelegt worden sind. Die Auseinandersetzung mit dem bedingungslosen Grundeinkommen war und ist für mich persönlich eine Herausforderung, oder um es mit den Worten von Götz Werner zu sagen, sie ist „sehr anstrengend“. Aus erziehungswissenschaftlicher Perspektive hat sich mein Interesse vor allem hinsichtlich des Vermittlungsprozesses des Themas des bedingungslosen Grundeinkommens herauskristallisiert. Bei der Beschäftigung mit dem Implementationsprozess eines solchen neuen Paradigmas in den gesellschaftlichen Diskurs ist mit dieser Arbeit eine umfassende Argumentesammlung entstanden, die den Diskurs um die Zukunft des Sozialstaates oder gar der sozialen Marktwirtschaft, wie sie einst von Ludwig Erhardt, im Übrigen Jahre vor seiner Einführung noch zu Zeiten des Nationalsozialismus (seinerzeit als utopisch) entwickelt worden war, weiter befruchten will.

An dieser Stelle möchte ich vor allem Prof. Dr. Harm Paschen für die langjährige Unterstützung und Begleitung dieser Dissertation danken. Gleichsam einer pädagogischen Mäeutik, der Hebammenkunst, ist es ihm gelungen, die verborgenen Wissensbestände aus mir herauszulocken, die ich niemals von selbst hätte hervorbringen können. Mein weiterer Dank gilt ebenso Herrn Prof. Dr. Treumann, der sich bereit erklärt hat, nicht nur als Zweitgutachter zu fungieren, sondern welcher entscheidende Verbesserungsvorschläge, vor allem als erfahrener Methodiker eingebracht hat. Außerdem bin ich den KollegInnen des Profilingbüros und Bewerbungscenters in Minden Westfalen zu Dank verpflichtet, die meine langjährigen kritischen Ausführungen zum Sozialsystem lange erduldet und mitgetragen haben. Vor allem dem Chef und Gründer des Profilingbüros Olaf Glaser sei hier gedankt, der mich in meinen zahlreichen Arbeitsmarktschulungen mit dem Fokus des bedingungslosen Grundeinkommens hat gewähren und mich entwickeln lassen. Dies wäre natürlich nicht ohne der Hunderten von KlientInnen des Bewerbungscenters möglich gewesen, denen ich für ihre zahlreichen Rückmeldungen und kritischen Hinweise ebenfalls zu Dank verpflichtet bin. Außerdem müssen natürlich alle Verwandte, insbesondere meine Eltern, und Freunde erwähnt werden, die mich in jeglicher Hinsicht unterstützt haben und sich nicht haben ermüden lassen durch meine ständigen Konfrontationen mit der Thematik des bedingungslosen Grundeinkommens. Auch sie sind in all den Jahren an diesem Thema mit gewachsen, so jedenfalls mein Eindruck. Selbstverständlich sei den vielen Korrekturlesern, insbesondere Astrid Ringler und Markus Arens gedankt, die mich auf alle möglichen Fehler und Widersprüche aufmerksam ge-

macht haben. Joachim Weidner hat unbezahlbare Dienste hinsichtlich der Formatierung und VBA-basierter Auswertung geleistet, insbesondere durch die Ermöglichung der Index-Verzeichnisse ist die Arbeit erst übersichtlich sinnvoll geworden. Ohne seine Hilfe wäre eine vernünftige Druckvorlage undenkbar gewesen und bei ihm möchte ich mich hier nochmals gesondert bedanken.

Einleitung

Die Würde des Menschen ist unantastbar! Dieser so oft lapidar erwähnte Grundsatz des Artikels 1 der Verfassung Deutschlands (vgl. GG Art. 1, Abs. 1) bringt sozial-politische Brisanz mit sich. Die Differenz in einem der wohlhabendsten Länder der Welt, in der die Armut, insbesondere die Kinder- und Altersarmut rapide ansteigt, ist nicht mehr nur für eine kleine Minderheit der Bevölkerung spürbar. Längst scheinen davon nicht mehr nur Erwerbsarbeitslose, sondern zunehmend auch in Vollzeit Beschäftigte betroffen zu sein. Wie kann eine Gesellschaft möglichst sozial gerecht gestaltet werden, so dass alle Mitglieder der Gemeinschaft auch davon profitieren?

Im April 2010 hat Finanzminister Schäuble bekundet, dass pro Person und Jahr in Deutschland ca. 12500 Euro an Sozialkosten anfallen². Die Frage eines Rechts nicht nur auf Arbeit, sondern darüber hinaus auf ein von Erwerbsarbeit unabhängiges Recht auf Einkommen scheint keine Frage mehr des „Ob“, sondern eine Frage des „Wie“ und „Wann“ zu sein.

Ist die Würde des Menschen dadurch gekennzeichnet, dass dem Bürger ein Existenzminimum in einer Höhe gewährt wird, dass er nicht verhungern muss? Oder bedeutet Würde im 21. Jahrhundert nicht wesentlich mehr, vor allem die Ermöglichung einer gesellschaftlichen Teilhabe, die jedem Bürger unabhängig von Erwerbsarbeit garantiert sein sollte?

Die Antworten auf diese gesellschaftspolitischen Fragen scheinen sich nicht nur deutschland-, sondern auch europa- und weltweit immer mehr herauszukristallisieren und zunehmend in der Übereinstimmung und Forderung nach einem bedingungslosen (oder zunächst auch partiellen) Grundeinkommen für alle Bürger einer Gemeinschaft zu münden. Alle bisherigen politischen Bemühungen, die aktuelle soziale und auch wirtschaftspolitische Krise zu meistern, wie die Idee von Konsumgutscheinen, einem einmaligen Kindergeldzuschuss, der Abwrackprämie, des Eltern-, Erziehungs- und Betreuungsgeldes sowie die Einführung von Bildungsgutscheinen und -prämien, scheinen Schritte in Richtung „Grundeinkommen“ zu sein, die jedoch immer an höchst bürokratisch lähmende Verwaltungsformen gebunden sind.

Was ist ein bedingungsloses Grundeinkommen?

² Vgl. <http://www.wolfgang-schaeuble.de/index.php?id=37&textid=1366&page=2>, Stand: 07.11.2012

Angesichts der politischen Bandbreite und einer Vielzahl unterschiedlichster Modelle erscheint eine allgemeingültige Definition Schwierigkeiten zu bereiten. Summa summarum geht es dabei um ein sozialstaatliches Gesellschaftsmodell, welches sich als Alternative zum sozialstaatlichen Modell bismarckscher Prägung verstehen lässt. Die Bestrebungen und Bewegungen hin zu einer solchen neuen Gesellschaftsordnung unter der Maßgabe eines bedingungslosen Grundeinkommens scheinen in den letzten Jahren, insbesondere seit der Agenda 2010, an Zulauf zu gewinnen.

Aus erziehungswissenschaftlicher Perspektive wird hier ein Phänomen untersucht, das einen speziellen (gesellschaftlichen) Veränderungsprozess beschreibt, der einerseits pädagogisch initiiert ist und andererseits zugleich pädagogische Veränderungen nach sich zieht. Es wird also eine bestimmte Art der Veränderung auf ihre pädagogische Dimension hin untersucht. Insbesondere wird dabei der pädagogische Vermittlungsprozess des bedingungslosen Grundeinkommens unter dem Fokus der Argumentation betrachtet, die als den Veränderungsprozessen zugrunde liegenden entscheidenden Faktoren angenommen werden. Wie setzt sich ein neues Paradigma wie das des bedingungslosen Grundeinkommens in die Realität um, bzw. welche Faktoren stehen einer Durchsetzung im Wege? Wie wird eine solche Idee in den gesellschaftlichen Diskurs implementiert und wie wird diese Veränderung strategisch aufgezo- gen? Vor dem Hintergrund der pädagogischen Dimension wird hier versucht, auf diese Fragen mit einer Analyse näher zu kommen.

Es wird hier ferner davon ausgegangen, dass sich eine derartige Veränderung nicht nur auf Deutschland beschränkt, sondern in Europa bzw. weltweit an Bedeutung gewinnt. Der Fokus richtet sich insbesondere auf Deutschland, weil hier seit einigen Jahren darum ein enormer Diskurs-Zuwachs zu verzeichnen ist. Ein sich durch den Veränderungsprozess sich entwickelndes, innovatives sozialstaatliches Gesellschaftsmodell wird sich vor allem durch die Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens charakterisieren lassen, so hier angenommen. Ein bedingungsloses Grundeinkommen³, für das auch Begriffe wie Exis-

³ Liebermann (2012) präferiert eine feststehende Begriffsverbindung von „Bedingungsloses Grundeinkommen“. Er greift auf die „Großschreibung des Adjektiv“ zurück, „um herauszuheben, dass es sich um ein Schlagwort der öffentlichen Diskussion handelt. Es hat sich durch diese Debatte etabliert, ist begrifflich aber nicht prägnant genug, woher manche Missverständnisse rühren. Versuche, das Adjektiv bedingungslos durch 'garantiert' oder 'allgemein' zu ersetzen, führen indes auch nicht zu einer begrifflichen Schärfung“ (12). In dieser Arbeit wird vornehmlich die Begriffsverbindung „bedingungsloses Grundeinkommen“ verwandt.

tenzgeld, (solidarisches) Bürgergeld, basic income, garantiertes Grundeinkommen, Grundsicherung etc. stellvertretend verwandt werden, ist dabei als eine monetäre Zuwendung staatlicherseits an alle seine Bürger zu verstehen, welche diesen (monatlich) gewährt und als Bürgerrecht grundgesetzlich verankert sein wird.

Dass die Versorgung der Bürger mit ausreichend Einkommen in Form eines bedingungslosen Existenzgeldes allein nicht ausreicht, um einen Staat als sozial zu definieren, ist trivial. Finanzsysteme mit Zins-Zinseseffekten sowie die Konzentration des Kapitals auf immer weniger Menschen mit ihrer Konsequenz für die Mehrheit der Bevölkerung wären bei der Betrachtung der gegenwärtigen Krisenphänomene nicht weniger wichtig zu untersuchen.

Die Versorgung der Bürger mit ausreichend Kapital zur Sicherung ihrer Existenz ist jedoch notwendig, wenn auch nicht hinreichend. Die Bemühungen des innovativen Capability Approach mit ihren Hauptvertretern Amartya Sen und Martha Nussbaum, die Bedingungen für ein menschenwürdiges Dasein zu statuieren, sind ehrenwert und umfangreich, ohne die Einführung einer garantierten bedingungslosen Existenzsicherung für alle Bürger eines Staates blieben viele der ihrerseits zu schaffenden Voraussetzungen für ein menschenwürdiges Dasein, so hier vertreten, jedoch unerreichbar. Nussbaum (1995) beginnt jede Forderung der 11-Punkte-Liste ihrer Human Functional Capabilities mit „Being able to...“ (vgl. 83f). Ohne eine finanzielle Unabhängigkeit durch die Garantie einer bedingungslosen Grundsicherung jenseits staatlicher Reglementierung, scheinen viele ihrer erhobenen Forderungen jedoch weit utopischer zu sein, als die Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens, welches viele ihrer Forderungen erst im Gefolge ermöglichen könnte.

Ein bedingungsloses Grundeinkommen ist in Anlehnung an das Netzwerk Grundeinkommen⁴ durch folgende Merkmale gekennzeichnet:

⁴ Vgl. <http://www.grundeinkommen.info>, Stand 22.08.2011.

Einleitung

1. es ist existenzsichernd, d. h. in einer Höhe veranschlagt, die eine gesellschaftliche Teilhabe (auch ohne die Inanspruchnahme von Suppenküchen bzw. Tafeln)⁵ in Würde ermöglicht
2. es wird individuell ausbezahlt, d. h. es steht jedem Bürger unabhängig seiner Familienverhältnisse zu
3. es wird bedingungslos ausgezahlt, d. h. es ist an keinerlei Bedarfsprüfungen und Geltendmachung von Ansprüchen gekoppelt
4. es ist nicht gekoppelt an eine Erwerbsarbeit, d. h. es besteht kein Zwang zur (Erwerbs-)Arbeit, die Existenz wäre auch ohne einen Erwerbsarbeitsplatz gesichert.

Bis zu einer Durchsetzung eines solchen sozialstaatlichen Transfermodells ist ein öffentlicher Diskurs darum notwendig, der sich insbesondere seit der Agenda 2010 und der Einführung der Hartz-IV-Gesetzgebung enorm beschleunigt hat⁶. Die sich potenzierende Verbreitung des Themas, so in dieser Arbeit unterstellt, ist zurückzuführen auf Vermittlungsprozesse, hier insbesondere die Anführung von Argumenten, die als solche immer auch als pädagogische anzusehen sind⁷ und

⁵ Die Tafeln haben sich seit Gründung der ersten Berliner Tafel 1993 in Deutschland rasant ausgebreitet (derzeit bundesweit ca. 900) und gelten in diesem Zusammenhang als „systemstabilisierend“ des Status Quo, d.h. durch ihre Aktivität treten die bestehenden Armutsverhältnisse nicht so in den Vorschein. Gäbe es sie nicht, ist anzunehmen, dass die soziale Not in vielen Gegenden um Einiges größer zu Tage treten würde. Zur Verbreitung und über die Tätigkeiten von Tafeln vgl. folgende Filme: „Die Wiederkehr der Suppenküchen“ (2008) unter <http://www.youtube.com/watch?v=S3gILOoyG0>; „Schlange stehen für altes Brot“ (2010) unter <http://www.youtube.com/watch?v=DGU5wSK6uuY> und „Eine Tüte für einen Euro“ (2010) unter <http://www.youtube.com/watch?v=wxWnXGz2zUo>; Stand jeweils 16.09.2011.

⁶ So stand im Frühjahr 2006 eine relativ überschaubare Anzahl an Literatur zu der Thematik zur Verfügung. 2013 hingegen ist die Literatur sowie die Verbreitung über das Internet mit unzähligen Homepages derart gestiegen, dass, wenn auch nicht vom Beginn eines neuen Paradigmas, so doch von seiner Anwartschaft gesprochen werden kann. Im Rahmen von Diplomstudiengängen ist die Thematik auch von StudentInnen vermehrt aufgegriffen worden. Vgl. dazu z.B. die Diplomarbeiten von Burian (2006), Leitner (2007) und Löding (2007) sowie Schubert (2009).

⁷ Ob die Vermittlungen auch als pädagogische seitens der Vermittelnden reflektiert und als solche intendiert sind oder nicht, ist hier nicht von Belang, da bei Vermittlungsprozessen aus erziehungswissenschaftlicher Sicht, so hier unterstellt, immer auch unter pädagogischen Gesichtspunkten zu betrachtende Strategien einer jeden Vermittlung immanent sind. Schäfer (2005) hingegen kritisiert ein pädagogisches

sich historisch in ihrer Entwicklung darstellen lassen. Aus erziehungswissenschaftlicher Perspektive ist es daher sinnvoll und interessant, sich die Vermittlungsprozesse genauer anzuschauen. Überall da, wo vermittelt wird, wo Vermittlungen stattfinden, scheinen auch pädagogische Strategien eine Rolle zu spielen, die sich hier auf die Argumentationen speziell ausgewählter Vertreter richten. Ein sozialstaatliches Gesellschaftsmodell auf der Basis eines bedingungslosen Grundeinkommens, so hier eine Grundthese, scheint sich in Zukunft sukzessiv auf den bisherigen Grundlagen des derzeitigen Sozialstaats durchzusetzen. Zu einem solchen zukünftigen Zeitpunkt X, der sich sehr schnell ergeben, aber auch noch Jahrzehnte zu seiner (endgültigen) Umsetzung benötigen könnte, wird sich kritisch fragen lassen können, wie es überhaupt dazu gekommen ist⁸. Dieses kritische Nachfragen wird in dieser Arbeit vorweggenommen. Die pädagogischen Vermittlungsprozesse bzw. Argumentationen werden hier als Bedingung der Möglichkeit einer Umsetzung eines neuen Paradigmas und einem daraus resultierenden neuen Sozialstaatsmodell angesehen.

Habermas (1985) proklamierte bereits vor der Wiedervereinigung Deutschlands, dass die Entwicklung des Sozialstaats in eine Sackgasse geraten sei (vgl. 157). Der Ausgang der Erwerbsarbeit und der Mythos um die Vollbeschäftigung, welche heute immer noch in der Politik als programmatisches Ziel vertreten wird, machten die „arbeitsgesellschaftliche Utopie“ deutlich:

„Das reflexiv gewordene, nicht nur auf die Zähmung der kapitalistischen Ökonomie, sondern auf die Bändigung des Staates selbst gerichtete Sozialstaatsprojekt verliert freilich als seinen zentralen Bezugspunkt die Arbeit. Es kann nämlich nicht mehr um die Einfriedung einer zur Norm erhobenen Vollzeitbeschäftigung gehen. Ein solches Projekt dürfte sich nicht einmal darin erschöpfen, durch Einführung des garantierten Mindesteinkommens den Bann zu brechen, den der Arbeitsmarkt über die Lebensgeschichte *aller* Arbeitsfähigen verhängt – auch über das wachsende und immer weiter ausgegrenzte Potenzial derer, die nur noch in Reserve stehen. Dieser Schritt wäre revolutionär, aber nicht revolutionär genug“ (ebd., Hervorheb. im Original).

Man kann Habermas hier durchaus so verstehen, dass ein garantiertes Mindesteinkommen zwar schon ein entscheidender Schritt wäre, die

Pauschalisieren, wo Referenzpunkte generell immer schon als pädagogische vorausgesetzt werden: „Vielleicht entsteht aber eine solche nachträgliche Reflexion auch nur, weil andere die eigene Handlung problematisieren. Der pädagogische Sinn wäre dann nur eine nachträgliche Rechtfertigung – eine Rationalisierung, die nachträglich eine pädagogische Absicht unterstellt, wo vorher keine war“ (137f). Vgl. auch Schäfer (1992A, 382f).

⁸ Vergleiche analog dazu den Fall der Berliner Mauer sowie den rasanten Umschwung in der Atompolitik nach Fukushima.

Versorgung der Bürger mit dem zum Leben Nötigsten zu gewährleisten, ein solch sozialstaatspolitischer Umbruch dennoch bei weitem nicht ausreicht, um weitere gesellschaftlich notwendige Veränderungen herbeizuführen. Eine garantierte Existenzsicherung als Bedingung für eine sich darauf aufbauende und sich daraus entwickelnde gesellschaftliche Umstrukturierung ist nach Habermas also notwendig, jedoch nicht hinreichend.

Die von Klatt und Walter („Entbehrliche der Bürgergesellschaft“, 2011) veröffentlichte Studie zeigt, dass sozial Benachteiligte sich durchaus in der Bürgergesellschaft im Rahmen ihrer Möglichkeiten engagieren und das Geld nicht der Hauptmotor für ihr Engagement ist. Die sich vergrößernde Kluft zwischen arm und reich sehen die Autoren aber durchaus als Gefahr:

„Der Abstand zwischen den unterschiedlichen Soziallagen weitet sich zu parallelen Welten, die sich zunehmend entfremdet gegenüberstehen. Auf Dauer mag dies die Grundlagen der Demokratie, also die wechselseitige Anerkennung der Staatsbürger und ihre allgemeine Respektierung einer elementaren rechtlichen Gleichheit⁹ gefährden“ (46).

Die finanzielle Lage sei das häufigste Hindernis seitens der Interviewten, aktiv werden zu können (vgl. ebd., 153). Die am Ende ihrer Studie sicherlich gut gemeinten „Handlungsempfehlungen“ wie „Leerstellen für junge Männer füllen“ oder Empfehlungen an eine engagierte Politik, „die Sprache der Unterschicht“ zu lernen, gehen auf die Grundproblematik einer notwendigen existenziellen Absicherung der Prekarierten jedoch nicht ein.

Auch die Publikationen von Ziegler (2003 und 2011) mit ihrem Ausblick auf den Capability Approach richten den Fokus nicht auf ein existenzsicherndes Grundeinkommen, auch wenn die Befriedigung der Grundbedürfnisse (Obdach, Kleidung, Nahrung) notwendiger Gegenstand des Ansatzes sind. Der Capability Approach scheint hier eher willkommen, die sich innerhalb der erziehungswissenschaftlichen Disziplin zu etablierende Sozialpädagogik legitimieren zu wollen.

Mit diesen beispielhaft genannten Ansätzen wird deutlich, dass das bedingungslose Grundeinkommen, wo es zu erwarten wäre, keineswegs immer fester Bestandteil wissenschaftlicher Auseinandersetzung ist.

Bei der Durchsetzung neuer Paradigmen, sei es wissenschaftlicher Natur, wie sie Thomas S. Kuhn (1976) in seinem Buch „Die Struktur wis-

⁹ Klatt und Walter beziehen sich hier auf Möllers, Christoph (2008): *Demokratie. Zumutungen und Versprechen*, Berlin.

senschaftlicher Revolutionen“ beschrieben hat, oder sozial-politischer Natur wie die Frauenbewegung und die damit einhergehende Durchsetzung des Frauenwahlrechts, ist anzunehmen, so eine These dieser Arbeit, dass auch pädagogische Vermittlungsformen zugrunde liegen. Ohne pädagogische Vermittlungen bliebe ein neues Paradigma vermutlich immer unvermittelt und würde sich niemals durchsetzen. Das Paradigma des bedingungslosen Grundeinkommens erfährt in den letzten Jahren eine immer größer werdende Aufmerksamkeit und Anhänger-schaft, wie an der Petition von Susanne Wiest an den deutschen Bundestag¹⁰ beispielhaft zu verdeutlichen ist. Ihre Online-Petition, die in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland seit Einführung der Online-Petitionen im September 2005 erstmals über 50 000 Mitunterzeichner erreicht hat, fordert die Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens, zu deren Anhörung sie am 08. November 2010 vor den Petitionsausschuss geladen wurde.

Habermas (1985) beschreibt die Auflösung der klassischen Utopien, die seit der Neuzeit und Aufklärung die „Bedingungen für ein menschenwürdiges Leben“ (144) vorwegnahmen:

„Tatsächlich hat aber das moderne Zeitbewußtsein einen Horizont eröffnet, in dem das utopische mit dem geschichtlichen Denken verschmilzt. [...] Sobald sich aber Utopie und Geschichte in dieser Weise berühren, verwandelt sich die klassische Gestalt der Utopie, streift der Staatsroman seine romanhaften Züge ab“ (ebd., 142f).

Und damit, so formuliert Habermas, falle auch die zu einer Utopie gewordene, auf Vollbeschäftigung zielende Arbeitsgesellschaft:

„Ich möchte deshalb meine These dahingehend präzisieren, daß die Neue Unübersichtlichkeit zu einer Situation gehört, in der eine immer noch von der arbeitgesellschaftlichen Utopie zehrende Sozialstaatsprogrammatik die Kraft verliert, künftige Möglichkeiten eines kollektiv besseren und weniger gefährdeten Lebens zu erschließen“ (ebd. 147).

Das bedingungslose Grundeinkommen, welches wie seinerzeit das Frauenwahlrecht im 19. Jahrhundert, bisher als Utopie gelten konnte, wird offensichtlich sukzessiv in den gesellschaftlichen Diskurs implementiert. Angenommen ein solch neues Paradigma hätte die Kraft, sich durchzusetzen, so analog zum Frauenwahlrecht, würde unter demokratischen Gesichtspunkten nicht mehr dahinter zurückzugehen sein. Eine Diskussion um die Abschaffung des einst völlig utopischen Frauenwahlrechts erschiene heute nach ihrer abgeschlossenen Inklusion absurd.

¹⁰ Vgl. die Verhandlung und Beratung der Petition vor dem Petitionsausschuss am 08. November 2010: [http://webtv.bundestag.de/iptv/player/macros/_x_s-144277506/od_player.html? singleton=true&content=851777](http://webtv.bundestag.de/iptv/player/macros/_x_s-144277506/od_player.html?singleton=true&content=851777), Stand 29.10.2012.

Einleitung

Viele Anzeichen scheinen darauf hinzuweisen, dass eine Sozialstaatsform auf der Grundlage eines bedingungslosen Grundeinkommens realisiert werden könnte.

Das lohnsteuerbasierte Sozialsystem in der jetzigen Form auf der Grundlage des „Generationsvertrages“ wird unter der Berücksichtigung der Lohnentwicklungen und der Geburtenrate problematisch. Laut einer Studie für den Deutschen Gewerkschaftsbund NRW ist jeder fünfte Erwerbsarbeitsplatz im Lohnniedrigsektor einzustufen¹¹, so dass weder genug aktuelles Einkommen geschweige denn eine ausreichende Rücklage für die Lebenssicherung im Alter damit erwirtschaftet werden könnte. Bis zum Jahr 2025, so die Prognose des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes¹², wird sich die Anzahl der Rentner, die auf zusätzliche Hilfe vom Staat angewiesen sind, von 2,5 auf 10% vervierfachen, dies führte jüngst zu Diskussionen um ein „bedingungsloses Grundeinkommen“ für Alte, die sog. Grundrente.

Die Ursache für viele derzeitige sozialstaatliche Probleme ließe sich auf eine Formel bringen, mit der der Sachverhalt hier zu verdeutlichen versucht wird. Die alte, aus der Zeit der Selbstversorger-Gesellschaft stammende Formel

$$A \Rightarrow E$$

„Ich Arbeite, um ein Einkommen zu bekommen“ (oder besser: „Wenn ich meinen Acker bestelle, habe ich auch eine Ernte“) ist historisch gesehen auf eben jene Selbstversorger-Gesellschaft zurückzuführen, der die Menschheit die meiste ihrer Zeit unterlag. Bis heute scheinen die Gesellschaftsmitglieder, und zwar hier vornehmlich die der industriell am weitesten fortgeschrittenen Länder, mit dieser veralteten Formel aus vergangenen Gesellschaftsformen als Denkmodell zu leben und zu versuchen, in einer völlig mutierten Gesellschaft, der nahezu hundertprozentigen Fremdversorger-Gesellschaft, wie sie im 20./21. Jahrhundert erreicht ist, die Probleme lösen zu wollen. Ein Phänomen, welches Erich Fromm (1986) als „Psychologische Phasenverschiebung“ beschrieben hat (vgl. 20 und hier Kapitel 5.4, das „Phasenverschiebungs-Argument“ bei Fromm). Scheint in der Selbstversorgergesellschaft die Arbeit noch Selbstzweck, die sich aus der Natur der Sache heraus ergibt (der Acker muss bestellt werden, sonst gibt es nichts zu essen), so ist die Arbeit in der Fremdversorgergesellschaft offenbar weitestgehend

¹¹ Vgl.: <http://www.iaq.uni-due.de/aktuell/veroeff/2009/kalina01.pdf>, Stand 17.10.2011.

¹² Vgl.: http://www.ihr-rentenplan.de/html/rentner_und_altersarmut.html, Stand 07.11.2012.

fremdbestimmt und Fremdzweck. Auf der Grundlage von einer neuen Formel müssten der Grundeinkommensbewegung zufolge auch neue Organisationsmodelle für die Gesellschaft entworfen werden. Die Formel des 21. Jahrhunderts und der Fremdversorger-Gesellschaft würde dieser Bewegung zufolge lauten:

$$E \Rightarrow A$$

„Ich brauche ein Einkommen, um überhaupt Arbeiten zu können“ (oder: Wenn ich ein Einkommen habe, kann ich auch Arbeiten“). Das Einkommen wäre aus dieser Perspektive sozusagen die Bedingung der Möglichkeit dafür, dass man sinnvoll tätig werden kann.

Angesichts der Potenzierung von Publikationen, Initiativen sowie Internetforen insbesondere seit der Agenda 2010 ließe sich der Rahmen der Diskurse auf diese letzt genannte Formel reduzieren.

Aus gesundheitswissenschaftlicher Perspektive ist die Anzahl der psychischen Erkrankungen in Deutschland in den letzten Jahren enorm angestiegen. So verursachten diese im Jahr 2008 laut statistischem Bundesamt Krankheitskosten in Höhe von 28,7 Milliarden Euro, ca. 23 Prozent mehr als noch im Jahre 2002 (vgl. Publik-Forum 2010, 32). Zu den herkömmlichen Ursachen wie „Stress“, „hohe Leistungsanforderungen“, „berufliche Überforderungen“ usw. wird auch eine „wachsende Existenzangst“ ausdrücklich formuliert.¹³ Im Anschluss an Richard Layard¹⁴, demzufolge „Menschen zu ihrem Wohlbefinden ganz dringend soziale Sicherheit brauchen“ (ebd., 34), fordert Birgit Zenker als Vorsitzende der Katholischen Arbeitnehmer-Bewegung (KAB), die Krisenphänomene nicht mehr als individuelle zu betrachten. Ein Grundeinkommen würde ihres Erachtens den Menschen helfen, individuelle Problemlagen zu lösen:

„'dem Erwerbslosen, der seine Energie dafür einsetzen kann, den eigenen Wünschen und Fähigkeiten auf die Spur zu kommen, dem prekär Beschäftigten, der Nein sagen kann zu menschenunwürdiger Arbeit, der Familie¹⁵, die nun eigene Prioritäten setzen

¹³ Vgl. dazu auch den DGB-Index zum „Psycho-Stress am Arbeitsplatz“ vom 17.01.2013 unter: <http://www.dgb.de/presse/++co++c8890aaa-60be-11e2-b0d7-00188b4dc422>, Stand: 21.01.2013.

¹⁴ Die Autorinnen beziehen sich hier auf Richard Layard: „Die glückliche Gesellschaft. Was wir aus der Glücksforschung lernen können“. Campus-Verlag, 2009.

¹⁵ In privaten und beruflichen Gesprächen mit Müttern, die nach einjährigem Empfang des Elterngeldes, welches neben dem Kindergeld zurzeit als modernste Form einer Vorstufe eines bedingungslosen Grundeinkommens angesehen werden kann, kam ihre Verzweiflung zum Vorschein: wenn sie die Wahl hätten, würde sie sich allerliebste noch zwei weitere Jahre um die Erziehung des Kindes bemühen wollen,

Einleitung

kann, statt das Familienleben von der Arbeitswelt diktieren zu lassen“ (ebd.)

Was führt also zur diskursiven Verbreitung dieses neuen Paradigmas, welche Argumente liegen dem enormen Zuwachs dieser neuen Bewegung zugrunde und wie hat sie sich historisch entwickelt?

Im ersten Kapitel erfolgen zunächst sozialwissenschaftliche Vorüberlegungen zum Verhältnis von Individuum und Gesellschaft. Die wesentliche Streitfrage, ob es einzelne Individuen sind, die die Gesellschaft beeinflussen oder ob es das gesellschaftliche System ist, welches ihre Individuen und ihr Handeln determiniert, wird auf der Grundlage von Martin Hollis Ausführungen in einem „dritten Weg“ zu beantworten versucht, der beide Ansätze integriert. Im Anschluss daran wird versucht, den Ansatz der sozialen Problemkarrieren von Schetsche (1996) für den Diskurs des bedingungslosen Grundeinkommens fruchtbar zu machen. Daraufhin wird ein theoretischer Grundstein gelegt. Die Begriffe des Paradigmas und des Paradigmenwechsels werden aufbauend auf den Erkenntnissen von Thomas S. Kuhn hergeleitet und auf den neuen Paradigma-Anwärtler des bedingungslosen Grundeinkommens angewendet.

Im zweiten Kapitel wird dann eine Typisierung von Veränderungsprozessen allgemein vorgenommen, die später als Hintergrund für die Betrachtung der pädagogischen Vermittlung des neuen Paradigmas des bedingungslosen Grundeinkommens dienen und eine kategoriale Einordnung ermöglichen soll. Hierzu sind vier Typen herausgebildet worden, die beanspruchen, alle Formen von Veränderungen miteinzubeziehen. Anschließend daran werden gesondert zwei Veränderungsprozesse und deren angenommene Vermittlungen an den historischen Beispielen der Einführung des Frauenwahlrechts und dem Fall der Berliner Mauer speziell dargestellt. Aus diesem Kapitel werden sozusagen die erziehungswissenschaftlichen Forschungsfragestellungen gewonnen.

Diese Fragestellungen werden dann im dritten Kapitel seiner pädagogischen Begründung näher gebracht. Hier geht es zunächst allgemein um die Problematik des Pädagogischen und danach um den pädagogischen Vermittlungsprozess, der für die Grundeinkommensbewegung als relevant angesehen wird.

Im vierten Kapitel wird die methodische Vorgehensweise dargestellt, die sich fokussiert auf die Argumentationsanalyse als den Hauptbestandteil des pädagogischen Vermittlungsprozesses richtet.

anstatt es in eine Krippe zu geben und selbst wieder erwerbsarbeitstätig werden zu müssen.

Das fünfte Kapitel ist der eigentliche Gegenstand der Arbeit und analysiert die ausgewählten Autoren bzw. Texte im Hinblick auf eine für möglich gehaltene Realisierung des bedingungslosen Grundeinkommens als Grundlage eines reformierten Sozialstaatsmodells im 21. Jahrhundert in Deutschland. Als Ergebnis der hier erfolgten Untersuchung liegt erstmals eine Argumente-Sammlung für die Bewegung des bedingungslosen Grundeinkommens vor, die die verwendeten bzw. zu verwendenden Argumente innerhalb der pädagogischen Vermittlungen bewusst benennt. Damit wird bezüglich des neuen Paradigma-Anwärters des bedingungslosen Grundeinkommens eine, aus erziehungswissenschaftlicher Perspektive, Lücke, wenn auch nicht geschlossen, so zumindest angefüllt. Denn in der öffentlichen Debatte zum bedingungslosen Grundeinkommen wird zwar immer wieder von Argumenten für oder gegen dieses berichtet, eine Benennung der Argumente konkret erfolgt jedoch nicht. Eine Ausnahme bildet hier ein Paper von Ronald Blaschke, einem wissenschaftlichen Mitarbeiter von Katja Kipping der Partei die Linken, der erstmals 2005 zwölf Argumente für ein bedingungsloses Grundeinkommen direkt benennt.¹⁶ Damit hat Blaschke die Notwendigkeit, den Beginn einer Argumente-Topik zum Thema zu entwerfen, zwar kurz gestreift, jedoch meines Wissens nicht weiter verfolgt. Die hier erfolgte Analyse benennt 281 Argumente, die für den Paradigma-Anwärters des bedingungslosen Grundeinkommens als relevant angesehen werden und anhand ihrer hier analysierten sieben Stellvertreter herauskristallisiert und für die Grundeinkommensbewegung als *wirkend* angenommen werden. Die Argumente sind in ihrer Darstellung von ihrem ursprünglichen Kontext gelöst, andererseits jedoch bei der Anwendung in der pädagogischen Vermittlung von ihrem jeweiligen Kontext abhängig, in dem sie pädagogisch dargestellt werden.

Im sechsten Kapitel erfolgt sowohl eine topische Zusammenstellung aller analysierten Argumente der sieben Stellvertreter als auch eine Zusammenstellung der Pro-Argumente. 78 der insgesamt 281 aufgefundenen Argumente werden als Pro-Grundeinkommen eingestuft. Des Weiteren werden die wichtigsten sechs Haupt-Gegenargumente diskutiert, die im gegenwärtigen Grundeinkommen-Diskurs nahezu überall auftauchen. Diese Gegenargumente werden gegenüber den in der Gesamtopik gesammelten Argumenten abzuwägen versucht. Eine Analyse der Contra-Argumente im Detail hätte den Rahmen der Arbeit gesprengt und war von Anfang an auch nicht intendiert, zumal einige der hier her-

¹⁶ Vgl. Blaschke, Ronald (2005): „Warum ein Grundeinkommen? Zwölf Argumente und eine Ergänzung“ unter <http://www.archiv-grundeinkommen.de/blaschke/warum-ein-grundeinkommen.pdf>, Stand: 20.01.2013

ausgefilterten Argumente, je nach Kontext, auch gegen ein bedingungsloses Grundeinkommen angeführt werden könnten. Aus dem Grundeinkommen-Diskurs sowie aus eigener pädagogischer Erfahrung sind also als Gegenüberstellung deshalb die sechs Hauptgegenargumente integriert worden, die nahezu in jedem Diskurs als Einwand auffallen. Außerdem werden im sechsten Kapitel die Bereiche ungenügender Argumente näher betrachtet und die aus der Analyse herauskristallisierten Stützungen ausgewertet.

Im siebten Kapitel wird der eigene Ansatz kritisch reflektiert und auf die Plausibilität der gewonnenen Argumente gegenüber den Gegenargumenten eingegangen. Nach den Überlegungen zum Analogieschluss der Implementation des bedingungslosen Grundeinkommens im 21. Jahrhundert erfolgt ein kurzer Exkurs zu den empirischen Rückgriffmöglichkeiten sowohl hinsichtlich des bedingungslosen Grundeinkommens selbst als auch hinsichtlich seiner pädagogischen Vermittlung und Implementation.

Kapitel 8 bietet einen allgemeinen Ausblick auf zukünftige Anwendungen und reflektiert die Frage nach den Funktionsmöglichkeiten der aufgefundenen Argumente im Kontext gegenwärtiger Rahmenbedingungen sowie situationsbedingter Gewichtsveränderungen. Ebenfalls werden dort auch die Inklusion von Menschenrechten sowie die Inkaufnahme von rückläufigen Momenten diskutiert. Abschließend wird auf über das bedingungslose Grundeinkommen hinausführende Argumente verwiesen, die für einen zukünftigen Grundeinkommens-Diskurs als relevant angesehen werden und wofür einige der hier aufgefundenen Argumente gebraucht werden könnten.

Eine mögliche Rhetorik- oder gar Metapher-Analyse (hier bei der Erfassung der Stützungen von Argumenten unter Stütze 4 mit aufgegriffen) des derzeitigen Grundeinkommens-Diskurses, obwohl zunächst mit eingeplant, wurde letztlich zugunsten der Analyse der hier historisch zu sehenden Entwicklung der Grundeinkommensidee fallen gelassen. Die Vermittlung der Grundeinkommensidee, so stellte sich am Ende der Arbeit heraus, ist nicht primär dem aktuellen Grundeinkommens-Diskurs geschuldet, sondern lässt sich anhand einer historischen Linie in ihrer zunehmenden Implementation nachvollziehen. Somit kann diese Arbeit auch nur einen begrenzten Teil zur Vermittlung der Grundeinkommens-Idee in ihrem Gesamtzusammenhang leisten und auf weitere Forschungsfragen verweisen.

1 Sozialwissenschaftliche Vorüberlegungen

1.1 Individuum und Gesellschaft nach Hollis

Der Hauptkonflikt von Theorien in den Sozialwissenschaften besteht in konträren Ansichten über das Verhältnis ihrer Gegenstände Individuum und Gesellschaft. Der Streit bewegt sich zwischen zwei markanten Standpunkten. Sind es die Individuen und ihr Handeln, welche die gesellschaftliche Struktur gestalten und bestimmen, oder ist es etwa die gesellschaftliche Struktur, durch die die Individuen und ihr Handeln determiniert sind? Diese Fragen sind vom Grundsatz her schwierig zu beantworten. Bei der Analyse von gesellschaftlichen Veränderungsprozessen muss diese Problematik deshalb wohl reflektiert werden. Wenn hier gesellschaftspolitische Paradigmenwechsel bzw. der neue Paradigmen-Anwärtler des bedingungslosen Grundeinkommens analysiert werden, ist die hier vertretene sozialwissenschaftliche Perspektive über das Verhältnis von Individuum und Gesellschaft erklärungsbedürftig.

Die Freiheit des Individuums ist seit der Aufklärung und spätestens seit der französischen Revolution eine europäische Errungenschaft und politisches Programm, die sich in zahlreichen Verfassungen niedergeschlagen hat, so z. B. im Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland im Artikel 2 „Die Freiheit der Person ist unverletzlich“ (2. Absatz). Gleichzeitig wird man nicht leugnen können, dass man als Bürger eines auf einer solchen Verfassung beruhenden Staates bestimmten Zwängen ausgesetzt ist, die die staatlich garantierte Freiheit zugleich einschränken. Als Individuum bewegt man sich auf einem Kontinuum zwischen zwei Extrempunkten, so dass man an einem Ende einerseits frei handeln und sein Leben selbst bestimmen kann, am anderen Ende man andererseits bestimmten Systemzwängen unterworfen ist, denen man sich im Extremfall hilflos gegenüber ausgeliefert fühlt.

Um das Verhältnis von Individuum und Gesellschaft und die hier vertretene Auffassung klar herauszustellen, werden die Ausführungen von Hollis (1995) herangezogen, die für eine sozialwissenschaftliche Perspektive bezüglich dieses Verhältnisses im 21. Jahrhundert viel versprechende Lösungsansätze bieten. Ontologisch gesehen wird also im Folgenden versucht, die hier vertretene Auffassung oder Anschauung von (sozialer) Welt und ihrer Wirkungsweisen zu verdeutlichen. Mit Hollis (1995) lässt sich dieser Sachverhalt folgendermaßen zusammenfassen:

„Bei der Analyse politischer Veränderungen kann man zwei verschiedene Richtungen einschlagen. Auf dem einen Weg versucht man das Handeln durch Bezugnahme auf Vorgänge in einer umfassenden Gesellschaftsstruktur zu erklären und verfährt dabei

1.1 Individuum und Gesellschaft nach Hollis

sozusagen „von oben nach unten“. Auf dem anderen Weg gelten die Handlungen der Individuen als der eigentliche Stoff der Historie, während die Strukturen als Ergebnis vorangehender Handlungen angesehen werden. Hier führt der eingeschlagene Kurs „von unten nach oben“ (18).

Hollis stellt zu Anfang seines Buches zwei konträre Theorien gegenüber, um unterschiedliche Auffassungen über das Verhältnis von Individuum und Gesellschaft zu verdeutlichen und beruft sich dabei zum einen auf den frühen Karl Marx („Zur Kritik der politischen Ökonomie“ von 1859) und zum anderen auf John Stuart Mill (u. a. „Über die Freiheit“, ebenfalls von 1859). Für eine übersichtliche Gegenüberstellung führt er die Begriffe Holismus und Individualismus ein (vgl. ebd. 11 u. 31). Für Hollis ist der frühe Marx ein Stellvertreter für eine holistische Perspektive, der seine Analysen vom System ausgehend vornimmt, Mill hingegen dient ihm als Beispiel für eine individualistische Perspektive, welcher das Individuum als Ausgangspunkt für seine Analysen voraussetzt. Im Rahmen der Herangehensweisen bei der sozialwissenschaftlichen Betrachtung von Holismus und Individualismus gibt es laut Hollis zwei Möglichkeiten, gesellschaftliche Phänomene zu analysieren. Dies betrifft zum einen das *Erklären* und meint quasi eine Perspektive, die sozusagen von außen das Verhältnis von Individuum und Gesellschaft zu betrachten versucht. Hierzu zählen auch die erwähnten Beispiele des frühen Marx und von Mill, die *erklärend* versuchen, den gesellschaftlichen Mechanismen näher zu kommen.

Eine weitere Möglichkeit, so Hollis, sei hingegen das *Verstehen*, bei dem nicht von außen, sondern von innen heraus gesellschaftliche Phänomene zu fassen versucht werden (vgl. ebd. 32f). Mit einer sowohl vom frühen Marx wie auch von Mill vertretenen naturalistischen Auffassung von Gesellschaft, die beide versuchten, Gesellschaft und ihre Mechanismen kausal zu *erklären*, gäbe es noch eine

„konkurrierende Überlieferung, die eine grundverschiedene Auffassung der Gesellschaft, des menschlichen Lebens und des gesellschaftlichen Handelns vertritt. Danach verheißt das 'Verstehen' eine radikale Alternative zum „Erklären“.

Diese konkurrierende Überlieferung zielt auf eine „deutende“ oder „hermeneutische“ Sozialwissenschaft ab (*hermeneus* ist das griechische Wort für 'Ausleger' und 'Dolmetscher'). Ihr wichtigster Grundsatz besagt, daß die soziale Welt nicht von außen erklärt werden dürfe, sondern von innen heraus verstanden werden müsse. Anstatt die Ursachen des Verhaltens zu suchen [naturalistische Kausalität, MM], sollen wir den Sinn oder die Bedeutung des Handelns aufspüren. Handlungen leiten ihren Sinn von den gemeinsamen Vorstellungen und Regeln des sozialen Lebens her und werden von Akteuren vollzogen, die mit diesen Handlungen etwas meinen“ (ebd., 32, Hervorheb. im Original).

Aus dieser Perspektive des *Verstehens* heraus würde die „Vorstellung von sozialen Tätigkeiten“ im Rahmen von Holismus und Individualismus als „Spielen“ interpretiert (vgl. 34). Der Begriff des Spiels geht im Wesentlichen auf Wittgenstein (Philosophische Untersuchungen) zurück und wurde sowohl von Lyotard (1999) als auch von Meder (2004)

in deren theoretische Überlegungen übernommen. Spiele, so Hollis, stellen „eine menschliche und soziale Eigenheit“ dar, weshalb er vermutet, dass der Begriff des *Verstehens* möglicherweise „eine Verneinung des Naturalismus“ nach sich ziehe, den Hollis mit den Beispielen des frühen Marx und Mill unter der Rubrik *Erklären* verdeutlicht hat (vgl. ebd.). In Bezug auf die Auffassungen aus holistischer wie individueller Perspektive resümiert Hollis zum hermeneutischen Vorgehen des Verstehens fragend:

„Ist es, ohne in Widersprüche zu geraten, möglich, die an den Spielen des sozialen Lebens Beteiligten sowohl als Regelbefolger wie auch als Wählende zu sehen“ (ebd. 335)?

Um diesen zunächst vielleicht sehr komplex erscheinenden Sachverhalt noch deutlicher werden zu lassen, sei Hollis an dieser Stelle unter der hermeneutischen Perspektive des *Verstehens* von gesellschaftlichen Phänomenen etwas ausführlicher zitiert:

„In welchem Verhältnis stehen die Einrichtungen und Praktiken des sozialen Lebens zu den menschlichen Akteuren, die an ihnen beteiligt sind? Von holistischer Seite ließe sich antworten, daß die Spieler in den jeweiligen Spielen aufgehen. Sofern die Spieler zumindest in ihren gesellschaftlichen Rollen nichts anderes wünschen, glauben und folglich tun als was in sozialer Hinsicht von ihnen erwartet wird, braucht man sich von ihnen keinen eigenen Begriff zu machen. Sind sie zum Beispiel bloß Träger sozialer Rollen, die sich zur Gänze aus feststehenden sozialen Positionen herleiten lassen und alles Tun der Rollenspieler vorschreiben, kann das Verstehen genauso ausschließlich „von oben nach unten“ verfahren, wie es nach den Vorstellungen einer reinen Systemtheorie beim Erklären geschehen soll. Durch das Vorhandensein einer Bedeutung würden die Strukturen auf dieser Seite des Meinungskonflikts nicht weniger einschränkend wirken als auf der anderen, auch wenn die Bedeutung das Handeln nicht in der gleichen Weise herbeiführt wie die Ursache eine Wirkung.

Ein rein individualistischer Ansatz dagegen würde die Richtung umkehren und „von unten nach oben“ verfahren. Sofern Bedeutungen zunächst etwas Subjektives sind und erst durch wechselseitige Übereinkunft zu etwas Intersubjektivem werden, bedarf es einer entgegengesetzten Erklärung des Verstehens. Die Spieler sind es, die die Spiele des sozialen Lebens konstruieren und dabei vielleicht im Geiste des Gesellschaftsvertrags handeln, der oft postuliert wird, um moralische und politische Ordnung zu erklären“ (ebd. 34f).

Damit entwirft Hollis ein Schaubild, welches die Probleme und Möglichkeiten bei der sozialwissenschaftlichen Betrachtung von Handeln (Individuum) und Struktur (Gesellschaft/System) deutlich machen soll, welches hier zum besseren Verständnis des oben Beschriebenen wiedergegeben wird. Zusammenfassend formuliert er dazu:

„Nun, einstweilen wollen wir die „Akteure“ als Individuen und die „Systeme“ als Strukturen auffassen, die aus naturalistischem Blickwinkel betrachtet werden, während wir die „Aktoren“ als Individuen und die „Spiele“ als Strukturen begreifen, die aus interpretativer Sicht betrachtet werden“ (36f).

1.1 Individuum und Gesellschaft nach Hollis

	Erklären	Verstehen
Holismus	Systeme	„Spiele“
Individualismus	Akteure	Aktoren

Eigene Darstellung nach Hollis (1995, vgl. 36)

Hollis beginnt seine Überlegungen mit der Gegenüberstellung der weltgesellschaftlichen Systeme des Kapitalismus und des Kommunismus. Der Untergang der osteuropäischen kommunistischen Regime sowie der Zerfall der sozialistischen Sowjetrepubliken sind der einleitende Aufhänger für seine Überlegungen, die ihn immer noch sehr erstaunen (vgl. ebd. 13f). Er analysiert in seinem Buch die Verhältnisse von Individualismus und Holismus sowie deren Interpretation über das Erklären und Verstehen und stellt damit einen konkreten Bezug zur politischen Welt her, deren Schwierigkeiten er so formuliert:

„Stürzen Regierungen aufgrund strukturellen Drucks, oder werden sie von einvernehmlich handelnden Individuen gestoßen? Abstrakter gefragt: Bestimmt die Struktur das Handeln, oder wird die Struktur vom Handeln bestimmt? Oder sind beide Elemente ein wenig daran beteiligt? Derart gedrängte Fragen lassen sich gar nicht geschickt beantworten, aber irgendwo müssen wir ja ansetzen“ (ebd. 19).

Wie ist nun das Verhältnis von Individualismus und Holismus, Handeln und Struktur sowie dessen Interpretationsmöglichkeiten des Erklärens und Verstehens miteinander zu vereinbaren? Hollis versteht es wie einen Tanz, wie ein Reigen um einen Maibaum der sich im Mittelpunkt der oben beschriebenen Felder befindet. Man ist immer in Bewegung und kann in keinem der Felder lange Halt machen (vgl. ebd. 320). Gesellschaftliche Strukturen und Systeme sind letztendlich immer von den einzelnen Individuen im Ursprung gestaltet worden, deren Eigendynamik letztlich wieder auf die Individuen zurückschlägt. Das Individuum ist Spieler eines gesellschaftlichen Spiels, dessen Regeln es zu einem gewissen Grad befolgen muss, aber zugleich die Regeln und den Spielver-

lauf selbstbestimmend mitgestalten kann¹⁷. Hollis resümiert am Ende seines Buches:

„Manche Tänzer werden froh sein über diese Bewegung, die immer weiter nach innen führt, bis Erklärung und Verstehen, Holismus und Individualismus ganz miteinander verflochten sind. Das Resultat wäre eine alles umfassende Gesellschaftstheorie, nach der die Struktur das Medium ist, in dem das Handeln die Struktur regeneriert und in dem sich dieses dialektische Wechselspiel im Rahmen einer dynamischen Synthese entfaltet. Andere Tänzer, zu denen auch ich selbst gehöre, werden den Anblick für den eigenen Geschmack zu chaotisch finden. Doch alle unvermischten Endstellungen, bei denen der Tanz in einem Einzelfeld zum Stillstand kommt, wirken mittlerweile verdächtig. Ihre Ansprüche sind entweder bloß dogmatisch oder sie beruhen darauf, daß man sich bei der Verarbeitung widerspenstiger Elemente derart geschmeidig verhält, daß sie jeglichen Gehalt einbüßen. Also ist vermutlich eine gewisse Verbindung von Elementen erforderlich, und die Frage lautet, welche Grenzen dabei gesetzt werden müssen“ (ebd. 322).

Hollis hält eine Vermischung von Individualismus und Holismus im Gegensatz zur Vermischung von *Erklären* und *Verstehen* jedoch für eine denkbarere Herangehensweise (vgl. ebd.). Er gibt trotz der beschriebenen Schwierigkeiten nicht auf und hält eine geregelte Gesellschaftsordnung für möglich, er schließt seine Analyse mit der Auffassung:

„Ich für mein Teil möchte nicht die Hoffnung verlieren auf einen Autonomiebegriff, der das richtige Leben, die staatsbürgerliche Freiheit und die Normen einer gerechten Gesellschaft miteinander verknüpft“ (ebd. 335).

Im theoretischen Hintergrund unter Kapitel 1.3 erfolgt die Betrachtung der Paradigmatheorie Thomas S. Kuhns, die als Ausgangspunkt für die weitere Analyse dient und einen „Tanz um den Maibaum“ im Sinne von Hollis beginnt. Kuhns Auffassungen von Vernunft und Wissenschaft in seinem Hauptwerk „Die Struktur wissenschaftlicher Revolutionen“ wird von Hollis folgendermaßen kommentiert:

„Wer dessen These gelten läßt, begreift die Wissenschaft, ja die Erkenntnis überhaupt, gemäß einer neuen Auffassung, denn die unumgänglichen Paradigmen, die die normale Wissenschaft steuern, sind keiner direkten Widerlegung zugänglich. Diese Paradigmen sind keine bloßen Registrierverfahren oder Tautologien, und sie sind zu veränderlich, um einer universellen und äußeren Vernunft zugeschrieben zu werden. Diese These ist, mit einem Wort, revolutionär“ (ebd. 118).

Auch hier ließe sich Hollis zufolge nicht stehen bleiben:

„Doch inzwischen ist, wie es scheint, eingeräumt worden, daß durch das Eindringen der Theorie ins Faktische und durch den Paradigmeneinfluß auf die Kriterien für die

¹⁷ Vgl. auch das auf den Anhänger Meads, Ralph Turner, zurückgehende Konzept des role-making bzw. role-taking sowie die Unterscheidung von „Me“ und „I“ bei Mead.

1.2 Das bedingungslose Grundeinkommen als Zusammenführung sozialer Problemkarrieren nach Schetsche

Stichhaltigkeit von Theorien jeder traditionelle Zugangsweg zerstört worden ist, auf dem die Vernunft zu einer Welt vordringen könnte, die unabhängig wäre von unseren Begriffen und von unseren Theorien über die Welt. Die Hoffnung, man könne die Objektivität einfach dadurch wiederherstellen, daß man die intellektuelle und institutionelle Rolle der Paradigmen anerkennt, ehe man sie ihrerseits wieder in Rechnung stellt, setzt, wie es scheint, den ebendadurch untergrabenen neutralen Wissenschaftsstandpunkt voraus“ (ebd. 123).

Jede wissenschaftliche Theorie, so Hollis, die „verborgene Strukturen“ untersuche, müsse auch erklären, wie es überhaupt möglich ist, trotz der vermuteten systemischen Determination eben diese zu erkennen (vgl. ebd. 26). Als Gesellschaftskritiker ist man automatisch immer zugleich selbst Gegenstand seiner eigenen Kritik. Dies erinnert an die Kritische Theorie, insbesondere die Negative Dialektik Adornos, die trotz aller Widrigkeiten und Paradoxien an der Möglichkeit festzuhalten versucht, ohne Gewalt eine Transzendenz zu schaffen. Damit seien die für diese Arbeit herangezogenen Ansichten von Hollis hier beendet und abschließend auf ein Zitat Adornos verwiesen, bevor im Folgenden der Paradigmenbegriff und dessen Urheber Kuhn betrachtet werden:

„Dialektisches Denken ist der Versuch, den Zwangscharakter der Logik mit deren eigenen Mitteln zu durchbrechen. Aber indem es dieser Mittel sich bedienen muß, steht es in jedem Augenblick in Gefahr, dem Zwangscharakter selber zu verfallen: die List der Vernunft möchte noch gegen die Dialektik sich durchsetzen“ (Adorno 1951, S. 284).

1.2 Das bedingungslose Grundeinkommen als Zusammenführung sozialer Problemkarrieren nach Schetsche

Einen ersten Ansatz eines Entwicklungsmodells von sozialen Karrieren hat Blumer (1975) entworfen. Er moniert, dass die Soziologie bis dato nicht in der Lage gewesen sei, die Entwicklung von sozialen Problemen adäquat zu beschreiben:

„Wenn die konventionelle soziologische Theorie so ungeeignet ist, soziale Probleme zu identifizieren, und wenn Soziologen diese Entdeckung dadurch machen, daß sie der öffentlichen Anerkennung sozialer Probleme folgen, dann scheint es vernünftig, wenn Forscher sozialer Probleme den Prozeß untersuchen, durch den die Gesellschaft zur Anerkennung ihrer Probleme kommt. Den Soziologen ist dies in auffälliger Weise mißlungen“ (105).

Und zwar scheint es wegen der Kontingenz bzw. Unvorhersehbarkeit des sozialen Wandels und den damit verbundenen sozialen Problemen

nicht zu gelingen.¹⁸ Den Verlauf eines solchen Prozesses analysiert Blumer in fünf Phasen (vgl. ebd. 106ff). Für eine übersichtliche zusammengefasste Version der Vorstellungen Blumers greife ich hier auf Schetsche (1996) zurück:

„1. Das '**Auftauchen**': Der primäre Akteure (sic!) formuliert das Problem erstmalig in einer der Öffentlichkeiten (Massenmedien, Fachpublikationen – oder auch in direkter Kommunikation).

2. Die '**Legitimation**': Der (jetzt: massenmedialen) Öffentlichkeit wird klar gemacht, daß auf dem bezeichneten Gebiet eine Diskrepanz zu den von der Gesellschaft anerkannten sozialen Standards vorliegt, die nicht hingenommen werden darf.

3. Die '**Mobilisierung des Handels**': Wenn das Problem Gegenstand öffentlicher Aufmerksamkeit (und allgemeiner moralischer Entrüstung) geworden ist, werden Vorschläge zu seiner Bekämpfung unterbreitet und konkrete Handlungsstrategien ausgearbeitet.

4. Die '**Bildung eines offiziellen Handlungsplanes**': Angenommen wird, daß Forderungen nach Abhilfe sich heute meist an 'den Staat'¹⁹ richten. Verschiedene Instanzen und Gremien verabschieden Pläne zur Bekämpfung des Problems - zumindest aber zur Linderung seiner Folgen.

5. Die '**Ausführung des offiziellen Plans**' – mit mehr oder weniger Erfolg: 'Die Annahme, daß ein amtlicher Plan und seine Ausführung praktisch ein und dasselbe seien, ist eine Verkennung der Tatsachen. Bei seiner Realisierung wird der Plan auf jeden Fall bis zu einem gewissen Ausmaß und häufig auch zu einem höheren Ausmaß modifiziert, gewendet und neu geformt.' (111)“ (28, Hervorheb. im Original).

Da die ersten drei Stufen nie so getrennt aufträten wie von Blumer postuliert, so Schetsche (1996), könne dieses Modell jedoch nicht recht überzeugen (vgl. 30). Schetsche (1996), durch Blumer, Merton u.a. inspiriert, beschreibt in seinem Buch „Die Karriere sozialer Probleme“ ebenfalls den Entstehungs- und Entwicklungsprozess von sozialen Problemen. Durchgehend greift er dabei in diesem Buch auf das Beispiel der Karriere des sozialen Problems des sexuellen Missbrauchs zurück. Erlaubt das von Schetsche entwickelte Kokonmodell die Rekonstruktion der Karriere sozialer Probleme wie Sexueller Missbrauch, Drogenproblematik oder Armut scheint der Versuch einer Anwendung seines Modells auf das Phänomen des bedingungslosen Grundeinkommens jedoch zunächst fraglich, weil es sich beim bedingungslosen Grundeinkommen

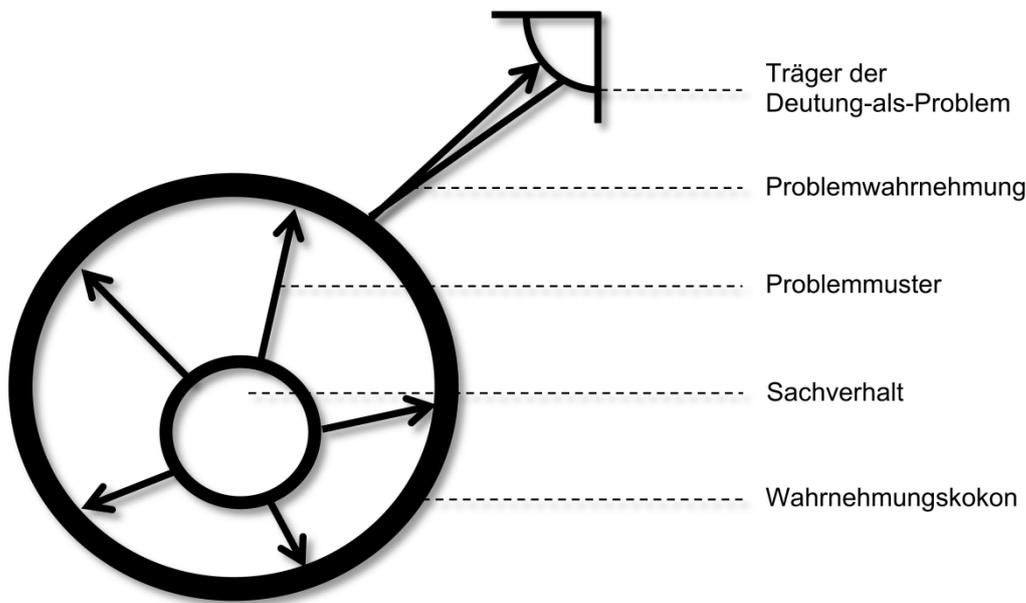
¹⁸ Vgl. dazu auch Prisching (1986) unter 2.1.1.5.

¹⁹ Schetsche (1996) ergänzt hier in einer Fußnote: „An welche staatliche Instanzen sich Forderungen richten, hängt von der Art des Problems ab. Wünsche nach normativen Regelungen würden sich in Deutschland an den Bundesgesetzgeber oder die Justiz richten, Forderungen nach finanzieller Unterstützung für Betroffene eher an Kommunen oder Länderregierungen“ (28).

1.2 Das bedingungslose Grundeinkommen als Zusammenführung sozialer Problemkarrieren nach Schetsche

ja nicht um ein soziales Problem, sondern um einen Antwortversuch auf viele ungelöste soziale Probleme handelt. Dennoch kann sich das Kokonmodell von Schetsche zur Beschreibung sozialer Problem-Karrieren als fruchtbar erweisen, wobei das Thema des bedingungslosen Grundeinkommens ein Konglomerat von sozialen Problemen zusammenführt.

Zunächst sei das Modell von Schetsche, wenn auch sehr kurz gefasst, im Folgenden dargestellt. Aus einem Wahrnehmungskokon entwickelt sich nach ihm bei erfolgreicher Karriere eine Kokon-Realität. Das Modell nach Schetsche gestaltet sich folgendermaßen:



„Wahrnehmungskokon“ nach Schetsche (1996, 13)

Schetsche beschreibt den Wahrnehmungskokon wie folgt:

„Zentral für dieses Modell ist die Unterscheidung zwischen sozialen Sachverhalten^[...], ihrer Deutung als Problem und der gesellschaftlichen Anerkennung der Problemwahrnehmung in einem diskursiven Prozeß, den ich Problemkarriere nenne. Der Prozeß der Entstehung eines sozialen Problems läßt sich mit diesem Modell topisch beschreiben: Ein kollektiver Akteur formuliert ein Deutungsmuster (Problemmuster), das einen - bisher gesellschaftlich gar nicht oder nur in anderer Form wahrgenommenen - Sachverhalt als soziales Problem interpretiert und bewertet. Diese Deutung-als-Problem umgibt den Sachverhalt in der Sphäre der gesellschaftlichen Diskurse mit einem Wahrnehmungskokon, der sich in dem Maße 'verdichtet', wie ihm von verschiedenen Akteuren 'diskursive Energien'²⁰ zugeführt werden. Weil die Träger der

²⁰ Schetsche (1996) ergänzt hier in einer Fußnote dazu: „Diskursive Energie“ meint alle personalen, organisatorischen und zeitlichen Aufwendungen für kommunikative Akte (dies schließt auch spektakuläre Aktionen ein, die einen hohen Nachrich-

Deutung sich in ihrem Denken und Handeln nicht am Sachverhalt, sondern ausschließlich an dem ihn umgebenden Wahrnehmungskokon orientieren, entsteht eine Problemwahrnehmung“ (12, Hervorheb. im Original).

„Die vom Wahrnehmungskokon erzeugte Problemwahrnehmung wird von den Massenmedien in der Bevölkerung und bei den Instanzen des Wohlfahrtsstaates verbreitet. Weil erst die Anerkennung der Problemwahrnehmung in der Öffentlichkeit^[...] zu dem Status führt, den wir soziales Problem nennen, bedienen sich die Akteure zur Durchsetzung und Absicherung ihrer Deutung verschiedener Diskursstrategien. Deren wichtigste Aufgabe ist es, in den Wahrnehmungskokon Emotionen einzuschreiben, die den Trägern der Deutung keine Denk- und Handlungsalternativen lassen. Wenn sich die Deutung-als-Problem gegen alle konkurrierenden Deutungsmuster (Alternativdeutungen) durchgesetzt hat entsteht - durch die alltägliche ideelle und faktische Reproduktion der Problemwahrnehmung - aus dem Wahrnehmungskokon schließlich eine Kokonrealität. Das soziale Problem ist gesellschaftlich zur einzigen praxisrelevanten Wirklichkeit (was u.a. heißt zur einzigen Art und Weise des Umgangs mit dem Sachverhalt) geworden“ (13, Hervorheb. im Original).

Schetsche fasst zusammen und folgert:

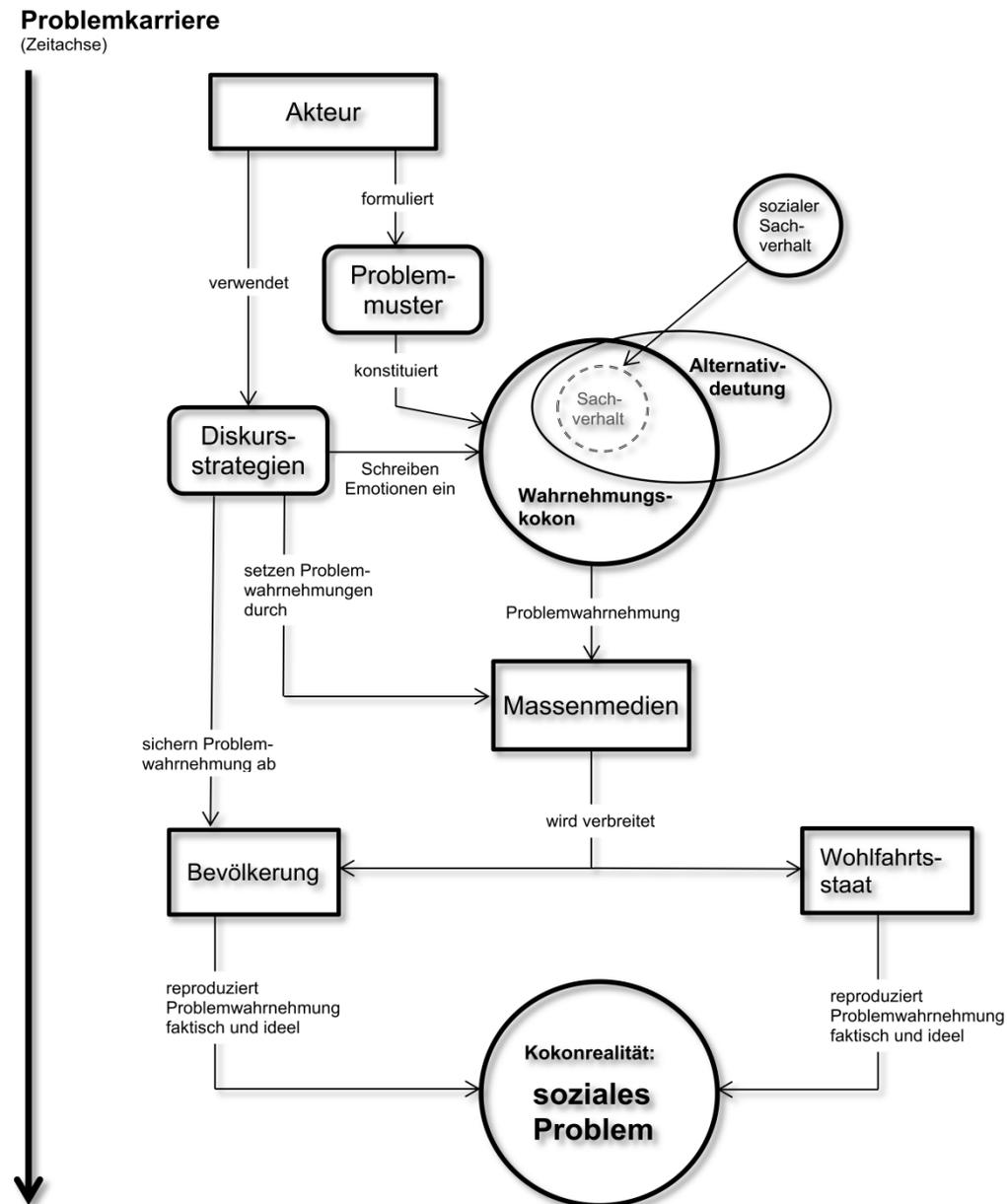
„'Soziales Problem' nennen wir eine soziale Realität, die durch die gesellschaftliche Anerkennung des Wahrnehmungskokons entsteht, in den kollektive Akteure einen sozialen Sachverhalt mit Hilfe ihrer Deutung-als-Problem 'eingesponnen' haben. Außerhalb der individuellen²¹ Betroffenheit sozial wirksam ist nicht der Sachverhalt, sondern ausschließlich die Kokonrealität. Für den Erfolg oder Mißerfolg einer Deutung-als-Problem lassen sich durch empirische Analyse und theoretische Folgerungen soziale Gesetzmäßigkeiten finden“ (13f).

tenwert besitzen), die zwischen primärer Definition und öffentlicher Anerkennung nötig sind, um die Kokonrealität 'soziales Problem' zu konstituieren“ (12).

²¹ Schetsche (1996) ergänzt hier in einer Fußnote: „'Individuell' bedeutet hier nicht, daß nicht viele Menschen betroffen sein könnten, sondern nur, daß es kein kollektives Bewußtsein eines Opferstatus außerhalb der Problemwahrnehmung gibt“ (14).

1.2 Das bedingungslose Grundeinkommen als Zusammenführung sozialer Problemkarrieren nach Schetsche

Den Entstehungsprozess eines „sozialen Problems“ verdeutlicht Schetsche im folgenden Modell:



„Entstehung eines sozialen Problems nach dem Kokonmodell“ nach Schetsche (1996, 15)

Schetsche benennt acht Typen von Akteuren, die mit der Erzeugung von „Problemmustern“ den Wahrnehmungskokon spinnen: Betroffene, Advokaten, Experten, Problemnutzer, Soziale Bewegungen, Moralunternehmer, Massenmedien sowie der Wohlfahrtsstaat (vgl. ebd. 39f).

Diese würden auf insgesamt drei Diskursstrategien zurückgreifen, um ein soziales Problem in Richtung „Kokon-Realität“ voranzutreiben, um es durchzusetzen: Dramatisieren, Moralisieren sowie die Reproduktion von Mythen²² (vgl. ebd. 87f). Zu betonen ist an dieser Stelle, dass Schetsche diese genannten Diskursstrategien als Zusatz zur Durchsetzung einer Problemwahrnehmung (oder den in dieser Arbeit an Kuhn orientierten Durchbruch eines Paradigma-Anwärters) „neben der **argumentativen** Qualität des Problemmusters“ (ebd. 17, Hervorheb. MM) ansieht. Die argumentative Qualität ist hier anhand von sieben Stellvertretern bzw. Vorreitern des bedingungslosen Grundeinkommens herausgearbeitet worden. Vermittlungs- bzw. Diskursstrategien wie das Dramatisieren, Moralisieren und der Reproduktion von Mythen wären insbesondere für den Diskurs nach der Agenda 2010 gesondert zu untersuchen, was den Rahmen dieser Arbeit allerdings sprengen würde.

Soziale Probleme wie Armut, insbesondere Kinder- und Altersarmut, Lohndumping, Einkommenslosigkeit bzw. Einkommen unter der Armutsgrenze, Arbeitslosigkeit, Stigmatisierungseffekte des Wohlfahrtsstaates insbesondere im SGB II sowie die Ungleichbehandlung von Frauen bzgl. Führungspositionen und Einkommensbezüge wären Beispiele, für die jeweils einzelne Problemkarrieren nachgezeichnet werden könnten. Für z. B. das soziale Problem von Armut hat Leisering (1993) für die Zeit nach dem ersten Weltkrieg bis nach der Wende die Karriere rekonstruiert.

Für das bedingungslose Grundeinkommen, welches beansprucht, viele von sozialen Problemen zu lösen bzw. zu verbessern, wäre für das von Schetsche angeführte Modell ein Problemmuster zu konstatieren, welches sich zusammengefasst als Problem von „Einkommen“ bzw. „Auskommen“ definieren ließe. Damit wäre das Modell von Schetsche erweitert auf ein Kollektiv von sozialen Problemen, für die die feststehende Begriffsverbindung „Bedingungsloses Grundeinkommen“ einen Oberbegriff zeichnen könnte. Unter einer solchen Vorstellung ließe sich dann das Thema des bedingungslosen Grundeinkommens als Zusammenführung sozialer Problem-Karrieren verstehen.

²² Die „Reproduktion von Mythen“ nach Schetsche scheint Deutungsmuster quasi unhinterfragbar zu machen. Schetsche schreibt dazu später: „Den Menschen wird dabei die Fähigkeit genommen, soziale Phänomene anders wahrzunehmen als in der Form, den der Mythos (re-)präsentiert“ (Schetsche 1996, 95).

1.3 Theoretischer Hintergrund

In dem Buch „Die Entstehung des Neuen“ und seinen neuen Überlegungen zum Begriff des Paradigma²³ äußert Thomas S. Kuhn (1977) sich zur Rezeption seines Buches „Die Struktur wissenschaftlicher Revolutionen“. Er bedauere es, dass sein in die Wissenschaftstheorie eingeführter Begriff des Paradigmas zu Verwirrung geführt habe und „fast jeder alles herauslesen“ könne, „was er“ wolle, dadurch habe er „für viele Leser unnötige Schwierigkeiten geschaffen“ (vgl. 42f u 389). Um „Die Struktur wissenschaftlicher Revolutionen“ ist nach seinem ersten Erscheinen 1962 (engl.) und 1967 (dt.) eine kontroverse Debatte entbrannt speziell um den Begriff des Paradigma, um deren Aufklärung Kuhn sich redlich bemüht. Die Kontroversen reichen von Pro-Kritikern wie dem versuchten Nachweis Margaret Mastermanns (1974), dass Kuhn vielfache Definitionen von Paradigma verwende bis hin zu Contra-Kritikern wie Paul K. Feyerabend (1974), der Kuhns Buch als „Trostbüchlein für Spezialisten“ in Frage stellt. Mastermann (1974) führt über zwanzig verschiedene Bedeutungen an, in denen Kuhn den Begriff Paradigma gebraucht habe (vgl. 61ff), jedoch sei „Kuhns Denkweise in Wirklichkeit nicht unklar, sondern komplex“ (ebd. 60). Für Feyerabend (1974) ist es unmöglich, Kuhns Wissenschaftstheorie zu akzeptieren, die für ihn eher eine „allgemeine Ideologie“ bilde (vgl. 192). Feyerabend findet keine Antwort auf seine Frage, ob es sich bei Kuhns Buch um „methodologische Vorschriften“, also um Normativität, oder um eine „bloße Beschreibung“, also um Deskription, des wissenschaftlichen Vorgehens handelt (vgl. ebd.). Kuhn bejaht beide Möglichkeiten, seine Arbeit solle auf „beiderlei Sinn“ gelesen werden (vgl. Kuhn 1977, 229 u 225)²⁴. Auf

²³ Die Ausdrucksweise richtet sich hier nach der allgemeinen wissenschaftlichen Debatte, in der keine einheitliche Verwendung des Begriffes in seinen Fällen im Singular und Plural zu verzeichnen ist. Im Genitiv kann es hier je nach Bezug entweder „des Paradigma“ oder „des Paradigmas“ heißen, die in der deutschen Übersetzung der „Struktur wissenschaftlicher Revolutionen“ beide Verwendung finden. Für den Plural kann ebenso „Paradigmen“ oder „Paradigmata“ auftauchen, wobei Kuhn in der deutschen Übersetzung nur letzteren verwendet.

²⁴ Mit Bezug auf diese Kritik Feyerabends in dessen Essay antwortet Kuhn (1976): „Einige Kritiker behaupten, ich bringe Deskription und Präskription durcheinander und verletze damit den altehrwürdigen philosophischen Satz: Aus dem Sein kann kein Sollen folgen. Dieser Satz ist in der Praxis zur Phrase geworden und wird durchaus nicht mehr überall hochgehalten“ (218f). Mit Hinweis auf Stanley Cavell, *Must we mean what we say?* (New York 1969) setzt er fort: „Eine Reihe zeitgenössischer Philosophen haben bedeutende Zusammenhänge entdeckt, in denen Normatives und Deskriptives untrennbar miteinander verbunden sind. 'Ist' und

diese und viele weitere Diskussionen und Reaktionen (vgl. z. B. auch Shapere 1980 und Stegmüller 1973) soll hier nicht weiter eingegangen werden. Nur da, wo für eine für diese Arbeit wesentliche Begriffsbestimmung von Paradigma Aussagen der Kritiker für hilfreich erachtet werden, werden diese herangezogen.

Für den hier in Anlehnung an Kuhn gebrauchten und erweiterten Begriff des Paradigmas wird im Folgenden auf zwei Dinge eingegangen: 1. auf die im Anschluss an die erfolgte kritische Rezeption seines Buches „Die Struktur wissenschaftlicher Revolutionen“ von Kuhn präzierte Begriffsbestimmung von Paradigma und 2. auf die Übertragung des Begriffs Paradigma auf den *Gegenstandsbereich* der Sozialwissenschaften. Wohlgermerkt handelt es sich ausdrücklich *nicht* um eine Übertragung auf die Sozialwissenschaften (social science) *an sich*²⁵, etwa als Gegenstück zu den von Kuhn ausschließlich auf die Naturwissenschaften (science), insbesondere die Physik, gerichteten Untersuchungen.

Das, was Kuhn im Anschluss an die kritische Auseinandersetzung mit seinem Buch präziert unter dem Begriff Paradigma verstanden wissen will, lässt sich nach ihm in zwei Klassen²⁶ fassen (vgl. Kuhn 1977, 389f)

'sollte sein' sind keineswegs immer so sauber getrennt, wie es schien“ (ebd.).

²⁵ Einen solchen Versuch hat etwa Sheldon S. Wolin (1980) für die politische Theorie unternommen: „When applied to the history of political theory, Kuhn's notion of a paradigm, 'universally recognised scientific achievements that for a time provide model problems and solutions to a community of practitioners,' [vgl. Kuhn 1976, 10] invites us to consider Plato, Aristotle, Machiavelli, Hobbes, Locke, and Marx as the counterparts in political theory to Galileo, Harvey, Newton, Laplace, Faraday, and Einstein. Each of the writers in the first group inspired a new way of looking at the political world; in each case their theories proposed a new definition of what was significant for understanding that world; ... Many other instances could be introduced to show that the tradition of political theory displays a high degree of self-consciousness about the role and function of paradigms“ (175). Vgl. dazu auch den Versuch der Übertragung des Kuhnschen Paradigmas auf die politische Theorie von Georg Thurn (1976): Objektive und personale Erkenntnis. Zum wissenschaftlichen Paradigma der politischen Theorie. Inaugural-Dissertation zur Erlangung der Doktorwürde der Philosophischen Fakultäten der Albert-Ludwigs-Universität zu Freiburg im Breisgau.

²⁶ Stegmüller (1973) zerlegt den Begriff Paradigma in drei Klassen, in „Mögliche Objekte präziser logisch-wissenschaftstheoretischer Rekonstruktionen“ (Klasse I), in „Die durch paradigmatische Beispiele bestimmte Menge I der intendierten Anwendungen“ (Klasse II) und in „Diejenigen Komponenten des Paradigmas im Kuhnschen Sinn, die wissenschaftstheoretisch nicht faßbar sind, da sie in die Psychologie und Soziologie der Forschung gehören“ (Klasse III) (vgl. 203 f). Dabei

1.3 Theoretischer Hintergrund

und anhand seiner kritischen Reflexionen auf die Reaktionen seiner Kritiker wie seines Buches plausibel darstellen.

Die Übertragung des Begriffs Paradigma, den Kuhn ausschließlich für die Naturwissenschaft (science) gebraucht hat, auf die Sozialwissenschaft (social science), unter der hier insbesondere die Erziehungs- und Politikwissenschaften wie die Soziologie verstanden werden, scheint schwierig zu sein²⁷, nicht jedoch die Übertragung auf den *Gegenstand* der Sozialwissenschaften, der ganz allgemein das Verhältnis von Individuum und Gesellschaft zum Inhalt hat. Im Gegensatz zu Kuhn, der seine Untersuchungen ausschließlich auf (natur-)wissenschaftliche Gemeinschaften gerichtet hat, richtet sich der Fokus hier auf nicht-wissenschaftliche Gemeinschaften bzw. auf die Gesellschaft an sich.

1.3.1 Kuhn und seine Bestimmung des Paradigma

Die ursprünglich von Kuhn intendierte Verwendung des Begriffs Para-

ist Stegmüller sich sicher, dass es *immer* „gewisse Interpretationsschwierigkeiten“ angesichts Kuhn's „pauschaler Bemerkungen über Paradigmen“ geben dürfte (vgl. ebd. 206).

²⁷ Doch auch Auswirkungen auf die Sozialwissenschaften an sich sind grundsätzlich denkbar. Am Fachbereich für Angewandte Sozialwissenschaften der FH Dortmund am „Tag des bedingungslosen Grundeinkommens“ am 25.10.2011 referierte Sascha Liebermann. In der Sozialwissenschaft, so Liebermann, werde in Forschungsprozessen Erwerbstätigkeit immer als Sinnstiftung vorausgesetzt. Dies kann im Sinne von Kuhn durchaus als ein Paradigma gelten, welches von der wissenschaftlichen Gemeinschaft als Ausgangsbasis für ihre Forschungen grundlegend ist. Ein Diskurs, der diese Voraussetzung in Frage stellt und Erwerbsarbeit nicht mehr allein als sinnstiftend absolut setzt, sondern ihn gleichberechtigt neben vielen weiteren Arbeitsformen stellt, könnte in der wissenschaftlichen Forschung im Sinne von Kuhn auch zu einem Paradigmenwechsel in der sozialwissenschaftlichen Forschung führen. Die Gesellschaft, so Liebermann, stehe im Wesentlichen auf drei Säulen, die durch folgende Arbeitsbereiche gekennzeichnet seien: Bürgerchaftliches Engagement, Familienarbeit und Erwerbsarbeit.

Der Fokus, sowohl politisch als auch wissenschaftlich, richte sich jedoch unverhältnismäßig fast nur auf die Säule der Erwerbsarbeit. Das derzeitige Sozialsystem in Deutschland beruhe immer noch auf den Grundsätzen bismarckscher Prägung, die nicht mehr zeitgemäß seien und auf drei Kernpunkten aufbauten, die in der heutigen Gesellschaft alle nicht mehr zuträfen, 1. dem Generationenvertrag, 2. einer durchschnittlichen Lebenserwartung von ca. 55 Jahren und 3. dem Ehegattensplitting.

digma liegt in der Bedeutung von „Musterbeispiel“ begründet. Musterbeispiele seien „konkrete Problemlösungen“, die von einer Gruppe „in einem ganz gewöhnlichen Sinne als paradigmatisch anerkannt sind“ (ebd. 393). Er zieht zu den in der Wissenschaft verwendeten Standardbeispielen eine Analogie zu dem Prozess her, den man beim Erlernen einer Fremdsprache verwendet. Bei der Deklination von Substantiven und Adjektiven sowie bei der Konjugation von Verben folge man immer einem solchen Musterbeispiel (vgl. auch Kuhn 1976, 37):

„Man lernt zum Beispiel, 'amo, amas, amat, amamus, amatis, amant' aufzusagen, und dann benutzt man dieses **Musterbeispiel**, um das praesens activum anderer lateinischer Verben der ersten Konjugation zu bilden. Im Englischen nennt man Musterbeispiele, die beim Lehren einer Sprache verwendet werden, gewöhnlich 'paradigms', und wenn ich diesen Ausdruck auch auf wissenschaftliche **Musterprobleme** wie die schiefe Ebene oder das konische Pendel anwandte, so tat ihm das auf den ersten Blick keine Gewalt an (Kuhn 1977, 42, Hervorheb. fett MM).

Für die „normale Wissenschaft“, die bei Kuhn zu einer festen Begriffsverbindung geworden ist, und ihrer Standardbeispiele, würde das, was hier am Beispiel beim Erlernen einer Fremdsprache als Paradigma bezeichnet wird, jedoch besser durch den Begriff „Konsens“ und nicht „Paradigma“ ausgedrückt (vgl. ebd.).

Kuhn beschreibt eingehend die Jahre vor der Veröffentlichung seines Buches „Die Struktur wissenschaftlicher Revolutionen“ und die Manuskripte, die dieses Buch vorbereitet haben. Dabei habe der Begriff Paradigma leider ein „Eigenleben“ erworben und „die bisherige Rede vom Konsens“ weitestgehend verdrängt (vgl. ebd.).

Dieses „Eigenleben“ des Begriffs Paradigma beschreibt Kuhn weiter wie folgt:

„Zunächst war es einfach eine exemplarische Problemlösung gewesen; doch jetzt dehnte es seinen Herrschaftsbereich aus, zunächst auf die klassischen Bücher, in denen diese anerkannten Beispiele zuerst erschienen, und schließlich auf die ganze umfassende Menge der Positionen, die alle Mitglieder einer bestimmten wissenschaftlichen Gemeinschaft vertraten. Dieser umfassendere Sinn des Ausdrucks ist der einzige, den die meisten Leser des Buches zur Kenntnis genommen haben, und so konnte sich nur Verwirrung einstellen: vieles, was dort über Paradigmen gesagt wird, trifft nur für die ursprüngliche Bedeutung des Ausdrucks zu. Beide Bedeutungen erscheinen mir als wichtig, doch sie müssen auf jeden Fall auseinandergehalten werden, und das Wort 'Paradigma' paßt nur auf die erste (ebd. 42f).

Um eine weitere begriffliche Aufklärung des Begriffs Paradigma bemüht sich Kuhn, in dem er ihn in zwei Klassen einzuteilen versucht, wobei die eine die erwähnte Klasse der Musterbeispiele darstellt, die ihrerseits eine Teilklasse der zweiten Klasse ist, die er zunächst mit „Paradigma₁“ beschreibt. Darunter möchte er die Kommunikationsgrundlage einer wie auch immer bestimmten (wissenschaftlichen) Gemeinschaft verstanden wissen, deren Mitglieder sich bei der „fachlichen Kommunikation“ und bei „fachlichen Urteilen“ gemeinsam einig sind

1.3 Theoretischer Hintergrund

(vgl. ebd. 392). Um sich jedoch vor weiteren Verwirrungen zu schützen, entscheidet er sich anstatt des Begriffs „Paradigma“ für den Begriff „Disziplinäre Matrix“. Diese beschreibt er wie folgt:

„'Disziplinär', weil sie der gemeinsame Besitz der Vertreter einer Fachdisziplin ist; 'Matrix', weil sie aus Elementen verschiedener Art besteht, die alle genauer angegeben werden müssen. Zu den Bestandteilen der disziplinären Matrix gehören alle oder die meisten Gegenstände von Gruppenfestlegungen, die im Buch als Paradigmen, Teile von Paradigmen oder als paradigmatisch bezeichnet werden. Im Augenblick möchte ich nicht einmal versuchen, eine vollständige Liste anzugeben, sondern statt dessen diejenigen kurz nennen, die den Wissenschaftstheoretiker am meisten interessieren müssen, weil sie für die Erkenntnisfunktion der Gruppe von besonderer Bedeutung sind. Ich möchte sie als symbolische Verallgemeinerungen, Modelle und Musterbeispiele bezeichnen“ (ebd. 392, vgl. auch Kuhn 1977, 263).

Anhand dieser Beschreibungen von Kuhn lässt sich die Disziplinäre Matrix D also wie folgt darstellen: $D = \{\text{Musterbeispiele (ursprüngliche Paradigmen), Symbolische Verallgemeinerungen, Modelle}\}$. Sind die in der ursprünglichen Bedeutung von Paradigma gemeinten Musterbeispiele „konkrete Problemlösungen“, die von einer Gruppe als paradigmatisch gelten, so sind die Symbolischen Verallgemeinerungen

„diejenigen Ausdrücke, die von der Gruppe ohne Zögern angewandt werden und sich leicht auf eine logische Form wie $(x) (y) (z) \Phi (x, y, z)$ bringen lassen. Es sind die formalen oder leicht formalisierbaren Bestandteile der disziplinären Matrix“ (ebd. 392).

Modelle, ein drittes Element der disziplinären Matrix, auf das Kuhn nicht weiter eingehen möchte, lieferten einer Gruppe „bevorzugte Analogien“ und bei sehr großer Überzeugung sogar eine „Ontologie“.

Kuhn stellt wiederholt klar, dass der von ihm gebrauchte Begriff Paradigma ursprünglich für die genannten Musterbeispiele vorgesehen war, durch sein entwickeltes „Eigenleben“ verstünden die meisten Leser jedoch unter Paradigma das, was er nun mit disziplinärer Matrix zu beschreiben versucht (vgl. ebd. 419). Scheinbar verzweifelt stellt er zum Abschluss fest:

„Ich habe wenig Hoffnung, daß der Ausdruck 'Paradigma' wieder seine ursprüngliche Bedeutung zurückgewinnen wird, die einzige, die philosophisch überhaupt angemessen ist“ (419f).

Damit sollen die Ausführungen Kuhns hinsichtlich der Kontroversen und Verständnisprobleme bezüglich des Begriffs Paradigma hier beendet sein. Für diese Arbeit wird folgende Definition Kuhns zur Grundlage genommen, die er 1969 im Postskriptum zu seinem Buch „Die Struktur wissenschaftlicher Revolutionen“ verfasst hat und die prinzipiell das beschreibt, was er später mit dem Begriff Disziplinäre Matrix versucht, zu verdeutlichen. Eine ausschließlich auf Musterbeispiele gerichtete Definition von Paradigma scheint nicht mehr fruchtbar, zumal sie in der erweiterten Definition der disziplinären Matrix mitenthalten sind. Kuhn selbst hat, wie gesagt, mehrfach zugegeben, für diese Ver-

wirrung mitverantwortlich zu sein²⁸:

„Ein Paradigma ist das, was den Mitgliedern einer wissenschaftlichen Gemeinschaft gemeinsam ist, und umgekehrt besteht eine wissenschaftliche Gemeinschaft aus Menschen, die ein Paradigma teilen“ (Kuhn 1976, 187).

1.3.2 Paradigmen in den Gegenständen der Sozialwissenschaften

Es ist berechtigt zu fragen, ob nun eine Übertragung des Paradigma-Begriffs auf den Gegenstand der Sozialwissenschaft legitim ist. Der für diese Arbeit verwendete Begriff des Paradigma richtet sich auf die Gesellschaft an sich bzw. auf die Angehörigen einer politischen Gemeinschaft und ist damit nicht wie bei Kuhn auf wissenschaftliche Gruppierungen als Untergruppe der Gesellschaft beschränkt. Mit Sheldon Wolin (1980) wird hier übereinstimmend folgende Ausführung zu einer solchen Übertragung als möglich angesehen:

„The obvious response is to say that Kuhn's conception of paradigms seems out of place when it is applied to a context for which it had not been devised. Instead of accepting this objection I should like to try to ammend the concept so that it can be made useful for analysing actual political societies. My proposal is that we conceive of political society itself as a paradigm of an operative kind. From this viewpoint society would be envisaged as a coherent whole in the sense of its customary political practices, institutions, laws, structure of authority and citizenship, and operative beliefs being organised and interrelated. A politically organised society contains definite institutional arrangements, certain widely shared understandings regarding the location and use of political power, certain expectations about how authority ought to treat the members of society and about the claims that organised society can rightfully make upon its members. In some societies many of these features are explicitly set forth in a written constitution²⁹“ (183f).

Aus dieser Sichtweise Wolins entsteht etwas, was man als gesellschaftliches Paradigma bezeichnen könnte:

„In saying that the practices and beliefs of society are organised and interrelated, that its members have certain expectations and share certain beliefs, one is saying that that society believes itself to be one thing rather than another, a democracy rather than a dictatorship, a republic rather than a monarchy, a directed society rather than a free one. This *ensemble* of practices and beliefs may be said to form a **paradigm** in the

²⁸ Vgl. z. B. Kuhns Kommentar zu Mastermanns Kritik (Kuhn 1977, 226).

²⁹ Die am 8. Mai 1949 beschlossene und am 23. Mai 1949 in Kraft getretene Verfassung Deutschlands kann als unmittelbare Antwort auf die Ereignisse und Erfahrungen des nationalsozialistischen Reiches interpretiert werden, die einen radikalen Paradigmenwechsel hinsichtlich der menschenrechtlichen Grundlagen für eine politische Gemeinschaft bedeutet.

1.3 Theoretischer Hintergrund

sense that the society tries to carry on its political life in accordance with them. Further, in its agencies of enforcement and in its systems of rules, a political society possesses the basic instrumentalities present in Kuhn's scientific community and employs them in an analogous way. Society, too, enforces certain types of conduct and discourages others; it, too defines what sorts of 'experiments' – in the form of individual or group actions – will be encouraged, tolerated, or suppressed; by its complex organisation of politics through legislatures, political parties, and the media of opinion, society also determines what shall count in determining future decisions.

In the natural course of its history a society undergoes changes which impose strains upon the existing paradigm. A society may find the paradigm being challenged directly, or it may experience difficulty in coping with the results of change“ (ebd. 184, Hervorheb. im Original, Hervorheb. fett MM).

Von einer solchen Untersuchung haben sowohl Kuhn selbst als auch Gutting sich fruchtbare Weiterentwicklungen der Kuhnschen Theorie versprochen. Gutting (1980) formuliert:

„Although the social sciences themselves do not seem to contain counterparts to the paradigms Kuhn found in the natural sciences, it does not follow that there are not other contexts to which Kuhn's approach might be fruitfully extended. For there are non-scientific communities that embody a consensus strikingly similar to that found in the natural sciences. This suggests that social scientist would have been more successful if they looked for paradigms not among themselves but among the communities that they study. In fact, however, this sort of application of Kuhn's work has usually been made not by social scientists but by scholars in humanistic disciplines such as history, art, and philosophy (although there has been much less use of Kuhn in these disciplines than in the sciences). For example, several historians and political theorists have suggested that it is profitable to talk of paradigms operative not in history or political theory but in the political groups (nations, ruling elites) that are studied by history and political theory“ (15).

Es geht also um nicht-wissenschaftliche Gemeinschaften, die auf einem Konsens beruhen, einem gesellschaftlichen Paradigma. Zum Abschluss kommt Gutting dann zu folgender Aussage:

„Finally, although it would almost surely be a good idea to declare a moratorium on applications of Kuhn to the methodology and history of the social sciences, there is need for a great deal of work on the extension of Kuhnian ideas to the analysis of non-scientific communities. It is here more than anywhere else that the power of Kuhn's thought still remains untapped“ (19).

Diese Arbeit versucht einen Beitrag zur Schließung dieser Lücke zu leisten. Auch Kuhn (1976) hat zum Schluss in seinem Postskriptum eine solche Möglichkeit offengelegt:

„Ich habe dieses Postskript mit der Betonung der Notwendigkeit begonnen, die Gemeinschaftsstruktur der Wissenschaft zu studieren. Ich schließe es mit der Unterstreichung der Notwendigkeit ähnlicher, vor allem vergleichender Studien der entsprechenden Gemeinschaften auf andern Gebieten. Wie wählt man, und wie wird man zum Mitglied einer bestimmten wissenschaftlichen oder nichtwissenschaftlichen Ge-

meinschaft gewählt? Worin bestehen der Prozeß und die Stadien der Sozialisation in der Gruppe? Was sieht die Gruppe kollektiv als ihre Ziele an? Welche individuellen oder kollektiven Abweichungen wird sie tolerieren? Und wie wird sie mit unzulässigen Abweichungen fertig“ (221)?³⁰

Der Paradigma-Begriff kann in diesem Sinne fruchtbar gemacht werden in der oben genannten Definition von Kuhn, dass „ein Paradigma das ist, was den Mitgliedern einer Gemeinschaft gemeinsam ist“ bzw. „eine Gemeinschaft besteht aus Menschen, die ein Paradigma teilen“. So können etwa die Abschaffung der Sklaverei und die der Rassengesetze als Paradigmenwechsel interpretiert werden. In Kapitel 2.2 werden dazu zwei Beispiele von Paradigmenwechseln herangezogen, die einschneidende Veränderungen hinsichtlich der politischen Gemeinschaft bzw. Gesellschaft evoziert haben, die Einführung des Frauenwahlrechts und der Fall der Berliner Mauer.

Für die Veränderungsprozesse, die mit einem Paradigmenwechsel einhergehen, hat Kuhn (im naturwissenschaftlichen Sinne) hauptsächlich eine Krise statuiert, die er für eine (wissenschaftliche) Revolution voraussetzt (Kuhn 1976, passim)³¹. Dies formuliert auch Wolin (1980) in

³⁰ Wolin (1980) formuliert ähnliche Fragen, die zu untersuchen seien: „Among the questions being investigated are: What determines the attitudes and preferences of voters? What accounts for the apathy of voters? What is the functional value of non-participation? To what extent do political *élites* dominate decision-making and to what degree are they responsive to the citizenry? What effect does membership in many and often conflicting groups have upon the stability of a political system“ (186f)?

³¹ Den Bezug zur sogenannten „Normalwissenschaft“ macht Kuhn (1977) folgendermaßen deutlich: „Die Revolutionen führen über die Kritik zur normalen Wissenschaft, ebenso wie die normale Wissenschaft über die Krisen zu Revolutionen führt“ (226). Auf die Frage, was denn nun normal oder revolutionär sei, bestände das Hautproblem, so Kuhn, in der entscheidenden Frage darin: „für wen?“ Manchmal ist die Antwort leicht: die kopernikanische Astronomie war für einen jeden revolutionär; die Entdeckung des Sauerstoffs war eine Revolution für die Chemiker, aber kaum für mathematische Astronomen, ausgenommen jemand wie Laplace, der auch an chemischen und thermischen Problemen interessiert war. [...] Die typischen Gemeinschaften mögen, zumindest auf der zeitgenössischen Bühne, etwa aus hundert Mitgliedern bestehen, manchmal aus bedeutend weniger. Die einzelnen Wissenschaftler, besonders die tüchtigsten, mögen auch mehreren solcher Gruppen angehören, entweder zu gleichen Zeit oder nacheinander; im letzteren Fall würden sie, wenn sie von der einen Gruppe zur anderen wechseln, ihre Denkweise [their thinkin caps] verändern oder mindestens anpassen. [...] Die Frage: 'normal oder revolutionär' soll also angesichts derartiger Gruppen gestellt werden. Viele Episoden werden dann für keine Gemeinschaften revolutionär sein; wie-

1.3 Theoretischer Hintergrund

Anlehnung an Kuhn für die politischen Theorien:

„Throughout the history of Western political theory we find that most of the major theories have been produced during times of crisis, rarely during periods of normalcy. This phenomenon suggests that the major theories resemble 'extraordinary science': they are produced when the operative political paradigm is encountering, not puzzles, but profound anomalies. Further, the major theories exhibit the same feature of extraordinary science: they seek to discredit the existing operative paradigm. One need only recall Plato's criticism of democracy, Machiavelli's strictures on princes in the *Discorsi*, Locke's indictment of royal absolutism, and Marx's critique of capitalist society. Obviously no one will pay much attention to these attacks if they do not feel bothered by the operation of the existing paradigm. People much prefer to concentrate upon enjoying the benefits or exploring the possibilities of the prevailing system. This indifference is not the expression of a choice between having a theory or living without one. A society which is operating fairly normally has its theory in the form of the dominant paradigm, but that theory is taken for granted because it represents the consensus of the society“ (186, Hervorheb. im Original).

So spricht Wolin genau wie Kuhn von zwei Paradigmen, eines das den Status Quo statuiert und ein neues, welches diesen Status Quo durch außergewöhnliche Erneuerungen zu ersetzen trachtet:

„Thus one can think in terms of two kinds of paradigms. There is the extraordinary type represented in the major political theories and there is the normal one embodied in the actual arrangements of an enforcement of a political paradigm and the enforcement of a scientific one. By extending this analogy a bit further it may be possible to locate behavioural studies and to say something about their theoretical status“ (ebd.).

Was unter Veränderungsprozessen zu verstehen ist, wird im 2. Kapitel näher beleuchtet. Kuhn selbst zieht eine Parallele zwischen wissenschaftlicher Revolution einerseits und politischer Revolution andererseits, auf die in Kapitel 2.1.2 dann näher eingegangen wird:

„Bei der politischen und wissenschaftlichen Entwicklung ist das **Gefühl eines Nichtfunktionierens**, das zu einer Krise führen kann, eine Voraussetzung für die Revolution“ (Kuhn 1976, 104, Hervorheb. fett MM).

Tauchen bei Kuhn die im 2. Kapitel unter Veränderungsprozessen zusammengefassten Vorgänge wie Krise, Revolution und Entdeckungen/Erfindungen auf, so werden diese drei Veränderungsprozesse hier noch durch einen vierten Vorgang, den der Katastrophe, ergänzt.

1.3.3 Pädagogischer Bezug

Für die Vermittlung eines Paradigmas ist es aus erziehungswissenschaft-

le andere werden nur für eine kleine Gruppe als revolutionär erscheinen; wieder andere für manche Gemeinschaften und einige wenige für die ganze Wissenschaft“ (ebd. 244f).

licher Sicht nun hier von Interesse, welche pädagogischen Vermittlungsstrategien zur Umsetzung eines neuen Paradigmas bzw. zur Erhaltung eines bestehenden beitragen. Für die sogenannte Normalwissenschaft sind es für Kuhn (1976) vor allem die wissenschaftlichen Lehrbücher für „eine junge wissenschaftliche Generation“, die der Vermittlung dienen:

„Der Zweck solcher Bücher ist jedoch zwangsläufig der, zu überzeugen und pädagogisch zu wirken“ (15).

„Wir haben [...] festgestellt, daß ein wachsendes Vertrauen in die Lehrbücher oder gleichwertige Publikationen eine unveränderliche Begleiterscheinung des Auftauchens eines ersten Paradigmas auf allen Gebieten der Wissenschaft war. Der letzte Abschnitt dieses Essays wird zeigen, daß die Herrschaft, die solche Lehrtexte über eine reife Wissenschaft ausüben, ihr Entwicklungsschema wesentlich von dem anderer Gebiete unterscheidet. Für den Augenblick wollen wir einfach als gegeben hinnehmen, daß in einem auf anderen Gebieten nicht erreichten Ausmaß die wissenschaftliche Erkenntnis des Laien wie auch des Fachmannes auf Lehrbüchern und einigen anderen, aus diesen schöpfenden Literaturerzeugnissen basiert“ (148).

Nach einem Paradigmenwechsel in der Naturwissenschaft müssten diese nun mit in die Bücher aufgenommen werden, so Kuhn, die Paradigmenwechsel als das Ergebnis einer wissenschaftlichen Revolution an sich würden jedoch gemeinhin nicht als solche in den Büchern reflektiert. Das beschreibt das, was Kuhn's Buch im Allgemeinen kritisiert, nämlich die Ansicht, dass der Fortschritt von Wissenschaft nur durch die fortschreitende Kumulation von Wissensbeständen erfolge.

„Da aber Lehrbücher pädagogische Vehikel für das Fortbestehen der normalen Wissenschaft sind, müssen sie immer dann ganz oder teilweise neu geschrieben werden, wenn sich Sprache, Problemstruktur oder Normen der normalen Wissenschaft ändern. Kurz gesagt, sie müssen im Gefolge jeder wissenschaftlichen Revolution neu geschrieben werden, und wenn sie neu geschrieben sind, verschleiern sie zwangsläufig nicht nur die Rolle der Revolutionen, die sie hervorgebracht haben, sondern sogar deren Existenz. Wenn der praktizierende Wissenschaftler oder der Lehrbücher lesende Laie zu seinen Lebzeiten keine Revolution erfahren hat, erfaßt sein geschichtliches Bewußtsein nur die Ergebnisse der letzten Revolution auf dem betreffenden Gebiet. [...] Es ist also nicht verwunderlich, daß Lehrbücher und die von ihnen unterstellte geschichtliche Tradition nach jeder Revolution neu geschrieben werden müssen. Und es ist auch kein Wunder, daß, da sie tatsächlich neu geschrieben werden, die Wissenschaft wiederum weitgehend kumulativ erscheint“ (ebd. 148f).

Dadurch würden die von Kuhn definierten wissenschaftlichen Revolutionen unsichtbar gemacht, die Vermittlung der „wahren“ Tatsachen würde verschleiert:

„Da die Lehrbücher darauf abzielen, den Studierenden schnell mit dem vertraut zu machen, was die wissenschaftliche Gemeinschaft zu wissen glaubt, behandeln sie die verschiedenen Experimente, Begriffe, Gesetze und Theorien der geltenden normalen Wissenschaft so getrennt und so entwirrt wie nur möglich. Pädagogisch ist diese Technik der Darstellung unanfechtbar“ (151).

An einem konkreten Beispiel macht Kuhn (1976) die pädagogische „Bedeutung der Lehrbuchdarstellung“ deutlich:

1.3 Theoretischer Hintergrund

„Jedes elementare Chemielehrbuch muß den Begriff des chemischen Elements erörtern. Fast immer, wenn dieser Begriff eingeführt wird, nennt man als seinen Urheber Robert Boyle, einen Chemiker des siebzehnten Jahrhunderts, in dessen *Sceptical Chymist* der aufmerksame Leser eine Definition von 'Element' finden wird, die der heutigen recht nahe kommt. Der Hinweis auf Boyle hilft dem Anfänger, sich darüber klar zu werden, daß die Chemie nicht erst mit den Sulfonamiden begann; außerdem sagt er ihm, daß eine der traditionellen Aufgaben des Wissenschaftlers die Erfindung solcher Begriffe ist. Als Teil des pädagogischen Rüstzeugs, das einen Menschen zum Wissenschaftler macht, ist die Zuschreibung höchst nützlich. Gleichwohl ist sie ein weiteres Beispiel für das Schema geschichtlicher Fehler, durch das Fachleute wie Laien über das Wesen des wissenschaftlichen Unternehmens in die Irre geführt werden. [...] Verbaldefinitionen wie die Boyles haben wenig wissenschaftlichen Gehalt, wenn sie für sich allein betrachtet werden. Sie sind keine vollständigen logischen Angaben der Bedeutung (falls es solche überhaupt gibt), sondern eher pädagogische Hilfsmittel“ (153, Hervorheb. im Original)

Für die Durchsetzung eines neuen Paradigmas bzw. für die Beibehaltung eines alten ist auch der Hinweis von Max Planck (1948) auf die Bedeutung von (immer auch pädagogisch) wirkenden Autoritäten ernst zu nehmen, der in seiner Selbstbiografie folgende für ihn „bemerkenswerte Tatsache“ feststellt³²:

„Eine neue wissenschaftliche Wahrheit pflügt sich nicht in der Weise durchzusetzen, daß ihre Gegner überzeugt werden und sich als belehrt erklären, sondern vielmehr dadurch, daß die Gegner allmählich aussterben und daß die heranwachsende Generation von vornherein mit der Wahrheit vertraut gemacht ist“ (22).

Für die pädagogische Vermittlung eines (wissenschaftlichen) Paradigmas, sowohl eines alten bestehenden, als auch eines revolutionär neuen, sind im Kuhnschen Sinne sowohl Literatur als auch Autoritäten als pädagogisch wirkend anzunehmen. Auf den pädagogischen Vermittlungsprozess für ein neues Paradigma, das den Mitgliedern einer (nicht-wissenschaftlichen) Gemeinschaft bzw. der Gesellschaft an sich gemeinsam ist, wird im 3. Kapitel gesondert eingegangen.

Für die erziehungswissenschaftliche Betrachtung von Paradigmenwechseln, wie sie in dieser Arbeit anhand eines aktuellen Veränderungsprozesses in der Gesellschaft am Beispiel der Bewegungen um das bedingungslose Grundeinkommen vorgenommen werden, muss neben pädagogisch wirkender Literatur und pädagogisch wirkenden Autoritäten noch ein drittes Medium, nämlich das Internet als weltweit verknüpftes Netzwerk, in die Betrachtungen einbezogen werden. Dazu wird im folgenden Exkurs I Bezug genommen und das bedingungslose Grundeinkommen in seinem Zusammenhang mit der Globalisierung von Information vor den noch zu analysierenden Typen von Veränderungsprozessen

³² Auf diese Aussage Planck's geht Kuhn (1976) im 12. Kapitel unter „Die Lösung der Revolutionen“ ein (vgl. 162).

zessen (Kapitel 2.1) und zweier Beispiele (Kapitel 2.2) vorweggenommen. Im Exkurs II wird kurz die historisch-politische Entwicklung in Europa dargestellt, die die Bewegungen um das bedingungslose Grundeinkommen im 21. Jahrhundert vor dem Hintergrund seiner geschichtlichen Einbettung nachvollziehbar machen.

1.3.4 Exkurs I: Globalisierung und Grundeinkommen

Unter dem Titel „Nachhaltigkeit, Globalisierung, Grundeinkommen“ warb der Referatsleiter des Bundesjustizministeriums Thomas Weber am 02. Mai 2011 bei seinem Vortrag in der Freien Waldorfschule Berlin Mitte für ein bedingungsloses Grundeinkommen (bGe)³³. Seines Erachtens ließe die politische Führung in Deutschland derzeit nicht erkennen, dass sie eine Orientierung habe. Das Grundeinkommen sei ein Element des derzeitigen Strukturwandels und, so die Prognose Webers, werde schrittweise in einer sich verändernden Gesellschaft eingeführt und die „Arbeit“ grundlegend verändern. Der Begriff „Schule“, so Weber weiter fortfahrend, aus dem Griechischen schólé, wurde in seinen Ursprüngen in den Bedeutungen „Freizeit, Muße; Müßiggang“ gebraucht. Damit weist Weber darauf hin, dass die heutige Schule als Vorbereitung auf das Erwerbsarbeitsleben schon von der ursprünglichen Bedeutung her verfehlt sei. Das bedingungslose Grundeinkommen könne im Übrigen nachhaltig gedacht werden und sei vorbildlich und nachahmenswert.

Der Begriff Nachhaltigkeit, ursprünglich in der Forstwirtschaft verwendet für die Umsicht, nur soviel Holz zu ernten wie auch nachwachsen kann, werde immer mehr missbraucht von Banken und Wirtschaftsunternehmen, die die ursprünglich positive Bedeutung des Begriffs zu verschleiern versuchten und somit die grundlegende Problematik bagatellisierten. Weber beschrieb mehrere Akzente von Nachhaltigkeit, von denen drei hier wiedergegeben werden sollen:

- Globalen Kollaps denken und ihm entgegenarbeiten
- Vorbild für andere sein => Vermittlung von Weltanschauungsfähigkeit
- Die Vorteile wiegen den Aufwand und evtl. Schäden auf³⁴

Export, so Weber, sei grundsätzlich nicht nachhaltig. Der Konsum müs-

³³ Dr. Thomas Weber legte vorangestellt Wert darauf, dass er sich weder beruflich noch politisch, sondern als Bürger für diese Thematik engagiere.

³⁴ Vgl. hierzu die Inkaufnahme von rückläufigen Momenten, die unter 8.4. diskutiert werden.

1.3 Theoretischer Hintergrund

se nachhaltig gestaltet werden.

Beim Stichwort Globalisierung³⁵ (Begriff seit ca. 1993) fragte Weber, was denn da eigentlich global werde? Werde bei einer Legalisierung etwas legal, so werde auch bei einer Globalisierung etwas global. Global werde die *Kommunikation*, sie sei der Kern der Globalisierung. Nach einer kurzen Reflexion über die digitale Revolution, die 1993 mit dem World Wide Web (WWW) und 1994 mit der Einführung der E-Mail-Kommunikation begann, sei Globalisierung vierfach gewichtet:

Jede Information ist jederzeit von jedermann an jedem Ort verfügbar.

Die Eigengesetzlichkeit dieser Kommunikation, so Weber, verändere die Welt fundamental. Die „totale Kommunikation“ stelle die Verhältnisse weltweit in Vergleich. Somit werde die politische Wirkmacht der neuen Kommunikation bedeutsam, wie sie unter anderem an den rasanten Umbrüchen in der Arabischen Welt zu bestaunen sei.

Meder (2004) beschreibt diese Phänomene als „Destruktion der öffentlichen Verbindlichkeit von Sprache durch neue Technologien“: Seine Hauptthese ist folgende:

„Der Strukturwandel, der sich gegenwärtig vollzieht, ist vergleichbar mit dem Übergang von handwerklicher zu industrieller Produktion. Heute geht die industrielle Produktion in die informationelle Produktion über. Wenn von Postmoderne als einer Epoche gesprochen werden kann, dann meine ich – vor allem im Sinne einer postindustriellen Produktion.³⁶ [...] Epochenwechsel können als Wechsel in den Paradigmen gekennzeichnet werden. Wenn man HANNAH ARENDT folgt, sind die Paradigmen weniger von gedanklicher Art als vielmehr von technischer bzw. besser: technologischer Art.³⁷“ (119, Hervorheb. im Original).

Unser Zeitalter ist also massiv durch die rasante Verbreitung von Information geprägt, die Computertechnologie habe eine neue Epoche eingeleitet. Meder konstatiert:

³⁵ Vgl. zum Stichwort Globalisierung u.a. auch das Buch von Hartmut Rosa (2005), der unter den weltweit veränderten Bedingungen der Beschleunigung die Phänomene in der (Post-) Moderne untersucht: „Beschleunigung. Die Veränderung der Zeitstrukturen in der Moderne“. Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main.

³⁶ Meder bezieht sich hier auf Bell, D.: Die nachindustrielle Gesellschaft. Frankfurt a.M./New York 1975. Werner/Goehler (2010) bezeichnen das Grundeinkommen als „Wegweiser in die postindustrielle Zukunft“ (92) sowie als „dauerhafte Perspektive“ für ein „Laboratorium für eine postindustrielle Kulturgesellschaft“ (ebd., 145ff).

³⁷ Meder bezieht sich hier auf Hannah Arendt: Vita activa oder vom tätigen Leben. München 1981, S. 244ff.

„Der Computer ist genau genommen keine Maschine, sondern ein Automat. Automaten sind keine Produktionsgeräte, sondern Instrumente der Steuerung und der Kommunikation. Das ist der dominante strukturelle Unterschied. Wenn diese Steuerungsautomaten überhaupt etwas produzieren, dann ist es Sprache. In diesem Sinne kann man sagen, dass das Paradigma der postindustriellen Zeit, in die wir schon längst hineingeraten sind, die Sprach-Maschine ist³⁸“ (ebd.).

Die neuen Technologien, so Meder, brächten im Wesentlichen vier Veränderungen mit sich:

1. „Abbau körperlicher Arbeit durch computergesteuerte Produktion“
2. Menschliche Tätigkeiten werden koordiniert durch die automatisierte Vernetzung
3. Steigerung der gesellschaftlichen „Kontrolle durch Datenbanktechniken“
4. „Veränderung des Wissens durch maschinelle Produktion von Informationen und von Informationssystemen“ (vgl. ebd., 45).

Für Lyotard (1999), der die Veränderung des Wissens in den „höchstentwickelten Gesellschaften“ in seinem Postmodernen Wissen zur Hauptuntersuchung gemacht hat, zeichnet sich diese Veränderung bereits in den 50er Jahren des letzten Jahrhunderts ab:

„Die Auswirkung dieser technologischen Transformation auf das Wissen scheint erheblich sein zu müssen. Es ist davon in seinen beiden hauptsächlichen Funktionen betroffen oder wird es werden: in der Forschung und in der Übermittlung der Erkenntnisse. [...] Man kann vernünftigerweise annehmen, daß die Vervielfachung der Informationsmaschinen die Zirkulation der Erkenntnisse ebenso betrifft und betreffen wird, wie die Entwicklung der Verkehrsmittel zuerst den Menschen (Transport) und in der Folge die Klänge und Bilder (Medien^[...]) betroffen hat“ (21f).

Diese Transformation der Wissensgesellschaft, so Lyotard, wird auch auf die Staatsgewalt mit ihrer Legitimation von Macht und Bürokratisierung zurückfallen:

„Die Veränderung der Natur des Wissens kann also auf die etablierten öffentlichen Gewalten solcherart zurückwirken, daß sie diese nötigt, ihre rechtlichen und faktischen Beziehungen zu den großen Unternehmungen und, allgemeiner, zur bürgerlichen Gesellschaft erneut zu überdenken“ (ebd. 28).

Somit, so weit ist festzuhalten, spielt die rasante Informationsvermittlung in einer globalisierten Welt durch die „digitale Revolution“ auch eine erhebliche Rolle bei der Vermittlung neuer Paradigmen und der Einleitung von Paradigmenwechseln.

³⁸ Meder zieht hier einen Vergleich zu Butler, Judith (2003). Kritik der ethischen Gewalt, Frankfurt a. M.

1.3.5 Exkurs II: Historischer Überblick von der Aufklärung bis heute

In folgendem Schaubild³⁹ wird dargestellt, wie im Laufe der Jahrhunderte seit dem 17. Jahrhundert sich die politischen Rechte der Bürger von zunächst einer **Abwehr**, über die **Beteiligung** bis hin zu **Ansprüchen** an den Staat entwickelt haben⁴⁰. Einher damit ist fortwährend immer eine Begrenzung von staatlicher Macht gegangen. Hatten die Bürger zunächst so gut wie gar keine Rechte, so konnten sie im 19./20. Jahrhundert sogar Ansprüche an den Staat geltend machen. Die Entwicklung dieser politischen Situationen möchte ich wie folgt darstellen:

³⁹ Auf dieses Schaubild bin ich in einer Veranstaltung zur Politikwissenschaft im Jahre 1996 an der Universität Hannover im Fachbereich Erziehungswissenschaften durch den damaligen Professor Dr. Siegfried Jenkner in einem seiner Vorträge aufmerksam geworden, welches ich nur aus der Erinnerung bzw. meinen Mitschriften wiedergeben kann. Jenkner gehörte Ende der 40er Jahre letzten Jahrhunderts der sogenannten Belter-Gruppe um Herbert Belter an, die sich an der Universität in Leibniz formierte, um für demokratische Grundrechte zu kämpfen. In den Gründungsjahren der BRD und der DDR war den Studenten damals klar, dass die DDR-Führung totalitäre Züge annahm, denen sie sich widersetzen wollten. Das SED-Regime reagierte mit voller Härte und übergab die Demonstranten nach Gerichtsverfahren dem KGB. Herbert Belter als Kopf der Bewegung wurde im April 1951 erschossen. Die anderen acht Mitglieder neben Herrn Siegfried Jenkner wurden zu hohen Freiheitsstrafen (bis zu zweimal 25 Jahren) Straflager verurteilt. Herr Jenkner erhielt erst 1955 eine Amnestie, er flüchtete nach seiner Rückkehr nach Westdeutschland. Die Belter-Gruppe hat vergleichbare Züge wie die Studentenbewegung „Weiße Rose“ im Nationalsozialismus. Sie hat allerdings nicht den Bekanntheitsgrad wie den der „Weißen Rose“ erreichen können.

⁴⁰ Der dargestellte historische Überblick in den beiden folgenden Abbildungen bezieht sich auf die Entwicklung in Europa im Allgemeinen, im Besonderen jedoch vor allem auf Deutschland, dessen verfassungsrechtliche Entwicklung durch die Erfahrungen im Nationalsozialismus gekennzeichnet ist und im Gegensatz zu anderen europäischen Verfassungen die „Würde des Menschen“ in den Vordergrund stellt.

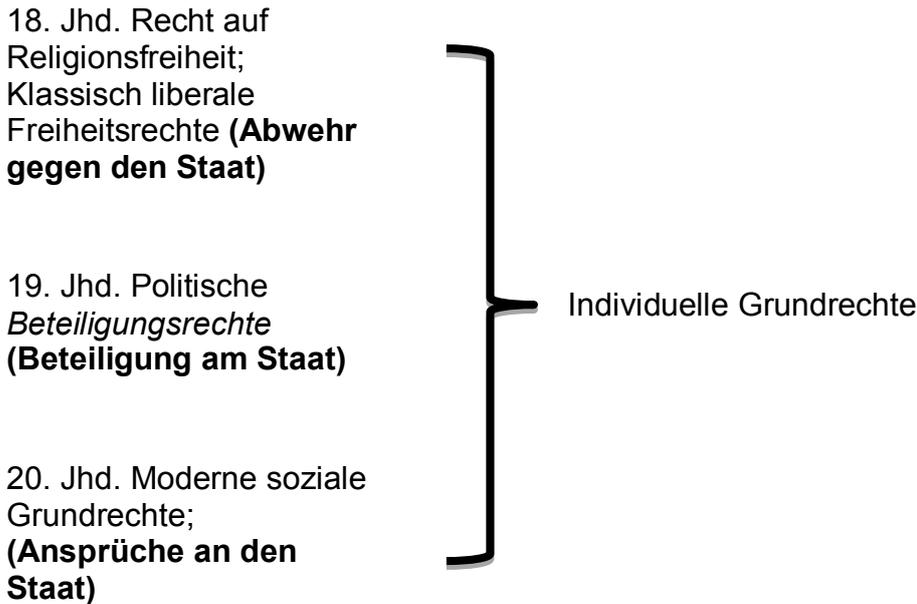


Ziel sämtlicher Bürgerbewegungen ist historisch gesehen die Begrenzung staatlicher Macht. So ging in diesem historischen Rückblick die Macht immer mehr auf den Bürger über, der in Deutschland bzw. in repräsentativen Demokratien seine Macht repräsentativ auf politische Stellvertreter überträgt. Damit sind spezielle Reglementierungen des Souveräns, also des Bürgers, wie etwa die in der Hartz-IV-Gesetzgebung gegebene jedoch unter dieser allgemeinen historischen Entwicklungsperspektive nicht angesprochen.

Interessant ist nun, dass es gegen Ende des 20. Jahrhunderts zu einer Wendung von den individuellen hin zu kollektiven Grundrechten gekommen zu sein scheint. Beginnend mit Rechten wie z. B. Minderheiten-, Frauen-, Kinder- oder Behindertenschutz wird hier zur Diskussion gestellt, ob sich in Zukunft eine Art (kollektives) Grundrecht auf einen Anspruch an den Staat - hier im Sinne eines Grundeinkommens herausbildet, dass im Gegensatz zur gesellschaftlichen Entwicklung im 20. Jahrhundert an Bedingungen geknüpft, nun im 21. Jahrhundert bedingungslos gewährt wird. Das Schaubild würde aus einer solchen Perspektive durch das 21. Jahrhundert wie folgt ergänzt:

⁴¹ Dass die kollektiven wie auch individuellen Grundrechte massiv verletzt werden, wie zuletzt in der NSA-Affäre repräsentiert, aufgedeckt durch Edward Snowden, ist von der dargestellten verfassungsrechtlichen Entwicklung in Deutschland getrennt zu betrachten. Im Gegenteil offenbart diese Affäre ja gerade eine große Empörung darüber, dass längst errungene verfassungsrechtliche Maßstäbe missachtet worden sind.

1.3 Theoretischer Hintergrund



Ende des 20. Jhd. Kollektive Grundrechte	z. B. Minderheitenschutz, Verhinderung des Großen Lauschangriffs etc.
21. Jhd. Moderne Freiheitsrechte (Bedingungslose Ansprüche an den Staat)	Einkommen als kollektives Menschenrecht. Individuelle Entfaltung der Persönlichkeit durch verfassungsrechtliche Sicherung der Existenz

Dieses historische Wissen um eine Entwicklung hin zu mehr Demokratie⁴², also einer Volksherrschaft, die die Macht dem Souverän, in der Demokratie also dem Volk an die Hand gibt, kann unter strukturanalogischen Gesichtspunkten zu einer Erweiterung von entscheidenden Wissensbeständen hinsichtlich der Organisation von demokratischen Gesellschaftsformen führen. So ist zu sehen, dass im Laufe der letzten Jahrhunderte der Bürger an sich immer mehr Rechte für sich gewinnt

⁴² Seitens der Grundeinkommensbewegung wird kritisiert, dass die Ideale der französischen Revolution, die die Demokratie auszeichnen, Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit bis heute nicht wirklich umgesetzt worden seien. Insbesondere die Freiheit mit ihren in der deutschen Verfassung festgeschriebenen Grundsätzen der Menschenwürde, der freien Entfaltung der Persönlichkeit, der Freizügigkeit, der freien Arbeitsplatz- und Ausbildungsplatzwahl bis hin zur Unverletzlichkeit der Wohnung (vgl. z.B. staatlich organisierte Überprüfungen von Bedarfsgemeinschaftswohnungen) würden gegenwärtig im Sinne der Grundrechte der deutschen Verfassung (Artikel 1-19) missachtet.

und es in Sozialstaaten sogar bis hin zu (bedingten) Ansprüchen an den „Staat“ gekommen ist⁴³. Wenn sich die Situation des Bürgers im Laufe der letzten Jahrhunderte unter demokratischen Gesichtspunkten immer weiter verbessert hat, so wäre zu fragen, was sich strukturanalogisch gesehen dadurch für weitere Schlüsse im 21. Jahrhundert ziehen ließen⁴⁴. Musste sich der Bürger im 17./18. Jahrhundert und davor noch gegen den „Staat“ zur Wehr setzen, so erkämpfte er im 19./20. Jahrhundert immer mehr Beteiligungsrechte (vgl. Arbeiterbewegung/ Gewerkschaftsursprünge und Frauenbewegung/Durchsetzung des Frauenwahlrechts) am „Staat“. Deutschland als „Begründer“ des Sozialstaates mit der Einführung von Kranken- (1883), Unfall- (1884), Alters- und Invaliditäts- (1889) wie Rentenversicherung (1891) (vgl. Werner/Eichhorn/Friedrich 2012, XI) hat sich dann im 20. Jahrhundert dahin gehend entwickelt, dass der Bürger sogar (bedingte) Ansprüche an den „Staat“ stellen kann (z. B. Sozial- oder Arbeitslosenhilfe, Wohngeld, Kindergeld, BAföG, Schwangerschaftskostenzuschuss, Eigenheimzulage etc.). Im 21. Jahrhundert münden diese bedingten Ansprüche seitens der Grundeinkommensbewegung immer mehr in Forderungen nach bedingungslosen Ansprüchen in Form einer „Demokratiepauerschale“, die alle bisherigen staatlichen Transferleistungen sowie seine verwaltungsbürokratischen Umsetzungen weitestgehend ersetzen sollen.

1.3.6 Fazit

Der durch Thomas S. Kuhn in die Wissenschaftstheorie eingeführte Begriff des Paradigmas wird in dieser Arbeit für den *Gegenstandsbereich* der Sozialwissenschaften (nicht für sie als Wissenschaft selbst), insbesondere der Erziehungswissenschaft, fruchtbar gemacht. Gegenstand der Sozialwissenschaften ist weitestgehend das Verhältnis von Individuum und Gesellschaft. Ein Paradigma, welches von einer Gesellschaft als gemeinsamer Konsens der Organisation von Gesellschaft als Grundlage

⁴³ Den Recherchen von Joachim Mitschke (2000) zufolge gibt es in der Bundesrepublik 155 Formen von Transferleistungen, die von 38 verschiedenen Behörden bürokratisch verteilt werden (vgl. 34).

⁴⁴ Der Analogieschluss ist rein wissenschaftlich nicht akzeptiert, kann jedoch als „kognitives Mittel“ (vgl. Paschen 2005, 122) dazu dienen, den historischen Zusammenhang dieser Wissensbestände zu erweitern. Mit einem garantiertem Existenzgeld oder einem bedingungslosen Grundeinkommen, so von deren Vertretern angenommen, würde der Bürger zum wahren Souverän und den seit der französischen Revolution geforderten Bürgerrechten im 21. Jahrhundert nach jahrhundertelanger Entwicklung ein großes Stück näher gerückt werden.

dient, wird hier in Anlehnung an Kuhn definiert als das, was den Mitgliedern einer politischen Gemeinschaft gemeinsam ist, und umgekehrt besteht eine politische Gemeinschaft aus Menschen, die ein Paradigma teilen. Ein Paradigma wird hier verstanden als das, was Kuhn später als Disziplinäre Matrix zu verstehen gegeben hat, die folgende Elemente enthält:

$D = \{\text{Musterbeispiele (ursprüngliche Paradigmen), Symbolische Verallgemeinerungen, Modelle}\}$.⁴⁵

Das Musterbeispiel als „konkrete Problemlösung“ wird in dieser Arbeit unter dem Begriff „Das bedingungslose Grundeinkommen“ abgehandelt. Als symbolische Verallgemeinerung kann der Sachverhalt in der Formel $E \Rightarrow A$ ausgedrückt werden. Sie beschreibt im Wesentlichen, dass ein Einkommen die Bedingung der Möglichkeit ist, Arbeit zu ermöglichen und Armut zu vermeiden. Zum bedingungslosen Grundeinkommen, verstanden als eine staatlich garantierte bedingungslose Existenzsicherung, gibt es unterschiedlichste Modelle, die sich z.T. auch mit dessen konkreter Umsetzung beschäftigen⁴⁶. Damit ist ein neues Paradigma statuiert, welches im Kuhnschen Sinne als „extraordinary science“ fungiert und dem „normalen“, derzeitigen Paradigma der Gesellschaft entgegengesetzt wird. Das derzeitige Paradigma der Gesellschaft im Sinne von „normal science“, ließe sich in Musterbeispielen wie „Keine Leistung ohne Gegenleistung“, „Fordern und Fördern“ oder allgemein in dem Konzept von „workfare“ ausdrücken. Angesichts der politisch-historischen Entwicklung in Europa, insbesondere in Deutschland, und vor dem Hintergrund von Veränderungsprozessen allgemein wird untersucht, mit welchen pädagogischen Vermittlungsstrategien die Vertreter der Grundeinkommensbewegung dieses neue Paradigma vermitteln und es dadurch zu einer fortschreitenden Implementierung in die Gesellschaft gelangt. Ob dieses neue Paradigma auch in der Lage ist, einen Paradigmenwechsel im Kuhnschen Sinne herbeizuführen, kann hier nicht abschließend beantwortet werden. Sicher scheint, dass ein solcher Paradigmenwechsel sich nicht von heute auf morgen schlagartig durchsetzen, sondern im Sinne von Thomas Weber „schrittweise“ ereignen würde.

⁴⁵ Die Menge D ist also die Menge der Musterbeispiele, der Symbolischen Verallgemeinerungen sowie der Modelle.

⁴⁶ Einen übersichtlichen Überblick über die derzeit diskutierten Modelle von bedingungslosem und partiellem Grundeinkommen sowie von Grundsicherungsmodellen in Deutschland hat Ronald Blascke zusammengestellt. Vgl. http://www.grundeinkommen.de/content/uploads/2011/06/blaschke_tabelle_modelle_grundeinkommen_1105.pdf, Stand: 01.01.2012

2 Veränderungsprozesse

2.1 Typen von Veränderungsprozessen

In diesem Kapitel wird es um die Kategorisierung von Betrachtungsweisen bzw. um eine Art Typenbildung von Veränderungsprozessen gehen. Die Bildung von Typen von Veränderungen soll es später möglich machen, den pädagogischen Vermittlungsprozess eines neuen Paradigmas wie dem des bedingungslosen Grundeinkommens in kategorialer Hinsicht besser einordnen zu können. Im Sinne einer Implementationsforschung sollen im Folgenden also Kategorien von Veränderungsprozessen gebildet werden, die es dann erlauben, das bedingungslose Grundeinkommen sowie seine Vermittlungsprozesse im globalen Zusammenhang von Veränderungen überhaupt sehen und zuordnen zu können. Veränderungsprozesse können an dieser Stelle vorab schon in zwei Oberkategorien eingeteilt werden, nämlich in solche, die durch den Menschen initiiert werden und solche, die sich aus der Natur heraus bzw. der Umwelt als Ganzes heraus ergeben.

Aus der in diesem Kapitel erfolgten Typisierung von Veränderungsprozessen und den im Anschluss daran erfolgenden zwei Beispielen von historischen Veränderungsprozessen, der Fall der Berliner Mauer und die Einführung des Frauenwahlrechts (vgl. Kapitel 2.2), ergeben sich die pädagogischen Dimensionen und die Gewinnung der erziehungswissenschaftlichen Fragestellungen um den aktuellen Implementationsprozess des bedingungslosen Grundeinkommens als eines bestimmten neuen Paradigmas. Die Forschungsfrage der pädagogischen Vermittlung des neuen Paradigmas des bedingungslosen Grundeinkommens wird also durch diese beiden vorausgehenden einleitenden Kapitel gewonnen und für die Begründung der Analyse herangezogen.

Für Veränderungsprozesse gibt es eine reiche Anzahl an Begriffen wie Atomzeitalter, Aufklärung, Bewegung, (Bewusstseins-)Wandel, Forschung, Fortschritt, Katastrophe, Krieg, Krise, Paradigmenwechsel, Revolution, Säkularisierung, sowie Umbruch und Zeitalter. Für eine Systematisierung der Phänomene von Veränderungsprozessen sind hier vier Kategorien gebildet worden, für die angenommen wird, dass sie eine ganzheitliche Betrachtung in Aussicht stellen:

- Krisen
- Katastrophen
- Revolutionen und
- Entdeckungen/Erfindungen

Für die Naturwissenschaft und ihre Paradigmenwechsel tauchen bei

2.1 Typen von Veränderungsprozessen

Thomas S. Kuhn die Veränderungsprozesse Krise, Revolution und Entdeckung/Erfindung auf, nicht jedoch der Veränderungsprozess der Katastrophe, der hier die Betrachtung von Veränderungsprozessen allgemein vervollständigen und diese vier Kategorien im Folgenden einen systematischen Überblick ermöglichen sollen. Zu den jeweiligen Veränderungsprozessen, ausgenommen dem der Katastrophe(n), werden jeweils Ausführungen von Kuhn einleitend herangezogen.

2.1.1 Krisen

2.1.1.1 Krise bei Thomas S. Kuhn

Wie in 1.3.1. bereits angedeutet, ist es für Kuhn meistens eine Krise, die zu einer (wissenschaftlichen) Revolution führt (vgl. Kuhn 1976, 192f). Genauer formuliert er es vorher so:

„Wir wollen also annehmen, daß Krisen eine notwendige Voraussetzung für das Auftauchen neuer Theorien sind, und fragen als nächstes danach, wie die Wissenschaftler auf sie reagieren. Einen ebenso offenkundigen wie wichtigen Teil der Antwort können wir finden, indem wir erst einmal festhalten, was Wissenschaftler niemals tun, wenn sie mit Anomalien konfrontiert werden, und seien diese noch so schwerwiegend und lang andauernd. Wenn sie auch beginnen mögen, den Glauben zu verlieren und an Alternativen zu denken, so verwerfen sie doch nicht das Paradigma, das sie in die Krise hineingeführt hat. Das heißt also, sie behandeln die Anomalien nicht als Gegenbeispiele, obwohl Anomalien im Vokabular der Wissenschaftstheorie genau das sind“ (ebd. 90).

Ist die Krise für Kuhn eine Voraussetzung für neue Theorien und „haben diese einmal den Status eines Paradigmas erlangt“, könnten diese nur dann noch für ungültig erklärt werden, wenn „ein anderer Kandidat“ diese wieder ersetzen würde (vgl. ebd.). Eine Krise ist bei Kuhn wie gesagt meistens bedeutend mitverantwortlich für ein neues Paradigma und einen darauf folgenden Paradigmenwechsel (vgl. ebd. 74 u 168), das sich durch die normale Wissenschaft (normal science) nicht von selbst ergibt:

„Paradigmata können durch normale Wissenschaft überhaupt nicht korrigiert werden. Vielmehr führt die normale Wissenschaft, wie wir schon gesehen haben, letztlich nur zum Erkennen von Anomalien und zu Krisen“ (ebd. 134).

Auf jeden Fall scheint es vor einem Veränderungsprozess so etwas wie ein allgemeines Unbehagen zu geben:

„Bei der politischen und wissenschaftlichen Entwicklung ist das **Gefühl eines Nichtfunktionierens**, das zu einer Krise führen kann, eine Voraussetzung für die Revolution“ (Kuhn 1976, 104, Hervorheb. fett MM).

Das für die Wissenschaft gültige alte Paradigma wird bei Kuhn durch die Krise angegriffen und nach ihm gibt es drei Möglichkeiten, wie diese Krise dann zu Ende geht:

„Alle Krisen beginnen mit der Aufweichung eines Paradigmas und der sich daraus ergebenden Lockerung der Regeln für die normale Forschung. In dieser Hinsicht ähnelt die Forschung während einer Krise sehr der Forschung in der einem Paradigma vorausgehenden Periode, nur daß bei der ersteren der Ort des Zwiespalts kleiner und schärfer definiert ist. Und alle Krisen enden auf eine von drei Arten. Manchmal erweist sich die normale Wissenschaft letzten Endes als fähig, mit dem krisenerzeugenden Problem fertig zu werden, obwohl manche in ihm schon das Ende des bestehenden Paradigmas gesehen hatten. In anderen Fällen sperrt sich das Problem auch gegen anscheinend radikal neue Ansätze. Dann können die Wissenschaftler zu dem Schluß kommen, beim gegenwärtigen Stand ihres Faches werde es zu keiner Lösung kommen. Das Problem wird 'archiviert' und künftigen Generationen überantwortet, die besser gerüstet sein werden. Oder schließlich – und dieser Fall wird uns hier am meisten beschäftigen – endet die Krise mit dem Auftreten eines neuen Paradigma-Anwärters und dem Streit über seine Anerkennung“ (ebd. 97).

Hat Planck (1948) hervorgehoben, dass bei der (pädagogischen) Vermittlung alte Paradigma-Vertreter selten von einem völlig neuen Paradigma zu überzeugen sind und diese mit der Zeit aussterben (vgl. 22), so hebt Kuhn (1976) die Bedeutung der jüngeren Generation hervor:

„[...] außerdem handelt es sich gewöhnlich um Männer, die so jung oder auf dem von der Krise befallenen Gebiet so neu sind, daß ihre Arbeit sie weniger tief als die meisten ihrer Zeitgenossen an die durch das alte Paradigma bestimmten Weltauffassungen und Regeln gebunden hat“ (155, vgl. auch ebd. 103).

Kuhn selbst zieht für die hier erfolgten Betrachtungen wichtige Parallele zwischen politischen und wissenschaftlichen Entwicklungen, deren gemeinsame Genese er für zweifellos hält. Die Verquickung der Veränderungsprozesse der Krise und Revolution wird hier folgendermaßen deutlich:

„Politische Revolutionen gehen darauf aus, politische Institutionen auf Weisen zu ändern, die von jenen Institutionen verboten werden. Ihr Erfolg erfordert daher, daß eine Reihe von Institutionen zugunsten einer anderen teilweise aufgegeben wird, und in der Zwischenzeit wird die Gesellschaft von keiner Institution richtig regiert. Anfangs ist es nur die Krise, welche die Rolle politischer Institutionen schmälert, so wie wir sie die Rolle der Paradigmata haben schmälern sehen. Eine wachsende Zahl von Menschen wird in wachsendem Maß dem politischen Leben entfremdet und verhält sich mehr und mehr exzentrisch. Wenn sich die Krise dann vertieft, verschreiben sich viele dieser Menschen irgendeinem konkreten Programm für die Erneuerung der Gesellschaft in einem neuen institutionellen Rahmen. An diesem Punkt teilt sich die Gesellschaft in einander bekämpfende Lager oder Parteien, von denen die eine die alte institutionelle Konstellation zu verteidigen sucht, während die andere eine neue zu errichten trachtet. Und wenn diese Polarisierung einmal eingetreten ist, *versagt die eigentliche politische Auseinandersetzung*. Da ihre Meinung über das institutionelle System, innerhalb dessen ein politischer Wandel erreicht und bewertet werden kann, auseinander geht, da sie keinen überinstitutionellen Rahmen für die Beilegung der revolutionären Differenzen anerkennen, müssen die Parteien eines revolutionären Konfliktes letzten Endes zu den Methoden der Massenüberredung Zuflucht nehmen, die oft genug Gewalt einschließen. Obwohl Revolutionen bei der Herausbildung politischer Institutionen eine wichtige Rolle gespielt haben, hängt diese Rolle doch davon ab, daß sie teilweise außerpolitische oder außerinstitutionelle Ereignisse sind“ (ebd. 105f, Hervorheb. im Original).

2.1 Typen von Veränderungsprozessen

Damit deutet Kuhn selbst schon die Übertragung seines Paradigma-Konzeptes auf den Gegenstand der Sozialwissenschaften an. Mit Kuhn sollen seine Ausführungen zum Veränderungsprozess der Krise mit einer seiner Aussagen enden:

„Die Bedeutung von Krisen liegt in dem von ihnen gegebenen Hinweis darauf, daß der Zeitpunkt für einen solchen Wechsel gekommen ist“ (ebd. 89, Hervorheb. MM).

Allerdings hingen die „Wirkungen von einer Krise nicht immer von „ihrer bewussten Erkenntnis“ ab (vgl. ebd. 97). So sei zu Zeiten Aristarchos (um 310-230 v. Chr.), der weit vor Kopernikus (1473-1543) ein heliozentrisches Weltbild vertrat, kein Bewusstsein von einer astronomischen Krise vorhanden gewesen. Das geozentrische Weltbild von Ptolemäus (um 100-160 n. Chr.), welches über ein Jahrtausend gültig schien konnte erst durch das Bewusstsein der Krise zu Kopernikus führen (vgl. ebd. 88).

2.1.1.2 Weitere Krisenuntersuchungen

Unter dem Stichwort Krisen fallen ferner Zusammenhänge auf, die sich vom Individuum über Gesellschaft bis zu globalen Veränderungen oder deren Andeutungen hin erschließen. Schlagworte sind hier Identitätskrise, midlifecrisis, Öl- und Wirtschaftskrise, Sozialkrise sowie Kuba- oder Ökokrise. Um sich dem Begriff der Krise und seiner differenzierten Betrachtung anzunähern sei zunächst auf Vobruba (1993) verwiesen. Um welche Krisenphänomene es sich auch handele, ökonomische, politische oder kulturelle, so Vobruba, eine objektive Krisentheorie zu erstellen sei gescheitert (vgl. 7). Vobruba fasst den gegenwärtigen Stand der Krisentheorie und –diskussion wie folgt zusammen:

„Denn 'Krise' ist das, was die Beteiligten als solche interpretieren. Dieser Zugang: Krisen als bereits interpretierte Sachverhalte zum Gegenstand sozialwissenschaftlicher Untersuchungen zu machen, macht die entscheidende Differenz zwischen dem gegenwärtigen Stand der Diskussion und der älteren Krisen-Debatte aus“ (ebd.).⁴⁷

Die etymologische Betrachtung des Begriffs der Krise führt nach Prisching (1986) zurück zum griechischen Ursprung, deren Bedeutung (von griech. „krinein“, prüfen, entscheiden) auf „Unterscheidung“ oder „Entscheidung“ verweist (vgl. 18). Eine Krise erfordere in der Folge demnach immer so etwas wie einen Zwang zur Entscheidung, in dem Sinne „so kann es nicht weitergehen“ bzw. „welche Veränderungen müssen vorgenommen werden, damit es nicht wieder zu einer solchen Krise kommt“.

⁴⁷ Vgl. dazu auch die erkenntnistheoretische bzw. wissenschaftstheoretische Position des Symbolischen Interaktionismus.

Für unterschiedliche Krisenbetrachtungen werden im Folgenden drei Einteilungen vorgenommen, die den Krisenbegriff zu differenzieren versuchen: wirtschaftspolitische Krisen, entwicklungspsychologische Krisen und Krisen aus soziologischer Sicht⁴⁸.

2.1.1.3 Wirtschaftspolitische Krisen

Zum historischen Vergleich greift Borchardt (1993) bezüglich der Ökonomie auf eine Krisendefinition aus dem 19. Jahrhundert zurück:

„'Als *wirtschaftliche Krise im weiteren Sinne* kann man jede zeitweilige Störung des Wirtschaftslebens bezeichnen, durch die ein größerer Kreis von Personen erhebliche Nachteile erleidet'⁴⁹ (10; Hervorheb. im Original).

Der Begriff der Krise würde immer ein vager bleiben, dessen Bedeutung

⁴⁸ Die Schwierigkeit der genauen Abgrenzung der hier genannten Veränderungsprozesse werden deutlich, wenn man noch eine vierte Einteilung wie etwa „Naturkrisen“ hinzunähme. Knut Borchardt (1993) z.B. zieht zum Vergleich eine „Parabel über kleine Krisen und das wachsende Potential großer Krisen“ heran, spricht jedoch am Ende von Katastrophe: „Waldbrände haben in Teilen der USA und Australiens immer wieder eine verheerende Rolle gespielt. Deshalb hat man die Technik der Erkennung und Bekämpfung von Waldbränden immer weiter verbessert. Man hatte auch Erfolg. Jedoch beobachtete man nach längerer Zeit ohne nennenswerte Brände dann plötzlich solche von einer Art, wie man sie zuvor nicht gesehen hatte, Riesenflächenbrände ungeheurer Intensität, gegen die man machtlos war. Anders als bei früheren Bränden erneuerte sich nach solchen Bränden auch das Biotop nicht mehr. Die Pflanzen- und Tierwelt blieb tot, während sie nach den früheren Waldbränden sich in der Regel rasch wieder belebt hatte. Was war geschehen? Indem man die vielen mehr oder weniger kleinen, jedenfalls nur Teile des Waldbestandes erfassenden Brände verhindert hat, hat man dazu beigetragen, daß sich in der großen Fläche nach und nach große Mengen brennbaren Materials ansammelten. Und als dieser Brennstoff einmal entzündet war, ließ sich nichts mehr dagegen unternehmen. Nach diesen Bränden konnten auch nicht wieder Tiere aus den nahegelegenen, wegen früherer Brände verschonten Wäldern zuwandern. Auch konnte von dort her nicht wieder die Besamung der abgebrannten (und zugleich gedüngten) Flächen erfolgen. Die abgebrannten Flächen erholten sich nicht mehr. Jetzt erkannte man, daß die früher kleinräumigen Waldbrände auch eine Funktion gehabt haben. Inzwischen hat man aus diesen Erfahrungen schon Folgerungen zu ziehen versucht. Man begann sogar, systematisch lokale Brände zu legen, um ein gleichsam historisches Muster unterschiedlicher Betroffenheit zu erzeugen, welches das Gesamtrisiko der großen Katastrophe vermindern soll“ (Borchardt 1993, 20f).

⁴⁹ Borchardt zitiert an dieser Stelle aus W. Lexis (1898): Krisen. In: Wörterbuch der Volkswirtschaft, hrsg. von L. Elster, Bd. 2, Jena, 119.

2.1 Typen von Veränderungsprozessen

nicht eindeutig festgelegt werden könne. So sei in Bezug auf das vorherige Zitat z. B. zu fragen, wann ein *Kreis* ein *größerer* ist, welche Art von *Nachteilen* denn in Betracht komme und wann diese dann *erheblich* genannt werden könnten? Im Gegensatz zur Wissenschaft, die das Wort Krise in fachwissenschaftlichen Diskussionen kaum verwende⁵⁰, käme umgangssprachlich das gesellschaftliche Leben ohne diesen Begriff nicht aus. Die Definition von z. B. Wirtschaftskrisen hänge letztlich immer davon ab, wer sie definiere⁵¹ (vgl. ebd. 13).

Der Keynesianismus, der lange Zeit die Wirtschaftstheorie bestimmte, habe zu einem „Abbau des Paradigmas vom Zyklus und der Notwendigkeit von Krisen“ geführt:

„Keynes' zentrale Botschaft war das Ende der Selbststeuerung der wirtschaftlichen Entwicklung durch den Prozeß zyklischer Schwankungen. Er begründete eine bis dahin undenkbbare These, daß nämlich die Wirtschaft mit großer Wahrscheinlichkeit zu einem Gleichgewicht bei unfreiwilliger Unterbeschäftigung tendiere. Wie der Begriff Gleichgewicht sagt, könne sich die Wirtschaft nicht von selbst aus diesem Zustand befreien. Es sei Aufgabe des Staates, statt der fehlenden Selbstheilungskräfte tätig zu werden“ (ebd. 16).

Am Ende des Kapitels „Wandlungen im Denken über Krisen“ wird Folgendes herausgestellt:

„Alle Krisen, die wir kennen, sind erst durch Krisenstimmungen, gar Krisenangst zu eigentlichen Wirtschaftskrisen geworden. Um so wichtiger ist es, den Gründen nachzugehen, von welchen Umständen Krisenstimmungen geprägt werden“ (ebd. 28).⁵²

Bohmann/Vobruba (1993) stellen dann in einem folgenden Essay fest:

„Eine historische Situation wird erst dadurch zur Krise, daß sie von den Akteuren in dieser Situation als Krise interpretiert (sic!) wird. Daraus folgt, daß Krisen nur als bereits in der Praxis interpretierte Sachverhalte zum Gegenstand der Sozialwissenschaft-

⁵⁰ Von Kuhn abgesehen nimmt Borchardt jedoch Stellung zur sog. Wellentheorie. Innerhalb dieser sei man sich darüber einig, dass Krisen ganz normal seien und einfach zum Leben dazugehören, damit würde im Prinzip der absteigende Teil einer (langfristigen) Wellenbewegung beschrieben (vgl. Borchardt 1993, 12).

⁵¹ Vgl. auch hier die erkenntnistheoretische bzw. wissenschaftstheoretische Position des Symbolischen Interaktionismus. Auf meine Frage hin an einen selbstständigen Tischlermeister in eigens erwirtschaftetem Tischlerbetrieb, ob und wie sich denn die (Wirtschafts-)Krise auf ihn auswirke, antwortete dieser: „Krise, Krise..., ich kann es nicht mehr hören, ich habe seit zehn Jahren eine Krise“!

⁵² Im Sinne der self-fulfilling-prophecy ist anzumerken, dass sich Naturwissenschaft mit seinen streng rationalen Maßstäben und der Spiritualismus wie die Esoterik immer mehr annähern (vgl. u.a. den Film „The Secret“). Das „Gesetz der Anziehung“, in spirituellen Krisen immer wieder proklamiert, wird durch die Quantenmechanik bestätigt.

ten werden können“ (32).

Diese Interpretation des Begriffs Krise ist eine konstruktivistische. Wollte man den Krisenbegriff sozialwissenschaftlich tragfähig machen, so Bohmann/Vobruba, sei eine Interpretation in ihm implizit integriert (vgl. ebd. 33). Im Vergleich der Weltwirtschaftskrisen 1929 und 1974 geht es ihnen um den Vermittlungsprozess:

„Unser Schwerpunkt liegt hier auf dem Vermittlungszusammenhang von ökonomischer und politischer Entwicklung einerseits und den subjektseitigen Reaktionen andererseits“ (ebd. 35).

Amin et al. (1982) stellen zurzeit des Kalten Krieges die Gegensätze des Sozialismus und Kapitalismus heraus:

„Crisis is a word that comes easily to the lips. We seem always to be in some crisis or other. [...] If every problem presents a crisis, then none does. Yet the fact is that the world is in the midst of a crisis. [...] The crisis of which we are speaking is the crisis of the demise of the capitalist world-economy. [...] It seems to be a crisis of transition from a capitalist world-economy to a socialist world order“ (11).

Einen weiteren allgemeinen Definitionsversuch der Krise nehmen die Autoren später vor:

„Crisis does not mean the end. On the contrary, 'crisis' refers to the critical time during which the end will be avoided through new adaptations if possible; only failing these, the end becomes unavoidable. [...] The crisis is a period in which a diseased social, economic, and political body or system cannot live on as before and is obliged, on pain of death, to undergo transformations that will give it a new lease on life. Therefore, this period of crisis is a historical moment of danger and suspense during which the crucial decisions and transformations are made, which will determine the future development of the system if any and its new social, economic and political basis“ (ebd. 109).

2.1.1.4 Entwicklungspsychologische Krisen

In seinem Werk „Identität und Lebenszyklus“ handelt Erik Erikson (1966), ein amerikanischer Psychologe und Psychoanalytiker deutscher Herkunft, in drei Aufsätzen das Problem der psychosozialen Entwicklung ab. Im ersten Teil geht es um klinische Impressionen, im zweiten um die detaillierte Beschreibung seiner psychosozialen Stadien und im dritten um eine detaillierte Beschreibung eines dieser Stadien, nämlich das der Adoleszenz. Hier ist vor allem der zweite Aufsatz der psychosozialen Stadien und der damit einhergehenden (möglichen) Krisen interessant. Erikson ist unter anderem durch die Ausdehnung und Erweiterung der psychoanalytischen Entwicklungsstadien um die Stadien des frühen und reifen Erwachsenenalters bekannt geworden. Seine Entwicklungstheorie beschreibt acht Stadien und damit einhergehende mögliche Krisen. Im zweiten Aufsatz „Wachstum und Krisen der gesunden Persönlichkeit“ werden diese wie folgt beschrieben:

2.1 Typen von Veränderungsprozessen

Ur-Vertrauen vs. Ur-Mißtrauen
Autonomie vs. Scham und Zweifel
Initiative vs. Schuldgefühle
Werksinn vs. Minderwertigkeitsgefühl
Identität vs. Identitätsdiffusion
Intimität und Solidarität vs. Isolierung
Generativität vs. Selbstabsorption
Integrität vs. Verzweiflung

Auch wenn Erikson großen Einfluss auf die Entwicklungspsychologie gehabt hat, sucht man vergeblich nach einer brauchbaren Definition von Krise. Woher die Krisen kommen, bleibt ebenso vage (vgl. auch Ulich 1987, 14). Es werden lediglich krisenhafte Zustände umschrieben:

„Das Ende der Adoleszenz ist also das Stadium einer sichtbaren Identitäts*krise*. Das heißt aber nicht, daß die Identitäts*bildung* mit der Adoleszenz beginne oder ende: sie ist vielmehr eine lebenslange Entwicklung, die für das Individuum und seine Gesellschaft weitgehend unbewußt verläuft“ (141, Hervorheb. im Original).

Umbrüche beim Übergang von einer in die nächste Entwicklungsstufe könnten eine mögliche Krisis auslösen, so Erikson (vgl. ebd.).

Ulich (1987), der die Entstehung von Krisentheorien mit Fokus auf (entwicklungs-, klinisch-) psychologische Krisen (vgl. Untertitel „Zur Psychologie der seelischen Gesundheit“) legt, stellt fest, dass bei Erikson nicht klar würde, unter welchen Bedingungen denn nun eine Krise eine Entwicklung fördere oder eher hemme (vgl. 14). Er kategorisiert im Vorfeld seiner Untersuchungen unterschiedliche Krisenzugänge und benennt sie als „Interesse an Krise“. So gäbe es, ohne Anspruch auf Vollständigkeit, ein soziologisches, philosophisch-anthropologisches, politisches, gesellschaftspolitisches, entwicklungspsychologisches, persönlichkeitspsychologisches, klinisch-psychologisches oder ein stress-theoretisches Interesse an Krisen (vgl. ebd. 1f).

Die allgemeine Behauptung, Krisen seien für Entwicklung und Wachstum eine notwendige Bedingung, stellt Ulich (vgl. ebd. passim) immer wieder in Zweifel.

„Mit Entwicklung kann Krise dann zusammenhängen, wenn sich daraus, d.h. aus zunächst als belastend erlebten Anforderungen, langfristig positive Persönlichkeitsveränderungen ergeben. Mit Fehlentwicklung bzw. psychischer Störung kann Krise insofern zusammenhängen, als Krisen Auslöser für negative Persönlichkeitsveränderungen sein können“ (ebd. VII).

Dass nicht jede Krise für die individuelle Entwicklung förderlich sein kann sei geradezu banal (vgl. ebd. 15). Für eine Unterscheidung von konstruktiven und destruktiven Krisen fehlten klare Kriterien (vgl. ebd. 69). Ulich zieht eine Zwischenbilanz:

„Halten wir zunächst fest: Krisen als *notwendige* Bedingungen für Entwicklung zu behaupten, kann ohne nähere Klärung des eigentlichen Entwicklungsprozesses zu

Zynismus oder zur Rechtfertigung mieser Zustände führen. Widersprüche, Konflikte und Krisen – was immer man im einzelnen unter diesen Begriffen versteht – *können* ein Potential für entwicklungsbedeutsame Veränderungen enthalten, müssen es aber nicht“ (ebd. 72).

Damit ist aus entwicklungspsychologischer Perspektive die Wirkung von Krisen als kontingent umschrieben.

2.1.1.5 Krisen aus soziologischer Sicht

Prisching (1986) versucht in seinem Buch „Krisen“ sich dem Phänomen der Krise soziologisch anzunähern. Seines Erachtens leben wir heutzutage in einer „wahren Inflation von Krisenerscheinungen“. In allen Bereichen der Gesellschaft würden Phänomene als krisenhaft bezeichnet, dies betreffe Erscheinungen auf der individuellen Ebene als auch auf der Ebene der Gesellschaft als Ganzes (vgl. 15). Versuche, den Begriff der Krise theoretisch zu fassen, Gesetzmäßigkeiten, Prognosen und Erklärungen zu generieren, würden die Vielfalt unterschiedlichster Ansatzpunkte sowie damit einhergehende Verwirrung des Krisenbegriffs verdeutlichen (vgl. ebd. 18).

„Die Breite des Begriffs, die seine vielfältige Anwendbarkeit sichert, stellt allerdings zugleich die Hauptgefahr für seine theoretische Fruchtbarkeit dar. Wenn alle Störungen, Ungleichgewichte und überraschenden Ereignisse im individuellen Leben, in sozialen Einzelbereichen oder im gesellschaftlichen System insgesamt als Krisen bezeichnet werden, so verschwindet in dem Moment, in dem nahezu alle sozialen Phänomene ihr Krisenattribut zugeteilt erhalten, die Krise als spezifischer, analytisch zu rekonstruierender und historisch zu beschreibender Sachverhalt; sie löst sich im Ensemble human- und sozialwissenschaftlicher Disziplinen auf“ (ebd. 22).

Aus dieser Komplexität heraus beschränkt sich Prisching in seiner Untersuchung auf Krisenerscheinungen, die sich auf das gesellschaftliche Ganze beziehen und speziell strukturelle Wandlungerscheinungen ins Auge greifen (vgl. ebd.). Prisching warnt jedoch davor, die Konstatierung einer Krise nur von den subjektiven Wahrnehmungen der Menschen abhängig zu machen. So müssten nicht in allen Fällen krisenhafte Prozesse „zu einer den objektiven Verhältnissen entsprechenden Bewußtseinslage der davon betroffenen Individuen führen“. Umgekehrt müssten subjektiv erfahrene Krisen auch nicht unbedingt „auf der Grundlage real bedrohlicher Verhältnisse gewachsen sein (vgl. ebd. 26).

Prisching konstatiert am Ende seiner Untersuchung eine prinzipielle Unprognostizierbarkeit der Zukunft aufgrund der Vielfältigkeit und Verknüpfung einer Vielzahl von Variablen⁵³ (vgl. ebd. 666).

⁵³ Vgl. dazu auch den aus der Organisationstheorie bzw. auf Charles E. Lindblom

2.1 Typen von Veränderungsprozessen

„Am Ende ist die Frage der gesellschaftlichen Krise überhaupt keine, die man dem Sozialwissenschaftler stellen sollte; vielleicht wäre sie eher zu richten an den *Sozialphilosophen*, der unbekümmerter über zukünftige Handlungsentscheidungen und bislang unerforschte Gesetzmäßigkeiten zu meditieren vermöchte, an den *Utopisten*, der futurologische Modelle und Gesellschaftsbilder zu entwerfen begänne, oder an den *Literaten*, der menschliche Erfahrungen verdichten und in mögliche Handlungsketten spielerisch einordnen könnte. Allein die Sozialwissenschaften würden sich ihrer Aufgabe allzu billig erledigen (sic!), würden sie solchen Ansprüche an ihre Hilfeleistung gerade dann von sich weisen, wenn die Gemeinschaft dieser Hilfe bedürfte“ (ebd., Hervorheb. im Original).

2.1.1.6 Zusammenfassung

Aus den analysierten Literaturauszügen ist ersichtlich, dass eine einheitliche Definition des Phänomens der Krise nicht zu erwarten ist. Mit dem Begriff der Krise werden sowohl gesellschaftliche als auch individuelle Veränderungsprozesse beschrieben. Für die Betrachtungen hier wird sich auf einen gesellschaftlichen Krisenbegriff im Sinne Prischings beschränkt, der seinen Fokus ebenfalls auf das gesellschaftliche Ganze richtet, obgleich damit natürlich immer auch Auswirkungen auf das Individuum verbunden sind. Daher ist Krise hier nicht unter einer individuell konstruktivistischen Sichtweise zu sehen, nach der krisenhafte Zustände nur von der Art und Einschätzung des Betrachters her zu beurteilen sind. Vielmehr ist Krise hier nach Borchardt (1993) eine „zeitweilige Störung, durch die ein größerer Kreis von Personen erhebliche Nachteile hat“ (vgl. 10). Nach Bohmann/Vobruba (1993) ist eine Interpretation in dem Begriff ohnehin implizit enthalten, der Schwerpunkt liege daher auf dem „Vermittlungszusammenhang von ökonomischer/politischer Entwicklung einerseits und dem Individuum und dessen Reaktionen andererseits“ (vgl. 35). Für die Übertragung des Paradigma-Begriffs auf den Gegenstand der Sozialwissenschaften gilt hier auch die von Kuhn (1976) allgemein formulierte Aussage, dass „die Bedeutung von Krisen“ „in dem von ihnen gegebenen Hinweis darauf“ liegt, daß der Zeitpunkt für einen solchen Wechsel gekommen ist“ (vgl. 89).

2.1.2 Revolutionen

Eine genaue Abgrenzung des Revolutionsbegriffs scheint noch schwieriger zu sein als bei der erfolgten Analyse des Krisenbegriffs. Paradebeispiel der Revolution dürfte hier sicherlich die französische Revolution

zurückgehenden Ansatz des „muddling through“ (dt. „sich durchwursteln“) (vgl. Lindblom 1959).

sein. Aber auch die russische Revolution von 1917 oder die deutschen Revolutionen von 1812 oder 1848 oder der „revolution war“ in Amerika schwingen hier mit. Die Begriffe „Industrielle Revolution“ oder „Sexuelle Revolution“ sind feststehende Begrifflichkeiten geworden. Nach Meidenbauer (2002) tauche der Revolutionsbegriff schon bei Nikolaus Kopernikus (1473-1543) auf in seinem Werk „De Revolutionibus Orbium Coelestium ('Über die Kreisbewegungen der Himmelskörper')“ (vgl., 102). Um noch mal auf die Verquickung des Krisen- und Revolutionsbegriffs zurückzukommen, kann das schon von Aristarchos vertretene Heliozentrische Weltbild auch unter revolutionären Gesichtspunkten betrachtet werden. Die Wiederentdeckung der Heliozentrischen Weltsicht in der Renaissance⁵⁴ durch Kopernikus musste wie eine revolutionäre Provokation gelten. Wie groß der Widerstand gegen diese revolutionäre Erkenntnis war, zeigt unter vielen anderen die Anklage und Hinrichtung des Astronoms Giordano Bruno (1543-1600) auf dem Scheiterhaufen, weil er knapp 100 Jahre nach Kopernikus' Erkenntnissen dessen Lehre vertrat (vgl. ebd. 30).

Zur besseren Orientierung werden hier unterschieden die politische und soziale Revolution sowie die von Kuhn benannte wissenschaftliche Revolution, wobei eine strikte Differenzierung der ersten beiden sicherlich Streitbar sein kann. Technische Revolutionen wie die erste oder zweite industrielle Revolution oder die dritte, die eher als digitale Revolution bezeichnet werden kann, wäre sicherlich noch eine weitere mögliche Kategorie, die hier jedoch nicht weiter analysiert wird.

2.1.2.1 Politische Revolution

Hannah Arendt (1968) unterscheidet in ihrem Buch „Über die Revolution“ in der Einleitung zunächst zwischen Krieg und Revolution. Sei der Krieg geschichtlich gesehen eines der ältesten Phänomene der aufgezeichneten Vergangenheit, so gäbe es die Revolution „im eigentlichen Sinne“ vor der Neuzeit nicht und gehöre damit zu den modernsten Gegebenheiten (vgl. 10). Die Beziehung von Krieg und Revolution einleitend darzustellen scheint für Arendt sehr wichtig zu sein, um sich der Analyse auf einen klareren Begriff von Revolution konzentrieren zu können.

⁵⁴ Renaissance (frz.) bezeichnet u.a. die „Wiedergeburt“ alter, in Vergessenheit geratener Erkenntnisse. Dass das Heliozentrische Weltbild bereits durch Aristarchos (ca. 310 v. Chr. - 230 v. Chr.) entdeckt wurde und erst im 17. Jahrhundert anerkannt wurde, zeigt wie schwer es revolutionäre Erkenntnisse hatten, sich durchzusetzen und dass objektiv gegebene Verhältnisse immer auch einen Nährboden dafür bieten.

2.1 Typen von Veränderungsprozessen

„Es bleibt *schließlich* noch die Tatsache, die in unserem Zusammenhang besonders bemerkenswert ist, daß die innere Beziehung von Krieg und Revolution, ihre gegenseitige Abhängigkeit und Wechselwirkung zwischen ihnen, ständig gewachsen ist und daß der Schwerpunkt in diesem Verhältnis sich mehr und mehr vom Kriege auf die Revolution verlagert hat“ (17, Hervorheb. im Original).

Der Krieg, so Arendt, unterscheidet sich von der Revolution durch die Berufung auf die Notwendigkeit, während die Revolution sich auf die Freiheit berufe. Auch wenn sich der Akzent des Weltgeschehens zusehends vom Krieg auf die Revolution verlagere, so dürfe nicht verschleiert werden, dass das beide Phänomene verbindende Glied die Gewalt ist und sowohl Krieg als auch Revolution dadurch als politische Instrumente als disqualifiziert erscheinen (vgl. ebd. 19).

„Kriegs- oder Revolutionstheorien können es daher nur mit den Rechtfertigungen von Gewalt, aber nicht mit dieser selbst zu tun haben; erst in der Rechtfertigung wird die Gewalt ein eigentlich politisches Phänomen. Sollte aber eine solche Theorie, statt in der Gewalt eine *ultima ratio* der Politik zu sehen, eine Rechtfertigung von Gewalt überhaupt oder ihre Glorifizierung anbieten, so ist sie nicht mehr eine politische, sondern eine im Wesen antipolitische Theorie“ (ebd. 20).

Revolutionen und nicht Kriege seien Arendt zufolge die einzigen politischen Ereignisse, welche uns historisch unausweichlich und direkt mit einem Neubeginn konfrontierten (vgl. 23). Arendt konzentriert sich deshalb in ihrer Analyse auf die Revolution, weil sie sie im Vergleich zur vormodernen Zeit für ergiebiger hält. Ergiebiger deshalb, weil sich die soziale Frage bei dem Gedanken an Revolution aufdränge (vgl. ebd. 24).

„Alle diese politischen Phänomene [Aufstände, Staatsstürze, Bürgerkriege, Rebellionen, Sklavenrevolten, Parteienzwiste, Palastrevolutionen und Umstürze; MM] haben mit der Revolution die Gewalttätigkeit gemein, und dies ist der Grund, warum sie so oft revolutionär genannt werden. Aber die Kategorie der Gewalt wie die Kategorie des bloßen Wechsels oder Umsturzes ist für eine Beschreibung des Phänomens der Revolution ganz unzulänglich; nur wo durch Wechsel ein Neuanfang sichtbar wird, nur wo Gewalt gebraucht wird, um eine neue Staatsform zu konstituieren, einen neuen politischen Körper zu gründen, nur wo der Befreiungskampf gegen den Unterdrücker die Begründung der Freiheit wenigstens mitintendiert, können wir von einer Revolution im eigentlichen Sinne sprechen“ (ebd. 41f).

Die Begründung der Freiheit ist hier unter pädagogischen Gesichtspunkten als eine entscheidende Vermittlungsstrategie anzusehen.

Reinalter (1980) et. al. analysieren in ihrem Buch „Revolution und Gesellschaft“ die Entwicklung des neuzeitlichen Revolutionsbegriffs und gehen in einem ersten Teil auf die historische Entwicklung wie auf Forschungsprobleme ein. In einem zweiten Teil konzentrieren sie sich auf den marxistisch-leninistischen Revolutionsbegriff und auf sozialwissenschaftliche Theorien sowie auf Revolutionsaspekte in einem dritten Teil.

Der Revolutionsbegriff, so Koselleck (1993) sei so „aufgebläht“, dass er einer wissenschaftlichen Systematisierung und empirischen wie theore-

tischen Fundierung bedarf. Der sprachliche Befund des Begriffs sei variabel, seine Unschärfe so groß, dass man ihn als Schlagwort definieren könne. Neben der ersten industriellen Revolution spräche man beispielsweise von einer zweiten, in der nicht nur der Mensch von körperlicher Anstrengung entlastet wird, sondern den Maschinen selbst geistige Prozesse zugeschrieben werden. Prozesse wie die Kybernetik, Atomphysik und Biochemie würden unter die zweite industrielle Revolution fallen, obwohl allgemeine Abgrenzungskriterien fehlten (vgl. 23).

„Unser Revolutionsbegriff darf demnach füglich als ein elastischer *Allgemeinbegriff* definiert werden, der überall in der Welt auf ein gewisses Vorverständnis trifft, dessen präziser Sinn aber von Land zu Land, vom politischen Lager zu politischem Lager ungeheuren Schwankungen unterworfen ist. [...] Was in der Welt ließe sich nicht revolutionieren – und was in unserer Zeit ist nicht revolutionären Wirkungen ausgesetzt? [...] Der Begriff der 'Revolution' ist selbst ein sprachliches Produkt unserer Neuzeit. Daß dabei zwischen einer politischen, einer sozialen oder einer technischen und industriellen Revolution unterschieden wird, ist seit dem vorigen Jahrhundert üblich“ (ebd. 23f, Hervorheb. im Original).

2.1.2.2 Soziale Revolution

Einen umfassenden Überblick über das Phänomen der Revolution bietet das Buch von Lenk (1973) „Theorien der Revolution“. Der Versuch, den Begriff in eine „runde Definition“ zu kleiden, beweise nur einmal mehr dessen Unzulänglichkeit (vgl. 7f). In seiner Einleitung unternimmt Lenk den Versuch einer begrifflichen Annäherung. So zeige sich nach der Französischen Revolution immer offenkundiger das Moment der „Bedürfnisstruktur der breiten Massen und deren soziales Elend“ (vgl. 10). Im Vordergrund einer Revolution stehe immer ein gewaltsamer Umsturz. Gelingen dieser, würde er historisch gesehen später als Revolution benannt. Scheitere er, so nenne man dies später einen Putsch (vgl. ebd. 9f).

Der Ursprung, so Lenk, eines politischen Wortsinns läge in Italien, wo man im 14. Jahrhundert von „rivoluzione“ und „rivoltura“ im Sinne von heftigen Unruhen sprach. Damit gemeint seien Bewegungen im Innen- und Außenpolitischen in den italienischen Stadtrepubliken gewesen (vgl. ebd. 13). Lenk beschäftigt sich vorwiegend mit dem Revolutionsbegriff der Neuzeit, Aufklärung und Moderne. Seine Analyse reicht von Babeuf und Blanqui, Marx und Engels über Bakunin und Proudhon bis zu Rosa Luxemburg, Lenin sowie Trotzki und Stalin. Die Problematik einer Systematisierung wird folgendermaßen beschrieben:

„Seit der Französischen Revolution des Jahres 1789 fehlt es nicht an ernstgemeinten Versuchen, das, was sich seither in der Geschichte der europäischen Gesellschaften vollzogen hat, auf den Begriff zu bringen. Von Edmund Burkes 'Betrachtungen über die französische Revolution' bis zur jüngsten soziologischen Systemtheorie haben sich zahlreiche Autoren bemüht, Wesen und Ablaufgesetze von Revolutionen, ihre mannigfachen Voraussetzungen, ihre Strategien und Konsequenzen in ihre Kategoriennetze einzufangen. Besonders seit dem Pariser Kommunenaufstand von 1871 gibt es eine

2.1 Typen von Veränderungsprozessen

Unzahl revolutionstheoretischer Schriften. Erst recht haben die Erste Russische Revolution des Jahres 1905 und die Oktoberrevolution die Revolutionsthematik zu einem zentralen Problem politischer Soziologie werden lassen, dessen Aktualität durch die Situation in den Ländern der 'Dritten Welt' sich noch erhöht hat. Faßt die Soziologie die Phänomene der Revolution meist unter die Kategorien 'Krise und Konflikt', so stehen die von sozialistischen Autoren vorgelegten Analysen im Zeichen der Klassenkampftheorie, wie sie mit wissenschaftlichem Anspruch zuerst von Marx und Engels entwickelt worden ist. Zu diesen beiden Erklärungsmustern treten heute systemtheoretische Revolutionsmodelle wie etwa bei Chalmers Johnson⁵⁵. Dennoch scheint es, als sei die Wissenschaft Revolutionen gegenüber ähnlich hilflos wie gegenüber Kriegen: beide Vorgänge, die zum Kernbestand 'sozialen Wandels' des 20. Jahrhunderts gehören, gleiten der politischen Soziologie eher aus den Händen als daß es ihr gelänge, eine stimmige Analyse der sie bedingenden Zusammenhänge zu liefern“ (ebd. 7).

Dem Phänomen der Revolution haften vor der Französischen Revolution etwas Unwillkürliches an. Das Neue, so Lenk, nach der Französischen Revolution liege im Bewusstsein beschlossen, dass Revolutionen „gemacht werden können“. Damit sei zwar nicht gemeint, man könne durch freien Willensentschluss oder durch Propaganda eine Revolution direkt hervorrufen, die Revolution sei seitdem jedoch immer als Ergebnis sozial-ökonomischer Klassenkämpfe und damit als vom Menschen gemachte zu betrachten (vgl. ebd. 19f).

„Die Genese des Revolutionsbegriffes ergibt, daß das jeweilige Verständnis dessen, was man als Revolution bezeichnet, von der historisch-politischen und sozialen Gesamtsituation einer Zeit bestimmt wird. So wie man vor der Französischen Revolution kaum auf den Gedanken kommen konnte, eine Strategie revolutionären Handelns zu entwickeln, - eben weil Revolutionen objektive, vom menschlichen Tun oder Lassen unabhängige Geschehnisse meinten-, ebenso kann nach der Französischen Revolution die Geschichte und das gesellschaftliche Leben nicht mehr nur als blindes Geschick erfahren werden, sondern als ein menschlichem Zugriff und Handeln prinzipiell offener Entwicklungsprozeß“ (ebd.).

Im „Bildungsprozess sozialrevolutionärer Gewalt“ unterscheidet Clausen (1982), der sich an Marx orientiert, zwischen proletarischer und sozialer Revolution:

„Im Gegensatz zum bäuerlichen Kampf, in dem die Inbesitznahme des Bodens mit

⁵⁵ „Chalmers Johnson (*1931 in Phoenix, Arizona) ist emeritierter Professor für Politikwissenschaft an der University of California, San Diego, ehemaliger Berater der CIA und Asienexperte. Er gilt als einer der profiliertesten Kenner der amerikanischen Asienpolitik und ist Präsident des 'Japan Policy Research Institute'. In seinen jüngeren Büchern äußerte Johnson scharfe Kritik an der zunehmenden Militarisierung der amerikanischen Außenpolitik. Er stellte sich dadurch in Opposition zu der Politik von George W. Bush und den außenpolitischen Konzepten der sogenannten Neokonservativen in den USA“ (Wikipedia, Stand: 19.04.2010). Von ihm stammt das Buch „Revolutionstheorie“, Kiepenheuer & Witsch Verlag, Köln-Berlin, 1971.

dem Totschlag des Herren zusammenfällt, muß in der proletarischen Revolution erst die politische Macht erobert werden, bevor die materielle Veränderung der Gesellschaft begonnen werden kann. Die Unbesiegbarkeit der bürgerlichen Revolution besteht in der Kombination der spontanen Agrargewalt mit der politischen Abschaffung unmittelbarer Herrschafts- und Knechtschaftsverhältnisse; die Zerbrechlichkeit der proletarischen Revolution besteht darin, daß das bestimmte Interesse nach Abschaffung des vermittelten Herrschafts- und Knechtschaftsverhältnisses, also das Interesse nach Emanzipation der Lohnarbeit das Proletariat von den übrigen Klassen der Gesellschaft isoliert: Die soziale Revolution kann nur erfolgreich sein, wenn das Emanzipationsinteresse als das 'revolutionäre Interesse der Gesellschaft selbst zur Geltung'⁵⁶ gebracht werden kann. Eine reine proletarische Revolution kann nicht erfolgreich sein. Die soziale Revolution muß die gesamte bürgerliche Gesellschaft bis zum Grunde erschüttern, damit sich die unterdrückten Klassen zusammenfinden und das geronnene Klassengefüge in Bewegung bringen. Damit die soziale Revolution erfolgreich sein kann, muß außer den objektiven Voraussetzungen eine bewußte Strategie der 'Klassendiktatur des Proletariats als notwendiger Durchgangspunkt zur Abschaffung der Klassenunterschiede überhaupt⁵⁷ entwickelt werden“ (133, Hervorheb. im Original).

Unter pädagogischen Gesichtspunkten spricht Claussen die für den hier beschriebenen Veränderungsprozess der Revolution entscheidenden (Vermittlungs-)Strategien seitens der Vermittelnden (Proletariat) als Voraussetzung an, die bewusst aufgezo- gen werden, um auf dem Boden objektiv gegebener Verhältnisse die Revolution voranzutreiben.

2.1.2.3 (Wissenschaftliche) Revolution bei Thomas S. Kuhn

Kuhn (1976) überträgt den ursprünglich politisch-soziologischen Begriff der Revolution auf die Wissenschaft, die bei ihm die Naturwissenschaft, insbesondere die Physik bezeichnet:

„Die normale Wissenschaft unterdrückt zum Beispiel oft fundamentale Neuerungen, weil diese notwendigerweise ihre Grundpositionen erschüttern. Und trotzdem, solange diese noch ein Element der Willkür enthalten, bietet gerade das Wesen der normalen Forschung die Gewähr dafür, daß das Neue nicht sehr lange unterdrückt wird. [...] Die außerordentlichen Episoden, in denen jener Wechsel der fachlichen Positionen vor sich geht, werden in diesem Essay als **wissenschaftliche Revolutionen** bezeichnet. Es sind die traditionszerstörenden Ergänzungen zur traditionsgebundenen Bestätigung der normalen Wissenschaft“ (20, Hervorheb. MM).

Der durch Kuhn berühmt gewordene Terminus Paradigmenwechsel ist für Kuhn die wissenschaftliche Revolution (vgl. ebd. 103):

„[...] der fortlaufende Übergang von einem Paradigma zu einem anderen auf dem Wege der Revolution ist das übliche Entwicklungsschema einer reifen Wissenschaft“ (ebd. 27).

⁵⁶ Claussen (1982) zitiert hier aus MEW (Marx-Engels-Werke/Blaue Bände) 7, 20.

⁵⁷ Claussen (1982) zitiert hier aus MEW (Marx-Engels-Werke/Blaue Bände) 7, 89.

2.1 Typen von Veränderungsprozessen

Revolutionen könnten kleine, aber auch große sein, manchmal seien nur „Vertreter eines Spezialgebietes“ davon betroffen, jedoch könne dort „die Entdeckung eines neuen und unerwarteten Phänomens“ schon als revolutionär bezeichnet werden⁵⁸ (vgl. ebd. 62f).

Die Hauptthese Kuhns ist, dass wissenschaftlicher Fortschritt sich nicht durch fortschreitende kumulative Veränderung ereignet, was er für unwahrscheinlich hält (vgl. ebd. 108), sondern durch die von ihm benannten Revolutionen:

„Insbesondere hat die bisherige Diskussion gezeigt, daß hier als Revolutionen jene nichtkumulativen Entwicklungsperioden angesehen werden, in denen ein älteres Paradigma ganz oder teilweise durch ein nicht mit ihm vereinbares neues ersetzt wird. Darüber muß noch mehr gesagt werden, und ein wesentlicher Teil davon kann durch eine weitere Frage eingeleitet werden: Warum sollte der Wechsel eines Paradigmas eine Revolution genannt werden? Angesichts der weitgehenden und wesentlichen Unterschiede zwischen politischer und wissenschaftlicher Entwicklung fragt es sich, welche Parallelität die Metapher zu rechtfertigen vermag, die in beiden Vorgängen Revolutionen sieht“ (ebd. 104).

So scheinen seine Ausführungen sich zunächst nur auf die wissenschaftliche Welt zu beziehen, stehen aber durchaus mit dem älteren politischen Begriff der Revolution im Zusammenhang. Kuhn stellt die Frage, warum der Wechsel eines wissenschaftlichen Paradigmas eine Revolution genannt werden könne und schlägt eine Brücke zu den politischen Revolutionen.

„Ein Aspekt der Parallelität sollte bereits offensichtlich sein. Politische Revolutionen werden durch ein wachsendes, doch oft auf einen Teil der politischen Gemeinschaft

⁵⁸ Auf die Parallele von politischen und wissenschaftlichen Revolutionen bezogen formuliert Kuhn (1976): „Darüber hinaus gilt diese Parallelität, mag dies auch die Metapher überfordern, nicht nur für die großen Paradigmawechsel, welche Kopernikus oder Lavoisier zuzuschreiben sind, sondern auch für die viel kleineren, die mit der Assimilierung eines neuen Phänomens wie Sauerstoff oder Röntgenstrahlen verbunden sind. Wie wir [...] bemerkten, müssen wissenschaftliche Revolutionen nur denen als revolutionär erscheinen, deren Paradigmata davon berührt werden. Den Außenstehenden mögen sie, wie die Balkanrevolutionen im frühen zwanzigsten Jahrhundert, als normaler Bestandteil eines Entwicklungsprozesses vorkommen. Die Astronomen konnten die Röntgenstrahlen beispielsweise als bloße Kenntniserweiterung hinnehmen, denn ihre Paradigmata wurden durch die Existenz der neuen Strahlung nicht berührt. Aber für Leute wie Kelvin, Crookes und Röntgen, deren Forschung sich mit der Strahlungstheorie oder mit Kathodenstrahlröhren befaßte, verletzte das Auftauchen der Röntgenstrahlen notwendigerweise ein Paradigma, während es ein anderes schuf. Deshalb konnten diese Strahlen erst entdeckt werden, nachdem bei der normalen Forschung etwas nicht geklappt hatte“ (104f).

beschränktes Gefühl eingeleitet, daß die existierenden Institutionen aufgehört haben, den Problemen, die eine teilweise von ihnen selbst geschaffene Umwelt stellt, gerecht zu werden. Ganz ähnlich werden die wissenschaftlichen Revolutionen durch ein wachsendes, doch ebenfalls oft auf eine kleine Untergruppe der wissenschaftlichen Gemeinschaft beschränktes Gefühl eingeleitet, daß ein existierendes Paradigma aufgehört hat, bei der Erforschung eines Aspekts der Natur, zu welchem das Paradigma selbst den Weg gewiesen hatte, in adäquater Weise zu funktionieren. Bei der politischen und wissenschaftlichen Entwicklung ist das Gefühl eines Nichtfunktionierens, das zu einer Krise führen kann, eine Voraussetzung für die Revolution. [...] Dieser genetische Aspekt der Parallele zwischen politischer und wissenschaftlicher Entwicklung dürfte jetzt nicht mehr zweifelhaft sein“ (104f).

Im Postskriptum von 1969 ergänzt Kuhn später dann noch mal sein Verständnis von Revolution und die von ihm der herkömmlichen Wissenschaftstheorie entgegengesetzte Position:

„Eine Revolution ist für mich eine Veränderung besonderer Art, die eine besondere Umbildung von Gruppenpositionen beinhaltet. Es muß aber keine große Veränderung sein, noch braucht sie denen revolutionär zu erscheinen, die außerhalb einer vielleicht aus weniger als fünfundzwanzig Personen bestehenden einzelnen Gemeinschaft stehen. Und eben weil dieser Veränderungstyp, der in der Wissenschaftstheorie so wenig beachtet und diskutiert wird, in diesem kleineren Maßstab so regelmäßig vorkommt, muß die revolutionäre Veränderung im Gegensatz zur kumulativen so dringend geklärt werden“ (ebd. 192).

Eine strikte Abgrenzung der bei der hier erfolgten Typisierung der Veränderungsphänomene ist, wie zu erwarten, nicht möglich. Die Übergänge von einer Krise in eine Revolution beispielsweise sind fließend. Kuhn bezeichnet die Krise jedoch weitestgehend als Voraussetzung für eine Revolution (ebd. passim).

2.1.2.4 Zusammenfassung

Die hier erfolgte Einteilung in politische, soziale und wissenschaftliche Revolutionen ist für eine bessere Orientierung vorgenommen worden. Wie beim Krisenbegriff ist auch hier eine „Einkleidung“ in eine „runde Definition“ nach Lenk als schwierig zu erachten. Bei Hannah Arendt ist von einer Revolution im eigentlichen Sinne nur dann zu sprechen, wenn ihr die Freiheit als Intention zugrunde liegt. Voraussetzung für eine Revolution nach Kuhn ist ein allgemeines Bewusstsein für ein „Nichtfunktionieren“ oder auch ein „Krisenbewusstsein“, womit auch die Möglichkeit einer strikten Trennung der Begriffe Krise und Revolution als schwierig zu beurteilen ist. Das „Gefühl“ eines Nichtfunktionierens, auch wenn nur von einem Teil der politischen Gemeinschaft wahrgenommen, dass die bestehenden Institutionen den gegenwärtigen Problemen nicht mehr gewachsen sind, geht für Kuhn politischen Revolutionen voraus. Die Übertragung der Paradigmen-Theorie auf den Gegenstand der Sozialwissenschaften bzw. die Herleitung aus dem Gegenstand der Sozialwissenschaften für seine wissenschaftlichen Revolutionen ist von Kuhn selbst schon mitformuliert worden.

2.1 Typen von Veränderungsprozessen

2.1.3 Katastrophen

Der Begriff der Katastrophe scheint zunächst im Zusammenhang mit den vom Menschen unabhängigen Mechanismen zu tun zu haben. Schlagwort hier ist wohl der Begriff Naturkatastrophe. Gleichwohl werden auch die vom Menschen gemachten Veränderungen und Einflüsse als Katastrophen bezeichnet, wie Krieg, Umwelt- und Atomkatastrophen. So wird man kaum leugnen können, dass der „Unfall“ von Tschernobyl oder der von Fukushima einer Katastrophe gleichkommt. Insbesondere die aus dem Tsunami resultierende Atomkatastrophe von Fukushima hat in Deutschland zu einem Paradigmen-Wechsel in der Atompolitik geführt, der ohne dieses Unglück in Japan in der rasanten Geschwindigkeit undenkbar gewesen wäre. Der hier als ernst zu nehmende Veränderungsprozess der Katastrophe taucht bei Kuhn nicht auf⁹⁹, daher kann seine Perspektive den hier erfolgten Katastrophenanalysen nicht entgegengesetzt werden. Der Katastrophenbegriff wird hier erstens vor allem aus soziologischer Sicht interpretiert und in Anlehnung an Perrow (1987) zweitens aus technischer Perspektive, in beiden Fällen also als von Menschen evozierte Katastrophen, betrachtet.

2.1.3.1 Soziologie der Katastrophe

In ihrem Buch „Entsetzliche soziale Prozesse. Theorie und Empirie der Katastrophen“ stellen Clausen et al. (2003) zu Anfang fest:

„Die theoretischen Annäherungen an die Begriffe „Krise“ und Katastrophe (auch an „Terrorismus“, „Revolution“, „Desaster“ und „Risiko“), [...] gehen von der Gewissheit der Herausgeber aus, dass die deutsche Soziologie – und nicht nur sie! – katastrophensoziologische Theorien bisher überhaupt noch nicht rezipiert, geschweige denn, sich ihren anspruchsvollen und nützlichen Implikationen gestellt hat“ (2).

Selbst Ulrich Beck, so die Autoren, habe mit seinem Buch „Risikogesellschaft“ (1986) dieses Manko nicht behoben (vgl. ebd.).

Eine Katastrophe signifiziere immer ein Geschehen, so Geenen (2003), welches außeralltäglich ist. In alltagsweltlichen Diskursen werde sie sozial konstruiert (vgl. 7).

„Aus katastrophensoziologischer Sicht laufen in der Natur Prozesse ab, die Ereignisse

⁹⁹ Kuhn geht in seinem Hauptwerk „Die Struktur wissenschaftlicher Revolutionen“ nicht auf Katastrophen ein, nimmt jedoch Stellung zu einem seiner Hauptkritiker Toulmin und dessen Aussagen zur Katastrophenlehre (vgl. Kuhn 1974, 242). Toulmin (1974) versucht am Beispiel des Gegensatzes der Katastrophen- zur Einförmigkeitslehre die Behauptungen Kuhns, normale und revolutionäre Wissenschaft seien wohl voneinander zu trennen, zu widerlegen. (vgl. 41 f).

wie Vulkanausbrüche, Überflutungen oder Erdbeben hervorbringen können. Die Katastrophe ist jedoch nie ein rein natürliches Geschehen.⁶⁰ Entsprechend der Sichtweise der frühen Katastrophensoziologie des 'Disaster Research Center' und partiell auch heute noch das Alltagsverständnis prägend wird Katastrophe als ein Menschen überwältigender plötzlicher Einbruch eines Fremden ('Natur', 'Technik') in die Alltagswelt des Menschen aufgefasst. Die Katastrophe ist vorüber, wenn das Fremde, mithin die Katastrophe 'ausgemerzt' und die gewohnte soziale Ordnung wiederhergestellt ist“ (ebd., 8).

Nach Geenen unterscheide sich die Katastrophe vom Terror, von Revolutionen und Revolten dadurch, dass sie von keiner Gesellschaft gewollt sei (vgl. ebd. 11). Unter Bezugnahme auf Clausen verlaufe die Katastrophe in drei Dimensionen:

„Radikalität:	die Katastrophe ist äußerst gründlich
Rapidität:	die Katastrophe kommt extrem plötzlich
Ritualität	die Katastrophe hat etwas sehr Dämonisches“ (ebd. 13).

Auch hier wird nochmals deutlich, dass eine absolute Abgrenzung der hier typisierten Begriffe schwierig ist und Übergänge eher fließend dargestellt werden. Geenen grenzt den Veränderungsprozess der Katastrophe folgendermaßen ab:

„In Krisen, in deren Zentrum ein Konflikt steht, wie Kriegen, Revolutionen, Aufständen, Unruhen, versuchen einer oder mehrere Teilnehmer, die Krise fortzusetzen und die Situation für andere zu verschlechtern. In Katastrophen kann hingegen davon ausgegangen werden, dass die Involvierten interessiert sind, die Katastrophensituation so schnell wie möglich zu beenden. [...] Um den Unterschied Rechnung zu tragen, dass in Katastrophensituationen eher ein prosoziales, in Konfliktsituationen eher ein antisoziales Handeln dominiert, wird zwischen Konfliktsituationen und konsensuellen Katastrophenereignissen unterschieden“ (ebd., 14).

Nach Clausen (2003) sind alle Katastrophen eine Form des sozialen Wandels, welcher normal und alles andere als nur ein Ereignis sei. Begriffe wie technische Katastrophe oder Naturkatastrophe bezeichnet er als „problemverkürzende Metaphern“ (vgl. 52). Damit ist das Problem der weiteren Abgrenzung zur katastrophensoziologischen Perspektive benannt. Für die Untersuchung der Naturkatastrophe mit ihren immer auch sozialen Auswirkungen sei hier auf Clausen (2003) verwiesen. In Abgrenzung dazu werden hier aber kurz die durch den Menschen hervorgerufenen technischen Katastrophen aufgegriffen.

⁶⁰ Geenen (2003) kommentiert hierzu in einer Fußnote: „Ob wir der außermenschlichen Natur so viel Bewusstsein zugestehen wollen, dass sie sich als Katastrophe erleben kann – nichts anderes bedeutet ja die Verwendung des Begriffes Naturkatastrophe – möchte ich als Soziologin bezweifeln. Aus Sicht des Biologen ist allerdings die Vernichtung eines engräumigen Ökosystems mit seltenen Arten durch einen submarinen Vulkanausbruch eine Naturkatastrophe“ (8).

2.1.3.2 Technische Katastrophen

Perrow (1987) bezieht sich in seinem Buch „Normale Katastrophen“ auf die unvermeidbaren Risiken des technischen Fortschritts bzw. der Großtechnik und damit auf die von Menschen verursachten Katastrophen. In mehreren Kapiteln werden die Risiken und Versagensmechanismen zu Kernkraftwerken, Petrochemischen Anlagen, Flugzeugen, Schiffsunfällen, Staudämmen und Bergwerken sowie Raumflügen und der Genforschung analysiert. Das Thema der Katastrophe scheint so komplex zu sein, dass man bei Perrow vergeblich nach einer Definition oder einem Definitionsversuch von Katastrophe sucht. Zwar werden im Vorwort mehrere Bedingungen aufgeführt, die erfüllt sein müssen, damit man am Beispiel eines Unfalls einer großchemischen Anlage von einem Unfall mit *katastrophalen* Folgen sprechen kann (vgl. 11), eine allgemeine Definition des Katastrophenbegriffs bleibt jedoch aus. Hingegen werden Begriffe wie Störfall, Unfall, Systemunfall und Komponentenunfall, Komplexität und Kopplung definiert (vgl. ebd. 96ff), um mit diesen Begriffen sich dem vermeintlichen Phänomen der Katastrophe, an vielen konkreten Beispielen verdeutlicht, anzunähern. Perrow gibt keine endgültige Definition des Begriffs der Katastrophe, umschreibt sie jedoch als „Unfälle in Hochrisikosystemen“ (vgl. ebd. 395). Interessant sind zudem die von Perrow beschriebenen sogenannten Externalitäten, die insgesamt alle Kosten für ein Hochrisikosystem, einschließlich Folgekosten für Unfälle, Entsorgungen, Endlagerungen etc., miteinbeziehen. Würden diese Kosten von Beginn der Planung an mit in die Kalkulation einbezogen, wäre der Bau oder die Realisierung eines technischen Projekts wie etwa der eines Kernkraftwerkes aufgrund von Unfinanzierbarkeit nicht durchsetzbar (vgl. 397ff).

2.1.3.3 Zusammenfassung

Es ist festzuhalten, dass ein Hauptmerkmal bei Katastrophen im Sinne Clausens et al. (2003) seitens der Betroffenen ein großes Interesse und (sozialer) Zusammenhalt besteht, die Auswirkungen und Ursachen des katastrophalen Zustands, z. B. der Ölkatastrophe von Mexiko oder der Atomkatastrophe von Fukushima, so schnell und effektiv wie möglich zu beseitigen. Katastrophen führen im Gegensatz zu Konfliktsituationen also zu „prosozialem Verhalten“⁶¹. Ob die Katastrophe aus rein natürlichen oder aber technischen Ursprüngen entstanden ist, bleibt hier zweitrangig, in Fukushima folgte die technische unmittelbar auf die Naturkatastrophe. Diese Katastrophe, so kann hier festgehalten werden,

⁶¹ Vgl. dazu auch das Verhalten der Bevölkerung bei den Flutkatastrophen 2002, 2006 und 2013 vor allem in Ostdeutschland.

leitete in Deutschland unmittelbar einen Paradigmenwechsel in der Atompolitik ein. Die Auswirkungen einer Katastrophe auf Individuum und Gesellschaft, der Gegenstand der Sozialwissenschaften, steht bei diesen Betrachtungen im Vordergrund.

2.1.4 Entdeckungen/Erfindungen

Unter dem Begriff der Entdeckung im ursprünglichen Sinne sind zunächst Entdeckungen von neu erschlossenen Gebieten oder Ländern zu nennen, wie sie in der Begriffsverbindung „Entdeckung Amerikas“ zum Ausdruck kommt. Bei einer Literaturrecherche dazu entdeckt man nahezu eine unzählige Anzahl an Titeln, die über den Bezug zu geophysischen Phänomenen weit hinausreichen: von der Entdeckung des Kindes oder der Kindheit, der Entdeckung der Freiheit, der Entdeckung des Seins, der Entdeckung des Elektromagnetismus, der Entdeckung des Unbewussten, der Entdeckung von Planeten oder Monden, der Entdeckung der Zahl oder der Zukunft, der Entdeckung der Sprache oder des Lichts bis hin zur Entdeckung der Langsamkeit ist der Begriff kaum zu fassen.

Der Begriff der Erfindung wird in ähnlich vielfachen Kontexten gebraucht. Für die hier erfolgte Betrachtung von Typen von Veränderungsprozessen muss hier eine möglichst klare Abgrenzung erfolgen. Zur übersichtlicheren Orientierung werden im Folgenden daher wieder die Aussagen Kuhns zu den Veränderungsprozessen der Entdeckungen und Erfindungen vorangestellt und durch allgemeingültige Definitionen ergänzt.

2.1.4.1 Entdeckungen/Erfindungen bei Thomas S. Kuhn

Die Hauptthese Kuhns beschreibt, dass wissenschaftlicher Fortschritt sich nicht, wie bisher in der Wissenschaftstheorie angenommen, durch fortschreitende Kumulation von Wissensbeständen ereignet, sondern durch revolutionäre Prozesse (vgl. Kapitel 1.3). So fragt Kuhn (1976) in der Einführung seiner Untersuchung kritisch:

„Vielleicht entwickelt sich die Wissenschaft doch nicht aufgrund der Anhäufung einzelner Entdeckungen und Erfindungen. [...] Die gleiche historische Forschung, welche die Schwierigkeiten bei der Isolierung einzelner Erfindungen und Entdeckungen hervorkehrt, gibt auch Anlaß zu tiefgehendem Zweifel an dem kumulativen Prozeß, von dem man glaubte, er habe die einzelnen Beiträge zur Wissenschaft zusammengefügt“ (16f).

Entdeckungen beziehen sich bei Kuhn auf „(neue) Tatsachen“, während Erfindungen sich auf neue Theorien beziehen, die sich auch aus den Folgen neuer Entdeckungen ergeben können. Insofern kann man hier

2.1 Typen von Veränderungsprozessen

behaupten, dass Kuhn sich im sechsten Kapitel der „Struktur wissenschaftlicher Revolutionen“ differenziert mit Entdeckungen und im siebten Kapitel mit Erfindungen auseinandersetzt. Entdeckungen und Erfindungen sind bei Kuhn (1977) „grundsätzlich revolutionär“ (vgl. 310) und sowohl „grundlegend neue Fakten“ (Entdeckungen) als auch „Theorien“ (Erfindungen) „bewirken“ einen Paradigmenwechsel (vgl. Kuhn 1976, 65 u 79). Die Schwierigkeit einer strikten Abgrenzung dieser beiden Begriffe hat Kuhn selbst reflektiert (vgl. auch ebd. 22):

„Wir müssen jetzt fragen, wie Änderungen dieser Art geschehen können, und betrachten zunächst die Entdeckungen oder neuartigen Tatsachen und dann die Erfindungen oder neuen Theorien. Diese Unterscheidung zwischen Entdeckung und Erfindung oder zwischen Faktum und Theorie wird sich jedoch schnell als höchst künstlich herausstellen. [...] Bei der Untersuchung ausgewählter Entdeckungen [...] werden wir bald finden, daß sie nicht isolierte Ereignisse, sondern ausgedehnte Episoden mit einer regelmäßig wiederkehrenden Struktur sind. Die Entdeckung beginnt mit dem Bewußtwerden einer Anomalie, das heißt mit der Erkenntnis, daß die Natur in irgendeiner Weise die von einem Paradigma erzeugten, die normale Wissenschaft beherrschenden Erwartungen nicht erfüllt hat. Sie geht dann weiter mit einer mehr oder weniger ausgedehnten Erforschung des Bereichs der Anomalie und findet erst einen Abschluß, nachdem die Paradigmatheorie so berichtigt worden ist, daß das Anomale zum Erwarteten wird. Das Assimilieren eines neuen Faktums verlangt mehr als eine additive Anpassung der Theorie, und solange diese Anpassung nicht abgeschlossen ist, die Wissenschaftler also nicht gelernt haben, die Natur anders zu sehen, ist die neue Tatsache gar kein richtiges wissenschaftliches Faktum“ (ebd. 65f).

Wie beim Paradigma-Begriff scheint auch hier bei den Begriffen Entdeckung und Erfindung die Ausdrucksweise Kuhns Verwirrung zu stiften. Für die Wissenschaften gelte, so Kuhn, dass Entdeckungen und deren wissenschaftliche (Er-) Findung in Form einer neuen Theorie „nicht grundsätzlich und dauerhaft verschieden sind“ (ebd. 79) und somit zusammenhängend zu betrachten sind:

„Aber nicht alle Theorien sind Paradigmatheorien. Sowohl während der Paradigmaperioden wie auch während der Krisen, die zu weitreichenden Paradigmawechseln führen, entwickeln Wissenschaftler gewöhnlich viele spekulative und vorläufige Theorien, die auch den Weg zu Entdeckungen weisen können. Oft jedoch ist eine solche Entdeckung nicht ganz die aufgrund spekulativer und heuristischer Hypothesen erwartete. Erst wenn Experiment und heuristische Theorie beide so weit artikuliert werden, daß sie übereinstimmen, kann es zur Entdeckung kommen und die Theorie zu einem Paradigma werden“ (ebd. 74).

Wie wird aber ein neues Paradigma von wem er- oder gefunden bzw. entdeckt? Die pädagogische Vermittlung eines neuen Paradigmas erfolge, wie Kuhn wiederholt betont, (neben dem Lehrbuch) meistens durch junge Wissenschaftler, die auf einem Gebiet noch nicht „alteingesessen“ sind:

„Vielmehr taucht das neue Paradigma oder ein ausreichender Hinweis auf eine spätere Artikulierung ganz plötzlich, manchmal mitten in der Nacht, im Geist eines tief in die Krise verstrickten Wissenschaftlers (sic!) auf. Wie das Endstadium aussieht – wie ein einzelner Mensch einen neuen Weg findet (oder glaubt, ihn gefunden zu haben), um allen nun vorhandenen Daten eine Ordnung zu geben -, muß hier unerforscht bleiben

und bleibt es vielleicht für immer. Wir wollen dazu nur eines feststellen. Fast immer waren die Männer, denen diese fundamentale **Erfindung** eines neuen Paradigmas gelang, entweder sehr jung oder auf dem Gebiet, dessen Paradigma sie änderten, sehr neu. Und vielleicht hätte dieser Punkt nicht ausdrücklich betont werden müssen, denn offensichtlich sind gerade jene, die nicht durch frühere Praxis an die traditionellen Regeln der normalen Wissenschaft gebunden sind, besonders geeignet zu erkennen, daß diese Regeln nicht mehr ein spielbares Spiel definieren, und daher ein anderes System von Regeln zu ersinnen, der jene ersetzen kann.

Der sich daraus ergebende Übergang zu einem neuen Paradigma ist die wissenschaftliche Revolution“ (ebd. 102f, Hervorheb. fett MM).

Die pädagogische Vermittlung der bisherigen Paradigmen habe den Weg für neue Entdeckungen und Theorien geebnet:

„[...] neue Theorien und in steigendem Maße auch neue Entdeckungen [entstehen] in den reifen Wissenschaften nicht völlig unvermittelt. Im Gegenteil, sie entstehen im Rahmen älterer Theorien und Anschauungen über die Erscheinungen, die es in der Welt gibt *und nicht gibt*“ (ebd. 318, Hervorheb. im Original).

Neben der immer auch pädagogisch wirkenden Autorität des Wissenschaftlers sei es vor allem das Lehrbuch, welches die bisherigen Wissensbestände zusammenfasst und bei der pädagogischen Vermittlung alter und in Vorbereitung auf neue Paradigmen die entscheidende Rolle spiele:

„Mehr als jeder andere Einzelaspekt der Wissenschaft hat diese pädagogische Form [das Lehrbuch, MM] unser Bild vom Wesen der Wissenschaft und von der Rolle der Entdeckung und Erfindung bei ihrem Fortschreiten geprägt“ (ebd. 154).

Für die (Natur-) Wissenschaften konstatiert Kuhn (1977) im Anschluss an die Diskussionen um die „Struktur wissenschaftlicher Revolutionen“:

„Im Gegensatz zu einer vorherrschenden Auffassung sind die meisten Entdeckungen und Theorien in den Wissenschaften keine bloßen Ergänzungen des bestehenden Wissensbestandes. Um sie einzubauen, muß der Wissenschaftler gewöhnlich sein bisheriges theoretisches und praktisches Rüstzeug umordnen, Teile davon aufgeben und neue Bedeutungen und Beziehungen zwischen vielen anderen erkennen. Da das Alte bei der Aufnahme des Neuen umbewertet und umgeordnet werden muß, sind Entdeckungen und Erfindungen in den Wissenschaften im allgemeinen grundsätzlich revolutionär. Daher erfordern sie jene Flexibilität und Aufgeschlossenheit, die den divergenten Denker kennzeichnen, ja definieren. Wir wollen von jetzt an die Notwendigkeit dieser Eigenschaften als selbstverständlich unterstellen. Wenn nicht viele Wissenschaftler sie in ausgeprägtem Maße besäßen, gäbe es keine wissenschaftlichen Revolutionen und nur sehr wenig wissenschaftlichen Fortschritt“ (309f).

Und diese Struktur der wissenschaftlichen Revolutionen glaubt Kuhn in den durch Entdeckungen forcierten Umdenkungsprozess gefunden zu haben:

„Ich behaupte nicht, daß jede unerwartete Entdeckung für die Wissenschaft so tiefe und weitreichende Folgen habe wie die Entdeckung des Sauerstoffs. Ich behaupte aber, daß jede solche Entdeckung von den unmittelbar Betroffenen jene Umstellungen verlangt, die man, wenn sie offensichtlicher sind, mit einer wissenschaftlichen Revolution gleichsetzt. Gerade weil Entdeckungsvorgänge derartige Umstellungen erfordern,

2.1 Typen von Veränderungsprozessen

scheinen sie mir notwendigerweise eine Struktur zu haben und daher zeitlich ausgedehnt zu sein“ (ebd. 250).

Eine Krise oder ein Krisenbewusstsein, dass etwas nicht mehr so funktioniert wie bisher, gehe somit einer neuen Entdeckung bzw. Theorie voraus:

„In den reifen Wissenschaften geht vielen Entdeckungen und jeder neuen Theorie nicht etwa ein Nichtwissen voraus, sondern die Erkenntnis, daß mit den vorhandenen Kenntnissen und Auffassungen etwas nicht in Ordnung ist“ (ebd. 319).

Da die Begriffe Entdeckung und Erfindung wie oben angedeutet in den unterschiedlichsten Bezügen gebraucht werden, wird hier auf direkte Definitionen aus Lexika zurückgegriffen, um damit in Ergänzung zu Kuhns Ausführungen zu einer genaueren Auslegung und Abgrenzung dieser beiden Veränderungsprozesse zu gelangen.

2.1.4.2 Weitere Definitionen

In der Online-Datenbank Wikipedia ist zu den Begriffen Entdeckung und Erfindung Folgendes zu finden:

„Eine **Entdeckung** ist – nach Meyers Konversationslexikon - die Auffindung dessen, was schon vorhanden, aber noch nicht bekannt war, zum Beispiel eines neuen Landes, eines neuen Himmelskörpers, einer neuen Tier-, Pflanzen- oder Mineralart sowie auch neuer Tatsachen und Gesetze auf dem Gebiet der verschiedenen Naturwissenschaften. Die Entdeckung kann, wie die im Gegensatz dazu stehende Erfindung, zufällig oder absichtlich sein. Zu der absichtlichen Entdeckung gehört immer ein ausgezeichnetes Talent zur Anstellung von Beobachtungen, Experimenten oder Spekulationen, unter Umständen auch ein großer Unternehmungsgeist (zum Beispiel zur Entdeckung eines neuen Landes oder Erdteils). Bei der Entdeckungsgeschichte der Erde spricht man - vom westlichen Kulturkreis aus betrachtet - besonders seit Christoph Kolumbus von einem Zeitalter der Entdeckungen“ (Wikipedia, Stand: 19.04.2010).

Beim Begriff der Erfindungen lassen sich ebenso wie bei den Entdeckungen eine Vielzahl von Begrifflichkeiten oder Buchtiteln aufgreifen: von der Erfindung der Einfachheit, der Erfindung des Rades oder der Glühbirne, der Erfindung der Phonographie, der Erfindung der Buchdruckerkunst oder Schrift, der Erfindung des Unterseebootes bis hin zur mobilen Telekommunikation.

„Erfindungen sind schöpferische Leistungen auf technischem Gebiet, durch die eine neue Problemlösung, also die Erreichung eines neuen Zieles mit bekannten Mitteln oder eines bekannten Zieles mit neuen Mitteln oder eines neuen Zieles mit neuen Mitteln, ermöglicht wird. [...]

Die Begriffe Erfindung und Entdeckung werden vielfach verwechselt, obwohl sie ganz unterschiedliche Dinge meinen. Eine **Entdeckung** betrifft etwas zur Zeit der Entdeckung bereits Vorhandenes, das aber bislang unbekannt war und dessen Nutzen unbestimmt ist. Dadurch hat sich jedoch infolge der Entdeckung nichts geändert (außer der damit verbundene Wissenszuwachs eines Einzelnen oder der Allgemeinheit). [...] Eine **Erfindung** dagegen betrifft stets eine neue Erkenntnis, die bisher nicht dagewesen ist. Diese Sache steht jedoch mit bereits Bekanntem in einem Zusammenhang, sie tritt nicht als etwas völlig Neues auf. Es werden an bekannten Gegenständen oder Verfah-

ren Veränderungen vorgenommen, so dass ihre Wirkung qualitativ oder quantitativ verbessert wird.

Heute neigt man dazu, Erfindungen nur auf technische Verfahren oder Gegenstände zu beziehen und abstrakte Dinge, wie z. B. die Erfindung eines neuen Versmaßes, von den Erfindungen auszunehmen.

Exakter wäre die Definition: **Entdeckung** ist die erstmalige Beschreibung eines Naturgesetzes (z. B. elektrische Kraft zwischen Atomen, Coulombpotential) oder eines aus Naturgesetzen abgeleiteten Gesetzes (Reaktionsgeschwindigkeit einer chemischen Reaktion). **Erfindung** hingegen ist die Anwendung der Naturgesetze in bisher nicht dagewesener Konstellation zur Lösung eines gegebenen Problems (Technik). Somit ist jede erstmalige Beschreibung/Anwendung einer Technik eine Erfindung, z. B. ein Sonnensegel für Raumschiffe. Ein neues Versmaß wendet keine Naturgesetze an und ist damit keine Erfindung, selbst wenn diese Schöpfung neu und genial sein mag“ (Wikipedia, Stand: 19.04.2010, Hervorheb. MM).

Aus der Brockhaus-Enzyklopädie (2006) ist zu entnehmen, dass eine Erfindung ein „menschlicher Einfall“ ist, der auf „individueller geistiger Leistung“ beruht. Davon abzugrenzen sei die Entdeckung, unter der „die bloße Auffindung einer Naturgesetzlichkeit“ zu verstehen sei. Eine „nützliche Anwendung des Gefundenen“ sei dabei noch nicht ersichtlich. Wenn Natur- und Formgesetze „mit dem Ziel der Befriedigung menschlicher Bedürfnisse“ dann nutzbar gemacht würden, spräche man von einer Erfindung. Es wird hier also deutlich differenziert zwischen der *Erfindung*, verstanden als ein meist auf die Technik bezogener Einfall, und der *Auffindung* als Entdeckung (vgl. 272, Bd. 8). Der Begriff der Entdeckung wird hier gar nicht mehr gesondert aufgeführt, sondern nur auf Entdeckungsgeschichte eingegangen, die definiert wird als „Geschichte der Auffindung und Erschließung von (häufig schon besiedelten) Gebieten der Erde, die den Entdeckern zuvor unbekannt waren“ (vgl. ebd. 119). Dabei wird sich also bei dem Begriff Entdeckung ausschließlich nur auf das Phänomen der Erschließung von Gebieten der Erde beschränkt. In der älteren Ausgabe der Brockhaus-Enzyklopädie (1968) hingegen wird Entdeckung noch einzeln definiert:

„[...] das Auffinden einer schon bestehenden, aber noch unbekanntem Wirklichkeit, z. B. Gebiete der Erde [...], Naturgesetze, Kunstschatze. Im R e c h t gilt als Entdeckung das Erkennen und Aufzeigen bisher unbekannter Tatsachen und Zusammenhänge im naturwissenschaftlichen Bereich. Sie unterscheidet sich durch ihren bloßen Erkenntnischarakter von der Erfindung als dem Ergebnis schöpferischer Anwendung technischer Erkenntnis“ (555, Bd. 5, Hervorheb. im Original).

2.1.5 Zusammenfassung

Mit Kuhn ist festzuhalten, dass es sich bei Entdeckungen prinzipiell um das Auffinden neuer Tatsachen handelt. Etwas vorher Unbekanntes wird ent-deckt, eine neue „Wirklichkeit“ wird aufgefunden. Die Erfindung hingegen ist nach ihm durch die Nutzbarmachung von neu entdeckten Tatsachen, Naturgesetzen und -phänomenen und ihrer theoretischen Formulierung charakterisiert. Kuhn spricht also bei Entdeckun-

2.1 Typen von Veränderungsprozessen

gen in gleichem Atemzug von „neuartigen Tatsachen“ und bei Erfindungen von „neuen Theorien“. Damit ist hier eine Abgrenzung dieser beiden Veränderungsprozesse reflektiert, auch wenn sie im Sinne von Kuhn eher „künstlich“ ist und diese beiden Veränderungen nicht als zwei völlig voneinander getrennte, autonome Prozesse zu betrachten sind. Entdeckungen und Erfindungen gelten nach Kuhn als „grundsätzlich revolutionär“ und leiten somit einen Paradigmenwechsel ein.

2.1.6 Fazit

Bei der Betrachtung von Veränderungsprozessen sind hier vier Typen gebildet worden: Krisen, Revolutionen, Katastrophen sowie Entdeckungen/Erfindungen. Bei Kuhn leiten, ausgenommen der von ihm nicht erwähnten Katastrophe, die Veränderungsprozesse der Krise als auch der Entdeckungen/Erfindungen, eine (wissenschaftliche) Revolution ein und führen zur Verwerfung eines alten Paradigmas zugunsten eines neuen. Dieser revolutionäre Prozess wird durch den von Kuhn in die Wissenschaftstheorie eingeführten Begriff des Paradigmenwechsels beschrieben. Der Begriff des Paradigma bzw. des Paradigmenwechsels ist von Kuhn auf die Entwicklung von Wissensbeständen in den Naturwissenschaften angewandt worden. Kuhn versucht, die bis zu seinerzeit in der Wissenschaftstheorie vertretene These, dass sich Wissensbestände in den Wissenschaften kontinuierlich kumulativ fortsetzen, zu widerlegen. Keineswegs, so Kuhn, seien die wissenschaftlichen Erkenntnisse durch kontinuierliche Veränderungen gekennzeichnet, sondern durch einschneidende revolutionäre Prozesse. Obwohl die Erkenntnisse einer solchen wissenschaftlichen Revolution durch die von Kuhn als Hauptmerkmal pädagogischer Vermittlung geltenden (pädagogischen) Lehrbücher zwar in diese mit aufgenommen würden, werde der revolutionäre Charakter dieser Veränderungsprozesse nicht reflektiert und der Anschein bliebe dadurch bestehen, als ginge der durch neue Wissensbestände forcierte wissenschaftliche Erkenntnisfortschritt kumulativ vor sich. Für die theoretische Grundlegung dieser Arbeit ist die von Kuhn vertretene Paradigmatheorie herangezogen worden. Der Paradigma-Begriff wird hier, wie vielleicht zu vermuten wäre, nicht auf die Sozialwissenschaften etwa als Gegensatz zu dem von Kuhn nur auf die Naturwissenschaften bezogenen Begriff übertragen, sondern auf ihren *Gegenstand*. Der Gegenstand der Sozialwissenschaften, insbesondere der Erziehungswissenschaft, beschreibt ganz allgemein das Verhältnis von Individuum und Gesellschaft. Bei Kuhn ist der pädagogische Vermittlungsprozess vor allem durch das (wissenschaftliche) Lehrbuch und durch pädagogisch wirkende Autoritäten gekennzeichnet. Für Veränderungsprozesse auf die Gesellschaft bezogen wird hier untersucht, welche pädagogischen Vermittlungsstrategien analysiert werden können, die ein neues Paradigma in den gesellschaftlichen Diskurs im-

plementieren und als Voraussetzung für eine soziale Revolution (als Parallele zu Kuhns wissenschaftlicher Revolution) und einem dadurch initiierten Paradigmenwechsel angenommen werden.

Im Folgenden werden anhand der typisierten Veränderungsprozesse zwei historische Beispiele von sozialen Revolutionen vor dem Hintergrund ihrer pädagogischen Dimension genauer betrachtet. Durch welche (pädagogischen) Vermittlungsprozesse ist der Berliner Mauerfall und die Einführung des Frauenwahlrechts initiiert worden? Diese beiden sozialen Revolutionen vertreten zwei entscheidende Paradigmenwechsel hinsichtlich des Verhältnisses von Individuum und Gesellschaft. Vor dem Hintergrund der hier typisierten Veränderungsprozesse lässt sich anhand dieser beiden gewählten Beispiele zeigen, dass sich die vier Kategorien der Krise, Revolution, Katastrophe und Entdeckung/Erfindung für die Beschreibung von sozialen Revolutionen als fruchtbar erweisen.

2.2 Historische Veränderungsprozesse

2.2.1 Einführung des Frauenwahlrechts

Die Einführung des Frauenwahlrechts in Deutschland ist ein einschneidendes Beispiel für einen Paradigmenwechsel in der Geschichte der westlichen Demokratien. Das Frauenwahlrecht ist ein elementarer Bestandteil unserer heutigen repräsentativen Demokratie. Hinter die politische Beteiligung von Frauen ist unter demokratischen Gesichtspunkten nicht mehr zurückzugehen. Man kann hier ganz klar sagen, was einmal Utopie war, ist zur Realität geworden und zwar zu einer Realität, die nicht mehr zu hinterfragen ist. Die Einführung des im November 1918 beschlossenen Frauenwahlrechts in Deutschland, im Januar 1919 gingen das erste Mal ca. 6 Mio. Frauen zur Wahl, ist ein Meilenstein in der Geschichte, der eine lange Zeit der Konflikte sowie die Frauenbewegungen vorausgegangen sind. Wie in vielen anderen Staaten es hierbei erst im 20. Jahrhundert zu einer Gleichberechtigung von Mann und Frau gekommen. Zur Entwicklung der Frauen- bzw. Frauenstimmrechtsbewegung sei im Folgenden vor allem auf Biermann (2009) und Rosenbusch (1998) verwiesen, die jeweils einen kompetenten Überblick ermöglichen. Biermann (2009) spricht von zwei „politischen Inklusionen, diejenige in den Nationalstaat aufgrund des allgemeinen Wahlrechts und diejenige in den Wohlfahrtsstaat“ (vgl. 16).

Wie ist es letztlich zur Durchsetzung des Frauenwahlrechts gekommen? Welche entscheidenden Personen waren daran beteiligt. Und welche Strategien der Vermittlung haben mit dazu beigetragen, diese Entwicklung zu beeinflussen?

Eine historische Zusammenfassung, wie es in Deutschland zum Frauenwahlrecht gekommen ist, hat Ute Rosenbusch (1998) in ihrem Buch „Der Weg zum Frauenwahlrecht in Deutschland“ erarbeitet. Die Gleichstellung der Frau und damit auch das Recht, sowohl aktiv wählen als auch passiv gewählt werden zu dürfen, sei, so Rosenbusch, dem demokratischen System immanent (vgl. 25). Auszüge aus ihrem Buch sollen beispielhaft verdeutlichen, welche Rolle bestimmte Personen und deren Vermittlungen zur Umsetzung der Einführung eines allgemeinen Wahlrechts von Frauen gespielt haben.

„Der aus heutiger Sicht evidente Zusammenhang von Demokratie, Gleichheit und staatsbürgerlicher Gleichberechtigung der Geschlechter stellt also ein relativ neues Ergebnis der verfassungsrechtlichen Entwicklung dar. Diese Entwicklung läßt sich als Prozeß interpretieren, der gekennzeichnet ist durch eine immer zunehmende Bedeutung der demokratischen Legitimation und damit zugleich durch eine Ausweitung des Kreises derjenigen, deren Zustimmung man für notwendig erachtete. Der Gleichheitsgedanke erscheint dabei als Motor der demokratischen Entwicklung, seine praktische Umsetzung als deren Folge“ (ebd., 26).

Dass für die Umsetzung eines Paradigmenwechsels wie dem des Frauenwahlrechts nicht nur die Prozesse von Bedeutung seien, die den Wandel vorbereiten, sondern dass es immer auch einen politischen Zeitpunkt geben müsse, in der „die Zeit reif“ ist, erklären die Autoren des Vorwortes des Buches von Rosenbusch, die ihre Dissertationsschrift posthum veröffentlicht haben:

„Zur Durchsetzung des Frauenwahlrechts kam es nicht deshalb, weil die besseren Gründe dafür sprachen. Es hat auch nicht etwa Dankbarkeit für den aufopferungsvollen Dienst, den die Frauen dem Vaterland im Krieg, auch in öffentlichen Positionen, geleistet hatten, ihnen politische Mitwirkungsrechte beschert. Vielmehr war es allein die Gunst der revolutionären Stunde, war es der Zufall, daß die verfassunggebende Gewalt gerade in der Hand der Sozialdemokratie lag, dem die Weimarer Verfassung das Frauenwahlrecht verdankt. Daß dieses Wahlrecht kurze Zeit danach schon als selbstverständliche Errungenschaft galt, mag die Vermutung stützen, daß gute Gründe das Handeln in weit geringerem Maß bestimmen als Gewohnheit und Opportunität“ (ebd., 9).

Rosenbusch datiert den Beginn der frauenpolitischen Stimmrechtsbewegung mit einer Unterzeichnung einer Petition von 1500 Frauen, die im Jahre 1866 von John Stuart Mill im britischen Unterhaus eingebracht wurde. Durch den Misserfolg der Petition sei es damals zu umfassenden Demonstrationen auf den Straßen Englands gekommen (vgl. ebd., 281). In Deutschland, so Rosenbusch, seien Frauen bereits durch die Revolution 1848/1849 im Rahmen der demokratischen Bewegung in Erscheinung getreten und zwar einerseits durch die bürgerliche Frauenbewegung und andererseits durch die Frauen, die in der Sozialdemokratie organisiert waren.

Den Beginn einer Frauenstimmrechtsbewegung in Deutschland genau zu datieren, scheint relativ schwierig zu sein, da diese Bewegung mit der Frauenbewegung allgemein zusammen zu sehen ist. Während Rosenbusch den Beginn der *Frauenbewegung* mit der Revolution 1848/49 datiert (vgl. ebd., 285, vgl. auch Biermann 2009, 60f), nach deren Scheitern die „politische Arbeit von Frauen für fast zwei Jahrzehnte zum Erliegen kam“ (Biermann 2009, 61), erfolge eine *Stimmrechtsbewegung* erst um die Jahrhundertwende (vgl. Hofmann-Göttig 1986, 21). Zu dieser Zeit begannen „die Radikalen“ mit der Propagierung eines Stimmrechtes für Frauen, der „Deutsche Verein für Frauenstimmrecht“ sei dann 1902 erstmals in Hamburg gegründet worden, so Rosenbusch (vgl. Rosenbusch 1998, 299). Clemens (1990) sieht die Gründe für eine derartig verspätete organisierte Frauenstimmrechtsbewegung in der Gesetzgebung und politischen Kultur des deutschen Reiches (vgl. 55). Biermann (2009) kommentiert dazu:

„Das Scheitern der Frauenbewegung eine Reform des Ehe- und Familienrechts zugunsten der Gleichberechtigung von Frauen herbeizuführen war Ende der 1890er Jahre auch ein Scheitern der Durchsetzung der *Frauenfrage als Rechtsfrage*. Im Scheitern waren Schicht- und Geschlechterkonflikt miteinander verbunden. Das Bürgertum stützte den Ständestaat und seine Beamtenschaft gegen das erstarkende Proletariat

2.2 Historische Veränderungsprozesse

durch die rechtliche Absicherung der 'Herrschaft im Hause' bzw. durch ein Familienrecht, das den Mann als Oberhaupt und Rechtsvertreter der Familienmitglieder bestätigte [...] ⁶². Das Recht bekräftigte ausgangs des 19. Jahrhunderts eine über Ehe und Familien vermittelte Inklusion der Frau in die Gesellschaft. Es schloss sie aus der Individualisierung von Rechten noch weitgehend aus“ (69, Hervorheb. im Original)“.

Auch wenn man eine genaue Bestimmung einer Frauenwahlrechtsbewegung historisch nicht so eindeutig belegen kann, so können indessen Personen und Organisationen als Vorreiter benannt werden, die einen großen Einfluss auf die spätere Umsetzung des Frauenwahlrechts hatten. Die Gründung des Allgemeinen Deutschen Frauenvereins (ADF) 1865 sei ein erster größerer Zusammenschluss von Frauen gewesen (vgl. Biermann 2009, 61).

So habe, wie oben schon angedeutet, die Sozialdemokratie unter der Führung August Bebels (1840 - 1913) politisch den Weg entscheidend mit vorbereitet. August Bebel sei als Mann seinen Zeitgenossen aus heutiger Perspektive weit voraus gewesen und durch die Forderung der Wahlberechtigung für Mann und Frau immer auch ein Wagnis eingegangen. Hofmann-Göttig (1986) hält die Geschichte des Frauenwahlrechts sogar untrennbar mit dem Namen August Bebels verbunden (vgl. 20). Die Wirkung Bebels Bestsellers „Die Frau und der Sozialismus“ aus dem Jahre 1879, so Hofmann-Göttig, könne nicht hoch genug eingeschätzt werden ⁶³. Was für die Arbeiterklasse recht sei, könne für die Frauen nicht unrecht sein, so Bebel in seiner Schrift (vgl. ebd.). So habe am 20. Oktober 1891 die SPD als erste Partei in Erfurt in ihrem Grundsatzzprogramm beschlossen:

„Allgemeines, gleiches, direktes Wahl- und Stimmrecht mit geheimer Stimmabgabe aller über 20 Jahre alten Reichsangehörigen ohne Unterschied des Geschlechts für alle Wahlen und Abstimmungen“ (Erfurter Programm der SPD 1875, zit. n. Hofmann-Göttig 1986, 22).

⁶² Biermann bezieht sich hier auf: Gerhard, Ute (1978): Verhältnisse und Verhinderungen: Frauenarbeit, Familie und Rechte der Frauen im 19. Jahrhundert, Frankfurt/M, Suhrkamp, 172).

⁶³ Welche Wirkung von diesem Buch ausging, hat Louise Zietz wiedergegeben: „Als ich Ende der achtziger Jahre als blutjunge Frau Bebels Buch 'Die Frau und der Sozialismus' in die Hand bekam, da ging es mir, wie es so vielen, vielen Proletarierfrauen ebenso ergangen ist: wie Schuppen fiel es uns von den Augen, wir gewannen Verständnis für die Zusammenhänge der wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse, für unserer (sic!) Stellung in der heutigen Gesellschaft, für unsere Klassenzugehörigkeit, für die Notwendigkeit eines solidarischen Handelns der Gesamtarbeiterschaft, um ihren Aufstieg und ihre Befreiung durchzusetzen. Der Zusammenhang von Arbeiterbewegung, Frauenfrage und Sozialismus ward uns klar“ (Die Gleichheit, 24. Jg. [1914] S. 14) zit. n. Wickert 1990, 67).

In seiner späteren Schrift „Die Sozialdemokratie und das Allgemeine Stimmrecht“, 1895 erschienen, habe Bebel geschrieben, dass eine Frau bei Begehung eines Verbrechens bei der Verurteilung genau den gleichen gesetzlichen Maßstäben wie der Mann unterliege. Daraus habe er geschlossen, wenn die Frau dieselben Pflichten wie der Mann habe, so solle sie auch dieselben Rechte besitzen. Im selben Jahre, so Hofmann-Göttig, habe die SPD noch eine parlamentarische Initiative für die Einführung eines Frauenwahlrechts im Reichstag eingebracht, welche allerdings nicht die nötige Unterstützung fand (vgl. ebd., 23 und Clemens 1990, 67).

Die Frauen(wahlrecht)bewegung kann wohl nicht getrennt von der Arbeiterbewegung betrachtet werden. Bei Ferdinand Lasalle (1825 – 1864), einem der einflussreichsten Personen auf die Arbeiterbewegung noch vor der Reichsgründung, habe das allgemeine Wahlrecht sein politisches Denken bestimmt. Die Einsetzung für ein allgemeines und gleiches Wahlrecht habe als selbstverständliche Forderung gegolten, auch wenn das Wahlrecht für Frauen zunächst meist nicht Bestandteil der Forderungen der meisten Arbeiterbewegungen gewesen sei (vgl. Rosenbusch 1998, 303f.).

Auch unter der sozialdemokratischen Bewegung sei das Frauenwahlrecht lange Zeit umstritten gewesen. Neben August Bebel habe sich auch Wilhelm Liebknecht (1826 – 1900) als Mann für dieses Recht ausgesprochen und die Paradoxie in seiner eigenen Partei erkannt:

„Eine Partei, welche Gleichheit auf ihre Banner schreibt, schlägt sich selbst ins Gesicht, wenn sie der Hälfte des Menschengeschlechts die politischen Rechte versagt“ (W. Thönnessen, Frauenemanzipation zit. nach Rosenbusch 1998, 304).

Bebel unterstreiche in seinem Buch „Die Frau und der Sozialismus“ den Bezug zur Arbeiterbewegung. Wie der Arbeiter sich auf seine eigenen Kräfte verlassen müsse und nicht auf die Unterstützung durch die Bourgeoisie warten dürfe, so dürfe auch die Frau nicht auf die Hilfe der Männer warten (vgl. Rosenbusch 1998, 305).

Als wichtige Frau im Kampf um das Frauenwahlrecht ist hier Clara Zetkin (1857 – 1933) zu nennen, seit 1892 Redakteurin der Frauenzeitung *Die Gleichheit*, deren Schreiben und Denken sich entscheidend auf die sozialdemokratische Frauenbewegung ausgewirkt habe (vgl. Clemens 1990, 67f.). Die Frauenstimmrechtsbewegung erhielt durch einen von ihr durch die internationale Frauenkonferenz in Kopenhagen im Jahre 1910 angenommenen Vorschlag eine entscheidende Wende. Einmal im Jahr sollte neben den nationalen proletarischen Frauenbewegungen der Schwerpunkt auf das Frauenstimmrecht gelegt werden. So sei der „Internationale Frauentag“, erstmals am 19. März im Jahre 1911 abgehalten, zu einem Kampftag für das Frauenstimmrecht geworden (vgl. ebd. 1990, 73). Ihre Forderungen sind klar und deutlich:

2.2 Historische Veränderungsprozesse

„Und so fordern die Proletarierinnen das Wahlrecht vor allem zum Kampfe gegen die Kapitalistenklasse und gegen die kapitalistische Ordnung. [...] Kurz das A und O unserer Wahlrechtsforderung bleibt: wir verlangen gleiche politische Rechte mit dem Manne, damit wir ungehemmt durch gesetzliche Schranken mitarbeiten, mitkämpfen können, um diese Gesellschaft zu stürzen“ (C. Zetkin, *Ausgewählte Reden und Schriften* Bd. 1, 480, zit. nach Rosenbusch 1998, 311f).

Einen weiteren zentralen Platz im Kampf um das Frauenwahlrecht nimmt Hedwig Dohm (1831 – 1919) ein. Schon bald nach Einführung eines allgemeinen Wahlrechts für Männer habe sie sich in ihren Schriften „Der Jesuitismus im Hausstande“ (1873) und „Der Frauen Natur und Recht“ (1876) für ein selbiges für Frauen eingesetzt. Aus ihrem letztgenannten Werk stamme auch der berühmt gewordene Spruch: „Menschenrechte haben kein Geschlecht“ (Dohm 1876: *Der Frauen Natur und Recht*, 57 und passim, zit. nach Rosenbusch 1998, 294). Sie habe das Stimmrecht als Voraussetzung für alle weiteren Aktionen definiert, darauf sollten sich alle Frauen konzentrieren (vgl. Rosenbusch 1998, 293). Die Radikalität ihrer Forderungen kommt in folgenden Zitaten zum Ausdruck:

„1. Die Frauen fordern das Stimmrecht als ein ihnen natürlich zukommendes Recht. 2. Sie fordern es als eine sittliche Notwendigkeit, als ein Mittel zur Veredelung ihrer selbst und des Menschengeschlechts. Fordert das Stimmrecht, denn nur über das Stimmrecht geht der Weg zur Selbständigkeit und Ebenbürtigkeit, zur Freiheit und zum Glück der Frau. [...] Verlaßt Euch nicht auf die Hülfe der deutschen Männer! Wir haben wenig Freunde und Gesinnungsgenossen unter ihnen“ (Dohm 1876: *Der Frauen Natur und Recht*, 159f, zit. nach Rosenbusch 1998, 293).

Rosenbusch (1998) bietet ausführliche Beschreibungen zu weiteren Frauen und deren Wirkung bei der Vermittlung des Frauenwahlrechts (vgl. 291ff). Neben Minna Cauer (1841 – 1922), die für das Frauenstimmrecht gekämpft und das Buch „Die Frau im 19. JH.“ verfasst habe, sei auch Lili von Gizicky (1865 – 1916), welche später unter dem Namen Lily Braun in der Sozialdemokratie in Erscheinung getreten sei, genannt. Ottilie Baaders (1847 -1925) habe sich insbesondere bei politischen Boykotts eingesetzt, um Kleingewerbetreibende für eine Stimmabgabe an die Sozialdemokratie zu bewegen (vgl. ebd., 311).

Die Frauenstimmrechtsbewegung war von vielen anderen derzeitigen politischen Bewegungen und Umbrüchen geprägt und kann deshalb nicht nur für sich allein betrachtet werden. Angefangen seit der Revolution von 1848/49 vom Einsatz für ein allgemeines Wahlrecht, was sich zunächst nur auf die Männer bezog und für diese 1871 allgemeingültig wurde, bis hin zu zahlreichen Fraueninitiativen, die zum Teil zunächst selbst gegen ein Frauenwahlrecht waren⁶⁴ (vgl. auch Biermann 2009, 66

⁶⁴ Dass Frauen selbst gegen ihre eigenen Rechte eingestellt waren ist ein Phänomen,

u 75), ist die Bewegung auch immer mit der proletarischen Arbeiterbewegung zusammen zu sehen. Dass sich Frauen überhaupt organisieren konnten, sei schon dadurch erschwert gewesen, dass sie bis zur Novellierung der Vereinsgesetzgebung im Jahre 1908 kein richtiges Vereinsrecht besaßen (vgl. Clemens 1990, 71f.), um welches auch erst viele Jahre gekämpft werden musste. Alles in allem kann man wohl sagen, dass eine richtige Stimmrechtsbewegung der Frauen dann tatsächlich erst Anfang des 20. Jahrhunderts erfolgte. Die gesamte Bewegung lässt sich vielleicht am besten in dem Slogan: „Können wir nicht wählen, so können wir doch wählen!“ (ebd. 1990, 72) zusammenfassen.

In vielen europäischen Ländern ist das Frauenwahlrecht nach dem ersten oder zweiten Weltkrieg eingeführt worden. Eine wesentliche Ursache sei dafür gewesen, dass Frauen im Krieg in der Kriegsindustrie mitgearbeitet haben. Das klassische Rollenbild von Frau und Mann habe sich dadurch erheblich verändert. Wurde bisher damit argumentiert, nur die Männer arbeiteten, was sie auch zur politischen Beteiligung zertifiziere, und die Frauen seien in der Hauswirtschaft tätig und brauchten deshalb auch politisch nicht mitzusprechen, so zerfiel dieses Geschlechterrollenbild durch zunehmende Beteiligung der Frauen in der Arbeitswelt (vgl. Geschichte lernen 2006, 54). Zudem sei die Zeit zu Beginn der Weimarer Republik für einen politischen Wechsel, wie bereits erwähnt, einfach „reif“ gewesen (vgl. Rosenbusch 1998, 9).

Es bleibt an dieser Stelle noch zu bemerken, dass die nationalsozialistische Machtergreifung 1933 unter anderem deswegen vollzogen werden konnte, weil sich paradoxerweise ein erheblicher Anteil an Frauen zu den Nationalsozialisten hingezogen fühlte und die NSDAP gewählt hat. Die erste Frauenbewegung sei Biermann (2009) zufolge in dieser Zeit auch an ihr Ende gelangt (vgl. 98). Im dritten Reich gab es für das lange umkämpfte und durchgesetzte Frauenwahlrecht einen kuriosen Rückschritt: Frauen hatten nach der Machtergreifung nur noch ein eingeschränktes Wahlrecht, indem sie zwar aktiv wählen, aber nicht mehr

welches auch in der Grundeinkommenbewegung zu beobachten ist. So ist es keinesfalls selbstverständlich, dass alle diejenigen, die von einem Grundeinkommen besonders profitieren würden, auch dafür sind. Bei den Frauen ist dies auch in Bezug auf den Abtreibungsparagraphen §218 des StGB zu beobachten: „Die Befürworterinnen des staatlichen Strafanspruchs brachten dafür zahlreiche Argumente vor, darunter Gefahren für die Population, die Förderung der Unsittlichkeit, die Verkürzung der Rechte des Mannes und einen Missbrauch des Begriffs des weiblichen Selbstbestimmungsrechts“ (Biermann 2009, 73). Weiterhin sei der Widerstand aus den eigenen Reihen auch am Lehrerinnen-Zölibat zu beobachten gewesen (vgl. ebd, 84).

2.2 Historische Veränderungsprozesse

gewählt werden konnten. Beyer (1933) bemerkt dazu folgendes:

„Auf der vierten Internationalen Frauenkonferenz der S.A.J., die Ende Juli 1931 in Wien stand, behandelte die deutsche Sozialdemokratin Tony Sender das Thema 'Die Wirkung der politischen Reaktion auf die Freiheit der Frau'. Im Mittelpunkt stand für sie der Nationalsozialismus aus zwei Gründen: 'Erstens die faschistische Fraktion des Deutschen Reichstages ist die einzige, die, obwohl sie 107 Mann stark ist, keine einzige Frau aufweist und sich dieses Umstandes sogar noch rühmt. Im Programm der deutschen Faschisten wird der Frau überhaupt keine Erwähnung getan. Zweitens: von fast sechseinhalb Millionen faschistischen Wählern bei den letzten deutschen Reichstagswahlen schätzt man die Zahl der faschistischen Frauenstimmen auf zweieinhalb bis drei Millionen.' Während also der Nationalsozialismus ausgesprochen frauenfeindlich auftrat, finde er trotzdem noch weitgehend Gefolgschaft bei den Wählerinnen. Tony Sender führt aus dem Schrifttum einige Stellen an, die deutlich zeigen, daß das mulier taceat – die Frau schweige – im nationalsozialistischen Staate wieder zur Geltung kommen solle. Gegen diese Ausschaltung der Frau und die damit verbundene Militarisierung müsse Front gemacht werden: 'Der Faschismus ist der Krieg, der Sozialismus wird der Friede sein' (Vierte Internationale Frauenkonferenz der S.A.J. Berichte und Verhandlungen (Abteilungen III und IX). Zürich 1932, 17ff, zit. nach Beyer 1933, 71).

In der Kritik von Sender, so Beyer, werde deutlich, dass der Nationalsozialismus die Betätigung von Frauen im Parlament ablehne und trotz dessen die Zustimmung von Millionen von weiblichen Wählern finde. Dadurch würde er nicht nur wegen der statistischen Stärke, sondern vielmehr wegen seiner Prinzipien zu einem Gegenspieler der liberalen Frauenbewegung (vgl. ebd.).

In folgender Tabelle wird die Einführung des allgemeinen Wahlrechts an Beispielen weltweit zusammengefasst dargestellt. Vor allem fällt die Schweiz, das Land der Basisdemokratie, auf, welche das Frauenwahlrecht erst 1971 eingeführt hat. Dort gab es bis in die 90er Jahre noch Proteste dagegen.

Einführung des allgemeinen Wahlrechts

Staat	für Männer	für Frauen
Australien	1903	1908
Belgien	1919	1948
Dänemark	1915/18	1918
Deutschland	1867/71	1919
Finnland	1906	1906
Frankreich	1848	1946
Griechenland	1877	1952
Großbritannien	1918	1928
Irland	1918/22	1918/22
Island	1915	1915
Italien	1912/18	1946
Japan	1925	1947
Kanada	1920	1920
Luxemburg	1918/19	1919
Neuseeland	1889	1893
Niederlande	1917	1919
Norwegen	1897	1913
Österreich	1907	1918
Polen	1918	1918
Portugal	1911	1974
Rumänien	1918	1918
Russland ¹⁾	1917	1917
Schweden	1921	1921
Schweiz	1848/79	1971 ²⁾
Spanien	1869/1907 ..	1869/1931
Ungarn ³⁾	1918	1918
USA	1788 ^{2), 4)}	1920 ²⁾

¹⁾1936 bestätigt. – ²⁾Auf Bundesebene. – ³⁾1945 bestätigt. – ⁴⁾1870 ohne Einschränkung aufgrund von Rasse, Hautfarbe oder dem vorherigen Status als Sklave.

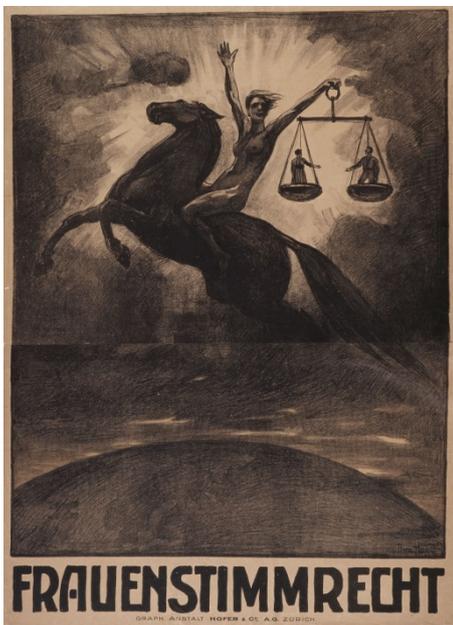
Aus: Meyers Großes Taschenlexikon 2001, Brockhaus AG, Mannheim

2.2 Historische Veränderungsprozesse

Zum Abschluss über die Einführung des Frauenwahlrechts seien hier bildliche Eindrücke aus der Schweiz von 1971 und 1920 beispielhaft wiedergegeben.



Mit Plakaten werben Frauen des Aktionskomitees "Ein Ja für die Frau" am 5.2.1971 in Zürich in der Schweiz für das Frauenstimmrecht. © dpa Picture-Alliance GmbH



Plakat für die Einführung des Frauenstimmrechts im Kanton Zürich, 1920. Lithografie von Dora Hauth-Trachsler. © Museum für Gestaltung Zürich



Plakat gegen die Einführung des Frauenstimmrechts im Kanton Basel-Stadt, 1920. Lithografie von Ernst Keiser. © Museum für Gestaltung Zürich

2.2.1.1 Fazit

Die Entwicklung der Frauenbewegung und die der Frauenstimmrechtsbewegung sind nicht ohne weiteres strikt voneinander zu trennen. Die Frauenbewegung hat großen Einfluss auf die Stimmrechtsbewegung gehabt, welche in Deutschland ihr Ziel 1918/19 bzw. endgültig mit dem Beschluss des deutschen Grundgesetzes 1949 nach langem Kampf endlich erreicht hat. Die Frauenbewegung geht bis heute weiter. Am 20. März 2009 fordern Frauen bundesweit auf dem sogenannten „equal pay day“ gleiche Gehälter für gleiche Arbeit. Frauen sind auch im 21. Jahrhundert immer noch nicht gleichberechtigt, was den Lohn betrifft, der im Schnitt immer noch 23%⁶⁵ unter dem des Mannes liegt. Eines haben die Frauen in ihrem langen Kampf um Gleichberechtigung jedoch erreicht: das Wahlrecht. Und hinter dieses ist unter demokratischen Gesichtspunkten nicht mehr zurückzugehen!

Die Vermittlungsbemühungen um das Frauenwahlrecht, so sollte in diesen nur sehr begrenzt möglichen Ausführungen deutlich geworden sein, haben seit der Revolution von 1848/49 im Zusammenhang mit der zunehmenden Frauenbewegung letztlich im November 1918 zu einem Erfolg geführt, so dass Anfang 1919 erstmals Frauen an Wahlen teilnehmen durften und dies auch zahlreich wahrgenommen haben. Abgesehen von dem Einschnitt im Nationalsozialismus hat die Frauenstimmrechtsbewegung spätestens seit dem 23. Mai 1949 bei Inkrafttreten des Grundgesetzes in der Bundesrepublik Deutschland ihr Ziel endgültig erreicht und ist nach demokratischen Gesichtspunkten nicht mehr wegzudenken.

2.2.2 Der Fall der Berliner Mauer

Das Ende des Kalten Krieges, symbolisiert durch den Fall der innerdeutschen Grenze im Jahre 1989, ist ein historisches Ereignis von besonderer Bedeutung. Am 13. August 1961 von der SED-Führung der DDR mit Gewalt errichtet, sollte die Mauer noch Anfang 1989 Honecker (1912 – 1994) zufolge, der 1961 die geheimen Vorbereitungen für den Bau leitete, fünfzig bis einhundert Jahre weiter bestehen. Die DDR war 1989 jedoch endgültig bankrott und die Zeit war gekommen für eine durch das Volk bestimmte Wende.

Wie ist es zu diesem Ereignis gekommen, mit dem niemand so schnell

⁶⁵ Vgl. z. B. den Artikel unter Zeit-Online unter <http://www.zeit.de/karriere/beruf/2012-03/ankuendigung-equal-pay-day>, Stand: 05.02.2013.

2.2 Historische Veränderungsprozesse

gerechnet hatte? Welche Personen und Vermittlungen haben bei dieser sozialen Revolution eine entscheidende Rolle gespielt? Seit dieser Wende und der deutschen Einheit hat sich dazu ein neuer Literaturbestand mit nahezu unzähligen Werken entwickelt.

Eine bedeutende Persönlichkeit bei der Vermittlung von Ost und West ist sicherlich Richard von Weizsäcker (*1920), 1981 – 1984 Regierender Bürgermeister von Berlin und 1984 – 1994 Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland. Am 13. August 1981, zum zwanzigsten Jahrestag der Berliner Mauer, hielt er eine kritische Rede im Rathaus Schöneberg. Dieser Tag, so Weizsäcker, würde nicht mehr wie bisher klein gehalten, sondern seitens der DDR-Regierung nun sogar „zum Fest der Propaganda und Paraden umgewandelt“ (vgl. Weizsäcker 1990, 321). In seiner Rede stellt Weizsäcker angesichts historischer Entwicklungen die Frage, ob nicht auch ein Mauerfall absehbar wäre:

„Nun haben wir uns im Laufe der Geschichte schon oft an veränderte Lebensbedingungen gewöhnt, die gestern noch als unerträglich galten. Dynastien und Allianzen, Grenzen, Staaten und Verfassungen haben sich immer wieder gewandelt, und man hat sich im Laufe der Zeit damit abgefunden.

Wird dies nicht schließlich auch für die Mauer in Berlin gelten? Haben wir uns nicht schon heute hüben und drüben praktisch darauf eingerichtet? Denken junge Menschen im Jahre 1981 über die Mauer nicht ganz anders als ihre älteren Mitbürger, welche die persönlichen Erlebnisse an jenem schrecklichen Sonntag im August 1961 nie vergessen können“ (ebd.)?

Seit zwanzig Jahren lebten die Berliner mit der Mauer, aber als denkende und fühlende Menschen könnten sie sich nicht daran gewöhnen, so Weizsäcker. Bezug nehmend auf Chruschtschow (1894 – 1971) würde die Mauer eines Tages wieder verschwinden. Die Bürger seien immer weniger davon überzeugt, dass die Parteien um der Macht willen miteinander konkurrieren, was „die Handlungskraft des Gemeinwesens nach innen und außen“ schwäche (vgl. ebd., 323). Der unmenschlichen Steinmauer habe die SED-Regierung nun auch noch eine Finanzmauer hinzugefügt, welche im Oktober 1980 eine Erhöhung und Ausweitung der Mindestumtauschpflicht zur Folge hatte und den Reise- und Besucherverkehr erheblich beeinträchtigte (vgl. ebd.).

Weizsäcker signalisiert immer wieder Gesprächsbereitschaft und hält an einer friedlichen Lösung ohne Waffengewalt fest. Mit einem Zitat Kennedys (1917 - 1963), dass der Wind der Veränderung über den Eisernen Vorhang hinwegwehe, stellt er fest, dass sich die Menschen sowohl im Osten als auch im Westen mit der Zeit sehr verändert hätten und eine Mauer eine Trennung eben dieser Menschen nicht bewirken können. Trotzdem sei sie gegen die Natur, den Menschen und gegen das Leben gerichtet (vgl. ebd., 328). Und so schließt Weizsäcker seine Rede mit folgenden Worten, die einer Prognose gleich zu kommen scheint:

„Die Mauer erinnert uns täglich daran, daß Stadt, Land und Kontinent geteilt sind. Ohne daß sie es will, beweist sie uns täglich aber auch, daß wir zusammengehören,

und zwar über sie hinweg. Sie wird keinen Bestand haben. Die Freiheit und Würde des Menschen verpflichten uns. Sie werden sich als stärker erweisen“ (ebd.).

Eine nicht zu unterschätzende Rolle bei der Vermittlung Richtung Wiedervereinigung spielten in der DDR des Weiteren die Kirchen. So sei die Situation im Herbst 1989 auch auf das Engagement entschiedener Christen zurückzuführen (vgl. Sievers 1990, 13):

„Prof. Bramke sprach davon, daß Kirchen die enorme Belastungsprobe, die ihnen unvermittelt zuwuchs, hervorragend bewältigt hätten und als **Vermittler** fungierten. Kirche im Sozialismus sei sie auch dann, wenn der Massenzulauf künftig nachlassen sollte, man denke nur an die unverzichtbaren Werte ihrer Lehre“ (Bericht der Zeitung „Die Union“ vom 01.11.1989, zit. nach Sievers 1990, 21, Hervorheb. MM).

Immer mehr Menschen seien trotz Aufforderung der Leipziger Nikolaikirche, nach dem Gottesdienst nach Hause zu gehen, danach später trotzdem in Leipzig auf dem Kirchplatz geblieben. Es habe eine vollkommen friedliche Revolution begonnen, welche zu einer völligen Umgestaltung der Gesellschaft geführt habe und ständig von Gebeten in den Kirchen begleitet gewesen sei (vgl. Sievers 1990, 25):

„Allen Beteiligten war klar, daß es sich hier nicht nur um Gottesdienste handelte, sondern um eine Form des Widerstandes und des Protestes“ (ebd., 27).

Sievers (1990) hat eine chronologische Entwicklung der Friedensgebete seit 1982 tabellarisch aufgeführt, in der zu sehen ist, wie die Bewegung nach und nach größer wird. Am 23.10.1989 seien es bereits 300 000 Demonstranten gewesen (vgl. ebd., 146 ff).

Die unmittelbare Auslösung des Mauerfalls ist laut Hertle (1996) auf einen „Vermittlungsfehler“ des damaligen Mitglieds des Politbüros der SED Günter Schabowski zurückzuführen, der am Abend des 9. November 1989 die Funktion eines Pressesprechers übernahm. Schabowski war bereits am 4. November 1989 bei der Großdemonstration in Berlin auf dem Alexanderplatz auf der Rednerliste, wurde jedoch von den Demonstranten nicht gehört und ausgebuht (vgl. 104ff). Hertle liefert eine umfassende Analyse des 9. November 1989, in der er sehr präzise dokumentiert, welche Vermittlungsprozesse gegen Abend dann zum „Sturm“ auf die Mauer geführt haben sollen (vgl. ebd. 118ff). Die folgenden Ausführungen beziehen sich auf die Analyse Hertles und können dort verglichen werden.

Drei Sitzungstage des SED-Zentralkomitees seien angesetzt worden, der 9. November war der zweite. Die Tage davor seien von der Angst innerhalb des SED-Regimes geprägt gewesen, welches eine Erstürmung der Grenze durch das Volk befürchtete. Auf der Sitzung sei neben der katastrophalen finanziellen Lage am Nachmittag auch über Durchführungsbestimmungen für eine neue Reiseregelung verhandelt worden. Schabowski, der die Aufgabe bekam, die Pressekonferenz am Abend abzuhalten, habe sich allerdings nicht im Tagungssaal aufgehalten, als

2.2 Historische Veränderungsprozesse

Egon Krenz den neuen Entwurf zur Reiseverordnung vortrug. Krenz habe Schabowski dann für die Pressekonferenz ein Papier überreicht, mit der Bemerkung, dass es sich um eine „Weltnachricht“ handle. Offensichtlich habe Schabowski jedoch vor der Pressekonferenz, wie er später einmal zugab, die Papiere vor dem Pressezentrum nicht mehr durchgelesen, bzw. er gab an, sie höchstens noch überflogen und erstmals gelesen zu haben, als die TV-Kameras bereits liefen⁶⁶. Insgesamt könne die gesamte Situation so beurteilt werden, dass nach dem Rücktritt Honeckers bzw. dessen Ausschluss Mitte Oktober 1989 eine ziemliche Ratlosigkeit und Chaos im SED-Regime herrschten (vgl. ebd., passim). Im transkribierten Interview der Pressekonferenz sei deutlich zu entnehmen wie verunsichert auch Schabowski war (vgl. ebd. 142 ff). Nach Schabowskis Äußerung, dass „Privatreisen nach dem Ausland ohne Vorliegen von Voraussetzungen – Reiseanlässe und Verwandtschaftsverhältnisse - beantragt werden“ könnten, folgte wenig später die Frage von Riccardo Ehrmann, einem italienischen Reporter:

„Wann tritt das in Kraft?

Schabowski: (Blättert in seinen Papieren.) Das tritt nach meiner Kenntnis ... ist das sofort, unverzüglich (blättert weiter in seinen Unterlagen)“ (ebd., 145).

Dieser Dialog, reduziert auf die Frage: „Wann tritt das in Kraft“ und die Antwort: „Sofort, unverzüglich!“ sei dann am Abend verkürzt immer wieder in den Medien verbreitet worden. Daraufhin setzte nach kurzer Zeit der große „Ansturm“ auf die Berliner Mauer durch die Bürger der DDR ein. Wie chaotisch und ungeplant plötzlich die Ereignisse vor sich gingen und wie ratlos die ZK-Mitglieder waren, soll folgendes Zitat Hertles (1996) noch einmal verdeutlichen:

„Gerade wurde ein verspätetes Abendessen serviert [im Gästehaus der SED an der Spree, MM], als sich von Tisch zu Tisch Informationen über Schabowskis Pressekonferenz verbreiteten, in deren Folge angeblich Menschen an die Grenzübergänge strömten. Ein wildes Durcheinander brach aus. Was Schabowski da verkündet habe, seien eigenwillige Interpretationen und am Nachmittag nicht von ihnen beschlossen worden, zumindest nicht in dieser Weise, war die durchgängige Meinung. Doch keiner hatte schriftlich, was am Nachmittag zu diesem Punkt behandelt worden war, und so war nicht einmal eine Überprüfung des Gesagten möglich. Für viele ZK-Mitglieder schien mit dieser Nachricht der Zug endgültig abgefahren. Ohnmacht und Resignation breiteten sich aus“ (119).

Der endliche Durchbruch zum Mauerfall ist somit Hertle zufolge eine unmittelbare Reaktion auf die Vermittlungen Schabowskis, die vor al-

⁶⁶ Wie genau und ob überhaupt die Aufnahme der Papiere durch Schabowski erfolgte, erscheint widersprüchlich, zumal Schabowski später doch davon sprach, er habe sie auf einer fünfminütigen Fahrt vom ZK-Gebäude durchgesehen (vgl. Hertle 1996, 292, Fußnoten 32 u 33).

lem durch das Medium des Fernsehers verbreitet wurden, und so jedoch nicht in dieser Weise vom SED-Regime gewollt sein konnten.

2.2.2.1 Fazit

Auch wenn die Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten 1989/90 auf einer Anzahl von Faktoren beruht, nicht zuletzt wegen des Staatsbankrotts der DDR, so scheinen doch die oben dargestellten Vermittlungsprozesse bei der Einführung des Frauenwahlrechts und dem Fall der Berliner Mauer eine erhebliche Rolle bei ihrer Beschleunigung gespielt zu haben. Ob man hier von einem Paradigmenwechsel sprechen kann und sollte, darüber ließe sich sicherlich streiten. Sicher ist, so kann hier festgehalten werden, dass es sich um eine weltweit bedeutende soziale Revolution handelt. Im Sinne von Kuhn wäre damit auf jeden Fall von einem Paradigmenwechsel zu sprechen. Die DDR konnte von Anfang nur existieren, indem das Volk mit Gewalt „eingesperrt“ wurde, um es regieren zu können. Wäre die Mauer 1961 nicht errichtet worden, wären den Regierenden vermutlich die Regierten ausgegangen. Das Regime der DDR habe auch nur durch einen sich immer vergrößernden Kontrollapparat seine Diktatur sichern können (vgl. Hertle 1996, *passim*).

Inbezug auf das Thema des bedingungslosen Grundeinkommens wäre an dieser Stelle zu fragen, inwieweit die Überprüfung des Staatsbürgers in einem demokratischen Rechtsstaat wie der Bundesrepublik Deutschland erfolgen darf. Neben Überprüfungen und Kontrollen von Mitarbeitern bei Telekom, Bahn usw. stellt sich die Frage, inwieweit die sozialbürokratischen Kontrollen von Arbeitslosen eigentlich gehen dürften?⁶⁷. Sascha Liebermann stellt in diesem Zusammenhang fest, dass

⁶⁷ Im Gespräch in der Zusammenarbeit mit Arbeitslosen im ALG-II-Verfahren habe ich interne Informationen erhalten, dass diese von sog. „Sozial-Detektiven“ heimgesucht worden waren, welche ohne Ankündigung vor der Wohnungstür standen und um Einlass baten, um den Anspruch auf die erfolgenden Leistungen im SGB-II-Verfahren zu überprüfen (Bedarfsgemeinschaft, Schwarzarbeit etc.). In der Regel haben die Betroffenen die „Kontrolleure“ in ihre Wohnung hereingelassen, und dies auf meine wiederholte Nachfrage nur deswegen, weil sie einerseits vollkommen überrascht von dem unangekündigten Besuch und andererseits aus einem „Unschuldsbewusstsein“ heraus nicht Kenntnis der Rechtslage waren. Die Überprüfungen haben alle Betroffenen ausnahmslos als „übergreifend“, „stigmatisierend“ und „als Eingriff in ihre Privatsphäre“ wahrgenommen. Nach Art. 13 GG müssten solche Überprüfungen in der Wohnung keineswegs von den Betroffenen zugelassen werden, jedoch, so meine persönliche Einschätzung, werden solche Überprüfungen eben aus der Angst vor möglichen Sanktionen ertragen.

2.2 Historische Veränderungsprozesse

aufgrund des Misstrauens der Selbstbestimmung des Bürgers die DDR eigentlich wieder errichtet werden müsste. Diese sei aber ja gerade deshalb gefallen, weil der Umbruchsprozess vom Volk demokratisch gewollt gewesen sei.⁶⁸

2.2.3 Zusammenfassung und Ausblick

In dieser Arbeit wird anhand der historischen Beispiele von Umbruchsprozessen und deren einleitenden Vermittlungen versucht, einen Forschungsbericht für die Thematik des bedingungslosen Grundeinkommens abzuleiten. Außer den oben angeführten Beispielen gibt es zahlreiche weitere Beispiele für bestimmte Zustände, in denen nachfolgende Entwicklungen und Fortschritte noch nicht erkannt bzw. als utopisch angesehen wurden und ab einer bestimmten Zeit von einer illusionären zu einer realistischen Utopie wurden, bis sie irgendwann dann wirklich Realität waren. Es gibt umfangreiche Gründe für die Annahme, dass es in Zukunft, dies kann in ein paar Jahren oder aber auch erst in ein paar Jahrzehnten der Fall sein, dass sich die *Idee* eines gesellschaftspolitischen *Modells*, Modelle gibt es dazu viele wie noch zu zeigen sein wird, einer bedingungslosen Grundsicherung für alle Bürger einer Staatengemeinschaft durchsetzen wird bzw. durchsetzen muss. Vielleicht könnte es beginnen mit einer Art „Grundrente“, die in Zukunft gegen die Altersarmut umgesetzt werden müsste, oder mit einer bedingungslosen Grundsicherung für alle neu geborenen Menschen ab einem bestimmten Jahrgang, z. B. ab 2020, nicht zuletzt um auch hier einer zunehmenden Kinderarmut entgegen zu wirken. Eine Hauptthese dieser Arbeit ist, dass die zukünftige gesellschaftspolitische Entwicklung auf ein Gesellschaftsmodell verweist, welches auf einem bedingungslosen Grundeinkommen basiert. Unter der Voraussetzung seiner politischen Durchsetzungsfähigkeit dieses neuen Paradigmas würde dann seine Normalität wie ein Frauenwahlrecht unter demokratischen Gesichtspunkten nicht mehr zu hinterfragen sein. Die derzeitige politische Entwicklung in Deutschland hat sehr viele Aspekte, die in diese Thematik führen (z. B. Kinder-, Eltern- und Betreuungsgeld) und sie schon vorwegzunehmen scheinen. Von daher ist es pädagogisch höchst interessant, die Vermittlungsprozesse zu analysieren, mit denen Schritt für Schritt von der einst illusorischen Utopie, über eine derzeitig immer realistischere Utopie zu einer irgendwann absehbaren Realität fortgeschritten wird. Beschreibungen zu abgeschlossenen Prozessen wie der der Frauenstimmrechts-

⁶⁸ Vgl. den Beitrag von Sascha Liebermann unter: <http://grundeinkommen.tv/?p=64>, Stand: 06.02.2013, ab ca. Min. 5:20.

bewegung oder dem Mauerfall sowie deren vorbereitende Prozesse der Vermittlungen gibt es bereits. Für die Thematik des bedingungslosen Grundeinkommens steht eine solche Analyse noch aus, dessen Lücke diese Arbeit schließen möchte.

3 Pädagogischer Vermittlungsprozess

3.1 Zum Pädagogischen einer Grundeinkommenspädagogik

Die Formulierung „Pädagogische Vermittlung eines neuen Paradigmas“ als Untertitel dieser Arbeit zielt auf die Bestimmung des Pädagogischen bei der pädagogischen Vermittlung eines neuen Paradigmas wie dem des bedingungslosen Grundeinkommens sowie auf die Frage, was mit Vermittlung denn nun genau gemeint ist. Beide Begriffe und deren problematische Definition werden im Folgenden reflektiert werden müssen. Für diese Reflexion greife ich im Wesentlichen auf die Ausführungen von Paschen (1979, 1988_B, 1997, ders./Wigger 1992) und Schäfer (1978, 1989, 1992_A, 2005) zurück, da sich beide im Fachbereich Allgemeine Erziehungswissenschaften eingehend damit beschäftigt haben. Zunächst wird auf die Begriffe pädagogisch und das Pädagogische eingegangen.

Pädagogisch an sich als Adjektiv ist hier mit Paschen (1997) zu definieren als „Pädagogiken⁶⁹ betreffend“. *Die Pädagogik, so ist festzuhalten, gibt es demnach nicht:*

„Auf die sicherlich nicht nur naive Frage, warum gibt es nicht die eine richtige Pädagogik (die man ja aus dem Besten aller konstituieren könnte) muß die Antwort lauten: Dies gelingt offensichtlich nicht nur empirisch nicht, sondern kann nicht gelingen, weil Pädagogiken sich überhaupt nur kritisch als Alternativen zu anderen konstituieren, und zwar immer aus Anlaß von Defiziten dieser anderen“ (57).

Ähnlich formuliert bereits Brezinka (1978):

„Es gibt also nicht bloß *eine* Pädagogik, oder *die* wissenschaftliche Pädagogik, sondern verschiedene Pädagogiken“ (8, Hervorheb. im Original).

Ein Versuch der Darstellung verschiedener Ansätze, Pädagogiken durchzusetzen, ist z. B. in Reichenbach/Ricken/Koller (2011) nachzuvollziehen.

In dieser Arbeit wird es für wichtig erachtet, grundsätzlich auf die

⁶⁹ Wenn von Pädagogiken gesprochen wird, stellt sich zunächst die Frage, was dann im Unterschied zu Pädagogik(en) Erziehungswissenschaft ist? Ist Erziehungswissenschaft etwa die Wissenschaft von Pädagogiken? Oder ist Erziehungswissenschaft auch ein Teil von Pädagogik(en)? Zum Problem der Wissenschaftlichkeit von Pädagogik und ihrer Abgrenzung zur Erziehungswissenschaft vgl. Brezinka (1978), 1ff.

3.1 Zum Pädagogischen einer Grundeinkommenspädagogik

Problematik der Logik von Erziehungswissenschaft und der Systematisierung von Pädagogik(en) aufmerksam zu machen, um Missverständnissen, die seit jeher in der Begründung von Erziehungswissenschaft und Pädagogiken auftauchen, vorzubeugen. Es besteht hier kein Anspruch, diese wie auch im Folgenden weitere Antinomien aufzulösen. Vielmehr wird davon ausgegangen, diese Problematik auch nicht lösen zu können.

Werden Pädagogiken hier als „Arrangements für Unterricht, [Bildung, MM] und Erziehung“ als „eigentlicher Gegenstand der Erziehungswissenschaft“ (Paschen 1979, 13) verstanden, ist gleichzeitig mit reflektiert, „dass die Erziehungswissenschaft als Wissenschaft immer noch ein wenig hilflos dem Phänomen der wechselnden Pädagogiken gegenübersteht“ und das „eigentliche Problem“ darin besteht, „daß es unmöglich ist, einen wissenschaftlichen Standort zu finden, der sozusagen außerpädagogisch ist und universelle, allgemeine Orientierungen für oder gegen Pädagogiken ermöglicht“ (ebd., 137). Erziehungswissenschaft wird somit immer automatisch durch ihre kritische Auseinandersetzung mit Pädagogiken selbst zu einer Pädagogik, eine Metatheorie der Erziehung, wie sie Wolfgang Brezinka (1978) versucht hat zu formulieren, oder eine Meta-Pädagogik, die dann wissenschaftlich im Sinne einer Erziehungswissenschaft wäre, können als gescheitert gelten, wenn sie den Anspruch des „Meta“ erheben.

„Wir können auch sagen: Es ist unmöglich über Erziehung/Unterricht/Bildung [als Vermittlungen/Mittel für die Prozesse Sozialisation/Lernen/Entwicklung; MM] und ihre Pädagogiken wissenschaftliche oder metatheoretische Aussagen zu machen, die nicht Pädagogiken enthalten“ (Paschen 1979, 138).

Um die Problematik deutlicher zu machen, kann man zwischen drei pädagogischen Entdeckungen (vgl. Paschen 1979, 20f u 24f) unterscheiden:

1. päd. Entdeckung:
die Propagierung der Sophisten, dass Tugend und Wissen lehrbar seien und zur Erziehung und Unterricht führen
2. päd. Entdeckung:
Entdeckung der Pädagogik und dem Problem des Arrangements von Lehre; Unterricht und Erziehung sind nicht mehr selbstverständlich und kritisierbar
3. päd. Entdeckung:
Entdeckung des Pädagogischen, Etablierung der Erziehungswissenschaft mit der Aufgabe der Rekonstruktion des Pädagogischen

Erziehungswissenschaft mit der Aufgabe der Rekonstruktion⁷⁰ des Pädagogischen konstituiert sich somit selbst zu einer Pädagogik. Die Frage nach der Funktion und Aufgabe von Erziehungswissenschaft erscheint damit legitim:

„Man kommt damit zu der Frage, was Wissenschaft überhaupt noch im Stande ist zu leisten, wie es *die* pädagogische Wirklichkeit gar nicht gibt? Wissenschaft ist so gesehen eine Einrichtung, die niemals zu endgültigen Antworten kommt, sondern die das kritische Fragen und die methodischen Antwortversuche in einen endlosen Prozess bringt. Genau deshalb ist Wissenschaft auch kein Ersatz für Religion und Lebenshilfe, sondern der soziale Ort ständiger Selbstkritik. Sie kann dazu *beitragen*, dass sich Wirklichkeitsverständnisse in der Gesellschaft verändern, aber sie ist nicht der Ort, auf dessen Autorität man sich mit zweifelsfreier Sicherheit berufen könnte: Dazu gibt es immer 'zu viele' Paradigmen und die mit der Wissenschaftsentwicklung verbundene Gewissheit ihres Wandels“ (Schäfer 2005, 21f, Hervorheb. im Original).

Auf die Problematik der Empirielosigkeit der Erziehungswissenschaft wie auch auf die im Folgenden kritisierte Macht- und Legitimationsproblematik hat im Übrigen schon Bernfeld (vgl. 2000), bereits 1925 erschienen, aufmerksam gemacht.

Mit der Verdeutlichung des Problems der Abgrenzung und gleichzeitigen Untrennbarkeit von Erziehungswissenschaft und Pädagogiken gelangt man zu der nächsten Problematik, wenn es um eine spezielle Pädagogik wie hier der Grundeinkommenspädagogik geht. Man stößt auf zwei weitere Probleme, denen jede Form von Pädagogik sich stellen muss, und zwar die Legitimationsproblematik und die Wirkungsproblematik⁷¹. Diese beiden Gegenstandsbereiche der Macht-/Legitimations- und Wirkungsproblematik sind nicht zu unterschätzen und machen jeden Pädagogen jederzeit angreifbar, sie müssen deshalb wohl reflektiert werden. Darauf wird mit Bezug auf Schäfer in einem nächsten Schritt eingegangen, zunächst aber noch einmal zurück zum Pädagogischen.

Bei der Vermittlung eines neuen Paradigmas wie dem des bedingungslosen Grundeinkommens ist hier genau zu betrachten, wie der Implemen-

⁷⁰ Zur Bedeutung der Rekonstruktion in seinen vier Bedeutungen Kontrafaktizität („re“ in der Bedeutung von „entgegen“), Ursprünglichkeit („re“ in der Bedeutung von „zurück“), Wiederholung („re“ in der Bedeutung von „wiederum“) und Sorgfalt („re“ in der Bedeutung von „sorgfältig“) vgl. Paschen 1979, 22ff.

⁷¹ Die Legitimationsproblematik betrifft nach Schäfer (2005) den Bereich der **Praktischen Philosophie** mit den Fragen, warum eine moralische Umgangsform gerechtfertigt sein soll und was sie in einer konkreten Situation bedeuten kann, die Wirkungsproblematik behandle Pädagogik wie eine **Technik**, die mit bestimmten Mitteln gewünschte Wirkungen erzielen will (vgl. 12ff).

3.1 Zum Pädagogischen einer Grundeinkommenspädagogik

tationsprozess in die Gesellschaft oder in den gesellschaftlichen Diskurs (bewusst oder unbewusst) *pädagogisch* vor sich geht. Dabei stellt sich nochmals die Frage, was eigentlich „pädagogisch“ heißt und wie der pädagogische Implementationsprozess beschrieben werden kann. Darüber hinaus muss herausgestellt werden, warum gerade das Pädagogische an dem Vermittlungsprozess erkannt sein will und welche Bedeutung es für die Durchsetzung eines neuen Paradigmas hat.

Zunächst ist festzuhalten, dass bei einem Vermittlungsprozess und seinem Erfolg oder Misserfolg unter kausalen Voraussetzungen drei Prozessstadien zu benennen sind. Am Anfang oder vor Beginn des Vermittlungsprozesses steht zunächst die **Intention**, in Abgrenzung vom Bisherigen oder von bisherigen Alternativen neue, weitere und andere Wege aufzuzeigen. Zur Durchsetzung der Intention werden bestimmte **Mittel** angewandt, die dann zu einer gewünschten oder auch ungewünschten **Wirkung** führen. Entscheidend dabei ist, dass pädagogisch (vgl. Paschen 1997, passim) immer „in Abgrenzung zu“ meint und damit einer Defizitprämisse unterliegt. Pädagogisch heißt also immer Kritik seitens der pädagogisch Vermittelnden an von diesen als unzureichend empfundenen bisherigen Zuständen, die ergänzt, abgeschafft oder verbessert werden sollen.

Das Pädagogische bei einem pädagogischen Vermittlungsprozess konstituiert sich also immer in Differenz zu anderen, bisherigen, als unzureichend, mangelhaft oder für überflüssig gehaltenen Alternativen. Das Defizit des Anderen macht das Pädagogische im Neuen sozusagen erst möglich. Pädagogisch meint hier auch gleichzeitig immer auf eine Pädagogik bezogen, in dieser Arbeit also die Grundeinkommenspädagogik. Unterricht, Erziehung und Bildung als die drei Mittel der entsprechenden Prozesse des Lernens, der Sozialisation und der Entwicklung stehen niemals für sich allein, sondern konstituieren sich erst durch eine „spezifische Pädagogik“ (ebd., 7), in diesem Fall der Grundeinkommenspädagogik.

Um den historischen Vermittlungsprozess rund um das bedingungslose Grundeinkommen besser einordnen zu können, ist es sinnvoll, sich die pädagogische Systematik (vgl. Paschen 1997, passim) von Pädagogiken zu vergegenwärtigen. So kann in diesem Zusammenhang durchaus von einer Grundeinkommenspädagogik gesprochen werden, die ihren Fokus hauptsächlich auf den Sozialisationsprozess richtet, auch wenn es bestimmte pädagogische Vermittlungsstrategien zu geben scheint, die ihren Fokus auf den Prozess der Entwicklung richten. Ihr Skopus⁷² ist

⁷² Zu den „Eigenschaften von Pädagogiken“ Fokus und Skopus siehe Paschen 1979,

die Maxime der französischen Revolution: Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit.

Die Grundeinkommenspädagogik als Sozialisationspädagogik konstituiert sich wie jede andere Pädagogik durch ihre Differenz. Sie kritisiert ihrerseits nicht nur die von ihr als mangelhaft und überholt eingestuftes Verhältnisse und Zustände, sondern wird selbst heftig kritisiert, daraus entsteht ihre Dynamik.

3.2 Legitimations- und Wirkungsproblematik des Pädagogischen

Jeder Pädagoge, der in pädagogische Vermittlungen und Handlungen verstrickt ist, kann jederzeit mit der Frage konfrontiert werden, woher er sich das Recht nimmt, pädagogisch tätig zu werden. Dies kann in unterschiedlichen pädagogischen Handlungsfeldern unterschiedlich stark hervortreten. Das Problem von Macht und Legitimation wird am stärksten deutlich bei der Betrachtung des klassischen Lehrer-Schüler-Verhältnisses in der Institution Schule. Die Grundproblematik in der Schule liegt darin begründet, dass es ein Machtgefälle zwischen Lehrer und Schüler gibt. Der Schüler als Mensch, der in der nachkantischen Tradition als frei und selbstbestimmt gelten muss, ist bestimmten Zwangsmechanismen unterworfen. (Intrinsische) Motivation in einer prinzipiell struktureller Gewalt (Galtung) unterworfenen Institution wie der Schule muss aufgrund des Zwangs Schäfer zufolge weichen:

„Ist das Problem der Motivation strukturell bedingt unlösbar, so müssen 'Normen, 'verinnerlichte' Zwänge wie Disziplin, Unterordnung, Pünktlichkeit, Sparsamkeit [...] als 'externe Stabilisatoren' einspringen'⁷³. Angst wird zum funktionalen Äquivalent für Motivation“ (Schäfer 1978, 164f).

Ging Pädagogik im Anschluss an Kant und der Aufklärung von der prinzipiellen Autonomie des Subjekts aus („*selbst verschuldete* Unmündigkeit“), steht sie seitdem zwei grundlegenden Problemen gegenüber:

„Kants Perspektive, zur Freiheit in Vernunft über die Ausübung gesellschaftlichen Anpassungsdrucks zu gelangen, führte in eine doppelte Paradoxie. Einerseits lässt sich nicht vorstellen, wie Autonomie durch Fremdeinwirkung zustande kommen soll, da

29ff, beispielhaft dargestellt anhand der Waldorf- und Laborschulpädagogik, vgl. auch Paschen 1997, 55f.

⁷³ Schäfer zitiert hier aus Krovoza, Alfred (1976): Produktion und Sozialisation, Frankfurt am Main, 160.

3.2 Legitimations- und Wirkungsproblematik des Pädagogischen

sie dann ja keine Autonomie mehr ist; andererseits ist der Erzieher, der sich als vernünftiges Subjekt verhalten soll, gezwungen, dem Kind diese Anerkennung zu verwehren, womit sein Handeln unmoralisch wird. Würde er das Kind als vernünftiges Subjekt anerkennen, was moralisch geboten wäre, so wäre Erziehung nicht mehr erforderlich“ (Schäfer 2005, 126).

Entziehe sich die Romantik á la Rousseau, in der der Pädagoge vom Kinde aus als „Naturmacht“, „Naturgesetz“ oder als „göttliche Autorität“ bedingungslos akzeptiert wird, dieser Paradoxie scheinbar (vgl. ebd. 10 u 126f), so habe Pädagogik seitdem ein erhebliches Problem, sich zu rechtfertigen, so Schäfer:

„Man könnte nun [...] der Meinung sein, dass diese Schwierigkeiten damit zu tun haben, dass die Pädagogik etwas will, was sie nicht kann und auch nicht wollen darf: die Beförderung eines autonomen Subjekts, das in sich selbst, in seiner Identität oder Vernunft seine eigene Grundlage findet. Die moderne Vorstellung eines autonomen Subjekts und diejenige von Pädagogik scheint sich auszuschließen, obwohl doch die moderne Vorstellung von Pädagogik kaum jenseits der Vorstellung einer Erziehung zur Autonomie möglich zu sein scheint. Sollte eine solche Erziehung zur Autonomie jedoch nur eine paradoxe Vorstellung, nicht möglich oder eine bloße Illusion sein, so könnte man dazu neigen, sich zu fragen, wozu man dann noch Pädagogik brauche. Dann ginge es doch nur noch um Anpassung. Die Vorstellung von Autonomie scheint diejenige von Erziehung notwendig zu machen und zugleich auszuschließen. Der Mensch kann nur 'Mensch' werden durch Erziehung, aber mit Erziehung wird das zugleich verhindert.

Man ist daher versucht zu fragen, ob es eine Erziehung, die sich unter Maßgabe einer Beförderung autonomer Subjektivität versteht, überhaupt geben kann, ob man sie sich als Wirklichkeit überhaupt vorstellen kann. Aber es hilft auch nicht weiter, die Pädagogik auf eine bloße Reflexionsform, auf eine bloße Konstruktion zu reduzieren: Etwa wenn man sagt, dass es in der Pädagogik darum gehe, eine gegebene Wirklichkeit nur unter bestimmten Kriterien zu betrachten – so als ob die Wirklichkeit der Erziehung selbst unproblematisch sei. Pädagogik würde dann nur als Nachdenken über die Wirklichkeit betrachtet, das sich an bestimmten Qualitätsmaßstäben orientiert, die eben jene Probleme der Paradoxie einer Erziehung zur Autonomie produzieren“ (ebd., 128f).

Die pädagogische Wirklichkeit gibt es demnach so wenig wie die Pädagogik. Schäfer schlägt daher vor, die pädagogische Wirklichkeit als eine imaginäre, vorgestellte erscheinen zu lassen, die kein Fantasiegebilde sei, sondern ein Horizont, „vor dem sich die Auseinandersetzung um die 'Wirklichkeit' der Erziehung abspielt, vor dem Erwartungen formuliert, Begründungen akzeptiert und Rechtfertigungen abgelehnt werden können“ (ebd., 129).

Die zweite Problematik pädagogischer Wirksamkeit ist ebenfalls nicht zu unterschätzen. Dass eine pädagogische Intention zu einer bestimmten Wirkung führt, diese Behauptung ist im Alltagsverständnis⁷⁴ von

⁷⁴ Auch im Alltagsverständnis lassen sich häufig Ursache-Wirkungs-Prinzipien wie-

Pädagogik weit verbreitet. Warum eine Kurvendiskussion in Mathematik durchgeführt wird, erscheint für manchen Schüler lebensfern, wird aber unter anderem damit begründet, dass es das Problemlösungsverhalten der Schüler fördere. So ließe sich jede Intention mit einer scheinbaren Wirkung begründen. Jedoch ist doch nicht nachzuweisen, dass der viel gelobte Gruppenunterricht auch definitiv zu einem sozialen Verhalten beitrage, man könnte jederzeit behaupten, dass er genau den gegenteiligen Effekt erziele. Das Problem der pädagogischen Wirksamkeit lässt sich auch hier am deutlichsten am klassischen Lehrer-Schüler-Verhältnis verdeutlichen. Schäfer (2005) zufolge sind Behauptungen, man kläre über einen Sachverhalt auf und bringe auch noch pädagogische Absichten mit dem angestrebten Ziel von „Eigeninitiative, Selbstverantwortung, konstruktives Sozialverhalten, Bildung der eigenen Urteilsfähigkeit u.ä.“ (147) ins Spiel, „billig zu haben“, wenn ein Nachweis über die konkreten Handlungen nicht erfolgen muss (vgl. ebd., 138).

„Referendare in der zweiten Phase der Lehrerausbildung wissen davon ein Lied zu singen: Was sie alles an pädagogisch Wertvollem unter vollständiger Kontrolle in 45 Minuten erreichen sollen, ist, wenn man ihren Unterrichtsentwürfen folgt, atemberaubend. Und diese Entwürfe werden nicht nur nach Erreichung der 'Unterrichtsziele' beurteilt, sondern auch nach jener pädagogischen Kompetenz, die Ziele und damit die eigenen Absichten pädagogisch begründen kann, also nach der Fähigkeit, solche Absichten im Rahmen einer pädagogischen Rhetorik zu begründen, die eben nicht zuletzt von den Referendaren selbst als 'freischwebend' erlebt wird“ (ebd., 147).

Pädagogische Absichten oder Intentionen ließen sich viele ausdenken, problematisch werde es dann, wenn man bestimmte Wirkungen und Charaktermerkmale nach einer abgelaufenen Zeit auch darauf eins zu eins zurückführen will.

„Es wurde bereits festgestellt, dass es kaum möglich sein dürfte, bestimmte Charaktermerkmale auf einzelne pädagogische Handlungen zurückzuführen. Damit aber lässt sich die Wirkung der einzelnen Handlung gemessen an diesem allgemeinen Ziel überhaupt nicht feststellen. Man kann allenfalls *behaupten*, dass sie einen sinnvollen Beitrag zur Erreichung des Zieles darstellt. Man kann aber auch behaupten, dass sie das nicht tut. Man kann das auch so formulieren: Die Verbindung der einzelnen pädagogischen Handlung zum Ziel der Formung des Charakters des Kindes erscheint – gerade wenn man ihre Wirkung als ein Kriterium für ihre Identifikation *als* pädagogische

derfinden. So ist man mit Ursachenerklärungen z. B. für den Amoklauf eines Schülers schnell zur Stelle: Der Schüler war nun mal ein Einzelgänger, wurde von seinen Mitschülern ausgegrenzt, kam aus einem gewalttätigen Elternhaus und hat seine Freizeit mit Ego-Shootern verbracht. Dass diese negativen Dispositionen dann genau zu dem Amoklauf führen mussten, lässt sich empirisch niemals belegen, es können auch immer andere Ursachen dazu geführt haben. Vielmehr ließe sich beobachten und feststellen, dass die Mehrheit der Schüler, die unter ebensolchen Dispositionen aufgewachsen sind, nicht Amok läuft.

3.2 Legitimations- und Wirkungsproblematik des Pädagogischen

Handlung annimmt – als zufällige“ (ebd., 143, Hervorheb. im Original).

Nehme man diese Problematik der Wirkung pädagogischer Intentionen ernst, so Schäfer, erledige sich das Legitimationsproblem zunächst scheinbar von selbst:

„Die Problematik einer moralischen Rechtfertigung des Eingriffs in die Selbstbestimmung eines anderen Menschen, um diesen zur 'wahren Selbstbestimmung' zu führen, scheint sich von selbst zu erledigen, wenn solche Eingriffe ohnehin keine feststellbare Wirkung haben. Das könnte man zunächst als Erleichterung verstehen, weil doch damit die ausgezeichnete Verantwortlichkeit für alles, was aus dem Kind wird, infrage steht. Zugleich aber ist eben auch die Frage der Legitimität von Fremdeinwirkung insofern betroffen, als man gehofft haben könnte, eine Legitimation pädagogischen Handelns durch das empirische Vorliegen einer gerechtfertigten Absicht oder das Erreichen des Ziels (etwa der Selbstbestimmung nach der Fremdbestimmung) wenigstens abstützen zu können. Denn diese Legitimation ist hinsichtlich einer beanspruchten Charakterformung des Kindes ebenso drängend wie bezogen auf die im Anschluss an Kant diskutierte Autonomie“ (ebd., 145).

Schäfer folgert aus dem Gesagten, dass *die* pädagogische Wirklichkeit nur eine sein kann, die imaginär vorstellbar ist. Pädagogische Handlungen seien nicht einfach in „alltäglich selbstverständliche Raster“ einzuordnen. Was unter pädagogischer Wirklichkeit zu verstehen sei, bleibe eben problematisch:

„Ohne den Bezug auf einen (beabsichtigten oder bewirkten) Prozess der Ermöglichung von Dispositionen oder Persönlichkeitsmerkmalen lässt sich der pädagogische Sinn wohl kaum angeben. Aber die Begründung der Wirklichkeit dieses Prozesses kann kaum über empirisch konstante Motive, also die pädagogische Absicht angegeben werden. Sie kann aber auch ebenso wenig an empirisch eindeutig identifizierbaren und der Erziehung zurechenbaren Wirkungen festgemacht werden. Dennoch lässt sich jenseits solcher Vorstellungen kaum in einem neuzeitlichen Sinne von 'Erziehung' sprechen. Hält man trotz all dieser Widrigkeiten an der Vorstellung einer 'Erziehungswirklichkeit' fest, handelt man sich – wie zuletzt noch einmal deutlich wurde – zusätzlich noch ein unlösbares Rechtfertigungsproblem ein: dasjenige einer möglichen Fremdbestimmung im Namen der Selbstbestimmung“ (ebd., 146).

In diesen Überlegungen zum Pädagogischen wird es für sehr wichtig erachtet, sich diesen Problemen der pädagogischen Paradoxien zu stellen, da gemeinhin weit verbreitet davon ausgegangen wird, sie seien auflösbar oder nicht beachtenswert, oder aber sie bleiben gänzlich unreflektiert. Das, was Pädagogen und pädagogischer Vermittlung nun bleibt ist somit eine Besinnung auf das Unmögliche, was niemals zu verifizieren ist.

Für den Umgang mit diesen Problematiken und dem pädagogisch hohen Anspruch, trotz der Erkenntnis, dass das pädagogische Fundament pädagogischer Handlungen und Vermittlungen nun weggebrochen zu sein scheint, soll hier versucht werden, an einer pädagogischen Handlungsfähigkeit festzuhalten, die sich mit Schäfer auf zwei Interpretationsmöglichkeiten stützen: „die freischwebende Rhetorik“ und „die Selbst- oder auch Fremdverpflichtung auf das Unmögliche“ (vgl. Schäfer 2005, 147ff).

3.3 Pädagogische Interpretationsmöglichkeiten des Pädagogischen

3.3.1 Die freischwebende Rhetorik

Würde die pädagogische Vermittlung und Handlung als völlig kontingent angenommen, so könnte man zu Recht hinterfragen, wozu Pädagogik dann überhaupt noch gebraucht würde. Würde man als Pädagoge keine Wirkung seiner pädagogischen Vermittlung und Handlung annehmen, bliebe der pädagogische Sinn auf der Strecke. Die angenommene pädagogische Wirkung bliebe hypothetisch, die pädagogische Legitimation bliebe eine vage. Worum kann es nun also noch gehen, wenn das Pädagogische derart erschüttert zu sein scheint?

„Wenn es aber nicht um die Aufhebung des Risikoscharakters pädagogischen Handelns gehen kann, so nur darum, daß Wirkungshypothesen **argumentativ** einsichtig gemacht werden, daß Wirkungen als Perspektive sinnvoll angenommen werden können und daß gute Gründe dafür sprechen, daß ihr Eintreten zumindest nicht unwahrscheinlich ist“ (Schäfer 1989, 70, Hervorheb. MM).

Mit der freischwebenden Rhetorik beschreibt Schäfer (2005) eine Umgangsform mit pädagogischer Realität, um pädagogische Handlungen zu begründen und zu rechtfertigen, und zwar vor dem Hintergrund, die pädagogische Realität als eine imaginäre zu begreifen und „idealisierte Vorstellungen“ des Pädagogischen einzusetzen (vgl. 147). Schäfer ist hier so zu verstehen, dass die Reflexion darauf, dass eine pädagogische Absicht zu einer bestimmten pädagogischen Wirkung führe, immer vor dem Hintergrund erfolgen muss, dass dieser pädagogische Prozess (von der Absicht zur Wirkung) nur eine imaginierte Wirklichkeit und niemals *die* pädagogische Wirklichkeit an sich sein kann.

„Wenn es stimmt, dass sich 'pädagogische Wirklichkeiten' nicht jenseits imaginärer Bezugspunkte identifizieren lassen, dann wird der Bezug zu einer intersubjektiv und methodisch nachprüfaren Wirklichkeit problematisch. Die Bezugnahme auf eine solche Wirklichkeit wird ja gerade durch Sinnbestimmungen hergestellt, die an nicht überprüfaren Prozess-Behauptungen hängen“ (ebd.).⁷⁵

⁷⁵ Zu relativieren ist an dieser Stelle die Position Schäfers dahin gehend, dass er bei seinen Ausführungen offensichtlich nur an die konkreten Bildungs- und Erziehungsprozesse auf individueller Ebene, also an die konkreten einzelnen Adressaten dieser Prozesse denkt. Zu ergänzen wäre hier, dass auf der kollektiven bzw. syste-

3.3 Pädagogische Interpretationsmöglichkeiten des Pädagogischen

Aus einer solchen Interpretation des Pädagogischen heraus könnten beliebig viele pädagogische Intentionen und behauptete Wirkungen konstituiert werden (z. B. Gruppenunterricht, damit Sozialverhalten oder Demokratieverständnis gefördert werden, vgl. ebd.). Auch wenn dies zynisch klinge, so Schäfer, so zeige es aber,

„dass es Leute gibt, die die pädagogische Sache ernst nehmen, die die moderne Hoffnung auf die Erziehung auch als Anspruch an sich selbst formulieren. Auch wenn sie damit etwas Unmögliches wollen, so wollen sie es doch zumindest versuchen und messen sich an diesem Anspruch“ (ebd., 148).

Gemeinhin werden im pädagogischen Alltag solche Reflexionen nicht angestellt, im Gegenteil, wie an der Lehrerbildung und ihren Unterrichtsentwürfen zu sehen ist⁷⁶, wird zu Beginn einer Schulstunde ein Ziel formuliert (Absicht), welches die Schüler am Ende der Stunde erreicht haben sollen (Wirkung). Damit wird so getan, als gäbe es diese pädagogische Wirklichkeit an sich. Dieser Scheinumfang mit der Problematik des Pädagogischen sowie des zusätzlich empfundenen hohen Machtgefälles zwischen Ausbildern und Referendaren, so hier angenommen, führen nicht selten zum Leid vor allem in der zweiten Hälfte der Lehrerbildung. Die vorgeschlagene „freischwebende Rhetorik“ von Schäfer ist eine alternative „Umgangsform mit dem Problem der 'pädagogischen Wirklichkeit'“ (ebd. 147), die sich der Problematik des Pädagogischen vergewissert.

3.3.2 Selbst- oder Fremdverpflichtung auf das Unmögliche

Schäfer geht davon aus, dass wir im Rahmen des modernen Subjektbegriffs als Menschen für uns selbst verantwortlich sind. Autonom bedeutet, dass ich mich als Subjekt in der Gesellschaft trotz aller gesellschaftlichen Systemzwänge und Widrigkeiten etablieren kann. Konnte Rousseau in der Fiktion des Emile eben diese Autonomie jenseits gesellschaftlicher Einflüsse voll entfalten und bedurfte durch die als „göttlich“ betrachtete bedingungslos akzeptierte pädagogische Autorität nicht einmal einer Legitimation pädagogischer Vermittlung, so können wir als

mischen Ebene die Auswirkungen von Bildungs- und Erziehungsprozessen, wie dies etwa bei den sog. PISA-Studien der Fall ist, durchaus empirisch belegbare Auswirkungen ausfindig gemacht werden können. Der in diesen Studien vorgenommene Vergleich von internationalen Bildungs- und Erziehungsmaßnahmen manifestiert empirisch die Differenz der systemischen Auswirkungen.

⁷⁶ Durch das Lehramtsstudium der Sonderpädagogik mit sehr hohem Praxisanteil sind mir diese Abläufe hinlänglich bekannt.

Menschen uns der Gesellschaft und seinen Einflüssen nicht entziehen. Zumindest für die Annahme einer Ermöglichung von Autonomieentwicklung seien Pädagogen diejenigen, so Schäfer, die die Sache doch sehr ernst nehmen.

„Eine solche Selbst- bzw. auch Fremdverpflichtung auf die Ermöglichung einer schon in sich paradoxen Autonomievorstellung ist kein Spiel. Hier geht es um hohe Ansprüche an sich selbst wie an andere, um Selbst- und auch Fremdverpflichtungen, trotz aller erdenklicher Widrigkeiten an der Möglichkeit pädagogischer Einflüsse festzuhalten“ (ebd., 149).

Solche hohen Ansprüche, so Schäfer, würden ja gerade von Pädagogen erwartet, auch wenn viele immer wieder daran scheiterten. Strukturelle Faktoren wie große Klassen oder Zeitdruck sind hier dabei noch gar nicht angesprochen. Kritisch zu überdenken ist in diesem Zusammenhang auch das Burn-out-Syndrom des Lehrers in der Institution der Schule, wo sich die hier beschriebenen Paradoxien wohl am intensivsten zeigen dürften. Dass Pädagogen häufig in der Praxis scheitern und ihre Resignation dann zu Leid führe, so Schäfer, würde dann oft den Institutionen wie z. B. der Schule zugeschrieben. Man könne jedoch, so Schäfer, dieses Scheitern auch zurückführen auf eben jene „Selbstverpflichtung auf eine paradoxe Aufgabenstellung“ (vgl. ebd.).

Mit Schäfer seien die hier von ihm formulierten beiden pädagogischen Interpretationsmöglichkeiten bzw. Umgangsformen noch einmal zusammengefasst:

„Die imaginären Bezugspunkte dessen, was 'pädagogische Wirklichkeit' heißen soll, die als gut behauptete 'Generalabsicht' und die als 'wirklich' behaupteten Wirkungen sowie deren Rechtfertigungsdilemma: eine in sich gründende Subjektivität durch Fremdbestimmung hervorbringen zu wollen, lassen beides zu: eine 'freischwebende Rhetorik', die strategisch mit 'ungedeckten Schecks' arbeitet in der Gewissheit, dass es keine Instanz gibt, die das 'wirklich' nachprüfen kann; und eine ernsthafte Hoffnung auf die Selbstansprüche der Moderne, für die man sehr viel zu geben bereit ist und an der man gegen offensichtliche Widerstände festhalten will“ (ebd.).

3.4 Fazit

Die vorherigen Überlegungen liegen darin begründet, die Probleme bei der Definition des Pädagogischen aufzuzeigen. Es wird hier für sehr wichtig erachtet, sich diesen Problemen offen zu stellen, so unangenehm diese Auseinandersetzung damit auch ist.

„Pädagogisch und für Pädagogen sind diese Schwierigkeiten insofern störend, weil sie die pädagogische Orientierung so erschweren. Wir können auch sagen, das Pädagogische in den verschiedenen Ansätzen ist verwirrt. Während wir die verschiedenen Einsichten, Argumente und Fragestellungen von Pädagogen oder erziehungswissenschaftlichen Positionen als wertvolle Beiträge schätzen können, besteht eine tiefe Unklarheit über ihren pädagogischen Stellenwert. Das Pädagogische ist das Unbekannte“ (Paschen 1979, 33).

3.5 Pädagogischer Vermittlungsprozess

Die so sehr wünschenswerte Auflösung der pädagogischen Paradoxien „einer Pädagogik, die vor dem Hintergrund der neuzeitlichen Subjektvorstellung gegen sich selbst argumentieren muss“ (Schäfer 2005, 126f) sind mit Schäfer als „kaum gelungen“ (ebd.) zu beschreiben.

Somit sollte hier einerseits deutlich werden, dass eine deutliche Abgrenzung von Erziehungswissenschaft und Pädagogik nicht ohne Weiteres zu bewerkstelligen ist und andererseits eine Besinnung auf die pädagogische Wirklichkeit mit den Problemen der pädagogischen Legitimität und der pädagogischen Wirksamkeit erfolgen muss, wenn man sich dem Phänomen des Pädagogischen annähern will. Entscheidendes Element des Pädagogischen ist, das es der Defizitprämisse unterliegt, pädagogisch meint also immer in Abgrenzung zu anderen Pädagogiken. Auch eine Grundeinkommenspädagogik entsteht also durch ihre Differenz. Sie konstituiert sich, wie jede andere Pädagogik auch, durch ihre Kritik differenter Pädagogiken. Bis hierher ist versucht worden, sich dem Pädagogischen anzunähern. Im Folgenden wird sich nun der pädagogischen Vermittlung zugewandt.

3.5 Pädagogischer Vermittlungsprozess

Oben ist herausgearbeitet worden, dass Vermittlungsprozesse sich auch als in den drei Stadien der Intention, der Mittel und der Wirkung darstellen lassen. Die Intention der Grundeinkommenspädagogik besteht vor allem darin, einen Bewusstseinswandel in der Bevölkerung zu forcieren, mit dem (Fern-) Ziel, einen Paradigmenwechsel hinsichtlich des Sozialstaats und der Arbeitsmarktpolitik zu erreichen. Die Problematik einer rein kausalen Betrachtung von pädagogischen Wirkungen wurde bereits diskutiert. Nach Paschen müssen zudem *kausale Wirkungen* von *Wirkungen durch Information* klar unterschieden werden (vgl. Paschen 1988_B, 423). Dass die Grundeinkommensbewegungen und ihre Pädagogiken offensichtlich auch Wirkung zeigen, ist an der zunehmenden Verbreitung dieser Ideen in der Gesellschaft zu erahnen. Nach der Studie von Schneider (2010) ist die „Idee eines Grundeinkommens, Bürgergeldes oder einer Mindestsicherung [...] 50% der Deutschen bekannt. 75% davon kennen das Bedingungslose Grundeinkommen“ (vgl. 5). Pädagogik als Technik im Sinne von einer Absicht, die zu einer bestimmten Wirkung führt, bleibt jedoch grundsätzlich problematisch und ist empirisch niemals zu beweisen. Dennoch ist festzustellen, dass der Implementationsprozess des Themas des bedingungslosen Grundeinkommens fortgeschritten ist und als ein neuer Paradigmaanwärter in Erscheinung tritt. Es scheint also eine Wirkung eingesetzt zu haben, für die man das Pädagogische in der Vermittlung, in Bezug zu Schäfer, „argumentativ einsichtig“ machen und sie als eine Perspektive als „sinnvoll

annehmen“ kann. Von der Pädagogik im Allgemeinen übertragen auf die spezielle Grundeinkommenspädagogik ist mit Schäfer hier anzunehmen, dass „gute Gründe dafür sprechen“, dass die gesellschaftliche (Aus-) Wirkung der pädagogischen Grundeinkommenspädagogik „zumindest nicht unwahrscheinlich ist“.

Das Hauptaugenmerk neben der Intention und Wirkung beim Vermittlungsprozess wird hier also auf die Mittel fallen, mit deren Hilfe die Intention zu einer angenommenen, „imaginierten“ Wirklichkeit führt. Was ist nun unter Mittel zu verstehen? Vorweggenommen werden kann an dieser Stelle schon, dass es bei der pädagogischen Vermittlung vor allem um die Betrachtung des pädagogischen Argumentierens geht, die pädagogischen Vermittlungen werden also auf ihren pädagogisch argumentativen Gehalt geprüft. Es wird also versucht, die innerhalb der historischen Entwicklung verwendeten Argumente darzulegen.

Unter pädagogischen Mitteln werden hier „pädagogisierte Modi menschlicher Tätigkeiten“ (Paschen 1997, 34) sowie die eingesetzten Medien „als spezialisierte Instrumente dieser Tätigkeitsmodi“ (ebd.) verstanden. Alle praktischen pädagogischen Methoden (Methodik) sind letztendlich auch Mittel, werden jedoch von den Tätigkeitsmodi und Instrumenten oder Werkzeugen unterschieden:

„Wie Fortbewegungsmittel (Fuß, Rad, Auto) ihre entsprechenden Wege formen (und diese dann Landschaften, wie umgekehrt) aber nicht mit ihnen identisch sind, so können auch Mittel und Methoden im Pädagogischen gedacht werden. In einem weiteren Sinne sind nicht nur Methoden, sondern alle Pädagogiken Mittel“ (ebd., 41).

Damit entsteht noch mal die Fragestellung, was das Pädagogische an den Mitteln meint?

„Verstehen wir den Ausdruck 'pädagogisch' als Erziehung, Unterricht, Bildung [als Vermittlungen der Prozesse Sozialisation, Lernen und Entwicklung, MM] betreffend, so rührt ihre Wirkung aus wenigen, eigentlich selbstverständlichen Phänomenen: Als Modi erwachsenen Weltumgangs erscheinen sie auch Kindern und älteren Adressaten als vertraut, legitimiert und nachahmenswert. [...] Verstehen wir 'pädagogisch' dagegen im Sinne von 'auf Pädagogiken bezogen', dann wirken Mittel unter anderem durch ihre Differenz, in einer Art Kontrastwirkung“ (ebd. 34f).

Unter Medien werden hier alle Instrumente verstanden, mit deren Hilfe die Vermittlungen stattfinden, also Literatur, Presse, Radio, Fernsehen, Internet, Vorträge usw. Wenn von Vermittlungen gesprochen wird, sind hier damit ganz allgemein Unterricht, Erziehung und Bildung gemeint, die die Prozesse des Lernens, der Sozialisation und der Entwicklung steuern. Für die Vermittlungen des Unterrichts, der Erziehung und der Entwicklung bildet in diesem Fall die Grundeinkommenspädagogik ihr Arrangement (vgl. Paschen 1997, 33f). Wenn wie oben beschrieben nicht nur die Legitimation einer Pädagogik in Frage steht, sondern vor allem auch ihre Wirkungen unmessbar erscheinen, dann stellt sich die Frage, was bleibt dann noch zu untersuchen? Was macht also noch Sinn? Sinn-

3.6 Probleme einer Argumentationsanalyse in der Erziehungswissenschaft

voll erscheinen Vermittlungen dann zu sein, wenn sie plausibel sind. Jede Pädagogik will überzeugen und zeigen, dass sie das kritisierte Defizitäre anderer Pädagogiken, besser, anders, wirkungsvoller beheben kann. Will sie sich etablieren muss sie ihre Anliegen also plausibel machen. Ob die Grundeinkommenspädagogik plausibel ist, lässt sich aber nur anhand ihrer Argumentationen nachvollziehen. Daher liegt der Sinn der Analyse darin, die Argumente herauszufiltern. Wie argumentieren die Vertreter einer Grundeinkommenspädagogik? Auf diesen pädagogischen Vermittlungsprozess bezogen wird in dieser Arbeit versucht, anhand einer historischen Linie von Stellvertretern und Vorreitern der Grundeinkommensidee ihre Argumente herauszukristallisieren. Die Untersuchung und Herausarbeitung der Argumentationen und ihrer einzelnen Argumente dient dazu, den Vermittlungsprozess in eine Bewusstseinssebene zu heben. Argumentationen und Debatten verlaufen häufig unreflektiert, die verschiedenen Argumente stehen unsystematisch und unstrukturiert nebeneinander und werden in der Regel als konkrete Argumente nicht als solche benannt. Somit entsteht in dieser Arbeit erstmals eine Argumente-Topik hinsichtlich des Vermittlungsprozesses der Grundeinkommensidee.

Bevor die Methodik der Argumentationsanalyse im folgenden Kapitel dargestellt wird, werden die Probleme, die erziehungswissenschaftlich damit verbunden sind, an dieser Stelle vorangestellt.

3.6 Probleme einer Argumentationsanalyse in der Erziehungswissenschaft

Im Gegensatz zur Linguistik und Rechtswissenschaft steckt die Entwicklung einer umfassenden Argumentationsanalyse in der Erziehungswissenschaft noch in den Kinderschuhen. Die ersten Versuche einer erziehungswissenschaftlichen Systematisierung von pädagogischen Argumentationen finden sich bei Paschen (1988), Paschen/Wigger (1992) sowie einer speziellen Analyse von Argumentationen frühkindlicher Erziehung bei Mietz (1990). Pädagogisches Wissen oder pädagogische Wissensbestände sind zum einen heteronom, d. h. sie konstituieren sich aus immer schon anderen bestehenden Wissensbeständen. Zum anderen sind sie heterogen, d. h. sie erzeugen immer auch Wirkungen, die der ursprünglichen Intention nicht entsprechen. Auf die Probleme, die bei der Systematisierung von pädagogischen Argumentationen als empirische Fundierung der Disziplin der Erziehungswissenschaft auftauchen, hat Schäfer (1992_A) hingewiesen. Schäfer kritisiert Paschens methodischen Ansatz der Argumentationstheorie vor dem Hintergrund eines Anspruchs der Erziehungswissenschaft als praktische Wissenschaft, sie unterlaufe jene Punkte, die sie selbst kritisiere und ver falle

somit ihrer eigenen Kritik (vgl. ebd.). Allerdings gibt Schäfer (1989) zu, dass Wirkungshypothesen nur „argumentativ einsichtig gemacht werden“ können (vgl. 70). Er kann sich als Alternative zu Paschens Ansatz vorstellen, „die Struktur eines pädagogischen Arguments, die Erzeugung von Wirklichkeits- und Wirkungsmöglichkeiten als 'pädagogische' zu untersuchen“ (Schäfer 1992_A, 386).

Ungeachtet dieses Methodenstreits werden in dieser Arbeit die bei dem pädagogischen Vermittlungsprozess des neuen Paradigmas des bedingungslosen Grundeinkommens in der historischen Entwicklung aufgefundenen Argumente erstmals in einer Topik zusammengefasst. Es wird hier hypothetisch angenommen, dass die Vermittlungen Wirkungen zeigen, und noch einmal mit Schäfer (1989) formuliert, „daß Wirkungen als Perspektive sinnvoll angenommen werden können und daß gute Gründe dafür sprechen, daß ihr Eintreten zumindest nicht unwahrscheinlich ist“ (70).

Die Methode der Argumentationsanalyse wird im folgenden Kapitel explizit dargestellt, bezogen auf den in diesem Kapitel bearbeiteten pädagogischen Vermittlungsprozess wird das pädagogische Argumentieren als zentraler Bestandteil angesehen.

4 Methodik

Die in dieser Arbeit verwendete Methode ist eine hermeneutisch-heuristische und lehnt sich an das Verfahren der Argumentationsanalyse an. Obwohl die Argumentationsanalyse in der Erziehungswissenschaft noch relativ jung ist (vgl. Mietz 1990, 1, 11f u 35; Paschen 1988, VII, Tenorth 1992, 357) und sich in eine Makro- und Mikroanalyse aufgliedert, wird hier auf Elemente daraus zurückgegriffen, auch wenn eine detaillierte Mikroanalyse wie z. B. bei Mietz (1990)⁷⁷ in diesem Rahmen nicht erfolgen kann. Die Argumentationsanalyse als erziehungswissenschaftliche Forschungsmethode ist erst jüngst in das Handbuch der qualitativen Forschungsmethoden in der Erziehungswissenschaft mit aufgenommen worden (vgl. Wigger 2010). Die wissenschaftliche Argumentationsanalyse sei danach „unumgänglich ein interpretatives Verfahren“, welche im Unterschied zur literarischen Textinterpretation „auf die systematische und methodisch kontrollierte Identifizierung und Analyse von Textelementen und entsprechend gestützte Aussagen zum Text“ ziele (ebd. 359).

Wenn es um die Vermittlung eines neuen Paradigmas wie dem des bedingungslosen Grundeinkommens geht, wird ein Hauptfokus sich also auf die Argumentationen der ausgewählten Vertreter richten müssen, da sie letztlich dazu dienen, den Sachverhalt plausibel zu machen und somit zu Überzeugungen zu führen. Aus erziehungswissenschaftlicher Perspektive bei der Betrachtung derartiger Vermittlungsprozesse können die Kontrolle und Disziplinierung „heterogener Wissensbestände“ (Paschen 1991_A) problematisch sein, jedoch kann festgehalten werden, dass bei der Betrachtung von Diskursen immer

„der Anspruch erhoben [wird], argumentativ überzeugen zu wollen. Und diese Begründungsform finden wir bereits am historischen zugeschriebenen Beginn der Pädagogik, bei den Sophisten. Sowohl sie wie ihre zeitgenössischen Gegner begründeten Pädagogik in und durch dialogische(r) Argumentation. Ihr epistemologischer Gegenstand ist bis heute die 'Erörterung', d.h. Argumentative Diskussion von Topoi“ (ebd., 320).

Auf die Topoi wird etwas später eingegangen und hier zunächst versucht, den Begriffen Argumentation und Argument näher zu kommen.

⁷⁷ Mietz versteht ihre Arbeit als Baustein für das Forschungsprojekt „Bielefelder Katalog pädagogischer Argumente“ und will durch ihre Analyse am Beispiel der kognitiven Frühförderung nicht nur die pädagogischen Argumente hinsichtlich dieser speziellen Thematik herausarbeiten, sondern zugleich auch „die Gesamtopik der Pädagogik“ damit bereichern (vgl. Mietz 1990, 52).

Einen wichtigen Anhaltspunkt bietet dabei Kopperschmidt (1989), der die Methodik der Argumentationsanalyse beschreibt,

„mit deren Hilfe Argumentationen systematisch analysiert und hinsichtlich ihres rationalen Selbstanspruchs überprüft werden können.

Dabei wird unter 'Argumentation' eine spezifische Form sprachlicher Kommunikation (Diskurs) verstanden, die der expliziten Herstellung eines rational motivierten Einverständnisses (Konsens) dient. Diese Form der Kommunikation wird immer dann nötig, wenn die zur Selbsterhaltung von Gesellschaft notwendige Handlungskoordination weder durch monologische Machtansprüche erzwungen noch durch traditionell verbürgte Sinnressourcen gewährleistet werden kann. In dieser Situation sind es allein Geltungsgründe (Argumente), die durch ihre mögliche Überzeugungskraft Geltungsansprüche einlösen können“ (5).

In Bezug auf die oben beschriebenen Probleme von Geltungsansprüchen bei der Bestimmung des Pädagogischen (vgl. 3. Kapitel „Pädagogischer Vermittlungsprozess“), wird hier daher Wert darauf gelegt, die Geltungsansprüche eines bedingungslosen Grundeinkommens argumentativ einsichtig zu machen und die Geltungsgründe bzw. Argumente der ausgewählten Vertreter herauszukristallisieren. Geltungsansprüche sind nach Kopperschmidt Äußerungen, die „keine bloß subjektiven Gewißheitserlebnisse wiedergeben (mithin auch Selbsttäuschungen darstellen können), sondern subjektiv-übergreifend bzw. intersubjektiv verbindlich sind“ (ebd., 16).

In Anlehnung an Habermas macht Kopperschmidt eine wichtige Unterscheidung zwischen Situationen „kommunikativen Handelns“ einerseits und „Diskurs-Situationen“ andererseits. Situationen „kommunikativen Handelns“ seien dadurch gekennzeichnet, dass kommunizierende Subjekte Informationen über X austauschen und dabei der implizite Geltungsanspruch der Äußerungen aufgrund einer immer schon unterstellten, aber nicht explizierten Verständigungsbasis und seiner Berechtigung unthematisch bleiben könne. „Diskurs-Situationen“ zeichneten sich hingegen darin aus, dass in ihnen „die Geltungsbedingungen von Informationen *als* Geltungsbedingungen wahrheitsfähiger Äußerungen thematisiert werden, um die Berechtigung ihres GAs [Geltungsanspruchs, MM] zu überprüfen und gegebenenfalls argumentativ einzulösen“ (ebd. 28f, Hervorheb. im Original).

Da es sich in dieser Arbeit um ausgewählte Literatur handelt und nicht um konkrete Kommunikationen zwischen Interaktionspartnern⁷⁸, wird

⁷⁸ „Verständlichkeit der Rede, wenn sie problematisiert wird, anonciert mithin im Unterschied zum argumentativ bzw. diskursiv bewältigbaren Geltungsproblem ein Sinnproblem, das zu seiner möglichen Bewältigung hermeneutischer Anstrengung bedarf. Diese Unterscheidung zwischen Sinn- und Geltungsanspruch tangiert jedoch nicht den gleichermaßen universalen Charakter beider Arten von Ansprü-

bei den hier zu erfolgenden Analysen in den meisten Fällen von „Diskurs-Situationen“ zu sprechen sein, weil gemeinhin bei der Diskussion um das bedingungslose Grundeinkommen die Geltungsbedingungen seitens der Gegner als „strittig“⁷⁹ beurteilt werden. Nach Herrmann et. al. (2011) sei „Schriftlichkeit und Mündlichkeit keine primäre Frage der Argumentation“ (vgl. 19), die Anforderungen an die Entstehung, den Aufbau sowie die Widerlegung eines Arguments seien die gleichen, entscheidend seien nicht die mediale Form, sondern nur die Begleitumstände, wie z. B. eine begrenztere Vorbereitungszeit bei mündlichen Argumentationen (vgl. ebd.).

In Bezug auf das Strittigmachen oder Bestreiten eines Geltungsanspruchs lässt sich nach Kopperschmidt Argumentation folgendermaßen definieren:

„Das Bestreiten eines GAs erinnert also denjenigen, der ihn erhebt, zugleich daran, daß er mit jeder Behauptung nicht nur einen Wahrheitsanspruch erhebt, sondern zugleich ein *Versprechen* gibt, diesen Wahrheitsanspruch bei Bedarf einlösen zu können. Das methodische Verfahren, dieses Versprechen im Fall der Bestreitung eines GAs einzulösen, heißt *Argumentation*: ihre spezifische Leistung besteht entsprechend darin, den GA einer Äußerung akzeptabel bzw. zustimmungsfähig zu machen, um dadurch seine *Berechtigung* nachzuweisen. Gelingen ist eine solche Argumentation, wenn sie die Berechtigung eines bestrittenen GAs durch *überzeugende* Argumente nachzuweisen vermag“ (ebd. 24, Hervorheb. im Original).

Sind die Geltungsgründe in einer Argumentation, also die Argumente, überzeugend, kann von einer gelungenen Argumentation gesprochen werden. Überzeugende Argumentation kann so hier als Voraussetzung betrachtet werden, Sachverhalte oder auch neue Paradigmen zu vermitteln, so dass dessen Wirkungen hinsichtlich der Verbreitung dieser neuen Sachverhalte bzw. Paradigmen als „sinnvoll“ und als „zumindest nicht unwahrscheinlich“ (vgl. Schäfer 1989, 70) angenommen werden können.

Unter einer solchen Perspektive, so Kopperschmidt, seien Behauptungen und Äußerungen genauer betrachtet weder falsch noch wahr, „sondern berechtigt bzw. unberechtigt, je nachdem, ob der Wahrheitsanspruch, den sie erheben, als eingelöst unterstellt bzw. durch überzeugende Argumente zustimmungsfähig gemacht werden kann oder nicht“ (1989, 24). Geltungsansprüche seien, so Kopperschmidt, im Gegensatz

chen“ (Kopperschmidt 1989, 45).

⁷⁹ Zur Ausführung von „strittigen Angelegenheiten“ vgl. Kopperschmidt 1989, 14ff. „[...] strittig' ist eine mögliche Eigenschaft von solchen Äußerungen bzw. Handlungen, deren impliziter Anspruch auf Wahrheit oder Richtigkeit problematisiert werden kann“ (ebd., 36).

zu Macht- und Gewissheitsansprüchen rational und vernünftig, deren Berechtigung nur auf einem Versprechen beruhe. Die einsichtige und überzeugende Rekonstruktion der Beziehung zwischen Geltungsanspruch und Geltungsgrund löse dieses Versprechen ein (vgl. ebd. 25).

Eine differenzierte Betrachtung des Begriffs Argumentation nimmt Lumer (1990) vor. Argumentationen seien „Verfahren, technische Mittel mit bestimmten praktischen Zwecken“ (8). In Anlehnung daran werden Argumentationen hier als das entscheidende Zwischenglied des Vermittlungsprozesses zwischen der Intention und Wirkung betrachtet. Argumentation als das entscheidende (technische) Mittel wird damit zum Hauptelement bei der pädagogischen Betrachtung der Vermittlung (und Implementation) eines neuen Paradigmas wie dem des bedingungslosen Grundeinkommens. Nach Lumer werde der Begriff Argumentation innerhalb der Argumentationstheorie in drei verschiedenen Bedeutungen gebraucht:

„**Argumentation₁** = **geordnete Folge von Urteilen** (Aussagen oder Werturteilen) mit einem Argumentationsindikator (z.B.: deshalb, weil, da, also, meine These ist ..., diese These kann folgendermaßen begründet werden ...); eines dieser Urteile ist die **These**⁸⁰; die anderen sind (hinreichende oder bestmögliche) Gründe oder **Argumente** für die These; der **Argumentationsindikator** zeigt an, was die These und was ein Argument ist.

Argumentation₂ = **Argumentationshandlung** = Handlung, in der eine Argumentation₁ vorgetragen wird.

Argumentation₃ = **Diskussion** = Gespräch (mehrerer Personen) mit dem Ziel, u.a. durch die Verwendung von Argumentationen₁ einen Konsens in einer oder mehreren strittigen Fragen herzustellen“ (ebd., 22, Hervorheb. im Original).

Lumer gebraucht den Begriff Argumentation in seiner Abhandlung immer in der ersten Bedeutung, für Argumentationen der zweiten Bedeutung verwendet er auch konkret den Begriff Argumentationshandlung, Argumentationen der dritten Art bezeichnet er als Diskussionen

⁸⁰ Zum Begriff These schreibt Kopperschmidt (1989): „Ein Begriff, der diese Argumentationsabhängigkeit der Legitimität von GAn präzise benennt, heißt 'These': Thesen meinen GAe, über deren Gültigkeit allein die Chance ihres argumentativen Berechtigungsnachweises entscheidet. Virtualisierte bzw. argumentationsabhängig gemachte GAe können wir daher auch als Thesen spezifizieren. 'These' ist damit ebenso wie 'Argument' und 'überzeugungskräftig' ein diskursbezogener Begriff, weil nur geltungsbezogene Äußerungen Thesen sein können. Und ebenso wie 'Argument' und 'überzeugungskräftig' ist 'These' auch ein sequenzbezogener Funktionsbegriff; denn nur innerhalb der Sprechhandlungssequenz Argumentation kann eine Äußerung die Legitimität ihres GAs abhängig machen von dem Gelingen ihrer rationalen Einlösungschance, w. h.: nur innerhalb einer Argumentation kann über die Gültigkeit einer These entschieden werden“ (97).

oder Diskurse (vgl. ebd., 24). Wigger (2010) bezeichnet mit Argumentation einen Text oder Redebeitrag, einen „thematisch definierten Zusammenhang“ eher mit Diskussion oder Diskurs (vgl. 352). Kopperschmidt (1989) hingegen definiert:

„Die spezifische Sprechhandlungssequenz, in der eine Sprechhandlung aufgrund ihrer positionsbedingten Rolle als Argument fungieren und entsprechend als Geltungsgrund für den problematisierten GA einer anderen Sprechhandlung beansprucht werden kann, nenne ich *Argumentation*. Aufgrund dieser terminologischen Fixierung läßt sich zwischen 'Argument' und 'Argumentation' in der Weise unterscheiden, daß Argument als konstitutives Element jeder Argumentation definiert wird. Diese in der einschlägigen Literatur nicht immer in dieser Weise durchgeführte Unterscheidung zwischen 'Argument' und 'Argumentation'^[...] empfiehlt sich einmal, um solche Argumentationen analytisch überhaupt zugänglich zu machen, deren Komplexitätsgrad mehrere Einzelargumente als Geltungsgründe eines problematisierten GAs umfaßt (vgl. unten Kap. 4). Zum anderen ratifiziert diese Unterscheidung die Einsicht, daß Argumentationen nicht nur aus Argumenten bestehen; denn Argumente beziehen sich auch immer – ob sie nun explizit genannt oder implizit als bekannt vorausgesetzt werden – auf GAe, die sie einzulösen versuchen“ (96, Hervorheb. im Original).

4.1 Prämissen

In Anlehnung an Paschen (vgl. 1991_A, 325; 1992, 146 u 1996_A, 166f) wird sich hier bei der Analyse der Argumente bei der pädagogischen Vermittlung des neuen Paradigmas des bedingungslosen Grundeinkommens an folgendem abgewandelten, auf eine Grundeinkommenspädagogik gerichteten Argumentationsschema⁸¹ orientiert:

1. Defizitprämisse:

Der Sozialstaat ist reformbedürftig

2. Ursachenprämisse:

Das Defizit ist politisch/wirtschaftlich/historisch verursacht und läßt sich beheben

⁸¹ „Nicht unbedingt erwartet werden kann, daß die pädagogischen Argumentationen überhaupt einem expliziten formalen Schema folgen. Es sollte aber festgehalten werden, daß dies bis heute auch nicht der Fall ist. Die Argumente müssen daher im jeweiligen Text erst aufgefunden werden, und es muß sein Argumentationsschema *rekonstruiert* werden. Dieses läßt sich dann später zu einem idealtypischen vollständigen Argumentationsschema zur Evaluation in Beziehung setzen“ (Paschen 1988, 5, Hervorheb. im Original).

3. Alternativprämisse:

Das Defizit lässt sich folgendermaßen vermeiden oder kompensieren

4. Praxisprämisse:

Für eine Lösung gibt es unterschiedliche praktische Modelle

5. Adäquatheitsprämisse:

Eine solche Lösung kann im Vergleich mit den bisherigen Kostendeckungsgleich oder adäquater sein

6. Ausnahmeprämisse:

Es sei denn: (Bedingungsprämisse)

Für folgende Bedingungen gilt der Schluss nicht.

(Der Schluss gilt nur bei folgenden, zusätzlichen Bedingungen)

7. Schluss:

Bedingungsloses Grundeinkommen (hervorgehend aus einer sogenannten „Grundeinkommenspädagogik“)

Die Notwendigkeit einer solchem Schema folgenden Argumentationsanalyse kann, so Paschen, durchaus bestritten werden. So könnten die Kenntnisse von Argumenten seitens der Professionellen einerseits als vorausgesetzt angenommen werden, andererseits aber auch gefragt werden, ob eine solche Analyse angesichts des nicht geringen Aufwandes dieser „überhaupt sich lohne“ (Paschen 1992, 150). Er zieht folgende Schlussfolgerung:

„Es scheint zweifelhaft oder zumindest ungewiß, ob überhaupt mit diesen, aber auch mit vergleichbaren methodischen Instrumenten allein die inhaltlichen Fragen beantwortet werden können. Dies ist natürlich nicht der Fall. Aber die Forderung nach solchen Instrumenten gründet in der unangenehmen Wahrheit, daß die Plausibilität pädagogischer Begründungen, wie die notwendigen Veränderungen pädagogischer Praxis jeweils zeigt, sich verlässlich nicht aus der Gültigkeit oder Geltung einer richtigen Theorie, Reflexion oder Empirie herleitet, sondern umgekehrt ihre pädagogische Gültigkeit, ihr Stellenwert als Stützung von Entscheidungsbegründungen ihrem argumentativen Gewicht, ihrem Grad an Plausibilität im Hinblick auf andere Argumente, andere Stützungen, andere Lösungen aktueller, situativer Probleme verdankt. Das zwingt zur Vorsicht, zu Zweifeln, zur Kontrolle, kurz zur Disziplinierung. Deren Moral folgt aber nie aus Inhalten, sondern ist Methode; sie folgt nie aus dem Inhalt von Argumenten, sondern aus ihrer Form“ (ebd., 151).

Um diesen sehr komplex erscheinenden Sachverhalt deutlicher zu machen dazu noch einmal Lumer (1990):

„Ziel philosophischer Argumentationsanalysen ist hingegen, Gültigkeitskriterien für Argumentationen zu entwickeln. Gültigkeit und Überzeugungserfolg von Argumentationen hängen zwar auf eine bestimmte Weise zusammen, sie decken sich aber nicht: Es gibt gültige Argumentationen, die nicht überzeugen; und es gibt ungültige Argumentationen, die durchaus überzeugen“ (60).

Die Plausibilität, das heißt die Überzeugungskraft, ist bei den pädagogischen Vermittlungsprozessen also letztlich durch Argumentation und den aus ihr bestehenden Argumenten entscheidend und damit auch für einen neuen Paradigma-Anwärtler wie dem des bedingungslosen Grundeinkommens von Relevanz.

4.2 Stützungen

Unter Stützungen will Paschen (1988_B) in Anlehnung an Toulmin „in Argumentationen gegebene oder zu fordernde Verweise auf Autoritätsquellen für die Gültigkeit oder Geltung von Daten, Regeln, Interpretationen“ (411) verstanden wissen. Den Stützungen kommt in Argumentationen also eine die Plausibilitätswirkung entscheidende Bedeutung zu:

„Solche, die Thesen stützende Autoritäten lassen in der Regel die Widerrede, den Unglauben und das Verlangen nach weiteren Argumenten verstummen, es sei denn, es können Gegenautoritäten gefunden werden“ (ebd., 413).

Pädagogische Argumentationen, so Paschen, können also durch Stützungen „besonders überzeugen“ (ebd.). Nach Kopperschmidt (1989) sind Argumente „gleichsam Stützen“ (92), die These sei eine „stützungsbedürftige Äußerung“, das Argument eine als „stützfähig unterstellte“ Äußerung (vgl. ebd., 120f). Mit Paschen (1988_B) lässt sich folgende Übersicht systematisieren:

	Allgemein können Thesen gestützt werden durch:	In pädagogischen Argumenten werden Thesen gestützt durch:
1.	Wissenschaft als Wissen, Methode, Erklärung	Erkenntnis als Verweisung auf Bekanntes, Erklärung, wiss. Positionen
2.	Institution als Gesetz, Regel oder Kode	Absolute Norm als Wahrheit, Verweisung auf Geschichte und Natur, politisch-gesellschaftliche Systemorientierungen
3.	Praxis als Information, Erfahrung und Empirie	Erfahrung als Experiment, Exempel
4.	Reflexion als Sinn, Vernunft oder Gebot	Einsicht als Analogie, Metapher, Gebot, Wissen als Interpretation

4.2 Stützungen

(Eigene Zusammenstellung anhand von Paschen 1988_B)

Mit Hilfe dieser Tabelle lassen sich die Argumente der hier untersuchten sieben Stellvertreter für ein bedingungsloses Grundeinkommen in der später erfolgenden Argumentationsanalyse auf ihren Stützungsgehalt überprüfen und zuordnen. In der Argumentationsanalyse sind am Ende der Zitate die in Ihnen enthaltenen Stützungen kenntlich gemacht.

Mit Kopperschmidt (1989) ist hier zu betonen, dass die generelle Funktion von Argumenten durch die Rechtfertigung bzw. Legitimation gekennzeichnet ist. Argumentative Stützungen von einerseits Wahrheitsansprüchen, die eine Begründung liefern, und andererseits von Richtigkeitsansprüchen, die eine Rechtfertigung liefern, werden daher hier terminologisch nicht unterschieden (vgl. 73).

Geht man noch mal einen Schritt zurück in die Zeit vor der Argumentationsanalyse und betrachtet deren Hauptströmungen, die in ihr münden, so sind diese die Rhetorik und die Logik⁸². Nach Göttert (1978) bevorzuge man heute den Begriff der Argumentation vor den „klassischen Erörterungen“ der Logik und Rhetorik, weil durch die Verbreitung des Konzepts des Sprechakts „die Formen 'geistiger' Tätigkeit als kommunikative Akte begriffen werden“ (vgl. Vorwort). Dass, was früher durch „überzeugende Rede oder schlußfolgerndes Denken thematisiert wurde“, trete durch das Sprechaktkonzept „als 'Argumentieren' ins Bewußtsein“ (ebd.).

„Allerdings zeigt der Hinweis auf Rhetorik und Logik auch das Spannungsfeld an, in dem dieses Thema angesiedelt ist. Während sich die Rhetorik mit ihrem Interesse am Aufbau von Reden besonders um die Probleme der Überzeugung von Gesprächspartnern und um das Zustandekommen von Übereinstimmung gekümmert hat, ist das Aufgabengebiet der Logik stets die Ausarbeitung von Schlußverfahren und Ableitungsmöglichkeiten unter künstlichen Voraussetzungen (wie in der Mathematik) gewesen. Beide Traditionen haben zu unserm Verständnis der Argumentation Wesentliches beigetragen“ (ebd.).

In die Argumentationstheorie, so wird hier festgehalten, sind also Elemente aus der Rhetorik und der Logik eingegangen. Wobei im Rahmen von Argumentationstheorie und -analyse das Hauptaugenmerk bei der Rhetorik sich nicht auf die Stilistik, sondern auf die Topik richte, so Göttert (vgl. ebd. 10). Die Topik seien die „Örter (griechisch *topoi*)“, die aufgesucht werden müssen, um dort die Argumente zu finden, um „bestimmte Probleme“ zu lösen (vgl. ebd.). Lumer (1990_B) fragt nun zu Recht:

⁸² Vgl. hierzu auch die Ausführungen von Gethmann (1990) zur „Logik-Rhetorik-Dichotomie und ihre Überwindung“ (79).

„Wie unterscheidet sich diese gültigkeitorientierte Fragestellung vom rhetorischen Ansatz? Sind Argumentationen denn nicht dann gut, wenn sie überzeugen? Der rhetorische Ansatz entsteht aus der Perspektive des Rhetors, der ein Publikum von einer bestimmten Ansicht überzeugen will. Der gültigkeitorientierte Ansatz vertritt eher die Perspektive des Publikums oder des Lesers, die sich fragen: Wann soll ich mich von einer Argumentation überzeugen lassen? Wann sind die vorgebrachten Argumente denn wirklich triftige und hinreichende Argumente für die These? Oder: Wann ist es rational, aufgrund der Argumente an die These zu glauben? Der gültigkeitorientierte Ansatz vertritt aber z.B. auch die Perspektive eines Argumentierenden, der mittels Argumentation die Gründe für eine bestimmte Ansicht offenlegen und damit der Kritik durch die Adressaten zugänglich machen will, um seine Gründe oder seine Ansicht ggfs. aufgrund der Kritik zu korrigieren. Das Interesse, das hinter diesen beiden Perspektiven steht, ist das Interesse der Individuen an wahren Überzeugungen, genauer: an akzeptablen Überzeugungen, d.h. an Überzeugungen, die, wenn möglich, wahr sind oder die, anderenfalls, wenigstens wahrheitsähnlich oder wahrscheinlich wahr sind. Und das Interesse an wahren oder akzeptablen Überzeugungen ist wieder u.a. darin begründet, daß nur diese Überzeugungen uns eine erfolgreiche Handlungsplanung ermöglichen, bei der wir die angestrebten Ziele auch erreichen; sind falsche Überzeugungen die Grundlage unserer Handlungsentscheidungen, so erreichen wir wahrscheinlich nicht, was wir eigentlich erreichen wollen und was für uns das Beste wäre. Ein rhetorischer Ansatz, dem es nur um das Überzeugen, um Persuasivität [lat. Überredungskunst, MM] geht, ist entsprechend wie folgt zu kritisieren: Er mißachtet diese Interessen der Adressaten“ (61).

4.3 Zur Topik

Die Topik nach Kopperschmidt (1989) enthalte „mithin Anweisungen für das systematische Auffinden von Argumenten, d. h.: die Topik ist eine *Heuristik* möglicher Argumente“ (189, Hervorheb. im Original, vgl. auch ebd., 173). In Bezug zu Lausberg (1960) hält Kopperschmidt fest:

„Die antike Rhetorik als das historische Reflexionssubjekt der Topik behandelt die Argumente-Heuristik innerhalb ihres Systems unter dem Titel der 'inventio' ab, d. h.: als erste der fünf Phasen einer methodisch angeleiteten Rede- bzw. Textproduktion (Lausberg 1960, S. 139ff.). Daß die Topik nicht nur für die Methodisierung einer Argumentationspraxis, sondern auch für deren 'formale Analyse' (Lausberg ebd. S. 200) von Belang werden konnte, erklärt sich aus der immanenten Beziehung zwischen Heuristik und Hermeneutik: die Kenntnis der allgemeinen Formprinzipien möglicher Argumente ist nicht nur ein Hilfsmittel für das systematische Auffinden von konkreten Argumenten, sondern auch für die systematische Analyse von Argumenten, weil die Kenntnis dieser Formprinzipien die kritische Auseinandersetzung mit den Geltungsbedingungen erleichtert, deren Einlösung die Aktualisierung solcher Formprinzipien in konkreten Argumenten immer schon unterstellt“ (196f.).

Für die Erziehungswissenschaft stellt Mietz (1990) die besondere Stel-

4.3 Zur Topik

lung der Topik⁸³ heraus:

„Die argumentative Topik eines Gebietes bietet eine Möglichkeit der Kontrolle, da sie durch die Identifizierung und Benennung die Möglichkeit einer begrifflich⁸⁴ fixierten innerdisziplinären Kommunikationsbasis liefert. [...] Die topische Sicherung des pädagogischen Wissens gewährleistet, daß Argumente jederzeit abrufbar und für jeden weiteren Gebrauch analytisch diskutier- und beurteilbar sind. Dadurch hätte der Experte ein Instrumentarium argumentativer Kontrollmöglichkeit, das neben der formalen Richtigkeit die Prüfung auf Vollständigkeit aller einem Bereich zugehörenden Argumente bietet“ (27).

Dabei sei zu beachten, dass die Vollständigkeit der Topik prinzipiell als unabgeschlossen gelte (vgl. auch Paschen 1996_A, 118), sie ist zwar ein

⁸³ Zu den Ursprüngen der Topik siehe dazu auch die ausführlichen Beschreibungen von Mietz (1990, 20f) und Göttert (1978, 23).

⁸⁴ Für Robert E. Fitzgibbons (1990) liegt die Hauptproblematik darin begründet, dass in Argumentationen meistens keine klaren Begriffe vorherrschen. „Der erste, der das Wort 'Fernseher' gebrauchte, hätte genausogut das Wort 'Grimschau' wählen können. Hätte er Unrecht gehabt? Natürlich nicht. Es gibt kein 'richtig' oder 'falsch', wenn es zur Auswahl von Lauten oder Schriftsymbolen kommt, um Bedeutung auszudrücken. Dies kann natürlich nicht die Tatsache verleugnen, daß oft etymologische oder linguistische Gründe für die Auswahl bestimmter Laute oder Schriftsymbole bestehen. Wörter können also gebraucht werden, um Begriffe auszudrücken, aber es gibt keine notwendige Beziehung zwischen einem Wort und einem Begriff. Man kann ein gegebenes Wort akzeptieren oder ablehnen, um einen Begriff auszudrücken. Man kann jedoch keinen Begriff akzeptieren oder ablehnen. Begriffe sind weder akzeptierbar noch ableisbar. Da ein Begriff eine Reihe logisch übereinstimmender Bedingungen ist, wird ein Begriff entweder verstanden oder nicht verstanden. Der Begriff des Dreiecks ist 'ein Vieleck mit genau drei Winkeln'. Logischerweise kann man weder diesen Begriff annehmen noch ihm widersprechen, ihn akzeptieren oder ablehnen. Natürlich könnte man den Gebrauch des Wortes 'Dreieck', annehmen oder ablehnen, um diesen Begriff *auszudrücken*. Aber das ist etwas ganz anderes als den *Begriff* anzunehmen oder abzulehnen“ (100f, Hervorheb. im Original). Zu seiner Unterscheidung zwischen stipulativen und reportiven Definitionen von Begriffen vgl. ebd. 98. Allerdings, so ist Fitzgibbons hier zu kritisieren, fällt es schwer, sich vorzustellen, von einem Wort wie „Bildung“ einen einheitlichen gemeinsamen Begriff zu fordern. Und damit ist die Alter-Ego-Problematik mit den „Erwartungserwartungen“ (Luhmann) noch gar nicht angesprochen. Auf diese prinzipielle Unsicherheit, nie sicher sein zu können, ob Ego die Perspektive des Alter als seinige auch „richtig“ interpretiert zu haben glaubt, geht Schäfer (1999c) ausführlich ein. Diese Problematik, die nach Schäfer gemeinhin in der Geisteswissenschaft bagatellisiert wird, wie es sich z.B. an den allgemein adaptierten missdeuteten Erkenntnissen Goffmans sehen lasse, bezeichnet Schäfer polemisch als „unerträgliche Rhetorik“ besonders in der Pädagogik.

anzustrebendes Ideal, jedoch jederzeit erweiterbar:

„Angesichts der Heteronomie der Topoi und der prinzipiellen Offenheit der Topik scheint Vollständigkeit als Geltungskriterium zunächst idealistisch. Daher müßte Vollständigkeit sich immer auf den vorhandenen Wissensbestand beziehen, der zu jeder Zeit aktualisierbar bzw. erweiterbar wäre. Vollständigkeit bedeutete dann die Diskussion aller möglichen Alternativ- und Gegenargumente und hätte damit niemals beschränkende Funktion innerhalb eines Bereiches“ (ebd., vgl. auch Mietz 1990, 193f).

Eine Topik ist grundsätzlich von einer Klassifikation zu unterscheiden. Zur „Differenz von Klassifikation und Topik“ führen Wigger/Paschen (1994) aus:

„Wird zur Analyse von Argumenten pädagogischer Entscheidungsbedingungen, insbesondere für die übersichtliche Darstellung von Argumentegruppen eine am empirischen Material orientierte, also heuristische Klassifikation entwickelt, liegt damit noch keine systematische Topik einschlägiger Argumente vor.

Eine im Hinblick auf das Material **empirische**, der Strukturierung nach durchaus systematische **Klassifikation** wird wesentlich bestimmt durch das vorliegende Problem – auch im (sic!) seinem Zeit- und Lokalrahmen – durch die Vorstellungen der Argumentierenden dazu, die Analyse Kriterien sowie durch die systematische Vorstellung der Analysierenden. Zu erwarten sind daher systematische 'Unebenheiten' und 'Verzerrungen'. Insbesondere die Trennschärfe der Klassen, die 'Größe' der Zellen wie der Detaillierungsgrad werden unterschiedlich ausgebildet sein.

Eine **systematische Topik** dagegen könnte man ohne empirische 'Füllung' rein theoretisch konstruieren und hohe Anforderungen nach Trennschärfe, Systematisierung der Aspekte und Niveaugleichheit der Klassen erfüllen. Auf diese Weise müßte sie zwar alle empirischen, könnte aber auch alle möglichen Argumente enthalten. Während die '**empirische** **Ordnung der Klassifikation**' die zeit-raum-problem- und anwenderspezifische, topische Logik spezieller, praktischer Gewichtungen stärker wiedergibt, entspricht eine allgemeingültigere, '**systematische** **Ordnung der Topik** eher dem ungewichteten, unverzerrten Raum des potentiellen Argumentierens.

Als Erinnerung an die problemspezifisch einschlägig zu diskutierenden Argumente, bzw. als professionelle Vorschrift stellt die 'empirische Klassifikation' ein **Mindestrepertoire**, eine 'systematisierte Topik' eine **Maximalforderung** dar. Die 'empirische Klassifikation' mag aus vielerlei Gründen (z.B. zu enge Textbindung der Analysen in der Namensgebung, Unschärfe der Zuordnung) pragmatisch für zukünftige Fälle nicht gut zu handhaben sein, eine voll 'systematisierte Topik' dagegen scheitert als pragmatisches Instrument an ihrer absoluten Vollständigkeit. Diese läßt sich in ihrer Fülle [...] nicht bewältigen und wird ab einer bestimmten Detaildichte zu singulärer Argumente unvernünftig. Im übrigen bleibt auch eine 'systematisierte Topik' **topisch** in der Struktur, also im strengen Sinne unsystematisch. Aus einer 'empirischen Klassifikation' eine 'systematisierte Topik' zu entwickeln ergibt also nur dann einen pragmatischen Sinn, wenn die professionelle Forderung, überhaupt **eine** Topik zu verwenden, so gut wie möglich erfüllt werden kann. So gut wie möglich beinhaltet dann 3 Parameter: (a) Die vorliegenden Kenntnisse empirischer Argumente zu verwenden, (b) diese systematisierend im Hinblick auf Namen und potentielle Argumente zu verallgemeinern und (c) sie in einer handhabbaren Mitte zwischen zu detailreicher und zu grober Differenziertheit zu halten“ (98f, Hervorheb. im Original).

Auf die Topik wird im Folgenden noch weiter unter postmoderner Perspektive eingegangen.

4.4 Postmoderne argumentationstheoretische Betrachtungen

Meder, der in Anlehnung an Lyotard und Wittgenstein, den Menschen in der Postmoderne als Sprachspieler (vgl. 2004) verstanden wissen will, bezeichnet Rhetorik als „das Sprachspiel der Moderne“ und die „Topoi als grammatisches Element des Sprachspiels“ (vgl. 1999, 196f)⁸⁵. Nach ihm gründen sich Argumente

„auf Wissen und dessen Beziehung auf Topoi als deren Verortung, wie man postmodern sagen würde. Wenn Wissen keine letztbegründete systematische Fundierung besitzt, dann muß man es situativ kontingent in einer Umgebung der Gewißheit festmachen. Genau dies geschieht, indem man es auf Topoi bezieht. Topoi sind solche Gewißheitspunkte (-Orte, -Plätze), d.h. sach-inhaltliche Stellen, die normalerweise nicht bezweifelt werden“ (ebd. 196).⁸⁶

Diese Bezugspunkte der Argumente seien unbestritten und unhinterfragt und bildeten „den semantischen Rahmen, innerhalb dessen das Spiel mit den Argumenten gespielt wird“ (ebd. 196f).

Koller (1999) hebt die Bedeutung der Rhetorik für „eine postmoderne Theorie der Argumentation“ hervor. Auf die Rhetorik als „Kunst der Entscheidungsfindung“ werde sich angesichts postmoderner Ungewissheiten immer mehr berufen:

„Die Regeln, die die Rhetorik für die diskursive Behandlung strittiger Fragen vorschlägt, können als Kompensation eines Mangels an unmittelbarer Gewißheit verstanden werden, der für die Erkenntnismöglichkeiten des Menschen auch und gerade unter neuzeitlichen Bedingungen grundlegend ist. [...] Das wiedererwachte Interesse an Rhetorik als einer Theorie der Argumentation läßt sich vor diesem Hintergrund auch als Reaktion auf die 'postmoderne' Zuspitzung der Ungewißheitsdiagnose begreifen. Wenn nicht nur einiges, sondern nahezu alles ungewiß geworden ist – sind wir dann nicht umso mehr auf Regeln der Argumentation angewiesen, um mit dieser Ungewißheit wenigstens halbwegs rational umgehen zu können? Und ist es nicht gerade die Rhetorik, die solche Regeln zur Verfügung stellt und sich deshalb als eine attraktive

⁸⁵ Ähnliche Betrachtungen nimmt auch Kopperschmidt (1989) in Anlehnung an Böhler und Waldenfels vor: „Argumentation als posttraditionelles bzw. prozedurales Geltungsprinzip wird damit zu einem '*Sprachspiel der Vernunft*' [...], das die Argumentierenden auf nichts anderes mehr verpflichtet und verpflichten kann als auf die Regeln des Sprachspiels Argumentieren selbst“ (51f, Hervorheb. im Original).

⁸⁶ Vgl. analog Göttert (1978): „Dazu dienen eben die Topoi als für bestimmte Problembereiche entwickelte und bewährte Gesichtspunkte, die dem nach einer Lösung Suchenden behilflich sein sollen“ (11).

Form des 'Ungewißheitsmanagements'⁸⁷ anbietet?“ (171).

Die Leistung der Rhetorik bestehe heute weniger in der „Kompensation“, sondern eher in der „Vergegenwärtigung von Ungewißheit“ (vgl. ebd., 172).

Für Meder ist die Klassische Logik mit den zwei Wahrheitsaussagen wahr oder falsch (*tertium non datur*) für eine Argumentationstheorie in der Postmoderne gänzlich ungeeignet, bei Argumentationen gehe es eben nicht um Übereinstimmung (Konsens)⁸⁸ oder Ablehnung (Dissens), sondern vielmehr um Zustimmung, also um Assens (vgl. auch Helmer 1996)⁸⁹. Beim Argumentieren würden drei Strategien verfolgt: die Gewichtung der Argumente, das Abwägen bei der Verbindung mehrerer Argumente, sowie das Überprüfen der Plausibilität der argumentativen Resultate (vgl. Meder 1999, 194f). Zugleich spricht Meder als Pädagoge die Problematik der Pädagogik als Wissenschaft, ihre Geltungsproblematik indirekt an, worauf im Zeitalter der Postmoderne nur noch mit dem Konzept des Sprachspielers angemessen umgegangen werden könne⁹⁰:

⁸⁷ Koller greift hier einen Begriff von Ruhloff auf, der im selben Band einen Artikel über „Rhetorik – Geltung – Zustimmung“ verfasst hat.

⁸⁸ Göttert (1992) erläutert aus systemtheoretischer Perspektive in Argumentationen die Unmöglichkeit eines Konsens (vgl. 91f).

⁸⁹ Auch Dörpinghaus/Helmer (1999) meinen die Bedeutung von Argumentation als Fundierung einer wissenschaftlichen Pädagogik erkannt zu haben in dem sie konstatieren: „Zunehmend wird bezweifelt, Philosophie und Pädagogik seien Wissenschaften, die unangefochten wahre Aussagen formulieren und zu apodiktischen Urteilen über Welt und Mensch kommen könnten. Die wissenschaftliche Bedeutung der Rhetorik liegt darin begründet, daß das Durchsetzen einer als begründbar wahr erkannten oder mindestens redlich für wahr gehaltenen Aussage nicht nur von der Schlagkräftigkeit der zur Rede stehenden Sache, sondern auch von der **Zustimmung** einer wissenschaftlichen Gemeinschaft abhängt. Diese **Zustimmung** kann nur über den Weg der Argumentation erlangt werden“ (7, Hervorheb. MM).

⁹⁰ Es sei denn, man will mit Gewalt an einer Totalität festhalten, wie Meder (2004) die Systemtheorie als eine „Supertheorie“ mit „Universalitätsanspruch“ kritisiert: „Supertheorien vom Schlage der LUHMANNschen Systemtheorie sind – soweit ich sehe – die einzige Alternative zu WITTGENSTEINS Philosophie vom Netzwerk der Sprachspiele. Indem die Systemtheorie einerseits den Anspruch auf Totalität bewahrt, andererseits auf Beweisbarkeit und Wahrheitsfähigkeit verzichtet, stellt sie eine verspätete Hochform des deutschen Idealismus dar“ (89). Da es in der Geschichtsphilosophie bereits mit der Monadologie Leibniz' einen nahezu perfekten Versuch in dieser Hinsicht gegeben habe, bezeichnet Meder die Luhmannsche

4.4 Postmoderne argumentationstheoretische Betrachtungen

„Allgemeine Pädagogik mag zwar sichere Probleme haben, aber nur kontingente Lösungen. Wo kann da systematisch angesetzt werden? Die Antwort der theoretischen Rhetorik ist eindeutig: mittendrin. Es gibt vielleicht kein radikaleres Motiv für unsere Beschäftigung mit der Methode der 'unscharfen Argumentation' als der Versuch, eine systematische Beschäftigung mit den Fragen unseres Faches zu finden, in der die Systematik dort entsteht, wo man professionell⁹¹, diskursiv und im Streitgespräch Konfigurationen von Argumenten und Argumentationsketten aufbaut, die einen Sachverhalt aufklären“ (ebd., 197f).

Die Pädagogik sei, im Übrigen wie die Mathematik spätestens seit dem Gödelschen Unvollständigkeitsbeweis, mit ihrem Letztbegründungsversuch gescheitert. Es gibt keine sichere Folie, auf die man sich letztlich zurückziehen und berufen kann. Argumentation, die nur in Graden von Zustimmung gemessen werden kann, wobei Null gleich Ablehnung, und Eins gleich völlige Übereinstimmung bedeute, sei die Alternative zu klassischen Beweis- und Geltungsabsicherungen:

„Wenn wir uns heute für das Problem der Argumentation – als einer Alternative zum Beweis – interessieren, wenn wir also Argumentationen neu thematisieren, dann scheint mir dies aus einem besonderen historischen Grunde zu geschehen: In der ausgehenden Moderne haben wir für die rationalen Lücken, die angesichts der Unverträglichkeit im Widerstreit isolierter Disziplinen sichtbar werden, eine gewisse Sensibilität entwickelt. Wo immer Unschärfen auftreten und gesichtet werden, gerät zwangsläufig das traditionelle methodische Spiel der Wissenschaft ins Schleudern. Gegensteuern bringt nichts... Wo Unschärfen sind, wo Lücken auftreten, da kann man ganz einfach nicht mehr beweisen, da muß man – und man kann es ja auch – argumentieren“ (ebd., 198).

Für Meder als Pädagoge und Mathematiker ist es daher konsequent, nach der klassischen Logik der Moderne, nach einer Alternative in der Postmoderne zu suchen, die er mit der sogenannten Fuzzy-Logik⁹² gefunden zu haben glaubt. Diese sei völlig kompatibel mit einer für die Erziehungswissenschaft in der Postmoderne angemessenen Argumentationstheorie. Die Fuzzy-Logik, so Meder, erlaube es, „das Problem des Abwägens und des Schließens bei gewichtigen Argumenten zu mathe-

Systemtheorie provokativ als „modernen Aufguss“ (vgl. ebd., 91).

⁹¹ Meder ergänzt hier in einer Fußnote: „Eben virtuos als Sprachspieler“ (Meder 1999, 198).

⁹² Nach Meyers Grosses Taschenlexikon (2001)⁸ wird die Fuzzylogik vor allem in der Regelungstechnik verwandt, Fuzzyregler seien in heute alltäglichen Geräten wie Staubsaugern, Waschmaschinen und Schienenfahrzeugen vorzufinden. So gibt es nicht nur zwei Wahrheitswerte wahr und falsch, sondern mehrere, sogar bis ins Unendliche reichende Wahrheitswerte, die auf einer Skala von 0 bis 1 angesiedelt sein können. Analog zur klassischen Logik und Mengenlehre gibt es auch in der Fuzzylogik sog. Fuzzymengen, deren Elemente mit dem Wert zwischen 0 und 1 nur einen bestimmten Grad ihrer Zugehörigkeit angeben.

matisieren und damit auch auf Rechnern zu simulieren“ (ebd., 188, vgl. auch Meder 1996). Sie sei zu unterscheiden vom Wahrscheinlichkeitskonzept, in dem wie bei der klassischen Logik auch das Prinzip vom ausgeschlossenen Dritten (*tertium non datur*) gelte. Beziehe sich das Wahrscheinlichkeitskonzept auf die Gewissheit und vernachlässige die Sachdimension, so richte die Fuzzy-Wahrscheinlichkeit ihren Fokus auf „das Zutreffen eines Merkmals für einen Gegenstand oder das Zutreffen eines Arguments für eine These“ (ebd., 190). Somit bilde sie die Gewichtung von Argumenten mathematisch im „0-1-Raum der reellen Zahlen“ ab. Meder hält somit in Bezug zu Lyotard für die Postmoderne fest:

„Mit dieser Problemlage spiegelt das Fuzzy-Konzept, exakt die Performanz argumentativer Sprachspiele wider. Im Zweifelsfalle gehört es nämlich zum Sprachspiel dazu, über das Abwiegen der Argumente zu beraten bzw. die Abwägung zu entscheiden. D.h. die Frage des Gewinnens ist doppelt kontingent: einmal auf der Ebene des offenen Schlagabtauschs der Argumente und zum anderen auf der Meta-Ebene der Auswertung. Argumentation im Rahmen theoretischer Rhetorik ist ein Sprachspiel ohne Netz und doppelten Boden, das deshalb dieses Netz mitknüpfen muß und das deshalb den doppelten Boden gleichzeitig begehen und parkettieren muß“ (ebd., 191).

Der Hinweis auf das Messen in Graden der Plausibilität, mathematisch durch die Fuzzy-Logik simulierbar, findet sich auch indirekt bei Kopperschmidt (1989) wieder:

„Die Überzeugungskraft von Argumentationen meint im Unterschied zur logischen Gültigkeit keine strikt logischen Deduktionsbeziehungen, sondern **graduell** differenzierbare Stützleistungen von Äußerungen innerhalb eines kategorial gewählten Systems von Äußerungen (substantielle versus analytische Argumentation)“ (120f, Hervorheb. MM).

Mit Lyotard (1999) sei die von Meder angesprochene Problematik der Postmoderne noch einmal zusammengefasst. Auf die pragmatische Forschung in der Wissenschaft bezogen lasse sich folgendes festhalten:

„Sie ist heute in ihren wesentlichen Regulierungen von zwei wichtigen Veränderungen betroffen, der **Bereicherung der Argumentationen** und der **Komplizierung der Durchführung von Beweisen**“ (123, Hervorheb. MM).

Meder (1999) gesteht allerdings ein, dass die Fuzzy-Logik als mathematische Grundlage einer sich argumentativer Methoden bedienenden systematischen Pädagogik zwar vollkommen geeignet sei, diese empirisch zu untermauern und „die sachliche Überzeugungskraft von Argumenten und Argumentationen zu simulieren“ (192), die eigentliche Intention von Argumentation, auch zu Überzeugungen zu führen, könne jedoch nicht erfasst werden.

Somit ist festzustellen, dass Argumentationen und die in ihr zu diffe-

4.4 Postmoderne argumentationstheoretische Betrachtungen

renzierenden Argumente einen erheblichen Anteil an pädagogischen Vermittlungsstrategien haben, jedoch auch weitere Faktoren bei der Vermittlung eines neuen Paradigmas eine Rolle spielen⁹³. So ist etwa die „optimale Zeit“, wann entscheidende Argumente eingebracht werden offensichtlich ein Faktor, der mithin zu Überzeugungen einiges beiträgt. Die Typen von Veränderungsprozessen (vgl. 3. Kapitel) als in der Zeit liegende Phänomene sind bei der Betrachtung des Implementationsprozesses des bedingungslosen Grundeinkommens als entscheidender Hintergrund also unbedingt mit zu bedenken.

Damit ist zugleich die Dramaturgie und Ästhetik von Vermittlungsprozessen angesprochen. Meder (1999), der entscheidend von der Theorie Herbarts (Erziehung mit der Aufgabe der ästhetischen Darstellung von

⁹³ Argumentationen sollten jedoch überzeugen und nicht überreden. Die Überredung kann aber, zumindest kurzfristig, als Mittel zur Durchsetzung bei Entscheidungsfindungen betrachtet werden: „An eben diesem 'Probierstein' ist aber eine Überredungsabsicht dezidiert nicht interessiert, weil es ihr nicht um eine rational motivierte Anerkennung von GAn geht, sondern um den faktischen Zustimmungserfolg als Mittel der Realisierung von Interessen, deren Konsensfähigkeit erst gar nicht unterstellt wird. Freilich ist der mögliche Zustimmungserfolg nur zu erreichen, wenn die Überredungsabsicht strategisch verschleiert wird, d. h.: wenn sie sich als Überzeugungsabsicht zu verstellen versteht. Das erklärt die leicht überprüfbare Beobachtung, daß 'überreden' im Unterschied zu 'überzeugen' nur beschreibungssprachlich verwendet werden kann: würde ein Sprecher seine Redeabsichten als Überredungsabsichten explizit zu erkennen geben, so käme das einer vorgängigen Torpedierung seines Redeerfolges gleich“ (Kopperschmidt 1989, 116f). Zu den Überredungstechniken zählt Göttert (1978) auch Fehlschlüsse: „Fehlschlüsse (auch Trugschlüsse oder Sophismata) nehmen in vielen Rhetoriktheorien und auch praktischen Lehrbüchern eine zentrale Stellung ein. Gern werden sie dabei als moralisch fragwürdige Mittel in die Schmutzdecke gedrängt oder als Verstöße gegen argumentative Aufrichtigkeit gebrandmarkt. Tatsächlich stellt bereits eine saubere Definition von 'Fehlschluss' ein großes Problem dar. Die über Jahrhunderte hinweg gültige Definition 'Fehlschlüsse sind Argumente, die gültig zu sein scheinen, es aber nicht sind' ist jedenfalls kaum tauglich: Denn viele Fehlschlüsse sind weder Argumente im eigentlichen Sinne, noch scheinen sie gültig. Andere hingegen sind sogar logisch valide. So ist die klassische Definition also in jeglicher Hinsicht falsch [...]. Für die vorliegenden Zwecke sind Fehlschlüsse Überredungstechniken, die bei genauer Analyse argumentative Defizite aufweisen. Aus diesem Grund taugen die meisten Fehlschlüsse nur für die kurzfristige Beeinflussung von Zuhörern, nicht aber als Basis einer dauerhaften Überzeugung. Im Vergleich zu aufrichtiger und solider Argumentation sind sie daher meist zweite Wahl, für den kurzfristigen rhetorischen Effekt hingegen können sie das ideale (und in Abhängigkeit von der Gesamtzielsetzung des Redners auch moralisch integere) Mittel sein“ (113f).

Welt) beeinflusst ist, schlägt eine Brücke zur Kunst:

„Und schließlich, aber nicht weniger wichtig erscheint die Dimension der Dramaturgie von Argumentationen, die recht eigentlich den sozialen Aspekt der Zustimmung prägt. Argumente können wegen der anfänglichen Unbestimmtheit ihrer Gewichtung immer nur angesonnen werden, um diesen folgenreichen Begriff von Kant zu verwenden: Argumentationen gewinnen also auch über ihre Ästhetik. Und, sofern diese gegeben ist, stellt sich das Gewinnkriterium als das des Assens dar, als das der Zustimmung als solcher dar – als nichts weiter dar, als bei jedem ästhetischen Urteil über die Qualität eines Kunstwerkes. Der Sieg im Sprachspiel der Rhetorik ist eine Sache des Geschmacks“ (195).

Dabei sei zu beachten, dass man unter einer solchen Perspektive auch die Propagandareden eines Hitler oder Goebbels als ästhetische Dimension von Argumentationen missverstehen könnte. Die ästhetische Darstellung von Welt meine aber eine „adäquate“, wie Meder auf Hönigswald hinweist, eine „angemessene und genaue Darstellung der Welt“ (ebd.). Die „ästhetische Dimension“ spiele eben auch eine wichtige Rolle bei Argumentationen, dürfe aber nicht absolut gesetzt werden.

Auch Herrmann et. al. (2011) weisen auf die Bedeutung von Mitteln hin, die keine Argumente sind:

„Im Alltag werden auch Mittel verwendet, die eine überzeugende Wirkung erzielen, ohne stichhaltige Argumente im engeren Sinne zu sein. Nicht selten geben aber gerade diese den Ausschlag. In der mündlichen Kommunikation etwa führt unangemessene Aggressivität oft zu Einschüchterung oder gar einem Verstummen des Gesprächspartners, ohne dass inhaltlich überzeugende Argumente zugrunde liegen. Auch auf der inhaltlichen Ebene bringen oft Argumente Erfolg, die nur auf den ersten Anschein schlüssig sind, sich bei näherer Betrachtung aber als fehlerhaft erweisen würden. In einem – zumindest für Argumentationstheoretiker – idealen Diskurs spielen nichtargumentative Elemente kaum eine Rolle; im Alltag sind sie aber mitunter entscheidend. Darum ist es keineswegs ehrenrührig, die rhetorische Durchsetzungsfähigkeit durch Mittel zu verstärken, die ihre Kraft nicht aus dem argumentativen Gehalt beziehen. Methoden, die nicht argumentativ sind, können quasi als **rhetorische Wirkungsverstärker** fungieren und so einer richtigen Sache zur Durchsetzung verhelfen, die sonst im Getümmel untergegangen wäre. Auch die gute Sache muss gut beleuchtet sein, um erkannt zu werden“ (101, Hervorheb. im Original).

Weil sie diesen Mitteln eine nicht unbedeutende Rolle in Argumentationen zuschreiben, widmen Herrmann et. al. in ihrem Buch diesen auch ein eigenes Kapitel, welches die über die eigentliche Kommunikation hinausgehende „kommunikative Methoden“ beschreibt.

4.5 Problem der Gewichtung von Argumenten

Angenommen, es wäre (wissenschaftlich) möglich, nach dem Herausfiltern aller Argumente aus Texten oder Reden diese mit einer reellen Zahl zu versehen, wobei immer hinterfragt werden kann, wieso ein Argument ausgerechnet diese und nicht jene Zahl zugewiesen bekommt,

4.5 Problem der Gewichtung von Argumenten

dann ist nach Zuweisung der Gewichtungszahlen zu den Argumenten danach empirisch-mathematisch, wie in klassischer qualitativ-quantitativer Forschung auch, jede „Spielerei“ möglich. Sei dies nun in der Form in der von Meder vorgeschlagenen Fuzzy-Logik mit den MIN/MAX-Operatoren (vgl. Meder 1996 u 1999) oder dem Verfahren der Abwägung der Pro/Contra-Argumente bei Paschen (vgl. 1996_B) oder bei Mietz (vgl. 1990). Die Messbarkeit oder das Abwägen von Argumenten in Bezug auf seine Gewichtung, auch mit dem Ziel, ein neues Fundament einer systematisch wissenschaftlichen, auf Argumentationstheorie basierenden Erziehungswissenschaft zu legen, wird hier eher kritisch betrachtet. Zudem ist festzuhalten, dass in jeder pädagogischen Handlungssituation jeweils spezifische Entscheidungen vorgenommen werden müssen, bei denen in der konkreten Situation unmöglich alle Gewichtungen reflektiert und für eine Entscheidung berücksichtigt werden können. Wissenschaftliche Herausfilterung von Gewichtungen mit einer Art Verallgemeinerungsanspruch sind für die konkrete pädagogische Handlungssituation und ihrer Entscheidungsfindung wohl kaum umzusetzen. Dass Emotionen und intuitives Denken, und dies natürlich auch in konkreten pädagogischen Handlungssituationen, bei Entscheidungsfindungen eine ebenso, wenn nicht gar größere Rolle spielen als das rationale Denken, darauf haben sowohl Golemann (vgl. 1997) als auch Gigerenzer (vgl. 2007) hingewiesen.

Paschen (1996_A) definiert Gewichtung folgendermaßen:

„Unter Gewichtung eines Arguments wird seine problemspezifische, situative Rangstellung im Vergleich zu anderen möglichen verstanden, sie ist ein Maß seiner argumentativen Bedeutung, d. h. seiner Plausibilität.

Wenn die Begründung einer Entscheidung einerseits mit einer Vielzahl von Argumenten operieren muß, diese andererseits situationspezifisch unterschiedliche Bedeutungen für das Problem erhalten, findet ein Abwägungsprozeß statt, der empirisch immer vorliegt, für den es aber bisher keine Kalküle gibt.

Gewichtungen sind also Bewertungen konkurrierender Argumente. Topisches Argumentieren heißt problem- und situationspezifisch bewerten. Das wichtigste Argument wird zwar vom Problem bestimmt⁹⁴, aber sein argumentatives Gewicht, seine Plausibilität muß aus seiner Gültigkeit (Stützung, Schlußregel) und Vollständigkeit hergeleitet werden. Dazu sind insbesondere auch die Gewichte der Gegenargumente und Bedingungen bzw. Ausnahmeklauseln in 'Rechnung' zu stellen“ (118).

Schon bei der Klassifizierung (pädagogischer) Argumente kann es zu Problemen kommen, was Wigger (1994) folgendermaßen festhält:

„Zunächst stellt sich die Frage nach dem Zweck, dem die Klassifikation dienen soll. Eine bloße empirische Sammlung von pädagogischen Argumenten, genauer: von in

⁹⁴ Paschen bezieht sich hier auf Viehweg, Th. (1963): Topik und Jurisprudenz. München

pädagogischen Texten identifizierten Argumenten, ist unbefriedigend, insofern sie die angestrebte Übersicht nicht leistet“ (322).

Darüber hinaus stellt sich also auch das Problem des Pädagogischen, wie im 3. Kapitel ausführlich behandelt. Bezogen auf das DFG-Projekt „Bielefelder Katalog pädagogischer Argumente“ beschreibt Wigger deren Vorgehensweise:

„Das zugrundeliegende Problem ist, welche der empirisch aufgefundenen einzelnen Argumente 'pädagogische Argumente' sind? Zunächst sind alle erhobenen Argumente im Zusammenhang pädagogischer Kommunikation geäußert und im Kontext der Begründung oder Ablehnung pädagogischer Maßnahmen verwendet worden. Aber dann wären alle identifizierten Argumente – und in pädagogischen Argumentationen kann alles, sozusagen 'Gott und die Welt' als Argument erhalten – als 'pädagogische' zu bezeichnen. Die Alternative ist die Beschränkung der Bezeichnung 'pädagogische Argumente' auf den Gegenstandsbereich von Bildung, Erziehung und Unterricht und die pädagogische und erziehungswissenschaftliche Fachterminologie“ (ebd., 325).

Wigger betont, dass deren vorgenommene Klassifikation keine „abschließende Systematik pädagogischer Argumente“ sein kann und aufgrund dieser systematischen Probleme der Anspruch „einer eindeutigen, einheitlichen und verbindlichen Klassifikation“ uneinlösbar sei. Insofern sei sie als Heuristik zu betrachten (vgl. ebd., 334). Wigger hält fest:

„Zu den Ergebnissen des Bielefelder Projekts zählen daher nicht nur die Hervorhebung des *argumentativen Charakters* pädagogischer Erörterungen und Hinweise auf erziehungswissenschaftliche Defizite der Analyse des pädagogischen Argumentierens. Zu den Ergebnissen gehört auch der empirische Aufweis der *Vielzahl* und *Heterogenität* pädagogischer Argumente und der *Unvollständigkeit* pädagogischer Argumentationen“ (ebd., Hervorheb. im Original).

Somit kann Wigger zufolge eine Klassifikation nur Folgendes leisten:

„Eine Klassifikation von Argumenten kann im besten Fall einen Überblick über bereits verwendete Argumente leisten und damit ein heuristisches Hilfsmittel⁹⁵, keine normierende Vorgabe sein“ (ebd., 335f, vgl. auch Wigger 1988, 442).

Auch für Paschen (1991_B) scheint es „illusionär“, dass Erziehungswissenschaft bei der Gewichtung „insbesondere politisch oder weltanschaulich orientierter Argumente“ eine wissenschaftliche Kontrolle leisten könne. Er diskutiert verschiedene Zuteilungs- und Abwägungsmöglichkeiten wie dem „argumentativen Gewicht“ und dem „dogmatischen Gewicht“ und konstatiert beim „topischen Gewicht“ (vgl. ebd. 462f):

„Höchstes Gewicht erhalten diejenigen Argumente, die Lösungsmöglichkeiten der Defizitsituation begründen“ (ebd.).

⁹⁵ Paschen (1991_B) spricht von einer „heuristischen Topik“, in der die Argumente auch nicht hierarchisch angeordnet werden (vgl. 457).

4.5 Problem der Gewichtung von Argumenten

Vielleicht könnte man formulieren, dass die Anzahl⁹⁶ (pädagogischer) Argumente im Allgemeinen als endlich angenommen werden muss, jedoch prinzipiell als unabgeschlossen und erweiterbar gilt. Wigger (1992) diskutiert diese Fragestellung anhand mehrerer pädagogischer Beispiele und formuliert am Schluss:

„Diskutiert man nun die Frage der Quantität pädagogischer Argumente auf dieser Abstraktionsstufe und im Rahmen dieser Bereiche, so läßt sich einerseits Heterogenität und Heteronomie pädagogischen Argumentierens bestimmen durch die Systematik der Bereiche, und andererseits könnte man sagen, daß die Pädagogik nur ein Argument hat, nämlich sich selbst bzw. ihr allgemeinstes, unspezifisches Ideal: d.i. 'das Pädagogische' als Argument. Auf dieser Abstraktionsstufe hätte die Pädagogik – wie auch die anderen Praxisfelder und Disziplinen – nur ein Argument. Aber sobald man nun die verschiedenen Relationen der Bereiche oder die Binnendifferenzierungen des pädagogischen Bereichs berücksichtigt und diese Systematik argumentativ wendet, so zeigen sich weitere Argumente“ (248).

Wigger (1988) betont ferner die Bereichsspezifik:

„Allgemeine Argumentationsmodelle helfen bei der Analyse des pädagogischen Argumentierens genauso wenig wie normative Konzepte. Vielmehr muß zur Gewinnung von Kenntnissen über pädagogische Argumente und pädagogisches Argumentieren von bereichsspezifischen und empirischen Untersuchungen ausgegangen werden“ (429).

Für Kopperschmidt (1996) müssen vier Bedingungen erfüllt sein, damit es überhaupt zu Argumentationen kommen kann. Neben der individuellen „Argumentationsfähigkeit“ und „Argumentationsbereitschaft“ soll hier vor allem die „Argumentationsnötigung“⁹⁷ und der „situative Argumentationsbedarf“ hervorgehoben werden. So können diese beiden letzt genannten Begriffe so interpretiert werden, dass Argumentationen sich aus einer bestimmten Sachlage von selbst ergeben, diese quasi dazu animieren muss, sich argumentativ mit Gegebenheiten auseinan-

⁹⁶ Zur Anzahl von Argumenten in bereichsspezifischen pädagogischen Analysen vgl. auch Mietz (1990, 193f u Paschen/Wigger (1992, 55f).

⁹⁷ „Die Überzeugungskraft von Argumentationen ist eine Form des zwanglosen Zwangs, der sich in der Nötigung rational motivierter Zustimmung zur Geltung bringt und der von allen Formen nicht-argumentativen Zwangs prinzipiell unterschieden werden muß. In dieser Zustimmungsnötigung wird der zunächst problematisierte GA einer Äußerung konsensuell ratifiziert. Der argumentativ erzielte faktische Konsens ist aber als wahrer bzw. vernünftiger Konsens nur qualifizierbar, wenn er unter formalen Bedingungen uneingeschränkter und herrschaftsfreier Verständigung ('ideale Sprechsituation') zustande gekommen ist und nicht zum strategischen Mittel privater Interessendurchsetzung pervertiert wird (überzeugen versus überreden bzw. tendenziell universeller Konsens versus partikularer Konsens)“ (Kopperschmidt 1989, 120f).

derzusetzen. Das sei zum einen gleichzusetzen mit einer fortschreitenden Demokratisierung⁹⁸ und zum anderen zwingt eine bestimmte Sachlage zur Argumentation, weil „kooperatives Handeln systematisch“ blockiert würde (vgl. 20). Auf der Grundlage der im 2. Kapitel erfolgten Typisierung von Veränderungsprozessen kann festgehalten werden, dass bestimmte Veränderungsprozesse bzw. deren zeitlicher Zusammenfall zur Argumentation nötigen.

4.6 Fazit und Ausblick

Bei dem Versuch der Beantwortung der schwierigen Frage, was Erziehungswissenschaft im Zeitalter der Postmoderne in Bezug auf Geltungsansprüche noch zu leisten im Stande ist, muss man sich unweigerlich in einer auf Kontingenz beruhenden „Realität“ versuchen, zurecht zu finden. Insbesondere bei einer Untersuchung zur pädagogischen Vermittlung eines neuen Paradigmas wie dem des bedingungslosen Grundeinkommens scheint es schwierig, eine Brücke von der „Intention“ zur „Wirkung“ zu schlagen. Eine Argumentationsanalyse kann dabei, so sollte bisher verdeutlicht werden, eine Abhilfe schaffen, wenn sie auch nicht zur einer definitiven Lösung führen kann. Wenn es in dieser Arbeit um den Vermittlungsprozess der Vertreter eines bedingungslosen Grundeinkommens geht, so werden im Sinne von Kopperschmidt (1989) hier nur Teile der von ihm genannten Schritte einer methodischen Argumentationsanalyse analysiert (vgl. 228). Dies betrifft vor allem die Makrostruktur der Argumentationen.

Mit Mietz (1990) unter Berufung auf Paschen/Wigger ist Folgendes festzuhalten:

⁹⁸ Götz Werner hat in einem Interview Deutschland und die Schweiz verglichen. Während wir in Deutschland noch bei der parlamentarischen Demokratie stagnieren würden, sei die Schweiz ja für ihre Direkte Demokratie bekannt. Spreche man hierzulande von dem Staat, der mir quasi als Objekt gegenübersteht, sei man noch in einem „neofeudalistischen Verständnis“ gefangen. Angemessen wäre es, sich als Teil des Staates zu begreifen. Der Schritt zur Direkten Demokratie sei in Deutschland nun an der Zeit. In: „Im Gespräch“ am 15. September 2011 bei Ö1.orf.at unter: <http://oe1.orf.at/programm/283819>, Stand 17.09.2011. Kopperschmidt (1996) betont, dass die „Machtversessenheit“ der Parteien in Deutschland zu einem „publizistischen Aufschrei“ geführt habe: „Ich will nicht bestreiten, daß es in Politik auch um Macht geht, doch auffällig ist schon, daß Machtwille allein als Legitimationsressource politischen Herrschaftsanspruchs offensichtlich prinzipiell nicht zustimmungsfähig ist“ (33).

4.6 Fazit und Ausblick

„Argumentationen sind nicht nur entscheidende Instanzen rationaler Begründungen im intersubjektiven Meinungs austausch, sondern charakteristisches Element menschlicher Informationsverarbeitung überhaupt. Sie markieren wichtige Punkte auf dem Weg alternativer Entscheidungsfindung“ (11).

Die Herausstellung einer Topik (vgl. ebd. 52) für das bedingungslose Grundeinkommen soll eine Klassifikation ermöglichen, Argumente herauskristallisieren und als solche bewusst benennen. Da es eine auf diesen Bereich spezifische Topik bisher noch nicht gibt, wird hiermit ein erster Meilenstein gelegt. Zu erhoffen ist dadurch eine weitere Befruchtung für den bisherigen Diskurs. Diese Arbeit lässt sich auch so verstehen, dass sie ihrerseits nicht nur objektiv den Vermittlungsprozess des bedingungslosen Grundeinkommens untersucht, sondern dadurch gleichzeitig als Teil des zukünftigen Prozesses zu verstehen ist (vgl. unten (b)). Mit Paschen/Wigger (1990) lässt sich zusammenfassen:

- „(a) Argumentationsanalysen dienen weniger einer Verbesserung der Argumentation, eher führen sie zu einer Veränderung des Diskurstypes.
- (b) Argumentationsanalysen verfolgen selbst ein argumentatives inhaltliches Interesse bei der strategischen Veränderung des Diskurstyps.
- (c) Argumentationsanalysen finden Grenzen ihrer praktischen Wirksamkeit in den gesellschaftlich-politischen (oft institutionellen) Rahmenbedingungen und stellen sie gleichzeitig in Frage.
- (d) Verbesserung der Argumentation ist nicht unabhängig von ihren Rahmenbedingungen, ihrer Diskursbezogenheit und schließlich ihrer pädagogischen Vermittlung, sozusagen nicht an sich möglich. Argumentationsanalyse markiert aber kritische Entwicklungsphasen in der Veränderung von Diskursparadigmen“ (14f).

Nach Paschen/Wigger (vgl. 1992, 53) ist die Erziehungswissenschaft in der Postmoderne als „argumentativ orientierte Disziplin“ zu verstehen, in Anlehnung daran wird es hier als notwendig erachtet, in dieser Arbeit bei der Untersuchung der pädagogischen Vermittlung eines neuen Paradigmas wie dem des bedingungslosen Grundeinkommens auf argumentationsanalytische Elemente zurückzugreifen. Denn schließlich sind es immer die pädagogischen Argumentationen und ihre Argumente, die neue Sachverhalte plausibel machen.

In der Argumentationsanalyse zur pädagogischen Vermittlung des neuen Paradigmas des bedingungslosen Grundeinkommens sind sieben Vertreter bzw. Vorreiter ausgewählt worden. Die Auswahl orientierte sich dabei an historisch für wichtig erachteten Wendepunkten. Zwei der gewählten Vertreter lassen nur einen indirekten Bezug zum Grundeinkommen zu, welche jedoch auf dem „Weg zum Grundeinkommen“ als bedeutend interpretiert werden. Dies betrifft die Vorreiter Marx und Engels, die als „Einheit“ betrachtet werden, und Rudolf Steiner. Marx und Engels markieren die Zeit während der ersten industriellen Revolution vor der deutschen Reichsgründung mit dem Beginn von Gewerkschafts- und der (ersten) Frauenbewegung. Joseph Popper-Lynkeus, der erstmals ein umfassendes Programm zur bedingungslosen Existenzsicherung verfasst hat, steht für die Zeit der Monarchie des deutschen

Kaiserreiches (1971-1918), insbesondere für die Zeit vor dem Ersten Weltkrieg. Rudolf Steiner markiert in der Zeit nach dem Ersten und vor dem Zweiten Weltkrieg vor allem die Zeit der Weimarer Republik. Der Humanist Erich Fromm repräsentiert eine garantierte Existenzsicherung nach dem zweiten Weltkrieg bzw. in der Zeit des Kalten Krieges gefolgt von den Vertretern Wohlgenannt und Büchele, die sich für ein Grundeinkommen in den Jahren vor dem Mauerfall und der Wende bzw. friedlichen Revolution 1989/90 z. T. bis heute einsetzen. André Gorz steht für die Zeit nach dem Ost-West-Konflikt in den 90er Jahren bis zu seinem Tod im Jahre 2007. Götz Werner repräsentiert die Grundeinkommensbewegung nach der 2003/04 durch die Agenda 2010 reformierten Sozial- und Arbeitsmarktpolitik.

Mit diesen sieben Vertretern bzw. Vorreitern ist also versucht worden, gleichsam eine historische Linie für den neuen Paradigma-Anwärtler des bedingungslosen Grundeinkommens aufzuzeigen und eine notwendige Begrenzung des zu sichtenden Materials zu setzen. Eine Argumentationsanalyse etwa bezogen nur auf die Vertreter der heutigen Zeit wie z. B. aus der Wissenschaft bei Sascha Liebermann (Freiheit statt Vollbeschäftigung) oder bei Karl Reitter (bedingungsloses Grundeinkommen), oder aus der Politik bei Dieter Althaus (Solidarisches Bürgergeld/CDU), Katja Kipping (Bedingungsloses Grundeinkommen/Die Linke) oder Wolfgang Strengmann-Kuhn (Bürgerversicherung, Grundeinkommen/Bündnis 90/Die Grünen) wäre ebenso möglich gewesen, hätte jedoch über die Tatsache hinwegtäuschen können, dass es sich bei der Bewegung zum Grundeinkommen um einen langen historischen Prozess handelt, der nicht etwa erst seit der Agenda 2010 begonnen hat. Dazu kommt, dass die Argumente der heutigen Vertreter sich vielfach überschneiden und wahrscheinlich nicht zu der umfangreichen Argumentesammlung (vgl. 6. Kapitel) geführt hätten wie die hier an der „historischen Linie“ orientierte Sammlung. Somit sind die hier analysierten Vertreter bzw. Vorreiter eines neuen Paradigmas des bedingungslosen Grundeinkommens als jeweils repräsentativ für ihre Zeit zu verstehen, die aber eben auch individuell jeweils als entscheidende Vermittler angesehen bzw. interpretiert werden.

In der folgenden Analyse sei nochmals daran erinnert, dass die Prämissen 1-6 (vgl. 4.1), soweit vorhanden, vor den Zitaten rechtsbündig kenntlich gemacht sind. Die Stützen 1-4 (vgl. 4.2) sind jedem Zitat in Klammern hinten angestellt. Die Klassifikation (Bereichsspezifik) der Argumente der einzelnen Autoren ist am Ende jeder Analyse zur besseren Übersicht alphabetisch angeordnet worden.

5 Textanalyse und Interpretation von Grundeinkommenspädagogiken

5.1 Karl Marx und Friedrich Engels und der Kommunismus

Nimmt man die Vorwürfe der Kritiker der Agenda 2010 und seitens der von dieser Regelung Betroffenen ernst, so könnte man polemisch formulieren, das „Manifest der Kommunistischen Partei“ (1848) von Marx (1818-1883) und Engels (1820-1895) sei eine aktuelle Kritik am derzeitigen Sozialstaat, vorausgesetzt man ersetze in diesem Manifest den Begriff „Proletariat“ durch den Begriff „Prekariat“. Der Einfluss Marx und Engels auf die weltpolitische Entwicklung ist unbestreitbar, auch wenn die Umsetzung ihrer Theorie in der politischen Praxis als gescheitert zu bewerten ist. Bei Marx und Engels taucht der Begriff des bedingungslosen Grundeinkommens und seiner Bedeutung nicht auf, dennoch sind sie als entscheidende Vertreter auf „dem Weg zu einem bedingungslosen Grundeinkommen“ zu erläutern. Ohne Engels, dem Sohn eines Barmer Textilfabrikanten, und dessen jahrelanger Alimentierung hätte Marx wohl kaum sein Werk schreiben können, wie er selbst bekennt (vgl. Zeit Geschichte 2009, 58-61). Die Ironie der Geschichte, so stelle der Engelsbiograf Tristram Hunt fest, sei

„dass Engels und Marx genau mit den von ihnen so akribisch beschriebenen und angeprangerten Missständen ihren Lebensunterhalt und ihre politische Arbeit finanzierten. 'Die peinliche Wahrheit ist', so Hunt, 'dass Engels' beachtliches Einkommen ein direktes Resultat der Ausbeutung der Arbeitskraft des Proletariats von Manchester war.'“ (zit. nach ebd. 61)⁹⁹.

Zum grundlegenden Inhalt des Kommunistischen Manifestes schreibt Engels 1883 in der Vorrede zur deutschen Ausgabe:

„Der durchgehende Grundgedanke des Manifestes: daß die ökonomische Produktion und die aus ihr mit Notwendigkeit folgende gesellschaftliche Gliederung einer jeden Geschichtsepoche die Grundlage bildet für die politische und intellektuelle Geschichte dieser Epoche; daß demgemäß (seit Auflösung des uralten Gemeinbesitzes an Grund und Boden) die ganze Geschichte eine Geschichte von Klassenkämpfen gewesen ist, Kämpfen zwischen ausgebeuteten und ausbeutenden Stufen der gesellschaftlichen Entwicklung; daß dieser Kampf aber jetzt eine Stufe erreicht hat, wo die ausgebeutete und unterdrückte Klasse (das Proletariat) sich nicht mehr von der sie ausbeutenden

⁹⁹ Zeit Geschichte bezieht sich hier auf Hunt, Tristram (2009): The Frock-Coated Communist. The Revolutionary Life of Friedrich Engels. Penguin, London.

5.1 Karl Marx und Friedrich Engels und der Kommunismus

und unterdrückenden Klasse (der Bourgeoisie) befreien kann, ohne zugleich die ganze Gesellschaft für immer von Ausbeutung, Unterdrückung und Klassenkämpfen zu befreien – dieser Grundgedanke gehört einzig und ausschließlich Marx an“ (Marx/Engels 2007, 5).

Engels beantwortet im „Manifest“ 25 seiner selbst formulierten Fragen zu den „Grundsätzen des Kommunismus“, von denen einige bei der folgenden Argumentationsanalyse aufgegriffen werden.

Überproduktion-Argument

Für Marx ist im „Manifest“ die Überproduktion im Kapitalismus Ausdruck von Elend und Krise:

(1. Defizitprämisse und 2. Ursachenprämisse, wirtschaftlich)

„In den Handelskrisen wird ein großer Teil nicht nur der erzeugten Produkte, sondern sogar der bereits geschaffenen Produktivkräfte regelmäßig vernichtet. In den Krisen bricht eine gesellschaftliche Epidemie aus, welche allen früheren Epochen als ein Widersinn erschienen wäre – die Epidemie der Überproduktion. Die Gesellschaft findet sich plötzlich in einen Zustand momentaner Barbarei zurückversetzt, eine Hungersnot, ein allgemeiner Verwüstungskrieg scheinen ihr alle Lebensmittel abgeschnitten zu haben; die Industrie, der Handel scheinen vernichtet, und warum? Weil sie zuviel Zivilisation, zuviel Lebensmittel, zuviel Industrie, zuviel Handel besitzt. Die Produktivkräfte, die ihr zur Verfügung stehn, dienen nicht mehr zur Beförderung der bürgerlichen Zivilisation und der bürgerlichen Eigentumsverhältnisse; im Gegenteil, sie sind zu gewaltig für diese Verhältnisse geworden, sie werden von ihnen gehemmt, und sobald sie dies Hemmnis überwinden, bringen sie die ganze bürgerliche Gesellschaft in Unordnung, gefährden sie die Existenz des bürgerlichen Eigentums“ (Marx/Engels 2007, 25f). (Stütze 1., Erklärung)

Für Engels sichert im „Manifest“ die Überproduktion die Bedürfnisse aller Gesellschaftsmitglieder in der angestrebten kommunistischen Gesellschaft:

(3. Alternativprämisse)

„Statt Elend herbeizuführen, wird die Überproduktion über die nächsten Bedürfnisse der Gesellschaft hinaus die Befriedigung der Bedürfnisse aller sicherstellen, neue Bedürfnisse und zugleich die Mittel, sie zu befriedigen, erzeugen. [...] Auf diese Weise wird die Gesellschaft Produkte genug hervorbringen, um die Verteilung so einrichten zu können, daß die Bedürfnisse aller Mitglieder befriedigt werden. Die Trennung der Gesellschaft in verschiedene, einander entgegengesetzte Klassen wird hiermit überflüssig“ (Marx/Engels 2007, 73). (Stütze 1, wiss. Position)

Ware-Argument

Marx charakterisiert nicht nur die Arbeitskraft, sondern sogar den Arbeiter selbst als Ware:

(1. Defizitprämisse und 2. Ursachenprämisse, wirtschaftlich)

„In demselben Maße, worin sich die Bourgeoisie, d.h. das Kapital, entwickelt, in demselben Maße entwickelt sich das Proletariat, die Klasse der modernen Arbeiter, die nur

so lange leben, als sie Arbeit finden, und die nur so lange Arbeit finden, als ihre Arbeit das Kapital vermehrt. Diese Arbeiter, die sich stückweis verkaufen müssen, sind eine Ware wie jeder andre Handelsartikel und daher gleichmäßig allen Wechselfällen der Konkurrenz, allen Schwankungen des Marktes ausgesetzt.

Die Arbeit der Proletarier hat durch die Ausdehnung der Maschinerie und die Teilung der Arbeit allen selbständigen Charakter und damit allen Reiz für den Arbeiter verloren. Er wird ein bloßes Zubehör der Maschine, von dem nur der einfachste, eintönigste, am leichtesten erlernbare Handgriff verlangt wird. Die Kosten, die der Arbeiter verursacht, beschränken sich daher fast nur auf die Lebensmittel, die er zu seinem Unterhalt und zur Fortpflanzung seiner Rasse bedarf. Der Preis einer Ware, also auch der Arbeit, ist aber gleich ihren Produktionskosten. In demselben Maße, in dem die Widerwärtigkeit der Arbeit wächst, nimmt daher der Lohn ab. Noch mehr, in demselben Maße, wie Maschinerie und Teilung der Arbeit zunehmen, in demselben Maße nimmt auch die Masse der Arbeit zu, sei es durch Vermehrung der Arbeitsstunden, sei es durch Vermehrung der in einer gegebenen Zeit geforderten Arbeit, beschleunigten Lauf der Maschinen usw.“ (Marx/Engels 2007, 26f). (Stütze 1, Wissen)

Auf die fünfte Frage, unter welchen Bedingungen denn das Proletariat seine Arbeitskraft an die Bourgeoisie verkaufen würde, antwortet Engels:

(2. Ursachenprämisse, wirtschaftlich)

„[...] die Arbeit ist eine Ware wie jede andere, und ihr Preis wird daher genau nach denselben Gesetzen bestimmt werden wie der jeder anderen Ware. Der Preis einer Ware unter der Herrschaft der großen Industrie oder der freien Konkurrenz, was, wie wir sehen werden, auf eins hinauskommt, ist aber im Durchschnitt immer gleich den Produktionskosten dieser Waren. Der Preis der Arbeit ist also ebenfalls gleich den Produktionskosten der Arbeit. Die Produktionskosten der Arbeit bestehen aber in gerade so viel Lebensmittel als nötig sind, um den Arbeiter instand zu setzen, arbeitsfähig zu bleiben und die Arbeiterklasse nicht aussterben zu lassen. Der Arbeiter wird also für seine Arbeit nicht mehr erhalten, als zu diesem Zwecke nötig ist“ (Marx/Engels 2007, 59f). (Stütze 1, Erklärung/Wissen)

Für Marx und Engels haben also sowohl der Arbeiter an sich, dessen Arbeitskraft als auch die Arbeit selbst den Charakter von Ware.

„Zur Verwandlung von Geld in Kapital muß der Geldbesitzer also den freien Arbeiter auf dem Warenmarkt vorfinden, frei in dem Doppelsinn, daß er als freie Person über seine Arbeitskraft als seine Ware verfügt, daß er andererseits andre Waren nicht zu verkaufen hat, los und ledig, frei ist von allen zur Verwirklichung seiner Arbeitskraft nötigen Sachen“ (Marx 2007, 170). (Stütze 1, wiss. Position)

Der Arbeiter ist nach Marx gezwungen, seine Arbeit als Ware feil zu bieten, für nichts mehr als zur Reproduktion von sich selbst und damit zur Erhaltung auch seiner Arbeitskraft:

„Der Wert der Arbeitskraft, gleich dem jeder andren Ware, ist bestimmt durch die zur Produktion, als auch Reproduktion, dieses eigentümlichen Artikels notwendige Arbeitszeit. Soweit sie Wert, vertritt die Arbeitskraft selbst nur ein bestimmtes Quantum in ihr vergegenständlichter gesellschaftlicher Durchschnittsarbeit. Die Arbeitskraft existiert nur als Anlage des lebendigen Individuums. Ihre Produktion setzt also seine Existenz voraus. Die Existenz des Individuums gegeben, besteht die Produktion der Arbeitskraft in seiner eignen Reproduktion oder Erhaltung. Zu seiner Erhaltung bedarf das lebendige Individuum einer gewissen Summe von Lebensmitteln. Die zur

5.1 Karl Marx und Friedrich Engels und der Kommunismus

Produktion der Arbeitskraft notwendige Arbeitszeit löst sich also auf in die zur Produktion dieser Lebensmittel notwendige Arbeitszeit, oder der Wert der Arbeitskraft ist der Wert der zur Erhaltung ihres Besitzers notwendigen Lebensmittel“ (Marx 2007, 172). (Stütze 1, wiss. Position)

Zudem, so Marx, werde durch die Verlängerung des Arbeitstages die „Produktionszeit des Arbeiters“ kurzfristig verlängert auf Kosten dessen Arbeitskraft und Lebenszeit (vgl. ebd. 259f). In Bezug zu heute ist an dieser Stelle zu erwähnen, dass die Arbeitszeit dazu tendiert, abzunehmen. Die Vollbeschäftigung als Ziel heutiger Arbeitsmarktpolitik wird seitens der Grundeinkommensbewegung in Frage gestellt.

Knechtschaft-Argument

Die industrielle Revolution ist für Marx und Engels von Knechtschaft gekennzeichnet:

(1. Defizitprämisse)

„Die moderne Industrie hat die kleine Werkstube des patriarchalischen Meisters in die große Fabrik des industriellen Kapitalisten verwandelt. Arbeitermassen, in der Fabrik zusammengedrängt, werden soldatisch organisiert. Sie werden als gemeine Industriesoldaten unter die Aufsicht einer vollständigen Hierarchie von Unteroffizieren und Offizieren gestellt. Sie sind nicht nur Knechte der Bourgeois-Klasse, des Bourgeois-Staates, sie sind täglich und stündlich geknechtet von der Maschine, von dem Aufseher, und vor allem von den einzelnen fabrizierenden Bourgeois selbst“ (Marx/Engels 2007, 26f). (Stütze 1, Verweis auf Bekanntes)

Marx datiert den Beginn der kapitalistischen Herrschaft „vom 16. Jahrhundert“ an, auch wenn es vorher vereinzelt schon kapitalistische Züge (im Mittelmeerraum) gegeben habe (vgl. Marx 2007, 661).

(2. Ursachenprämisse, historisch)

„Der Ausgangspunkt der Entwicklung, die sowohl den Lohnarbeiter als den Kapitalisten erzeugt, war die Knechtschaft des Arbeiters. Ihr Fortgang bestand in einem Formwechsel dieser Knechtung, in der Verwandlung der feudalen in kapitalistische Ausbeutung“ (ebd.). (Stütze 2, Verweis auf Geschichte)

Proletariat-Argument

Auf die zweite Frage, was denn das Proletariat sei, antwortet Engels:

„Das Proletariat ist diejenige Klasse der Gesellschaft, welche ihren Lebensunterhalt einzig und allein aus dem Verkauf ihrer Arbeit und nicht aus dem Profit irgendeines Kapitals zieht, deren Wohl und Wehe, deren Leben und Tod, deren ganze Existenz von der Nachfrage nach Arbeit, also von dem Wechsel der guten und schlechten Geschäftszeiten, von den Schwankungen einer zügellosen Konkurrenz abhängt. Das Proletariat oder die Klasse der Proletarier ist mit einem Worte die arbeitende Klasse des 19. Jahrhunderts“ (Marx/Engels 2007, 57). (Stütze 2, Verweis auf Geschichte)

Das Proletariat bestehe aber keineswegs nur aus Menschen der untersten Klasse:

5 Textanalyse und Interpretation von Grundeinkommenspädagogiken

(1. Defizitprämisse und 2. Ursachenprämisse, wirtschaftlich)

„Ist die Ausbeutung des Arbeiters durch den Fabrikanten so weit beendet, daß er seinen Arbeitslohn bar ausgezahlt erhält, so fallen die andern Teile der Bourgeoisie über ihn her, der Hausbesitzer, der Krämer, der Pfandleiher usw.

Die bisherigen kleinen Mittelstände, die kleinen Industriellen, Kaufleute und Rentiers, die Handwerker und Bauern, alle diese Klassen fallen ins Proletariat hinab, teils dadurch, daß ihr kleines Kapital für den Betrieb der großen Industrie nicht ausreicht und der Konkurrenz mit den größeren Kapitalisten erliegt, teils dadurch, daß ihre Geschicklichkeit von neuen Produktionsweisen entwertet wird. So rekrutiert sich das Proletariat aus allen Klassen der Bevölkerung.

Das Proletariat macht verschiedene Entwicklungsstufen durch. Sein Kampf gegen die Bourgeoisie beginnt mit seiner Existenz“ (Marx/Engels 2007, 28). (Stütze 1, Erklärung)

Vor dem Hintergrund der Gedanken von Marx und Engels scheint bei der Betrachtung der heutigen Zeit vor allem in Deutschland mit Zeit- und Leiharbeitern sowie mit dem Problem von Dumpinglöhnen ein Vergleich von Prekariat und Proletariat nicht weit her geholt. Die revolutionären Errungenschaften der Arbeitnehmerbewegung scheinen sich für diese Gruppe aufgelöst zu haben, deren Rechte im Vergleich zu Stammebelegschaften sich, wenn überhaupt, auf ein Minimum reduzieren¹⁰⁰.

„In Zeiten endlich, wo der Klassenkampf sich der Entscheidung nähert, nimmt der Auflösungsprozeß innerhalb der herrschenden Klasse, innerhalb der ganzen alten Gesellschaft, einen so heftigen, so grellen Charakter an, daß ein kleiner Teil der herrschenden Klasse sich von ihr lossagt und sich der revolutionären Klasse anschließt, der Klasse, welche die Zukunft in ihren Händen trägt. Wie daher früher ein Teil des Adels zur Bourgeoisie überging, so geht jetzt ein Teil der Bourgeoisie zum Proletariat über, und namentlich ein Teil der Bourgeois-Ideologen, welche zum theoretischen Verständnis der ganzen geschichtlichen Bewegung sich hinaufgearbeitet haben. Von allen Klassen, welche heutzutage der Bourgeoisie gegenüberstehen, ist nur das Proletariat eine wirklich revolutionäre Klasse. Die übrigen Klassen verkommen und gehen unter mit der großen Industrie, das Proletariat ist ihr eigenstes Produkt“ (Marx/Engels 2007, 30f). (Stütze 1, Wissen/Erklärung)

Industrielle-Revolution-Argument

Auf die von ihm vierte formulierte Frage, wie das Proletariat denn entstanden sei, antwortet Engels:

(2. Ursachenprämisse, wirtschaftlich/historisch)

„Das Proletariat ist entstanden durch die industrielle Revolution, welche in der letzten Hälfte des vorigen Jahrhunderts in England vor sich ging, und welche sich seitdem in

¹⁰⁰ Vgl. dazu z.B. die Arbeitsverhältnisse bei Amazon unter: <http://www.ardmediathek.de/das-erste/reportage-dokumentation/ausgeliefert-leiharbeiter-bei-amazon?documentId=13402260>, Stand: 15.02.2013.

5.1 Karl Marx und Friedrich Engels und der Kommunismus

allen zivilisierten Ländern der Welt wiederholt hat. Diese industrielle Revolution wurde herbeigeführt durch die Erfindungen der Dampfmaschine, der verschiedenen Spinnmaschinen, des mechanischen Webstuhls und einer ganzen Reihe anderer mechanischer Vorrichtungen. Diese Maschinen, welche sehr teuer waren, und also nur von großen Kapitalisten angeschafft werden konnten, veränderten die ganze bisherige Weise der Produktion und verdrängten die bisherigen Arbeiten, indem die Maschinen die Waren wohlfeiler und besser lieferten als die Arbeiter sie mit ihren unvollkommenen Spinnrädern und Webstühlen erstellen konnten. Diese Maschinen lieferten dadurch die Industrie gänzlich in die Hände der großen Kapitalisten und machten das wenige Eigentum der Arbeiter (Werkzeuge, Webstühle usw.) völlig wertlos, so daß die Kapitalisten bald alles in ihre Hände bekamen und die Arbeiter nichts übrigbehielten. Damit war in der Verfertigung von Kleidungsstoffen das Fabrikssystem eingeführt. Als der Anstoß zur Einführung der Maschinerie und des Fabriksystems einmal gegeben war, wurde dies System auch sehr bald auf alle übrigen Industriezweige, namentlich auf die Zeug- und Buchdruckerei, die Töpferei, die Metallwarenindustrie angewandt. Die Arbeit wurde immer mehr unter die einzelnen Arbeiter geteilt, so daß der Arbeiter, der früher ein ganzes Stück Arbeit gemacht hatte, jetzt nur einen Teil dieses Stückes machte. Diese Teilung der Arbeit machte es möglich, daß die Produkte schneller und daher wohlfeiler geliefert werden konnten“ (Marx/Engels 2007, 57f). (Stütze 2, Absolute Norm, Verweis auf Geschichte)

Engels bemüht sich, den geschichtlichen Werdegang der Arbeiterklasse zu formulieren:

„6. Frage: Welche Arbeiterklassen gab es vor der industriellen Revolution?

Antwort: Die arbeitenden Klassen haben je nach den verschiedenen Entwicklungsstufen der Gesellschaft in verschiedenen Verhältnissen gelebt und verschiedene Stellungen zu den besitzenden und herrschenden Klassen gehabt. Im Altertum waren die Arbeitenden die *Sklaven* der Besitzer, wie sie es in vielen zurückgebliebenen Ländern und selbst in dem südlichen Teil der Vereinigten Staaten noch (d.h. 1847) sind. Im Mittelalter waren sie die *Leibeigenen* des grundbesitzenden Adels, wie sie es noch jetzt in Ungarn, Polen und Russland (wie oben) sind. Im Mittelalter und bis zur industriellen Revolution gab es außerdem in den Städten Handwerksgesellen, die im Dienst kleinbürgerlicher Meister arbeiteten, und allmählich kamen auch mit der Entwicklung der Manufaktur Manufakturarbeiter auf, welche schon von größeren Kapitalisten beschäftigt wurden“ (Marx/Engels 2007, 60, Hervorheb. im Original). (Stütze 2, Verweis auf Geschichte)

Die Folgen des industriellen Fortschritts und seiner Überproduktion offenbaren sich für Engels in Zeiten von „Prosperität“ und „Krise“. Auf die 12. Frage, welches die „weiteren Folgen der industriellen Revolution“ gewesen seien, antwortet Engels:

(2. Ursachenprämisse, wirtschaftlich/historisch)

„Die große Industrie schuf in der Dampfmaschine und den übrigen Maschinen die Mittel, die industrielle Produktion in kurzer Zeit und mit wenig Kosten ins Unendliche zu vermehren. Die aus dieser großen Industrie notwendig hervorgehende freie Konkurrenz nahm bei dieser Leichtigkeit der Produktion sehr bald einen äußerst heftigen Charakter an; eine Menge Kapitalisten warfen sich auf die Industrie, und in kurzer Zeit wurde mehr produziert als gebraucht werden konnte. Die Folge davon war, daß die fabrizierten Waren nicht verkauft werden konnten und daß eine sogenannte Handelskrise eintrat. Die Fabriken mußten stillstehen, die Fabrikanten machten Bankrott und die Arbeiter kamen außer Brot. Das größte Elend trat überall ein. Nach einiger Zeit waren die überflüssigen Produkte verkauft, die Fabriken fingen wieder an

zu arbeiten, der Lohn stieg, und allmählich gingen die Geschäfte wieder besser als je. Aber nicht lange, so waren wieder zuviel Waren produziert, und eine neue Krisis trat ein, die gerade wieder denselben Verlauf nahm wie die vorige. So hat seit dem Anfange dieses Jahrhunderts der Zustand der Industrie fortwährend zwischen Epochen der Prosperität und Epochen der Krise geschwankt, und fast regelmäßig alle fünf bis sieben Jahre ist eine solche Krisis eingetreten, welche jedes Mal mit dem größten Elend der Arbeiter, mit allgemeiner revolutionärer Aufregung und mit der größten Gefahr für den ganzen bestehenden Zustand verknüpft war“ (Marx/Engels 2007, 65). (Stütze 2, Wahrheit/Verweis auf Geschichte)

Für Marx bedeuten die Folgen der Industriellen Revolution gleichzeitig die Vermehrung von Frauen- und Kinderarbeit:

(2. Ursachenprämissen, wirtschaftlich, 1. Defizitprämissen)

„Sofern die Maschinerie Muskelkraft entbehrlich macht, wird sie zum Mittel, Arbeiter ohne Muskelkraft oder von unreifer Körperentwicklung, aber größerer Geschmeidigkeit der Glieder anzuwenden. Weiber- und Kinderarbeit war daher das erste Wort der kapitalistischen Anwendung der Maschinerie! Dies gewaltige Ersatzmittel von Arbeit und Arbeitern verwandelte sich sofort in ein Mittel, die Zahl der Lohnarbeiter zu vermehren durch Einreihung aller Mitglieder der Arbeiterfamilie, ohne Unterschied des Geschlechts und Alters, unter die unmittelbare Botmäßigkeit des Kapitals. Die Zwangsarbeit für den Kapitalisten usurpierte nicht nur die Stelle des Kinderspiels, sondern auch der freien Arbeit im häuslichen Kreis, innerhalb sittlicher Schranke, für die Familie selbst.[...] [...] Auf Grundlage des Warenaustausches war es erste Voraussetzung, daß sich Kapitalist und Arbeiter als freie Personen, als unabhängige Warenbesitzer, der eine Besitzer von Geld und Produktionsmitteln, der andre Besitzer von Arbeitskraft, gegenübertraten. Aber jetzt kauft das Kapital Unmündige oder Halbmündige. Der Arbeiter verkaufte früher seine eigne Arbeitskraft, worüber er als formell freie Person verfügte. Er verkauft jetzt Weib und Kind. Er wird Sklavenhändler. Die Nachfrage nach Kinderarbeit gleicht oft auch in der Form der Nachfrage nach Negersklaven, wie man sie in amerikanischen Zeitungsinseraten zu lesen gewohnt war“ (Marx 2007, 377f). (Stütze 2, Wahrheit)

Durch die neue Industrie und des kapitalistischen Systems würden traditionelle Verhältnisse völlig verändert, so Marx:

(2. Ursachenprämissen, wirtschaftlich, 1. Defizitprämissen)

„Es ist jedoch nicht der Mißbrauch der elterlichen Gewalt, der die direkte oder indirekte Ausbeutung unreifer Arbeitskräfte durch das Kapital schuf, sondern es ist umgekehrt die kapitalistische Ausbeutungsweise, welche die elterliche Gewalt, durch Aufhebung der ihr entsprechenden ökonomischen Grundlage, zu einem Mißbrauch gemacht hat. So furchtbar und ekelhaft nun die Auflösung des alten Familienwesens innerhalb des kapitalistischen Systems erscheint, so schafft nichtsdestoweniger die große Industrie mit der entscheidenden Rolle, die sie den Weibern, Jugendlichen und Kindern beiderlei Geschlechts in gesellschaftlich organisierten Produktionsprozessen jenseits des Bereichs des Hauswesens zuweist, die neue ökonomische Grundlage für eine höhere Form der Familie und des Verhältnisses beider Geschlechter“ (Marx 2007, 463f). „Aufhebung der Familie! Selbst die Radikalsten ereifern sich über diese schändliche Absicht der Kommunisten. Worauf beruht die gegenwärtige, die bürgerliche Familie? Auf dem Kapital, auf dem Privaterwerb. Vollständig entwickelt existiert sie nur für die Bourgeoisie; aber sie findet ihre Ergänzung in der erzwungenen Familienlosigkeit der Proletarier und der öffentlichen Prostitution“ (Marx/Engels 2007, 38). (Stütze 1, Erklärung)

Gesellschaftsspaltung-Argument

Im Zuge der Industriellen Revolution komme es zu einer Spaltung der Gesellschaft in zwei gegensätzliche Klassen:

(2. Ursachenprämisse, wirtschaftlich, 1. Defizitprämisse)

„So sind wir jetzt dahin gekommen, daß in den zivilisierten Ländern fast alle Arbeitszweige fabrikmäßig betrieben werden, daß fast in allen Arbeitszweigen das Handwerk und die Manufaktur durch die große Industrie verdrängt worden sind. Dadurch ist der bisherige Mittelstand, besonders die kleinen Handwerksmeister, mehr und mehr ruiniert, die frühere Lage der Arbeiter gänzlich umgewälzt, und (sind) zwei neue, allmählich alle übrigen verschlingenden Klassen geschaffen worden, nämlich:

I. Die Klasse der großen Kapitalisten, welche in allen zivilisierten Ländern schon jetzt fast ausschließlich im Besitz aller Lebensmittel und der zur Erzeugung der Lebensmittel nötigen Rohstoffe und Instrumente (Maschinen, Fabriken) sind. Dies ist die Klasse der *Bourgeois* oder die *Bourgeoisie*.

II. Die Klasse der gänzlich Besitzlosen, welche darauf angewiesen sind, den Bourgeois ihre Arbeit zu verkaufen, um dafür die zu ihrem Unterhalt nötigen Lebensmittel zu erhalten. Die Klasse heißt die Klasse der *Proletarier* oder das *Proletariat*“ (Marx/Engels 2007, 59, Hervorheb. im Original).

„Die ganze Gesellschaft spaltet sich mehr und mehr in zwei große feindliche Lager, in zwei große, einander direkt gegenüberstehende Klassen: Bourgeoisie und Proletariat“ (Marx/Engels 2007, 20). (Stütze 1, Erklärung)

Durch diese Spaltung werde es zu einem revolutionären Kampf der unteren gegen die obere Schicht kommen:

„Obgleich nicht dem Inhalt, ist der Form nach der Kampf des Proletariats gegen die Bourgeoisie zunächst ein nationaler. Das Proletariat eines jeden Landes muß natürlich zuerst mit seiner eigenen Bourgeoisie fertig werden“ (Marx/Engels 2007, 32). (Stütze 2, Kode)

Die Spaltung der Gesellschaft zeigt sich heute mehr oder weniger in den Dimensionen „reich und arm“ und dem Abbau des Mittelstandes.

Maschinensturm-Argument

Der Maschinensturm als Mittel des Arbeitskampfes wird von Marx im „Manifest“ 1848 als Tatsache festgehalten:

„Im Anfang kämpfen die einzelnen Arbeiter, dann die Arbeiter einer Fabrik, dann die Arbeiter eines Arbeitszweiges an einem Ort gegen den einzelnen Bourgeois, der sie direkt ausbeutet. Sie richten ihre Angriffe nicht nur gegen die bürgerlichen Produktionsverhältnisse, sie richten sie gegen die Produktionsinstrumente selbst; sie vernichten die fremden konkurrierenden Waren, sie zerschlagen die Maschinen, sie stecken die Fabriken in Brand, sie suchen sich die untergegangene Stellung des mittelalterlichen Arbeiters wieder zu erringen.

Auf dieser Stufe bilden die Arbeiter ein über das ganze Land zerstreute und durch die Konkurrenz zersplitterte Masse. Massenhaftes Zusammenhalten der Arbeiter ist noch nicht die Folge ihrer eigenen Vereinigung, sondern die Folge der Vereinigung der Bourgeoisie, die zur Erreichung ihrer eigenen politischen Zwecke das ganze Proletariat in Bewegung setzen muß und es einstweilen noch kann“ (Marx/Engels 2007, 28). (Stütze 2, politisch-gesellschaftliche Systemorientierung)

Mit Umsetzung des Kapitals in Produktionsmittel wird das Kapital direkt angreifbar und verletzlich:

„Der Kampf zwischen Kapitalist und Lohnarbeiter beginnt mit dem Kapitalverhältnis selbst. Er tobt fort während der ganzen Manufakturperiode.[...] Aber erst seit der Einführung der Maschinerie bekämpft der Arbeiter das Arbeitsmittel selbst, die materielle Existenzweise des Kapitals. Er revoltiert gegen diese bestimmte Form des Produktionsmittels als die materielle Grundlage der kapitalistischen Produktionsweise“ (Marx 2007, 406f). (Stütze 2, Wahrheit)

Vernetzung-Argument

Marx scheint die Wirkung globaler Netzwerke für die proletarische Revolution bereits zu erahnen:

„Von Zeit zu Zeit siegen die Arbeiter, aber nur vorübergehend. Das eigentliche Resultat ihrer Kämpfe ist nicht der unmittelbare Erfolg, sondern die immer weiter um sich greifende Vereinigung der Arbeiter. Sie wird befördert durch die wachsenden Kommunikationsmittel, die von der großen Industrie erzeugt werden und die Arbeiter der verschiedenen Lokalitäten miteinander in Verbindung setzen“ (Marx/Engels 2007, 29). (Stütze 1, Erklärung)

Engels beschreibt das, was man heute unter Globalisierung verstehen könnte:

(2. Ursachenprämisse, weltwirtschaftlich)

„Es ist dahin gekommen, daß eine neue Maschine, die heute in England erfunden wird, binnen eines Jahres Millionen von Arbeitern in China außer Brot setzt. Auf diese Weise hat die große Industrie alle Völker der Erde miteinander in Verbindung gesetzt, alle kleinen Lokalmärkte zum Weltmarkt zusammengeworfen, überall die Zivilisation und den Fortschritt vorbereitet und es dahin gebracht, daß alles, was in den zivilisierten Ländern geschieht, auf alle anderen Länder zurückwirken muß, so daß, wenn jetzt in England oder Frankreich die Arbeiter sich befreien, dies in allen anderen Ländern Revolutionen nach sich ziehen muß, welche früher oder später ebenfalls die Befreiung der dortigen Arbeiter herbeiführen“ (Marx/Engels 2007, 63). (Stütze 2, Wahrheit)

Der Beginn der Vernetzung der Arbeiter in Form von Gewerkschaftsbewegungen fällt in die Zeit von Marx, seine Ausführungen haben sicherlich mit zu dieser Entwicklung beigetragen.

Eigentumslosigkeit-Argument

Durch die Industrielle Revolution mit deren Veränderungen werde die Eigentumslosigkeit des Proletariats nun manifest:

(1. Defizitprämisse)

„Das Lumpenproletariat, diese passive Verfaulung der untersten Schichten der alten Gesellschaft, wird durch eine proletarische Revolution stellenweise in die Bewegung hineingeschleudert, seiner ganzen Lebenslage nach wird es bereitwilliger sein, sich zu reaktionären Umtrieben erkaufen zu lassen.

Die Lebensbedingungen der alten Gesellschaft sind schon vernichtet in den Lebensbedingungen des Proletariats. Der Proletarier ist eigentumslos; sein Verhältnis zu Weib

5.1 Karl Marx und Friedrich Engels und der Kommunismus

und Kindern hat nichts mehr gemein mit dem bürgerlichen Familienverhältnis; die moderne industrielle Arbeit, die moderne Unterjochung unter das Kapital, dieselbe in England wie in Frankreich, in Amerika wie in Deutschland, hat ihm allen nationalen Charakter abgestreift“ (Marx/Engels 2007, 31). (Stütze 1, wiss. Position)

Bourgeoisie-Argument

Die obere Schicht könne sich nicht länger von der unteren ernähren lassen, sondern müsse selbst für deren Existenzsicherung sorgen:

(3. Alternativprämisse)

„Es tritt hiermit offen hervor, daß die Bourgeoisie unfähig ist, noch länger die herrschende Klasse der Gesellschaft zu bleiben und die Lebensbedingungen ihrer Klasse der Gesellschaft als regelndes Gesetz aufzuzwingen. Sie ist unfähig zu herrschen, weil sie unfähig ist, ihrem Sklaven die Existenz selbst innerhalb seiner Sklaverei zu sichern, weil sie gezwungen ist, ihn in eine Lage herabsinken zu lassen, wo sie ihn ernähren muß, statt von ihm ernährt zu werden“ (Marx/Engels 2007, 33). (Stütze 2, Gesetz)

Zur Erhaltung des Status Quo würde versucht, das soziale Leid zum Teil einzugrenzen:

„Ein Teil der Bourgeoisie wünscht den *sozialen Mißständen* abzuhelfen, um den Bestand der bürgerlichen Gesellschaft zu sichern. Es gehören hierher, Ökonomen, Philanthropen, Humanitäre, Verbesserer der Lage der arbeitenden Klasse, Wohltätigkeits-Organisierer, Abschaffer der Tierquälerei, Mäßigkeits-Vereinsstifter, Winkelreformer der buntscheckigsten Art. Und auch zu ganzen Systemen ist dieser Bourgeois-Sozialismus ausgearbeitet worden“ (Marx/Engels 2007, 50, Hervorheb. im Original). (Stütze 2, Kode/politisch-gesellschaftliche Systemorientierung)

Ausbeutung-Argument

(2. Ursachenprämisse, wirtschaftlich)

„Schafft aber die Lohnarbeit, die Arbeit des Proletariers ihm Eigentum? Keineswegs. Sie schafft das Kapital, d.h. das Eigentum, welches die Lohnarbeit ausbeutet, welches sich nur unter der Bedingung vermehren kann, daß es neue Lohnarbeit erzeugt, um sie von neuem auszubeuten. Das Eigentum in seiner heutigen Gestalt bewegt sich in dem Gegensatz von Kapital und Lohnarbeit. Betrachten wir die beiden Seiten dieses Gegensatzes. Kapitalist sein, heißt nicht nur eine rein persönliche, sondern eine gesellschaftliche Stellung in der Produktion einnehmen“ (Marx/Engels 2007, 35). (Stütze 2, Wahrheit/Kode)

Kommunismus-Argument

Engels beginnt den Fragenkatalog seiner 25 Fragen mit der

(5. Adäquatheitsprämisse, Befreiung)

„1. Frage: Was ist der Kommunismus?“

Antwort: Der Kommunismus ist die Lehre von den Bedingungen der Befreiung des Proletariats“ (Marx/Engels 2007, 57). (Stütze 1, Wissenschaft)

Die Ziele der Kommunisten formuliert Marx:

(3. Alternativprämisse)

„Der nächste Zweck der Kommunisten ist derselbe wie der aller übrigen proletarischen Parteien: Bildung des Proletariats zur Klasse, Sturz der Bourgeoisieherrschaft, Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat“ (Marx/Engels 2007, 34). (Stütze 4, Gebot)

Mit der Abschaffung des Eigentums als Ziel des Kommunismus sei nicht das kleine Eigentum des Lohnarbeiters gemeint:

(1. Defizitprämisse)

„Man hat uns Kommunisten vorgeworfen, wir wollten das persönlich erworbene, selbsterarbeitete Eigentum abschaffen; das Eigentum, welches die Grundlage aller persönlichen Freiheit, Tätigkeit und Selbständigkeit bilde.

Erarbeitetes, erworbenes, selbstverdientes Eigentum! Sprecht ihr von dem kleinbürgerlichen, kleinbäuerlichen Eigentum, welches dem bürgerlichen Eigentum vorherging? Wir brauchen es nicht abzuschaffen, die Entwicklung der Industrie hat es abgeschafft und schafft es täglich ab“ (Marx/Engels 2007, 35). (Stütze 1, Erklärung/Wissen)

Lohnarbeit als Mittel zum Zweck nur für die Reproduktion müsse überwunden werden, der Lebenswert des Arbeiters müsse gesteigert werden:

(1. Defizitprämisse, 5. Adäquatheitsprämisse, Erweiterung/Bereicherung/Beförderung)

„Der Durchschnittspreis der Lohnarbeit ist das Minimum des Arbeitslohnes, d. h. die Summe der Lebensmittel, die notwendig sind, um den Arbeiter am Leben zu erhalten. Was also der Lohnarbeiter durch seine Tätigkeit sich aneignet, reicht bloß dazu hin, um sein nacktes Leben wieder zu erzeugen. Wir wollen diese persönliche Aneignung der Arbeitsprodukte zur Wiedererzeugung des unmittelbaren Lebens keineswegs abschaffen, eine Aneignung, die keinen Reinertrag übrigläßt, der Macht über fremde Arbeit geben könnte. Wir wollen nur den elenden Charakter dieser Aneignung aufheben, worin der Arbeiter nur lebt, um das Kapital zu vermehren, nur so weit lebt, wie es das Interesse der herrschenden Klasse erheischt.

In der bürgerlichen Gesellschaft ist die lebendige Arbeit nur ein Mittel, die aufgehäuften Arbeit zu vermehren. In der kommunistischen Gesellschaft ist die aufgehäuften Arbeit nur ein Mittel, um den Lebensprozeß der Arbeiter zu erweitern, zu bereichern, zu befördern.

In der bürgerlichen Gesellschaft herrscht also die Vergangenheit über die Gegenwart, in der kommunistischen die Gegenwart über die Vergangenheit. In der bürgerlichen Gesellschaft ist das Kapital selbständig und persönlich, während das tätige Individuum unselbständig und unpersönlich ist“ (Marx/Engels 2007, 36). (Stütze 4, Gebot)

Prinzipiell sei gegen privates Eigentum nichts einzuwenden, aber wenn es als eingesetztes Kapital dazu diene, Arbeitskräfte auszubeuten, müsse dagegen angegangen werden:

(3. Alternativprämisse)

„Der Kommunismus nimmt keinem die Macht, sich gesellschaftliche Produkte anzueignen, er nimmt nur die Macht, sich durch diese Aneignung fremde Arbeit zu unterjochen“ (Marx/Engels 2007, 37). (Stütze 4, Wissen als Interpretation)

Die kommunistische Revolution als die vom Proletariat ausgehende sei

5.1 Karl Marx und Friedrich Engels und der Kommunismus

vor allem in Deutschland zu forcieren:

(3. Alternativprämisse)

„Auf Deutschland richten die Kommunisten ihre Hauptaufmerksamkeit, weil Deutschland am Vorabend einer bürgerlichen Revolution steht und weil es diese Umwälzung unter fortgeschritteneren Bedingungen der europäischen Zivilisation überhaupt, und mit einem viel weiter entwickelten Proletariat vollbringt als England im siebzehnten und Frankreich im achtzehnten Jahrhundert, die deutsche bürgerliche Revolution also nur das unmittelbare Vorspiel einer proletarischen Revolution sein kann.

Mit einem Wort, die Kommunisten unterstützen überall jede revolutionäre Bewegung gegen die bestehenden gesellschaftlichen und politischen Zustände.

In allen diesen Bewegungen heben sie die Eigentumsfrage, welche mehr oder minder entwickelte Form sie auch angenommen haben möge, als die Grundfrage der Bewegung hervor.

Die Kommunisten arbeiten endlich überall an der Verbindung und Verständigung der demokratischen Parteien aller Länder.

Die Kommunisten verschmähen es, ihre Ansichten und Absichten zu verheimlichen. Sie erklären es offen, daß ihre Zwecke nur erreicht werden können durch den gewaltsamen Umsturz aller bisherigen Gesellschaftsordnung. Mögen die herrschenden Klassen vor einer Kommunistischen Revolution zittern. Die Proletarier haben nichts in ihr zu verlieren als ihre Ketten. Sie haben eine Welt zu gewinnen.

PROLETARIER ALLER LÄNDER VEREINIGT EUCH!“

(Marx/Engels 2007, 56; Hervorheb. im Original). (Stütze 4, Gebot)

Der Kommunismus scheint für Marx die einzig wahre Wirklichkeit zu sein:

(3. Alternativprämisse)

„Der Kommunismus ist die Position als Negation der Negation, darum das *wirkliche*, für die nächste geschichtliche Entwicklung notwendige Moment der menschlichen Emanzipation und Wiedergewinnung. Der *Kommunismus* ist die notwendige Gestalt und das energische Prinzip der nächsten Zukunft, aber der Kommunismus ist nicht als solcher das Ziel der menschlichen Entwicklung, - die Gestalt der menschlichen Gesellschaft“ (Marx 1970, 126, Hervorheb. im Original). „Der Kommunismus ist für uns nicht ein *Zustand*, der hergestellt werden soll, ein *Ideal*, wonach die Wirklichkeit sich zu richten haben [wird, MM]. Wir nennen den Kommunismus die *wirkliche* Bewegung, welche den jetzigen Zustand aufhebt. Die Bedingungen dieser Bewegung ergeben sich aus der jetzt bestehenden Voraussetzung“ (Marx 1970_b, 25, Hervorheb. im Original). (Stütze 2, Absolute Norm/Wahrheit)

Die freie Entfaltung der Persönlichkeit sei erst in der angestrebten kommunistischen Gesellschaft zu erreichen:

(5. Adäquatheitsprämisse, 6. Ausnahmeprämisse, Bedingung)

„In einer höheren Phase der kommunistischen Gesellschaft, nachdem die knechtende Unterordnung der Individuen unter die Teilung der Arbeit, damit auch der Gegensatz geistiger und körperlicher Arbeit verschwunden ist; nachdem die Arbeit nicht nur Mittel zum Leben, sondern selbst das erste Lebensbedürfnis geworden; nachdem mit der allseitigen Entwicklung der Individuen auch ihre Produktivkräfte gewachsen und alle Springquellen des genossenschaftlichen Reichtums voller fließen – erst dann kann

der enge bürgerliche Rechtshorizont ganz überschritten werden und die Gesellschaft auf ihre Fahne schreiben: Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen“ (Marx 1972, 24f)! (Stütze 4, Gebot)

Sozialismus-Argument

Für Marx ist der Sozialismus nur ein Übergangsstadium zum Kommunismus. Die Differenz beider Begriffe, welche in Wissenschaft und Alltag häufig synonym verwandt werden, wird folgendermaßen verdeutlicht:

„Derjenige Teil der Arbeiter dagegen, der, von der Unzulänglichkeit bloßer politischer Umwälzungen überzeugt, eine gründliche Umgestaltung der Gesellschaft forderte, der Teil nannte sich damals kommunistisch. [...] Sozialismus bedeutete 1847 eine Bourgeoisbewegung, Kommunismus eine Arbeiterbewegung. Der Sozialismus war, auf dem Kontinent wenigstens, salonfähig, der Kommunismus war das gerade Gegenteil. Und da wir schon damals sehr entschieden der Ansicht waren, daß 'die Emanzipation der Arbeiter das Werk der Arbeiterklasse selbst sein muß', so konnten wir keinen Augenblick im Zweifel sein, welchen der beiden Namen zu wählen. Auch seitdem ist es uns nie eingefallen, ihn zurückzuweisen“ (Marx/Engels 2007, 17). (Stütze 1, Erklärung)

Auch Engels entlarvt den Sozialismus als zu überwindendes Durchgangsstadium hin zu einem Kommunismus. Auf die vierundzwanzigste Frage, wie sich Kommunisten und Sozialisten denn voneinander unterscheiden, antwortet Engels:

(1. Defizitprämisse)

„Die sogenannten Sozialisten teilen sich in drei Klassen.

Die erste Klasse besteht aus Anhängern der feudalen und patriarchalischen Gesellschaft, welche durch die große Industrie, den Welthandel und die durch beide geschaffene Bourgeois-Gesellschaft vernichtet worden ist und noch täglich vernichtet wird. Diese Klasse zieht aus den Übeln der jetzigen Gesellschaft den Schluß, daß die feudale und patriarchalische Gesellschaft wiederhergestellt werden müsse, weil sie von diesen Übeln frei war. Alle ihre Vorschläge gehen auf geraden oder krummen Wegen diesem Ziele zu. Diese Klasse *reaktionärer* Sozialisten wird trotz ihrer angeblichen Teilnahme und heißen Tränen für das Elend des Proletariats dennoch stets von den Kommunisten energisch angegriffen werden, denn

1. erstrebt sie etwas rein Unmögliches;
2. sucht sie die Herrschaft der Aristokratie, der Zunftmeister und Manufakturisten mit ihrem Gefolge von absoluten oder feudalen Königen, Beamten, Soldaten und Pfaffen herzustellen, eine Gesellschaft, die zwar von den Übelständen der jetzigen Gesellschaft frei war, dafür aber wenigstens ebensoviel andere Übel mit sich führte und nicht einmal die Aussicht auf die Befreiung der unterdrückten Arbeiter durch eine kommunistische Organisation darbot;
3. kehrt sie ihre wirklichen Absichten jedesmal heraus, wenn das Proletariat revolutionär und kommunistisch wird, wo sie sich dann sogleich mit der Bourgeoisie gegen die Proletarier verbündet.

Die zweite Klasse besteht aus Anhängern der jetzigen Gesellschaft, welchen die aus dieser notwendig hervorgehenden Übel Befürchtungen für den Bestand dieser Gesellschaft erweckt haben. Sie streben also danach, die jetzige Gesellschaft beizubehalten, aber die mit ihr verbundenen Übel zu beseitigen. Zu diesem Zweck schlagen die einen bloße Wohltätigkeitsmaßregeln vor, die anderen großartige Reformsysteme, welche

5.1 Karl Marx und Friedrich Engels und der Kommunismus

unter dem Vorwand, die Gesellschaft zu reorganisieren, die Grundlagen der jetzigen Gesellschaft und damit die jetzige Gesellschaft beibehalten wollen. Diese *Bourgeoisie-Sozialisten* werden ebenfalls von den Kommunisten fortwährend bekämpft werden müssen, denn sie arbeiten für die Feinde der Kommunisten und verteidigen die Gesellschaft, welche die Kommunisten gerade stürzen wollen.

Die dritte Klasse endlich besteht aus demokratischen Sozialisten, welche auf demselben Wege wie die Kommunisten einen Teil der in Frage 18 angegebenen Maßregeln wollen¹⁰¹, aber nicht als Übergangsmittel zum Kommunismus, sondern als Maßregeln, welche hinreichend sind, um das Elend aufzuheben. Diese *demokratischen Sozialisten* sind entweder Proletarier, die über die Bedingungen der Befreiung ihrer Klasse noch nicht hinreichend aufgeklärt sind, oder sie sind Repräsentanten der Kleinbürger, einer Klasse, welche bis zur Erringung der Demokratie und der aus ihr hervorgehenden sozialistischen Maßregeln in vieler Beziehung dasselbe Interesse haben wie die Proletarier. Die Kommunisten werden deshalb in den Momenten der Handlung sich mit diesen demokratischen Sozialisten zu verständigen und überhaupt mit ihnen für den Augenblick möglichst gemeinsame Politik zu befolgen haben, sofern diese Sozialisten nicht in den Dienst der herrschenden Bourgeoisie treten und die Kommunisten angreifen. Daß diese gemeinsame Handlungsweise die Diskussion der Differenzen mit ihnen nicht ausschließt, ist klar“ (Marx/Engels 2007, 76ff, Hervorheb. im Original). (Stütze 1, Erklärung/wiss. Position)

Tätigkeit-Argument

In dem Moment, wo das Privateigentum nicht mehr als Kapital für die Ausbeutung der Arbeiterklasse zweckentfremdet wird und die Arbeiter nicht mehr dem Arbeitszwang unterliegen, könne die Befürchtung bestehen, dass niemand mehr arbeiten wolle. Dem entgegnet Marx:

„Man hat eingewendet, mit der Aufhebung des Privateigentums werde alle Tätigkeit aufhören und eine allgemeine Faulheit einreißen.

Hiernach müßte die bürgerliche Gesellschaft längst an der Trägheit zugrunde gegangen sein; denn die in ihr arbeiten, erwerben nicht, und die in ihr erwerben, arbeiten nicht. Das ganze Bedenken läuft auf die Tautologie hinaus, daß es keine Lohnarbeit mehr gibt, sobald es kein Kapital mehr gibt“ (Marx/Engels 2007, 37). (Stütze 1, Erklärung)

Weibergemeinschaft-/Prostitution-Argument

Mit der durch Marx und Engels initiierten Arbeiternehmerbewegung beginnt auch die Frauenbewegung. Der Verkauf von Arbeitskraft werde durch die Prostitution am deutlichsten und klarsten dargestellt. Mit der Überwindung der durch das Kapital bestimmten Herrschaftsform gewannen auch die Frauen an Freiheit:

¹⁰¹ Siehe hierzu auch die achtzehnte Frage unter dem Revolution-Argument.

(5. Adäquatheitsprämisse)

„Aber ihr Kommunisten wollt die Weibergemeinschaft einführen, schreit uns die ganze Bourgeoisie im Chor entgegen. Der Bourgeois sieht in seiner Frau ein bloßes Produktionsinstrument. Er hört, daß die Produktionsinstrumente gemeinschaftlich ausgebeutet werden sollen, und kann sich natürlich nicht anders denken, als daß das Los der Gemeinschaftlichkeit die Weiber gleichfalls treffen wird.

Er ahnt nicht, daß es sich eben darum handelt, die Stellung der Weiber als bloßer Produktionsinstrumente aufzuheben.

Übrigens ist nichts lächerlicher als das hochmoralische Entsetzen unsrer Bourgeois über die angebliche offizielle Weibergemeinschaft der Kommunisten. Die Kommunisten brauchen die Weibergemeinschaft nicht einzuführen, sie hat fast immer existiert.

Unsere Bourgeois, nicht zufrieden damit, daß ihnen die Weiber und Töchter ihrer Proletarier zur Verfügung stehen, von der offiziellen Prostitution gar nicht zu sprechen, finden ein Hauptvergnügen darin, ihre Ehefrauen wechselseitig zu verführen.

Die bürgerliche Ehe ist in Wirklichkeit die Gemeinschaft der Ehefrauen. Man könnte höchstens den Kommunisten vorwerfen, daß sie an Stelle einer heuchlerisch versteckten eine offizielle, offenherzige Weibergemeinschaft einführen wollen. Es versteht sich übrigens von selbst, daß mit Aufhebung der jetzigen Produktionsverhältnisse auch die aus ihnen hervorgehende Weibergemeinschaft, d. h. die offizielle und nichtoffizielle Prostitution, verschwindet“ (Marx/Engels 2007, 39f). (Stütze 1, Erklärung)

Dies ergänzt und bestätigt Engels dann später im „Manifest“:

(1. Defizitprämisse)

„Die Weibergemeinschaft ist ein Verhältnis, was ganz der bürgerlichen Gesellschaft angehört und heutzutage in der Prostitution vollständig besteht. Die Prostitution beruht aber auf dem Privateigentum und fällt mit ihm. Die kommunistische Organisation also, statt die Weibergemeinschaft einzuführen, hebt sie vielmehr auf“ (Marx/Engels 2007, 76). (Stütze 1, Erklärung)

Sklaven-Argument

Wie später bei Rudolf Steiner wird die Sklaverei¹⁰² als Bezugspunkt herangezogen. Auf die siebte Frage, wodurch sich der Proletarier vom Sklaven unterscheidet, gibt Engels folgende Antwort:

(3. Alternativprämisse)

„Der Sklave ist ein für allemal verkauft. Der Proletarier muß sich täglich und stündlich selbst verkaufen. Der einzelne Sklave, Eigentum eines Herrn, hat schon durch das Interesse dieses Herrn eine gesicherte Existenz, so elend sie sein mag. Der einzelne

¹⁰² Der Begriff „Sklaverei“ ist in meiner beruflichen Praxis in Zusammenarbeit mit ALG-II-Empfängern sehr häufig gefallen, vor allem dann, wenn die Betroffenen bei Zeit- und Leiharbeitsfirmen von den ihres Erachtens unwürdigen Arbeitsbedingungen berichtet haben. Damit kritisieren die Betroffenen den von Marx und Engels beschriebenen „Proletarier-Status“. In der eingangs polemisch formulierten möglichen Ersetzung des Begriffes „Proletariat“ durch „Prekariat“ im „Manifest“ wird dies hier nochmals deutlich.

5.1 Karl Marx und Friedrich Engels und der Kommunismus

Proletarier, Eigentum sozusagen der ganzen Bourgeois*klasse*, dem seine Arbeit nur dann abgekauft wird, wenn jemand ihrer bedarf, hat keine gesicherte Existenz. Diese Existenz ist nur der ganzen Arbeiter*klasse* gesichert. Der Sklave steht außerhalb der Konkurrenz, der Proletarier steht in ihr und fühlt alle ihre Schwankungen. Der Sklave gilt für eine Sache, nicht für ein Mitglied der bürgerlichen Gesellschaft; der Proletarier ist als Person, als Mitglied der bürgerlichen Gesellschaft anerkannt. Der Sklave kann also eine bessere Existenz haben als der Proletarier, aber der Proletarier gehört einer höheren Entwicklungsstufe der Gesellschaft an und steht selbst auf einer höheren Stufe als der Sklave. Der Sklave befreit sich, indem er von allen Privateigentumsverhältnissen nur das Verhältnis der Sklaverei aufhebt und dadurch selbst erst Proletarier wird; der Proletarier kann sich nur dadurch befreien, daß er das Privateigentum überhaupt aufhebt“ (Marx/Engels 2007, 60f, Hervorheb. im Original). (Stütze 1, wiss. Position)

Leibeigenen-Argument

Auch hier ist wie bei Steiner die historische Entwicklung von der Sklaverei über die Leibeigenschaft bis zum Proletariat nachzuvollziehen. Nun sei eine weitere Stufe zu erklimmen:

(3. Alternativprämisse)

„8. Frage: Wodurch unterscheidet sich der Proletarier vom Leibeigenen?

Antwort: Der Leibeigene hat den Besitz und die Benutzung eines Produktionsinstrumentes, eines Stückes Boden, gegen Abgabe eines Teils des Ertrages oder gegen Leistung von Arbeit. Der Proletarier arbeitet mit Produktionsinstrumenten eines anderen für Rechnung dieses andern gegen Empfang eines Teils des Ertrages. Der Leibeigene gibt ab, dem Proletarier wird abgegeben. Der Leibeigene hat eine gesicherte Existenz, der Proletarier hat sie nicht. Der Leibeigene steht außerhalb der Konkurrenz, der Proletarier steht in ihr. Der Leibeigene befreit sich, entweder indem er in die Städte entläuft und dort Handwerker wird oder indem er statt Arbeit und Produkten Geld an seinen Gutsherrn gibt und freier Pächter wird oder indem er seinen Feudalherrn verjagt und selbst Eigentümer wird, kurz, indem er auf eine oder die andere Weise in die besitzende Klasse und in die Konkurrenz eintritt. Der Proletarier befreit sich, indem er die Konkurrenz, das Privateigentum und alle Klassenunterschiede aufhebt“ (Marx/Engels 2007, 61f). (Stütze 1, Erklärung)

Gesellschaftsneuordnung-Argument

Auf die dreizehnte Frage, was aus den sich wiederholenden Handelskrisen folge, antwortet Engels unter anderem¹⁰³:

(2. Ursachenprämisse, wirtschaftlich, 5. Adäquatheitsprämisse)

„daß die große Industrie, solange sie auf dem jetzigen Fuße betrieben wird, sich nur durch eine von sieben zu sieben Jahren sich wiederholende allgemeine Verwirrung erhalten kann, welche jedes Mal die ganze Zivilisation bedroht und nicht nur die Proletarier ins Elend stürzt, sondern auch eine große Anzahl von Bourgeois ruiniert; daß also die große Industrie selbst entweder ganz aufgegeben werden muß, was eine abso-

¹⁰³ Vgl. auch die 6. Frage unter dem Gesellschaftsneuordnung-Argument.

lute Unmöglichkeit ist, oder daß sie eine ganz neue Organisation der Gesellschaft durchaus notwendig macht, in welcher nicht mehr einzelne einander Konkurrenz machende Fabrikanten, sondern die ganze Gesellschaft nach einem festen Plan und nach den Bedürfnissen aller die industrielle Produktion leitet.

Zweitens: Daß die große Industrie und die durch sie möglich gemachte Ausdehnung der Produktion ins Unendliche einen Zustand der Gesellschaft möglich machen, in welchem so viel von allen Lebensbedürfnissen produziert wird, daß jedes Mitglied der Gesellschaft dadurch in den Stand gesetzt wird, alle seine Kräfte und Anlagen in vollständiger Freiheit zu entwickeln und zu betätigen, so daß also gerade diejenige Eigenschaft der großen Industrie, welche in der heutigen Gesellschaft alles Elend und alle Handelskrisen erzeugt, gerade dieselbe ist, welche unter einer anderen gesellschaftlichen Organisation eben dieses Elend und diese unglückbereitenden Schwankungen vernichten wird, so daß also auf klarste bewiesen ist:

1. Daß von jetzt an alle diese Übel nur der für die Verhältnisse nicht mehr passenden Gesellschaftsordnung zuzuschreiben sind, und
2. daß die Mittel vorhanden sind, um durch eine neue Gesellschaftsordnung diese Übel gänzlich zu beseitigen“ (Marx/Engels 2007, 66, Hervorheb. im Original). (Stütze 1, Erklärung)

Die Abschaffung des Privateigentums in Form des Kapitals, welches die Arbeiter unter seine Herrschaft unterjocht, sei die Voraussetzung für eine neue Gesellschaftsordnung:

(2. Ursachenprämisse, historisch, 6. Ausnahmeprämisse, Bedingung)

„Die Abschaffung des Privateigentums ist sogar die kürzeste und bezeichnendste Zusammenfassung der aus der Entwicklung der Industrie notwendig hervorgehenden Umgestaltung der gesamten Gesellschaftsordnung und wird daher mit Recht von den Kommunisten als Hauptforderung hervorgehoben“ (Marx/Engels 2007, 67). „Solange nicht soviel produziert werden kann, daß nicht nur für alle genug vorhanden ist, sondern auch noch ein Überschuß von Produkten zur Vermehrung des gesellschaftlichen Kapitals und zur weiteren Ausbildung der Produktionskräfte bleibt, solange muß es immer eine herrschende, über die Produktivkräfte der Gesellschaft verfügende und eine arme, unterdrückte Klasse geben. Wie diese Klassen beschaffen sein werden, wird von der Entwicklungsstufe der Produktion abhängen. Das vom Landbau abhängige Mittelalter gibt uns den Baron und den Leibeigenen, die Städte des späteren Mittelalters zeigen uns den Zunftmeister und den Gesellen und Tagelöhner, das 17. Jahrhundert hat den Manufakturisten und den Manufakturarbeiter, das neunzehnte Jahrhundert den großen Fabrikanten und den Proletarier. Es ist klar, daß bisher die Produktivkräfte noch nicht soweit entwickelt waren, daß für alle genug produziert werden konnte, und daß das Privateigentum für diese Produktivkräfte eine Fessel, eine Schranke geworden war. Jetzt aber, wo durch die Entwicklung der großen Industrie *erstens* Kapitalisten und Produktivkräfte in einem nie vorher gekannten Maße erzeugt und die Mittel vorhanden sind, diese Produktivkräfte in kurzer Zeit ins Unendliche zu vermehren; wo *zweitens* diese Produktivkräfte in den Händen weniger Bourgeois zusammengedrängt sind, während die große Masse des Volkes immer mehr zu Proletariern wird, während ihre Lage in demselben Maße elender und unerträglicher wird, in welchem die Reichtümer der Bourgeois sich vermehren; wo *drittens* diese gewaltigen und leicht zu vermehrenden Produktivkräfte so sehr dem Privateigentum und den Bourgeois über den Kopf gewachsen sind, daß sie jeden Augenblick die gewaltsamsten Störungen in der gesellschaftlichen Ordnung hervorrufen, jetzt erst ist die Aufhebung des Privateigentums nicht nur möglich, sondern sogar durchaus notwendig geworden“ (ebd., 68f). (Stützen 3. u 4., Exempel, Gebot)

Revolution-Argument

Für Marx und Engels steht fest, die neue Gesellschaftsordnung könne nur über eine Revolution erreicht werden. Engels beantwortet dazu die folgenden beiden Fragen:

„18. Frage: *welchen Entwicklungsgang wird diese Revolution nehmen?*“

Antwort: Sie wird vor allen Dingen eine demokratische Staatsverfassung und damit direkt oder indirekt die politische Herrschaft des Proletariats herstellen. Direkt in England, wo die Proletarier schon die Majorität des Volkes ausmachen. Indirekt in Frankreich und Deutschland, wo die Majorität des Volkes nicht nur aus Proletariern, sondern auch aus kleinen Bauern und Bürgern besteht, welche eben erst im Übergang ins Proletariat begriffen sind und in allen ihren politischen Interessen mehr und mehr vom Proletariat abhängig werden und sich daher bald den Forderungen des Proletariats fügen müssen. Dies wird vielleicht einen zweiten Kampf kosten, der aber nur mit dem Siege des Proletariats endigen kann“ (Marx/Engels 2007, 69f). (Stütze 2, politisch-gesellschaftliche Systemorientierung)

„19. Frage: *Wird diese Revolution in einem einzigen Land allein vor sich gehen können?*“

Antwort: Nein. Die große Industrie hat schon dadurch, daß sie den Weltmarkt geschaffen hat, alle Völker der Erde und namentlich die zivilisierten in eine solche Verbindung miteinander gebracht, daß jedes einzelne Volk davon abhängig ist, was bei einem anderen geschieht. Sie hat ferner in allen zivilisierten Ländern die gesellschaftliche Entwicklung soweit gleich gemacht, daß in allen diesen Ländern Bourgeoisie und Proletariat die beiden entscheidenden Klassen der Gesellschaft, der Kampf zwischen beiden der Hauptkampf des Tages geworden. Die kommunistische Revolution wird daher keine bloß nationale, sie wird eine in allen zivilisierten Ländern, das heißt wenigstens in England, Amerika, Frankreich und Deutschland gleichzeitig vor sich gehende Revolution sein“ (Marx/Engels 2007, 72). (Stütze 2, politisch-gesellschaftliche Systemorientierung)

Die Revolution ist für Marx unumgänglich:

„Zwischen der kapitalistischen und der kommunistischen Gesellschaft liegt die Periode der revolutionären Umwandlung der einen in die andre. Der entspricht auch eine politische Übergangsperiode, deren Staat nichts anderes sein kann als *die revolutionäre Diktatur des Proletariats*“ (Marx 1972, 33). (Stütze 2, politisch-gesellschaftliche Systemorientierung)

Abstraktheit-Argument

Die durch die Industrielle Revolution hervorgerufenen Arbeitsprozesse verdrängten die bisher konkreten Arbeitstätigkeiten:

(2. Ursachenprämisse, historisch/wirtschaftlich)

„Mit dem nützlichen Charakter der Arbeitsprodukte verschwindet der nützliche Charakter der in ihnen dargestellten Arbeiten, es verschwinden also auch die verschiedenen konkreten Formen dieser Arbeiten, sie unterscheiden sich nicht länger, sondern sind allesamt reduziert auf gleiche menschliche Arbeit, abstrakt menschliche Arbeit. [...] Ein Gebrauchswert oder Gut hat also nur Wert, weil abstrakt menschliche Arbeit in ihm vergegenständlicht oder materialisiert ist“ (Marx 2007, 52). (Stütze 1, Wissen/Erklärung)

Quantum-Argument

Durch den technischen Fortschritt könne durch weniger Arbeitskraft gleichzeitig ein höheres Quantum an Ware produziert werden:

„Nach der Einführung des Dampfwebstuhls in England z. B. genügte vielleicht halb so viel Arbeit als vorher, um ein gegebenes Quantum Garn in Gewebe zu verwandeln. Der englische Handweber brauchte zu dieser Verwandlung in der Tat nach wie vor dieselbe Arbeitszeit, aber das Produkt seiner individuellen Arbeitsstunde stellte jetzt nur noch eine halbe gesellschaftliche Arbeitsstunde dar und fiel daher auf die Hälfte seines früheren Werts.

Es ist also nur das Quantum gesellschaftlich notwendiger Arbeit oder die zur Herstellung eines Gebrauchswerts gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit, welche seine Wertgröße bestimmt.^[1] Die einzelne Ware gilt hier überhaupt als Durchschnittsexemplar ihrer Art.^[2] Waren, worin gleich große Arbeitsquanta enthalten sind oder die in derselben Arbeitszeit hergestellt werden können, haben daher dieselbe Wertgröße. Der Wert einer Ware verhält sich zum Wert jeder andren Ware, wie die zur Produktion der einen notwendigen Arbeitszeit zu der für die Produktion der andren notwendigen Arbeitszeit“ (Marx 2007, 53). (Stütze 2, Absolute Norm)

Durch die Erhöhung des Quantums an Ware bei gleichzeitig sinkender der für seine Herstellung benötigten Arbeitszeit und -kraft, sinke auch der Wert der Ware:

„Die Wertgröße einer Ware bliebe daher konstant, wäre die zu ihrer Produktion erheischte Arbeitszeit konstant. Letztere wechselt aber mit jedem Wechsel in der Produktivkraft der Arbeit. Die Produktivkraft der Arbeit ist durch mannigfache Umstände bestimmt, unter andren durch den Durchschnittsgrad des Geschickes der Arbeiter, die Entwicklungsstufe der Wissenschaft und ihrer technischen Anwendbarkeit, die gesellschaftliche Kombination des Produktionsprozesses, den Umfang und die Wirkungsfähigkeit der Produktionsmittel, und durch Naturverhältnisse. [...] Gelingt es, mit wenig Arbeit Kohle in Diamant zu verwandeln, so kann sein Wert unter den Zielsteinen fallen. Allgemein: je größer die Produktivkraft der Arbeit, desto kleiner die zur Herstellung eines Artikels erheischte Arbeitszeit, desto kleiner sein Wert. Umgekehrt, je kleiner die Produktivkraft der Arbeit, desto größer die zu Herstellung eines Artikels notwendige Arbeitszeit, desto größer sein Wert. Die Wertgröße einer Ware wechselt also direkt wie das Quantum und umgekehrt wie die Produktivkraft der sich in ihr verwirklichenden Arbeit“ (Marx 2007, 54). (Stütze 1, Wissen)

Gebrauchswert-Argument

Zum Verhältnis von Gebrauchswert und Tauschwert schreibt Marx:

„Seine Ware [die des Warenbesitzers, MM] hat für ihn keinen unmittelbaren Gebrauchswert. Sonst führte er sie nicht zu Markt. Sie hat Gebrauchswert für andre. Für ihn hat sie unmittelbar nur den Gebrauchswert, Träger von Tauschwert und so Tauschmittel zu sein.^[1] Darum will er sie veräußern für Ware, deren Gebrauchswert ihm Genüge tut. Alle Waren sind Nicht-Gebrauchswerte für ihre Besitzer, Gebrauchswerte für ihre Nicht-Besitzer“ (Marx 2007, 96f). „Ganz gleichgültig als gegen ihre natürliche Existenzweise, und ohne Rücksicht auf die spezifische Natur des Bedürfnisses, wofür sie Gebrauchswerte, decken sich Waren in bestimmten Quantitäten, ersetzen einander im Austausch, gelten als Äquivalente, und stellen so trotz ihres buntscheckigen Scheins dieselbe Einheit dar.

Die Gebrauchswerte sind unmittelbar Lebensmittel. Umgekehrt aber sind diese Lebensmittel selbst Produkte des gesellschaftlichen Lebens, Resultat verausgabter

5.1 Karl Marx und Friedrich Engels und der Kommunismus

menschlicher Lebenskraft, *vergegenständlichte Arbeit*. Als Materiatoren der gesellschaftlichen Arbeit sind alle Waren Kristallisationen derselben Einheit. Der bestimmte Charakter dieser Einheit, d. h. der Arbeit, [stellt] [...] sich im Tauschwert dar“ (Marx 1971, 23, Hervorheb. im Original). (Stütze 1, wiss. Position)

Verändere sich der Tauschwert, durch das beständig wechselnde Quantum an Arbeitszeit, so bliebe der Gebrauchswert konstant:

„Bleibe daher das zur Produktion von Waren erheischte Arbeitsquantum konstant, so wäre ihr Tauschwert unveränderlich. Aber die Leichtigkeit und Schwierigkeit der Produktion wechseln beständig. Wächst die Produktivität der Arbeit, so produziert sie denselben Gebrauchswert in kürzerer Zeit. Fällt die Produktivkraft der Arbeit, so wird mehr Zeit erheischt zur Produktion desselben Gebrauchswerts. Die Größe der in einer Ware enthaltenen Arbeitszeit, also ihr Tauschwert, ist daher ein wechselnder, steigt oder fällt in umgekehrtem Verhältnis zum Steigen oder Fallen der Produktivkraft der Arbeit. [...] Verschiedene Gebrauchswerte enthalten in ungleichen Volumen dieselbe Arbeitszeit oder denselben Tauschwert. In je kleinerem Volumen ihres Gebrauchswerts, verglichen mit den andern Gebrauchswerten, eine Ware, ein bestimmtes Quantum Arbeitszeit enthält, um so größer ist ihr *spezifischer Tauschwert*“ (Marx 1971, 33, Hervorheb. im Original). (Stütze 1, Erklärung/wiss. Position)

Wucher-Argument

Mit Bezug auf Luther vergleicht Marx den Kapitalisten, welcher Marx zufolge das Kapital horte, mit dem Wucherer:

(1. Defizitprämisse)

„Die Akkumulation [des Kapitals, MM] ist Eroberung der Welt des gesellschaftlichen Reichtums. Sie dehnt mit der Masse des ausgebeuteten Menschenmaterials zugleich die direkte und indirekte Herrschaft des Kapitalisten aus“ (Marx 2007, 545).

In einer daran anschließenden Fußnote ergänzt Marx unter anderem noch Folgendes:

„In der altmodischen, wenn auch stets erneuten, Form des Kapitalisten, im Wucherer veranschaulicht Luther sehr gut die Herrschsucht als Element des Bereicherungstriebs“ (ebd.). (Stütze 1, wiss. Position)

Reservearmee-Argument

Die Entstehung von überzähligen Arbeitskräften führt Marx nur auf die kapitalistische Herrschaft zurück, obwohl er sich auch, der auch innerhalb einer kommunistischen Gesellschaftsform vorzufindenden, industrialistischen Ursachen dafür bewusst ist:

(1. Defizitprämisse)

„Mit der durch sie selbst produzierten Akkumulation des Kapitals produziert die Arbeiterbevölkerung also in wachsendem Umfang die Mittel ihrer eignen relativen Überzähligmachung.^[1] Es ist dies ein der kapitalistischen Produktionsweise eigentümliches Bevölkerungsgesetz, wie in der Tat jede besondere historische Produktionsweise ihre besondern, historisch gültigen Bevölkerungsgesetze hat. [...] Wenn aber eine Arbeiterüberbevölkerung notwendiges Produkt der Akkumulation oder der Entwick-

5 Textanalyse und Interpretation von Grundeinkommenspädagogiken

lung des Reichtums auf kapitalistischer Grundlage ist, wird diese Arbeiterüberbevölkerung umgekehrt zum Hebel der kapitalistischen Akkumulation, ja zu einer Existenzbedingung der kapitalistischen Produktionsweise. Sie bildet eine verfügbare industrielle Reservearmee, die dem Kapital ganz so absolut gehört, als ob es sie auf seine eignen Kosten großgezüchtet hätte. Sie schafft für seine wechselnden Verwertungsbedürfnisse das stets bereite auszubeutende Menschenmaterial, unabhängig von den Schranken der wirklichen Bevölkerungszunahme. Mit der Akkumulation und der sie begleitenden Entwicklung der Produktivkraft der Arbeit wächst die plötzliche Ausweitungskraft des Kapitals“ (Marx 2007, 582f). (Stütze 2, Kode/Gesetz)

Das Reservearmee-Argument beschreibt nach Marx also die Freisetzung einer hohen Anzahl von nicht mehr gebrauchten Arbeitskräften:

„Einerseits macht also, im Fortgang der Akkumulation, größeres variables Kapital mehr Arbeit flüssig, ohne mehr Arbeiter zu werben, andererseits macht variables Kapital von derselben Größe mehr Arbeit mit derselben Masse Arbeitskraft flüssig und endlich mehr niedere Arbeitskräfte durch Verdrängung höherer.

Die Produktion einer relativen Übervölkerung oder die Freisetzung von Arbeitern geht daher noch rascher voran als die ohnehin mit dem Fortschritt der Akkumulation beschleunigte technische Umwälzung des Produktionsprozesses und die entsprechende Abnahme des variablen Kapitaleils im Verhältnis zum konstanten“ (Marx 2007, 587). (Stütze 2, Gesetz/Regel)

Durch die Reservearmee verschiebe sich auch das Angebot und die Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt:

(1. Defizitprämisse)

„Die industrielle Reservearmee oder relative Übervölkerung drückt während der Perioden der Stagnation und mittleren Prosperität auf die aktive Arbeiterarmee und hält ihre Ansprüche während der Periode der Überproduktion und des Produktionsfiebers im Zaum. Die relative Übervölkerung ist also der Hintergrund, worauf das Gesetz der Nachfrage und Zufuhr von Arbeit sich bewegt. Sie zwingt den Spielraum dieses Gesetzes in die der Ausbeutungsgier und Herrschsucht des Kapitals absolut zusagenden Schranken ein“ (Marx 2007, 590). (Stütze 2, Gesetz)

Durch die Formulierung der (scheinbaren) Paradoxie von großem gesellschaftlichen Reichtum bei gleichzeitig hoher bestehender Armut scheint Marx das Problem der heutigen Industriestaaten vorwegzunehmen:

(1. Defizitprämisse)

„Je größer der gesellschaftliche Reichtum, das funktionierende Kapital, Umfang und Energie seines Wachstums, also auch die absolute Größe der Arbeiterbevölkerung und die Produktivkraft ihrer Arbeit, desto größer die relative Übervölkerung oder industrielle Reservearmee. Die verfügbare Arbeitskraft wird durch dieselben Ursachen entwickelt wie die Ausweitungskraft des Kapitals. Die verhältnismäßige Größe der industriellen Reservearmee wächst also mit den Potenzen des Reichtums. Je größer aber diese Reservearmee im Verhältnis zur aktiven Arbeiterarmee, desto massenhafter die ständig gewordne Übervölkerung oder die Arbeiterschichten, deren Elend im umgekehrten Verhältnis zu ihrer Arbeitsqual steht. Je größer endlich die Lazarusschicht der Arbeiterklasse und die industrielle Reservearmee, desto größer der offizielle Pauperismus. Dies ist das absolute, allgemeine Gesetz der kapitalistischen Akkumulation“ (Marx 2007, 595). (Stützen 2 u. 4, Absolute Norm/Gesetz, Metapher)

Enteignung-Argument

In Bezug auf die Kolonialgeschichte schreibt Marx:

(2. Ursachenprämisse, historisch/wirtschaftlich)

„Was uns allein interessiert, ist das in der neuen Welt von der politischen Ökonomie der alten Welt entdeckte und laut verkündete Geheimnis: Kapitalistische Produktions- und Akkumulationsweise, als auch kapitalistisches Privateigentum, bedingen die Vernichtung des auf eigener Arbeit beruhenden Privateigentums, d. h. die Enteignung des Arbeiters“ (Marx 2007, 717). (Stütze 2, Gesetz/Wahrheit)

Wahre-Freiheit-Argument

Wahre Freiheit ist für Marx nur außerhalb ökonomischer Zwänge denkbar:

(6. Ausnahmeprämisse, Bedingung)

„'Das Reich der -Freiheit beginnt in der Tat erst da, wo das Arbeiten, das durch Not und äußere Zwänge bestimmt ist, aufhört; es liegt also der Natur der Sache nach jenseits der Sphäre der eigentlichen materiellen Produktion [...] Jenseits desselben beginnt die menschliche Kraftentwicklung, die sich als Selbstzweck gilt, das wahre Reich der Freiheit.'“ (zit. nach Gorz 1990, 29)¹⁰⁴. (Stütze 2, Kode)

Sein-Argument

Im Sein-Argument Marx' wird sein holistischer Zugang zum Verhältnis von Individuum und Gesellschaft deutlich:

„In der gesellschaftlichen Produktion ihres Lebens gehen die Menschen bestimmte, notwendige, von ihrem Willen unabhängige Verhältnisse ein, Produktionsverhältnisse, die einer bestimmten Entwicklungsstufe ihrer materiellen Produktivkräfte entsprechen. Die Gesamtheit dieser Produktionsverhältnisse bildet die ökonomische Struktur der Gesellschaft, die reale Basis, worauf sich ein juristischer und politischer Überbau erhebt, und welcher bestimmte gesellschaftliche Bewußtseinsformen entsprechen. Die Produktionsweise des materiellen Lebens bedingt den sozialen, politischen und geistigen Lebensprozeß überhaupt. Es ist nicht das Bewußtsein der Menschen, das ihr Sein, sondern umgekehrt ihr gesellschaftliches Sein, das ihr Bewußtsein bestimmt“ (Marx 1971, 15). (Stütze 2, Wahrheit)

Entäußerung-/Vergegenständlichung-Argument

Die Verdinglichung der Beziehung des Menschen zu den Sachen übertrage sich auch auf die des Menschen zum Menschen:

¹⁰⁴ Gorz zitiert hier aus: Karl Marx, *Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie*, Bd. III., Marx Engels Werke (MEW), Bd. 25, Berlin 1969, S. 827f.

(2. Ursachenprämisse, wirtschaftlich)

„Eine unmittelbare Konsequenz davon, daß der Mensch dem Produkt seiner Arbeit, seiner Lebenstätigkeit, seinem Gattungswesen entfremdet ist, ist die *Entfremdung des Menschen* von dem *Menschen*. Wenn der Mensch sich selbst gegenübersteht, so steht ihm der *andere* Mensch gegenüber. Was von dem Verhältnis des Menschen zu seiner Arbeit, zum Produkt seiner Arbeit und zu sich selbst, das gilt von dem Verhältnis des Menschen zum anderen Menschen, wie zur Arbeit und dem Gegenstand der Arbeit des anderen Menschen. Überhaupt, der Satz, daß dem Menschen sein Gattungswesen entfremdet ist, heißt, daß ein Mensch dem anderen, wie jeder von ihnen dem menschlichen Wesen entfremdet ist“ (Marx 1970, 89, Hervorheb. im Original). (Stütze 1, wiss. Position)

Im Kapitalismus, so Marx,

(1. Defizitprämisse)

„spekuliert [jeder Mensch, MM] darauf, dem anderen ein *neues* Bedürfnis zu schaffen, um ihn zu einem neuen Opfer zu zwingen, um ihn in eine neue Abhängigkeit zu versetzen und ihn zu einer neuen Weise des *Genusses* und damit des ökonomischen Ruins zu verleiten. Jeder sucht eine *fremde* Wesenskraft über den anderen zu schaffen, um darin die Befriedigung seines eignen eigennützigen Bedürfnisses zu finden. Mit der Masse der Gegenstände wächst daher das Reich der fremden Wesen, denen der Mensch unterjocht ist, und jedes neue Produkt ist eine neue *Potenz* des wechselseitigen Betrugs und der wechselseitigen Ausplünderung. Der Mensch wird um so ärmer als Mensch, er bedarf um so mehr des *Geldes*, um sich des feindlichen Wesens zu bemächtigen, und die Macht seines *Geldes* fällt grade in umgekehrtem Verhältnis als die Masse der Produktion, das heißt seine Bedürftigkeit wächst, wie die *Macht* des Geldes zunimmt. - Das Bedürfnis des Geldes ist daher das wahre, von der Nationalökonomie produzierte Bedürfnis und das einzige Bedürfnis, das sie produziert. - Die *Quantität* des Geldes wird immer mehr seine einzige *mächtige* Eigenschaft; wie es alles Wesen auf seine Abstraktion reduziert, so reduziert es sich in seiner eignen Bewegung als *quantitatives* Wesen“ (Marx 1970, 127; Hervorheb. im Original). (Stützen 1 u. 2, Erklärung/wiss. Position, Gesetz)

Marx, der sich explizit mit den Entfremdungsprozessen auseinandersetzt, hebt dazu weiter hervor:

(2. Ursachenprämisse, wirtschaftlich)

„In der Bestimmung, daß der Arbeiter zum *Produkt seiner Arbeit* als einem *fremden* Gegenstand sich verhält, liegen alle diese Konsequenzen. Denn es ist nach dieser Voraussetzung klar: Je mehr der Arbeiter sich ausarbeitet, um so mächtiger wird die fremde, gegenständliche Welt, die er sich gegenüber schafft, um so ärmer wird er selbst, seine innere Welt, um so weniger gehört ihm zu eigen. Es ist ebenso in der Religion. Je mehr der Mensch in Gott setzt, je weniger behält er in sich selbst. Der Arbeiter legt sein Leben in den Gegenstand; aber nun gehört es nicht mehr ihm, sondern dem Gegenstand. Je größer also diese Tätigkeit, um so gegenstandsloser ist der Arbeiter. Was das Produkt seiner Arbeit ist, ist er nicht. Je größer also dies Produkt, je weniger ist er selbst. Die *Entäußerung* des Arbeiters in seinem Produkt hat die Bedeutung, nicht nur, daß seine Arbeit zu einem Gegenstand, zu einer *äußeren* Existenz wird, sondern daß sie *außer ihm*, unabhängig, fremd von ihm existiert und eine selbständige Macht ihm gegenüber wird, daß das Leben, was er dem Gegenstand verliehen hat, ihm feindlich und fremd gegenübertritt“ (Marx 1970, 83f, Hervorheb. im Original). (Stütze 1, wiss. Position)

Die Übereinstimmung von innerem Bedürfnis und äußerem Tun komme nicht mehr zur Deckung:

(1. Defizitprämisse)

„Worin besteht nun die Entäußerung der Arbeit?

Erstens, daß die Arbeit dem Arbeiter *äußerlich* ist, das heißt nicht zu seinem Wesen gehört, daß er sich daher in seiner Arbeit nicht bejaht, sondern verneint, nicht wohl, sondern unglücklich fühlt, keine freie physische und geistige Energie entwickelt, sondern seine Physis abkasteit und seinen Geist ruiniert. Der Arbeiter fühlt sich daher erst außer der Arbeit bei sich und in der Arbeit außer sich. Zu Hause ist er, wenn er nicht arbeitet, und wenn er arbeitet, ist er nicht zu Haus. Seine Arbeit ist daher nicht freiwillig, sondern gezwungen, *Zwangsarbeit*. Sie ist daher nicht die Befriedigung eines Bedürfnisses, sondern sie ist nur ein *Mittel*, um die Bedürfnisse außer ihr zu befriedigen. Ihre Fremdheit tritt darin rein hervor, daß, sobald kein physischer oder sonstiger Zwang existiert, die Arbeit als eine Pest geflohen wird. Die äußerliche Arbeit, die Arbeit, in welcher der Mensch sich entäußert, ist eine Arbeit der Selbstaufopferung, der Kasteiung“ (Marx 1970, 85f, Hervorheb. im Original). (Stütze 1, Erklärung)

Durch diesen Entäußerungsprozess schlage letztlich die geglaubte Überwindung des Animalischen auf den Menschen zurück:

(1. Defizitprämisse)

„Es kömmt daher zum Resultat, daß der Mensch (der Arbeiter) nur mehr in seinen tierischen Funktionen, Essen, Trinken und Zeugen, höchstens noch Wohnung, Schmuck etc., sich als freitätig fühlt, und in seinen menschlichen Funktionen nur mehr als Tier. Das Tierische wird das Menschliche und das Menschliche das Tierische“ (Marx 1970, 86). (Stütze 2, Verweis auf Geschichte und Natur)

Bedürfnis-Argument

Die Schaffung von künstlichen Bedürfnissen, wie sie unter dem Entäußerung-/Vergegenständlichung-Argument aufgeführt wurde, ist Teil der Gesellschaftskritik von Marx.

(1. Defizitprämisse)

„Wir haben gesehen, welche Bedeutung unter der Voraussetzung des Sozialismus die *Reichheit* der menschlichen Bedürfnisse, und daher sowohl eine *neue Weise der Produktion* als auch ein neuer *Gegenstand* der Produktion hat. Neue Betätigung der *menschlichen* Wesenskraft und neue Bereicherung des *menschlichen* Wesens. Innerhalb des Privateigentums die umgekehrte Bedeutung. Jeder Mensch spekuliert darauf, dem andern ein *neues* Bedürfnis zu schaffen, um ihn zu einem neuen Opfer zu zwingen, um ihn in eine neue Abhängigkeit zu versetzen und ihn zu einer neuen Weise des *Gennusses* und damit des ökonomischen Ruins zu verleiten. Jeder sucht eine *fremde* Wesenskraft über den andern zu schaffen, um darin die Befriedigung seines eignen eignen Bedürfnisses zu finden. Mit der Masse der Gegenstände wächst daher das Reich der fremden Wesen, denen der Mensch unterjocht ist, und jedes neue Produkt ist eine neue *Potenz* des wechselseitigen Betrugs und der wechselseitigen Ausplünderung. Der Mensch wird um so ärmer als Mensch, er bedarf um so mehr des *Geldes*, um sich des feindlichen Wesens zu bemächtigen, und die Macht seines *Geldes* fällt grade in umgekehrtem Verhältnis als die Masse der Produktion, das heißt seine Bedürftigkeit wächst, wie die *Macht* des Geldes zunimmt.- Das Bedürfnis des Geldes ist daher das

5 Textanalyse und Interpretation von Grundeinkommenspädagogiken

wahre, von der Nationalökonomie produzierte Bedürfnis und das einzige Bedürfnis, das sie produziert. - Die *Quantität* des Geldes wird immer mehr seine einzige *mächtige* Eigenschaft; wie es alles Wesen auf seine Abstraktion reduziert, so reduziert es sich in seiner eignen Bewegung als *quantitatives* Wesen“ (Marx 1970, 127, Hervorheb. im Original). (Stützen 1 u. 2, wiss. Position, Gesetz)

Durchsichselbstsein-Argument

Die durch ökonomische Zwänge hervorgerufene völlige Fremdbestimmtheit verhindere, dass der Mensch durch sich selbst lebt und schöpferisch tätig werden kann:

(6. Ausnahmeprämisse, Bedingung)

„Ein *Wesen* gilt sich erst als selbstständiges, sobald es auf eignen Füßen steht, und es steht erst auf eignen Füßen, sobald es sein *Dasein* sich selbst verdankt. Ein Mensch, der von der Gnade eines andern lebt, betrachte sich als ein abhängiges Wesen. Ich lebe aber vollständig von der Gnade eines andern, wenn ich ihm nicht nur die Unterhaltung meines Lebens verdanke, sondern wenn er noch außerdem mein *Leben geschaffen* hat, wenn er der *Quell* meines Lebens ist, und mein Leben hat notwendig einen solchen Grund außer sich, wenn es nicht meine eigne Schöpfung ist. Die *Schöpfung* ist daher eine sehr schwer aus dem Volksbewußtsein zu verdrängende Vorstellung. Das Durchsichselbstsein der Natur und des Menschen ist ihm *unbegreiflich*, weil es allen *Handgreiflichkeiten* des praktischen Lebens widerspricht“ (Marx 1970, 124, Hervorheb. im Original). (Stütze 2, Wahrheit/Regel)

Geld-Argument

Geld stehe als Allmacht zwischen „Leben und Lebensmittel“:

(2. Ursachenprämisse, wirtschaftlich)

„Das *Geld*, indem es die *Eigenschaft* besitzt, alles zu kaufen, indem es die Eigenschaft besitzt, alle Gegenstände sich anzueignen, ist also der *Gegenstand* in eminentem Besitz. Die Universalität seiner *Eigenschaft* ist die Allmacht seines Wesens; es gilt daher als allmächtiges Wesen . . . das Geld ist der *Kuppler* zwischen dem Bedürfnis und dem Gegenstand, zwischen dem Leben und dem Lebensmittel des Menschen“ (Marx 1970, 145, Hervorheb. im Original). (Stütze 2, Kode)

In einer entfremdeten Welt könne mit genügend Geld scheinbar alles erworben werden:

(2. Ursachenprämisse, wirtschaftlich)

„Was durch das *Geld* für mich ist, was ich zahlen, d.h., was das Geld kaufen kann, das *bin ich*, der Besitzer des Geldes selbst. So groß die Kraft des Geldes, so groß ist meine Kraft. Die Eigenschaften des Geldes sind meine – seines Besitzers – Eigenschaften und Wesenskräfte. Das, was ich *bin* und *vermag*, ist also keineswegs durch meine Individualität bestimmt. Ich *bin* häßlich, aber ich kann mir die *schönste* Frau kaufen. Also bin ich nicht *häßlich*, denn die Wirkung der *Häßlichkeit*, ihre abschreckende Kraft ist durch das Geld vernichtet. Ich – meiner Individualität nach – bin *lahm*, aber das Geld verschafft mir 24 Füße; ich bin also nicht lahm; ich bin ein schlechter, unehrlicher, gewissenloser, geistloser Mensch, aber das Geld ist geehrt, also auch sein Besitzer. Das Geld ist das höchste Gut, also ist sein Besitzer gut, das Geld überhebt mich überdem der Mühe, unehrlich zu sein“ (Marx 1970, 147, Hervorheb. im Original). (Stütze

5.1 Karl Marx und Friedrich Engels und der Kommunismus

4, Metapher/Reflexion)

Im Geld manifestiere sich quasi der Höhepunkt der Entfremdung:

(1. Defizitprämisse)

„Da das Geld als der existierende und sich betätigende Begriff des Wertes alle Dinge verwechselt, vertauscht, so ist es die allgemeine *Verwechslung* und *Vertauschung* aller Dinge, also die verkehrte Welt, die Verwechslung und Vertauschung aller natürlichen und menschlichen Qualitäten“ (Marx 1970, 149, Hervorheb. im Original). (Stütze 1, Erklärung)

In diesem Zusammenhang ist zu erwähnen, dass der Geld-Schein auch wirklich auf Schein statt auf Sein hinzuweisen scheint.

Grundbedingung-Argument

Die Grundbedingung, dem Menschen das zum Leben Notwendige bereitzustellen, sei auch nach Jahrtausenden immer noch nicht erreicht:

(6. Ausnahmeprämisse, Bedingung)

„Wir müssen bei den voraussetzungslosen Deutschen damit anfangen, daß wir die erste Voraussetzung aller menschlichen Existenz, also auch aller Geschichte konstatieren, nämlich die Voraussetzung, daß die Menschen im Stande sein müssen zu leben, um 'Geschichte machen' zu können. Zum Leben aber gehört vor Allem Essen und Trinken, Wohnung, Kleidung und noch einiges Andere. Die erste geschichtliche Tat ist also die Erzeugung der Mittel zur Befriedigung dieser Bedürfnisse, die Produktion des materiellen Lebens selbst, und zwar ist dies eine geschichtliche Tat, eine Grundbedingung aller Geschichte aller Geschichten, die noch heute, wie vor Jahrtausenden, täglich und stündlich erfüllt werden muß, um die Menschen nur am Leben zu erhalten“ (Marx 1970_B, 17). (Stütze 4, Gebot)

Weltgeschichte-Argument

Marx weist in eigentümlicher Weise auf das Phänomen der Globalisierung voraus:

(2. Ursachenprämisse, (welt)wirtschaftlich)

„Je weiter sich im Laufe dieser Entwicklung nun die einzelnen Kreise, die aufeinander einwirken, ausdehnen, je mehr die ursprüngliche Abgeschlossenheit der einzelnen Nationalitäten durch die ausgebildete Produktionsweise, Verkehr und dadurch naturwüchsig hervorgebrachte Teilung der Arbeit zwischen verschiedenen Nationen vernichtet wird, desto mehr wird die Geschichte zur Weltgeschichte, sodaß zum Beispiel wenn in England eine Maschine erfunden wird, die in Indien und China zahllose Arbeiter außer Brot setzt und die ganze Existenzform dieser Reiche umwälzt, diese Erfindung zu einem weltgeschichtlichen Faktum wird; oder daß der Zucker und Kaffee ihre weltgeschichtliche Bedeutung im neunzehnten Jahrhundert dadurch bewiesen, daß der durch das napoleonische Kontinentalsystem erzeugte Mangel an diesen Produkten die Deutschen zum Aufstande gegen Napoleon brachte und so die reale Basis der glorreichen Befreiungskriege von 1813 wurde. Hieraus folgt, daß diese Umwandlung der Geschichte in Weltgeschichte nicht etwa eine bloße abstrakte Tat des 'Selbstbewußtseins', Weltgeistes oder sonst eines metaphysischen Gespenstes ist, sondern eine ganz materielle, empirisch nachweisbare Tat, eine Tat, zu der jedes Individuum,

5 Textanalyse und Interpretation von Grundeinkommenspädagogiken

wie es geht und steht, ißt, trinkt und sich kleidet, den Beweis liefert“ (Marx 1970_B, 35).
(Stütze 3, Praxis als Information)

5.1.1 Klassifikation (Bereichsspezifik) der Argumente bei Marx und Engels

<u>Arbeit</u>	Durchsichselbstsein-Argument 165
Abstraktheit-Argument 158	Wahre-Freiheit-Argument 162
Entäußerung-/Vergegenständlichung-Argument 162	<u>Kultur/Kunst</u>
Gebrauchswert-Argument 159	-/-
Tätigkeit-Argument 154	<u>Natur/Nachhaltigkeit</u>
Ware-Argument 142	-/-
<u>Erziehung/Bildung/Unterricht</u>	<u>Recht/Gesetz</u>
-/-	-/-
<u>Ethik/Moral</u>	<u>Staat/Politik/Macht</u>
-/-	Bourgeoisie-Argument 150
<u>Fortschritt/Technik</u>	Geld-Argument 165
Quantum-Argument 159	Wucher-Argument 160
Vernetzung-Argument 149	<u>Wirtschaft/Finanzen/Verteilung</u>
<u>Gesellschaft/System</u>	Ausbeutung-Argument 150
Eigentumslosigkeit-Argument 149	Grundbedingung-Argument 166
Enteignung-Argument 162	Überproduktion-Argument 142
Gesellschaftsneuordnung-Argument 156	<u>Wissenschaft</u>
Gesellschaftsspaltung-Argument 148	-/-
Kommunismus-Argument 150	<u>Zeit/Geschichte</u>
Proletariat-Argument 144	Industrielle-Revolution-
Reservearmee-Argument 160	Argument 145
Sein-Argument 162	Knechtschaft-Argument 144
Weibergemeinschaft-/	Leibeigenen-Argument 156
Prostitution-Argument 154	Maschinensturm-Argument 148
<u>Gesundheit</u>	Revolution-Argument 158
-/-	Sklaven-Argument 155
<u>Individuum/Identität</u>	Sozialismus-Argument 153
Bedürfnis-Argument 164	Weltgeschichte-Argument 166

5.1.2 Zusammenfassung

Mit Marx und Engels, die hier als Einheit analysiert worden sind, liegen zwei weitere Autoren vor, die (neben Rudolf Steiner) nur einen indirekten Bezug zum bedingungslosen Grundeinkommen zulassen. Wie eingangs schon erwähnt, ist ihr Einfluss auf das weltpolitische Geschehen unbestreitbar, jedoch kann die Umsetzung ihrer Ideen in die Praxis als gescheitert beurteilt werden. Vor allem der Sowjet-Kommunismus müsste nach Marx und Engels erheblich kritisiert worden sein, da ein grundlegender Bestandteil ihrer Kritik der Kapitalismus ist, und es für sie sekundär erscheinen müsste, ob der Staat oder Privatpersonen als Kapitalisten auftreten (vgl. Fromm 1963, 53). Mit der Kritik einer kapitalistischen Wirtschaftsordnung werden Phänomene angesprochen, die weit über die Forderungen nach einem bedingungslosen Grundein-

kommen hinausreichen und die Vorstellung einer für alle Gesellschaftsmitglieder bereichernden Gesellschaftsordnung „nur“ durch die Einführung einer staatlich garantierten bedingungslosen Existenzsicherung beim Verbleib von kapitalistischen Wirtschaftsprinzipien trivial erscheinen lassen. Mit der Formulierung der Grundbedingung für ein würdiges Dasein des Menschen innerhalb einer Gesellschaftsordnung, die die Absicherung der Grundbedürfnisse des Menschen (Essen, Trinken, Wohnen)¹⁰⁵ fordert, nehmen Marx und Engels entscheidende Gedanken vorweg, die Popper-Lynkeus Jahrzehnte später aufgreift. Die Beschreibung der „Reservearmee“ erscheint vor dem Hintergrund der heute in Deutschland bundesweit verbreiteten praktizierten Leih- und Zeitarbeit erstaunlich aktuell¹⁰⁶. Mit der Charakterisierung und Kritik der Arbeitskraft als Ware haben Marx und Engels den Nerv des Proletariats ihrer Zeit angesprochen, der Kern des Problems, die Arbeitskraft des Warencharakters zu entkleiden, scheint bis heute ungelöst zu sein.

In einem weiteren Sinne könnte man die Gedanken von Marx und Engels in einer Alternative zum Kapitalismus und praktischen Kommunismus¹⁰⁷ einfließen lassen. Ob man jedoch mit einer Interpretation von Hegel, von dem Marx entscheidend beeinflusst ist, soweit gehen könnte, dass dessen Dreischritt von These-Antithese-Synthese auf den Sachverhalt angewendet werden würde, kann in diesem Zusammenhang nicht beurteilt und nicht weiter verfolgt werden. Die These des Kapitalismus konkurrierte dann mit der Antithese des praktischen Kommunismus. Der praktische Kommunismus gilt als gescheitert, der Kapita-

¹⁰⁵ Vergleiche dazu auch die Maslowsche Bedürfnispyramide oder den Capability-Approach, insbesondere vertreten durch Martha Nussbaum. Historisch werden ähnliche Grundbedingungen für ein würdiges Leben schon bei Platon formuliert, und bei Friedrich Schiller heißt es: „Der Mensch ist noch sehr wenig, wenn er warm wohnt und sich satt gegessen hat, aber er muss warm wohnen und satt zu essen haben, wenn sich die bessere Natur in ihm regen soll“ (zit. nach Werner/Goehler 2010, 263).

¹⁰⁶ In meiner nunmehr über fünfjährigen Berufstätigkeit von Beratung und Betreuung von AIG-II-Empfängern werden die Arbeitsverhältnisse und Arbeitnehmerrechte bei Zeit- und Leiharbeitsfirmen seitens der Betroffenen immer wieder scharf kritisiert.

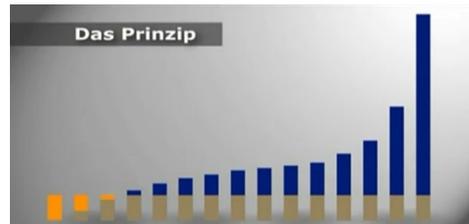
¹⁰⁷ „Praktisch“ hier in dem Sinne für die tatsächlichen politischen Versuche, den von Marx und Engels anvisierten Kommunismus in die Praxis umzusetzen. Zu den Ursprüngen bzw. ursprünglichen Bedeutungen der Begriffe Sozialismus und Kommunismus vgl. die Ausführungen unter 5.1. beim Sozialismus-Argument und auch beim Kommunismus-Argument. Sozialismus wird zunächst von Marx als Bewegung der Bourgeoisie („von oben“) und Kommunismus als Bewegung der Arbeiter („von unten“) gedeutet.

5.1 Karl Marx und Friedrich Engels und der Kommunismus

lismus scheint derzeit an seine äußersten Grenzen zu kommen. Als Erweiterung des von Marx und Engels anvisierten Gegenentwurfs des Kommunismus zu dem von ihnen kritisierten Kapitalismus würde eine Gesellschaft auf Grundlage eines bedingungslosen Grundeinkommens dann, sehr vorsichtig ausgedrückt, als Synthese beider Systeme interpretiert werden. In der Vorstellung eines minimalen (existenzsichernden) Einkommens, was jeder Mensch (auch ohne Erwerbsarbeit) zum Leben benötigt, ließe sich eine solche Synthese folgendermaßen darstellen:



(Quelle: aus dem Booklet zum Film
„Grundeinkommen“, S. 10)¹⁰⁸



(Quelle: Film „Grundeinkommen“, Min. 7:45)¹⁰⁹

Demnach wäre das bedingungslose Grundeinkommen als kommunistisches und ein darüber hinaus an Erwerbsarbeit geknüpftes Einkommen als kapitalistisches Element zu deuten. Ein solcher Bezug soll jedoch nur ein Hinweis sein bzw. zur Überprüfung anregen, ob sich mit der Philosophie Hegels überhaupt ein Schluss dazu ziehen ließe, was hier jedoch zu weit führen würde.

Ein bedingungsloses Grundeinkommen wäre immer ein Bestandteil des Gesamteinkommens eines jeden Teilnehmers einer Grundeinkommensgesellschaft. Die Ausgangsbasis ist für alle Gesellschaftsmitglieder gleich, der Höhe des Erwerbseinkommens sind prinzipiell, wie heute auch, keine Grenzen gesetzt. Inwieweit das Grundeinkommen bestehendes Erwerbseinkommen ersetzt bzw. in bestehendes Erwerbseinkommen integriert wird, bleibt bei einer solchen Interpretation zunächst offen.

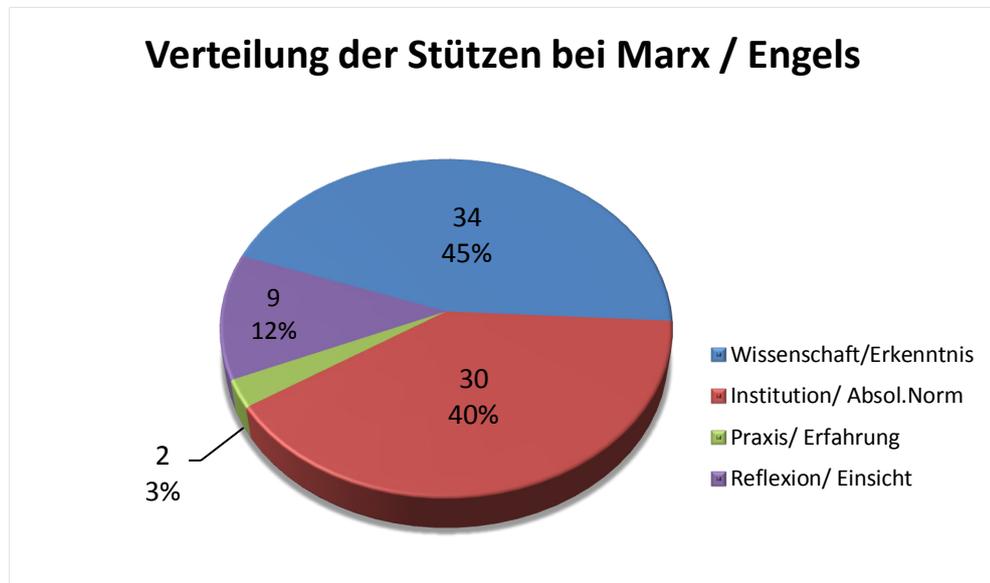
Die Analyse von Marx und Engels hat bis hierher 33 Argumente herauskristallisieren können. In den hier aufgefundenen Argumenten liegen 75 Stützungen vor. Marx und Engels stützen sich vorwiegend auf Wis-

¹⁰⁸ Link zum Booklet:
http://www.kultkino.ch/uploads/_films/Grundeinkommen_Film/grundeinkommen%20heft%20zum%20film.pdf, Stand: 13.08.2012

¹⁰⁹ Link zum Film: <http://www.kultkino.ch/kultkino/besonderes/grundeinkommen>,
Stand: 13.08.2012

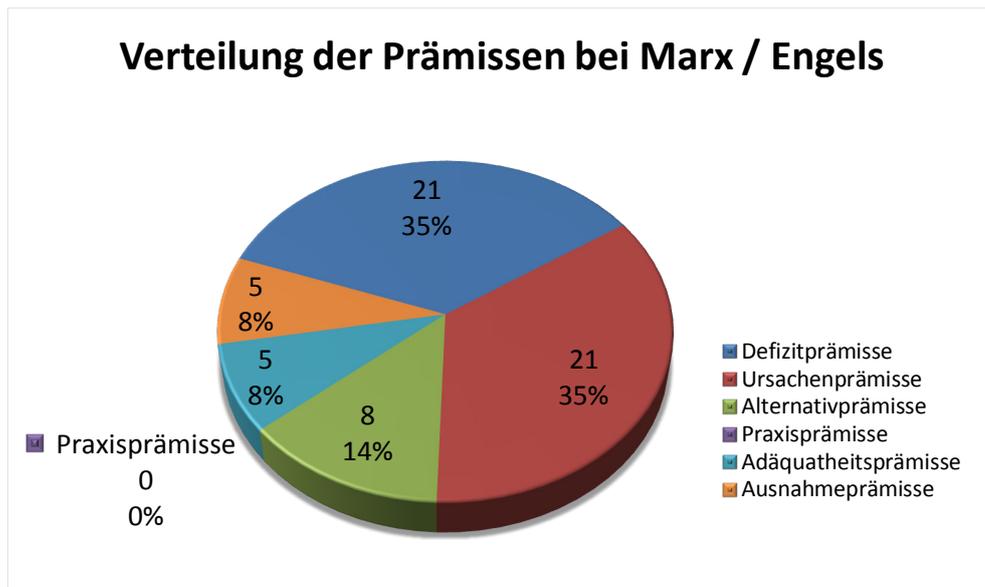
5 Textanalyse und Interpretation von Grundeinkommenspädagogiken

senschaft und Erkenntnis (Stütze 1: 34) sowie auf Institution und Absolute Norm (Stütze 2: 30), gefolgt von Stützung auf Reflexion und Einsicht (Stütze 4: 9) sowie Praxis bzw. Erfahrung (Stütze 3: 2).



5.1 Karl Marx und Friedrich Engels und der Kommunismus

Insgesamt liegen den hier analysierten Zitaten 60 Prämissen zugrunde. Marx und Engels setzten vor allem (defizitäre) Ursachen (21) und Defizite (21) voraus. Die Alternativ- (8), Adäquatheits- (5) und die Ausnahmeprämissen (5) werden weniger vorausgesetzt, die Praxisprämissen mit lösungsorientierten praktischen Modellen wird nicht als Vorsatz genommen.



5.2 Joseph Popper-Lynkeus und die Allgemeine Nährpflicht

Der österreichische Sozialphilosoph, Schriftsteller und Erfinder Josef Popper-Lynkeus (1838-1921) hat sich vor einem Jahrhundert im Jahre 1912 eingehend mit der „sozialen Frage“ beschäftigt und die „Allgemeine Nährpflicht als Lösung“ (Popper-Lynkeus, 1923) derselben zum Vorschlag gemacht, für dessen Ausführungen er bereits im Jahre 1878 den Grundstein legte (vgl. Popper-Lynkeus 1972, V). An der Johann Wolfgang Goethe Universität in Frankfurt am Main wurde 1986 die Josef Popper Nährpflicht Stiftung (JPN-Stiftung) ins Leben gerufen¹¹⁰, die sich zum Ziel gesetzt hat, Popper-Lynkeus' Erkenntnisse weiter zu erforschen. Popper-Lynkeus war sich seiner revolutionären Ideen bewusst und seiner Zeit offensichtlich weit voraus. Im Rahmen seines Hauptwerks prognostiziert er (1923) dazu:

„Höchstwahrscheinlich wird es noch sehr lange dauern, bevor mein Programm -wenn je – realisiert, oder wenigstens in Angriff genommen wird. Sagen wir z. B.: hundert Jahre“ (11).

Diese Einsicht hat ihn allerdings nicht davon abgehalten, für seine Ideen einzustehen und die für ihn notwendigen Antworten auf die „soziale Frage“ auszuformulieren. Popper-Lynkeus begründet dies damit, dass wenn die Zeit irgendwann gekommen sei, dann schon ein konkretes Programm vorliege und nicht am Anfang angesetzt werden müsse (vgl. ebd. 11). Er fährt fort und begründet sein Streben wie folgt:

„Wenn man nun glauben sollte, eine so detailliert ausgeführte Darstellung, wie die folgende, käme daher viel zu früh, weil doch die Menschen heute noch zu wenig empfänglich dafür wären, so erwidere ich, daß, umgekehrt, solche Darstellungen um so früher begonnen werden müssen, je später sie voraussichtlich akzeptiert werden dürften. Denn einmal muß man doch anfangen, und das bei schwierigen Problemen um so früher, damit die Menschen Zeit genug haben, sich an das Ungewohnte oder Unsympathische solcher Projekte allmählich zu gewöhnen“ (ebd.).

Interessant scheinen die Ausführungen Popper-Lynkeus' vor allem deshalb zu sein, weil auch in der heutigen Grundeinkommensdebatte häufig zu hören ist, dass die Zeit für solche Ideen noch gar nicht gekommen sei und die Thematik sich erst einmal in der Bevölkerung verbreiten und durchsetzen müsse. Damit ist der Kern dieser Arbeit berührt, der sich genau mit diesem Implementationsprozess in den gesellschaftlichen Diskurs auseinandersetzt.

¹¹⁰ Siehe <http://www.gesellschaftswissenschaften.uni-frankfurt.de/stiftungen/popper/jpn-stiftung/>, Stand: 23.06.2013.

5.2 Joseph Popper-Lynkeus und die Allgemeine Nährpflicht

Für Popper-Lynkeus (1923) ist die „soziale Frage“ vor allem als „Magenfrage“ zu lösen, statt einer Wehrarmee fordert er eine Nährarmee (vgl. 4), die Befriedigung der Grundbedürfnisse der Bevölkerung solle vor allem in „natura“ erfolgen:

„Die Versorgung dieses Lebens- oder Existenzminimums geschieht in natura, also nicht in Geldform, ausnahms- und bedingungslos für alle dem Staate angehörigen Individuen, von der Geburt bis zum Tode; nur werden die tauglichen unter ihnen verhalten, eine bestimmte Anzahl von Jahren in der Nährarmee zu dienen.

Das Minimum sichert jedem: Nahrung, Wohnung nebst Wohnungseinrichtung, Kleidung, ärztliche Hilfe und Krankenpflege.

Alles das, was nicht zu diesem Minimum gehört, gilt als Luxus und bleibt der freien Geldwirtschaft, mit Privateigentum und Vertragsfreiheit, vorbehalten, welche, da die Existenz aller gesichert ist, eventuell noch freier betrieben werden kann als heute“ (ebd., 3).

Darüber hinaus könne außerdem zusätzlich an eine Geldleistung gedacht werden:

„Eine Neuerung, über obigen Grundgedanken hinaus, ist in diesem Werke der Vorschlag: nebst dem in natura verteilten Minimum, welches hier primäres oder Existenzminimum genannt wird, noch ein sekundäres oder kulturelles Minimum ebenfalls bedingungslos, jedoch in Geldform auszuteilen, das es ermöglichen soll, Luxusbedürfnisse – durch Kauf aus der freien Privatwirtschaft – zu befriedigen“ (ebd. 4).

Mit seinem Programm ist Popper-Lynkeus damit ein entschiedener Wegbereiter der Grundeinkommen-Bewegung in heutiger Zeit und für eine Forderung, die nicht etwa erst seit der Agenda 2010 entstanden ist, sondern bereits vor einhundert Jahren klar ausformuliert wurde.

Die weitestgehende Unabhängigkeit vom Willen anderer Menschen ist für ihn Kern der „sozialen Frage“:

„Unter „sozialer Frage“ verstehe ich hier die Frage nach einer Institution, die geeignet ist, jedem Menschen die notwendige ökonomische Lebenshaltung zu sichern, ohne daß derselbe von dem Willen anderer Menschen abhängig gemacht wird. Selbstverständlich handelt es sich hier um die Unabhängigkeit von dem Willen einzelner Menschen (im Privatleben) oder von Menschengruppen. Die Abhängigkeit von den Staatsinstitutionen ist in allerletzter Instanz zwar auch eine Abhängigkeit von Menschen. Ohne diese unpersönliche Abhängigkeit können wir nicht existieren, und eine absolute Unabhängigkeit gäbe es nur für Robinson auf seiner Insel“ (Popper-Lynkeus 1923, 5, vgl. auch ebd. 87).

Damit wird übergegangen zu einem ersten Argument, dem Gleichheits-Argument.

Gleichheit-Argument

Die Gleichheit aller Staatsangehörigen besteht für Popper in einer für alle Individuen gleich geltenden Ausgangsbasis einer materiellen Grundversorgung:

(5. Adäquatheitsprämisse, 1. Defizitprämisse)

„Es wird hier also die Anerkennung der Gleichschätzung aller Individuen in bezug auf ihr Bedürfnis, im ökonomisch Notwendigen gesichert zu sein, vorausgesetzt, und sie wird gewiß einmal auch von der überwiegenden Zahl aller Menschen dringend, wohl auch sehr dringend, verlangt werden. Diese Gleichheit ist durchführbar, trotz aller Verschiedenheit der menschlichen Individuen; von einer Forderung der Verwirklichung einer Gleichheit in vielen anderen Beziehungen, z. B. betreffs der Luxusgenüsse, ist hier gar keine Rede.

Aber auch die hier geforderte, so beschränkte Gleichheit wird den meisten Menschen heute noch für zu radikal, ja für absurd gelten. Gleichheit in der Pflicht, Steuern zu zahlen, in der Armee zu dienen und sich im Kriege tot oder zum Krüppel schießen oder stechen zu lassen, diese Gleichheit findet man selbstverständlich und sieht sie als ethische Forderung an; auch die 'Gleichheit aller vor Gott' wird noch eifrig gelehrt. Aber die Gleichheit im Sattwerden und Hungern? Dagegen empört sich der aristokratische Dämon der Herzlosigkeit in unseren Zeitgenossen“ (Popper-Lynkeus 1923, 8). (Stütze 2, Absolute Norm/Gesetz)

Eine Gleichheit auf bürokratischem kontrollierenden Wege ist für Popper-Lynkeus nicht herzustellen, sie kann für ihn nur durch eine unmittelbare direkte materielle Versorgung aller Staatsangehörigen erreicht werden.

(1. Defizitprämisse)

„Ich möchte nun wissen, warum man Unterschiede macht und den Kranken, Irrsinnigen, den Verbrecher von seiten der Gesellschaft vollständig versorgt und denjenigen, der keine innere oder äußere Fähigkeit zum Erwerben hat, verderben läßt.

An und für sich ist für eine solche Unterscheidung kein Grund vorhanden; aber man erschrickt vor der Frage: 'Wohin soll es kommen, wenn man in allen solchen Fällen Unterstützung gewähren wollte?' und vor der weiteren Frage: 'Wie soll man denn entscheiden und wem soll man das Amt übertragen, stets zu untersuchen, ob wirklich Unfähigkeit zum Erwerbe vorhanden ist?'“ (Popper-Lynkeus 1972, 69). (Stütze 4, Wissen als Interpretation)

Allgemeinheit-Argument

„Allgemein“ bedeutet für Popper-Lynkeus für alle Staatsangehörigen geltend ohne Berücksichtigung von Klassenunterschieden:

(3. Alternativprämisse)

„Jenes Grundgefühl ist auch in folgender Form ausdrückbar: Nicht Benthams Maxime: 'Das größte Glück der größten Zahl' ist die richtige; sondern: 'Größtmögliche ökonomisch notwendige Lebenssicherung für jedermann'; nicht ein einziger darf unberücksichtigt bleiben.

Oder auch so: 'So lange es vorkommt, daß auch nur ein einziger Mensch hungert oder in seiner Lebenshaltung nicht gesichert ist, so lange taugt die ganze Gesellschaftsordnung nichts.'

Wer das übertrieben findet, stelle sich vor, er hungere oder lebe in beständiger Sorge um Nahrung, wird er mit dem vorhandenen Gesellschaftszustande zufrieden sein? [...] Also: Es genügt nicht, einzelnen Klassen, Volksschichten, Berufen ihre ökonomische Lage zu verbessern, das wäre eine prinzipiell wertlose, ungenügende und veraltete Methode; jedes einzelne Individuum muß versorgt sein“ (Popper-Lynkeus 1923, 9f). (Stütze 2, Absolute Norm/Gesetz)

5.2 Joseph Popper-Lynkeus und die Allgemeine Nährpflicht

Gäbe es auch nur einen einzigen Menschen innerhalb der Gesellschaftsordnung, der Hunger erleide, stellt Popper-Lynkeus diese bereits in Frage.

(1. Defizitprämisse)

„Kein Ziel, keine Idee, weder theoretische noch praktische Aufgaben des privaten oder öffentlichen Lebens dürfen uns dahin bringen, ihnen zuliebe Individuen wider ihren Willen ausgenommen in nackter Notwehr, zum Opfer zu bringen.

Auf dieser Maxime müssen wir unsere private wie auch unsere politische Ethik basieren. Ebenso wenig, wie wir zur grösseren Ehre Gottes oder zur Rettung einer Seele jemanden gegen seinen Willen töten oder martern dürfen, ebenso wenig dürfen wir dies wegen eines politischen, oder eines kulturellen, oder überhaupt irgend eines allgemeinen Zwecks in direkter oder indirekter Weise tun; und nicht minder ist es ethisch unzulässig, eine Gesellschaftseinrichtung aufrecht erhalten zu wollen, bei der nicht verhindert werden kann, dass eine Anzahl von Menschen, ja dass nur ein einziger Mensch dem Hunger zum Opfer falle“ (Popper-Lynkeus 1924, 50). „Und dabei muß man noch bedenken, daß es auf die Zahl dieser Personen gar nicht ankommt, sondern daß ein einziger Fall, in dem ein Mensch vor Hunger zugrunde geht, genügt, um die Nichtswürdigkeit eines ganzen Gesellschaftszustandes zu beweisen“ (Popper-Lynkeus 1923, 33). (Stütze 2, Absolute Norm/Gesetz)

Aber über die Überwindung von Hunger hinaus, sei weit wesentlich mehr anzustreben:

(5. Adäquatheitsprämisse)

„Man bedenke das gut, was ich hier gesagt und eigentlich nur angedeutet habe, und ein halbwegs fühlender Mensch wird dann einsehen, daß wir uns in einer gründlichen Sozialreform nicht damit begnügen dürfen, das direkte Hungern unmöglich zu machen, sondern daß wir darauf bestehen müssen, alle Menschen von der ökonomischen Sorge mit absoluter Sicherheit zu befreien“ (Popper-Lynkeus 1923, 43). (Stützen 4 u. 1, Gebot, Absolute Norm)

Durch die unterschiedlichsten Forderungen einzelner Klassen und Berufszweige werde die Notwendigkeit einer für alle geltenden Grundversicherung verkannt:

(1. Defizitprämisse, 3. Alternativprämisse)

„Nun ist wiederum das Merkwürdige dies, daß so Viele nach staatlichem Schutz in irgendeiner Form rufen; aber das – echt egoistisch – nur zersplittert, für einzelne Berufe oder Klassen, nämlich für sich selbst verlangen; wenn man aber sagt: 'Es gibt doch gar keinen zweckmäßigeren staatlichen Schutz, als wenn er in einer Kollektivwirtschaft gleichmäßig über Alle, auch auf jedes Individuum (sic!), sich erstreckt', so will heute noch die Mehrheit der Laien wie der Fachleute in der Volkswirtschaft nichts davon hören“ (Popper-Lynkeus 1923, 81). (Stütze 4, Vernunft/Gebot)

Glück-Argument

Durch die größtmögliche Unabhängigkeit von anderen Menschen könne jeder sein Glück frei gestalten:

(3. Alternativprämisse)

„Die Freiheit, in hohem Maße sein Glück zu gestalten, wie man es selbst wünscht, das ist die sichere Errungenschaft der Lösung des sozialen Problems“ (Popper-Lynkeus 1923, 13). (Stütze 2, Kode)

Trägheit-Argument

Popper-Lynkeus ist sich der Schwierigkeit und Langwierigkeit bei der Durchsetzung eines nach seinen Vorstellungen gesetzten Programms bewusst. Neue soziale Ideen würden durch gegensätzliche Interessen und Trägheit im Denken der Menschen gebremst:

(2. Ursachenprämisse)

„Welches sind jene Hindernisse und Widerstände gegen die Annahme eines radikalen sozialen Programms, die der Alltag hervorbringt, die also nicht mit Naturwissenschaft kokettieren?

Vor allem, wie selbstverständlich: entgegenstehende Interessen.

Sodann die intellektuelle Trägheit der Menschen, namentlich der großen Massen; sie finden sich schwer in neue Gesichtspunkte oder Gesellschaftskonstruktionen hinein. Weiters die moralische Trägheit der großen Masse, die sich in der Unbeweglichkeit gegen neue hohe ethische Empfindungen dokumentiert, selbst dann, wenn diese Empfindungen ihr von größtem Nutzen ist“ (Popper-Lynkeus 1923, 29). (Stütze 1, Erklärung)

Unbrauchbarkeit-Argument

Popper-Lynkeus kritisiert erheblich die bisherige (bis dato 1912) Sozialökonomie, insbesondere auch die von Sozialisten geforderte:

(1. Defizitprämisse)

„Um ein brauchbares soziales Programm aufzustellen, also: um die Menschen ökonomisch zu sichern, benötigen wir weder Nationalökonomik, mit oder ohne Psychologie, mit oder ohne Mathematik, noch Biologie, noch Psychologie, und auch keine Wirtschaftsgeschichte und keine Rechtsphilosophie.

Nichts nützen uns die endlosen volkswirtschaftlichen Diskussionen über: Wert, Preis, Mehrwert, Grundrente, Geldumlauf, Marktkrisen, gerechten Arbeitslohn, Grenznutzen und dergleichen.

Oder über: 'Verteilung des Einkommens nach dem Verdienst' und die 'Gerechtigkeit in der Volkswirtschaft'; über die: 'theoretische Erfassung der Konsequenzen, die durch Koalitionen erzwungene Lohnerhöhungen haben' und 'soziale Lohnpolitik', über 'Mittelstandspolitik'; über die Art, den Begriff 'Sozialpolitik' in wissenschaftlich befriedigender Weise zu umgrenzen'.

Wir können verzichten auf 'sorgfältig ausgeführte Materialsammlungen und große langwierige Beobachtungsreihen', um 'wissenschaftliche Gesetze' zu finden“ (Popper-Lynkeus 1923, 30). „Man kann sich mit noch so viel Stolz auf eine – vermeintlich – richtige Behandlung allgemeiner wirtschaftlichen Vorgänge berufen, im Kommandoton der Lehrbücher dozieren und Konsequenzen irgendwelcher wirtschaftlicher Maßregeln prophezeien, man mag noch so viele 'verbesserte' Theorien über Arbeit, Wert, Preis, Marktkrisen und dergleichen vorbringen, es fällt alles in den Brunnen“ (Popper-Lynkeus 1923, 48)! (Stütze 4, Reflexion/Wissen als Interpretation)

5.2 Joseph Popper-Lynkeus und die Allgemeine Nährpflicht

Alle bisherigen Versuche, die „soziale Frage“ zu lösen, sind für Popper-Lynkeus unbrauchbar und nur von sekundärer Bedeutung:

(1. Defizitprämisse)

„Wir wollen nunmehr zeigen, daß in unserem heutigen kapitalistischen Wirtschaftssystem mit seinem freien, selbst mit reguliertem freien Verkehr die soziale Frage niemals gelöst werden kann, die Theoretiker mögen noch so lange fortarbeiten und die großen Gesichtspunkte und Einfälle bedeutender Nationalökonomien mögen noch so zahlreich und noch so genial sein. -

Vor allem sei nochmals hervorgehoben, daß eine ehrliche Deutung der sozialen Frage als Magenfrage nichts anderes besagen kann, als die Aufgabe, jedem Menschen seinen notwendigen Lebensunterhalt zu sichern. Wer sich ein geringeres Ziel steckt, spielt bloß mit sekundären Themen, die zwar ins Endlose schriftstellerische Beschäftigung bieten, aber für die Lösung der dringendsten aller sozialen Bestrebungen ohne Wert sind“ (Popper-Lynkeus 1923, 77). (Stütze 1, wiss. Position)

Der Kern der „sozialen Frage“ werde durch alle bisherigen Vorschläge und Auseinandersetzungen darum nicht berührt, viel Zeit und Arbeit werde verschwendet:

(1. Defizitprämisse)

„Die Lehren der Nationalökonomie und die Meinungen der Mitglieder der einzelnen Erwerbskategorien sind ganz wertlos; es geht mehr Mühe und Zeit auf für Beratungen von Zollgesetzgebung, für Enqueten, handelspolitische Parlamentsdebatten und dergleichen als für alles andere, Kriegsvorbereitungen ausgenommen, und diese Zeit und diese enorme geistige Arbeit wird, wie man sich täglich überzeugt, nutzlos verschwendet; jede Interessensphäre dringt in die andere feindselig ein, ein Gewerbe kreuzt das andere, stets beklagen sich die einen, wenn die anderen befriedigt schweigen, und zuletzt steht die ganze Frage: Wie verschafft man allen eine sorgenlose, geregelte Existenz? Genau wie am Anfange“ (Popper-Lynkeus 1972, 84). (Stütze 1, Erklärung)

Zuchthaus-Argument

Ökonomischer Zwang erinnert Popper-Lynkeus an die Institution Zuchthaus:

(1. Defizitprämisse)

„Wenn man je von einem Zuchthausstaat sprechen kann, so kann man das vom heutigen Staat – in ökonomischer Beziehung – mit Recht sagen; denn die meisten Menschen stehen heute unter der Zuchtrute des Hungers und der Sorge“ (Popper-Lynkeus 1923, 33). (Stütze 4, Wissen als Interpretation)

Popper-Lynkeus benennt in diesem Zusammenhang sogar ein konkretes Argument, das Rekrutierungs-Argument:

(1. Defizitprämisse)

„Eine Aufklärung erheischt übrigens auch das von A. Wagner, und seit jeher oft, angewendete Argument, demzufolge die ländliche Bevölkerung die 'große Reserve menschlicher Kraft', 'den Jungbrunnen zur Rekrutierung und Erneuerung der städtisch industriellen Bevölkerung' bildet.

Bekanntlich wurde das **Rekrutierungs-Argument** schon unter Friedrich dem Großen

seitens der Junker benützt, um die Leibeigenschaft der Bauern, die der große König aufheben wollte, aufrecht zu halten. Wie wir aber sehen, betrachtet man auch heute noch den Bauernstand gerne vom Standpunkt des 'Materials' für die Armee, wenn es auch jetzt nicht mehr bloß aus egoistischen Gründen, wie seitens der damaligen Großgrundbesitzer, geschieht. Gegen eine solche Auffassung einer Bevölkerungsklasse, vermöge deren man sie wie ein Züchter sein Zucht- oder Mastvieh beurteilt, muß ernstlich protestiert werden“ (Popper-Lynkeus 1923, 231, Hervorheb. fett MM). (Stütze 1, Erklärung)

Physiognomie-Argument

Die Auswirkungen ständiger sozialer Sorgen sei dem Habitus¹¹¹ (vgl. Popper-Lynkeus 1923, 43) der Menschen anzusehen:

(1. Defizitprämisse)

„Heute ist in unzähligen Physiognomien deutlich zu erkennen, wie schwer die Sorge um die Lebenshaltung die meisten Menschen bedrückt. Den Leuten in ökonomisch gesicherter, oder gar gesellschaftlich bevorzugter Stellung, und besonders den Aristokraten (die nicht einmal die Mühe hatten, eine solche Stellung erst zu erwerben), merkt man schon an ihrer körperlichen Haltung und an ihren ruhigen – wenn nicht hochmütigen – Zügen ihr Sicherheitsgefühl an. Dies und das Gleichgewicht und die öfters anzutreffende Eleganz ihres Benehmens sind die psychischen Folgen ihrer gedeckten Stellung, während man es fälschlich für angeborene oder anerzogene Vornehmheit ihrer Natur hält.

Hingegen das Angesicht und die Haltung der Besorgten!

Man beobachte nur die Physiognomien der Kleinmeister und Kleinkaufleute – die doch noch nicht zu den Ärmsten gehören – und ihrer Angehörigen; selbst auf ihren Feiertagsausflügen oder ihren Vereinsfesten und Bällen, wo sie doch so schön als möglich gekleidet und mit dem Vorsatze erscheinen, alle Nahrungssorgen zu vergessen und sich nur dem Vergnügen hinzugeben. Welche Kümmernis spricht trotzdem allen aus den Furchen und Falten ihres Gesichts, sogar die Kinder zeigen durch ihre gealterten Züge, wie sehr sie sich schon frühzeitig an Entbehrungen gewöhnen mußten und wie wenig Freuden ihre Seele erheiterten“ (ebd., 47). (Stütze 1, wiss. Position)

In Deutschland sind derzeit ca. 2,5 Mio. Kinder von der Hartz-IV-Regelung betroffen, Popper-Lynkeus spricht also mit der „Gewöhnung an Entbehrungen“ auch ein aktuelles Thema, die Kinderarmut, an. Die Armut der Kinder von erwerbstätigen Eltern, vor allem von Frauen und alleinerziehenden Müttern, ist dabei noch gar nicht angesprochen.

Privatkrisen-Argument

Eines der Hauptargumente Popper-Lynkeus' für die Einführung einer bedingungslosen Existenzsicherung für alle Staatsangehörigen sind deren zahlreiche Privatkrisen. Dazu führt er auf zwei Seiten die unterschiedlichsten Krisen auf vom Verlust der Geldtasche mit großem Ver-

¹¹¹ Zur pädagogischen Bedeutung der Haltung vgl. Munko (2005).

5.2 Joseph Popper-Lynkeus und die Allgemeine Nährpflicht

mögen bis hin zu einem denkbaren Ladenbesitzer, dessen Laden aufgrund einer neuen Straße nicht mehr frequentiert wird (vgl. Popper-Lynkeus 1923, 48ff).

(2. Ursachenprämisse, wirtschaftlich)

„In nichts aber zeigt sich der krankhafte Zustand unseres gesamten wirtschaftlichen Lebens deutlicher, als in dem permanenten Vorhandensein der zahllosen Privatkrisen, die an den Menschen zehren, Unglück und Verbrechen herbeiführen und doch nicht einmal die 'Ehre' genießen, wie z. B. Selbstmorde aus Not, in den Zeitungen, und noch viel weniger in den Werken über Nationalökonomie und Sozialismus, erwähnt zu werden.

Wer aber die persönlichen ökonomischen Krisen ignoriert und dennoch Vorschläge zur 'Lösung der sozialen Frage' machen will, der gerät immer in eine Sackgasse“ (Popper-Lynkeus 1923, 48). (Stütze 1, Erklärung)

Auf die Privatkrisen werde im Gegensatz zu vielen anderen Krisen kein Augenmerk gelegt:

(2. Ursachenprämisse)

„Gerade die Privatkrisen, und viel weniger die allgemeinen: Markt- oder Handelskrisen, sind es, an denen alle sozialen Programme scheitern, die nicht jedes einzelne Individuum ins Auge fassen und mit Sicherheit zu versorgen bestrebt sind. Was können da alle noch so feinen nationalökonomischen Einsichten, Schlüsse, Syllogismen und Prothezeiungen nützen?

Millionen trauriger persönlicher Schicksale schlüpfen den hochtrabenden, angeblich wissenschaftlichen Deduktionen durch“ (Popper-Lynkeus 1923, 50). (Stütze 1, Erklärung/wiss. Position)

Wie auch unter dem Unbrauchbarkeit-Argument erwähnt, taugten alle allgemeinen Gesetze und nationalökonomischen Überlegungen nicht, da sie die privaten Krisen der Menschen unberücksichtigt lassen:

(2. Ursachenprämisse)

„Und die Wurzel dieser Tatsachen liegt viel seltener in den allgemeinen wirtschaftlichen Vorgängen, als eben in den chronischen und akuten Privatkrisen. Der Volkswirtschaftstheoretiker, wie auch der Sozialpolitiker der gemäßigten ('staatsmännischen') Richtung kümmern sich nicht um diese am Einzelindividuum sich abspielenden Vorgänge, denn die Nationalökonomie hat es nicht mit den Individuen, sondern – wie die Theoretiker es beinahe mit Stolz hervorheben – mit der Erforschung allgemeiner, ja 'strenger' Gesetze zu tun. Während gerade darin ihre Schwäche liegt; denn wozu nützen den Menschen allgemeine Gesetze der Volkswirtschaft – selbst, wenn es solche wirklich gäbe –, wenn sie außerhalb, und auch unbeeinflusst von solchen Gesetzen, ökonomisch zugrunde gehen können? Und es kann Niemand bestreiten, daß die Nationalökonomien die Privatkrisen nie werden berücksichtigen können, beim besten Willen nicht, und selbst dann nicht, wenn sie das allgemeine Krisenproblem – und auch alle ihre anderen Probleme – noch so vollkommen gelöst hätten.

Ja, es ist gewiß so: Wer mit menschlicher Teilnahme die Vorkommnisse in seinem engeren Kreise, und noch mehr, wer die täglichen Berichte in den Zeitungen zur Kenntnis nimmt, der muß zu der Überzeugung kommen, daß allein schon die Privatkrisen den heutigen ökonomischen Gesellschaftszustand wie auch die ganze theoretische und praktische Volkswirtschaftslehre in unserem Urteile über den Haufen werfen.

Und diese Einsicht, die unumstößlich ist, haben wir durch die bloße Beachtung einer ganz alltäglichen Tatsache, nämlich des Vorhandenseins der so viel Unheil bringenden

5 Textanalyse und Interpretation von Grundeinkommenspädagogiken

Privatkrisen, gewonnen, ohne daß irgendwelche Untersuchungen über die 'ökonomischen Bewegungsgesetze der modernen Gesellschaft', über den Kapitalismus, über allgemeine Krisen, über Gebrauchs-, Tausch- und Mehrwert, oder geschichtsphilosophische oder soziologische oder andere Studien und Theorien dazu nötig gewesen sind“ (Popper-Lynkeus 1923, 86). (Stütze 2, Absolute Norm als Wahrheit)

Die Gründe für alle möglichen Privatkrisen interessieren Popper-Lynkeus nicht, nur die Tatsache ihrer unvermeidlichen Existenz in der bisherigen kapitalistischen Wirtschaftsordnung:

(2. Ursachenprämissen)

„Es ist für die betreffenden Individuen ganz einerlei, aus welcher Ursache sie mit der Not zu kämpfen haben; unglückliche Spekulationen, neue Erfindungen, die ein Gewerbe ruinieren, ein zu skrupelöser Charakter, gewisse Maximen, die ein praktisches Handeln erschweren und sich durch ein moralisches Gefühl der Zufriedenheit sogar noch mehr festsetzen, Schüchternheit, Ungeschicklichkeit, Mangel an Geschäftsverstand überhaupt, Beschäftigung mit Kunst oder Wissenschaft, die das ganze Streben in Anspruch nimmt – lauter Faktoren, deren man nicht Herr werden kann, alle sind dies Ursachen, die den Mangel im Gefolge haben“ (Popper-Lynkeus 1972, 68f). (Stütze 4, Einsicht/Wissen als Interpretation)

Sicherung-/Sicherheit-Argument

Die Sicherung der Lebenshaltung steht für Popper-Lynkeus im Mittelpunkt:

(3. Alternativprämissen)

„Ich glaube, daß der Kern des sozialen Problems einfach in der direkten Frage der Sicherung einer behaglichen Lebenshaltung besteht und in nichts anderem, möge nun diese Sicherung auf welchem Wege immer – wenn es nur kein peinlicher ist – verwirklicht werden. Ich kann daher auch nicht zugeben, daß das Eigentum 'die Quelle der furchtbaren Gegensätze sei, welche die Menschheit entzweien'; sondern nur der Unterschied in dem Grade der ökonomischen Sicherheit ist als diese Quelle zu bezeichnen. Denn vielleicht kann das Eigentum nicht zur Lebenshaltung ausreichen, oder es kann im Wirbel der Volkswirtschaft verloren gehen. Es nützt also nichts, wenn selbst alle Menschen Eigentum besitzen, um vor Sorge gesichert zu sein. Ja, selbst ein gesichertes Einkommen genügt nicht, wenn es nicht eine gewisse Größe erreicht und wenn nicht zugleich die Preise der notwendigen Güter eine gewisse obere Grenze nicht überschreiten können oder dürfen. Dies alles aber kann für jeden in einer freien Wirtschaft nie erreicht werden“ (Popper-Lynkeus 1923, 56). (Stütze 4, Gebot)

Und zwar sei der Staat für diese Sicherung verantwortlich:

(3. Alternativprämissen)

„Wir wollen unsere, wenigstens minimale Lebenshaltung vom Staat gesichert haben und für den Kriegsdienst absolut frei von jedem Zwange bleiben, ob man nun den Staat mit Plato als einen grossen Menschen, oder mit Horaz als ein Schiff, oder mit Aristoteles und unzähligen neueren als einen Organismus, oder mit Hobbes als Maschine, oder mit Spencer als Ueber-Organismus, oder mit Ratzenhofer – welcher grossartiger Fortschritt! - nicht als Organismus, sondern als Organisation ansieht“ (Popper-Lynkeus 1924, 183). (Stütze 4, Gebot)

Alle bisherigen Sozialprogramme verdeutlichten einmal mehr, dass der

5.2 Joseph Popper-Lynkeus und die Allgemeine Nährpflicht

Staat seiner eigentlichen Aufgabe einer bedingungslosen Existenzsicherung für alle Staatsangehörigen nicht nachkomme:

(1. Defizitprämisse, 5. Adäquatheitsprämisse)

„Zeigt sich noch ein Rest von Caritas als notwendig oder als anwendbar, so ist die bestehende Sozialpolitik als noch unvollkommen erwiesen. Man nehme z. B. an, es werde jedem Staatsangehörigen von der Gesellschaft seine Lebenshaltung gesichert, - wie das in meinem Sozialprogramm vorgeschlagen wird - so hat Caritas keine Existenzberechtigung mehr“¹¹² (Popper-Lynkeus 1924, 22). (Stütze 2, Absolute Norm/Kode)

Direktvergütung-Argument

Die Vergütung der notwendigsten Dinge für die Lebenshaltung müsse direkt erfolgen und nicht an Arbeit oder Geld gebunden sein:

(1. Defizitprämisse)

„Mit Existenzartikeln ist nicht zu spaßen, die Beschaffung, d. h. der Genuß solcher Güter, auf welche die Menschen, auch beim besten Willen, nicht warten können, darf für jeden Einzelnen von gar nichts anderem abhängen, als von deren Vorhandensein. Es ist nichts anderes als ein grausames Spiel, notwendige Güter nicht unmittelbar, sondern erst nach irgendeinem - immer nur konventionellen - Wertmaßstabe, nach irgendeinem ökonomischen 'Ding an sich', z. B. Arbeitszeit oder nach Geldgrößen, zu bemessen und dann nur im Austausch zu verteilen“ (Popper-Lynkeus 1923, 79). (Stütze 4, Gebot)

Dies wäre bezogen auf die heute immer noch stark vertretene öffentliche Auffassung von „keine Leistung ohne Gegenleistung“ bzw. der derzeitigen Wohlfahrtsstaatsmaxime „Fordern und Fördern“ eine klare Kritik am derzeitigen System.

Existenzrecht-Argument

Das Existenzrecht steht für Popper-Lynkeus über dem Recht auf Arbeit:

(1. Defizitprämisse, 3. Alternativprämisse)

„Selbst die Bemühungen um Einführung des Rechtes auf Arbeit, oder des Rechtes auf den vollen Arbeitsertrag, sowie alle die zahllosen, für den Moment gewiß ganz nützlichen, sozialpolitischen Maßregeln, und auch alle sich fort und fort vermehrenden staatlichen oder privaten Versicherungsinstitutionen genügen nicht zur absoluten Sicherung der gebührenden ökonomischen Existenz. [...] Man wird nach dem Gesagten dann auch leicht einsehen, daß alle die Vorschläge, die nicht auf dem Recht auf Exis-

¹¹² Vgl. hierzu die rasante Entwicklung der Tafeln in Deutschland seit dem Jahr 1993, in dem die erste „Berliner“ Tafel gegründet wurde. Mittlerweile gibt es ca. um die 1000 Tafeln in Deutschland.

5 Textanalyse und Interpretation von Grundeinkommenspädagogiken

tenz aufgebaut sind, [...] den Anforderungen des Sozialismus nicht genügen und daher wertlos sind. Dahin gehören die Vorschläge von L. Blanc, Proudhon, Rodbertus, Lassalle, George, Flürscheim, Hertzka, Oppenheimer u. a. -

Die Anerkennung des Rechtes zum Leben (oder der 'Existenz') ist daher das Ziel, dem die Menschheit zuzustreben hat“ (Popper-Lynkeus 1923, 87). (Stütze 4, Gebot)

Schritt für Schritt, so Popper-Lynkeus, werde sich das Recht auf Existenz als eine Selbstverständlichkeit in der Gesellschaftsordnung herauskristallisieren:

(3. Alternativprämisse)

„Aber mit dem Ausdrucke 'Recht auf Existenz' braucht nicht entfernt an ein 'Naturrecht', das gewissermassen zeitlos und absolut herrschen soll, gedacht zu werden. Sondern man versteht darunter einen Wunsch nach Sicherung der Lebenshaltung, die nicht als Wohlwollen gegen bestimmte Personen in speziellen Fällen, sondern als gesellschaftliche Institution festgelegt und passend ausgeführt werden soll. Dieser Wunsch wird vorerst von einzelnen geäußert, dann aber von mehreren, schliesslich von so vielen und zugleich so eindringlich ausgesprochen werden, dass die Gesellschaft ihn wird erfüllen und in das Inventar ihrer Grundeinrichtungen einfügen müssen. Wenn dieser Zeitpunkt eingetreten sein wird, so ist dieser sehr allgemein gewordene Wunsch zu einem 'Recht der Menschen' geworden; womit nur gemeint ist, dass dessen Erfüllung so selbstverständlich erscheine, als ob dieser Wunsch und seine Erfüllung zur Natur des Menschen und der menschlichen Gesellschaft gehören würde“ (Popper-Lynkeus 1924, 170). (Stütze 1, wiss. Position)

Unvergleichbarkeit-Argument

Menschliche Leistungen können nach Popper-Lynkeus nicht verglichen werden:

(1. Defizitprämisse)

„Und da entsteht nun die Frage: Wie sollen die tausend verschiedenen Arten von Arbeiten miteinander verglichen und dementsprechend entlohnt werden? Eine objektiv einwandfreie Vergleichung und Messung kann nur bei einer Leistung mechanischer Art, die physikalisch als sogenannte Energie (wie z. B. bei Gewichtshebung) auftritt, vorgenommen werden. Aber sonst?

Hierzu kommt noch der subjektive Faktor.

Alle jene, die zur Vollbringung irgendeiner Leistung beitragen, können und werden auch ihre respektiven Anteile nicht hoch genug schätzen können. Das tun schon die Handarbeiter untereinander, indem jede Branche derselben ihre eigene Arbeitsart für überwiegend, oder schwer zu ersetzen, ausgeben kann. Und wenn es sich gar um Vergleich zwischen Handarbeit und (ganz oder teilweise) geistigen Arbeiten handelt, so wird es nie auch nur entfernt zu einer Versöhnung kommen; d. h.: niemals wird der Handarbeiter zugeben, daß die Leistung des Geschäftsführers oder des Fabrikdirektors – sei dies ein kommerzieller oder ein technischer – wichtiger sei für die Herstellung der Fabrikate, oder für den Fabriksbetrieb als einträgliches Geschäft überhaupt, als seine eigene manuelle Tätigkeit.

Und so wird auch, umgekehrt, der Fabriksleiter denken.

Ebenso hält sich bei größeren Unternehmungen meistens der kommerzielle Direktor für den eigentlich Schaffenden und den technischen nur für ein untergeordnetes Werkzeug, für einen Handlanger. Mitunter aber hat der Techniker von dem Geschäftsleiter dieselbe Ansicht. In der Landwirtschaft kann sich der Ackerknecht – wenn er einmal zum Selbstbewußtsein erwacht oder erweckt wird – für notwendiger und nützlicher

5.2 Joseph Popper-Lynkeus und die Allgemeine Nährpflicht

halten als den Wirtschaftsleiter oder gar als den Grundbesitzer.¹¹³

Man sieht also ganz deutlich, daß ein objektives Vergleichen der verschiedenen Tätigkeiten gar nicht möglich ist, weil jede von ihnen eine notwendige Bedingung für die Herstellung des Arbeitsproduktes darstellt, deren quantitativen Vergleichswert man aber ebensowenig berechnen kann, wie den verhältnismäßigen Anteil, den der Vater oder die Mutter an der Entstehung des Kindes haben“ (Popper-Lynkeus 1923, 91). (Stütze 4, Wissen als Interpretation/Analogie)

Arbeitsverständnis-Argument

Für Popper-Lynkeus ist Arbeit nicht gleichzusetzen mit Erwerbsarbeit:

(5. Adäquatheitsprämisse)

„Alles das, was bis jetzt über die Arbeit gesagt wurde, gilt eben nur von der erzwungenen Arbeit; also: der Arbeit, um sein Leben zu fristen, oder jener, die einem befohlen wird, welchem Befehl zuwiderzuhandeln man nicht mächtig genug ist. -

Etwas ganz anderes ist es, freiwillige Arbeiten vorzunehmen, die einen also erfreuen. Ein solcher Arbeitszustand ist ein Glück für den Arbeitenden, denn zu der Freude an der Tätigkeit¹¹⁴ selbst kommt die günstige Einwirkung auf die Gesundheit und auf die psychische Stimmung, sowie die Verhütung der Langweile und die Ablenkung von Ausschreitungen physischer und moralischer Art.

Ist aber die Art der freiwillig übernommenen Arbeit zugleich für die Gesamtheit oder für einzelne andere Personen von Nutzen – ist sie also kein bloßes egoistisches Spiel –, so wird sie zum größten Segen der Menschheit.

Die erzwungene Arbeit jedoch kann höchstens durch Befriedigung des Pflichtgefühls veredelt werden; doch selbst da hängt sehr viel davon ab, wer einem diese Pflicht auferlegt und in welcher Form das geschieht“ (Popper-Lynkeus 1923, 95). (Stütze 4, Reflexion/Einsicht/Wissen als Interpretation)

Die Bevölkerung sei längst über einen Arbeitsbegriff hinaus, der nur den ökonomischen Zwang zum Inhalt habe:

(1. Defizitprämisse)

„Und soll man dem Arbeiter Bildung verschaffen? Die Einen sagen: Bildung nützt den Arbeitern, weil sie dadurch 'anstelliger und erwerbsfähiger', auch sparsamer werden; die Anderen meinen: Bildung schadet (speziell dem amerikanischen Arbeiter gegenüber dem chinesischen), denn er hat dadurch mehr Bedürfnisse, ist zu groben Arbeiten nicht so zu brauchen und wird empfindlicher für Entbehrungen. -

Sagen wir es offen: Arbeit, die einem vorgeschrieben wurde, ist niemals eine angenehme Sache. Die konservativen Moralprediger wollen seit jeher das arbeitsschwitzende, arme Volk mit Fabelsprüchen einlullen und sprechen von der 'Ehre der Arbeit' von der

¹¹³ In einer Fußnote ergänzt Popper-Lynkeus hier: „Objektiv genommen, gilt das auch für den pflügenden Ochsen“ (Popper-Lynkeus 1923, 91).

¹¹⁴ Vgl. dazu unter dem Stichwort „Begeisterung“ den Eröffnungsvortrag zum Hauptstadtkongress 2011, Medizin und Gesundheit, von Hüther, Gerald: <http://www.hauptstadtkongress.de/2011/eroeffnungsvortrag-von-prof-dr-gerald-huether/>, Stand: 31.08.2012

'Pflicht zur Arbeit, die uns Gott auferlegt hat'; gewisse Ethiker sprechen auch von der 'Sittlichkeit, der Ethik der Arbeit'. Dabei ist aber immer die durch die Umstände erzwungene Arbeit gemeint. -

Lasse man doch derlei gehen und fahren! Das Volk ist heute, wenigstens in den Kreisen der Industriearbeiter, so aufgeklärt, daß es auf solche kindische Worte gar nicht mehr hört“ (Popper-Lynkeus 1923, 94). (Stütze 4, Reflexion auf Sinn/Appell an die Vernunft)

Notwendigkeit-Argument

Die bedingungslose Existenzsicherung beinhalte weit mehr als nur die Beseitigung von Hunger:

(3. Alternativprämisse)

„Um jeden Staatsangehörigen von der Geburt bis zum Tode mit voller Sicherheit vor Not und auch schon vor Sorge zu bewahren, fasse man aus der gesamten Produktion und den gesamten Leistungen der Gesellschaft speziell dasjenige ins Auge, was zu einer in physiologischer und hygienischer Beziehung behaglichen Lebenshaltung notwendig ist.

Zu diesem Notwendigen wollen wir nicht nur Nahrung, Wohnung und Wohnungseinrichtung, Kleidung, Heizung und Beleuchtung, sondern auch ärztliche Hilfe, Kranken- und Alters-Pflege, Medikamente und Bestattung rechnen. Damit würden die leiblichen Bedürfnisse der Menschen in der Hauptsache befriedigt“ (Popper-Lynkeus 1923, 133). (Stütze 4, Gebot)

Nährarmee-Argument

Um die Produktion des Notwendigen herzustellen, fordert Popper-Lynkeus in Anlehnung an die Wehrpflicht eine Nährpflicht, die von allen Staatsangehörigen für eine gewisse Zeit in der Nährarmee abgeleistet werden müsse:

(3. Alternativprämisse)

„Alle Staatsbürger ohne Ausnahme oder nur mit den notwendig gebotenen Ausnahmen müssen eine Dienstzeit in der allgemeinen Nährarmee durchmachen. Man kann jene Erleichterung eintreten lassen, daß zum Beispiel die Städter mehr in Staatsfabriken in oder nahe den Städten, wo sie sich sonst aufhalten würden, und die Provinz- oder Dorfbewohner mehr für Bebauung des Bodens bei ihrer Gemeinde verwendet werden und dergleichen mehr“ (Popper-Lynkeus 1972, 96f).

„Dieses Notwendige muß von einem pflichtmäßig arbeitenden Teile der Gesellschaft hergestellt oder irgendwie beschafft werden, und dessen Produkte und Leistungen müssen an sämtliche Staatsangehörige, ausnahms- und bedingungslos, und zwar nicht in Geldform, sondern in natura, verteilt oder gewährt werden.

Da man im gewöhnlichen Leben unter 'sich ernähren' nicht nur die Sorge um Beschaffung der Nahrung, sondern auch des Obdachs und der Kleidung und der anderen, oben angeführten Leistungen versteht, so wollen wir, zugleich in Analogie des militärischen Begriffs der 'Wehrarmee', jenen pflichtmäßig produzierenden Teil der Gesellschaft, der für Befriedigung der leiblichen Bedürfnisse zu sorgen hat, 'Nährarmee' nennen.

Die Nährarmee produziert und arbeitet also für sich selbst und für alle anderen. -

Eine aufmerksame Betrachtung der Wirtschaftsgeschichte, sowie aller bisherigen wirt-

5.2 Joseph Popper-Lynkeus und die Allgemeine Nährpflicht

schaftlichen Theorien und Projekte zeigt, daß auf gar keine andere, als auf die oben gekennzeichnete Weise das Ziel erreicht werden kann: kein einziges Individuum ökonomisch untergehen zu lassen und dasselbe von jeder Angst, sich und seine Angehörigen ernähren und erhalten zu können, mit Sicherheit freizuhalten. -“ (Popper-Lynkeus 1923, 133f). (Stütze 2, Absolute Norm/Systemorientierung)

Auch in Bezug auf die Kriegsdienstverweigerung ist Popper-Lynkeus seiner Zeit offensichtlich weit voraus:

(3. Alternativprämisse)

„In unserem gesitteten Zukunftsstaate wird (oder sollte) es nur Freiwilligkeit des Kriegsdienstes, also keine Wehrpflicht, geben, und zwar sollten es hauptsächlich Freiwillige aus jenen Altersjahrgängen sein, die in der Minimum-Armee bereits ausgedient haben.

Sollten aber aus irgendeinem Grunde Leute aus diesen Jahrgängen für die Nährarmee nötig werden, so muß bezüglich der Freiwilligen-Anmeldungen darauf Rücksicht genommen werden“ (Popper-Lynkeus 1923, 150). (Stütze 2, Absolute Norm)

Konkret gäbe es also für Popper-Lynkeus eine Nährpflichtzeit von zwölf Jahren für Männer und sieben Jahren für Frauen:

(3. Alternativprämisse)

„Nun werden die statistischen Untersuchungen zeigen, daß in der Nährarmee 7 $\frac{3}{4}$ Millionen männliche Personen vom beginnenden 18. bis zum Ende des 30. Lebensjahres und 5 Millionen weibliche Personen vom beginnenden 18. bis zum Ende des 25. dienen müssen, um alles von der Minimum-Institution Verlangte leisten zu können“ (Popper-Lynkeus 1923, 203). (Stütze 1, wiss. Position)

Die Wehrpflicht in der Wehrarmee für alle (Männer) werde nicht in Frage gestellt und sei selbstverständlich, so werde auch eine allgemeine Dienstpflicht in der Nährarmee als selbstverständlich hingenommen werden und frei vom Charakter der Lohnarbeit sein. Damit sei die Abhängigkeit und Unterdrückung von und durch Vorgesetzte wesentlich gemindert und entspricht wesentlich angemessener dem Freiheitsgedanken von Popper-Lynkeus:

(5. Adäquatheitsprämisse)

„Hingegen bleibt das Arbeiten in einer Nährarmee frei von allen Abhängigkeitsgefühlen; selbst hinter den unmittelbar vorgesetzten Leitern der Arbeit steht die ganze Gesellschaft, die ganze Bevölkerung; Niemand auf der Welt ist imstande, einem die Sicherung der Lebenshaltung zu rauben oder zu schmälern. Man braucht nur an das Gefühl zu denken, mit dem der heutige Soldat in der Armee der allgemeinen Wehrpflicht dient, um hieraus schließen zu können, daß in der künftigen Nährarmee keine Spur von niederdrückendem Abhängigkeitsgefühl von Privatpersonen vorhanden sein wird. Denn trotz der strengen Disziplin und der Militärstrafen, und wenn nicht geradezu unerträgliche Verfolgungen seitens einzelner Unteroffiziere vorkommen, ist das Selbstbewußtsein selbst des gemeinen Soldaten ungleich freier als das des Lohnarbeiters, der für einen Herrn arbeitet und mitunter auch noch von dem unmittelbaren Vorgesetzten gehetzt oder verfolgt wird. Der Soldat weiß eben, daß nicht nur er, sondern auch alle seine Vorgesetzten dem ganzen Staate und nicht einem Privaten dienen; ja selbst die eventuellen Verfolgungen seitens brutaler Vorgesetzter erkennt er denn doch nur als Ausnahmsvorgänge, als von der zufälligen Charakterbeschaffenheit der-

selben abhängig, aber er fühlt sich nicht durch die ganze Gesellschaftskonstruktion, resp. durch die Wehrverfassung zum Leiden verdammt. Beim Lohnarbeiter aber ist es umgekehrt, das ganze Wirtschaftssystem zwingt ihn, einem 'Herrn' zu dienen“ (Popper-Lynkeus 1923, 256f). (Stütze 1, Erklärung/wiss. Position)

Kulturbedürfnis-Argument

Sekundäre Bedürfnisse sollten ebenso befriedigt werden, darüber entscheide eine Volksabstimmung, „welche Kulturbedürfnisse gedeckt“ werden sollten (vgl. Popper-Lynkeus 1923, 134). Werde das primäre Minimum grundsätzlich in natura ausgezahlt, so sei für ein sekundäres, kulturelles Minimum eine Vergütung in Geld denkbar:

(3. Alternativprämisse)

„Das Geld für das sekundäre Minimum kann beschafft werden: durch die Einnahme bei den Staatsmonopolen und Taxen, sowie durch die Steuergelder; eventuell auch durch Ausgabe von unbedeckten Staatsnoten mit Zwangskurs, die von den Besteuerten wieder in die Staatskassen fließen. Sollte das sekundäre Minimum in Geldform vom Staate nicht mit Sicherheit beschafft werden können, so bleibt nichts anderes übrig, als dieses Minimum auf das Äußerste zu beschränken, zu rationieren und von der Nährarmee herstellen zu lassen, so z. B. Schreibrequisiten“ (Popper-Lynkeus 1923, 139). (Stütze 3, Praxis/Experiment)

Auch die Finanzierung des sekundären Minimums in Geldform erscheint für Popper-Lynkeus bereits gesichert:

(4. Praxisprämisse)

„Alle Ausgaben, zu denen auch die sekundären Minima in Geldform gehören, bestreitet der Staat durch seine den heutigen analogen Einnahmen. Nur muß bemerkt werden, daß die Progressionen der Einkommen- und Erbssteuern (falls überhaupt noch private Erbschaften zugelassen werden) gegenüber den heutigen ganz bedeutende sein werden und sein sollen“ (Popper-Lynkeus 1923, 140f). (Stütze 1, Erklärung/Verweis auf Bekanntes)

Privatwirtschaft-Argument

Obwohl die Existenz aller durch das primäre und evtl. sekundäre Minimum durch sein Programm gedeckt sei, solle an der bisherigen (Zu)verdienstmöglichkeit nicht gerüttelt werden:

(4. Praxisprämisse)

„Diese dritte Wirtschaftsart: die freie Privatwirtschaft, welche man auch die Wirtschaft im Überflüssigen, die Luxuswirtschaft nennen könnte, soll – in den angegebenen Grenzen – unbedingt beibehalten werden, und zwar sprechen für die prinzipielle Trennung des Notwendigen vom Nichtnotwendigen, welches letztere ich als 'Luxus' bezeichnen will, also für die Beibehaltung einer freien Privatwirtschaft im Gebiete des letzteren, folgende Erwägungen:

1. Es wäre viel zu kompliziert, die Produktion, und ganz unmöglich, die Verteilung der Luxusgegenstände oder -Leistungen in einem auf Gleichberechtigung Aller beruhenden kollektiven System durchzuführen.
2. Man müßte ohne diese Trennung viel mehr Menschen in die Arbeitsarmee einrei-

5.2 Joseph Popper-Lynkeus und die Allgemeine Nährpflicht

hen, und das könnte, da dieselbe ein Zwangsinstitut ist, zumal angesichts der geringeren Wichtigkeit alles Luxus, keinesfalls willkommen sein.

3. Wenn kein Spielraum für eine freie Wirtschaft geboten wäre, so würde der Stimulus für technische Fortschritte, für Erfindungen aller Art fast ganz aufhören. Denn man muß bedenken, daß gerade die große Masse der kleineren und meist auch die großen Erfindungen nur ganz ausnahmsweise aus rein idealen Motiven gemacht und mit jahrelanger Ausdauer ihrer Vollendung zugeführt werden; sehr selten nur treibt die bloße Freude an der Leistung den Erfinder; viel häufiger die Begierde nach Ruhm, am häufigsten und fast allgemein ist die Hoffnung auf Geldgewinn die Triebfeder der fortschrittlichen Bemühungen, und eine solche Hoffnung kann weitaus am sichersten nur im Gebiete einer Wirtschaft mit freier Konkurrenz, mit der Geldform, mit Patentgesetzen usw. realisiert werden. Dasselbe gilt von den Bemühungen, neue Fabrikationszweige einzuführen u. dergl. mehr. Kurz: wir gewinnen die so sehr gewünschte Möglichkeit der 'Entfaltung der Anlagen' und ihrer 'freien und unbehinderten Betätigung' (Popper-Lynkeus 1923, 141f). (Stützen 4 u. 1, Gebot, wiss. Position)

Durch die Erhaltung der Privatwirtschaft werde also auch die Kreativität gefördert, ein Argument, welches bei Werner als Kreativitäts-Argument herauskristallisiert ist.

Popper-Lynkeus bewegt sich in seinen Forderungen also zwischen den bestehenden Gesellschaftssystemen von Kapitalismus und Sozialismus.

(3. Alternativprämisse)

„An der freien Privatwirtschaft stoßen sich sehr Viele, offenbar weil sie die Sache nicht objektiv, ja überhaupt nicht überlegt haben. Sowohl die Sozialdemokraten als auch die Kommunisten, sowie die Vertreter des Vollsozialismus und der Planwirtschaft wollen sich mit der freien Privatwirtschaft nicht befreunden, wobei sie blind sind für die enormen Fortschritte, die wir der freien Wirtschaft und dem Kapitalismus verdanken; Fortschritte, die keiner der nationalökonomischen Schriftsteller geleugnet hat. Man bedenke andererseits, wie mächtig der Trieb nach Neuerungen, nach sogar gewagten Unternehmungen und besonders nach großen Vermögen behufs luxuriösen Lebens vorhanden ist, und welche große Folgen die Unternehmungslust für die Allgemeinheit hat.

Und wenn der freie Privatverkehr auch unstreitig viele Schattenseiten aufzuweisen hat, so gilt das doch nur für den heute vorhandenen Kapitalismus, nicht aber kann das gelten für die freie Privatwirtschaft in einer Gesellschaft der allgemeinen Nährpflicht. Die Gegner der freien Privatwirtschaft übertragen inkorrektweise den heutigen Kapitalismus, also auch seine Nachteile, auf jenen bei Vorhandensein allgemeiner Nährpflicht. Wenn z. B. Krisen entstehen, so bringen sie heute tausende Familien in die größte Not, wenn aber Nährpflicht existiert, so können Krisen nur oberflächlich schaden, denn Jeder ist unbedingt in seiner Lebenshaltung gesichert“ (Popper-Lynkeus 1923, 144). (Stütze 1, wiss. Position/Erklärung)

Gleiche-Augenhöhe-Argument

Der Arbeitnehmer käme in dem von Popper-Lynkeus geforderten Programm mehr auf Augenhöhe mit dem Arbeitgeber und sei nicht mehr erpressbar:

(5. Adäquatheitsprämisse)

„Das Verhältnis des Unternehmers zu seinem Angestellten ist total von dem heutigen verschieden, denn ohne sich auf eine Streikkassa verlassen zu müssen, kann der Ange-

stellte seinen Posten kündigen, sobald er ihm nicht behagt“ (Popper-Lynkeus 1923, 144). (Stütze 4, Wissen als Interpretation)

In Voraussicht auf das unten noch zu betrachtende Drecksarbeit-Argument sieht Popper-Lynkeus bereits eine direkte Auswirkung auf den Arbeitsmarkt, in dem Löhne ausgehandelt und für manche Bereiche evtl. sogar angehoben werden müssten:

(5. Adäquatheitsprämisse)

„Auch darauf wird man sich gefaßt machen müssen, daß sich wahrscheinlich nicht so leicht wie heute Personen für häusliche Dienstleistungen¹¹⁵ finden werden. Vielleicht werden nur jene, die in der freien Privatwirtschaft besonders große Vermögen erobert, so hohe Löhne zahlen können, daß der Stolz der Menschen überwunden werden kann, die sich sonst nicht als Diener den anderen zur Verfügung stellen würden“ (Popper-Lynkeus 1923, 154). (Stütze 1, Erklärung)

Spezifikum-Argument

Für Popper-Lynkeus ist sein Programm eine absolute Neuerung, dessen Realisierung sei ein bedeutender Fortschritt für die Menschheit:

(4. Praxisprämisse, 3. Alternativprämisse)

„Das Spezifische meines Programms besteht in der Verbindung des Vorschlages der für alle gleichen und ausnahms- und bedingungslosen Verteilung eines Existenzminimums in natura und eines Kulturminimums (in Geldform), mit dem weiteren Vorschlage, im Gebiete des Nicht-Notwendigen eine freie Privatwirtschaft (analog der heutigen) walten zu lassen.

Auf diese Weise wird verwirklicht:

Die Sicherheit der ökonomischen Existenz Aller; das Gleichheitsprinzip betreffs aller individuellen ökonomischen Existenzen als solcher; die Freiheit in wirtschaftlicher Beziehung, soweit sie mit der Sicherung aller ökonomischen Existenzen vereinbar sein wird; und endlich der volkswirtschaftliche, technische und sonstige Fortschritt, insofern er eben durch Befreiung der Menschen von lästigen ökonomischen Sorgen und Beschränkungen gefördert werden kann“ (Popper-Lynkeus 1923, 145f). (Stützen 3 u. 2, Praxis als Information, Institution als Gesetz)

Popper-Lynkeus denkt sein Programm bereits vor einhundert Jahren global:

(5. Adäquatheitsprämisse)

„Kein Programm wie dieses scheint mir so geeignet, ohne merkbare Störungen aus dem gegenwärtigen Zustande der Gesellschaft heraus realisiert zu werden, und so fähig, sich ohne eintretende Schwierigkeiten in sich selbst zu befestigen. Es ist beinahe ohne Modifikation oder doch nur mit untergeordneten formalen Varianten in allen Staaten durchführbar, mögen die Verfassungen derselben wie immer beschaffen sein, und ich rate daher, mit allen Kräften für dieses Programm:

¹¹⁵ Vgl. hierzu das „Südafrikanisierung-/Hausfrauisierung-Argument“ bei Gorz.

5.2 Joseph Popper-Lynkeus und die Allgemeine Nährpflicht

Allgemeine Nährpflicht behufs ausnahmsloser Verteilung eines Minimums zu wirken, welches, wie kein anderes, einem energischen Bedürfnisse wie einer klaren und bestimmten Art, dasselbe zu befriedigen zu entsprechen geeignet ist.

Wir werden nicht glauben, wie viele Sozialphilosophen es tun, daß mit Verwirklichung eines derartigen Programms der selige Zustand auf Erden erreicht sein wird, allein unter den Leiden des Lebens und unter den Veranlassungen zu solchen wird wenigstens eines, nämlich die physische Not, wegfallen, und das wäre schon nicht wenig“ (Popper-Lynkeus 1972, 98). (Stütze 4, Gebot)

Verzicht-Argument

Zwar sei das Programm grundsätzlich allgemeingültig, das heißt es gelte für alle Staatsbürger, jedoch sei auch ein Verzicht auf das Minimum denkbar, nicht jedoch die Umgehung der Nährdienstleistungspflicht:

(3. Alternativprämisse)

„Jeder Staatsbürger, respektive jeder Mensch im Staate, erhält einen auf Person lautenden Bezugschein auf das Minimum; derselbe wird jedes Jahr erneuert. Will jemand auf seinen Bezugschein verzichten, zum Beispiel weil er sehr vermögend ist, so steht ihm dies frei, von seiner Nährdienstpflicht kann ihn dieser Verzicht jedoch durchaus nicht dispensieren“ (Popper-Lynkeus 1972, 97). (Stütze 4, Gebot)

Verzicht auf das Minimum wird also voraussichtlich von auch derzeit schon sehr reichen Leuten ausgeübt werden können.

(3. Alternativprämisse)

„Es kann Jedem freigestellt werden, auf seine Beteiligung am Minimum zu verzichten; denn es wird zufolge der freien Privatwirtschaft vielleicht genug reiche Leute geben, die alles viel besser und feiner werden haben wollen, als es das Minimum ihnen bieten würde, sei es Nahrung, Kleidung oder Wohnung. Mögen diese Personen ihre Bedürfnisse in Luxusgeschäften, Delikatessenhandlungen, feinen Schneidereien usw. - gegen Bezahlung natürlich – befriedigen [...]“ (Popper-Lynkeus 1923, 158). (Stütze 4, Gebot)

Arbeitsmotivation-Argument

Auf das sog. Hängematten-Gegenargument¹¹⁶, demzufolge die Menschen bei der Durchführung seines Programms nicht mehr motiviert wären, zu arbeiten, reagiert Popper-Lynkeus wie folgt:

(1. Defizitprämisse)

„Oft hörte ich folgende Einwendung: 'Wenn Alle nach wenigen Jahren Dienstzeit vor Not gesichert sind, so wird in den späteren Jahren nicht mehr oder zu wenig gearbeitet werden; der Fortschritt in Technik, Wissenschaft und überhaupt in unserer ganzen Kultur hört dann auf.'

Hierauf ist zu erwidern: Vor allem hat Niemand das Recht, andere zur Arbeit dadurch zu treiben, daß er ihnen die Sicherung vor Not vorenthält oder wünscht, daß sie ihnen

¹¹⁶ Vgl. das Contra-Argument, das Anthropologie-Argument A, unter 6.4.1

5 Textanalyse und Interpretation von Grundeinkommenspädagogiken

vorenthalten, also ein gründliches soziales Programm nicht durchgeführt werden soll. Und vor allem müßten, jenem Argument zufolge, alle heute sorgenlosen Existenzen ruiniert werden, damit sie arbeiten und die Kultur fördern. Davon wollen aber die betreffenden Herren nichts wissen“ (Popper-Lynkeus 1923, 182). (Stütze 4, Wissen als Interpretation/Reflexion)

Für Popper-Lynkeus ist es gänzlich unverständlich, warum eigentlich immer nur die Armen zur Arbeit herangezogen würden, während gegenüber Wohlhabenden wie z. B. reichen Erben eine solche Forderung nie erhoben würde.

(4. Praxisprämisse)

„Ferner halten die Menschen den Müßiggang nie lange aus, es wäre denn, sie besitzen einen solchen Reichtum, daß er ihnen eine Ausfüllung der Zeit mit allerlei Sport, gesellschaftlichen Unterhaltungen u. dergl. erlaubt; nun, wenn es im Zukunftsstaat solche Reiche geben sollte, so lasse man sie gewähren, geradeso wie man heute die vielen Prinzen, die Adeligen, die Söhne reicher Finanzmänner und Fabrikanten in Ruhe müßig gehen und es sich nie einfallen läßt, auch nur zu fragen, ob sie irgendwie zum Fortschritt der Kultur beitragen.

Überdies sehen wir schon heute, daß selbst sehr reiche Leute nicht immer müßig gehen, sie arbeiten in ihrem Berufe unermüdlich fort, sei es aus Gewohnheit, oder aus Drang, noch reicher zu werden, oder um der Langweile zu entgehen. -

Alle nicht sehr reichen Leute im Zukunftsstaat aber – und die werden doch die Mehrzahl bilden – werden vermöge des Triebes nach Wohlhabenheit über das Notwendige hinaus, und weil der Mensch ein absolutes Nichtstun nicht lange aushält, eben arbeiten, d. h. irgend etwas tun müssen, was sich in das System der menschlichen Bedürfnisse irgendwie als begehrenswert einreicht; man braucht sich als in dieser Beziehung gar keine Sorge zu machen“ (Popper-Lynkeus 1923, 183). (Stütze 1, Erklärung)

Die Vorstellung einer wie im gegenwärtigen Grundeinkommensdiskurs geforderten bedingungslosen Existenzsicherung ohne Gegenleistung ist für Popper-Lynkeus ohne Nährdienstpflcht noch nicht denkbar, selbst in einem solchen für ihn fiktiven Modell würde jedoch die Motivation zur Arbeit nicht verschwinden:

(5. Adäquatheitsprämisse)

„Stellen wir uns einmal vor, es werde an einem gewissen Tage verkündet, jeder Mensch, ohne Ausnahme, ohne jede Bedingung, werde von der Gesellschaft selbst seinen notwendigen Lebensunterhalt zugeteilt bekommen, und nehmen wir sogar an, es würde nicht einmal das Gesetz der allgemeinen Nährpflicht, die doch jene Einrichtung erst möglich machen wird, promulgiert.

Wie werden sich die Menschen nun benehmen?

„Die sehr Reichen, die Reichen, die Wohlhabenden werden sich um die ganze Sache gar nicht kümmern, denn sie besitzen alle heute schon ihr Minimum und darüber und stellen dennoch ihre Tätigkeit nicht ein; die geistigen Arbeiter werden sich, da sie sich ohne Sorge wissen, ihren Arbeiten mit noch mehr Freudigkeit als bisher hingeben. Die große Zahl jener, die heute von der Hand in den Mund leben, und die Bettler werden im ersten Augenblick glauben, das Paradies auf Erden sei verwirklicht, sie werden jubeln, vielleicht eine Woche lang nur spazieren gehen, singen, essen und trinken, was ihnen das Minimum gewährt; am Ende der Woche aber halten sie diesen Zustand nicht mehr aus; schon wenn sie die Zeit töten wollen dadurch, daß sie viel essen und trinken, müssen sie Arbeit ergreifen, um das Plus über das Minimum zu verdienen, dann aber würde ihnen sogar das immerwährende Essen und Trinken zum Überdruß und sie

5.2 Joseph Popper-Lynkeus und die Allgemeine Nährpflicht

würden zur bloßen Abwechslung die Arbeit so aufsuchen, wie sie heute das Schwelgen und Spielen aufsuchen. Einige werden überhaupt Lust zum Arbeiten empfinden und nach Verlauf von weiteren acht Tagen¹¹⁷ wird alles wieder so gehen wie heute, nur gesicherter, ruhiger und heiterer“ (Popper-Lynkeus 1972, 89f). (Stütze 1, Erklärung)

Und so würde sich für Popper-Lynkeus im Wesentlichen nichts bezüglich der Arbeitsmotivation ändern:

(5. Adäquatheitsprämisse, Deckungsgleichheit)

„Die Freiheit der wirtschaftlichen Bewegung, die Antriebe zum Erfinden, Verbessern, Arbeiten bleiben aufrechterhalten“ (Popper-Lynkeus 1972, 97). (Stütze 1, Erklärung)

Frauen-Argument

Sein Sozialprogramm einschließlich der Nährdienstpflicht gelte für alle Staatsangehörigen, also auch für die Frauen, die diesbezüglich insbesondere eine Verbesserung zu erwarten hätten:

(3. Alternativprämisse, 1. Defizitprämisse)

„Und was die Frauenfrage betrifft, so kann den Frauen nichts so sicher eine behagliche Lebenshaltung verschaffen, wie die systematische Durchführung des hier entwickelten Programms; die von mir befürwortete Aufrechterhaltung der freien Privatwirtschaft (neben der Zwangswirtschaft im Gebiete des Notwendigen) wird es erst den Frauen ermöglichen, ohne Gefahr für ihre ökonomische Sicherung vollen Gebrauch von ihrer eventuell weitestgehenden Emanzipation zu machen. Man bedenke, daß heute (1912) in Deutschland ungefähr eine Million Ehefrauen ihre Arbeitskraft außer Haus wirtschaftlich, und zwar in drückendster und prekärster Weise, verwerten müssen; und nebenbei bemerkt, mehr als eine halbe Million gewerblich tätige Kinder in Deutschland waren noch nicht 14 Jahre alt, die landwirtschaftlich tätigen also nicht mitgerechnet. So elende Zustände wird man nie durch Flickwerks-Institutionen aus der Welt schaffen können“ (Popper-Lynkeus 1923, 197). (Stütze 1, Verweisung auf Bekanntes)

Auch in Bezug auf das Frauenwahlrecht, welches in Österreich erst sechs Jahre später nach dem Verfassen seines Hauptwerks „Die allgemeine Nährpflicht“ 1918 eingeführt wurde, ist Popper-Lynkeus erstaunlich modern. Könnte man die Notwendigkeit eines allgemeinen Wahlrechts sowohl für Männer als auch für Frauen nicht strikt beweisen, so müsse man dennoch dafür eintreten (vgl. Popper-Lynkeus 1924, 15).

Verwaltung-Argument

Schon damals ist der bürokratische Verwaltungsaufwand des seinerzeitigen Sozialstaats Popper-Lynkeus bewusst:

¹¹⁷ Vgl. hierzu das „Irrtum-Argument“ bei Fromm, Erich.

(1. Defizitprämisse)

„So elende Zustände wird man nie durch Flickwerks-Institutionen aus der Welt schaffen können. Und hierzu kommt noch der Umstand, daß die Durchführung schon jeder einzelnen dieser Institutionen eine verhältnismäßig sehr komplizierte Arbeit erfordert, so daß die Summe aller viel mehr Personen und administrative Tätigkeit in Anspruch nimmt als ein gründlich-allgemeines Programm, wie es das meinige ist. Man braucht, um einzusehen, was für eine Mühe z. B. die bloße Zählung der Beschäftigungslosen macht und was für Vorsichtsmaßregeln dabei getroffen werden müssen, nur den Vorschlag des Direktor des statistischen Amtes der Stadt Berlin, Professor Dr. Silbergleit, anzusehen, den er anlässlich der einen Frage der Arbeitslosenunterstützung publizierte“ (Popper-Lynkeus 1923, 197). (Stütze 1, wiss. Position)

Damit ist ein auch für die heutige Zeit seitens der Grundeinkommensbewegung kritischer Zustand angesprochen, die Verwaltung von ca. drei Millionen ALG-I-Empfängern und ca. sieben Millionen ALG-II-Empfängern. „Die Mühe der Zählung“ und Verwaltung von „Beschäftigungslosen“, also ca. 1/8 der Bevölkerung Deutschlands, sowie die dadurch verursachten Bürokratiekosten sind Bestandteil erheblicher Kritik.

Auch die Stigmatisierung von Armen durch die von Behörden durchzuführenden Bedürftigkeitsprüfungen werden angesprochen:

(1. Defizitprämisse)

„In der Tat ist es vor allem fast unmöglich, die formalen Bedingungen des Anspruches auf Unterstützung festzusetzen; wenn dies aber gelingen sollte, ist es wiederum unmöglich, den heute so rasch eintretenden Katastrophen der einzelnen mit der besten Armengesetzgebung zur rechten Zeit nachzukommen; die Annahme von Almosen ist außerdem, wie schon so oft hervorgehoben wurde, etwas sehr Peinliches, oft sogar Schädliches, und endlich frage ich, was soll denn mit den vielen arbeitslustigen Personen geschehen, die wohl Arbeit bekommen könnten, aber dazu unfähig sind, oder ihre Geschäfte mit einem vollkommenen Mangel an praktischem Sinn betrieben? Sollen alle diese, weil sie keinen Erwerbssinn haben und zugleich vielleicht für dargebotene leibliche Arbeitsanstrengung ebenfalls nicht taugen, leer ausgehen? Und das müßten sie wirklich zufolge jeder Armengesetzgebung der Welt, sogar nach jener der großen französischen Revolution“ (Popper-Lynkeus 1972, 75)! (Stütze 1, Erklärung)

Folgende Ausführung wurde bereits unter dem Gleichheit-Argument aufgeführt, gehört jedoch auch zum Verwaltung-Argument:

(1. Defizitprämisse)

„Ich möchte nun wissen, warum man Unterschiede macht und den Kranken, Irrsinnigen, den Verbrecher von seiten der Gesellschaft vollständig versorgt und denjenigen, der keine innere oder äußere Fähigkeit zum Erwerben hat, verderben läßt. An und für sich ist für eine solche Unterscheidung kein Grund vorhanden; aber man erschrickt vor der Frage: 'Wohin soll es kommen, wenn man in allen solchen Fällen Unterstützung gewähren wollte?' und vor der weiteren Frage: 'Wie soll man denn entscheiden und wem soll man das Amt übertragen, stets zu untersuchen, ob wirklich Unfähigkeit zum Erwerbe vorhanden ist?'“ (Popper-Lynkeus 1972, 69). (Stütze 4, Reflexion)

Der staatliche Kontrollapparat wird von Popper-Lynkeus erheblich kri-

5.2 Joseph Popper-Lynkeus und die Allgemeine Nährpflicht

tisiert:

(1. Defizitprämisse)

„Alles soll klassifiziert, beurteilt, bemessen, vorgeschrieben werden. Ein Heer von Beamten ist notwendig, um die unendlich vielen wirtschaftlichen Tätigkeiten zu überwachen, zu ordnen, zu organisieren; mit der Ernennung dieser Beamten wird schon das neidische Murren beginnen. Unendliche Mühe wird aufgewendet und unzählige Fehler werden begangen, um die Individuen in die einzelnen Tätigkeitsarten einzureihen. Die Wahlfreiheit des Individuums bezüglich seiner Beschäftigung, eines der kostbarsten Güter unserer Zeit, wird aufgehoben, oft die wichtigste Bestrebung ignoriert; die bedeutendsten Leistungen im Keime erstickt, wenn deren Anschein im Momente gegen sie spricht, wenn das von einem Schaffenstribe beseelte Individuum deren Nützlichkeit, deren Schönheit noch nicht zur Evidenz nachweisen kann; sogar der bloße Arbeitswetteifer, jetzt durch Aussicht auf Gewinn oder Ehre hervorgerufen, wird getötet und damit zugleich in rohester Weise eingegriffen in den ganzen volkswirtschaftlich-technischen Spieltrieb, der heute so viele, ja fast alle erheitert, anregt und beschäftigt, der überhaupt erst aus der schweißigen und keuchenden Flucharbeit der Bibel eine neue Art künstlerischer Tätigkeit hervorbrachte.

Und das größte Übel aller jener mehr oder weniger sinnreich ausgedachten Organisationen der menschlichen Tätigkeiten wäre noch darin gelegen, daß sie um so weniger durchführbar und um so peinlicher sein würden, je gerechter sie sein wollten“ (Popper-Lynkeus 1972, 79)! (Stütze 1, Erklärung)

Schulfach-Argument

Auch das Erziehungswesen müsse für sein Programm umgestaltet werden, um schon in der Schule auf die von Popper-Lynkeus für notwendig gehaltene Nährarmee vorzubereiten:

(3. Alternativprämisse)

„Wir wollen jetzt die Beziehungen der Dienstpflicht in der Nährarmee zu anderen gesellschaftlichen Institutionen beleuchten; nämlich: zur allgemeinen Schulpflicht und dem Unterrichtswesen, zur Militär- und Kriegsdienstpflicht, und schließlich zur Eheinstitution.

Im Gebiete des Unterrichtswesens ist eine gewisse Teilung des Gesamtunterrichts, die dem allgemeinen Prinzip unserer Sozialreform entspricht, ganz am Platze. Denn es müssen den Angehörigen der Minimum-Armee gewisse Kenntnisse für die von ihnen ausgeübten Berufe, namentlich in den Gewerbebetrieben, vermittelt werden. Diese Kenntnisse werden, von den vorausgesetzten allgemeinen Volksschulkenntnissen abgesehen, im allgemeinen ziemlich einfacher Natur sein, soweit es sich um die bloßen Arbeiter handelt; sehr zweckmäßig wird es sein, wenn jeder Arbeiter Praktische Kenntnisse in zwei oder drei nahe verwandten Gewerbekategorien gewinnt;¹¹⁸ die Betriebsleiter werden schon höhere Kenntnisse benötigen, manche sogar Hochschulstudien gemacht haben müssen“ (Popper-Lynkeus 1923, 198). (Stützen 2 u. 3, Institution/Absolute Norm, Praxis als Information/Exempel)

¹¹⁸

Popper-Lynkeus dazu in einer Fußnote: „Diesen Vorschlag entlehne ich aus Bel-lamys 'Gleichheit'“ (198).

Fruchtbarkeit-Argument

Die Auswirkungen der durch sein Programm bewirkten Freiheit aller Individuen würde sich auch auf die Kreativität der Menschen hin ausdehnen:

(5. Adäquatheitsprämisse)

„Daß, wenn Jedem sein Lebensunterhalt für immer gesichert ist, die Beschäftigung mit Kunst, Wissenschaft und Technik ungleich erhebender, beglückender und auch an Technik fruchtbarer ausfallen werde, glaube ich als sicher annehmen zu können. Wenn das aber auch nicht, ja wenn selbst das Gegenteil einträte, so kann das an der Notwendigkeit der Durchführung der hier angegebenen Reformidee nichts ändern, denn hoch über aller Kunst, Wissenschaft, Technik und über jedem Luxus und über jeder noch so idealen Bestrebung steht die Garantie der physischen Existenz und des sorgenlosen Daseins jedes einzelnen, und um so mehr von Millionen Individuen“ (Popper-Lynkeus 1923, 254). (Stütze 2, Wahrheit/Absolute Norm)

Für Popper-Lynkeus steht fest, durch sein Programm wird das Leben aller Menschen im Staat einfacher und angenehmer:

(5. Adäquatheitsprämisse)

„Das volkswirtschaftliche Spiel wird nicht mehr das Gemüt in jede tiefe Aufregung versetzen wie jetzt, denn unter allen Umständen wird jeder festen Boden unter seinen Füßen fühlen; man wird sich den geistigen Arbeiten wie den geistigen Vergnügungen ungestörter, mutiger und freier hingeben; Reichtum, Luxus und Ergötzung jeder Art werden in voller Ruhe erworben und genossen werden können, denn man wird sich keinen Vorwurf darüber machen, daß man Überflüssiges genießt, während andere darben, oder, wenn man nichts derartiges zu fühlen angelegt ist, so wird man doch von der Furcht und Unruhe befreit sein, daß jene anderen in ihrer Verzweiflung die Genüsse stören könnten“ (Popper-Lynkeus 1972, 98). (Stütze 4, Einsicht/Wissen als Interpretation)

Lohnsklaven-Argument

Der Zwang, seine Arbeitskraft für Lohn zu verkaufen, ist für Popper-Lynkeus unhaltbar:

(3. Alternativprämisse, 1. Defizitprämisse)

„Es hört ferner jener demütigende Zustand bei Hunderttausenden von Menschen auf, in ihrer Existenz von dem Willen, den Launen, den mitunter unberechtigten Forderungen und selbst den frechen Gelüsten des 'Brotherrn' abzuhängen. Wenn man die organisierten Industriearbeiter ausnimmt, die den Unternehmern stramm standhalten können – und auch sie nicht in allen Fällen –, so gilt für die meisten Angestellten noch immer der alte Satz: 'Weiß' Brot ich eß, deß' Lied ich sing.' Ein näheres Eingehen auf diesen Punkt ist wohl überflüssig; aber es ist gut, sich den Unterschied klar zu machen zwischen dem Dienen in einer Nährarmee und dem Dienst bei einem privaten Brotherrn. Schon der bloße Anblick von Arbeitern, die von ihrem Lohnherrn bezahlt werden und, um ihre physische Existenz fristen zu können, das Postament für den sogenannten Arbeitgeber bilden müssen, ist ein empörender, auch wenn gegen den letzteren als Person in keiner Beziehung etwas einzuwenden wäre. Der Lohnherr hat nicht nur (in der Regel) ein unvergleichlich reichlicheres Einkommen als der brauchbarste seiner Arbeiter, er ist auch faktisch der Herr derselben, sei es in milderer, sei es in bru-

5.2 Joseph Popper-Lynkeus und die Allgemeine Nährpflicht

talerer Form. Und seit jeher machen Arbeiter in einer Fabrik, ob sie nun drin arbeiten oder abends aus dem Fabrikstor heraus-, oder morgens hineinmarschieren, auf mich wenigstens den Eindruck von Sklaven, und so auch auf viele Andere; der Ausdruck 'Lohnsklaven' ist in jeder Weise berechtigt und hat seine Bedeutung nicht nur bezüglich des Lohnes und aller Konsequenzen des Salariums, sondern auch in rein moralischer Beziehung“ (Popper-Lynkeus 1923, 256). (Stütze 1, Erklärung, wiss. Position)

Bei Durchführung seines Programms, so Popper-Lynkeus, würde folgendes bewirkt:

(5. Adäquatheitsprämisse)

„[...] die wirtschaftliche Sklaverei aber hört auf, niemand wird durch Not gezwungen sein, jemand anderem unter peinlichen Bedingungen zu dienen oder seine Arbeit zu vermieten; niemand wird durch Rücksichten auf seine physische Existenz gezwungen sein, zu kriechen, zu heucheln, sich über unwürdige Behandlung zu kränken“ (Popper-Lynkeus 1972, 97f). (Stütze 2, Wahrheit)

Zwang-Argument

Das Existenzrecht des Menschen steht für Popper-Lynkeus an oberster Stelle seines Programms. Selbst wenn Menschen nicht arbeiten wollen würden, so sei auch ein Zwang, etwa durch Vorenthaltung des Minimums, nicht gerechtfertigt:

(6. Ausnahmeprämisse, Bedingung)

„Wir wollen hier jedoch einer Einwendung, resp. der Frage, nicht ausweichen: was mit faulen, eventuell renitenten Menschen geschehen soll? Sie werden in die Minimum-Armee eingereiht, lassen es aber an Fleiß fehlen; sollen nun solche Staatsbürger dennoch für ihr ganzes Leben ihr Minimum erhalten? Oder sollen Zwangsmaßnahmen irgendwelcher Art gegen sie angewendet werden? Und wenn es solche passende Zwangsmaßnahmen gäbe, wie wird man mit Sicherheit entscheiden, ob bei diesem und jenem Individuum ein so großes Manko an Arbeitsamkeit oder Gewissenhaftigkeit in der Arbeit vorhanden sei, daß die Anwendung von Zwang irgendwelcher Art gerechtfertigt erscheint? -

Die prinzipielle Antwort hierauf ist leicht zu geben: Niemals darf das totale Minimum irgend Jemandem aus welchem Grunde immer vorenthalten werden; denn wie verfahren wir heute selbst mit den Verbrechern? Wir halten sie aus. Also müssen wir auch die faulen Arbeiter aushalten und nur trachten, sie mit moralischen Mitteln zur normalen Arbeitswilligkeit zu bringen. Solche Mittel hier vorzuschlagen, ist aber wohl überflüssig; das können wir beruhigt der zukünftigen Gesellschaft überlassen, es ist auch gar nicht schwer, solche Methoden ausfindig zu machen. Aber ich glaube, daß der moralische Druck seitens der Umgebung, d. h. der anderen Arbeiter, die korporativ mit jenen Faulen zu arbeiten haben, vollkommen genügen wird, um sie zu Fleiß zu bringen“ (Popper-Lynkeus 1923, 257). (Stütze 2, Gesetz/Absolute Norm)

Damit wäre Popper-Lynkeus auch der heutigen Sanktionspraxis vor allem im SGB-II (aber auch SGB-XII) eindeutig ablehnend gegenüber eingestellt.

Wohnung-Argument

Zum Existenzminimum zählt für Popper-Lynkeus auch die Wohnung,

mit deren Organisierung für jeden Staatsbürger er sich ausführlich auseinandersetzt:

(3. Alternativprämisse)

„Unser künftiges Programm in der Wohnungsfrage ist nun folgendes:

Im gesitteten Zukunftsstaat soll jeder Staatsangehörige, resp. jeder Haushaltsvorstand, der sich um Erhalt einer Wohnung, und zwar an einem bestimmten Termin jedes Jahres, anmeldet, eine genügend geräumige und gesunde Wohnung unentgeltlich bekommen. Natürlich wird ein staatliches Wohnungs-Zentralamt nebst ihm untergeordneten Wohnungsämtern in den einzelnen Gemeinden eingerichtet.

Um alle diese Wohnungen zuweisen zu können, bringt der Staat alle Häuser – wie wir sehen werden, ohne jede Entschädigung - an sich, und tritt mit diesem Eigentum an den Häusern, wie wir hier voraussetzen müssen, bereits in den Zukunftsstaat ein. Überdies baut der Staat immerwährend neue Häuser in den einzelnen Ortschaften für den eventuellen Bevölkerungszuwachs. -

Alle jene, die ihr eigenes Häuschen als Familienhaus schon besitzen, also namentlich die Bauern, können dasselbe, wenn sie es wünschen, weiter behalten; dasselbe gilt natürlich für die städtischen Eigentümer solcher Einfamilienhäuser, wenn sie sie selbst bewohnen und wenn die Räumlichkeiten nicht größer als die allgemein als normal bewilligten sind; sonst muß der Überschuß an Wohnräumen an den Staat zur Weiterbegebung abgetreten werden.

Während des Dienstes in der Minimum- resp. Nährarmee werden die eventuell notwendigen Gebäude für die Dienstpflichtigen bereitstehen. Dem Sinne unseres Programms gemäß gehören aber nicht nur diese 'Kasernen', sondern auch alle Häuser resp. Wohnungen, insoweit sie zur unentgeltlichen Behausung aller Staatsangehörigen nötig sind, dem Staate. Es sind also alle unentgeltlichen Wohnungen nur im Besitze, d. h. in Benützung der einzelnen Staatsangehörigen, aber nicht deren Eigentum. Nur jene Bauten werden Privatbauten, also persönliches Eigentum sein, die man nach dem Austritt aus der Minimum-Armee in der freien Privatwirtschaft erwirbt“ (Popper-Lynkeus 1923, 281f). (Stütze 2, Norm/Institution)

Vorbereitung-Argument

Popper-Lynkeus ist sich der Unmöglichkeit bewusst, dass sein Programm in Kürze umgesetzt werden könne. Es bedürfe jedoch nicht unbedingt einer Revolution für einen Umsturz, erst die Idee seines Programms müsse sich verbreiten, mit deren ausführlicher Ausformulierung er auf eine Reform vorbereiten möchte:

(4. Praxisprämisse)

„Was man mit Grund und Berechtigung in allgemeiner Beziehung von jedem radikalen Reformwerke, wie dem unseren, verlangen kann, ist, wie ich glaube, folgendes: Derjenige, der ein Reformprogramm aufstellt, möge sich bei der Abfassung desselben so verhalten, als ob er bereits den Auftrag hätte, dasselbe unter seiner vollen Verantwortlichkeit durchzuführen; er soll sich über seine Vorschläge, wenigstens in den Grundzügen, so klar sein, daß er nicht in Verlegenheit geraten würde, wenn man ihn in einem beliebigen Augenblick zu Rat und Tat berufen wollte, um mit Fachleuten zusammen sein Programm zu realisieren.

Es soll mit der faktischen Durchführung gewartet werden, bis eine große Anzahl von Menschen mit den Absichten des Programms und mit seiner formellen Beschaffenheit einverstanden ist. Und die Gesinnungen sollen in dieser Beziehung so übereinstimmend sein und das Reformwerk so anschaulich und klar vor Augen gestellt werden,

5.2 Joseph Popper-Lynkeus und die Allgemeine Nährpflicht

daß es nicht von irgendeiner einzelnen Persönlichkeit abhängen darf, es im passenden Moment zu realisieren; sondern es müssen sich Viele zur Ausführung fähig fühlen. Wenn auf diese Weise die Gesinnungen vorbereitet sind, so bedarf es dann keiner Revolte, keiner Revolution. Mag dann die Reform noch so schnell eingeführt werden, so kann man sie nicht mehr eine überstürzte nennen, nicht als Revolution deklarieren. Denn es kommt nicht auf die Durchführungsgeschwindigkeit einer Reform, sondern darauf an, ob das Bedürfnis nach den Zielen dieser Reform vorhanden und ob dieselbe als zweckmäßig und zeitgemäß gilt“ (Popper-Lynkeus 1923, 364). (Stütze 1, Erklärung)

Drei-Stadien-Argument

Bis zur endgültigen Umsetzung eines Programms, wie er es fordert, durchlaufe der gesellschaftliche Prozess drei Stadien, so Popper-Lynkeus, die gegenwärtige Gesellschaft befinde sich allerdings immer noch im ersten Stadium:

„Bei jedem Prozeß bedeutender gesellschaftlicher Umformung sind drei wesentlich verschiedene Stadien desselben zu unterscheiden.

Das erste Stadium ist das der wachsenden Unzufriedenheit, in welchem sich immer allgemeiner und heftiger die Überzeugung von der Notwendigkeit einer Verbesserung der Zustände oder irgendeines speziellen Zustandes herausbildet. -

Betreffs der sozialen Frage als Magenfrage stecken wir bereits eine geraume Zeit in diesem Stadium.

Das zweite Stadium ist jedes der immer allgemeiner werdenden Ansicht, daß eine ganz bestimmte Reform, ein besonderes Programm es sei, welches jene erwünschten Verbesserungen herbeiführen könne und solle. - Davon sind wir in der sozialen Frage noch sehr weit entfernt, wir stehen kaum noch am Anfang.

Damit ist der sozialpsychologische, der innere gesellschaftliche Vorgang zu Ende, und es beginnt die dritte Phase: das Stadium der Tat. Über die Schnelligkeit des Verlaufs dieses Stadiums bis zur vollständigen Durchführung desselben entscheiden einerseits die Besonderheit des Gegenstandes der Reform, andererseits das Temperament und die Intelligenz der zu reformierenden Gesellschaft. -“ (Popper-Lynkeus 1923, 365). (Stütze 2, Regel/Kode)

Geht man davon aus, wie in dieser Arbeit unterstellt, dass der Implementationsprozess des bedingungslosen Grundeinkommens in die Gesellschaft fortgeschritten ist, befindet sich die „gesellschaftliche Umformung“ heute einhundert Jahre nach Popper-Lynkeus und dessen formulierten drei Stadien im zweiten Stadium.

Zeit-Argument

Wie beim drei Stadien-Argument ausgeführt, braucht die Umsetzung seines Programms Zeit. Gäbe es noch ein besseres Programm, als das von ihm vorgeschlagene, könne dies auch mehr Zeit in Anspruch nehmen:

(5. Adäquatheitsprämisse)

„Mit dem hier ziemlich detailliert entwickelten Plan der Überführung des heutigen in das zukünftige sozialisierte Wirtschaftssystem ist nur jene Variante derselben dargestellt, die ich mir als die einfachste und am raschesten zum Ziele führende denke.

5 Textanalyse und Interpretation von Grundeinkommenspädagogiken

Sollte sich zeigen, daß es bessere Varianten gibt, vielleicht solche, die bei den Reichen und Besitzenden, denen ich ja ihr Eigentum zum Besten der Gesellschaft ohne Entschädigung nehmen will (was auch H. George und A. Menger vorschlagen) – weniger Anstoß erregen würden als die von mir vorgeschlagene, so möge man sie mitteilen. Es ist ja möglich, daß man sich mit einer langsameren Prozedur begnügt, um nur mit geringeren Widerständen zu tun zu haben“ (Popper-Lynkeus 1923, 394). (Stütze 1, Erklärung)

Massen-Argument

Für die Durchsetzung seines Programms bedürfe es erst einer Verbreitung seiner Ideen und schließlich einer Mehrheit der Bevölkerung, sich dafür zu entscheiden:

(6. Ausnahmeprämisse, Bedingung)

„Von der Stimmung der großen Massen wird es abhängen, für welche Methode man sich wird entscheiden müssen.

Die Hauptsache ist, das soziale Programm überhaupt durchzuführen. Die Schnelligkeit, mit der das geschieht, ist zwar ebenfalls eine höchst wichtige Angelegenheit, da ja das Wohl von zahlreichen Millionen von ihr abhängt, aber man muß doch das Tempo nach den Schwierigkeiten bemessen, die sich der Reform entgegenstellen.

Gewalt, Unruhen, Bürgerkrieg sind, soweit es nur möglich ist, zu vermeiden.

Das Recht aber, über die Schnelligkeit des Tempos der Reform zu entscheiden, wie auch die Macht dazu, liegt ausschließlich in der gedrückten Volksmasse“ (Popper-Lynkeus 1923, 394). (Stütze 2, Absolute Norm)

Popper-Lynkeus kann zu den Sozialphilosophen gezählt werden, die den gesellschaftlichen Prozess vom Individuum her denken:

(6. Ausnahmeprämisse, Bedingung)

„Sonst aber müssen die neuen ethischen Gefühle erst in die Massen eindringen, ihnen immer mehr und mehr wie selbstverständlich und in der Richtung ihrer Bedürfnisse oder Wünsche gelegen erscheinen. Dann gewinnen diese Gefühle eine solche Macht, dass das anfängliche 'es soll sein' der einzelnen Ethiker zu einem: 'es muss sein' heranwächst, und die Folge davon ist je nach den Umständen eine ruhige Reform oder eine – mitunter siegreiche, mitunter resultatlose – Revolution.

Am Anfang aber stehen immer einzelne Personen“ (Popper-Lynkeus 1924, 19). (Stütze 1, Erklärung/wiss. Position)

Empfindlichkeit-Argument

Die Gesellschaft befindet sich also nach Popper-Lynkeus erst im ersten Stadium des Umbruchprozesses, der durch die Empfindlichkeit gegenüber den sozialen Missständen gekennzeichnet sei:

(1. Defizitprämisse)

„Es herrscht jetzt eine überaus große Empfindlichkeit jedes einzelnen für eine Änderung in der ökonomischen Witterung; bald holt sich dieser, bald jener den Rheumatismus und so etabliert sich eine permanente Reizbarkeit, Ängstlichkeit und Gedrücktheit.

Dieser Gemütszustand wäre noch verzweifelter, wenn sich die meisten Menschen nicht durch den Gedanken an Benutzung inkorrekt verbrechender oder an Selbstmord

5.2 Joseph Popper-Lynkeus und die Allgemeine Nährpflicht

aufrecht halten würden.

Wir bewegen uns also schließlich in den Stimmungsgebieten der Ängstlichkeit, der Frivolität, des Leichtsinns oder der Resignation oder des Verbrechertums“ (Popper-Lynkeus 1972, 69). (Stütze 1, Erklärung)

Selbstmord-Argument

Privatkrisen führten auch zu Selbstmord:

(2. Ursachenprämisse)

„In nichts aber zeigt sich der krankhafte Zustand unseres gesamten wirtschaftlichen Lebens deutlicher, als in dem permanenten Vorhandensein der zahllosen Privatkrisen, die an den Menschen zehren, [...] und doch nicht einmal die 'Ehre' genießen, wie z. B. Selbstmorde aus Not, in den Zeitungen, und noch viel weniger in den Werken über Nationalökonomie und Sozialismus, erwähnt zu werden“ (Popper-Lynkeus 1923, 48). (Stütze 1, Verweisung auf Bekanntes)

Die Ursachen für Selbstmorde aus Not würden in der Öffentlichkeit völlig verkannt, so Popper-Lynkeus.

Fortschritt-Argument

Fortschritt bedeutet für Popper-Lynkeus in erster Linie nicht technische Innovation, sondern Fortschritt hinsichtlich sozialer Belange:

(4. Praxisprämisse)

„[S]chon die bis jetzt erreichten sozialen Fortschritte, wie z. B. Altersversicherung, Arbeiterschutz und dergl. gehen weit über die bloße Gleichheit hinaus, denn sie unterstützen das einzelne Individuum, sie nehmen sich seiner an, sie beachten und achten es; und das soll und muss sich stets weiter entwickeln, wie es in meinen [...] Programmen gefordert und kurz erläutert wurde. -

Wie wir es aber tagtäglich sehen, sind nicht alle Klassen der Gesellschaft mit diesem Gang der Entwicklung einverstanden, so dass, wie oben gesagt wurde, auch bezüglich meiner Feststellung und Erläuterung des Begriffes 'Fortschritt' in der Tat keine allgemeine Uebereinstimmung herrscht. Aber die Forderung eines so verstandenen Fortschritts ist bei sehr vielen schon vorhanden und das Prinzip der steigenden Achtung und Berücksichtigung jedes Individuums ist daher ein Objekt des Kampfes, für welches auch in diesen Blättern gekämpft wird“ (Popper-Lynkeus 1924, 14). (Stütze 3, Praxis als Information)

Fortschritt ist also für Popper-Lynkeus die Anerkennung des Rechtes auf Existenz:

„Der allmähliche Fortschritt in der Achtung vor menschlichen Existenzen in unserem öffentlichen Leben kann nun nicht geleugnet werden“ (Popper-Lynkeus 1924, 15).

„Der ethische Fortschritt der Menschheit besteht also hauptsächlich in dem der Institutionen und nicht in jenem der Privatmoral der einzelnen Individuen“ (Popper-Lynkeus 1924, 16). (Stütze 4, Reflexion/Wissen als Interpretation)

Dieser geistige soziale Fortschritt ist für Popper-Lynkeus durch die Geschichte geprägt:

(4. Praxisprämisse)

„Ohne französische Revolution, ohne amerikanischen Bürgerkrieg, ohne Einschreiten der russischen Regierung, also ohne diese weltlichen, oft antichristlichen Faktoren wäre heute noch überhaupt weder Sklaverei noch Leibeigenschaft aufgehoben; nur den großen europäischen Schriftstellern, besonders den französischen, die eine ähnliche Rolle wie die konfuzianischen Gelehrten und Literaten in China spielen, sind alle diese großen Schritte der Humanität zu verdanken“ (Popper-Lynkeus 1972, 81). (Stütze 2, Verweisung auf Geschichte)

Aber auch der technische Fortschritt mit seinen Erleichterungen für die Menschheit wird angesprochen:

(4. Praxisprämisse)

„Ich glaube, daß kein Grund und keine Notwendigkeit vorhanden ist, den technischen Trieb [...] zu beschneiden.

Wir wollen uns nicht jener allgemein begeisternden, anregenden, erheiternden Stimmung und der Mittel, sie zu nähren, berauben. Es ist ja in der Tat mit ihr ein neues ästhetisches Äquivalent in die Welt gekommen; so wie man Freude an der Wissenschaft, an der Natur, an der Kunst empfindet, genau so ist das jetzt mit den technischen Fortschritten der Fall. Und es sind nicht so sehr die größeren Bequemlichkeiten, die neuen Annehmlichkeiten, die uns so sehr vergnügen, denn man wird sie gar bald gewöhnt und merkt sie dann kaum mehr, sondern das Bewußtsein, daß wir es dahin gebracht haben, uns jene Bequemlichkeiten und Annehmlichkeiten überhaupt verschaffen zu können“ (Popper-Lynkeus 1972, 71). (Stütze 1, Erklärung)

So sieht Popper-Lynkeus bereits voraus, dass durch den technischen Fortschritt in Zukunft auch wesentlich mehr Menschen auf der Erde ernährt werden können:

(4. Praxisprämisse)

„Es hat noch niemand auch nur einigermaßen überzeugend dargetan, daß die Erde heute und auf noch sehr lange Zeit hinaus zu wenig Nahrungsmittel liefern kann für den Fall, daß sich die Menschen wie bisher nach ihrem Belieben vermehren, eigentlich nach ihrem Belieben zeugen; im Gegenteil machen es die technischen Fortschritte wahrscheinlich, daß wir imstande sind, noch weit mehr Menschen durch das, was die Erde bietet, zu ernähren als heute“ (Popper-Lynkeus 1972, 90). (Stütze 1, Erklärung)

Individuum-Argument

Für Popper-Lynkeus steht immer das Individuum im Zentrum seiner Überlegungen:

(1. Defizitprämisse)

„Ich meinerseits sehe nur diesen einzelnen Menschen, der zufällig Beamter ist und eine zahlreich gewordene Familie ernähren soll; ich sehe einen bedürftigen Künstler, einen Kaufmann, der plötzlich um sein Vermögen kommt, einen Arbeiter, der seine Arbeit verliert, einen Lehrer, dem gekündigt wird; ich kümmere mich nicht um den Stand, die Beschäftigung dieser aller, ich weiß nicht, ob sie dem ersten, zweiten, dritten oder vierten Stande angehören, ich forsche auch nicht nach der Ursache ihrer Bedrängnis, ich sehe nur eben diese Bedrängnis und denke darüber nach, wie wir jeder derartigen künftigen Bedrängnis vorbeugen können“ (Popper-Lynkeus 1972, 78). (Stütze 4, Reflexion)

5.2 Joseph Popper-Lynkeus und die Allgemeine Nährpflicht

Popper-Lynkeus, der durch Voltaire beeinflusst ist und sich eingehend mit ihm beschäftigt hat (vgl. Popper-Lynkeus 1923, 1. Kapitel, ohne Seitenangabe), denkt das Verhältnis von Individuum und Staat auch hier vom Individuum aus:

(3. Alternativprämisse)

„Ich beeile mich, nochmals ausdrücklich hervorzuheben, dass wir den Staat überhaupt nicht als eine prinzipiell über dem Individuum stehende Macht, sondern ihn stets nur als unser eigenes Geschöpf betrachten sollen, dem wir einiges verweigern, anderes gestatten und von dem wir manches geradezu verlangen. Das erstere bezieht sich auf den Zwang zum Kriegsdienst, das zweite z. B. auf Erhebung von Steuern, das dritte auf Sicherstellung unserer Lebenshaltung“ (Popper-Lynkeus 1924, 182). (Stütze 1, Erklärung)

Minimum-Argument

Das Existenzminimum muss für jeden Staatsangehörigen gesichert sein, das ist für Popper-Lynkeus fundamental:

(3. Alternativprämisse)

„Wir wollen daher einen tiefen Schnitt machen und alles, was zur Notdurft des Lebens gehört, von allem anderen trennen; für jenes, also für das Minimum des Lebensunterhalts, organisatorisch vorsorgen, das ganze übrige unendlich verwickelte Getriebe der ökonomischen Lebensäußerungen der Menschen aber in vollster Freiheit walten lassen.

Dann haben wir das Fundament des Lebens gegründet und zugleich bleiben uns Freiheit der Individuen und alle Antriebe des technisch-ökonomischen Fortschritts aufrecht“ (Popper-Lynkeus 1972, 83). (Stütze 2, Absolute Norm)

Das Privatkrisen- und Nährarmee-Argument spielen für das von Popper-Lynkeus geforderte Minimum entscheidende Rollen:

(6. Ausnahmeprämisse, Bedingung)

„So zum Beispiel wissen wir genau, welche Art und welche Quantität von Nahrungsmitteln wir den Menschen zuteilen müssen, und in der unbedingten Zusicherung der notwendigen Nahrung liegt ja schon die Hauptleistung einer jeder richtigen Lösung der Notfrage. Dennoch ist dies nicht das einzige, was das Minimum jedem bieten soll, und ich rechne folgendes hieher (sic!): Nahrung, Wohnung, Kleidung, Heizmaterial, ärztliche Hilfe, Medikamente. Man kann, wenn man will, den unentgeltlichen Unterricht ebenfalls dazuschlagen.

Wenn jeder dieser Dinge versichert ist, so sind den wirtschaftlichen Gefahren und Krisen sozusagen die Krallen beschnitten, sie können nur oberflächlich die Haut ritzen, der Charakter des Erdrückenden, ja, des Mörderischen wird der Güterbewegung entzogen und die mannigfaltigen Wendungen und Beziehungen, Annäherungen und Entfernungen im nationalökonomischen Leben werden wie ein heiterer Tanz sich abwickeln, während sie jetzt einem wahren Totentanz gleichen.

Wie soll aber dieses Minimum herbeigeschafft werden?

Durch Einführung der allgemeinen Nährpflicht, die wir der allgemeinen Wehrpflicht an die Seite stellen wollen behufs bedingungsloser Verteilung eines Existenzminimums *in natura*“ (Popper-Lynkeus 1972, 84f, Hervorheb. im Original). (Stütze 2, Absolute Norm)

Für Popper-Lynkeus ist eine Auszahlung der bedingungslosen Existenzsicherung des primären Minimums in Geldform noch undenkbar, allerdings im Rahmen eines sekundären Kulturminimums als zusätzliche Leistung denkbar:

(6. Ausnahmeprämisse)

„Alle Minimumartikel werden in natura verteilt. Es darf absolut nicht daran gedacht werden, eine solche Naturalvolkswirtschaft durch irgendeine Art von Geldwirtschaft zu ersetzen. Denn so wie anstatt der direkten Verteilung der Gebrauchsgüter das Geld, also dann der Preis, in Aktion tritt, wird der ganze Verteilungsprozeß infolge allgemeiner und individueller Gründe so schlüpfrig, so schwankend und ungewiß, daß die Sicherheit des allgemein gleichen Empfanges des Notwendigen verloren geht“ (Popper-Lynkeus 1972, 94). (Stütze 1, Erklärung)

Die Wohnung, wie unter dem Wohnung-Argument beschrieben, gehört für ihn zum primären Minimum:

(3. Alternativprämisse)

„Die Wohnungsfrage sowohl, wie jene der Versorgung mit Nahrungsmitteln, Kleidung und allem überhaupt, was wir zum Minimum rechnen, untersteht einem eigenen Ministerium für Lebenshaltung“ (Popper-Lynkeus 1972, 96). (Stütze 2, Institution)

Mangelfreiheit-Argument

Mangelerfahrung muss Popper-Lynkeus zufolge nicht mehr maßgebend sein:

(3. Alternativprämisse)

„Also sage ich daher auch nur dies: Mein Vorschlag geht dahin, uns durch Einführung der allgemeinen Nährpflicht und durch Versorgung jedes Menschen ohne Ausnahme von den Qualen des Mangels zu befreien. Richten wir uns unser Zusammenleben in dieser Weise ein; es ist nicht nötig, an ein Gesetz, an eine Obrigkeit oder auch an die physische Gewalt zu appellieren, wenn wir unserer genug mit diesem Vorschlag einverstanden sind, so ist er schon von selbst realisiert“ (Popper-Lynkeus 1972, 86). (Stütze 1, wiss. Position)

Müßiggang-Argument

Auf das Gegenargument, dass nach Einführung seines Programms niemand mehr so richtig arbeiten wollen würde, reagiert Popper-Lynkeus mehrfach:

(4. Praxisprämisse)

„Fürchten wir, daß auf diese Weise Müßiggänger erzogen werden? Daß wir mit unserem Fleiß sie erhalten? Das trifft für die notwendigen Bedürfnisse nicht zu, weil ja eine ausnahmslose Nährpflicht eintritt. Was aber die Triebfedern zu den feineren, volkswirtschaftlichen Tätigkeiten betrifft, so werden sie ja ganz dieselben bleiben, wie bisher, oder doch fast dieselben. Haben doch heute so viele Menschen weit mehr als das Notdürftige, und dennoch ruhen sie nicht, sie arbeiten unaufhörlich weiter, es sind eben Geldgeiz, Neid, Ehrgeiz, Furcht vor Langweile, Liebe zu Angehörigen, die man gut versorgen will, oder Vergnügen an einer speziellen Beschäftigung, viel häufiger

5.2 Joseph Popper-Lynkeus und die Allgemeine Nährpflicht

und auch geeigneterer Triebe, als der Hunger, welche zur großen ökonomischen Tätigkeit anspornen“ (Popper-Lynkeus 1972, 86f). (Stütze 1, Erklärung)

Popper-Lynkeus vergleicht sein Programm immer wieder mit dem gegenwärtigen Status Quo:

(1. Defizitprämisse, 3. Alternativprämisse)

„Auch bedenke man ferner, daß heute viele arbeiten möchten, aber nicht können, sei es aus welchen äußeren oder inneren Gründen immer; ist das nicht unendlich schlimmer? Wenn nun bis jetzt keine bessere Einrichtung der menschlichen Gesellschaft möglich sein sollte, als die von mir vorgeschlagene, so wird es doch wohl für besser befunden werden, daß, wie es im Strafrecht heißt, die Schuldigen frei ausgehen, als daß Unschuldige bestraft werden?, das heißt für besser, Müßiggänger mitzuernähren, als Arbeitslustige verhungern zu lassen?

Verlangen wir also von niemandem mehr, als daß er seine vorgeschriebene Dienstzeit hindurch in der Nährarmee vermöge der allgemeinen Nährpflicht tätig sei; damit hat er wie jeder andere sein ganzes übriges Leben vor Mangel assekuriert, er mag dann tun, was er wolle, als auch meinetwegen müßig gehen.

Und sollten sogar einmal fast alle Menschen die Lust verlieren, etwas zu arbeiten, nachdem sie aus dem Nährheer ausgetreten sind, wer wird sie dann dazu zwingen können? Es wird eben ihr Gemütszustand ein solcher sein, daß sie den Müßiggang dem heutigen uns interessanten Wechselspiel von Beschäftigungen vorziehen.

Aber, so wie wir jetzt und vermutlich noch lange Zeit, wenn nicht immer, beschaffen sind, so kann man beruhigt sein; auf die Dauer kann niemand vollkommen müßig gehen, wenn er auch sein Minimum hat, die Langweile allein macht es schon unmöglich, daß er gar nichts arbeitet“ (Popper-Lynkeus 1972, 89). (Stütze 2, Absolute Norm)

Drecksarbeit-Argument

An das Müßiggang-Argument schließt sich das Drecksarbeit-Argument an:

(4. Praxisprämisse)

„Man könne ferner denken, daß gewisse unangenehme Arbeiten, die dem Gedeihen der Gesellschaft dennoch sehr nötig sind, zum Beispiel Kanalräumen und dergleichen, oder gewisse gefährliche Beschäftigungen gar nicht vorgenommen würden, wenn niemand hierzu durch die Not gezwungen sein sollte.

Darauf sei erwidert: Was ist das für eine Gerechtigkeit, auf die Not anderer zu spekulieren, um sie zu ekelhaften oder gefährlichen Geschäften zu treiben und sich selbst davon zu befreien? Ferner: Solche Arbeiten werden jetzt sehr häufig von solchen betrieben, die durchaus nicht durch äußerste Not dazu veranlaßt werden, die vielmehr auf den relativ hohen Gewinn spekulieren; und dieser Trieb und dessen Befriedigung werden ja nach meinem Vorschlag durchaus nicht aufgehoben werden.

Und sieht man endlich solche Arbeiten für nötig an und es will sich niemand dazu verstehen oder es melden sich zu wenige; so hat doch niemand das Recht, es von anderen zu verlangen; er tue es doch selbst. So geschieht es übrigens in manchen Fällen heute schon. Die Menschen lassen sich selbst nicht zugrunde gehen, bei großen Elementarereignissen, z. B. Bränden und dergleichen, sieht man ja ganz deutlich, wie die Menschen für sich sorgen, wie durch freiwillige Feuerwehren, Rettungsgesellschaften für Schiffbrüchige usw. Ganz so wird es demnach mit jenen übrigen erwähnten Beschäftigungen der Fall sein“ (Popper-Lynkeus 1972, 87f). (Stütze 1, Erklärung)

Wie unter dem Gleiche-Augenhöhe-Argument schon aufgeführt, müß-

ten Popper-Lynkeus zufolge für Tätigkeiten, die allgemein nicht gerne gemacht würden, evtl. auch höhere Löhne gezahlt werden:

(5. Adäquatheitsprämisse)

„Auch darauf wird man sich gefaßt machen müssen, daß sich wahrscheinlich nicht so leicht wie heute Personen für häusliche Dienstleistungen finden werden. Vielleicht werden nur jene, die in der freien Privatwirtschaft besonders große Vermögen erobert, so hohe Löhne zahlen können, daß der Stolz der Menschen überwunden werden kann, die sich sonst nicht als Diener den anderen zur Verfügung stellen würden“ (Popper-Lynkeus 1923, 154). (Stütze 1, Erklärung)

Falsche-Maximen-Argument

Die Gesellschaft werde gemeinhin durch Maximen bestimmt, die zu hinterfragen seien, so Popper-Lynkeus:

(2. Ursachenprämisse, historisch)

„Auch werden wir mitunter von Maximen und Aussprüchen, die irgend jemand so hingeworfen hat, so sehr beherrscht, daß wir allen Sinn und alles Verständnis für Menschen und Dinge verlieren. Man sagt gemächlich: 'Wer nicht arbeitet, der soll auch nicht essen.' Dieser Satz stammt, glaube ich, vom Apostel Paulus, und der andere 'die Lilien auf dem Felde weben und spinnen nicht und bestehen doch' von Jesus von Nazareth; man möge es doch versuchen, die Ansichten dieser beiden Männer miteinander in Einklang zu bringen. Ich möchte aber wissen, woraus das folgt, daß niemand essen soll, der nicht arbeitet; wenn er allein auf einer fruchtbaren Insel lebte, so könnte er im Müßiggang sehr wohl leben. Sagt man aber, die Gerechtigkeit verlangt es, daß wer in menschlicher Gesellschaft lebt, auch etwas leistet, so frage ich, warum tut man dies immer nur den armen Leuten zu wissen und nicht auch den vielen Rentnern, den reichen Erben, den vielen Söhnen von Bankiers oder Fabrikanten, die müßig gehen und wohl leben, den reichen Adeligen, den Prinzen usw. Warum läßt man Leute ihre Lotteriegewinne ruhig verzehren, diese essen ja auch, ohne zu arbeiten? Macht man nicht vielleicht deswegen diesen Unterschied, weil uns der Besitz und der Erfolg einen besonderen Respekt einflößen“ (Popper-Lynkeus 1972, 88)? (Stütze 4, Reflexion/Einsicht)

Kriminalität-Argument

Verbrechen, so Popper-Lynkeus, die aus Not verübt werden, würden nach Einführung seines Programms gänzlich verschwinden:

(5. Adäquatheitsprämisse)

„[...] die meisten Verbrechen, die aus Not verübt werden, werden aufhören, auch jene, die ganz speziell nur zu dem Ende begangen und offen begangen werden, um überhaupt in den Gefängnissen versorgt zu werden“ (Popper-Lynkeus 1972, 98). (Stütze 1, Erklärung)

Wie bereits beim Privatkrisen-Argument aufgeführt, führten private Krisen auch zur Kriminalität:

(2. Ursachenprämisse, wirtschaftlich)

„In nichts aber zeigt sich der krankhafte Zustand unseres gesamten wirtschaftlichen

5.2 Joseph Popper-Lynkeus und die Allgemeine Nährpflicht

Lebens deutlicher, als in dem permanenten Vorhandensein der zahllosen Privatkrisen, die an den Menschen zehren, Unglück und Verbrechen herbeiführen [...]“ (Popper-Lynkeus 1923, 48). (Stütze 1, Erklärung)

5.2.1 Klassifikation (Bereichsspezifik) der Argumente von Popper-Lynkeus

<u>Arbeit</u>	Individuum-Argument 201
Arbeitsmotivation-Argument 190	Privatkrisen-Argument 179
Arbeitsverständnis-Argument..... 184	Verzicht-Argument 190
Drecksarbeit-Argument..... 204	<u>Kultur/Kunst</u>
Müßiggang-Argument..... 203	Fruchtbarkeit-Argument..... 195
Unvergleichbarkeit-Argument 183	Kulturbedürfnis-Argument..... 187
<u>Erziehung/Bildung/Unterricht</u>	<u>Natur/Nachhaltigkeit</u>
Schulfach-Argument 194	-/-
<u>Ethik/Moral</u>	<u>Recht/Gesetz</u>
Allgemeinheit-Argument..... 175	Existenzrecht-Argument 182
Falsche-Maximen-Argument 205	Gleichheit-Argument..... 174
Mangelfreiheit-Argument 203	Zwang-Argument..... 196
Notwendigkeit-Argument..... 185	<u>Staat/Politik/Macht</u>
<u>Fortschritt/Technik</u>	Gleiche-Augenhöhe-Argument ... 188
Fortschritt-Argument 200	Lohnsklaven-Argument..... 195
<u>Gesellschaft/System</u>	Sicherung-/Sicherheit-Argument 181
Empfindlichkeit-Argument 199	Verwaltung-Argument..... 192
Frauen-Argument 192	Zuchthaus-Argument..... 178
Kriminalität-Argument 205	<u>Wirtschaft/Finanzen/Verteilung</u>
Massen-Argument 199	Direktvergütung-Argument..... 182
Nährarmee-Argument..... 185	Minimum-Argument..... 202
Selbstmord-Argument..... 200	Privatwirtschaft-Argument 187
Spezifikum-Argument 189	Unbrauchbarkeit-Argument..... 177
Trägheit-Argument..... 177	Wohnung-Argument..... 196
Vorbereitung-Argument..... 197	<u>Wissenschaft</u>
<u>Gesundheit</u>	-/-
Physiognomie-Argument..... 179	<u>Zeit/Geschichte</u>
<u>Individuum/Identität</u>	Drei-Stadien-Argument..... 198
Glück-Argument..... 176	Zeit-Argument..... 198

5.2.2 Zusammenfassung

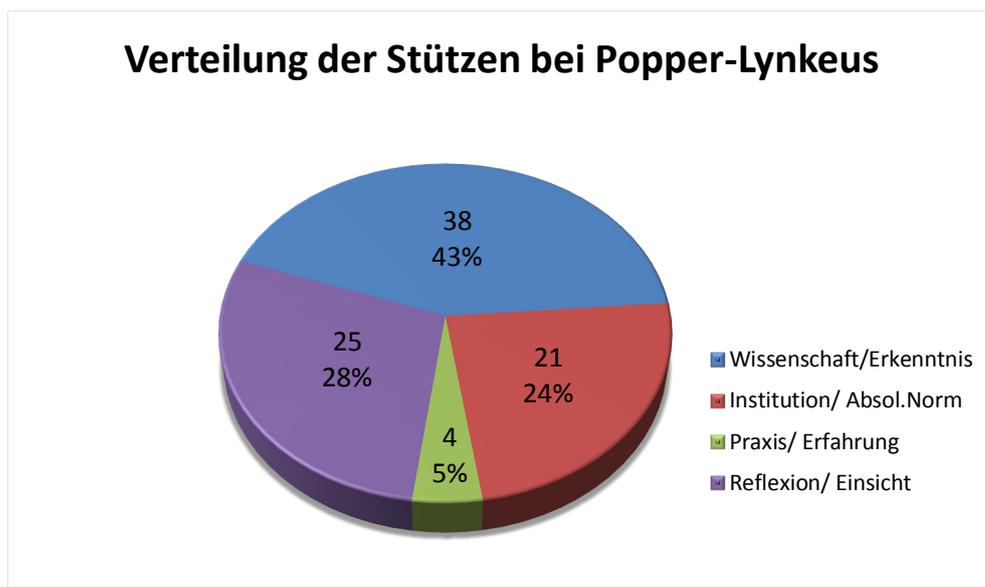
Das von Popper-Lynkeus 1912 formulierte Programm zur „bedingungslosen“ Existenzsicherung scheint, abgesehen von den Grundideen von Thomas Morus (1478-1535) über die Ansätze von Thomas Payne (1737-1809) und Charles Fourier (1772-1837) bis hin zu Joseph Charlier (1816-1896)¹¹⁹, das erste ausformulierte Programm in der Geschichte der garantierten Existenzsicherung zu sein und bildet damit eine konkrete

¹¹⁹ Vgl. dazu Blaschke (2010), insbesondere darin: „Denk' mal Grundeinkommen! Geschichte, Fragen und Antworten einer Idee“, 9-292. In der historischen Analyse von Blaschke taucht Popper-Lynkeus nicht auf.

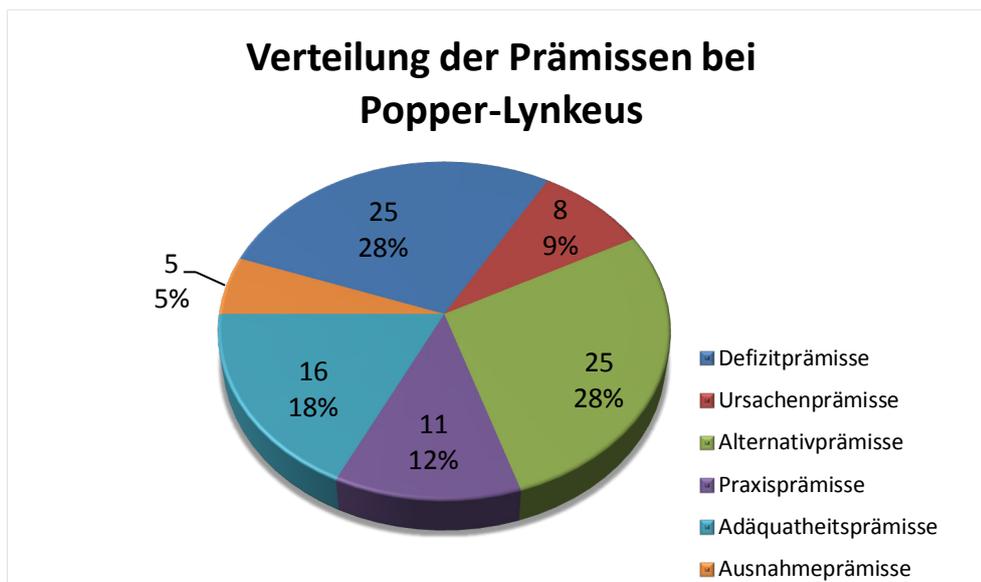
5.2 Joseph Popper-Lynkeus und die Allgemeine Nährpflicht

Praxisanleitung zu seiner Umsetzung. In den Jahren vor dem ersten Weltkrieg formuliert er damit erstmals Lösungen für sozialstaatliche Probleme zur Armutsbekämpfung und Existenzsicherung. Für Popper-Lynkeus ist die bedingungslose Existenzsicherung ein Dogma, welches er prinzipiell nicht weiter zu begründen braucht. Die Sicherung der menschlichen Existenz und damit auch der Menschenwürde ist als Menschenrecht von sich selbst heraus für ihn immer schon gegeben. Popper-Lynkeus trägt entscheidende Argumente zur Klassifizierung in Richtung einer Argumente-Topik als Vertreter vor dem ersten Weltkrieg bei.

Die Argumentationsanalyse von Popper-Lynkeus hat bis hierher 42 Argumente herausfiltern können. In den Argumenten sind 88 Stützungen aufgefunden worden. Popper-Lynkeus stützt sich hauptsächlich auf Wissenschaft und Erkenntnis (Stütze 1: 38) sowie auf Reflexion und Einsicht (Stütze 4: 25) und Institution und Absolute Norm (Stütze 2: 21). Wenig hingegen stützt er sich auf Praxis bzw. Erfahrung (Stütze 3: 4).



Den analysierten Argumenten liegen insgesamt 90 Prämissen zugrunde. Popper-Lynkeus setzt vor allem Defizite (25) und Praxis (11), gefolgt von Alternativen (25) und Adäquatheit (17) voraus. Auch die Ursachenprämisse (12) und die Ausnahmeprämisse (5) werden von ihm als Voraussetzung gesetzt.



5.3 Rudolf Steiner und die soziale Dreigliederung

Der Begriff (bedingungsloses) Grundeinkommen taucht im Werk Rudolf Steiners (1861-1925) nicht auf. Dementsprechend wird unter den Anthroposophen auch heiß diskutiert, ob sich die Ausführungen Steiners bezüglich eines bedingungslosen Grundeinkommens interpretieren lassen. Zu den Haupt-Gegnern einer solchen Interpretation zählt etwa Sylvain Coiplet, der auf seiner Internetseite¹²⁰ sogar die Ablehnung Steiners zu einem bedingungslosen Grundeinkommen zu verstehen gibt (vgl. auch Coiplet 2011, 6 u 12). Nun ist eine Diskussion darum, wie das Steinersche Werk denn zu interpretieren sei und wie Steiner heute ein knappes Jahrhundert später zu einem solchen Gesellschaftsmodell stehen würde, vielleicht mühsam. Festzumachen ist auf jeden Fall, dass Steiner in vielen seiner Werke eine soziale Dreigliederung fordert, in der Geistesleben, Wirtschaftsleben und Rechtsleben (Politik) voneinander getrennt unabhängig nebeneinander zu betrachten sind, wie im Folgenden noch zu zeigen sein wird. Ohne die notwendige Abgrenzung der einzelnen Glieder könne der soziale Organismus niemals gesund, die soziale Dreigliederung bildet eine seiner Hauptforderungen. Versteht man unter einem bedingungslosen Grundeinkommen nur eine monetäre Zuwendung an den Bürger ohne den Hintergrund seiner geisteswissenschaftlichen und sozialen Forderungen, wäre Steiner vielleicht sogar gegen ein bedingungsloses Grundeinkommen gewesen. Vor allem in den

¹²⁰ Vgl. <http://www.dreigliederung.de/essays/2007-04-100.html>, Stand 07.01.2011

5.3 Rudolf Steiner und die soziale Dreigliederung

Jahren nach dem ersten Weltkrieg waren die gesellschaftlichen und weltwirtschaftlichen politischen Grundlagen allerdings alles andere als günstig, um sich über eine solche Forderung realpolitisch ernsthaft Gedanken machen zu können. Die Folgen des ersten Weltkrieges haben die Frage nach dem Sozialen gleichzeitig geprägt und überschattet.

Auch wenn es keine klar formulierten Forderungen seitens Steiner hinsichtlich einer bedingungslosen Existenzsicherung gibt, sind Bestrebungen aus anthroposophischen Kreisen hinsichtlich dieser zu verzeichnen, denen letztlich auch Götz Werner als bekennender Anthroposoph zuzuordnen ist.

Nimmt man den Dreigliederungsgedanken für den sozialen Organismus Steiners ernst, so könnte man aus ihm ein bedingungsloses Grundeinkommen schlussfolgern. Denn wenn ein Arbeitszwang, der bürokratisch angeordnet ist „als das Scheußlichste erscheinen muß“ und „die Freiheit des menschlichen Wesens eine Grundbedingung ist“¹²¹, müsste jedem Mitglied in einem solchen Staat zumindest das Existenzminimum gewährt werden, selbst dann, wenn dafür keine Gegenleistung erbracht wird. Nicht ohne Grund zählt Steiner die Regulierung von Leistung und Gegenleistung innerhalb der sozialen Ordnung zu „den schwierigsten Aufgaben innerhalb der sogenannten Sozialisierung“¹²². Vielleicht kann man Steiner hier so verstehen, dass gemessen an den Zeichen seiner Zeit er tatsächlich den Gedanken einer staatlich garantierten Existenzsicherung in den Nachkriegswehen nicht denken konnte, und man natürlich aus „sozialen Verhältnissen heraus gezwungen“ sei, zu arbeiten oder zu verhungern¹²³. Zu vermuten ist, dass Steiner auch nicht das Programm von Josef Popper-Lynkeus kannte, welches zwar bereits 1912 verfasst, aber erst im Jahre 1925, im Todesjahr Steiners, veröffentlicht worden ist. Die Folgen der Industrialisierung werfen für Steiner (1962) die Fragen von Freiheit jedoch erneut auf:

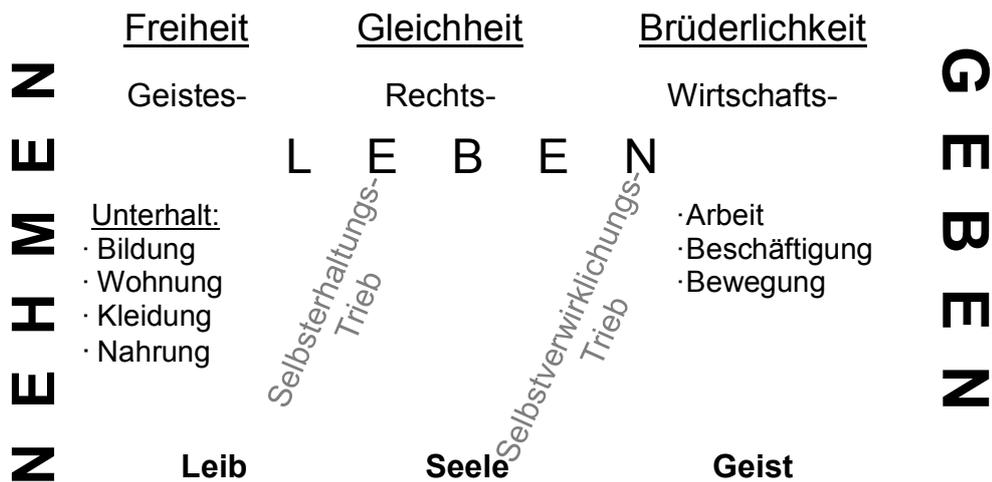
„Die Kompliziertheit des modernen Wirtschaftens mit seiner Mechanisierung der menschlichen Arbeit macht als Gegenpol das freie selbständige Geistesleben notwendig. Frühere Lebensepochen der Menschheit vertrugen die Verschmelzung von Wirtschaftsinteressen mit geistigen Antrieben, weil die Wirtschaft der Mechanisierung noch nicht verfallen war. Soll der Mensch in dieser Mechanisierung nicht untergehen, so muß seine Seele sich jederzeit, während er in der mechanischen Arbeitsordnung drinnen steht, *frei* erheben können zu den Zusammenhängen, in die er aus einem *freien* Geistesleben heraus sich versetzt fühlt“ (57f, Hervorheb. im Original).

¹²¹ Steiner (1999¹): GA 337a, 78, zit. nach Coiplet 2011, 30

¹²² Steiner (1989¹): GA 331, 169-173, zit. nach Coiplet 2011, 31

¹²³ Steiner (1999¹): GA 337a, 78, zit. nach Coiplet 2011, 30

Wenn man die hier analysierten Schriften Steiners gemessen an den gegenwärtigen sozialen Bedingungen als pro bedingungslosem Grundeinkommen einstuft, so kann dies nur vor dem Hintergrund der von ihm propagierten sozialen Dreigliederung erfolgen. Vor diesem Hintergrund ist das bedingungslose Grundeinkommen unter folgendem Schema unter Berücksichtigung des unten aufgeführten Aufklärungs-Arguments mit den Idealen der französischen Revolution zu betrachten¹²⁴:



Arbeit, die naturgemäß auf Selbstverwirklichung ziele, spreche demnach einen völlig anderen Trieb an als Entlohnung, die auf die Selbsterhaltung ziele.

An mehreren Stellen beschreibt Steiner (vgl. im Folgenden), dass die Arbeitskraft des Menschen niemals als Ware gehandelt werden kann, wie es in kapitalistischen Wirtschaftsordnungen noch der Fall sei. Damit wird übergeleitet zu einem ersten Argument, dem Warencharakter-Argument.

Warencharakter-Argument

(2. Ursachenprämisse, wirtschaftlich)

„Nun, es ist oftmals gesagt worden und es hat in weitesten Kreisen eingeleuchtet: durch die moderne Wirtschaftsordnung ist die Arbeitskraft geworden zu einer Ware unter anderen Waren. Das ist ja das Eigentümliche des Wirtschaftslebens, daß es besteht in Warenproduktion, Warenzirkulation und Warenkonsumtion. Aber das ist eingetreten, daß zu einer Ware gemacht wurde die Arbeitskraft des modernen Proleta-

¹²⁴ Das Schema ist angelehnt an einen Vortrag von Eckart Stremme an der Waldorfschule Bielefeld vom 26.01.2010 mit dem Titel „Das bedingungslose Grundeinkommen als Kulturimpuls“.

5.3 Rudolf Steiner und die soziale Dreigliederung

riers“ (Steiner 1977, 142). (Stütze 1, Verweis auf Bekanntes)

Dass die Arbeitskraft als Ware gehandelt werde sei aus der Geschichte zu erklären¹²⁵:

(2. Ursachenprämisse, historisch)

„Im Altertum gab es Sklaven. Der *ganze* Mensch wurde wie eine Ware verkauft. Etwas weniger vom Menschen, aber doch eben ein Teil des Menschenwesens selber wurde in den Wirtschaftsprozess eingegliedert durch die Leibeigenschaft. Der Kapitalismus ist die Macht geworden, die noch einem Rest des Menschenwesens den Charakter der Ware aufdrückt: der Arbeitskraft. Ich will hier nicht sagen, daß diese Tatsache nicht bemerkt worden sei. Im Gegenteil, sie wird im sozialen Leben der Gegenwart als eine fundamentale Tatsache empfunden. Sie wird als etwas gefühlt, was gewichtig in der modernen sozialen Bewegung wirkt. Aber man lenkt, indem man sie betrachtet, den Blick lediglich auf das Wirtschaftsleben. Man macht die Frage über den Warencharakter zu einer bloßen Wirtschaftsfrage“ (Steiner 1976, 53, Hervorheb. im Original). (Stütze 2, Verweis auf Geschichte, Absolute Norm)

Dass im kapitalistischen Organismus die Arbeitskraft noch als Ware gehandelt werde, eben das empfinde der Proletarier als etwas, dass nicht sein dürfe, so Steiner (vgl. ebd. 52 bzw. siehe unten). Dabei verfallt aber auch das Proletariat einem weit verbreiteten Irrtum, dass das Rechts- und Geistesleben, insbesondere das Erziehungs- und Schulwesen sich notwendig aus dem Wirtschaftsleben ergeben müsse, obwohl gerade diese Abhängigkeit der drei Glieder des sozialen Organismus aufgehoben werden müsse (vgl. Steiner 1962, 12f).

Wie der menschliche Organismus

(3. Alternativprämisse, 1. Defizitprämisse)

„so ist auch der soziale Organismus eine Dreigliedrigkeit. Was heute unter einer mächtigen Suggestion als einziger sozialer Organismus angesehen wird, das Wirtschaftssystem, das ist nur ein Glied. Ein anderes Glied ist dasjenige, aus dem heraus entspringen muß das Verständnis für die Funktion der menschlichen Arbeitskraft in der ganzen Struktur des sozialen Organismus. Die beiden Systeme müssen nebeneinanderstehen. Und der Charakter der Ware wird der Arbeitskraft nur im falschen neuzeitlichen Denken verliehen“ (Steiner 1977, 21f). (Stütze 4, Analogie)

Und eben dieses gelte es zu verhindern, da nütze alles Theoretisieren nichts:

(3. Alternativprämisse)

„Sie können den größten menschlichen Scharfsinn, Sie können die tiefsten national-ökonomischen Erkenntnisse aufwenden, um darüber zu diskutieren, wie man das nun machen soll, daß im sozialen Organismus der Arbeiter nicht mehr seine Arbeitskraft als Ware zum Markte tragen soll, daß er diese letzte Konsequenz der Sklaverei aus der Welt schaffen könnte, und Sie werden, auch wenn Sie mit dem größten Scharfsinn, mit

¹²⁵ Vgl. dazu auch die Ausführungen von Marx/Engels unter 5.1.

5 Textanalyse und Interpretation von Grundeinkommenspädagogiken

den tiefsten nationalökonomischen Erkenntnissen mehrere Menschenleben nachdenken könnten, Sie werden zu keinem Resultate kommen. Sie können zu keinem Resultate kommen, denn dies ist gerade im eminentesten Sinne eine Frage, welche nicht diskutiert werden kann, welche nicht theoretisch beantwortet werden kann, sondern welche nur vom Leben selbst beantwortet werden kann, nur dadurch beantwortet werden kann, daß man etwas schafft, was im Leben so wirkt, daß die Arbeitskraft des Warencharakters entkleidet wird“ (Steiner 1977, 67f). (Stütze 2, Leben als absolute Norm)

In einem dreigliederten Organismus wird sich Steiner zufolge dann ergeben:

(5. Adäquatheitsprämisse)

„[...] die menschliche Arbeitskraft wird ein Beherrschendes werden mit Bezug auf das Wirtschaftsleben, nicht ein Unterdrücktes, nicht ein Versklavtes. Aber das wird nicht dadurch erreicht, daß man gewisse Gesetze gibt, sondern daß man im lebendigen Leben einen Körper schafft, der einfach dadurch, daß etwas anderes an menschlichen Impulsen in diesem abgetrennten Körper da sein muß, fortdauernd von Epoche zu Epoche die Arbeit dem Warencharakter entreißt, denn sie muß dem Warencharakter entrissen werden, sonst wird sie immer wiederum aufgesogen werden, weil der Wirtschaftskörper immer die Tendenz hat, die Arbeitskraft aufzusaugen und sie zur Ware zu machen. Immer muß der Staatskörper wachen, um wiederum die Arbeitskraft des Warencharakters zu entkleiden“ (69f). (Stütze 2, Institution Staatskörper)

Nimmt man diese Forderung Steiners ernst, wäre die Staatspolitik (das Rechtsleben) in Deutschland derzeit erheblich zu kritisieren. Durch die Sanktionsparagrafen §31 und §32 des SGB-II wacht der Staat keineswegs darüber, „Arbeitskraft des Warencharakters zu entkleiden“, im Gegenteil zwingt er durch eine workfare-Politik des Forderns und Förderns die der Hartz-Gesetzgebung Unterworfenen dazu, ihre Arbeitskraft zu verkaufen vor dem Hintergrund der Bedrohung der Existenz durch mögliche Leistungskürzungen bei Nichtbefolgung.

(2. Ursachenprämisse, wirtschaftlich)

„Die moderne kapitalistische Wirtschaftsordnung kennt im Grunde genommen nur Ware innerhalb ihres Geistes. Sie kennt Wertbildung dieser Waren innerhalb des wirtschaftlichen Organismus. Und es ist geworden innerhalb des kapitalistischen Organismus der neueren Zeit etwas zu einer Ware, von dem heute der Proletarier empfindet: es *darf* nicht Ware sein“ (Steiner 1976, 52, Hervorheb. im Original). (Stütze 2, Systemorientierung)

Arbeitskraft kann Steiner zufolge nicht wie Ware mit Ware verglichen werden:

(1. Defizitprämisse)

„Wie kann gerechtfertigterweise menschliche Arbeitskraft entlohnt werden? Wie kann menschliche Arbeitskraft überhaupt zu ihrem Rechte kommen? Und man kann dabei doch die Voraussetzung haben: es muß schon so sein, daß die menschliche Arbeitskraft Lohn empfängt.

Lohn ist aber in gewissen Zusammenhängen nichts anderes, als lediglich das Kaufgeld für die Ware 'Arbeitskraft'. Aber Arbeitskraft kann niemals eine Ware sein! Und wo

5.3 Rudolf Steiner und die soziale Dreigliederung

im Wirtschaftsprozeß Arbeitskraft zur Ware gemacht wird, ist dieser Wirtschaftsprozeß Lüge. Denn es wird in die Wirklichkeit etwas hineingeworfen, was niemals ein wahrer Bestandteil dieser Wirklichkeit sein kann. Menschliche Arbeitskraft kann aus dem Grunde keine Ware sein, weil sie den Charakter, den notwendig jede Ware haben muß, nicht haben kann. Im Wirtschaftsprozeß muß jede Ware in die Möglichkeit versetzt sein, an Wert mit einer anderen Ware verglichen zu werden. Die Vergleichbarkeit ist die Grundbedingung für das Ware-Sein von etwas. Menschliche Arbeitskraft aber kann niemals mit irgendeinem Warenprodukte in bezug auf den Wert verglichen werden“ (Steiner 1977, 143). (Stütze 2, Wahrheit/Wirklichkeit)

Arbeitskraft-Argument

Das Arbeitskraft-Argument ist untrennbar mit dem Warencharakter-Argument verbunden, wie oben schon angedeutet worden ist. Arbeitskraft dürfe niemals den Charakter von Ware einnehmen. Inbezug auf den marxistischen Einfluss auf das Proletariat formuliert Steiner:

(1. Defizitprämisse)

„Wie kann dieses als menschenunwürdig Empfundene überwunden werden: Arbeitskraft des Menschen ist Ware und wird als Ware behandelt? –So sagte ja zunächst Marx. Wie gesagt, die Sache ist in vieler Beziehung irrig, aber darauf kommt es jetzt nicht an, denn wenn eine irriige Tatsache so gewaltige Stoßkraft in den Seelen von Millionen von Menschen hat, so ist sie eben eine soziale Tatsache. So sagte Karl Marx und so verstanden ihn die modernen Proletarier. Dieses Verständnis, wenn es sich auch in mancher Beziehung geändert hat, wirkt heute noch nach wirkt gerade heute ganz besonders lebendig in den Gefühlen. So sagte er: Innerhalb des Wirtschaftsorganismus werden Waren auf den Markt gebracht und verkauft. Es gibt Besitzer von Waren, Eigentümer von Waren, es gibt Käufer von Waren. Zwischen denen zirkulieren die Waren. Der moderne Proletarier besitzt nichts außer seiner eigenen Arbeitskraft. Für jede Ware sind gewisse Herstellungskosten notwendig. Die Herstellung dieser oder jener Ware, bis sie konsumfähig ist, ist so und so hoch. Der moderne Proletarier hat nur seine Körperkraft, er hat nur seine Arbeitskraft. Zur Herstellung dieser Arbeitskraft ist alles das notwendig, was er erwerben muß an Nahrungsmitteln, an Kleidern und so weiter. Durch das, was er an Nahrungsmitteln, an Kleidern sich erwerben muß, wird immerzu die verbrauchte Arbeitskraft wiederum ersetzt. Das sind die Herstellungskosten für seine Arbeitskraft. – Nun sagte Karl Marx, und in seinem innersten Wesen meint dies auch der moderne Proletarier: Ungezwungen, ohne Zwang gibt ihm der Arbeitgeber nicht mehr als sogenannten Lohn für die Arbeit, als diese Herstellungskosten für seine Arbeitskraft. Aber wenn zum Beispiel durch eine Arbeit, die fünf Stunden dauert, abgearbeitet wäre alles das, was die Herstellungskosten sind, so gibt sich der moderne Unternehmer damit nicht zufrieden. Er fordert längere Arbeitszeit. Da arbeitet dann der Arbeiter umsonst, denn er bekommt nur so viel, wie die Herstellungskosten seiner Ware 'Arbeitskraft' betragen. Was er darüber hinaus arbeitet, ist der Mehrwert. Das ist das, was er darbringt auf dem Altar – wenn man das Altar nennen darf – des Kapitalismus, was sich als Kapital ansammelt, was aber entstammt seiner Arbeitskraft, und deshalb dem entstammt, weil er nur die Herstellungskosten bekommt, weil er gezwungen ist dazu, auf dem Arbeitsmarkt das feilzubieten, feilzubieten unter den wirtschaftlichen Verhältnissen, was er allein hat: seine Ware 'Arbeitskraft'“ (Steiner 1977, 66f, Hervorheb. im Original). (Stütze 1, Verweis auf wiss. Autorität)

Die durch die proletarische Bewegung Mitte des 19. Jahrhunderts entstehende Gewerkschaftsbewegung versucht seitdem, dem entgegenzuwirken, was ihnen allerdings beim Phänomen der zunehmenden Zeit-

und Leiharbeit im Gegensatz zu der bisher von ihnen vertretenen Stammebelegschaft aus den Händen zu gleiten scheint. Steiner bemüht sich bereits in den 20er Jahren des letzten Jahrhunderts, darüber aufzuklären:

(3. Alternativprämisse)

„Daraus entsteht diese zweite soziale Forderung der neueren Zeit: Die Arbeitskraft zu entkleiden des Warencharakters.

Ich weiß, daß heute noch viele, sehr viele Menschen denken: Wie soll das gemacht werden? Wie soll denn anders überhaupt ein Wirtschaftsleben eingerichtet werden als dadurch, daß man die Arbeitstätigkeit, die Arbeitskraft entlohnt? – Damit aber kauft man sie schon! Aber man braucht ja auch nur dem entgegenhalten, daß schließlich auch *Plato* und *Aristoteles* durchaus es selbstverständlich fanden, es für selbstverständlich hielten, daß Sklaven da sein müssen. So muß man es schon verzeihen den modernen Denkern, daß sie es für notwendig halten, daß die Arbeitskraft zu Märkte getragen werden muß.

Man kann sich nicht immer denken, was vielleicht schon in allernächster Zeit eine Wirklichkeit ist. Aber fragen muß man heute: Wodurch kann die Arbeitskraft des Charakters der Ware entkleidet werden? Das kann dadurch allein geschehen, daß sie heraufgehoben wird in das Gebiet des reinen Rechtsstaates, desjenigen Staates, aus dem ausgeschieden wird das geistige Leben auf der einen Seite, wie früher charakterisiert, und ausgeschieden wird auf der anderen Seite alles dasjenige, was im vorher charakterisierten Sinne zum Wirtschaftsprozeß gehört. Gliedern wir den ganzen sozialen Organismus oder denken wir ihn uns gegliedert in diese drei Glieder: in das selbständige Geistesleben, in das Rechtsleben und in das Wirtschaftsleben, dann haben wir statt des Homunkulus im Gebiete des Wirtschaftslebens den wirklichen Homo im Gebiete des Wirtschaftslebens, dann haben wir unser geistiges Auge gestellt auf den wirklich lebensfähigen, nicht den aus chemischen Agenzien zusammengesetzten sozialen Organismus“ (Steiner 1977, 118). (Stütze 2, Dreigliederung als Norm)

Durch den marxistischen Einfluss habe das Proletariat Bewusstsein vom Wesen ihrer Arbeitskraft erlangt:

(1. Defizitprämisse)

„Was sehen wir aber nun im Mittelpunkte all desjenigen stehen, was proletarische Bewegung, was proletarische Sehnsucht, ja, was proletarische Forderung ist? Im Mittelpunkt dessen sehen wir stehen, was der Proletarier empfinden mußte gegenüber dem, was er im Grunde genommen herbeiführt und was durch die moderne Wirtschaftsordnung allein dem sozialen Organismus gegeben werden kann; denn die bisher leitenden Kulturkreise interessierten sich im Grunde genommen beim Proletarier nur für dieses einzige, und dieses einzige ist die Arbeitskraft des Proletariers. Man muß wissen, wie gerade eingeschlagen haben die Betrachtungen *Karl Marx'* und derjenigen, die in seinen Bahnen gegangen sind, in das moderne Proletariat, aus dem Grunde, weil in diesem modernen Proletariat die Empfindung da war: Vor allen Dingen muß Klarheit geschaffen werden mit Bezug auf die Art und Weise, wie menschliche Arbeitskraft einfließen darf in den sozialen Organismus“ (Steiner 1977, 142, Hervorheb. im Original). (Stütze 4, Reflexion/Gebot)

Der Tendenz des Wirtschaftslebens, die Arbeitskraft des Menschen zu verbrauchen, müsse gegengesteuert werden:

(3. Alternativprämisse)

„Im sozialen Organismus kann innerhalb des Wirtschaftslebens nur herrschen das

5.3 Rudolf Steiner und die soziale Dreigliederung

Interesse. Dieses Interesse aber, das bringt eine ganz bestimmte Eigenschaft des wirtschaftlichen Organgliedes hervor. Worauf deutet eigentlich im Grunde genommen alles, worauf läuft alles hinaus im Wirtschaftsleben? Es läuft alles darauf hinaus im Wirtschaftsleben, daß in der besten zweckmäßigsten Weise, was der Wirtschaftsprozeß erzeugt, auch verbraucht werden kann. Ich rede vom Verbrauchen im engeren Sinne, aus dem das Geistige dann ausgeschlossen ist. Verbraucht werden kann zum Beispiel Arbeitskraft, menschliche Arbeitskraft. Das fühlt aber der moderne Mensch: bloß verbraucht darf seine Arbeitskraft nicht werden. Er muß ebenso, wie er ein Interesse erwirbt durch seine Arbeitskraft, bei der geistigen Produktion auch ein Interesse erwerben durch seine Ruhe, durch seine ruhevolle Aufnahmefähigkeit des Geistigen. Der Mensch wird im Wirtschaftsleben verbraucht. Er muß sich fortwährend aus diesem Wirtschaftsleben herausreißen durch die anderen beiden Glieder des gesunden sozialen Organismus, wenn er innerhalb des Wirtschaftslebens nicht verbraucht werden soll“ (Steiner 1977, 124f). (Stütze 2, ökonom. Gesetz, Normvorgabe)

Strukturanalogie-Argument

Zur Verdeutlichung der Notwendigkeit der Dreigliederung des sozialen Organismus kommt Steiner immer wieder auf die Dreigliederung des menschlichen Organismus zurück (vgl. Steiner 1977, 28). Die Betrachtung von analogen Strukturen im menschlichen Organismus erlaubten einen Erkenntnisgewinn, der für die Betrachtung des sozialen Organismus von Nutzen sein könne. Dabei betont er, dass damit nicht eine einfache Übertragung des einen auf das andere System gemeint sei, sondern strukturanalog sich an der Natur ein Urteil ausbilden könne, welche für die Erkennung für das sozial Notwendige von Bedeutung sei:

(3. Alternativprämisse)

„Die Idee von der Dreigliederung des sozialen Organismus nimmt nicht Naturkenntnisse einfach herüber aus dem Naturgebiet ins soziale Lebensfeld. Sie will nur an der Naturbetrachtung die Kraft gewinnen, die soziale Tatsachenwelt unbefangen anzusehen. Das sollten diejenigen bedenken, die in oberflächlicher Art sich davon unterrichten, daß diese Idee von einer Dreigliederung des sozialen Lebens spricht, ähnlich wie man sprechen kann von einer Dreigliederung des natürlichen menschlichen Organismus. Wer diese letztere in ihrer Eigenart ernst nimmt, der wird gerade durch sie gewahr werden, daß das eine nicht auf das andere übertragen werden kann. Aber er wird durch die Betrachtungsweise, die er für den natürlichen Organismus anzuwenden genötigt ist, sich die Denkrichtung schaffen, die ihm ermöglicht, sich auch in den sozialen Tatsachen zurechtzufinden“ (Steiner 1962, 73). (Stütze 4, Analogie, Verweis auf Tatsache)

Der Wirtschaftsorganismus bringt Steiner zufolge notwendig Schäden mit sich, die nur von den beiden von ihm unabhängigen Organismen, dem Geistes- und Rechtsleben ausgeglichen werden können:

(3. Alternativprämisse)

„In dem Organismus muß die eingeatmete Luft fortwährend in Unbrauchbares umgewandelt werden. Der Sauerstoff muß zur Kohlensäure umgewandelt werden. Deshalb müssen Einrichtungen da sein, die das Umgewandelte, unbrauchbar Gewordene durch Brauchbares ersetzen. Wer sachgemäß sein am menschlichen Organismus geschultes Urteil bei einer unbefangenen Betrachtung des sozialen Organismus anwendet, der findet, daß das eine Glied dieses Organismus, der Wirtschaftskreislauf, gerade

dann, wenn er sachgemäß eingerichtet ist, fortdauernd Verhältnisse hervorbringen muß, die durch andere Einrichtungen wieder auszugleichen sind. So wenig man von der Organeinrichtung, die im menschlichen Organismus darauf hingeordnet ist, daß sie den eingeatmeten Sauerstoff unbrauchbar macht, verlangen kann, daß sie ihn wieder brauchbar mache, so wenig sollte man von dem Wirtschaftskreislauf voraussetzen, daß in ihm selbst die Einrichtungen entstehen können, die ausgleichend auf dasjenige wirken, was er aus dem Leben heraus *Leben-Hemmendes* erzeugen muß“ (Steiner 1962, 71, Hervorheb. im Original). (Stütze 4, Analogie)

Und strukturanalog, so Steiner, sieht das beim menschlichen Organismus folgendermaßen aus:

(1. Defizitprämisse, 3. Alternativprämisse)

„Ich darf vielleicht, um mich über das zu verständigen, was ich gerade als den Nerv einer umfassenden, allseitigen Beobachtung über die soziale Frage erkannt zu haben glaube, von einem Vergleich ausgehen. Aber ich bitte zu berücksichtigen, daß ich nichts anderes meine damit als einen Vergleich, als etwas, was unterstützen kann das menschliche Verständnis, um es gerade in diejenige Richtung zu bringen, welche notwendig ist, um sich Vorstellungen zu machen über die Gesundung des sozialen Organismus. Wer in dieser Hinsicht betrachten muß den kompliziertesten natürlichen Organismus, den menschlichen Organismus, der muß seine Aufmerksamkeit darauf richten, daß die ganze Wesenheit dieses menschlichen Organismus darauf beruht, daß er drei nebeneinander wirksame Systeme in einem inneren Gefüge aufzuweisen hat. Diese drei nebeneinander wirksamen Systeme kann man etwa in folgender Weise kennzeichnen. Man kann sagen: Im menschlichen natürlichen Organismus wirkt dasjenige System, welches in sich schließt das Nerven- und Sinnesleben. Man könnte es auch nach dem wichtigsten Gliede des Organismus, wo das Nerven- und Sinnesleben gewissermaßen zentralisiert ist, den Kopforganismus nennen.

Als zweites Glied der menschlichen Organisation hat man anzuerkennen, wenn man ein wirkliches Verständnis erwerben will für diese menschliche Organisation, was ich nennen möchte das rhythmische System, das zusammenhängt mit Atmung, Blutzirkulation, mit alledem, was sich ausdrückt in rhythmischen Vorgängen des menschlichen Organismus.

Als drittes System hat man dann anzuerkennen alles dasjenige, was als Organe und Tätigkeiten zusammenhängt mit dem eigentlichen Stoffwechsel. In diesen drei Systemen ist enthalten alles dasjenige, was in gesunder Art unterhält, wenn es aufeinander organisiert ist, den Gesamtvorgang, der sich abspielt im menschlichen Organismus“ (Steiner 1977, 25f, vgl. auch Steiner 1976, 57). (Stütze 4, Analogie/Vergleich)

Schulautonomie-Argument

Als Begründer der freien Waldorfschulen argumentiert Steiner wie folgt:

(1. Defizitprämisse, 2. Ursachenprämisse politisch)

„Die öffentliche Pflege des Geisteslebens in Erziehung und Schule ist in der neueren Zeit immer mehr zur Staatssache geworden. Daß das Schulwesen eine vom Staat zu besorgende Angelegenheit sei, wurzelt gegenwärtig so tief im Bewußtsein der Menschen, daß, wer an diesem Urteil rütteln zu müssen vermeint, als ein weltfremder 'Ideologe' angesehen wird. Und doch liegt gerade auf diesem Lebensgebiete etwas vor, das der allerernstesten Erwägung bedarf. [...] Die Schule auf allen ihren Stufen bildet die Menschen so aus, wie sie der Staat für die Leistungen braucht, die er für notwendig hält. In den Einrichtungen der Schulen spiegeln sich die Bedürfnisse des Staates. Man redet zwar viel von allgemeiner Menschenbildung und ähnlichem, das man anstreben

5.3 Rudolf Steiner und die soziale Dreigliederung

will; aber der neuere Mensch fühlt sich unbewußt so stark als ein Glied der staatlichen Ordnung, daß er gar nicht bemerkt, wie er von der allgemeinen Menschenbildung redet und eigentlich die Ausbildung zum brauchbaren Staatsdiener meint“ (Steiner 1962, 25). (Stütze 4, Appell an Einsicht)

Die „Formbestimmtheit schulischer Sozialisation“ (vgl. Schäfer 1978) durch den Staat und die kapitalistische Wirtschaftsordnung wird durch Steiner bereits in den 20er Jahren des letzten Jahrhunderts kritisiert.

(3. Alternativprämisse)

„Worauf es der Gegenwart ankommen muß, das ist, die Schule ganz in einem freien Geistesleben zu verankern. Was gelehrt und erzogen werden soll, das soll nur aus der Erkenntnis des werdenden Menschen und seiner individuellen Anlagen entnommen sein. Wahrhaftige Anthropologie soll die Grundlage der Erziehung und des Unterrichtes sein. Nicht gefragt soll werden: Was braucht der Mensch zu wissen und zu können für die soziale Ordnung, die besteht; sondern: Was ist im Menschen veranlagt und was kann in ihm entwickelt werden? Dann wird es möglich sein, der sozialen Ordnung immer neue Kräfte aus der heranwachsenden Generation zuzuführen. Dann wird in dieser Ordnung immer das Leben, was die in sie eintretenden Vollmensch aus ihr machen; nicht aber wird aus der heranwachsenden Generation das gemacht werden, was die bestehende soziale Organisation aus ihr machen will.

Ein gesundes Verhältnis zwischen Schule und sozialer Organisation besteht nur, wenn der letzteren immer die in ungehemmter Entwicklung herangebildeten neuen individuellen Menschheitsanlagen zugeführt werden. Das kann nur geschehen, wenn die Schule und das Erziehungswesen innerhalb des sozialen Organismus auf den Boden ihrer Selbstverwaltung gestellt werden. Das Staats- und Wirtschaftsleben sollen die von dem selbständigen Geistesleben herangebildeten Menschen empfangen; nicht aber sollen sie, nach ihren Bedürfnissen, deren Bildungsgang vorschreiben können. Was ein Mensch in einem bestimmten Lebensalter wissen und können soll, das muß sich aus der Menschennatur heraus ergeben. Staat und Wirtschaft werden sich so gestalten müssen, daß sie den Forderungen der Menschennatur entsprechen. Nicht der Staat oder das Wirtschaftsleben haben zu sagen: So brauchen wir den Menschen für ein bestimmtes Amt; also *prüft* uns die Menschen, die wir brauchen und sorgt zuerst dafür, daß sie wissen und können, was wir brauchen; sondern das geistige Glied des sozialen Organismus soll aus seiner Selbstverwaltung heraus die entsprechend begabten Menschen zu einem gewissen Grade der Ausbildung bringen, und Staat und Wirtschaft sollen sich gemäß den Ergebnissen der Arbeit im geistigen Gliede einrichten“ (Steiner 1962, 26f, Hervorheb. im Original). (Stütze 2, Wahrhaftigkeit, Verweis auf Menschennatur)

Und zwar gelte dies nicht nur aus der Perspektive der Schüler, sondern auch der Lehrer:

(5. Adäquatheitsprämisse)

„Man kommt als Erzieher, als Unterrichtender nur zurecht, wenn man in einer freien, individuellen Weise dem zu Erziehenden, zu Unterrichtenden gegenübersteht. Man muß sich für die Richtlinien des Wirkens nur abhängig wissen von *Erkenntnissen* über die Menschennatur, über das Wesen der sozialen Ordnung und ähnliches, nicht aber von *Vorschriften* oder *Gesetzen*, die von außen gegeben werden. Will man ernstlich die bisherige Gesellschaftsordnung in eine solche nach sozialen Gesichtspunkten überleiten, so wird man nicht davor zurückschrecken dürfen, das geistige Leben – mit dem Erziehungs- und Schulwesen – in seine eigene Verwaltung zu stellen. Denn aus einem solchen selbständigen Gliede des sozialen Organismus werden Menschen hervorgehen mit Eifer und Lust zum Wirken im sozialen Organismus; aus einer vom Staat oder

5 Textanalyse und Interpretation von Grundeinkommenspädagogiken

vom Wirtschaftsleben geregelten Schule können aber doch nur Menschen kommen, denen dieser Eifer und diese Lust fehlen, weil sie die Nachwirkung einer Herrschaft wie etwas Ertötendes empfinden, die nicht hätte über sie ausgeübt werden dürfen, bevor sie vollbewußte Mitbürger und Mitarbeiter dieses Staates und dieser Wirtschaft sind. Der werdende Mensch soll erwachsen durch die Kraft des von Staat und Wirtschaft unabhängigen Erziehers und Lehrers, der die individuellen Fähigkeiten frei entwickeln kann, weil die seinigen in Freiheit walten dürfen“ (Steiner 1962, 27, Hervorheb. im Original). (Stützen 2 u. 4, Systemorientierung, Reflexion auf Sinn)

Wie ist es überhaupt zur Vermischung der Glieder gekommen? Steiner schreibt dazu:

(2. Ursachenprämissen)

„Durch die hervorragende Bedeutung des Wirtschaftslebens in der bürgerlichen Gesellschaftsorganisation der letzten Jahrhunderte ist das Geistesleben in eine starke Abhängigkeit von dem Wirtschaftsleben gekommen. Das Bewußtsein von einem in sich selbst gegründeten Geistesleben, an dem die Menschenseele Anteil hat, ist verloren gegangen. Naturanschauung und Industrialismus haben diesen Verlust mitbewirkt. Damit hängt zusammen, wie man in der neueren Zeit die Schule in den gesellschaftlichen Organismus eingliederte. Den Menschen für das äußere Leben in Staat und Wirtschaft brauchbar zu machen, wurde die Hauptsache“ (ebd., 28). (Stütze 1, Wissen/Erklärung)

Parteien-Dekonstruktion-Argument

Im Zusammenhang mit der sozialen Frage gehörten die Parteien in der Politik langfristig abgeschafft:

(6. Ausnahmeprämissen, Bedingung)

„Daher ist eine Grundbedingung der Gesundung die Auflösung dieser Parteigruppierungen und die Hebung des Verständnisses für Ideenbildungen, die aus der praktischen Einsicht selbst herauswachsen ohne allen Zusammenhang mit Partei- und Gruppenmeinungen von ehemals. Es ist eine brennende Frage der Gegenwart, daß Mittel und Wege gefunden werden, an die Stelle der Parteimeinungen diese unabhängigen Ideenbildungen zu setzen, die Kristallisationskerne abgeben können für den Zusammenschluß von Menschen von allen Parteiseiten her. Von solchen Menschen, die in der Lage sind, zu erkennen, daß die bestehenden Parteien sich überlebt haben, und daß die sozialen Zustände der Gegenwart ein vollgültiger Beweis für diese Überlebtheit sind.

Es ist begreiflich, daß den Menschen, denen diese Erkenntnis nützt, sie nicht leicht wird. Den Massen nicht, weil deren Angehörige nicht Zeit und Muße und oftmals nicht die Vorschulung haben, die erforderlich sind. Den Führern nicht, weil ihre Vorurteile und ihre Macht in dem wurzeln, was sie bisher vertreten haben. Daß dieses beides besteht, macht die Verpflichtung nur um so dringlicher, über die Parteitraditionen der Gegenwart *hinaus, nicht innerhalb* derselben, den wahren Fortschritt der Menschheit zu suchen. Es genügt heute nicht, bloß zu wissen, was an die Stelle des Bisherigen an Einrichtungen treten soll; es ist notwendig, daran zu arbeiten, die neuen Ideenbildungen in eine solche Richtung zu bringen, daß sie die Auflösung des alten Parteiwesens so schnell als möglich bewirken und zum Streben der Menschen nach neuen Zielen führen. Wer dazu nicht den Mut hat, der kann nichts beitragen zur Gesundung des sozialen Lebens; und wer den Aberglauben hat, solches Streben sei eine Utopie, der baut auf einen Boden, der im Einsinken ist“ (Steiner 1962, 46, Hervorheb. im Original). (Stütze 1, Erklärung/Erkenntnis)

5.3 Rudolf Steiner und die soziale Dreigliederung

Dieser Gedanke ist auch heute noch lebendig und wird von den in die Länderparlamente einziehenden „Piraten“ mit dem Begriff "Liquid Democracy" aufgegriffen. Bei der Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens, so formuliert der Kabarettist Arnulf Rating provokativ, würden die Armen flüssig und Parteien wie SPD und Linkspartei überflüssig¹²⁶.

Aufklärung-Argument

Dieses Argument betrifft die Ideale der Französischen Revolution: Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit. Diese setzt Steiner wie folgt zu seiner geforderten sozialen Dreigliederung in Beziehung:

(3. Alternativprämisse)

„[...] man kann gar nicht anders als aus einem allgemein menschlichen Empfinden mit jedem dieser drei Ideale seine Sympathie haben! Warum dieses?

Nun, eben aus dem Grunde, weil man den rechten Sinn dieser drei Ideale erst einsieht, wenn man erkennt die notwendige Dreigliederung des sozialen Organismus. Die drei Glieder sollen nicht in einer abstrakten, theoretischen Reichstags- oder sonstigen Einheit zusammengefügt und zentralisiert sein, sie sollen lebendige Wirklichkeit sein und durch ihr lebendiges Wirken nebeneinander erst die Einheit zusammenbringen. Wenn diese drei Glieder selbständig sind, so widersprechen sie sich in einer gewissen Weise, wie das Stoffwechselsystem dem Kopfsystem und dem rhythmischen System widerspricht. Aber im Leben wirkt das Widerspruchsvolle gerade zu der Einheit zusammen. Daher wird man zu einem Erfassen des Lebens des sozialen Organismus kommen, wenn man imstande ist, die wirklichkeitsgemäße Gestaltung dieses sozialen Organismus zu durchschauen. Dann wird man erkennen, daß im Zusammenwirken der Menschen im Wirtschaftsleben, wo sie untereinander zu regeln haben auf dem besonderen, eigenen Gebiete dieses erste soziale Glied, daß auf diesem Gebiete in dem, was Menschen tun, wirken muß die Brüderlichkeit. In dem zweiten Gliede, in dem System des öffentlichen Rechtes, wo man es zu tun hat mit dem Verhältnis des Menschen zum Menschen, nur insoferne man überhaupt Mensch ist, hat man es zu tun mit der Verwirklichung der Idee der Gleichheit. Und auf dem geistigen Gebiete, das wiederum in relativer Selbständigkeit dastehen muß im sozialen Organismus, hat man es zu tun mit der Idee der Freiheit. Da gewinnen plötzlich diese drei goldenen Ideale erst ihren Wirklichkeitswert, wenn man weiß: sie dürfen nicht in einem chaotisch Durcheinandergewürfelten sich realisieren, sondern in dem, was ein nach wirklichkeitsgemäßen Gesetzen orientierter sozialer dreigliedriger Organismus ist, in welchem jedes einzelne der drei Glieder für sich das ihm zugehörige Ideal von Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit verwirklichen kann“ (Steiner 1977, 38f). (Stütze 2, Regel/Gesetz)

Der Bezug zum Grundeinkommen in dem oben dargestellten Schema wäre mit Steiners Worten zur sozialen Dreigliederung aus anthroposophischer Sicht denk- und nachvollziehbar.

¹²⁶ In der Sendung „Scheibenwischer“ vom 20.03.2008: siehe http://www.youtube.com/watch?v=NXjn5Po_98k, Stand: 23.02.2012.

(3. Alternativprämisse)

„Daher wird man zu einer Erfassung des Lebens des sozialen Organismus kommen, wenn man imstande ist, die wirklichkeitsgemäße Gestaltung dieses sozialen Organismus mit Bezug auf Brüderlichkeit, Gleichheit und Freiheit zu durchschauen. Dann wird man erkennen, daß das Zusammenwirken der Menschen im *Wirtschaftsleben* auf derjenigen Brüderlichkeit ruhen muß, die aus den Assoziationen heraus entsteht. In dem zweiten Gliede, in dem System des *öffentlichen Rechts*, wo man es zu tun hat mit dem rein menschlichen Verständnis von Person zu Person, hat man zu erstreben die Verwirklichung der Idee der Gleichheit. Und auf dem *geistigen Gebiete*, das in relativer Selbständigkeit im sozialen Organismus steht, hat man es zu tun mit der Verwirklichung des Impulses der Freiheit. So angesehen, zeigen diese drei Ideale ihren Wirklichkeitswert. Sie können sich nicht in einem chaotischen sozialen Leben realisieren, sondern nur in dem gesunden dreigliedrigen sozialen Organismus. Nicht ein abstrakt zentralisiertes Sozialgebilde kann durcheinander die Ideale der Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit verwirklichen, sondern jedes der drei Glieder des sozialen Organismus kann aus einem dieser Impulse seine Kraft schöpfen. Und es wird dann in fruchtbarer Art mit den andern Gliedern zusammenwirken können.

Diejenigen Menschen, welche am Ende des 18. Jahrhunderts die Forderung nach Verwirklichung der drei Ideen von Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit erhoben haben, und auch diejenigen, welche sie später wiederholt haben, sie konnten dunkel empfinden, wohin die Entwicklungskräfte der neueren Menschheit weisen. Aber sie haben damit zugleich nicht den Glauben an den Einheitsstaat überwunden. Für diesen bedeuten ihre Ideen etwas Widerspruchsvolles“ (Steiner 1977, 88f, Hervorheb. im Original). (Stütze 2, Verweis auf Wirklichkeit)

Die Ideale der Französischen Revolution weisen Steiner zufolge also schon auf die Notwendigkeit der Dreigliederung des sozialen Organismus.

Dreigliederung-Argument

Der Dreigliederungs-Gedanke steht quasi allen Argumenten Steiners a priori voran und wird hier als eigenständiges Argument aufgelistet:

(2. Ursachenprämisse)

„Es ist die Menschheit der zivilisierten Welt in ihre gegenwärtige Lage dadurch gekommen, daß die drei Lebensgebiete in bezug auf vieles im Laufe der letzten Jahrhunderte zum Einheitsstaate zusammengewachsen sind. Und es besteht die Unruhe der gegenwärtigen Zeit darinnen, daß eine unübersehbar große Menge von Menschen unbewußt des eigentlichen Charakters ihres Strebens darnach drängt, diese drei Lebensgebiete im sozialen Organismus als besondere Glieder so auszubilden, daß das Geistesleben *frei* aus seinen eigenen Impulsen heraus sich gestalten kann; das Rechtsleben demokratisch auf die Auseinandersetzung – die unmittelbare oder mittelbare – einander gleichgeltender Menschen gebaut werde; das Wirtschaftsleben nur in Warenherzeugung, Warenkreislauf und Warenkonsum sich entfalte“ (Steiner 1962, 39, Hervorheb. im Original). (Stütze 2, Mainstream/Systemorientierung)

Das Hauptglied des dreigliederten sozialen Organismus sei das Geistesleben:

(3. Alternativprämisse)

„So kann der soziale Organismus in zwei selbständige Glieder zerfallen, die sich gera-

5.3 Rudolf Steiner und die soziale Dreigliederung

de dadurch gegenseitig tragen, daß jeder seine eigenartige Verwaltung hat, die aus seinen besonderen Kräften hervorgeht. Zwischen beiden aber muß sich ein Drittes ausleben. Es ist das eigentliche staatliche Glied des sozialen Organismus. In ihm macht sich alles das geltend, was von dem Urteil und der Empfindung eines jeden mündig gewordenen Menschen abhängig sein muß. In dem freien Geistesleben betätigt sich jeder nach seinen besonderen Fähigkeiten; im Wirtschaftsleben füllt jeder seinen Platz so aus, wie sich das aus seinem assoziativen Zusammenhang ergibt. Im politisch-rechtlichen Staatsleben kommt er zu seiner rein menschlichen Geltung, insoferne diese unabhängig ist von den Fähigkeiten, durch die er im freien Geistesleben wirken kann, und unabhängig davon, welchen Wert die von ihm erzeugten Güter durch das assoziative Wirtschaftsleben erhalten“ (Steiner 1977, 20). (Stütze 2, Normvorgabe)

Gesund könne der soziale Organismus nur dann sein, wenn die drei Glieder voneinander unabhängig sind:

(6. Ausnahmeprämisse)

„Nun, das moderne Leben hat sich leider bis jetzt ganz und gar abgekehrt von einer Berücksichtigung dieser drei Glieder des sozialen Organismus. So wie der Wirtschaftskörper mit seinen Interessen eingedrungen ist in das staatliche, in das eigentlich politische Leben, seine Interessen hineingebracht hat in die Vertretungskörper des politischen Lebens, dadurch getrübt hat die Möglichkeit, wirklich dieses zweite Glied des sozialen Organismus so zu gestalten, daß sich die Gleichheit aller Menschen darin verwirklicht, so hat auch aufgesogen das Wirtschafts- und das staatliche Leben das, was sich nur in freier Gestaltung entwickeln kann. [...] Aber ebenso notwendig ist die Abtrennung des gesamten niederen und höheren Erziehungswesens, wie des geistigen Lebens überhaupt, von den beiden anderen Gliedern. Und erst dann wird ein wirklich gesundes Leben des sozialen Organismus eintreten, wenn innerhalb derjenigen Körperschaften, die zu wachen haben über die Gleichheit aller Menschen vor dem Gesetze, wenn in dieser Körperschaft nur darauf gesehen wird, daß aus den freien menschlichen Individualitäten heraus Schule, religiöses und sonstiges geistiges Leben sich entwickeln kann, wenn darüber gewacht wird, daß dieses Leben in Freiheit sich entwickelt, wenn nicht der Anspruch darauf gemacht wird, von sich aus zu regeln, von der Wirtschaft oder vom Staate aus zu regeln das Schul-, das Erziehungs-, das geistige Leben“ (Steiner 1977, 40). „Erst dann, wenn man diese drei Glieder relativ selbständig nebeneinander hat, wenn man ein selbständiges geistiges Glied, ein selbständiges Rechtssystemglied, eigentliches Staatsleben, und ein selbständiges Wirtschaftsleben hat und diese Glieder mit relativer Selbständigkeit nebeneinander wirken, wenn jedes dieser Glieder aus seinen eigenen Grundlagen heraus seinen Vertretungskörper, seinen Verwaltungskörper hat, sagen wir, seinen Reichstag, seinen Bundestag, sein Ministerium hat und die einzelnen Glieder fast so souverän zueinander stehen wie Einzelstaaten, nur durch Delegierte zueinander verhandeln, erst dann wird der soziale Organismus wirklich gesund“ (ebd., 69). (Stütze 2, Absolute Norm)

Der erste Weltkrieg habe deutlich gemacht, wie notwendig die soziale Dreigliederung ist, denn nur durch sie sei eine Gesundung des sozialen Organismus zu erwarten (vgl. ebd. 43f). Und ohne zu wissen, Steiner ist 1925 verstorben, dass eine weitere Kriegskatastrophe folgen wird, formuliert Steiner hoffnungsvoll:

„Geistiger Organismus, Staatsorganismus, wirtschaftlicher Organismus, das ist es, wovon man sagen muß: in den nächsten zehn bis zwanzig Jahren streben die Entwicklungskräfte der Menschen dahin. Und wer sich dieser Entwicklung widersetzt, widersetzt sich dem, was die Lebensmöglichkeiten der modernen Menschheit sind“ (ebd. 61). (Stütze 2, Kode)

Eine genaue Position der Glieder ist bei Steiner allerdings nicht auszumachen, wichtiger erscheint ihm wohl die jeweilige Autonomie. Stellt Steiner oben das Geistesleben als Glied zwischen Wirtschafts- und Rechtsleben dar, so wird es hier als „drittes System“ bezeichnet:

(1. Defizitprämisse)

„Das erste System, das Wirtschaftssystem, hat es zu tun mit all dem, was da sein muß, damit der Mensch sein materielles Verhältnis zur Außenwelt regeln kann. Das zweite System hat es zu tun mit dem, was da sein muß im sozialen Organismus wegen des Verhältnisses von Mensch zu Mensch. Das dritte System hat zu tun mit all dem, was hervorspriessen muß und eingegliedert werden muß in den sozialen Organismus aus der einzelnen menschlichen Individualität heraus“ (Steiner 1976, 63, Hervorheb. im Original). (Stütze 2, Absolute Norm)

Arbeitsantrieb-Argument

Wie beim obigen Schaubild schon zu verdeutlichen versucht, spreche Arbeit einen grundsätzlich anderen Trieb an als Entlohnung:

(5. Adäquatheitsprämisse)

„Man sollte durchschauen, daß man in dem Augenblicke einen neuen Arbeitsantrieb schaffen muß, in dem man daran denkt, den alten des egoistischen Gewinnes zu beseitigen. Eine Wirtschaftsverwaltung, welche diesen Gewinn nicht innerhalb der in ihrem Kreislauf wirkenden Kräfte hat, kann von sich aus überhaupt keine Wirkung auf den menschlichen Arbeitswillen ausüben. Und gerade dadurch, daß sie dies *nicht* kann, erfüllt sie eine soziale Forderung, bei der ein großer Teil der Menschheit auf der gegenwärtigen Stufe seiner Entwicklung angelangt ist. Dieser Teil der Menschheit will nicht mehr durch den wirtschaftlichen Zwang an die Arbeit gebracht werden. Er möchte aus Antrieben heraus arbeiten, welche der Würde des Menschen mehr entsprechen. Zweifellos ist diese Forderung bei vielen Menschen, an die man bei ihrer Erhebung denken muß, eine mehr oder weniger unbewußte, instinktive; aber im sozialen Leben bedeuten solche unbewußte, instinktive Impulse etwas weit Wichtigeres als die Ideen, die man bewußt vorbringt“ (Steiner 1962, 34f, Hervorheb. im Original). (Stütze 4, Reflexion)

Steiner kritisiert den Marxschen Sozialismus, weil er die Notwendigkeit der sozialen Dreigliederung nicht erkannt habe:

(1. Defizitprämisse)

„Wer die Idee des dreigliedrigen sozialen Organismus anerkennt, der durchschaut, daß die Großgenossenschaft mit staatsgemäßer Struktur, die von dem marxistischen Sozialismus angestrebt wird, keine Antriebe erzeugen kann für Arbeitsfähigkeit und Arbeitswillen. Er will, daß über der Wirklichkeit der äußeren Lebensordnung nicht die wirkliche Wesenheit des Menschen vergessen werde. Denn Lebenspraxis kann nicht bloß die Rechnung machen mit äußeren Einrichtungen; sie muß in die Rechnung einstellen, *was der Mensch ist und werden kann*“ (Steiner 1962, 37, Hervorheb. im Original). (Stütze 1, Wissen/Erklärung)

Individualität-Argument

Im freien Geistesleben gehe es vor allem um die Individualität des Men-

5.3 Rudolf Steiner und die soziale Dreigliederung

schen:

(2. Ursachenprämisse, politisch/wirtschaftlich)

„In dem einen der drei Glieder des sozialen Organismus [im Geistesleben, MM] strebt diese Idee ein Zusammenwirken von Menschen an, das ganz auf den freien Verkehr und die freie Vergesellschaftung von Individualität zu Individualität begründet ist. In keine vorbestimmte Einrichtung werden da die Individualitäten hineingezwängt. Wie sie einander stützen und fördern, das soll lediglich daraus sich ergeben, was der eine dem andern durch seine Fähigkeiten und Leistungen sein kann. Es ist nicht weiter verwunderlich, daß sich viele Menschen gegenwärtig noch gar nichts anderes vorstellen können, als daß bei solch freier Gestaltung der menschlichen Verhältnisse im geistigen Gliede des sozialen Organismus nur anarchische Zustände innerhalb desselben sich ergeben müßten. Wer so denkt, der weiß eben nicht, welche Kräfte der innersten Menschennatur dadurch an ihrer Entfaltung verhindert werden, daß der Mensch in die Schablonen hinein entwickelt wird, die ihn vom Staats- oder Wirtschaftsleben ausformen. *Solche* Kräfte der innersten Menschennatur können nicht durch Einrichtungen entfaltet werden, sondern allein dadurch, daß Menschenwesen auf Menschenwesen in völliger Freiheit wirkt. Und was da entfaltet wird, das wirkt nicht antisozial, sondern sozial. Das sozial wirksame, menschliche Innere wird nur verkümmert, wenn Instinkte vererbt oder anerzogen werden, die von staatlicher Bevorrechtung oder wirtschaftlicher Übermacht herrühren“ (Steiner 1962, 51, Hervorheb. im Original). (Stütze 2, Normvorgabe u Verweis auf Menschennatur)

Auch bei diesem Argument gilt, wie die von Steiner gesetzte Dreigliederung fordert, dass sowohl Wirtschafts- als auch Rechtsleben sich nicht ins Geistesleben einmischen.

(6. Ausnahmeprämisse)

„Was aus der menschlichen Individualität heraus in das soziale Leben befruchtend eingreifen soll, muß aus der Menschenwesenheit durch Impulse herausgeholt werden, welche aus dem Wirtschaftsleben heraus sich nicht ergeben können“ (Steiner 1962, 90). „[...] das Lebenselement innerhalb dieses Gliedes [Geistesleben, MM] des sozialen Organismus muß die aus dem Zentrum des Menschen heraus wirkende freie Entfaltung seiner körperlichen und geistigen Anlagen sein. Alles muß auf diesem Gebiete auf Individualität gestellt werden. Denn was in dieses Gebiet einfließt, das muß aus dem Zentrum der menschlichen Individualität heraus kommen, und die körperlichen und geistigen Anlagen des Menschen müssen freie Entwicklungsmöglichkeit haben, müssen aber zu gleicher Zeit davon zurückgehalten werden, daß sie in irgendeiner Weise schädlich oder hemmend oder unberechtigt in das übrige Kulturleben eingreifen können“ (Steiner 1977, 61f). (Stütze 2, Absolute Norm)

Die folgenden beiden Ausführungen gehen auf das Verhältnis von Individuum und Gesellschaft ein und erinnern an die Gedanken von Rousseau in dessen Gesellschaftsvertrag:

(6. Ausnahmeprämisse, Bedingung)

„So muß auf geistigem Gebiete die auf den individuellen Fähigkeiten beruhende Einzelinitiative sich sozial auswirken können; sie darf nicht bestimmt werden durch den Inhalt eines Gesamtwillens. Dieser Gesamtwille muß unsozial wirken, denn er entzieht der Gemeinschaft die Früchte der individuellen menschlichen Fähigkeiten“ (Steiner 1962, 93). „Eine Lebensbedingung des sozialen Organismus ist, daß demjenigen, welcher der Allgemeinheit durch seine individuellen Fähigkeiten dienen kann, die Möglichkeit zu solchem Dienen aus der freien eigenen Initiative heraus nicht genom-

men werde. Wo zu solchem Dienste die freie Verfügung über Produktionsmittel gehört, da würde die Verhinderung dieser freien Initiative den allgemeinen sozialen Interessen schaden“ (Steiner 1976, 107). (Stütze 2, Absolute Norm)

Arbeitszwang-Argument

Wie beim Waren-Charakter-Argument bereits angedeutet, erscheint die heutige Praxis von Leistungskürzungen im ALG-II-Verfahren unter besonderer Berücksichtigung des Art. 1 GG mit Steiner verfassungswidrig:

(1. Defizitprämisse)

„Und so steht es auch mit der anderen Weisheit, durch die man sich von dem Ernste der sozialen Frage hinwegdrücken möchte: es handle sich vor allem darum, daß die Leute wieder arbeiten. Der Mensch arbeitet, wenn in seiner Seele der Gedanke keimt, der ihn zur Arbeit treibt. Soll er im Zusammenhange des sozialen Lebens arbeiten, so empfindet er sein Dasein nur als menschenwürdig, wenn in diesem Leben Gedanken walten, die ihm sein Mitarbeiten im Lichte dieser Menschenwürde erscheinen lassen. Gewisse, auch sozialistisch orientierte Kreise möchten allerdings diesen Antrieb zur Arbeit durch den Arbeitszwang ersetzen. Das ist eben *ihre* Art, sich von der Einsicht in die Notwendigkeit fruchtbarer sozialer Ideen hinwegzudrücken“ (Steiner 1962, 85, Hervorheb. im Original). (Stütze 4, Appell an Einsicht/Sinn)

Freies-Geistesleben-Argument

Das Geistesleben als eigenständiges Glied des sozialen Organismus ist für Steiner mit dem Gedanken der Freiheit untrennbar verbunden und wird hier extra als Argument aufgeführt, weil Steiner ihm besondere Aufmerksamkeit zukommen lässt, zumal es ihm nach vom Wirtschafts- und Rechtsleben zu stark beeinflusst ist.

(5. Adäquatheitsprämisse)

„Freisein heißt nicht wollen können, was man will, sondern tun können, was man will“ (Steiner 1978, 22). „Wenn Sie sich nämlich dieses freie Geistesleben auch wirklich befreit denken im sozialen Organismus, so daß tatsächlich immer die Fähigkeiten sich voll entwickeln können, dann wird gerade dieses freie Geistesleben in der Lage sein, einen außerordentlich befruchtenden Einfluß auszuüben auf das halbfreie Geistesleben, auf dasjenige Geistesleben, das in das materielle Schaffen hineingeht. Und da, wenn wir das betrachten, beginnt die Sache eine durchaus volkswirtschaftliche Seite zu bekommen“ (Steiner 1979, 93). (Stütze 4, Gebot)

Wirklich frei zu sein setzt für Steiner ein autonom eigenständiges Glied des sozialen Organismus, das Geistesleben, voraus:

(6. Ausnahmeprämisse, Bedingung)

„Die *Freiheit* kann nur sich entwickeln auf Grund eines in voller Selbständigkeit sich entwickelnden geistigen Lebens. Denn das freie Entfalten der Kräfte beruht auf den Denkipulsen, die sich ergeben, wenn das geistige Leben seine Eigenregulierung hat. -“ (Steiner 1977, 183, Hervorheb. im Original). „Für das Geistesleben, mit dem die Entwicklung der anderen individuellen Fähigkeiten im Menschenleben durch unübersehbar viele Fäden zusammenhängt, ergibt sich nur eine gesunde Entwicklungs-

5.3 Rudolf Steiner und die soziale Dreigliederung

möglichkeit, wenn es in der Hervorbringung auf seine eigenen Impulse gestellt ist, und wenn es in verständnisvollem Zusammenhange mit den Menschen steht, die seine Leistungen empfangen“ (Steiner 1976, 81). (Stütze 2, Absolute Norm)

Mit der sozialen Dreigliederung entfalteten sich die Kräfte ganz von selbst:

(5. Adäquatheitsprämisse)

„Das befreite Geistesleben wird soziales Verständnis ganz notwendig aus sich selbst entwickeln; und aus diesem Verständnis werden Anreize ganz anderer Art sich ergeben als derjenige ist, der in der Hoffnung auf wirtschaftlichen Vorteil liegt. Aber nicht darum kann es sich allein handeln, aus welchen Impulsen heraus der Privatbesitz an Produktionsmitteln bei Menschen beliebt ist, sondern darum, ob die freie Verfügung über solche Mittel, oder die durch die Gemeinschaft geregelte den Lebensbedingungen des sozialen Organismus entspricht“ (Steiner 1976, 108). (Stütze 2, Notwendigkeit)

Freie-Wissenschaft-Argument

Nicht nur auf die Autonomie von Schule, sondern auch auf die von Wissenschaft ziele ein freies Geistesleben:

(2. Ursachenprämisse, politisch/historisch)

„Worauf hier als auf die gesunden Entwicklungsbedingungen des Geisteslebens gedeutet wird, das wird gegenwärtig nicht durchschaut, weil der rechte Blick dafür getrübt ist durch die Verschmelzung eines großen Teiles dieses Lebens mit dem politischen Staatsleben. Diese Verschmelzung hat sich im Laufe der letzten Jahrhunderte ergeben und man hat sich in sie hineingewöhnt. Man spricht ja wohl von 'Freiheit der Wissenschaft und des Lehrens'. Aber man betrachtet es als selbstverständlich, daß der politische Staat die 'freie Wissenschaft' und das 'freie Lehren' verwaltet. Man entwickelt keine Empfindung dafür, wie dieser Staat dadurch das Geistesleben von seinen staatlichen Bedürfnissen abhängig macht. Man denkt, der Staat schafft die Stellen, an denen gelehrt wird; dann können diejenigen, welche diese Stellen einnehmen, das Geistesleben 'frei' entfalten. Man beachtet, indem man sich an eine solche Meinung gewöhnt, nicht, wie eng verbunden *der Inhalt* des geistigen Lebens ist mit dem innersten Wesen des Menschen, in dem er sich entfaltet. Wie diese Entfaltung nur dann eine freie sein kann, wenn sie durch keine andern Impulse in den sozialen Organismus hineingestellt ist als allein durch solche, die aus dem Geistesleben selbst kommen“ (Steiner 1976, 81, Hervorheb. im Original). (Stütze 4, Appell an die Vernunft)

Muße-Argument

Auf das sogenannte „Hängematten“-Argument¹²⁷ der Gegner eines bedingungslosen Grundeinkommens wäre aus Steiners Sicht mit diesem Argument zu reagieren. Nicht der Zwang zu Arbeit, sondern Muße wecke die Kreativität im Geistesleben:

¹²⁷ Vgl. dazu das Contra-Argument, das Anthropologie-Argument A, unter 6.4.1.

(5. Adäquatheitsprämisse)

„Nicht nur die Hervorbringung, sondern auch die Aufnahme dieses Geisteslebens durch die Menschheit muß auf dem freien Seelenbedürfnis beruhen. Lehrer, Künstler und so weiter, die in ihrer sozialen Stellung nur im unmittelbaren Zusammenhange sind mit einer Gesetzgebung und Verwaltung, die aus dem Geistesleben selbst sich ergeben und die nur von dessen Impulsen getragen sind, werden durch die Art ihres Wirkens die Empfänglichkeit für ihre Leistungen entwickeln können bei Menschen, welche durch den *aus sich* wirkenden politischen Staat davor behütet werden, nur dem Zwang zur Arbeit zu unterliegen, sondern denen das Recht auch die Muße gibt, welche das Verständnis für geistige Güter weckt. Den Menschen, die sich 'Lebenspraktiker' dünken, mag bei solchen Gedanken der Glaube aufsteigen: Die Menschen werden ihre Mußezeit vertrinken, und man werde in den Analphabetismus zurückfallen, wenn der Staat für solche Muße sorgt, und wenn der Besuch der Schule in das freie Verständnis der Menschen gestellt ist. Möchten solche 'Pessimisten' doch abwarten, was wird, wenn die Welt nicht mehr unter ihrem Einfluß steht. Dieser ist nur allzu oft von einem gewissen Gefühle bestimmt, das ihnen leise zuflüstert, wie sie ihre Muße verwenden, und was sie nötig hatten, um sich ein wenig 'Bildung' anzueignen. Mit der zündenden Kraft, die ein wirklich auf sich selbst gestelltes Geistesleben im sozialen Organismus hat, können sie ja nicht rechnen, denn das gefesselte, das sie kennen, hat auf sie nie eine solch zündende Kraft ausüben können“ (Steiner 1976, 84f, Hervorheb. im Original). (Stütze 2, Gesetz/Gebot)

Konsum-Argument

Die Teilhabe an der Gesellschaft setze Konsumfähigkeit voraus. Und zwar betreffe dies alle Menschen in einer Volkswirtschaft:

„Im Bild können Sie das dann fassen, wenn Sie sich zunächst vorstellen, wie grundlegend sein muß für die gesamte Volkswirtschaft eines geschlossenen Gebietes der Konsum aller Menschen, die da drinnen sind in diesem Gebiete. Das ist dasjenige, was einmal als die erste Voraussetzung da ist, der Konsum aller derjenigen Menschen, die in diesem Gebiete drinnen sind“ (Steiner 1979, 165). (Stütze 1, Erklärung)

Insbesondere müsse es immer einen Teil der Bevölkerung geben, der ausschließlich konsumiere:

„Außerdem aber sind innerhalb eines sozialen Organismus reine Konsumenten anderer Art noch da. Das sind die jungen Leute, die Kinder, und die alten Leute. Jene sind bis zu einer gewissen Altersstufe zunächst reine Konsumenten. Und diejenigen, die sich haben pensionieren lassen oder pensioniert worden sind, die sind wiederum reine Konsumenten.

Sie brauchen nur eine geringe Überlegung, so werden Sie sich sehr bald sagen: Ohne daß im volkswirtschaftlichen Prozeß reine Konsumenten da sind, die keine Produzenten sind, geht es gar nicht vorwärts, denn wenn alle produzieren würden, könnte nicht alles, was produziert wird, auch konsumiert werden, wenn der volkswirtschaftliche Prozeß überhaupt weitergehen soll – so wenigstens, wie es nun einmal im Menschenleben ist. Und das Menschenleben ist ja nicht bloß Volkswirtschaft, sondern ist als Ganzes zu nehmen. So ist der Fortschritt des volkswirtschaftlichen Prozesses nur möglich, wenn wir in ihm reine Konsumenten haben“ (Steiner 1979, 89). (Stützen 1 u. 2, Wissen u Regel)

Schenkungs-Argument

Ein besonderes Augenmerk richtet Steiner (1979) auf das Schenken. Bei seinen Vorträgen vor Studenten der Nationalökonomie legt er diesen nahe, sich innerhalb von möglichst vielen Dissertationen mit dem Wesen von Schenkungen zu befassen (vgl. 129).

(5. Adäquatheitsprämisse)

„Zahlen, Leihen – und das Dritte ist Schenken. Zahlen, Leihen, Schenken: Das ist tatsächlich eine Trinität von Begriffen, die in eine gesunde Volkswirtschaft hineingeht. Man hat eine gewisse Abneigung, das Schenken zum volkswirtschaftlichen Prozeß zu rechnen; aber, wenn es das Schenken irgendwo nicht gibt, so kann überhaupt der volkswirtschaftliche Prozeß nicht weitergehen. Denn denken Sie sich doch einmal, was wir machen sollten aus den Kindern, wenn wir ihnen nichts schenken würden. Wir schenken fortwährend an die Kinder und, im volkswirtschaftlichen Prozeß darinnen gedacht, ist eben dann das Schenken da, wenn wir ihn vollständig betrachten, wenn wir ihn als einen fortlaufenden Prozeß betrachten. So daß der Übergang von Werten, die eine Schenkung bedeuten, eigentlich sehr mit Unrecht angesehen wird als irgend etwas, was nicht zulässig ist im volkswirtschaftlichen Prozeß. Sie finden daher – zum Horror sehr vieler Leute – in meinen 'Kernpunkten der sozialen Frage' gerade diese Kategorie ausgebildet, wo die Werte übergehen, zum Beispiel die Produktionsmittel übergehen, im Grunde genommen durch einen Prozeß, der mit dem Schenken identisch ist, auf den, der dazu befähigt ist, sie weiter zu verwalten. Daß die Schenkung nicht in konfuser Weise gemacht wird, dafür muß eben vorgesorgt werden; aber im volkswirtschaftlichen Sinn ist das eine Schenkung. Diese Schenkungen sind durchaus notwendig.

Aber denken Sie sich jetzt einmal dieses, was Sie immer mehr finden werden als eine volkswirtschaftliche Notwendigkeit, daß die Trinität von Zahlen, Leihen und Schenken drinnen ist im volkswirtschaftlichen Prozeß, dann werden Sie sich eben sagen: Ja, sie muß in jedem volkswirtschaftlichen Prozeß – sonst könnte er gar keiner sein, sonst würde er sich überall ins Absurde hineinführen –, sie muß in jedem volkswirtschaftlichen Prozeß drinnen sein“ (Steiner 1979, 91). (Stütze 2, Tatsache/Notwendigkeit)

Schenkungen seien das Produktivste in einer Volkswirtschaft:

(5. Adäquatheitsprämisse)

„Kurz, Sie können, von da ausgehend, die schwerwiegende Frage aufwerfen: Was sind eigentlich die produktivsten Kapitalumlagerungen im volkswirtschaftlichen Prozeß, die allerproduktivsten? - Und wenn Sie solche Zusammenhänge weiter verfolgen, wie ich sie jetzt dargestellt habe, wenn Sie namentlich verfolgen, was von verfügbaren Kapitalien in Stiftungen, in Stipendien, in sonstige geistige Kulturgüter hineingehen kann, die dann wiederum befruchtend wirken auf das ganze Unternehmertum, auf das ganze geistige Produzieren, dann werden Sie finden, daß das Fruchtbare innerhalb des volkswirtschaftlichen Prozesses gerade die Schenkungen sind, und daß man eigentlich zu einem wirklich gesunden volkswirtschaftlichen Prozeß nur kommen kann, wenn erstens die Möglichkeit da ist, daß Leute zum Schenken etwas haben, und zweitens den guten Willen haben, dieses zu Schenkende auch in vernünftiger Weise zu schenken. [...] Dasjenige, was hineinkommt durch Schenkungen, das ist von der allergrößten Produktivität, schon aus dem Grunde, weil diejenige Arbeit wirklich erspart wird, das heißt die Leistungen jener Arbeit erspart werden, welche sonst aufgebracht werden muß, um das Betreffende zu erwerben, was hier geschenkt wird. Geschenkt wird, was verfügbar aus dem volkswirtschaftlichen Prozeß hervorgeht und den volkswirtschaftlichen Prozeß schädigen würde, wenn es sich auf Grund und Boden stauen

würde“ (Steiner 1979, 129f). (Stütze 2, ökonom. Gesetz)

Neben den Schenkungen bestünden Leihkapitalien, die weniger produktiv seien als die Schenkungen, und am unproduktivsten sei das, was beim Verkauf und Kauf gezahlt würde (vgl. ebd.).

Drei-Geld-Argument

Analog zu der erwähnten Trinität der Prozesse des Zahlens, Leihens und Schenkens in der Volkswirtschaft spricht Steiner dementsprechend später auch von drei Geldformen: Kaufgeld, Leihgeld und Schenkungsgeld. Schenkungsgeld sei für die Erziehung, für Stiftungen¹²⁸ und für alles, was bewirke, das Kapital sich nicht in ruinöser Wirkung anhäufe (vgl. ebd. 175ff).

(4. Praxisprämisse)

„Und wir müssen nun die Gelegenheiten aufsuchen, wo das Geld Veränderungen durchmacht. Außer dem gewöhnlichen Kaufgeld haben wir das Leihgeld, das also jemand bekommt, um irgendeine Untersuchung zu entrieren, das für ihn kein Kaufgeld ist, sondern für ihn eben Unternehmergegeld wird. Dieses Unternehmergegeld, dieses Leihgeld hat einen wesentlich anderen Wert, eine wesentlich andere Eigenschaft. Es ist eigentlich im Grunde genommen dieses Leihgeld etwas ganz anderes als das Kaufgeld. Es bleibt nicht viel übrig, wenn Kaufgeld Leihgeld wird, als, sagen wir, daß Gold oder Silber oder Papier hineingetragen wird in das andere Lebensgebiet. Wert wird die Sache durch ganz andere Dinge. Denn es handelt sich ja jetzt, wenn das Leihgeld in Zirkulation kommt, darum, daß der Geist des Menschen eingreift, daß menschliches Denken eingreift, und durch dieses Eingreifen des menschlichen Denkens bekommt nun das Leihgeld seinen eigentlichen Wert. Es wäre viel wichtiger, auf die Banknote, die geliehen wird dem Mann, der etwas unternimmt, in dem Momente, wo er diese Banknote in Gebrauch überführt, darauf zu schreiben, ob der Mann ein Genie ist in wirtschaftlichen Dingen, oder ob er ein Idiot ist; denn von der Art und Weise, wie er sich damit verhält, hängt nun der Wert dieses Leihgeldes in der volkswirtschaftlichen Situation ab.

Und wenn wir nun von dem Leihgeld zu demjenigen übergehen, was ich Ihnen als eine dritte Art genannt habe, was heute gewöhnlich gar nicht besprochen wird, aber die denkbar größte Rolle spielt im volkswirtschaftlichen Prozeß, wenn wir übergehen von dem Leihgeld zu dem Schenkungsgeld – [...] wenn wir uns dieses Schenkungsgeld anschauen, so müssen wir sagen: Dieses Schenkungsgeld, das wird für denjenigen, der angewiesen ist für sein Leben auf Kaufgeld, einfach wertlos. Es verliert seinen Wert. Schenkungsgeld in bezug auf Kaufgeld ist das Entgegengesetzte nämlich, was ja auch schon daraus hervorgeht, daß derjenige kaufen kann, der Schenkung kriegt, während derjenige, der nicht Schenkung kriegt, nicht kaufen kann mit diesem Geld.

Sie haben also drei Arten von Geld, die qualitativ ganz voneinander verschieden sind, Kaufgeld, Leihgeld, Schenkungsgeld“ (ebd. 175ff). (Stütze 4, Wissen als Interpretation)

Wie beim unten noch zu betrachtenden Äquivalenz-Argument sei es

¹²⁸ Nach Werner/Goehler (2010) gibt es in Deutschland derzeit 17 372 „rechtsfähige Stiftungen“ (vgl. 64).

5.3 Rudolf Steiner und die soziale Dreigliederung

ganz in der Natur des volkswirtschaftlichen Prozesses, dass insbesondere Kaufgeld mit der Zeit an Wert verliere:

(5. Adäquatheitsprämisse)

„So will es auch der volkswirtschaftliche Prozeß. Er macht es selbst, daß das Geld alt wird. Und daß es scheinbar nicht alt wird, daß man scheinbar mit einem Geld von 1910 im Jahre 1940 noch kaufen kann, das ist nur eine Maske. Man kauft nämlich dann nicht in Wirklichkeit mit diesem Gelde, sondern nur mit einem eingebildeten Geldwert.

Wenn das Geld in dieser Weise, daß die Jahreszahl seiner Entstehung etwas bedeutet, in meinem Portemonnaie alt wird – Altwerden nenne ich Immer-näher-Kommen seinem Sterben –, dann wird ja gerade dadurch dem Geld ein Wert aufgedrückt durch sein Altwerden, wie dem Menschen durch sein Altwerden ein Wert aufgedrückt wird. Jedem lebenden Wesen wird ein Wert aufgedrückt; das Geld wird plötzlich lebendig, es wird ihm ein Wert aufgedrückt. Warum? Nehmen Sie einmal an: Junges Geld, also für das heurige Jahr heuriges Geld, also richtig 1922er Geld, dieses 1922er Geld, das wird ja selbstverständlich ein gutes Kaufgeld sein; aber wenn nun jemand Unternehmer ist, und er fragt sich: Bei meiner Unternehmung, wie werde ich mich mit Geld versorgen? Werde ich mich bei meiner Unternehmung, die vielleicht nach meiner Kalkulation, sagen wir, auf zwanzig Jahre veranlagt werden muß, werde ich mich da mit altem oder jungem Geld versorgen? Wenn ich altes Geld nehmen werde, so wird es eventuell in fünf oder zwei Jahren entwertet sein; also ich kann mich nicht einlassen darauf, altes Geld zu verwenden, sondern ich brauche, wenn ich mit einer Kalkulation auf lange Zeit zu rechnen habe, junges Geld. – Das junge Geld also bekommt unter dem Einfluß langfristiger Unternehmungen einen besonderen volkswirtschaftlichen Wert, einen viel größeren volkswirtschaftlichen Wert als das alte Geld. Dieser volkswirtschaftliche Wert ist dann da, das ist sein Wert jetzt. Nehmen wir aber an, ich habe eine Unternehmung zu machen, die voraussichtlich das, was ich zu kalkulieren habe, nur auf eine Frist von drei Jahren kalkulieren will. Da wäre ich doch ein schlechter Volkswirtschaftler, wenn ich jetzt ganz junges Geld nehmen würde; denn das junge Geld ist dadurch am wertvollsten und am teuersten. Also ich werde mir billigeres Geld verschaffen, wenn ich es kürzere Zeit brauche. Und so sehen Sie, daß auf diese Weise das Alter des Geldes für denjenigen, der den Geist anzuwenden hat auf das Geld, eine Rolle zu spielen anfangen wird, die ihm bewußt ist“ (180f). (Stütze 3, Experiment)

Arbeitsbewertung-Argument

Wie unter dem Warencharakter- und Arbeitskraft-Argument ausführlich dargestellt, sei Arbeit prinzipiell unbewertbar, schon gar nicht mit Geld, so Steiner:

„Wir können nämlich gar nicht Arbeit gegen irgend etwas austauschen, weil es zwischen Arbeit und irgend etwas eigentlich keine gegenseitige Bewertungsmöglichkeit gibt. Wir können uns einbilden – und die Einbildung realisieren, indem wir eben das Lohnverhältnis eintreten lassen –, daß wir die Arbeit bezahlen; in Wirklichkeit tun wir es nicht“ (Steiner 1979, 97f). (Stütze 2, Verweis auf Wirklichkeit)

In Wirklichkeit, so Steiner, würde der Arbeiter (den wir als Arbeitnehmer verstehen, MM) etwas produzieren, was ihm dann der Unternehmer (Arbeitgeber) abkaufen würde und dieser wiederum durch Anwendung seines Geistes einen Mehrwert schaffe (vgl. ebd. 98). Steiner macht an einem Beispiel die Unbewertbarkeit von Arbeitskraft deutlich:

(2. Ursachenprämisse)

„Menschliche Arbeitskraft aber kann niemals mit irgendeinem Warenprodukte in bezug auf den Wert verglichen werden.

Es wäre eigentlich furchtbar einfach, wenn man nur nicht heute verlernt hätte, einfach zu denken. Man denke nur daran, wenn meinetwillen in einer Familie zehn Leute zusammenarbeiten, jeder seinen Teil arbeitet, wie man den Arbeitsteil eines einzelnen aus diesen zehn vergleichen kann mit den Leistungen, die diese zehn hervorbringen. Man hat gar nicht die Möglichkeit, mit den Warenleistungen die Arbeitskraft zu vergleichen. Die Arbeitskraft steht auf einem ganz anderen Boden des sozialen Beurteilens als die Ware. Das ist es, was vielleicht in der neueren Zeit nicht deutlich ausgesprochen worden ist, was aber lebt in den Empfindungen des modernen Proletariats“ (Steiner 1977, 143f). (Stütze 3, Exempel)

Täuschung-Argument

Tausch schaffe Täuschung, so Steiner, sobald Geld als Zwischenglied auftrete:

(2. Ursachenprämisse, wirtschaftlich)

„Ich möchte nicht einen Witz machen am Ende einer verhältnismäßig recht ernsthaften Betrachtung, sondern möchte sagen: Es hat sich unsere Volkswirtschaftswissenschaft so entwickelt, daß sie nicht mitgemacht hat in ihren Anschauungen dasjenige, was sich vollzogen hat von der Tauschwirtschaft zu der Geldwirtschaft und zu der Fähigkeitenwirtschaft. Sie bandelt in ihren Begriffen immer noch herum in der Tauschwirtschaft und betrachtet immer das Geld noch so, als ob es nur eine Art von Stellvertreter wäre für den Tausch. Die Leute geben das nicht zu; aber in den wirklichen Theorien steckt das drinnen. Und so kommt es, daß in älteren Wirtschaftssystemen, wenn uns diese heute auch nicht mehr sympathisch sein können, man getauscht hat, dann ist das Geld gekommen, und da – ich möchte, wie gesagt, keinen Witz machen, der Sprachgenius wirkt da -, da ist aus dem Tauschen bloß der Umlaut entstanden, da ist alles undeutlich geworden: wir täuschen uns heute in allen möglichen volkswirtschaftlichen Prozessen. Aus dem Tauschen ist ein Täuschen geworden. Nicht ein absichtliches Betrügen, sondern ein Undeutlichwerden der ganzen Prozesse. Und wir müssen erst wiederum dahinterkommen, wie sich die volkswirtschaftlichen Prozesse im Innern abspielen“ (Steiner 1979, 124). (Stütze 1, Erklärung)

Der Täuschungsvorgang sei eben durch ein grundlegendes Missverständnis von der Auffassung, Arbeitskraft sei Ware, geprägt:

(2. Ursachenprämisse, wirtschaftlich, 5. Adäquatheitsprämisse)

„Man kann durchschauen, wie die hier vorgebrachten Gedanken *im wirklichen Leben* der Menschheit begründet sind, wenn man den Blick auf die Arbeit lenkt, welche der Mensch für den sozialen Organismus durch seine körperliche Arbeitskraft verrichtet. Innerhalb der kapitalistischen Wirtschaftsform hat sich diese Arbeit dem sozialen Organismus so eingegliedert, daß sie durch den Arbeitgeber wie eine Ware dem Arbeitnehmer abgekauft wird. Ein Tausch wird eingegangen zwischen Geld (als Repräsentant der Waren) und Arbeit. Aber ein solcher Tausch kann sich in Wirklichkeit gar

5.3 Rudolf Steiner und die soziale Dreigliederung

nicht vollziehen. Er *scheint* sich nur zu vollziehen¹²⁹. In Wirklichkeit nimmt der Arbeitgeber von dem Arbeiter Waren entgegen, die nur entstehen können, wenn der Arbeiter seine Arbeitskraft für die Entstehung hingibt. Aus dem Gegenwert dieser Waren erhält der Arbeiter einen Anteil, der Arbeitgeber den andern. Die Produktion der Waren erfolgt durch das Zusammenwirken des Arbeitgebers und Arbeitnehmers. Das Produkt des gemeinsamen Wirkens geht erst in den Kreislauf des Wirtschaftslebens über. Zur Herstellung des Produktes ist ein Rechtsverhältnis zwischen Arbeiter und Unternehmer notwendig. Dieses kann aber durch die kapitalistische Wirtschaftsart in ein solches verwandelt werden, welches durch die wirtschaftliche Übermacht des Arbeitgebers über den Arbeiter bedingt ist. Im gesunden sozialen Organismus muß zutage treten, daß die Arbeit nicht bezahlt werden kann“ (Steiner 1976, 77f, Hervorheb. im Original). (Stütze 2, Verweis auf Wirklichkeit)

Geld-Eigendynamik-Argument

Inbezug auf die mit Lehman Brothers bewusst gewordene weltweite Finanzkrise im Jahre 2008 scheinen die Ausführungen Steiners aktueller denn je zu sein. Durch die Geldzirkulation sei das persönliche Subjekt verschwunden:

(2. Ursachenprämisse, wirtschaftlich)

„Mit der Entwicklung des Bankwesens entwickelt sich immer mehr und mehr die Beleihung als dasjenige, was, ich möchte sagen, nun als ein erster Faktor eintritt in den volkswirtschaftlichen Prozeß. Aber dabei hat sich zu gleicher Zeit etwas ganz Besonderes gezeigt, gerade beim Beleihen, nämlich das, daß nun durch das Beleihen im großen Stil unter der Ausbreitung des Bankenwesens dem Menschen die Herrschaft über die Geldzirkulation eigentlich entzogen worden ist, daß nach und nach der Zirkulationsprozeß des Geldes ein solcher geworden ist, der sich – ja, ich finde keinen andern Ausdruck –, der sich unpersönlich abspielt; so daß [...] tatsächlich die Zeit heraufgezogen ist, wo das Geld nun selber wirtschaftet, und der Mensch bald droben, bald drunten ist, je nachdem er in diesen ganzen Strom der Geldwirtschaft hineingezogen wird. Er wird es nämlich viel mehr, als er es eigentlich denkt; denn es hat sich die Geldzirkulation gerade im Laufe der letzten Jahrzehnte des 19. Jahrhunderts verobjektiviert, ist unpersönlich geworden. [...] So haben wir durchaus volkswirtschaftliche Impulse in dem Leihsystem schon drinnen gehabt bis in das erste Drittel des 19. Jahrhunderts. Da fangen diese volkswirtschaftlichen Impulse an, rein finanzwirtschaftliche Impulse zu werden durch das Bankwesen. Damit wird das Ganze nicht nur unpersönlich, sondern sogar unnatürlich; es wird alles in die sich selbst bewegende Geldströmung hineingezogen. Geldwirtschaft ohne natürliches und persönliches Subjekt, das ist dasjenige, wo hintendiert hat gegen das Ende des 19. Jahrhunderts das, was ursprünglich durchaus vom persönlichen und vom natürlichen Subjekt getragen war“

¹²⁹ In einer Fußnote ergänzt Steiner hier: „Es ist durchaus möglich, daß im Leben Vorgänge nicht nur in einem falschen Sinne erklärt werden, sondern daß sie sich in einem falschen Sinne vollziehen. Geld und Arbeit *sind* keine austauschbaren Werte, sondern nur Geld und Arbeitserzeugnis. Gebe ich daher Geld für Arbeit, so tue ich etwas Falsches. Ich schaffe einen Scheinvorgang. Denn in Wirklichkeit *kann* ich nur Geld für Arbeitserzeugnis geben“ (Steiner 1976, 77, Hervorheb. im Original).

(Steiner 1979, 137f). (Stütze 2, Verweis auf Geschichte)

Globalisierung-Argument

Auch in Bezug auf die globalisierte Weltwirtschaft formuliert Steiner aktuelle Gedanken:

(5. Adäquatheitsprämisse)

„Wir brauchen heute eine Volkswirtschaftslehre, die aus der unmittelbaren Gegenwart heraus redet, und die auch einsieht, daß alle diejenigen volkswirtschaftlichen Kategorien, die man etwa vor einem Jahrhundert gebildet hat, heute nicht mehr gelten können. Wir brauchen heute wirklich eine Wirtschaftswissenschaft – müssen wir jetzt sagen –, die weltwirtschaftlich denken kann. Und hier sehen Sie eines unserer allergrößten historischen Probleme“ (Steiner 1979, 162). (Stütze 4, Gebot)

Die Erde als geschlossener Organismus sei in ihren Ressourcen begrenzt:

„In der Weltwirtschaft gibt es keine Korrektur, weil man vom Mond keine Artikel einführen kann. Sonst würde die Weltwirtschaft auch nur eine Volkswirtschaft sein, wenn man vom Mond oder der Venus und so weiter importieren und dahin exportieren könnte; aber darinnen besteht gerade die große Frage, was da wird aus der Volkswirtschaftslehre dadurch, daß die Erde eben ein geschlossenes Wirtschaftsgebiet wird. Nun, nehmen Sie einmal an, Sie nehmen es in die Hand, das Geld alt werden zu lassen“ (Steiner 1979, 179). (Stütze 1, Verweis auf Bekanntes/Wissen)

Mit dem „Altwerden“ des Geldes erfolgt eine Überleitung zu folgendem Argument, dem Äquivalenz-Argument.

Äquivalenz-Argument

(5. Adäquatheitsprämisse)

„Just dasjenige, was Geld ist, das ist etwas, was merkwürdigerweise im volkswirtschaftlichen Leben, trotzdem es ganz in Äquivalenz steht mit den anderen volkswirtschaftlichen Elementen, sich nicht abnutzt. Radikal können Sie sich das dadurch vorstellen, daß Sie sich zum Beispiel denken: Ich habe für, sagen wir, fünfhundert Franken Kartoffeln. Wenn ich für diese fünfhundert Franken Kartoffeln habe, so muß ich dafür sorgen, daß ich sie losbringe, das heißt ich muß etwas tun, damit ich sie losbringe. Und nach einiger Zeit sind sie eben nicht mehr da, sind sie verbraucht, sind sie weg. Wenn das Geld in Äquivalenz steht mit den Gütern, mit den bearbeiteten Gütern, so müßte es sich abnutzen. Das Geld müßte, genauso wie die anderen Güter, sich abnutzen. Das heißt, wenn wir nicht abnutzbares Geld im volkswirtschaftlichen Körper drinnen haben, dann verschaffen wir unter Umständen dem Geld einen Vorteil gegenüber den abnutzbaren Gütern“ (Steiner 1979, 164). (Stützen 3. u 4., Exempel u Gebot)

Dass man einsehen müsse, dass auch Geld mit der Zeit (ähnlich verderbbarer Waren) an Wert verlieren muss, wenn es nicht zurück in den volkswirtschaftlichen Zirkulationsprozess gebracht wird, erinnert an

5.3 Rudolf Steiner und die soziale Dreigliederung

heute mittlerweile weltweit erfolgreich praktizierte Modelle von tausenden von Komplementärwährungen wie z. B. den Chiemgauer und den Bethel-Euro in Deutschland oder den Saber in Brasilien.¹³⁰

„Wenn wir nun das Geld verwenden als ein Äquivalent im reinen Tausch, dann haben wir allerdings in dem Gelde gegenüber den verderblichen Gegenständen einen unreellen Konkurrenten, einen richtigen unreellen Konkurrenten, weil das Geld eben unter gewöhnlichen Verhältnissen nicht zu verderben scheint – ich sage das ausdrücklich: nicht zu verderben scheint. [...] Wenn nun irgendein Artikel durch irgendwelche Umstände in einer bestimmten Zeit teurer geworden ist oder billiger geworden ist, das der Artikel in sich selber durch seine Qualitäten im Menschenleben denselben Wert behalten muß – er muß ihn durch die Konstellation behalten, indem er zur rechten Zeit verbraucht werden muß und Neues auftreten muß –, das Geld das aber nicht tut, so ist das Geld als solches, rein als Tauschmittel, dadurch ein unreeller Konkurrent, weil es nicht in irgendeiner Weise zur Erscheinung bringt, daß es eigentlich auch Veränderungen unterliegt. (Steiner 1979, 174f). (Stütze 4, Interpretation/Gebot)

Wenn Geld äquivalent wie Waren im Wirtschaftsprozess gehandelt wird, so sei es eben auch notwendig, dass es mit der Zeit an Wert verliere und vor allem im Umlauf bleibe.

(5. Adäquatheitsprämisse)

„Das Geld wird im gesunden sozialen Organismus wirklich nur Wertmesser sein; denn hinter jedem Geldstück oder Geldschein steht die Warenleistung, auf welche hin der Geldbesitzer allein zu dem Gelde gekommen sein kann. Es werden sich aus der Natur der Verhältnisse heraus Einrichtungen notwendig machen, welche dem Gelde für den Inhaber seinen Wert benehmen, wenn es die eben gekennzeichnete Bedeutung verloren hat. Auf solche Einrichtungen ist schon hingewiesen worden. Geldbesitz geht nach einer bestimmten Zeit in geeigneter Form an die Allgemeinheit über. Und damit Geld, das nicht in Produktionsbetrieben arbeitet, nicht mit Umgehung der Maßnahmen der Wirtschaftsorganisation von Inhabern zurückbehalten werde, kann Umprägung oder Neudruck von Zeit zu Zeit stattfinden. Aus solchen Verhältnissen heraus wird sich allerdings auch ergeben, daß der Zinsbezug von einem Kapitale im Laufe der Jahre sich immer verringere. Das Geld wird sich abnützen, wie sich Waren abnützen“ (Steiner 1976, 131ff). (Stütze 2, Kode/Berufung auf Natur)

Sozial-Grundgesetz-Argument

Mit diesem Grundgesetz unterstreicht Steiner, dass die von „mir“ geleistete Arbeit immer nur als Arbeit für „andere“ bzw. die Arbeit „anderer“ immer nur als Leistung für „mich“ gedacht werden könne:

„Dieses Gesetz besteht darin, daß niemand, insofern er dem sozialen Körper, dem

¹³⁰ Für nähere Informationen zum Thema Komplementär-Währungen sei an dieser Stelle u.a. auf Margit Kennedy verwiesen, die als gelernte Architektin sich intensiv als „Geld-Architektin“ für Komplementär-Währungen einsetzt: siehe <http://www.margritkennedy.de>, vgl. auch <http://www.chiemgauer.info>, Stand jeweils 18.02.2012.

sozialen Organismus angehört, für sich selber in Wirklichkeit arbeitet. Wohlgeremt, insoferne der Mensch dem sozialen Organismus angehört, arbeitet er nicht für sich selbst. Jegliche Arbeit, die der Mensch leistet, kann niemals auf ihn zurückfallen, auch nicht in ihrem wirklichen Erträgnis, sondern sie kann nur für die anderen Menschen geleistet sein. Und das, was die anderen Menschen leisten, das muß uns selbst zugute kommen. Es ist nicht bloß ein ethisch zu fordernder Altruismus, der in diesen Dingen lebt, sondern es ist einfach ein soziales Gesetz. Wir können gar nicht anders, ebensowenig wie wir unser Blut anders leiten können, als in der Zirkulation der menschlichen Betätigung so wirken, daß unsere Tätigkeit allen anderen, und aller anderer Tätigkeit uns zugute kommt, daß niemals unsere eigene Tätigkeit auf uns selbst zurückfällt.

So paradox es klingt, wenn Sie untersuchen, welchen wirklichen Zirkulationsprozeß menschliche Arbeit im sozialen Organismus macht, Sie werden finden: sie geht aus dem Menschen heraus, sie kommt den anderen zugute, und das, was die einen von der Arbeitskraft haben, das ist das Ergebnis der Arbeitskraft anderer. Wie gesagt, so paradox es klingt, wahr ist es“ (Steiner 1977, 89). (Stütze 2, Gesetz/Wirklichkeit/Wahrheit)

Selbst, wenn ich mir einen Anzug selber machte, so Steiner, würde ich nicht für mich arbeiten, sondern mich nur in die Lage versetzen, „weiter für andere zu arbeiten“ (vgl. ebd. 90).

„Man spricht viel von der modernen Arbeitsteilung, von deren Wirkung als Zeiterparnis, Warenavollkommenheit, Warenaustausch und so weiter; aber man berücksichtigt wenig, wie sie das Verhältnis des einzelnen Menschen zu seiner *Arbeitsleistung* beeinflusst. Wer in einem auf Arbeitsteilung eingestellten sozialen Organismus arbeitet, der *erwirbt* eigentlich niemals sein Einkommen selbst, sondern er erwirbt es durch die Arbeit *aller* am sozialen Organismus Beteiligten. Ein Schneider, der sich zum Eigengebrauch einen Rock macht, setzt diesen Rock zu sich nicht in dasselbe Verhältnis wie ein Mensch, der in primitiven Zuständen noch alles zu seinem Lebensunterhalte Notwendige selbst zu besorgen hat. Er macht sich den Rock, um für andere Kleider machen zu können; und der *Wert* des Rockes für ihn hängt *ganz* von den Leistungen der andern ab. Der Rock ist eigentlich Produktionsmittel. Mancher wird sagen, das sei eine Begriffsspalterei. Sobald er auf die *Wertbildung* der Waren im Wirtschaftskreislauf sieht, wird er diese Meinung nicht mehr haben können. Dann wird er sehen, daß man in einem Wirtschaftsorganismus, der auf Arbeitsteilung beruht, gar nicht für sich arbeiten kann. Man kann nur für andere arbeiten, und andere für sich arbeiten lassen. Man kann ebensowenig für sich arbeiten, wie man sich selbst aufessen kann“ (Steiner 1976, 133f, Hervorheb. im Original). (Stütze 1, Wissen/Erklärung)

Die gemeinläufige Einbildung, man erwirtschafte sein Einkommen selbst, wäre mit Steiner demnach als Täuschung zu interpretieren.

Umdenken-Argument

Aus den vorangegangenen Argumenten ist zu entnehmen, dass Steiner für ein allgemeines Umdenken plädiert, für das er mit seinen geisteswissenschaftlichen Untersuchungen eintritt.

„Lange Zeit hat gepocht an das Tor der wichtigsten menschlichen Erwägungen und Entschlüsse die soziale Frage. Jetzt ist sie eingedrungen in das Haus der Menschheit. Sie kann nicht wieder hinausgeworfen werden, denn sie ist in gewisser Beziehung der Menschheitsentwicklung gegenüber eine Zauberin. Sie wirkt nicht nur auf das Äußere des Menschheitsgefüges, sie wirkt so, daß die Menschen vor der Notwendigkeit stehen, entweder umzudenken oder zu dem schon vorhandenen Unglück ein immer

5.3 Rudolf Steiner und die soziale Dreigliederung

vermehrteres Unglück zu fügen“ (Steiner 1977, 102f). (Stütze 4, Metapher)

Die soziale Dreigliederung ist also für Steiner eine Notwendigkeit, der Prozess dahin müsse aber auch nicht über Nacht umgesetzt werden:

(5. Adäquatheitsprämisse)

„Nur um nicht mißverstanden zu werden, bemerke ich gleichsam noch einmal in Parenthese, daß es sich mir wahrhaftig nicht darum handelt, irgendeinen gewaltigen Umschwung zu befürworten, der sich von heute auf morgen vollziehen soll. Was ich angebe, soll eine Richtlinie, eine gewisse Strömung sein, nach der orientiert werden kann jede einzelne Frage, die im Staate, im geistigen Leben, im wirtschaftlichen Leben dem Menschen entgegentreten kann. Man braucht nicht etwa gleich zu glauben, wie manche Leute, denen ich diese Dinge auseinandersetze, man müsse gleich das, was man heute 'Staat' nennt, morgen zu etwas anderem machen. Man braucht nur den Willen zu haben in bezug auf diese Dinge, das christliche 'Ändert den Sinn' zu verwirklichen, das heißt, die Einzelheiten, die Einzelmaßnahmen, vor die man gestellt ist, wenn man bei ihnen eingreifen soll, mit Bezug auf ihre Gestaltung nach einer gewissen Richtung hin zu orientieren“ (Steiner 1977, 60, Hervorheb. im Original). (Stütze 4, Gebot/Vernunft)

Es geht Steiner darum, die Notwendigkeit der Veränderung erst einmal einsehen und denken zu können:

„Da werden manche sagen: Nun, da kommt so ein Geisteswissenschaftler und will in der eminent praktischen Frage, in der welthistorisch wichtigen Frage, in der sozialen Frage mitreden. – gerade nicht um irgend etwas Besonderes für mich oder für die Vertreter jener Richtung, die ich hier geltend mache, zu sprechen, sondern mit Bezug auf solche Leute, die derlei Dinge für unpraktisch, für aussichtslos finden, weil sie die Aussichten nicht überblicken, die Perspektiven nicht ins Auge fassen können, für diese Leute, nicht für mich, [...]. Auf mehr als den richtigen Blick dafür entwickelt zu haben, was zur Selbststeuerung des sozialen Organismus, zu dem lebendigen Ineinander- und Zusammenwirken der drei Glieder führt – zu einer Selbstbetätigung des geistigen Gliedes, des rechtlich-politischen Gliedes, des wirtschaftlichen Gliedes –, auf mehr erhebt Geisteswissenschaft nicht Anspruch. Aber nun hängt es davon ab, ob die ganz gescheiterten Leute sagen zu dieser Geisteswissenschaft: du dummer Junge, tu deine Aufgabe –, oder ob sie darauf eingehen werden. Das muß man sich oftmals, wenn man in diesen Dingen drinnensteht, in aller Bescheidenheit und ohne Anmaßung sagen. Der Glaube an die Schwarmgeister, die sich für Praktiker halten, möge bald der Erkenntnis weichen, daß die wahren Lebenspraktiker die verschrienen Idealisten sind, die aber auf die Lebenswirklichkeit eingehen können, daß sie es sind, die die wahren Entwicklungsbedingungen der Menschheit erforschen müssen, und daß nur durch die Erkenntnis und Auswirkung der wahren Entwicklungsbedingungen und Entwicklungskräfte der modernen Menschheit der Weg gefunden werden kann, der zu jener Lösung der sozialen Frage führen kann [...], die eben überhaupt im wirklichen Leben möglich ist. Nicht auf dem Wege der Anmaßung der heute noch vielfach als Praktiker geltenden Menschen wird das Rechte liegen, sondern wahrscheinlich werden sich als die wahren Lebenspraktiker die verschrienen Idealisten, die aber auf die Lebenswirklichkeit wirklich eingehen können, erweisen müssen“ (Steiner 1977, 72ff). (Stütze 1, Erkenntnis)

Steiner versteht sich als Idealist, als Vermittler einer Idee, deren Zeit vielleicht noch nicht gekommen sei, aber zukünftig eine immer größere Rolle spiele:

„So weit ist man heute noch entfernt von dem, was ich hier eigentlich meine und was

notwendig verstanden werden muß, wenn die soziale Frage auf eine heilsame Grundlage gestellt werden soll, daß manche Leute mir erwidert haben, wenn ich ihnen das auseinandergesetzt habe: Ja, das ist ja nur in einem modernen Sinne eine Wiedernerneuerung der alten platonischen Idee von der Dreiteilung des sozialen Körpers in die drei Stände: Nährstand, Wehrstand, Lehrstand. – Nein, das ist keine Erneuerung dieser alten platonischen Idee, sondern das ist in gewisser Beziehung das radikale Gegenteil davon, und darauf kommt es an. Denn zwischen dem, was platonisch gedacht werden konnte als etwas Großes in Griechenland und noch für spätere Zeiten, und demjenigen, was heute gedacht werden muß zum Heile und zur Gesundheit des sozialen Organismus, liegt der große, krisenhafte Menschheitseinschnitt um das 15. Jahrhundert. Dazumal, zu platonischen Zeiten, war die Gliederung des sozialen Organismus eine solche, daß man die Menschen nach Ständen einteilte. Die Gliederung, von der ich hier sprach, die gliedert nicht die Menschen, die gliedert den sozialen Organismus; die gliedert diesen sozialen Organismus so, daß unter Umständen ein Mensch in allen drei Gliedern drinnen sein kann, das entsprechende tun kann, aber dadurch, daß der soziale Organismus gegliedert ist, ist er nicht in der Lage, irgendwie schädlich von dem einen Gliede in das andere hineinzuwirken, nicht einmal dann, wenn, wie es in modernen Parlamenten vielfach geschehen ist, derselbe Mensch meinetwillen als Landwirt zugleich in einer staatlichen Partei drinnensteht“ (Steiner 1977, 94f). (Stützen 2 u. 4, Notwendigkeit u Appell an Vernunft/Gebot)

Die Frage der Gestaltung des sozialen Miteinanders sei noch gar nicht so alt und könne eben nur durch den Willen der Menschen in die richtige Richtung gebracht werden:

„Die soziale Frage ist nicht so da im modernen Leben, wie sie jetzt entstanden ist und vielleicht gelöst werden kann, und dann eben gelöst ist. Nein, die soziale Frage ist als etwas da, was in das moderne Leben eingetreten ist und nicht mehr aus diesem Leben in aller Menschenzukunft herauskommen wird. Eine soziale Frage wird es im Hinblick auf die Zukunft immer mehr geben. Aber diese soziale Frage wird auch nicht auf einmal, nicht durch diese oder jene Maßnahme, sondern durch das fortdauernde Wollen der Menschen gelöst werden, indem immerzu dasjenige, was der Wirtschaftsprozeß vom Menschen verbraucht, reguliert wird durch das Rechtsleben vom rein politischen Standpunkt aus, und immerzu das Verbrauchte wiederum durch die geistige Produktion ausgeglichen werden kann durch den selbständigen geistigen Organismus. Wer gesehen hat, wie sich in den letzten Jahrzehnten die soziale Frage entwickelt hat – es ist ja verhältnismäßig noch nicht so lange her, daß die soziale Frage sich zu ihrer gegenwärtigen Gestaltung vorbereitet hat -,wer aufmerksam und mit innigem Anteil beobachtet hat, wie sich diese soziale Frage aus ihren Anfängen heraus entwickelt hat, der kann gerade mit Bezug auf soziales Wollen und seinen richtunggebenden Impuls für die zukünftige Gestaltung des Menschenlebens zu Gedanken kommen, die man vielleicht durch das Folgende charakterisieren kann.

Die soziale Frage sahen viele Menschen, auch viele recht aufgeklärte Menschen vor Jahrzehnten noch überhaupt nicht als etwas Existierendes an“ (ebd. 124f). (Stütze 1, Erkenntnis/Wissen)

Menschenwürde-Argument

Auch die Frage der Menschenwürde als Teil der sozialen Frage wird von Steiner aufgegriffen:

„Gegenwärtig vermeint der Proletarier eine Grundkraft seiner Seele zu treffen, wenn er von seinem *Klassenbewußtsein* redet. Doch die Wahrheit ist, daß er seit seiner Einspannung in die kapitalistische Wirtschaftsordnung nach einem Geistesleben sucht,

5.3 Rudolf Steiner und die soziale Dreigliederung

das seine Seele tragen kann, das ihm das *Bewußtsein seiner Menschenwürde gibt*; und daß ihm das als ideologisch empfundene Geistesleben dieses Bewußtsein nicht entwickeln kann. Er hat nach *diesem* Bewußtsein gesucht, und er hat, was er nicht finden konnte, durch das aus dem Wirtschaftsleben geborene *Klassenbewußtsein* ersetzt“ (Steiner 1976, 50f, Hervorheb. im Original). „Und aus der Bildung des Proletariats entwickelte sich etwas, was sich jetzt in so schreckhaften, aber für den, der die Geschichte versteht, nur allzu notwendigen Tatsachen zum Ausdruck bringt: Das entwickelte sich, daß vor allen Dingen eine ganz große Anzahl von Menschen, die eben die Unterlage bilden mußten für diese moderne Zivilisation, nunmehr nachdenken konnten über ihre Lage, daß sie sich nicht mehr instinktiv hinzugeben brauchten, daß sie die Frage in intensivster Art stellen konnten: Haben wir ein menschenwürdiges Dasein? Wie können wir zu einem menschenwürdigen Dasein kommen“ (Steiner 1977, 138f). (Stütze 2, Wahrheit/Tatsache)

Auf ein „Wachstumsbeschleunigungsgesetz“ hätte Steiner vermutlich äußerst kritisch reagiert:

(5. Adäquatheitsprämisse)

„Es ist leicht einzusehen, daß durch eine solche Führung des sozialen Organismus der wirtschaftliche Wohlstand sinken und steigen wird je nach dem Maß von Arbeit, das aus dem Rechtsbewußtsein heraus aufgewendet wird. Allein eine solche Abhängigkeit des volkswirtschaftlichen Wohlstandes ist im gesunden sozialen Organismus notwendig. Sie allein kann verhindern, daß der Mensch durch das Wirtschaftsleben so verbraucht werde, daß er sein Dasein nicht mehr als menschenwürdig empfinden kann. Und auf dem Vorhandensein der Empfindung eines menschenunwürdigen Daseins beruhen in Wahrheit alle Erschütterungen im sozialen Organismus“ (Steiner 1976, 79). (Stütze 2, Notwendigkeit/Wahrheit)

Zu einem Bewusstsein und Nachsinnen über die Menschenwürde sei der Mensch durch die (entfremdete) Arbeitstätigkeit in einer kapitalistischen Wirtschaftsordnung aufgerufen (vgl. Steiner 1977, 14).

Kapitalismus-Argument

Steiner ist prinzipiell nicht gegen kapitalistische Elemente im Wirtschaftsleben eingestellt, seine Kritik erfolgt immer vor dem Hintergrund der für ihn notwendigen sozialen Dreigliederung. Die Würde und Individualität des Menschen müsse gewahrt werden:

„Als der Mensch an die Maschine gestellt worden war, als er in das durchaus unpersönliche Getriebe des modernen Kapitalismus hineingestellt wurde, wo nicht mehr klar durchsichtig für die verfertigte Menschenleistung das Entgelt auftritt, sondern wo die Vermehrung des Kapitals durch das Kapital das Wesentliche ist, also der Mensch hineingestellt worden ist auf der einen Seite in das Maschinengetriebe, auf der anderen Seite in den modernen Kapitalismus und seine Wirtschaftsordnung, da war er herausgerissen aus denjenigen Welt- und Lebenszusammenhängen, die ihm etwas gaben für sein Persönliches, für seine persönliche Freude, für seine persönliche Ehre, für seine persönlichen Willensimpulse. Er war gewissermaßen auf die Spitze seiner Persönlichkeit gestellt neben der Maschine, innerhalb der rein objektiven, unpersönlichen Zirkulation von Ware und Kapital, die ihn menschlich-persönlich im Grunde nichts anging. Aber die menschliche Seele will immer in einer gewissen Weise voll wirken, will immer ihren ganzen Umfang eigentlich entfalten. Und so wurde der Arbeiter, der entrisen wurde aus den charakterisierten anderen Lebenszusammenhängen, der hineinge-

5 Textanalyse und Interpretation von Grundeinkommenspädagogiken

stellt wurde in einen Zusammenhang, der losgerissen ist von der volllebendigen Menschlichkeit, darauf hingewiesen, über seine Menschenwürde nachzusinnen, seine Menschenwürde nachzuempfinden“ (Steiner 1977, 14). (Stütze 1, Erklärung/Wissen)

Um die schädlichen Konsequenzen des kapitalistischen Wirtschaftssystems zu durchschauen bedürfe es deshalb eines fundierten Urteilsvermögens und eines neuen Bewusstseins:

„Der weltgeschichtliche Augenblick, der ist erst eingetreten, indem das Proletariat beginnt, für die weltgeschichtlichen Ereignisse eine Verantwortung zu tragen. Bis in die furchtbare und in vieler Beziehung auch irrsinnige Katastrophe des sogenannten Weltkriegs hinein ist dasjenige verantwortlich, was aus dem Kapitalismus, aus der kapitalistischen Wirtschaftsordnung im Laufe der neueren Zeit und insbesondere der neuesten Zeit sich ergeben hat“ (Steiner 1977, 142). „Spricht man heute von Kapital und Kapitalismus, so weist man auf das hin, worin die proletarische Menschheit die Ursachen ihrer Bedrückung sucht. Zu einem fruchtbaren Urteil über die Art, wie das Kapital fördernd oder hemmend in den Kreisläufen des sozialen Organismus wirkt, kann man aber nur kommen, wenn man durchschaut, wie die individuellen Fähigkeiten der Menschen, wie die Rechtsbildung und wie die Kräfte des Wirtschaftslebens das Kapital erzeugen und verbrauchen“ (Steiner 1976, 91). (Stütze 4, Reflexion/Einsicht)

Ohne ein freies Geistesleben seien diese Probleme allerdings unlösbar:

(5. Adäquatheitsprämisse)

„Eine der Grundfragen, die aus der zeitgenössischen Kritik heraus auftreten, ist die, in welcher Art die Bedrückung aufhören kann, welche die proletarische Menschheit durch den privaten Kapitalismus erfahren hat. Der Besitzer oder Verwalter des Kapitals ist in der Lage, die körperliche Arbeit anderer Menschen in den Dienst dessen zu stellen, das er herzustellen unternimmt. Man muß in dem sozialen Verhältnis, das in dem Zusammenwirken von Kapital und menschlicher Arbeitskraft entsteht, drei Glieder unterscheiden: die Unternehmertätigkeit, die auf der Grundlage der individuellen Fähigkeiten einer Person oder einer Gruppe von Personen beruhen muß; das Verhältnis des Unternehmers zum Arbeiter, das ein Rechtsverhältnis sein muß; das Hervorbringen einer Sache, die im Kreislauf des Wirtschaftslebens einen Warenwert erhält. Die Unternehmertätigkeit kann in gesunder Art nur dann in den sozialen Organismus eingreifen, wenn in dessen Leben Kräfte wirken, welche die individuellen Fähigkeiten der Menschen in der möglichst besten Art in die Erscheinung treten lassen. Das kann nur geschehen, wenn ein Gebiet des sozialen Organismus vorhanden ist, das dem Fähigen die freie Initiative gibt, von seinen Fähigkeiten Gebrauch zu machen, und das die Beurteilung des Wertes dieser Fähigkeiten durch freies Verständnis für dieselben bei andern Menschen ermöglicht. Man sieht: die soziale Betätigung eines Menschen durch Kapital gehört in dasjenige Gebiet des sozialen Organismus, in welchem das Geistesleben Gesetzgebung und Verwaltung besorgt“ (Steiner 1976, 94f). (Stütze 2, Normvorgabe/Gesetz)

Proletarier-Bewusstsein-Argument

Durch die von Marx beeinflusste Proletarier-Bewegung entfalte sich allmählich das notwendige neue Bewusstsein:

„Und so verbirgt sich hinter dem, was man proletarisches Klassenbewußtsein nennt, in der modernen geschichtlichen Entwicklung in Wahrheit ein Heraufdämmern, ein Heraufglänzen eines vollen, aus dem Menschenwesen, aus der menschlichen Seele selbst geschöpften Menschenbewußtseins. Hinlenkung des Bewußtseins auf die Frage:

5.3 Rudolf Steiner und die soziale Dreigliederung

Was bin ich als Mensch? - auf die Frage: Was bedeute ich als Mensch in der Welt? - das zu empfinden hatte derjenige Gelegenheit, der als Proletarier hingestellt war neben die den Menschen verleugnende Maschine, neben das den Menschen verleugnende Kapital“ (Steiner 1977, 14f). „Es ist ein einzigartiges Beispiel in der Geistesgeschichte der Menschheit mit noch nicht dekadenter, mit unverbrauchter Intellektualität, mit so vollem Herzen, mit so offener Seele und so, wie wenn die darin wirksamen Kräfte die eigenen Lebenskräfte wären, eine wissenschaftliche Theorie aufgenommen hat, wie das von seiten des modernen Proletariats mit der marxistischen Lehre geschehen ist“ (Steiner 1977, 50). (Stütze 4, Reflexion/Sinn)

Steiner beurteilt Marx und dessen Forderungen durchaus kritisch, aber die Wirkung dessen Lehre habe nunmal das Bewusstsein im Proletariat entfacht:

„Dadurch hat ja *Karl Marx* in Millionen und aber Millionen von Proletariern so zündend gewirkt, daß die Leute glaubten, er habe zuerst mit klaren Worten auf dasjenige hingewiesen, was als ein Menschenunwürdiges lebt für den modernen Proletarier in seiner ganzen Stellung; er, Karl Marx, habe zuerst hingewiesen darauf, daß für den Proletarier seine Arbeitskraft Ware ist, wie andere Waren zirkulieren auf dem Warenmarkt und unter dem Gesetz von Angebot und Nachfrage stehen.

Karl Marx hat in vielfach irrtümlicher Weise auf die zugrunde liegenden Tatsachen hingewiesen. Allein, daß er überhaupt auf diesen innersten Nerv der modernen sozialen Frage hingewiesen hat, das wird ihm von dem Gefühle der proletarischen Seele zum besonderen Verdienste angerechnet“ (Steiner 1977, 66, Hervorheb. im Original). „Das wirtschaftliche Glied des sozialen Organismus hat auch, wenn man es genauer betrachtet, die Tendenz in sich, den Menschen zu verbrauchen, und würde das wirtschaftliche Glied des sozialen Organismus nur seinen eigenen Gesetzen folgen, so würde eben innerhalb dieses Gliedes die menschliche Arbeitskraft verbraucht werden. Indem die bürgerlich leitenden Kreise dieses nicht beachteten, haben sie gerade dazu beigetragen, daß innerhalb des Wirtschaftslebens und der Stellung des Proletariats im Wirtschaftsleben sich der Nerv der modernen sozialen Frage herausgebildet hat, der sein Leben darin zeigt, daß gerade der moderne Proletarier es ganz besonders für sich in Anspruch nimmt, seine Arbeitskraft des Charakters der Ware zu entkleiden. Wie sich auch sonst manches in der sozialen Frage maskiert und vieles davon im Unterbewußten des modernen Proletariats lebt, das ist ein wesentlicher Faktor, daß die proletarische Seele nach der Befreiung der menschlichen Arbeitskraft von dem Charakter der Ware hinstrebt“ (ebd., 84). (Stütze 3, Praxis/Erfahrung)

Der Bewusstseinsprozess sei in Gang gekommen und werfe Fragen der Menschenwürde mit auf, dahinter sei nun nicht mehr zurückzukehren:

„Das ist es, was zutiefst eingeschlagen hat in das Gemüt des modernen Proletariats, daß ihm durch den Marxismus und seine Nachfolger klargemacht werden konnte: Es gibt immer einen Arbeitsmarkt, wie es einen Warenmarkt gibt. Und wie auf dem Warenmarkt Waren angeboten werden und nach ihnen Nachfrage ist, so bringst du deine Arbeitskraft – das einzige, was du besitzt – auf den Arbeitsmarkt, und sie gilt nur als Ware. Sie wird gekauft wie Ware; sie steht in dem modernen Wirtschaftsprozeß wie eine Ware drinnen.

Damit kommen wir auf die wahre Gestalt der zweiten modernen sozialen Forderung. Dies drückt sich darinnen aus, daß aus einem gewissen Unterbewußtsein seiner Menschenwürde heraus der moderne Proletarier es unerträglich fand, daß seine Arbeitskraft als Ware auf dem Warenmarkt gekauft und verkauft wird.

Gewiß, die Theorie der sozialistischen Denker sagt: So ist es gekommen durch die objektiven Gesetze des Wirtschaftslebens selbst; die haben die Arbeitskraft auf den Markt hingestellt eben wie andere Waren. Das ist im Bewußtsein, vielleicht im Be-

wußtsein des Proletariers selbst. Aber im Unterbewußtsein waltet etwas ganz anderes. Im Unterbewußtsein waltet eine Fortsetzung der alten Sklaverei, der alten Leibeigenschaftsfrage. Da sieht man in diesem Unterbewußtsein nur, daß während der Sklavenzeit der ganze Mensch als Ware auf dem Arbeitsmarkt war und als Ware gekauft und verkauft werden konnte, daß dann etwas weniger von dem Menschen in der Leibeigenschaft es war, und daß jetzt noch geblieben ist die Arbeitskraft des Arbeiters. Damit gibt er sich aber auch ganz an den Wirtschaftsprozeß hin. Das empfindet er als unmöglich, als unwürdig“ (Steiner 1977, 117). (Stütze 4, Reflexion/Sinn/Gebot)

Umschwung-Argument

Steiner wäre im Folgenden nach der erfolgten Typisierung von Veränderungsprozessen im 2. Kapitel vor dem Hintergrund der Typen der Katastrophe und Krise zu betrachten. In Bezug zu den Ausführungen von Kuhn spricht er indirekt Paradigmenwechsel bereits an:

„Ich habe in einem der Vorträge darauf hingewiesen, daß man nicht auskommt, wenn man zum Verständnis einer solchen Sache einfach in der Weise, wie man das gewohnt worden ist, das geschichtliche Leben geradlinig nach dem Verlaufe von Ursache und Wirkung betrachtet, so daß man immer mit Bezug auf das Folgende auf das Vorhergehende hinweist. Ich habe versucht, darauf aufmerksam zu machen, daß dieses geschichtliche Leben der Menschheit in seinem Wesen oder Grund mit Bezug auf gewisse Krisen des Verlaufs, besser gesagt, auf das Vorhandensein von Krisen des Verlaufs, ähnlich ist dem Leben des einzelnen Menschen. Im Leben des einzelnen Menschen gibt es auch nicht eine geradlinige Fortentwicklung, so daß immer das Folgende ohne einen Sprung die Wirkung des Vorhergehenden ist. Man muß, um den bequemen, oft mißverstandenen Gedanken, die Natur mache keine Sprünge, in der entsprechenden Weise in seine Grenzen zurückzuweisen, immer wieder und wiederum darauf aufmerksam machen, wie in dem geradlinigen Fortschreiten des individuellen Lebens Krisen eintreten, wie die Krise des sechsten, siebenten Jahres mit dem Zahnwechsel auftritt, wie die Krisis eintritt, die aus den elementaren Untergründen des Organischen wie heraufzuquellen scheint in dem Geschlechtsleben. Und wer kundig ist des Verlaufes des menschlichen Lebens, dem zeigen sich solche krisenhaften Umschwünge auch in den späteren Lebensaltern, wenn sie auch für eine oberflächliche Betrachtung nicht in einer so entschiedenen Weise wie die zwei ersten auftreten.

Solche krisenhaften Umschwünge zu beobachten im geschichtlichen Leben der Menschheit ist notwendig, um dieses geschichtliche Leben wirklich zu verstehen. So sehr auch die heutige Menschheit noch abgeneigt ist, auf solche Dinge hinzuschauen und hinzuhorchen, so notwendig ist es gerade in der Gegenwart, in der soziales Verständnis des Lebens gefordert wird, auf solche Dinge radikal stark hinzuweisen. Einen der letzten großen Umschwünge – so habe ich in den vorhergehenden Vorträgen ausgeführt – im Entwicklungsgange der Menschheit haben wir zu verzeichnen etwa um die Wende des 15., 16. Jahrhunderts. Und nur weil man nicht tiefgehend genug den geschichtlichen Hergang der Dinge beobachtet, weiß man nicht, wie radikal verschieden namentlich alles das, was in der menschlichen Seele vorgeht, was in der menschlichen Seele als Forderung, was als Sehnsucht nach gewissen Befriedigungen herrscht, wie das sich verändert hat gegenüber dem, was vor diesem Zeitpunkt vorhanden war“ (Steiner 1977, 75f). (Stütze 4, Analogie/Metapher)

Allerdings kann Steiner einen Umschwung nur anvisieren, er ist sich seiner seinerzeitigen bloßen Anwartschaft bewusst:

„Ich glaube allerdings, daß dann, wenn dieser Moment eingetreten sein wird, wenn die ganze, volle Sehnsucht des vielleicht von einer gewissen Seite her einzig modernen

5.3 Rudolf Steiner und die soziale Dreigliederung

Menschen, nämlich des proletarischen Menschen herauskommt – wenn es auch in der modernen Zeit noch nicht zum vollen Ausdruck gekommen ist –, wenn diese Sehnsucht des modernen Proletariats nach einer völligen Ausbildung der wissenschaftlichen Denkweise zur Weltanschauung, mit der Kraft der alten Religionen, wenn das eingetreten sein wird, wenn er nicht mehr, weil er darauf gekommen ist, daß er nicht mehr Ware sein soll, die Konsequenz der bürgerlichen Denkweise ziehen wird, dann wird der Moment eingetreten sein, wo man überhaupt erst wird davon reden können, daß fruchtbares Organisieren des sozialen Wollens da ist“ (Steiner 1977, 131). (Stütze 2, Kode)

Homöostase-Argument

Wie man bei einem bedingungslosen Grundeinkommen nicht alle, auch die negativen Folgen vorhersehen kann, so auch Steiner nicht für seine soziale Dreigliederung. Negativ formuliert, können keine gewissen Aussagen über die Wirkung eines bedingungslosen Grundeinkommens gemacht werden, aber es können Aussagen darüber gemacht werden, was passiert, wenn es keines gibt. Und diese kritisieren immer den Status Quo. Steiner dazu bescheiden:

„Dasjenige, was meiner sozialen Denkweise zugrunde liegt, das unterscheidet sich von vielen anderen sozialen Denkweisen dadurch, daß diese letzteren mehr abstrakt sind. Logisch kann man immer das eine von dem anderen sehr gut ableiten; es folgt manches Logische aus dem anderen. Entscheidend in solchen Fragen kann aber eigentlich nur die Lebenserfahrung sein. Natürlich kann ich nicht logisch beweisen – das kann kein Mensch –, daß nicht in einem solchen zukünftigen Organismus einmal eine Diskrepanz der Interessen eintreten kann; aber anzunehmen ist, daß, wenn die Kräfte sich innerhalb ihres eigenen Kreises, der ihnen angemessen ist, entwickeln können, dann eine humane Entwicklung eintreten wird. Ich meine, wenn Sie das gerade betrachten, was ich vorlegen möchte, die Festsetzung der Arbeitszeit aus dem bloßen Wirtschaftsprozess heraus in den Rechtskreis des Staates, daß dann diese Schäden nicht werden entstehen können im praktischen Gebiete. Das ist es, was ich dazu zu sagen habe“ (Steiner 1977, 128). (Stütze 3, Erfahrung)

Die Unbeweisbarkeit, aber Inkaufnahme von auch zu erwartenden Diskrepanzen in dem von Steiner geforderten Systemumstellungen weisen voraus auf eine „Dialektik der Aufklärung“.

Gesunder-Arbeitsvertrag-Argument

Wie könnte also ein gesundes zukünftiges Arbeitsverhältnis aussehen, wo die Arbeitskraft nicht mehr als Ware empfunden wird. Steiner gibt dazu folgendes Beispiel:

(3. Alternativprämisse, 5. Adäquatheitsprämisse)

„Nur, man muß sich von diesen Impulsen die richtigen Vorstellungen machen. Wie wird zum Beispiel ein Betrieb unter diesen Impulsen eigentlich ausschauen? Wer das Geistesleben in seinem Fundament kennt – weiß das ganz gut –, der wird mir nicht widersprechen, wenn ich die folgende Schilderung gebe von einem Betrieb, der seine Impulse nicht von der wirtschaftlichen Gewalt, sondern von der Gewalt des Geisteslebens erhält: Da wird derjenige durch das freie Verständnis der mit ihm Mitarbeitenden in die Lage versetzt werden, aus einem gewissen Kapitalfonds heraus das-

jenige zu unternehmen, was nun nicht zu seinem Nutzen, sondern wegen des sozialen Verständnisses, das er sich im richtigen Geistesleben angeeignet haben wird, unternommen wird. Dann wird in einem solchen Betriebe gegenüberstehen derjenige, der durch das freie Verständnis seiner Mitarbeiter bis zum letzten Arbeiter herunter, durch das freie Verständnis an seinen Posten gestellt ist, dann wird, weil dann ein Verhältnis des freien Verständnisses eintreten wird zwischen diesem Leiter eines Betriebes und denjenigen, die arbeiten, sich ganz notwendig dasjenige herausbilden, was da macht, daß neben den Arbeitsstunden eingeführt wird innerhalb eines jeden Betriebes und innerhalb der Genossenschaften von Betrieben, die Möglichkeit eines freien Aussprechens über die ganze Art, wie der Wirtschaftsprozeß im sozialen Gesamtorganismus drinnensteht. Dann wird unter dem Einflusse eines solchen Geisteslebens derjenige, der an der Stelle stehen wird, wo heute der kapitalistische Unternehmer steht, sich zu offenbaren haben in bezug auf alles dasjenige, was seine Ware hineinstellt in den gesamten Gesellschaftsprozeß der Menschheit. Dann wird jeder einzelne einsehen, welchen Weg das Produkt nimmt, zu dem er seine Arbeit beisteuert, das Produkt des handwerklichen Arbeiters und desjenigen, der diese handarbeitliche Arbeit durch seine besonderen individuellen Fähigkeiten zu leiten hat. Dann wird allein aber auch dasjenige eintreten können, was dem Arbeiter die Möglichkeit gibt, einen wirklichen Arbeitsvertrag zu schließen. Denn ein wirklicher Arbeitsvertrag kann nicht geschlossen werden, wenn er geschlossen wird auf Grundlage der Voraussetzung, daß Arbeitskraft Ware ist. Ein wahrer Arbeitsvertrag darf gar nicht auf diesen Grundlagen aufgebaut werden; sondern einzig und allein kann ein wirklicher Arbeitsvertrag nur aufgebaut werden auf der Grundlage, daß die Arbeit, die notwendig ist zur Herstellung eines Produktes, auf Grundlage des Rechtes geleistet wird, daß aber mit Bezug auf das Wirtschaftliche das gehörige Zusammenarbeiten zwischen handwerklichem und geistigem Arbeiter entsteht, daß mit Bezug auf das Wirtschaftliche jener Teilungsvorgang zwischen dem handwerklich und geistig Arbeitenden stattfinden muß, der allein aus der freien Einsicht auch des handwerklichen Arbeiters hervorgehen kann, weil dieser handwerklich Arbeitende dann wissen wird aus dem geistigen Zusammenleben mit dem leitenden, in welchem Grade seine Arbeit dadurch, daß die Leitung da ist, zu seinem eigenen Vorteil einfließt in den sozialen Organismus.

Nur in einem solchen Zusammenarbeiten hört die Möglichkeit auf, daß die Unternehmungen, die auf Kapitalgrundlage gebaut werden müssen, auf den Vorteil, auf den egoistischen Vorteil aufgebaut werden. Dann allein, wenn in dieser Weise der soziale Organismus gesundet, dann allein kann das heutige Profitinteresse ersetzt werden durch das rein sachliche Interesse. Und heraufziehen wird in einem größeren Umfange, als das in früheren Zeiten der Fall war, wiederum der Zusammenhang zwischen dem Menschen und seiner Arbeit“ (Steiner 1977, 157f). (Stütze 3, Exempel/Experiment)

5.3 Rudolf Steiner und die soziale Dreigliederung

5.3.1 Klassifikation (Bereichsspezifik) der Argumente bei Steiner

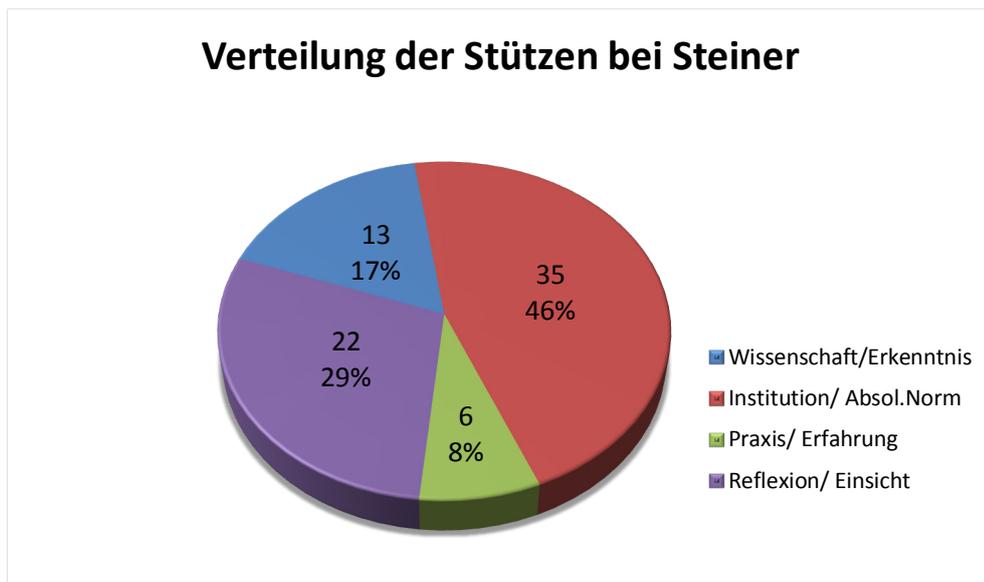
<u>Arbeit</u>		<u>Natur/Nachhaltigkeit</u>	
Arbeitsantrieb-Argument.....	223	Strukturanalogie-Argument.....	216
Arbeitsbewertung-Argument	230	<u>Recht/Gesetz</u>	
Arbeitskraft-Argument.....	214	Sozial-Grundgesetz-Argument	234
Arbeitszwang-Argument	225	<u>Staat/Politik/Macht</u>	
Gesunder-Arbeitsvertrag-		Parteien-Dekonstruktion-	
Argument.....	242	Argument	219
Warencharakter-Argument	211	<u>Wirtschaft/Finanzen/Verteilung</u>	
<u>Erziehung/Bildung/Unterricht</u>		Äquivalenz-Argument.....	233
Schulautonomie-Argument.....	217	Drei-Geld-Argument.....	229
<u>Ethik/Moral</u>		Geld-Eigendynamik-Argument.....	232
Menschenwürde-Argument	237	Globalisierung-Argument	233
<u>Fortschritt/Technik</u>		Konsum-Argument.....	227
-/-		Schenkung-Argument.....	228
<u>Gesellschaft/System</u>		<u>Wissenschaft</u>	
Aufklärung-Argument	220	Freie-Wissenschaft-Argument	226
Dreigliederung-Argument	221	<u>Zeit/Geschichte</u>	
Freies-Geistesleben-Argument....	225	Homöostase-Argument	242
Täuschung-Argument.....	231	Kapitalismus-Argument	238
<u>Gesundheit</u>		Proletarier-Bewusstsein-	
-/-		Argument	239
<u>Individuum/Identität</u>		Umdenken-Argument.....	235
Individualität-Argument.....	223	Umschwung-Argument	241
<u>Kultur/Kunst</u>			
Muße-Argument.....	226		

5.3.2 Zusammenfassung

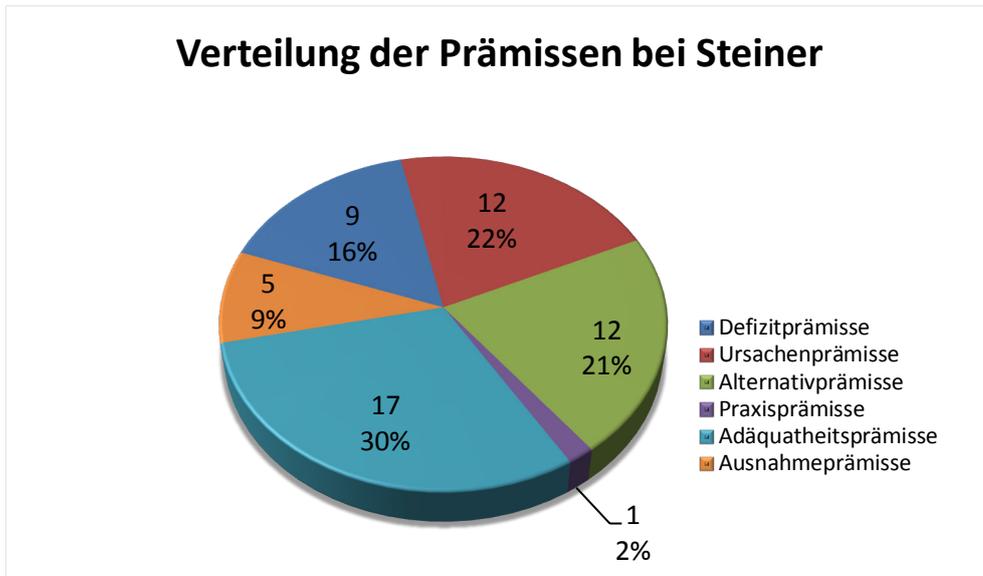
In der in dieser Arbeit erfolgten Analyse von den hier ausgewählten sieben Vermittlern des bedingungslosen Grundeinkommens läßt Steiner (wie auch Marx/Engels) nur einen indirekten Bezug zum Grundeinkommen zu. Die Gedanken Steiners und ihr hier angenommener Einfluss auf die anthroposophische Grundeinkommensbewegung sind also als pro Grundeinkommen interpretiert worden. Eine solche Interpretation wird hier als legitim angesehen, da Steiner indirekt eine Entkoppelung von Arbeit und Einkommen vertritt, die für die Grundeinkommensbewegung mit zu den entscheidendsten Forderungen zählt. Insbesondere die Problematik der Entkleidung der Arbeitskraft von dem Warencharakter, die Steiner intensiv diskutiert, sowie seine Hauptforderung der sozialen Dreigliederung, in der das Geistesleben neben den Gliedern des Wirtschafts- und Rechtslebens als eigenständiges gleichberechtigtes Glied gefordert wird, sprechen für eine solche Interpretation. Da Steiner weit über die Forderung eines bedingungslosen Grundeinkommens hinausreicht wie z. B. mit der Forderung nach „fließendem

Geld“, werden entscheidende Probleme auch der heutigen Wirtschafts-, Finanz- und Schuldenkrise mit angesprochen, die für die Arbeits- und zunehmende Einkommenslosigkeit als Ursachen mit angenommen werden. Wie bereits darauf hingedeutet, ist mit der bloßen Einführung eines Transfermodells des bedingungslosen Grundeinkommens noch nicht unbedingt eine bessere soziale Gesellschaft zu erwarten bzw. die „soziale Frage“ damit noch nicht abschließend beantwortet. Steiners Ausführungen bieten dazu eine ganzheitliche Betrachtungsweise und er liefert deshalb wichtige Argumente für ein bedingungsloses Grundeinkommen, die die erstmalig hier entworfene Argumente-Topik zum bedingungslosen Grundeinkommen, auch wenn sie prinzipiell als un abgeschlossen zu betrachten ist, einer „Vervollständigung“ näher bringt.

Die Analyse Steiners hat bis hierher 29 Argumente herauskristallisieren können. In den einzelnen Argumenten sind 76 Stützungen aufgefunden worden. Steiner stützt sich vorwiegend auf Institution bzw. Absolute Norm (Stütze 2: 35) und Reflexion bzw. Einsicht (Stütze 4: 22), weniger auf Wissenschaft bzw. Erkenntnis (Stütze 1: 13) und Praxis bzw. Erfahrung (Stütze 3: 6).



Den hier analysierten Zitaten liegen insgesamt 56 Prämissen zugrunde. Steiner setzt bei den hier ausgewählten analysierten Texten hauptsächlich Adäquatheit (17), (defizitäre) Ursachen (12), Alternativen (12) sowie Defizite (9) als Prämissen voraus. Die Ausnahme-/Bedingungsprämisse (5) sowie die Praxisprämisse (1) werden anhand der ausgewählten Zitate weniger vorausgesetzt.



5.4 Erich Fromm und der Humanismus

Der deutsch-US-amerikanische Psychoanalytiker und Sozialpsychologe Erich Fromm (1900-1980) wird hier als entscheidender Vorreiter eines garantierten Existenzminimums gewertet, der sich bereits Mitte der 50er Jahre des letzten Jahrhunderts in seinem Buch „Wege aus einer kranken Gesellschaft“ dazu geäußert hat. Auch in seinem im Jahre 1968 erschienen Werk „Revolution der Hoffnung“ sowie im 1976 erschienen Buch „Haben oder Sein“ werden die Gedanken zu einem bedingungslosen Existenzminimum wieder aufgegriffen. Fromm (1971) ist sich bewusst, dass die Zeit für ein solches Existenzminimum, welches auch in natura gedacht werden könne, noch nicht gekommen sei:

„Es bedarf kaum der Erwähnung, daß diese Gedanken utopisch sind, was ihre Verwirklichung in der nächsten Zukunft angeht. Aber für einen viel weiter fortgeschrittenen Gesellschaftszustand sind sie sowohl ökonomisch als auch psychologisch vernünftig“ (138).

1976 prognostiziert Fromm bereits internationale Terroranschläge, wenn sich nicht grundlegend etwas ändere (vgl. Fromm 2000, 180). Als Humanist fordert er prinzipiell grundlegend neue Gesellschaftsstrukturen ein:

„Diese oder jene Reform vorzuschlagen, ohne das System von Grund auf zu erneuern, ist auf lange Sicht gesehen sinnlos, denn solchen Vorschlägen fehlt die mitreißende Kraft einer starken Motivation. Das 'utopische' Ziel ist realistischer als der 'Realismus' unserer heutigen Politiker. Die neue Gesellschaft und der neue Mensch werden nur Wirklichkeit werden, wenn die alten Motivationen – Profit und Macht – durch neue ersetzt werden: Sein, Teilen, Verstehen; wenn der Marktcharakter durch den produkti-

5 Textanalyse und Interpretation von Grundeinkommenspädagogiken

ven, liebesfähigen abgelöst wird und an die Stelle der kybernetischen Religion ein neuer, radikal-humanistischer Geist tritt.

Die entscheidende Frage ist in der Tat, ob eine Konversion zu einer humanistischen Religiosität ohne 'Religion', ohne Dogmen und Institutionen zustande kommt, eine Religiosität, deren Wegbereiter die nicht-theistischen Bewegungen vom Buddhismus bis zum Marxismus waren“ (Fromm 2000, 192).

Zum Verhältnis von Individuum und Gesellschaft geht Fromm (1945) davon aus,

„daß das psychologische Grundproblem in der Sonderart der Beziehung von Welt und Individuum liegt – nicht in der Befriedigung oder Vereitelung dieses oder jenes triebhaften Verlangens an sich; und ferner auf der Annahme, daß die Beziehung des Menschen zur Gesellschaft nicht im Gleichgewicht, nicht statisch ist. Es ist nicht so, als befände sich auf der einen Seite das von Natur mit bestimmten Trieben ausgestattete Individuum und auf der andern, von ihm geschieden, die Gesellschaft, die die ihm eingeborenen Neigungen vereitelt oder befriedigt. Notdürfte wie Hunger, Durst, Sexus sind allen Menschen gemeinsam; nur jene Triebe, welche die Unterschiede im Charakter der Menschen ausmachen, wie Liebe, Haß, Machtgier, Unterwürfigkeitsdrang, Sinnenfreude und Sinnenfrucht sind dem Gesellschaftsprozeß unterworfen und resultieren aus ihm. Die erhabensten wie die scheußlichsten Neigungen sind nicht etwa Bestandteil einer fixierten, biologisch bestimmten Menschennatur, sondern Folgen des Gesellschaftsprozesses, der den Menschen gestaltet. Mit andern Worten: die Gesellschaft hat nicht bloß die Funktion, zu unterdrücken (das hat sie unter anderem auch), sondern ebenso eine schöpferische. Des Menschen Wesen, seine Leidenschaften und Ängste sind ein Kulturerzeugnis. Tatsächlich ist der Mensch die bedeutendste Schöpfung und wichtigste Leistung ununterbrochenen menschlichen Müehens; den Bericht hierüber nennen wir Weltgeschichte“ (20).

Und in Abgrenzung zu Freud schreibt Fromm als Psychoanalytiker:

„Aus dem Gesagten ergibt sich, daß der in dieser Schrift vertretene Standpunkt dem Freuds widerspricht, nach welchem die Geschichte das Ergebnis psychischer, nicht sozial bedingter Kräfte wäre. Ebenso entschieden aber widerspricht er jenen Theorien, die den menschlichen Faktor als treibendes Element im Gesellschaftsprozeß nicht beachten“ (Fromm 1945, 21f).

Fromm bewegt sich hier zwischen dem Verhältnis von Individuum und Gesellschaft und setzt reziproke Einflussfaktoren voraus.

Mit der Einführung eines garantierten Einkommens für alle sei allein jedoch keine Besserung zu erwarten. Damit einher müssten weitere Schritte gegangen werden. Folgende Ausführungen ließen sich auch unter dem Homo-consumens- oder auch unter dem Existenzminimum-Argument aufführen, sind jedoch vorangestellt, um die Grundsätze Fromms zunächst hervorzuheben. Prämisse und Stütze jedoch bleiben für die Auswertung unberücksichtigt.

(6. Ausnahmeprämisse, Bedingungen)

„Eine volle Wirksamkeit des Prinzips eines garantierten Einkommens für alle ist nur zu erwarten, wenn es gleichzeitig gekoppelt ist an (1) eine Änderung unserer Konsumgewohnheiten, das heißt der Umwandlung des *homo consumens* in einen produktiv-tätigen Menschen (im Sinne Spinozas); (2) die Herausbildung einer neuen geistigen Haltung des Humanismus (in theistischer oder nicht-theistischer Form) und (3) eine

5.4 Erich Fromm und der Humanismus

Renaissance echter Demokratie (etwa in einem neuen Unterhaus, in dem die Entscheidung durch Integration der Beschlüsse von Hunderttausenden von kleinen Gruppen [*face-to-face groups*] zustande kommen, durch die aktive Beteiligung sämtlicher Mitarbeiter in allen Unternehmen und in jeder Art von Management usw. Der Gefahr, daß ein Staat, der alle ernährt, zu einer Muttergottheit mit diktatorischen Eigenschaften werden könnte, kann nur durch eine gleichzeitig wirksame Vermehrung demokratischer Verfahren in allen gesellschaftlichen Bereichen begegnet werden. (In Wirklichkeit verfügt ja heute der Staat bereits über außerordentliche Macht, ohne diese Möglichkeit einzuräumen.)

Mit den ökonomisch orientierten Forschungsarbeiten auf dem Gebiet des garantierten Einkommens für alle müssen noch andere Forschungen betrieben werden: psychologische, philosophische, religiöse und erziehungswissenschaftliche. Der große Schritt zu einem garantierten Einkommen wird meiner Meinung nach nur Erfolg haben, wenn Veränderungen in anderen Bereichen mit ihm Hand in Hand gehen. Wir dürfen nicht vergessen, daß das garantierte Einkommen nur zustande kommen kann, wenn wir aufhören, zehn Prozent unseres Gesamteinkommens für die wirtschaftlich (sic!) nutzlose und gefährliche Rüstung auszugeben, wenn wir der Ausbreitung sinnloser Gewalttätigkeiten dadurch Einhalt gebieten, daß wir die unterentwickelten Länder systematisch unterstützen, und wenn wir Mittel und Wege finden, der Bevölkerungsexplosion Einhalt zu gebieten. Ohne diese Wandlungen wird kein Plan für die Zukunft gelingen, weil es keine Zukunft geben wird“ (Fromm 1986, 27, Hervorheb. im Original). (Stütze 1, wiss. Position/Erklärung)

Aus erziehungswissenschaftlicher Perspektive wird mit dieser Arbeit versucht, einen Beitrag zur Grundeinkommensforschung zu leisten.

Naturrecht-Argument

Nach Fromm besteht ein natürliches Recht auf Existenz, auch ohne Gegenleistung:

(4. Praxisprämisse)

„Aber der *matriarchalische* Komplex ist sowohl in seinem positiven wie auch in seinem negativen Aspekt keineswegs von der westlichen Szene verschwunden. Sein positiver Aspekt, die Idee von der Gleichheit aller Menschen, von der Heiligkeit des Lebens und vom Recht aller auf ihren Anteil an den Früchten der Natur fand seinen Ausdruck in den Ideen des Naturrechts, des Humanismus, der Aufklärungsphilosophie und in den Zielsetzungen des demokratischen Sozialismus. Allen diesen Ideen gemeinsam ist die Vorstellung, daß alle Menschen Kinder der Mutter Erde sind und ein Recht darauf haben, von ihr ernährt zu werden und glücklich zu sein, ohne zuvor dieses Recht durch Leistungen von bestimmtem Rang nachweisen zu müssen“ (Fromm 1982, 61). (Stütze 2, Absolute Norm als Wahrheit/Verweisung auf Geschichte und Natur)

Gesellschaftseinfluss-Argument

Fromm geht in diesem Argument holistisch vor, das Individuum wird hier als von der Gesellschaft beeinflusst gedacht:

(3. Alternativprämisse)

„Eine gesunde Gesellschaft fördert die Fähigkeit des einzelnen, seine Mitmenschen zu lieben, schöpferisch zu arbeiten, seine Vernunft und Objektivität zu entwickeln und

5 Textanalyse und Interpretation von Grundeinkommenspädagogiken

ein Selbstgefühl zu besitzen, das sich auf die Erfahrung der eigenen produktiven Kräfte gründet. Ungesund ist eine Gesellschaft, wenn sie zu gegenseitiger Feindseligkeit und zum Mißtrauen führt, wenn sie den Menschen in ein Werkzeug verwandelt, das von anderen benutzt und ausgebeutet wird. Wenn sie ihn seines Selbstgefühls beraubt und es ihm nur insoweit läßt, als er sich anderen unterwirft und zum Automaten wird. Die Gesellschaft kann beide Funktionen erfüllen: sie kann die gesunde Entwicklung des Menschen fördern, und sie kann sie behindern. Tatsächlich tun die meisten Gesellschaften beides, und die Frage ist nur, in welchem Maß und in welcher Richtung sie ihren positiven und ihren negativen Einfluß ausüben“ (Fromm 1982, 76, vgl. auch Fromm 1973, 68). (Stütze 1, Erklärung/Verweisung auf Bekanntes)

Der Gesellschaftseinfluss auf das Individuum ist für Fromm derartig groß, dass die Individuen vermeintlich nur glaubten, frei zu sein und frei zu handeln:

(1. Defizitprämisse)

„Die Tendenz, ihrer eigenen Natur entsprechend zu wachsen, ist allen Lebewesen gemeinsam. Daher leisten wir jedem Versuch Widerstand, der uns daran hindern will, unserer Struktur gemäß zu wachsen. Um diesen Widerstand zu brechen, der bewußt oder unbewußt sein kann, ist physische oder psychische Gewalt nötig. [...] Eingeschränkt wird die freie, spontane Willensäußerung des Säuglings, des Kindes, des Jugendlichen und schließlich des Erwachsenen, sein Verlangen nach Wissen und Wahrheit, sein Wunsch nach Zuneigung. Der im Wachstum begriffene Mensch wird gezwungen, die meisten seiner autonomen, echten Wünsche und Interessen und seinen eigenen Willen aufzugeben und einen Willen, Wünsche und Gefühle anzunehmen, die nicht aus ihm selbst kommen, sondern ihm durch die gesellschaftlichen Denk- und Gefühlsmuster aufgenötigt werden. Die Gesellschaft und die Familie als deren psychosoziale 'Agentur' haben ein schwieriges Problem zu lösen: Wie breche ich den Willen eines Menschen, ohne daß dieser es merkt? Durch einen komplizierten Prozeß der Indoktrination, durch ein System von Belohnungen, Strafen und entsprechender Ideologie wird diese Aufgabe im großen und ganzen jedoch so gut gelöst, daß die meisten Menschen glauben, ihrem eigenen Willen zu folgen, ohne sich bewußt zu sein, daß dieser konditioniert und manipuliert wurde“ (Fromm 2000, 80f). (Stütze 1, Erklärung)

Das individuelle Selbst werde durch das gesellschaftliche Selbst überschattet:

(2. Ursachenprämisse)

„Es liegt der Selbstsucht, wie wir zu zeigen versuchten, ein Mangel an behahender Liebe zum wirklichen Ich, zum ganzen menschlichen Selbst mit all seinen Möglichkeiten, zu Grunde. Jenes 'Selbst', in dessen Interesse der moderne Mensch seiner Ansicht nach handelt, ist nämlich das *gesellschaftliche* Selbst, welches in Wirklichkeit nur die subjektive Verkleidung der objektiven gesellschaftlichen Funktion des Menschen darstellt. Die moderne Selbstsucht ist die Gier, die aus der Zerstörung des wirklichen Selbst hervorgeht; der Gegenstand dieser Sucht ist das gesellschaftliche Selbst. Während sich der heutige Mensch durch besondere Selbst-Bejahung auszuzeichnen scheint, ist sein eigentliches Selbst verneint, geschwächt und herabgemindert auf einen Ausschnitt aus seinem Gesamt-Ich: Intellekt und Willenskraft – und die übrigen Teile seiner Gesamtpersönlichkeit sind ausgesperrt“ (Fromm 1945, 119). (Stütze 1, Erklärung)

Der Holismus Fromm's wird deutlich, wenn die Strukturen der Gesellschaft die Gesundheit ihrer Individuen determinieren:

5.4 Erich Fromm und der Humanismus

„Einerlei, ob wir von 'seelischer Gesundheit' oder von 'Entwicklungsreife' des Menschengeschlechts sprechen, beide Konzeptionen sind objektiver Art, erlangt durch die Untersuchung der 'menschlichen Situation' und der Notwendigkeiten und Bedürfnisse, die sich daraus ergeben. Hieraus folgt, [...] daß 'seelische Gesundheit' nicht definiert werden kann als 'Anpassung' des Individuums an seine Gesellschaft, sondern im Gegenteil *unter dem Gesichtswinkel der Anpassung der Gesellschaft an die Bedürfnisse des Menschen* und ihrer Rolle als fördernde oder hindernde Macht im Hinblick auf die Entwicklung seelischer Gesundheit definiert werden muß. Ob der einzelne geistig-seelisch gesund ist, das ist primär keine individuelle Angelegenheit, sondern hängt von der Gesellschaftsstruktur ab“ (Fromm 1973, 67f, Hervorheb. im Original). (Stütze 2, Absolute Norm als Wahrheit)

Fromm stützt sich auf ein Zitat von Marx aus dem Vorwort „Zur Kritik der politischen Ökonomie“, die für ihn von höchster Bedeutung ist:

„Die entscheidende Behauptung ist: 'Es ist nicht das Bewußtsein der Menschen, das ihr Sein, sondern umgekehrt ihr gesellschaftliches Sein, das ihr Bewußtsein bestimmt' 131“ (Fromm 1963, 28). (Stütze 1, wiss. Position)

Entfremdung-Argument

Insbesondere die kapitalistische Gesellschaftsstruktur entfremde den Menschen von sich selbst:

(2. Ursachenprämissen, wirtschaftlich/politisch)

„Die bisherige Erörterung des Vorgangs der Abstraktion führt zum Zentralproblem der Wirkungen des Kapitalismus auf die Persönlichkeit: zum Phänomen der Entfremdung.

Mit Entfremdung ist eine Erlebnisweise gemeint, bei der der Mensch sich selbst als einen Fremden empfindet. Er ist, so könnte man sagen, sich selbst entfremdet. Er erlebt sich nicht selber als den Mittelpunkt seiner Welt, als den Urheber seiner eigenen Taten – vielmehr sind seine Handlungen und ihre Folgen seine Herren geworden, denen er gehorsam ist, die er anbetet. Die entfremdete Person ist außer Fühlung mit sich selbst und ebenso mit allen andern Menschen. Sie erlebt sich und andre, wie man Dinge erlebt, mit den Sinnen und mit dem Verstand, aber zugleich ohne eine fruchtbare Beziehung zu sich selber oder zur Umwelt“ (Fromm 1973, 109f). „Unter Entfremdung ist eine Art der Erfahrung zu verstehen, bei welcher der Betreffende sich selbst als einen Fremden erlebt. Er ist sozusagen sich selbst entfremdet. Er erfährt sich nicht mehr als Mittelpunkt seiner Welt, als Urheber seiner eigenen Taten – sondern seine Taten und deren Folgen sind zu seinen Herren geworden, denen er gehorcht, ja die er sogar möglicherweise anbetet. Der entfremdete Mensch hat den Kontakt mit sich selbst genauso verloren, wie er den Kontakt mit allen anderen Menschen verloren hat. Er erlebt sich und die anderen, so wie man Dinge erlebt – mit den Sinnen und dem gesunden Menschenverstand, aber ohne mit ihnen und der Außenwelt in eine produktive Beziehung zu treten. [...] Im Marxschen System wird jener Zustand als Entfremdung bezeichnet, in dem 'die eigene Tat des Menschen ihm zu einer fremden, gegen-

¹³¹ Fromm zitiert hier Marx aus dem Vorwort „Zur Kritik der politischen Ökonomie“, in Marx, Engels „Ausgewählte Schriften“, Bd. I, Dietz Verlag, Berlin 1960, 337 ff.

5 Textanalyse und Interpretation von Grundeinkommenspädagogiken

überstehenden Macht wird, die ihn unterjocht, statt daß er sie beherrscht“¹³² (Fromm 1982, 120). (Stütze 1, Erklärung/wiss. Position)

Und diese strukturell bedingte Fremdbestimmung sei nahezu in der gesamten Gesellschaft zu finden:

(1. Defizitprämisse)

„Die Entfremdung in unserer modernen Gesellschaft ist fast total. Sie kennzeichnet die Beziehung des Menschen zu seiner Arbeit, zu den Dingen, die er konsumiert, zum Staat, zu seinen Mitmenschen und zu sich selbst. Der Mensch hat sich eine Welt von vom Menschen geschaffenen Dingen errichtet, wie sie nie zuvor existierte. [...] Er ist zum Eigentum seiner eigenen Schöpfung geworden und besitzt sich selbst nicht mehr“ (Fromm 1982, 123f). (Stütze 1, Erklärung)

Fromm kritisiert insgesamt die Verbürokratisierung der Gesellschaft und die damit einhergehenden Entfremdungen (vgl. ebd. 125).

(1. Defizitprämisse)

„Diese entfremdete Einstellung zum Konsum kennzeichnet nicht nur den Erwerb und Konsum unserer Gebrauchsgüter, sondern sie bestimmt auch weit darüber hinaus die Art, wie wir unsere Freizeit verwenden. Was ist hier zu erwarten? Wenn jemand seine Arbeit verrichtet, ohne eine echte Beziehung zu ihr zu haben, wenn er Waren auf eine abstrakte und entfremdete Weise kauft und verbraucht, wie kann er dann seine Freizeit aktiv und sinnvoll verbringen?“ (Fromm 1982, 134). (Stütze 4, Reflexion)

Die Ursachen für den Entfremdungsprozess sind für Fromm historisch begründet:

(2. Ursachenprämisse, historisch)

„Mit dem Zusammenbruch der mittelalterlichen Struktur und dem Beginn der modernen Produktionsweise änderte sich der Sinn und die Funktion der Arbeit, besonders in den protestantischen Ländern von Grund auf. Der Mensch fürchtete sich vor seiner neugewonnenen Freiheit und war von dem Bedürfnis besessen, seine Zweifel und Ängste dadurch zu unterdrücken, daß er eine fieberhafte Aktivität entwickelte. Das Ergebnis dieser Aktivität, ihr Erfolg oder Misserfolg, entschied über sein Heil, ob er zu den geretteten oder verlorenen Seelen zählte. *Aus einer in sich befriedigenden und erfreulichen Betätigung wurde die Arbeit zu einer Pflicht und einem Zwang.* Je mehr man mit ihr Reichtümer erwerben konnte, um so mehr wurde sie zu einem bloßen Mittel, zu Reichtum und Erfolg zu gelangen. [...] Die religiöse Einstellung zur Arbeit als Pflichterfüllung, die im vorigen Jahrhundert noch durchaus vorherrschte, hat sich in den letzten Jahrzehnten beträchtlich gewandelt. Der heutige Mensch weiß nichts mehr mit sich anzufangen, er weiß nicht, wie er sein Leben sinnvoll verbringen soll, und er sieht sich zur Arbeit hingetrieben, um einer unerträglichen Langeweile zu ent-rinnen. Aber die Arbeit ist keine moralische und religiöse Verpflichtung mehr, wie sie es im achtzehnten und neunzehnten Jahrhundert in den Augen der Mittelklasse war. Etwas Neues ist aufgekommen. Die ständig wachsende Produktion, das Bedürfnis,

¹³² Fromm zitiert hier Marx, Karl aus ders.: *Die Frühschriften*, herausgegeben von Siegfried Landshut, Stuttgart 1971, 361.

5.4 Erich Fromm und der Humanismus

immer größere und bessere Dinge herzustellen, sind zum Selbstzweck, zu den neuen Idealen geworden. Der Arbeitende ist seiner Arbeit entfremdet“ (Fromm 1982, 172f, Hervorheb. im Original). (Stütze 2, Wahrheit/Verweisung auf Geschichte)

In Anlehnung an die berühmte Aussage von Nietzsche schreibt Fromm:

(1. Defizitprämisse)

„Das Problem des neunzehnten Jahrhunderts war, daß *Gott tot ist*; das Problem des zwanzigsten Jahrhunderts ist, daß *der Mensch tot ist* (Fromm 1982, 337, Hervorheb. im Original, vgl. auch Fromm 1973, 320). (Stütze 1, wiss. Position)

Mit dem „Tod des Menschen“ habe der Entfremdungsprozess seinen Höhepunkt erreicht. Die Ursachen für das „Kranksein“ des Menschen in der modernen Gesellschaft sind für Fromm einzig und allein auf die Entfremdung zurückzuführen:

(2. Ursachenprämisse)

„Ich habe versucht, die gleichen Gedanken auszudrücken [wie Tolstoi, Dürkheim oder Marx und Einstein; MM], indem ich mich mit dem Begriff der Entfremdung auseinandergesetzt und nachgewiesen habe, welche psychischen Folgen diese Entfremdung hat: daß der Mensch zu einer rezeptiven und Marketing-Orientierung regrediert und aufhört, produktiv zu sein; daß er sein Selbst-Gefühl verliert und von der Zustimmung anderer abhängig wird, weshalb er dazu neigt, mit den anderen konform zu gehen und sich trotzdem unsicher zu fühlen. Er ist unbefriedigt, gelangweilt und voller Angst, und er verwendet seine Energie größtenteils auf den Versuch, diese Angst zu kompensieren oder sie auch einfach nur zu verdecken. Er besitzt eine hervorragende Intelligenz, aber seine Vernunft degeneriert immer mehr, und in Anbetracht seiner technischen Möglichkeiten gefährdet er ernstlich die Existenz der Zivilisation, ja der gesamten Menschheit“ (Fromm 1982, 245f). (Stütze 1, wiss. Position)

Die Alternative ist für Fromm eine „neue“ Gesellschaft(sform):

(3. Alternativprämisse)

„Heute zieht die Vision einer neuen Gesellschaft alle diejenigen an, die an der Entfremdung leiden, die abhängig beschäftigt sind und deren Eigentum nicht auf dem Spiel steht, mit anderen Worten, die Mehrheit der Bevölkerung, nicht bloß eine Minderheit.

Die neue Gesellschaft bedroht niemandes Eigentum, und was das Einkommen betrifft, so geht es ihr darum, den Lebensstandard der Armen zu heben“ (Fromm 2000, 191). (Stütze 3, Erfahrung)

Würde an der immer wachsenden Produktivität und Entfremdung festgehalten, sei eine neue Gesellschaftsform nicht zu realisieren:

(6. Ausnahmeprämisse)

„Die Vorstellung des aktiven, produktiven Menschen, der die gegenständliche Welt mit seinen Kräften ergreift und sich aneignet, kann ohne den Begriff der *Verneinung der Produktivität*, der *Entfremdung*, nicht umfassend verstanden werden. Für Marx ist die Geschichte der Menschheit eine Geschichte der wachsenden Entwicklung des Menschen *und* seiner gleichzeitigen wachsenden Entfremdung. Marx' Sozialismus bedeutet die Befreiung von der Entfremdung, die Rückkehr des Menschen zu sich selbst, seine Selbstverwirklichung.

Entfremdung (oder Entäußerung) bedeutet für Marx, daß sich der Mensch in seiner

Aneignung der Welt nicht als Handelnder erfährt, sondern daß die Welt (die Natur, die anderen, und er selbst) ihm fremd bleiben. Sie stehen ihm als feindliche Gegenstände gegenüber, obgleich sie von ihm selbst geschaffen sein können. Entfremdung heißt, die Welt und sich selbst wesentlich passiv, rezeptiv, in der Trennung von Subjekt und Objekt zu erfahren“ (Fromm 1963, 49, Hervorheb. im Original). (Stütze 1, wiss. Position)

Durch den Bezug auf Autoritäten (historische Persönlichkeiten) wird das Entfremdung-Argument gestützt:

(1. Defizitprämisse, 3. Alternativprämisse)

„Hegel war es, der den Begriff der Entfremdung prägte. Für ihn war die menschliche Geschichte zugleich die Geschichte der Entfremdung des Menschen. In der 'Philosophie der Weltgeschichte' schrieb er, daß das, wonach der Geist wirklich strebe die Verwirklichung seiner Vorstellung sei, aber indem er das tue, verberge er dies Ziel vor seiner eigenen Vision und sei in dieser Entfremdung von seinem eigenen Wesen stolz und zufrieden.¹³³ Für Marx wie für Hegel basiert der Begriff der Entfremdung auf der Unterscheidung zwischen Existenz und Wesen, auf der Tatsache, daß die menschliche Existenz ihrem Wesen entfremdet ist, daß der Mensch in Wirklichkeit nicht das ist, was er potentiell ist, oder, anders ausgedrückt, daß *er nicht ist, was er sein sollte, und daß er sein sollte, was er sein könnte*“ (Fromm 1963, 51f, Hervorheb. im Original). (Stützen 1 u. 4, wiss. Position, Gebot)

Verdrängung-Argument

Die Auseinandersetzung um die Arbeit mit und an sich selbst sei gemeinhin verdrängt worden:

(6. Ausnahmeprämisse, Bedingung)

„Man kann das Wesen der Entfremdung nicht ganz verstehen, wenn man einen speziellen Aspekt unseres modernen Lebens außer acht läßt: die *Routinisierung und die Verdrängung der Grundprobleme menschlicher Existenz aus dem Bewußtsein*. Wir berühren hier ein universales Problem des Lebens. Der Mensch muß sich sein tägliches Brot verdienen, und das ist stets eine Aufgabe, die ihn mehr oder weniger in Anspruch nimmt. Er muß die vielen zeit- und energieverschlingenden Aufgaben des täglichen Lebens erfüllen und kommt dabei ohne eine gewisse Routine nicht aus. [...] Aber der Mensch kann nur zur Erfüllung seiner selbst gelangen, wenn er mit den Grundgegebenheiten seiner Existenz in Berührung bleibt, wenn er noch fähig ist, das Erregende von Liebe und Solidarität wie auch die tragische Tatsache seiner Einsamkeit und des fragmentarischen Charakters seiner Existenz zu erleben. Wenn er ganz in der Routine und in den künstlichen Machenschaften des Lebens verfangen ist, wenn er nichts anderes mehr sehen kann als das vom Menschen geformte Alltagsgesicht der Welt, dann verliert er den Kontakt mit sich selbst und mit der Welt. Wir finden den Konflikt zwischen der Routine und dem Versuch, zu den fundamentalen Realitäten des Lebens zurückzugelangen, in jeder Kultur. Dabei zu helfen, war von jeher eine der Funktionen von Kunst und Religion – wenn auch die Religion selbst gelegentlich zu einer neuen Form der Routine wurde“ (Fromm 1982, 141, Hervorheb. im Original). (Stütze

¹³³ Fromm bezieht sich hier auf Hegel: Philosophie der Geschichte, Glockner, Werke Bd. 11.

5.4 Erich Fromm und der Humanismus

4, Reflexion)

Als Psychoanalytiker differenziert Fromm klar zwischen Bewusstem und Unbewusstem, wobei wie bei Freud das Unbewusste das Bewusste bestimmt und der Verdrängung unterliege:

(1. Defizitprämisse)

„Gibt es irgendwelches empirische Beweismaterial, daß die Menschen heute von ihrer Arbeit nicht befriedigt sind?“

Bei dem Versuch einer Beantwortung dieser Frage müssen wir unterscheiden zwischen dem, was die Menschen *bewußt* über ihre Zufriedenheit *denken*, und was sie *unbewußt fühlen*. Die psychoanalytische Erfahrung lehrt deutlich, daß das Gefühl des Unglücklich- und Unbefriedigtseins sehr tief verdrängt werden kann. Ein Mensch kann sich bewußt durchaus zufrieden fühlen, und nur seine Träume, psycho-somatische Erkrankungen, Schlaflosigkeit und viele andre Symptome mögen seiner tieferliegenden unglücklichen Grundstimmung Ausdruck geben. Die Tendenz, den Mangel an Glücksgefühl und Befriedigung zu verdrängen, wird stark unterstützt durch das weit verbreitete Gefühl, Unzufriedenheit mit dem Leben bedeute, man sei 'mißraten', ein Sonderling, erfolglos und so fort. (So ist zum Beispiel die Zahl der Personen, die sich bewußt für glücklich verheiratet halten und bei Umfragen diesen Glauben aufrichtig aussprechen, weit größer als die Zahl derer, die in ihrer Ehe wirklich glücklich sind.)“ (Fromm 1973, 262f, Hervorheb. im Original). (Stütze 3, Empirie)

Lebenswert-Argument

Die prinzipielle Möglichkeit des Scheiterns im Leben stütze sich auf ein „Bilanz-Denken“, welches auf die ökonomisch bedingte, entfremdete Struktur zurückzuführen sei:

(1. Defizitprämisse)

„Der moderne Mensch stellt sich aber noch eine weitere Frage, ob nämlich sein 'Leben lebenswert' ist, und hat dementsprechend das Gefühl, daß es entweder 'ein Fehlschlag' oder 'ein Erfolg' ist. Diese Idee gründet sich auf eine Auffassung, die das Leben als ein Unternehmen betrachtet, welches einen Profit aufweisen sollte. Ein verfehltes Leben ist so etwas wie der Bankrott eines Geschäfts, dessen Verluste größer waren als seine Gewinne. Die Auffassung ist Unsinn. Wir können glücklich oder unglücklich sein, gewisse Ziele erreichen und andere nicht erreichen; aber es gibt keine sinnvolle Bilanz, aus der hervorgeht, ob ein Leben lebenswert war. Vielleicht ist kein Leben vom Standpunkt einer Bilanz aus lebenswert“ (Fromm 1982, 146). (Stütze 4, Reflexion)

Ein solches völlig verfehltes „Bilanz-Denken“ in bezug auf den Wert des eigenen Lebens könne dann Extremsituationen wie den Suizid verursachen:

(2. Ursachenprämisse, wirtschaftlich)

„Aber es gibt noch einen andern Faktor, den Durkheim und andre Erforscher des Selbstmordproblems übersehen haben. Er hat zu tun mit der ganzen 'Bilanz'-Konzeption des Lebens als eines Unternehmens, das misslingen kann. Viele Fälle von Selbstmord sind verursacht durch das Gefühl, das Leben sei 'ein Fehlschlag' gewesen und 'nicht mehr lebenswert'; man begeht Selbstmord genau so, wie ein Geschäftsmann den Bankrott erklärt, wenn die Verluste die Gewinne übersteigen und keine Aussicht mehr ist, sie auszugleichen“ (Fromm 1973, 137). (Stütze 1, wiss. Position)

Autorität-Argument

Der Charakter der autoritär geprägten Gesellschaftsstruktur sei längst nicht mehr an personale Autoritäten gebunden:

„Um die Mitte unseres Jahrhunderts hat sich die Eigenart der Autorität geändert. Sie ist jetzt keine offene Autorität mehr, sondern eine anonyme, unsichtbare, entfremdete Autorität. Niemand stellt mehr eine Forderung an uns, weder eine Person noch eine Idee noch ein moralisches Gebot. Dennoch gehen wir alle ebenso sehr oder sogar noch mehr mit allen anderen konform, als dies die Menschen in einer durch und durch autoritären Gesellschaft tun würden“ (Fromm 1982, 149). (Stütze 2, politisch-gesellschaftliche Systemorientierung)

Autorität habe sich anonymisiert:

(1. Defizitprämisse)

„Diese Sehnsucht, von den anderen akzeptiert zu werden, ist ein für einen entfremdeten Menschen sehr charakteristisches Gefühl. [...] Wenn man Minderwertigkeitsgefühle hat, so kommt das daher, daß man das Gefühl hat, anders zu sein, und man fragt erst gar nicht, ob man sich vorteilhaft oder unvorteilhaft von den anderen unterscheidet. [...] Aus dieser Äußerung spricht die ideologische Auffassung, daß das Nichtvorhandensein von Autorität ein positiver Wert im Sinne des Freiheitsbegriffs des 18. und 19. Jahrhunderts sei. In Wirklichkeit aber steht hinter diesem Freiheitsbegriff die anonyme Autorität bei fehlender Individualität“ (Fromm 1982, 151). (Stütze 4, Reflexion)

In der modernen heutigen Gesellschaft beherrsche das Gewissen das Individuum autoritär:

(2. Ursachenprämisse, historisch, 1. Defizitprämisse)

„'Autorität' braucht keine Person oder Institution zu sein, die da sagt: 'Das mußt du tun, und jenes darfst du nicht!' - Neben dieser Art äußerer Autorität treten auch, unter den Namen Pflicht, Gewissen oder Super-Ego (Über-Ich), innerliche Autoritäten auf. Tatsächlich läßt sich in der Entwicklung des Denkens in der Neuzeit – vom Protestantismus bis Kant – ein fortschreitender Ersatz der äußeren Autoritäten durch verinnerlichte feststellen. Mit den politischen Siegen des aufstrebenden Bürgertums verloren die äußeren Autoritäten an Ansehen; an ihre Stelle trat des Menschen eigenes Gewissen, eine Veränderung, die vielfach als Sieg der Freiheit gebucht wurde. Sich von außen kommenden Befehlen zu fügen, zumal in Angelegenheiten des Geistes, schien eines freien Mannes unwürdig. Dem gegenüber schien diesem die Besiegung seiner natürlichen Neigung, die 'Selbst-Beherrschung', das heißt die Beherrschung eines Teiles des Individuums durch einen andern Teil desselben, die Beherrschung seines natürlichen Wesens durch seine Vernunft, seinen Willen oder sein Gewissen – der eigentliche Inhalt der Freiheit zu sein. Wie die Analyse ergibt, herrscht das Gewissen mit nicht geringerer Strenge als äußere Autoritäten, und obendrein sind die Inhalte der vom Gewissen diktierten Befehle letzten Endes nicht von Wünschen des individuellen Selbst bestimmt, sondern vielmehr von gesellschaftlichen Belangen, die die Form von Sittengeboten annehmen und deren Würde zur Schau tragen. Die Herrschaft des Gewissens kann sogar noch härter sein als die einer äußeren Autorität, weil ja das Individuum die Gebote desselben als seine eigenen empfindet. Wie könnte es sich da gegen sie auflehnen“ (Fromm 1945, 165f, Hervorheb. im Original)?! (Stütze 4, Reflexion/Wissen als Interpretation)

Die Internalisierung des Autoritären scheint hier eher eine negative Konnotation zu haben. Vor dem Hintergrund der Psychoanalyse und

5.4 Erich Fromm und der Humanismus

des östlichen Bezuges Fromms kommt es ihm wahrscheinlich darauf an, diese Differenz individuell zu bearbeiten (vgl. Fromm/Suzuki/de Martino, 1971). Fromm selbst war im Übrigen selbst Praktizierender der Meditation.

Das Autoritäre trete heute vor allem durch maskierte Strukturen zum Vorschein:

(1. Defizitprämisse)

„In den letzten Jahren hat jedoch das 'Gewissen' sehr an Bedeutung eingebüßt. Es schien, als spielten im Leben des Individuums weder äußere noch innere Autoritäten eine besondere Rolle. Ein jeder war 'frei', solange er nicht die Rechtssphäre eines andern verletzte. Der richtige Befund jedoch zeigt, daß die Autorität nicht verschwand, sondern sich bloß unsichtbar machte. Statt offener Autorität regieren anonyme Autoritäten und tragen die Masken: Wissenschaft, Normalität, Öffentliche Meinung, Gesunder Menschenverstand, Bequemes Leben ('meine Ruhe steht mir am höchsten') usw. Sie verlangen nichts, was nicht selbstverständlich erschiene, - da herrscht kein Druck, nur sanfte Überredung“ (Fromm 1945, 166f). (Stütze 4, Reflexion)

Konformismus-Argument

Habe sich die Autorität weitestgehend anonymisiert, so sei ihr heutiger Mechanismus der Konformismus:

(1. Defizitprämisse)

„In der Mitte des 20. Jahrhunderts bietet die Autorität ein andres Bild. Sie ist nicht mehr bekannte, vielmehr *anonyme, unsichtbare, entfremdete Autorität*. Von niemandem geht ein Befehl aus, weder von einer Person, noch von einer Idee oder einem moralischen Gesetz. Dennoch passen wir uns alle an, weit mehr, als wenn wir in einer autoritären Gesellschaft lebten. In der Tat gibt es keine andre Autorität als 'Es'. Was ist Es? Profit, wirtschaftliche Notwendigkeiten, der Markt, der gesunde Menschenverstand, die öffentliche Meinung – was 'man' tut, denkt, fühlt. Die Gesetze der anonymen Autorität sind so unsichtbar wie die des Marktes – und genauso unangreifbar. Wie kann man das Unsichtbare angreifen? Wie sich gegen Niemand auflehnen? [...] Solange es bekannte Autorität gab, stellten sich Konflikte ein, und es gab Auflehnung, nämlich gegen die irrationale Autorität. Im Konflikt mit den Befehlen des eigenen Gewissens, im Kampf gegen die irrationale Autorität entwickelte sich die Persönlichkeit, und das Gefühl des Selbst bildete sich aus. Ich erlebe mich als 'Ich', weil ich zweifle, weil ich protestiere, mich auflehne. Sogar wenn ich mich unterwerfe und eine Niederlage empfinde, erlebe ich mich als 'Ich' - ich, der Unterlegene. Aber wenn ich mir keiner Unterwerfung oder Auflehnung bewusst bin, wenn ich von einer anonymen Autorität regiert werde, dann verliere ich das Gefühl meiner selbst, dann werde ich irgend-'einer', ein Teil des 'Es'.

Der Mechanismus, durch den die anonyme Autorität wirkt, ist der *Konformismus*“ (Fromm 1973, 137f, Hervorheb. im Original). (Stütze 4, Reflexion/Wissen als Interpretation)

Urheber-Argument

Der Mensch sollte nach Fromms Auffassung wieder Urheber seiner schöpferischen Tätigkeit werden:

(1. Defizitprämisse)

„Man kann seine Arbeit [die des Industriearbeiters; MM] definieren als Ausführung von Tätigkeiten, die nicht von den Maschinen ausgeführt werden können. Die Arbeit ist ein Mittel zum Geldverdienen und nicht eine an sich sinnvolle menschliche Tätigkeit. [...] Die Beziehung des Arbeiters zu seiner Arbeit ist ein Ergebnis der gesamten gesellschaftlichen Organisation, von der er ein Teil ist. Da er 'eingestellt' ist (das Wort 'eingestellt' bzw. 'angestellt' bezieht sich genau wie das entsprechende englische Wort *employed* eher auf Dinge als auf Menschen), ist der Arbeiter kein tätiger Urheber (*active agent*), er trägt keine Verantwortung außer für die fehlerfreie Herstellung des Einzelteils, an dem er arbeitet; und er interessiert sich auch kaum für etwas anderes als dafür, daß er genug Geld mit nach Hause bringt, um sich und seine Familie ernähren zu können“ (Fromm 1982, 174, Hervorheb. im Original). (Stütze 4, Reflexion/Wissen als Interpretation)

Die Rückkehr zum Original-Selbst ermögliche erst, wieder Urheber seiner Tätigkeiten zu werden:

(1. Defizitprämisse)

„Diese Unterschiebung von 'Pseudo-Handlungen' an Stelle der 'Original-Handlungen' des Denkens, Fühlens und Wollens besagt, wenn wir sie richtig durchdenken, nichts anderes als *Ersatz des Original-Selbst durch das Pseudo-Selbst*. Das Original-Selbst ist der Urheber geistiger Tätigkeiten. Das Pseudo-Selbst ist nur ein Agent, ein Vertreter, der die Rolle spielt, die dem Menschen zugemutet ist; es spielt sie unter dem Namen des Betreffenden und seines Selbst. Gewiß kann jemand vielerlei Rollen spielen und subjektiv überzeugt sein, daß er in jeder Rolle 'er' ist. Tatsächlich aber ist er in all diesen Rollen das, was man seiner Ansicht nach von ihm erwartet, daß er es sei. Für viele, wenn nicht für die meisten, ist so das Original-Selbst vom Pseudo-Selbst vollkommen erstickt. Nur manchmal in Träumen, Phantasien oder im Rausch mag einiges von dem Original-Selbst zum Vorschein kommen [...] Gedanken, Gefühle, die der Mensch seit Jahren nicht mehr an sich erlebte. Oft sind es schlechte Dinge, die er aus Angst oder Scham verdrängte. Mitunter aber auch ist es das Beste in ihm; er verdrängte es nur aus Furcht, wegen dieser Gefühle oder Gedanken verlacht oder verfolgt zu werden.“^[...] (Fromm 1945, 201). (Stütze 4, Reflexion/Wissen als Interpretation)

Sinnlosigkeit-Argument

Ist der Mensch nicht Urheber seiner schöpferischen Tätigkeiten, erscheine ihm Arbeit sinnlos, wenn sie nur dem Gelderwerb diene:

(1. Defizitprämisse)

„Aber die Sinnlosigkeit und Langeweile der Arbeit hat noch eine weit ernstere und tiefer sitzende Reaktion zur Folge. Es ist eine feindselige Einstellung zur Arbeit, die uns weit weniger bewußt ist als unsere Sehnsucht nach Faulheit und Untätigkeit. Mancher Geschäftsmann hat das Gefühl, er sei der Gefangene seines Geschäfts und der Waren, die er verkauft; er hat das Gefühl, seine Erzeugnisse seien Schwindel, und er verachtet sie insgeheim. Er haßt seine Kunden, die ihn zwingen, eine Schau abzugeben, wenn er ihnen etwas verkaufen will. Er haßt seine Konkurrenten, weil sie eine Gefahr für ihn sind; er haßt seine Untergebenen genauso wie seine Vorgesetzten, weil er mit ihnen in einem ständigen Konkurrenzkampf steht. Vor allem aber haßt er sich selbst, weil er sieht, wie ihm sein Leben entgleitet, ohne einen Sinn zu haben außer dem momentanen Rausch des Erfolges. Natürlich sind dieser Haß und diese Verach-

5.4 Erich Fromm und der Humanismus

tung für andere und sich selbst wie auch für die Dinge, die man herstellt, in der Hauptsache unbewußt, und nur hier und da kommen sie uns flüchtig ins Bewußtsein, was dann so beunruhigend ist, daß wir solche Gedanken schleunigst wieder beiseite schieben“ (Fromm 1982, 176f). (Stütze 4, Reflexion auf Sinn)

Zwei-Sicherheiten-Argument

Sicherheit beinhaltet für Fromm zwei Aspekte, sowohl einen wirtschaftlichen als auch einen psychischen Aspekt. Könne wirtschaftliche Sicherheit für jeden hergestellt werden, so hingegen niemals psychische Sicherheit:

(2. Ursachenprämisse, wirtschaftlich)

„Der populärste Begriff im Arsenal der psychiatrischen Formeln ist der der *Sicherheit*. In den letzten Jahren stellte man den Begriff der Sicherheit als das oberste Ziel des Lebens und als den Inbegriff der seelischen Gesundheit mehr und mehr in den Vordergrund. Ein Grund für diese Einstellung liegt vielleicht darin, daß die Kriegsgefahr, die seit vielen Jahren über der Welt hängt, die Sehnsucht nach Sicherheit verstärkt. Ein anderer, wichtigerer Grund ist darin zu suchen, daß die Menschen sich durch die wachsende Automatisierung und die übertriebene Konformität immer mehr verunsichert fühlen.

Das Problem wird noch komplizierter durch die Verwechslung der psychischen mit der wirtschaftlichen Sicherheit. Es ist eine der fundamentalen Veränderungen der letzten fünfzig Jahre, daß sich in allen westlichen Ländern das Prinzip durchgesetzt hat, daß jeder Bürger ein gewisses Minimum an materieller Sicherheit im Falle von Arbeitslosigkeit, Krankheit, und Alter haben soll. Während man dies jedoch prinzipiell akzeptiert, sind doch noch viele Unternehmer heftig dagegen und bekämpfen erbittert seine immer weitergehende Anwendung; sie sprechen verächtlich vom 'Wohlfahrtsstaat', der die private Initiative und den Unternehmungsgeist abtöte, und während sie die sozialen Sicherheitsmaßnahmen attackieren, behaupten sie, für die Freiheit und Initiative des Arbeiters einzutreten. **Daß ihre Argumente nichts weiter sind als bloße Rationalisierungen**, zeigt sich daran, daß die gleichen Leute keine Bedenken haben, die wirtschaftliche Sicherheit als eines der Hauptlebensziele zu preisen“ (Fromm 1982, 186f, Hervorheb. im Original, Hervorheb. fett MM, vgl. auch Fromm 1973, 174). (Stütze 4, Reflexion/Wissen als Interpretation)

Zum Thema Sicherheit in Bezug auf Haben und Sein fragt Fromm kritisch:

(3. Alternativprämisse, Sein)

„*Wer bin ich, wenn ich bin, was ich habe, und dann verliere, was ich habe?* Nichts als ein besiegter, gebrochener, erbarmenswerter Mensch, Zeugnis einer falschen Lebensweise. Weil ich verlieren *kann*, was ich habe, mache ich mir natürlich ständig Sorgen, daß ich verlieren *werde*, was ich habe. Ich fürchte mich vor Dieben, vor wirtschaftlichen Veränderungen, vor Revolutionen, vor Krankheit, vor dem Tod, und ich habe Angst zu lieben, Angst vor der Freiheit, vor dem Wachsen, vor der Veränderung, vor dem Unbekannten. So lebe ich in ständiger Sorge und leide an chronischer Hypochondrie, nicht nur in bezug auf Krankheiten, sondern hinsichtlich jeglichen Verlusts, der mich treffen könnte; ich werde defensiv, hart, misstrauisch, einsam, von dem Bedürfnis getrieben, mehr zu haben“ (Fromm 2000, 108, Hervorheb. im Original). „Die Angst und Unsicherheit, die durch die Gefahr entsteht, zu verlieren, was man hat, gibt es in der Existenzweise des Seins nicht. Wenn ich bin, der ich bin und nicht, was ich habe, kann mich niemand berauben oder meine Sicherheit und mein Identitätsgefühl

bedrohen. [...] In der Existenzweise des Seins liegt die einzige Bedrohung meiner Sicherheit in mir selbst: im mangelnden Glauben an das Leben und an meine produktiven Kräfte, in regressiven Tendenzen, in innerer Faulheit, in der Bereitschaft, andere über mein Leben bestimmen zu lassen. Aber diese Gefahren gehören nicht notwendig zum Sein, wohingegen die Gefahr des Verlustes dem Haben innewohnt“ (Fromm 2000, 109, Hervorheb. im Original). (Stütze 4, Reflexion/Wissen als Interpretation)

In Bezug auf die psychische Sicherheit sei das Ziel, mit Unsicherheit umgehen zu lernen:

(5. Adäquatheitsprämisse)

„Wie kann sich ein empfindsamer und lebendiger Mensch je sicher fühlen? Infolge der eigentlichen Bedingungen unsrer Existenz können wir in bezug auf gar nichts Sicherheit empfinden. [...] Genau wie ein empfindsamer und lebendiger Mensch nicht vermeiden kann, traurig zu werden, vermag er auch nicht, dem Gefühl der Unsicherheit zu entgehen. Die psychische Aufgabe, die ein Mensch sich setzen kann und muß, ist *nicht, sich sicher zu fühlen, sondern Unsicherheit ohne Panik und unziemliche Furcht zu ertragen.*

Das Leben ist in seinen geistig-seelischen Aspekten notwendigerweise unsicher und ungewiß. Gewissheit gibt es nur in bezug auf die Tatsachen, daß wir geboren werden und sterben müssen. Vollendete Sicherheit ist nur zu finden in einer ebenso völligen Unterwerfung unter Mächte, die als stark und beständig gelten und die den Menschen befreien von der Notwendigkeit, Entschlüsse zu fassen, Risiken einzugehen und Verantwortungen zu übernehmen. *Der freie Mensch ist notwendigerweise unsicher, der denkende ebenso unausweichlich ungewiß*“ (Fromm 1973, 176, Hervorheb. im Original, vgl. auch Fromm 1982, 188). (Stütze 4, Reflexion/Gebot)

Da es gemeinhin für den Menschen schwer sei, Unsicherheit zu ertragen, so Fromm, versuche er daher seine Sicherheit durch Konformität zu erlangen (vgl. ebd. 177 u Fromm 1982, 189).

Humanismus-Argument

Fromm ist entschiedener Vertreter des Humanismus, der Mensch müsse zu sich selbst zurückfinden und sich von der Entfremdung der modernen Gesellschaft befreien:

(3. Alternativprämisse)

„Vom Standpunkt des normativen Humanismus aus müssen wir zu einer anderen Vorstellung von geistig-seelischer Gesundheit gelangen: Derselbe Mensch, der in den Kategorien einer entfremdeten Welt als gesund gilt, erscheint vom humanistischen Standpunkt aus als der am schwersten Erkrankte – wenn er auch nicht an einer individuellen Krankheit, sondern an einem gesellschaftlich vorgeprägten Defekt leidet. Seelische Gesundheit im humanistischen Sinne ist gekennzeichnet durch die Fähigkeit zu lieben und schöpferisch tätig zu sein, durch die Loslösung von den inzestuösen Bindungen an die Familie und die Natur, durch ein Gefühl der Identität, das sich auf das Erlebnis des Selbst als Subjekt und Urheber der eigenen Kräfte gründet, und durch die Erfassung der Realität im eigenen Ich und außerhalb seiner selbst, das heißt durch die Entwicklung von Objektivität und Vernunft. Das Ziel des Lebens besteht darin, intensiv zu leben, voll geboren zu werden und voll wach zu sein; von den Ideen eines infantilen Allmachtsgefühls loszukommen und zur Erkenntnis seiner wirklichen, wenngleich begrenzten Kraft zu gelangen; fähig zu werden, das Paradoxon zu akzeptieren, daß ein jeder von uns zugleich das Allerwichtigste auf der Welt und doch nicht wichti-

5.4 Erich Fromm und der Humanismus

ger als eine Fliege oder ein Grashalm ist“ (Fromm 1982, 194). (Stütze 4, Reflexion/Gebot)

Mit Bezug auf Marx sei das Hauptziel des Humanismus die Befreiung von der Selbstentfremdung des Menschen:

(4. Praxisprämisse)

„Die Philosophie von Marx stellt, wie der größte Teil des existentialistischen Denkens, einen Protest gegen die Entfremdung des Menschen, den Verlust seiner selbst und seine Verwandlung in einen Gegenstand, dar. Diesen Protest erhebt sie gegen die Enthumanisierung und Automatisierung des Menschen, die mit der Entwicklung des westlichen Industrialismus verbunden ist. Marx' Philosophie übt radikale Kritik an allen jenen 'Antworten', die das Problem der menschlichen Existenz zu lösen suchen, indem sie die in ihr beschlossenen Widersprüche leugnen oder verschleiern. Sie wurzelt in der humanistischen philosophischen Tradition des Westens, die von Spinoza über die französische und deutsche Aufklärung des achtzehnten Jahrhunderts bis zu Goethe und Hegel reicht, und deren innerstes Wesen die Sorge um den Menschen und um die Verwirklichung seiner Möglichkeiten ist“ (Fromm 1963, 5). (Stütze 1, wiss. Position)

Durch ein Grundeinkommen würde das humanistische Prinzip bestätigt:

(5. Adäquatheitsprämisse)

„Das garantierte Einkommen würde nicht nur aus dem Schlagwort 'Freiheit' eine Realität machen, es würde auch ein tief in der religiösen und humanistischen Tradition des Westens verwurzelttes Prinzip bestätigen, daß der Mensch unter allen Umständen das Recht hat zu leben. Dieses Recht auf Leben, Nahrung und Unterkunft, auf medizinische Versorgung, Bildung usw. ist ein dem Menschen angeborenes Recht, das unter keinen Umständen eingeschränkt werden darf, nicht einmal im Hinblick darauf, ob der Betreffende für die Gesellschaft 'von Nutzen ist'“ (Fromm 1986, 20). (Stütze 4, Gebot)

Mit Stützung auf Albert Schweitzer formuliert er weitergehend:

(3. Alternativprämisse)

„Vermutlich weil Schweitzer Theologe war und zumindest als Philosoph durch seinen Begriff der 'Ehrfurcht vor dem Leben' als Basis der Ethik am bekanntesten wurde, ist vielfach übersehen worden, daß er einer der radikalsten Kritiker der Industriegesellschaft war und deren Mythos von Fortschritt und allgemeinem Glück entlarvte. Er erkannte den Verfall der menschlichen Gesellschaft durch die Praxis des Industriezeitalters. Schon zu Beginn dieses Jahrhunderts sah er die Schwäche und Abhängigkeit der Menschen, **die destruktive Wirkung des Zwanges zur Arbeit**, die Vorzüge verringerter Arbeit und verringertem Konsums. Er postulierte die Notwendigkeit einer Renaissance des kollektiven Lebens, das im Geiste der Solidarität und der Ehrfurcht vor dem Leben organisiert werden sollte“ (Fromm 2000, 155, Hervorheb. fett MM). (Stütze 1, wiss. Position)

Schuldgefühl-Argument

Im Zusammenhang mit dem Autorität- und Konformismus-Argument ist das Schuldgefühl-Argument zu sehen:

(1. Defizitprämisse)

„Aber wenn wir etwas unter die Oberfläche gehen, finden wir, daß die Menschen aus Hunderten von Gründen ein schlechtes Gewissen haben: weil sie nicht schwer genug gearbeitet haben, weil sie zu nachsichtig – oder nicht nachsichtig genug – mit ihren Kindern waren, weil sie nicht genug für ihre Mutter getan haben oder einem Schuldner gegenüber zu nachgiebig waren. [...] Was könnte die Ursache für so viele Schuldgefühle sein? Mir scheint, daß sie aus zwei Hauptquellen stammen, die zwar an sich völlig unterschiedlichster Art sind, aber zum gleichen Ergebnis führen. Die eine Quelle ist dieselbe, aus der auch die Minderwertigkeitsgefühle entspringen: Anders zu sein als die übrigen, nicht völlig angepasst zu sein, bewirkt, daß man gegenüber den Geboten des großen Man ein schlechtes Gewissen hat. Die andere Quelle des Schuldgefühls ist des Menschen eigenes Gewissen. Er fühlt seine Gaben oder Talente, seine Fähigkeit zu lieben, zu denken, zu lachen, zu weinen, zu staunen und etwas zu schaffen, er fühlt, daß sein Leben die einzige Chance ist, die ihm gegeben wurde, und daß er alles verloren hat, wenn er sie sich entgehen läßt. [...] Er kann nicht umhin, sich schuldig zu fühlen, weil er sein Leben verschwendet und seine Chance verspielt“ (Fromm 1982, 196). (Stütze 4, Reflexion/Wissen als Interpretation)

Geldverdienst-Argument

Fromm zitiert Henry Thoreau (1817-1862) aus seinem Buch „Life without Principle“ (1863):

(1. Defizitprämisse, 3. Alternativprämisse)

„Wenn jemand aus Liebe zum Wald regelmäßig einen halben Tag darin spazieren geht, muß er damit rechnen, für einen Müßiggänger gehalten zu werden, aber wenn er seine ganze Zeit als Spekulant verbringt und die Wälder abholzt und die Erde vorzeitig kahl macht, dann sieht man in ihm einen fleißigen, unternehmungsfreudigen Mitbürger. Als ob eine Stadt an ihren Wäldern kein anderes Interesse hätte, als sie roden! [...] Die Wege, auf denen man Geld verdienen kann, führen fast ausnahmslos bergab. Wenn man etwas getan hat, womit man lediglich Geld verdient hat, dann ist man in Wirklichkeit faul gewesen, oder noch schlimmeres. Wenn der Arbeiter nicht mehr bekommt als den Lohn, den sein Arbeitgeber ihm bezahlt, dann ist er betrogen, dann betrügt er sich selbst. Wer als Schriftsteller oder als Vortragsredner Geld verdienen möchte, muß populär sein, und das bedeutet, daß es mit ihm steil bergab geht. Das Ziel des Arbeiters sollte nicht sein, seinen Lebensunterhalt zu verdienen und 'einen guten Job' zu bekommen, sondern eine bestimmte Arbeit gut zu verrichten. Und selbst vom materiellen Standpunkt aus wäre es für eine Stadt vorteilhaft, ihre Arbeiter so gut zu bezahlen, daß sie nicht das Gefühl hätten, für simple gemeinsame Ziele, wie zum Beispiel ausschließlich für ihren Lebensunterhalt zu arbeiten, sondern für wissenschaftliche oder sogar moralische Ziele. Stelle nicht den Mann ein, der deine Arbeit für Geld tut, sondern den, der sie aus Liebe zur Arbeit tut [...] Die Art und Weise, wie die meisten Menschen ihren Lebensunterhalt verdienen, das heißt wie sie leben, ist ein bloßer Notbehelf und ein Sich-Drücken vor der wahren Lebensaufgabe – und das hauptsächlich, weil sie es nicht anders wollen¹³⁴“ (Fromm 1982, 204). (Stützen 1 u. 4, wiss. Position, Reflexion/Gebot)

¹³⁴ Fromm zitiert hier Thoreau, H., 1947: The Portable Thoreau, herausgegeben von Carl Bode, New York 1947, 632-655.

Auch im Folgenden stützt Fromm sich auf einen weiteren Autor:

(1. Defizitprämisse)

„Die Arbeit ist ein Mittel zum Geldverdienen, und nicht eine in sich sinnvolle Tätigkeit. P. Drucker hat diese Idee nach der Beobachtung von Arbeitern in der Automobilindustrie sehr scharf umrissen: 'Für die große Mehrheit der Automobilarbeiter liegt der einzige Sinn ihres 'Jobs' in der Lohntüte, und nicht in irgend etwas, was mit der Arbeit oder dem Produkt zu tun hat. Die Arbeit erscheint als unnatürliche, bedeutungslose, ja verdummende Voraussetzung für die Lohntüte, an sich ebenso sehr jeglicher Würde wie jeder Wichtigkeit bar. Kein Wunder, daß das Erstrebte schlampige Arbeit ist, Verlangsamung des Tempos und andre Tricks, um den gleichen Lohn für weniger Leistung zu erhalten. Und darum auch kein Wunder, daß ein unglücklicher und unzufriedener Arbeiter die Folge ist – denn Lohnempfang allein genügt nicht als Basis für die Selbstachtung des Menschen.'¹³⁵

Die Beziehung des Arbeiters zu seinem Tun ist das Ergebnis der gesamten gesellschaftlichen Organisation, deren Teil er ist. Er ist 'angestellt'¹³⁶ und nicht ein aktiver Mitarbeiter, er hat keine Verantwortung außer der Ausführung des isolierten Stücks Arbeit, das ihm zugeteilt ist, und er hat wenig Interesse daran, ausgenommen, daß er genug Geld mit heimnehmen will, um sich und seine Familie durchzubringen“ (Fromm 1973, 162f, Hervorheb. im Original). (Stütze 1, wiss. Position)

Geschehe das Arbeiten rein um des Geldverdienen Willens, handele es sich um entfremdete Arbeit. Arbeit, hier wohl mehr im Sinne von Berufung gemeint, sollte Fromm zufolge aber weit mehr beinhalten:

(1. Defizitprämisse)

„Wenn wir die üblichen Meinungen über die Motivation für die Arbeit betrachten, dann leuchtet ein, daß sie auf der Annahme entfremdeter Arbeit beruhen und daß ihre Schlußfolgerungen für nicht entfremdete, anziehende Arbeit nicht zutreffen.

Die konventionelle und am meisten verbreitete Theorie besagt, *Geld* sei der Hauptantrieb zur Arbeit. Diese Antwort kann [...] bedeuten [...], daß die Furcht vor dem Hunger der Hauptantrieb für Arbeit sei; in diesem Fall ist das Argument zweifellos zutreffend. Manche Arten von Arbeit würden auf Grund des Lohnes oder anderer Arbeitsbedingungen niemals angenommen, stünde der Arbeiter nicht vor der Wahl, entweder diese Bedingungen zu akzeptieren oder zu verhungern. Die unangenehme, niedrige Arbeit wird in unsrer Gesellschaft nicht freiwillig getan, vielmehr zwingt die Notwendigkeit, den Lebensunterhalt zu verdienen, viele Menschen, sie zu übernehmen“ (Fromm 1973, 258, Hervorheb. im Original). (Stütze 4, Reflexion/Wissen als Interpretation)

¹³⁵ Fromm zitiert hier Peter F. Drucker 1946: *Concept of the Corporation*, The John Day Company, New York, 179.

¹³⁶ Fromm ergänzt hier in einer Fußnote: „Das deutsche 'angestellt' wie das englische 'employed' = 'verwendet' sind Ausdrücke, die eher für Dinge als für Menschen geeignet sind“ (Fromm 1973, 163). Vgl. dazu auch das Urheber-Argument.

Zweck-Argument

Der Mensch dürfe niemals als Mittel zum Zweck benutzt werden, sondern immer nur als Selbstzweck behandelt werden. Damit folgt Fromm als Humanist schon der von Kant formulierten Maxime:

(5. Adäquatheitsprämisse)

„Der Mensch ist Selbstzweck und darf nie als Mittel zum Zweck benutzt werden; die materielle Produktion ist für den Menschen da und nicht der Mensch für die materielle Produktion. Ziel des Lebens ist die Entfaltung der schöpferischen Kräfte des Menschen“ (Fromm 1982, 221). „Welche Gesellschaft entspricht nun aber diesem Ziel der seelischen Gesundheit, und wie sieht die Struktur einer gesunden Gesellschaft aus? Vor allem müßte es sich um eine Gesellschaft handeln, in welcher kein Mensch für einen anderen Mittel zum Zweck ist, sondern in der er stets und ausnahmslos Selbstzweck ist. Folglich dürfte niemand für Zwecke benutzt werden oder sich selbst dazu benutzen, die nicht der Entfaltung seiner eigenen menschlichen Kräfte dienen. Es müßte eine Gesellschaft sein, in der der Mensch im Mittelpunkt steht und in der alle ökonomischen und politischen Tätigkeiten Ziel seines Wachstums untergeordnet sind. In einer gesunden Gesellschaft haben Eigenschaften wie Habgier, Ausbeutung, Besitzstreben und Narzißmus keine Chance, jemandem größeren materiellen Gewinn oder ein höheres Ansehen zu verschaffen, und das Handeln nach dem eigenen Gewissen wird als eine fundamentale und notwendige Eigenschaft angesehen, während Opportunismus und Mangel an Prinzipien als asozial betrachtet werden“ (Fromm 1982, 259f). (Stütze 4, Gebot)

Die Entwicklung hin zu fremdbestimmten Zwecken ist zusammen mit dem Entfremdung-Argument zu betrachten und sei, so Fromm, historisch begründet, er beschreibt wie folgt:

(2. Ursachenprämisse, historisch)

„Im Mittelalter war das Kapital der Diener des Menschen; in dem neuen System wurde es sein Herr. In dem mittelalterlichen System war die wirtschaftliche Tätigkeit Mittel zu einem Zweck; der Zweck war das menschliche Leben oder – im Sinn der katholischen Kirche – des Menschen geistiges Heil. Wirtschaftstätigkeit war notwendig; auch die Reichen können zu Gottes Zwecken dienen, jedoch alles äußere Tun hatte Bedeutung und Rang nur insoweit, als den Zielen des menschlichen Daseins förderlich war. Wirtschafts-Aktivität und Streben nach Gewinn um seiner selbst willen erschien mittelalterlichem Denken ebenso irrational wie dessen Fehlen dem modernen Denken erscheinen würde.

Im Kapitalismus wurden Wirtschafts-Aktivität, Erfolg, materieller Gewinn zu Selbstzwecken. Es wurde des Menschen Bestimmung, zum Gedeihen des Wirtschaftssystems beizutragen, Kapital anzuhäufen – nicht zum Zweck eigener Glückseligkeit, eigenen Heils, sondern als Ziel an sich, als Endziel. Der Mensch wurde ein Zahn am Riesenrad der Wirtschaftsmaschine – ein gewichtiges, wenn er über viel Kapital verfügte, ein unbedeutendes, wenn er keines besaß, immer jedoch ein Radzahn, der außerhalb seiner selbst gelegenen Zwecke diene. Diese Bereitschaft, sein eigenes Selbst außermenschlichen Zwecken unterzuordnen, war zwar vom Protestantismus vorbereitet, doch hätte Luthers und Calvins Geist nichts ferner gelegen als die Billigung dieser Suprematie wirtschaftlicher Betätigung. Sie hatten in ihren theologischen Lehren lediglich dadurch den Grund zu dieser Entwicklung gelegt, daß sie des Menschen geistiges Rückgrat, seinen Stolz, seine Würde, brachen, indem sie ihn lehrten, daß Tätigkeit Ziele zu fördern habe, die außerhalb seiner selbst gelegen waren“ (Fromm 1945, 113). (Stütze 1, Verweisung auf Bekanntes/Geschichte)

Naiver-Optimismus-Argument

Das Naiver-Optimismus-Argument bezieht sich auf die durch Marx ausgelöste Strömung und kritisiert diese insofern, als sie entscheidende Probleme bei der Bekämpfung des Kapitalismus nicht beachtet habe. Der sog. Kommunitäre Sozialismus habe die Probleme weit klarer gesehen:

(3. Alternativprämisse)

„Die berühmte Behauptung am Schluß des Kommunistischen Manifests, daß die Arbeiter nichts 'zu verlieren [haben, MM] als ihre Ketten' (K. Marx, 1971, S. 560)¹³⁷, enthält einen tiefgreifenden psychologischen Irrtum. Mit ihren Ketten haben sie auch alle jene irrationalen Bedürfnisse und deren Befriedigung eingebüßt, die sich ausbilden, während sie noch ihre Ketten trugen. In dieser Hinsicht sind Marx und Engels nie über den naiven Optimismus des achtzehnten Jahrhunderts hinausgekommen“ (Fromm 1982, 248, vgl. auch Fromm 1973, 234). „Das Versagen – wie vielleicht auch die Popularität des marxistischen Sozialismus – liegt eben an dieser bürgerlichen Überschätzung der Besitzrechte und der rein wirtschaftlichen Faktoren. Aber andere sozialistische Richtungen waren sich der im Marxismus vorhandenen Fallstricke viel deutlicher bewußt, und sie haben daher das Ziel des Sozialismus weit adäquater formuliert. Owenisten, Syndikalisten, Anarchisten und Gilden-Sozialisten waren sich in ihrem Hauptanliegen einig¹³⁸, nämlich der gesellschaftlichen und menschlichen Situation des Arbeiters bei seiner Arbeit und die Art seiner Beziehung zu seinen Arbeitskollegen. (Unter 'Arbeiter' verstehe ich hier [...] einen jeden, der von seiner eigenen Arbeit lebt, ohne zusätzliche Gewinne durch die Beschäftigung anderer.) Ziel all dieser verschiedenen Formen des Sozialismus, den wir als 'kommunitären Sozialismus' (*communitarian socialism*) bezeichnen können, war eine Organisation der Industrie, in der jeder arbeitende Mensch ein aktiver und verantwortlicher Partner ist, in der die Arbeit attraktiv und sinnvoll ist und in der nicht das Kapital die Arbeiter in seinen Dienst stellt, sondern die Arbeiter das Kapital“ (Fromm 1982, 266f, Hervorheb. im Original). (Stütze 1, wiss. Position)

Eine rein nur auf wirtschaftlicher Basis geforderte gesellschaftliche Veränderung unterschläge eben die notwendigen Schritte, die Fromm darüber hinaus fordert:

¹³⁷ Fromm bezieht sich hier auf Marx, Karl (1971): Die Frühschriften, herausgegeben von Siegfried Landshut, Stuttgart.

¹³⁸ Siehe dazu auch Russell (1973), der sich in seinem 1918 erschienenen Werk auch nach dem ersten Weltkrieg schon zum Grundeinkommen geäußert hat: „Einfacher formuliert, läuft unser Vorschlag auf folgendes hinaus: Jedem, ob er arbeitet oder nicht, sollte ein kleines, zur Befriedigung der Grundbedürfnisse erforderliches Einkommen sicher sein; ein höheres Einkommen (um so viel höher wie die Summe der erzeugten Waren gestattet) sollten die erhalten, die bereit sind, eine von der Gesellschaft als nützlich anerkannte Arbeit zu verrichten. Dies wäre das Fundament“ (93).

(1. Defizitprämisse)

„Die Unterschätzung der Vielschichtigkeit der menschlichen Leidenschaften verführte Marx zu drei höchst gefährlichen Denkfehlern. Erstens zur Vernachlässigung des *moralischen* Faktors im Menschen. Eben weil er glaubte, das Gute im Menschen würde sich automatisch durchsetzen, wenn die wirtschaftlichen Wandlungen vollzogen seien, sah er nicht, daß eine bessere Gesellschaft nicht von Menschen ins Leben gerufen werden kann, die keinen sittlichen Wandel in sich selbst vollzogen haben. Er vergaß, wenigstens in seinen Äußerungen, die Notwendigkeit einer neuen moralischen Orientierung zu betonen, ohne die alle politischen und wirtschaftlichen Veränderungen nichtig sind.

Der zweite, aus der gleichen Quell stammende Irrtum, war Marx' Fehlbeurteilung der Chancen der Verwirklichung des Sozialismus. Im Gegensatz zu Männern wie Proudhon und Bakunin (und später Jack London in seinem 'Iron Heel'), welche die Finsternis voraussahen, die die westliche Welt bedecken würde, ehe das neue Licht scheinen könne, glaubten Marx und Engels an das unmittelbare Herannahen der 'neuen Gesellschaft'; sie ahnten nur sehr unbestimmt die Möglichkeit eines neuen Barbarentums in Gestalt von kommunistischer und faschistischer autoritärer Herrschaft und von Kriegen mit unerhörten Vernichtungskräften. Dieses unrealistische Fehldenken war schuld an vielen der theoretischen und politischen Irrtümer in Marx' und Engels' Gedankenarbeit und wurde die Basis für die Zerstörung des Sozialismus, die mit Lenin begann.

Der dritte Irrtum war Marx' Auffassung, die Sozialisierung der Produktionsmittel sei nicht nur die *notwendige*, sondern die *ausreichende* Vorbedingung für die Umwandlung der kapitalistischen in eine sozialistisch-kooperative Gesellschaft. Auch diesem Irrtum liegt das übervereinfachte, überoptimistische, rationalistische Bild des Menschen zugrunde. Wie Freud glaubte, die Befreiung des Menschen von unnatürlichen, überstrengen sexuellen Tabus müsse zu seelischer Gesundheit führen, so meinte Marx, die Befreiung von Ausbeutung würde automatisch freie und kooperative Wesen zur Folge haben in bezug auf die sofortige Wirkung von Veränderungen der Umweltfaktoren war er so optimistisch wie die Enzyklopädisten des 18. Jahrhunderts es waren, und seine Einschätzung der Macht von irrationalen und destruktiven Leidenschaften, die nicht von einem Tag zum andern durch wirtschaftliche Veränderungen umgewandelt werden können, war ungenügend“ (Fromm 1973, 234, Hervorheb. im Original). (Stütze 1, wiss. Position)

Demokratischer-Sozialismus-Argument

Fromms Lösungsvorschlag für einen Weg aus der kranken Gesellschaft liegt im demokratischen Sozialismus, der den Weg für eine gesunde Gesellschaft anbahnen sollte (vgl. Fromm 1982, 254ff). Damit will Fromm zugleich über den von ihm Marx' zugeschriebenen naiven Optimismus hinaus gelangen. Fromm formuliert:

(3. Alternativprämisse)

„Meiner scharfen Kritik auf den vorangegangenen Seiten liegt vor allem die Absicht zugrunde, auf die Notwendigkeit hinzuweisen, daß der demokratische Sozialismus sich wieder den menschlichen Aspekten des sozialen Problems zukehren und sich darauf konzentrieren muß, daß er am Kapitalismus kritisieren sollte, was er den humanen Eigenschaften des Menschen, seiner Seele und seinem Geist antut. Man sollte jeden Sozialismus unter dem Gesichtspunkt des Menschen betrachten und sich die Frage stellen, auf welche Weise eine sozialistische Gesellschaft dazu beitragen kann, die Entfremdung des Menschen und die Idolatrie [grch. „Bilderverehrung“, MM] von Wirtschaft und Staat zu beenden“ (Fromm 1982, 253). „Unsere einzige Alternative

5.4 Erich Fromm und der Humanismus

zum drohenden Robotertum ist der humanistische kommunitäre Sozialismus“ (Fromm 1982, 338, vgl. auch Fromm 1973, 321). (Stütze 3, Erfahrung als Exempel)

Für eine Lösung der gesellschaftlichen Probleme kommt für Fromm nur eine Möglichkeit in Frage, die im Zusammenhang mit dem Zweck-Argument zu betrachten ist:

(5. Adäquatheitsprämisse)

„Die einzige aufbauende Lösung ist die des humanistischen, demokratischen Sozialismus, der nach einer grundlegenden Neuorganisation unsres Wirtschaft- und Sozialsystems strebt. Und zwar in der Richtung auf die Befreiung des Menschen vom Benutztwerden als ein Mittel für Zwecke außerhalb seiner selbst und auf die Erschaffung einer Gesellschaftsordnung, in der menschliche Solidarität, Vernunft und schöpferisches Tun gefördert und nicht gehemmt werden. Trotzdem ist nicht zu bestreiten, daß die Ergebnisse des Sozialismus, wo er bisher in die Praxis umgesetzt wurde, mindestens enttäuschend waren“ (Fromm 1973, 245). (Stütze 2, Absolute Norm)

Emotionale-Freiheit-Argument

Freiheit beinhaltet im Wesentlichen für Fromm zwei Aspekte, die wirtschaftliche/ökonomische und die emotionale Freiheit. Aus psychoanalytischer Perspektive müsse sich der Mensch von inneren Zwängen befreien, aber beide Aspekte hingen miteinander zusammen:

(2. Ursachenprämisse, wirtschaftlich/historisch)

„Die Predigt des Evangeliums führte zur Katholischen Kirche; die Lehren der Aufklärer des achtzehnten Jahrhunderts führten zu Robespierre und zu Napoleon; die Doktrinen von Marx führten zu Stalin. Es hätte auch kaum anders kommen können. Der Mensch ist eine Einheit, sein Denken, sein Fühlen und seine Lebenspraxis sind untrennbar miteinander verbunden. Er kann in seinem Denken nicht frei sein, wenn er nicht auch emotional frei ist; und er kann emotional nicht frei sein, wenn er in seiner Lebenspraxis, in seinen ökonomischen und sozialen Beziehungen abhängig und unfrei ist“ (Fromm 1982, 256, vgl. auch Fromm 1973, 241). (Stütze 4, Reflexion/Wissen als Interpretation)

Wirtschaftsfreiheit-Argument

Der wirtschaftliche Überflus könne den Menschen von der Angst vor dem Hungertod befreien:

(5. Adäquatheitsprämisse)

„Ein garantiertes Einkommen, das im Zeitalter des wirtschaftlichen Überflusses möglich wird, können (sic!) zum erstenmal den Menschen von der Drohung des Hungertods befreien und ihn auf diese Weise von wirtschaftlicher Bedrohung wahrhaft frei und unabhängig machen. Niemand müßte sich mehr nur deshalb auf bestimmte Arbeitsbedingungen einlassen, weil er sonst befürchten müßte, er würde verhungern. Begabte oder ehrgeizige Männer und Frauen könnten die Ausbildung wechseln, um sich damit auf einen anderen Beruf vorzubereiten; eine Frau könnte ihren Ehemann, ein Jugendlicher seine Familie verlassen. Die Menschen hätten keine Angst mehr, wenn sie den Hunger nicht mehr zu befürchten brauchten. (Dies trifft natürlich nur dann zu, wenn keine politischen Drohungen den Menschen am freien Denken, Reden

und Handeln hindern.)“ (Fromm 1986, 20). (Stütze 4, Reflexion/Einsicht)

Ohne die wirtschaftliche Freiheit sei Freiheit nie komplett zu denken:

(6. Ausnahmeprämissen, Bedingung)

„Wenn Freiheit für den einfachen Menschen irgend etwas bedeuten soll, so muß sie wirtschaftliche Freiheit miteinschließen. Ehe nicht die Menschen sich bei ihrer Arbeit als Glieder einer sich selbst verwaltenden Gemeinschaft aller Arbeitenden empfinden, werden sie Knechte sein, wie immer das politische System geartet sein mag, unter dem sie leben“ (Fromm 1982, 268). (Stütze 2, Absolute Norm)

Die Hauptursache für Unfreiheit sei eben heute noch die durch wirtschaftliche Zwänge bestimmte:

(6. Ausnahmeprämissen, Bedingung)

„Jeder einzelne kann nur frei und verantwortungsbewußt handeln, wenn eine der Hauptursachen der heutigen Unfreiheit beseitigt wird: die wirtschaftliche Bedrohung, hungern zu müssen, welche die Menschen dazu zwingt, sich auf Arbeitsbedingungen einzulassen, die sie sonst nicht akzeptieren würden. Es wird keine Freiheit geben, solange der Kapitalist einem Menschen, der 'nichts' besitzt als sein Leben, seinen Willen aufzwingen kann, weil letzterer aus Mangel an Kapital keine Arbeit findet außer der, welche der Kapitalist ihm bietet“ (Fromm 1982, 314). (Stütze 2, Absolute Norm)

Der Anreiz für sinnvolle, qualifizierte Arbeit müsse aus dem Inneren des Menschen kommen:

(3. Alternativprämissen)

„Geld, Prestige und Macht sind heutzutage die Hauptanreize für den größten Sektor unserer Bevölkerung. Es gibt aber noch andre Motive: die Befriedigung durch den Aufbau einer *unabhängigen wirtschaftlichen Existenz* und das Vollbringen einer *qualifizierten Arbeit*; beides macht das Tun sinnvoller und anziehender als dasjenige unter der Motivation durch Geld und Macht. Während aber wirtschaftliche Unabhängigkeit und Können für den selbständigen Geschäftsmann, den Handwerker und den hochqualifizierten Arbeiter des 19. und des beginnenden 20. Jahrhunderts wichtige Quellen der Befriedigung waren, nimmt nunmehr die Rolle dieser Anreize erheblich ab“ (Fromm 1973, 260, Hervorheb. im Original). (Stütze 2, Verweisung auf Bekanntes/Geschichte)

Handlungsfreiheit-Argument

Die meiste Zeit der Menschheitsgeschichte sei der Mensch aufgrund von ökonomischen Zwängen und Angst vor Hunger in seinem Handeln nicht wirklich frei gewesen:

(2. Ursachenprämissen, historisch/wirtschaftlich)

„Für ein garantiertes Einkommen für alle spricht in erster Linie, daß die Freiheit des einzelnen auf diese Weise entschieden erweitert werden könnte. Bisher war der Mensch während seiner gesamten Geschichte durch zwei Faktoren in seiner Handlungsfreiheit eingeschränkt: durch die Anwendung von Gewalt von seiten der Herrschenden (besonders dadurch, daß diese in der Lage waren, Abweichler umzubringen) und – was noch wesentlicher war – dadurch, daß alle vom Hungertod bedroht waren, die nicht bereit waren, die ihnen auferlegten Bedingungen in bezug auf ihre Arbeit und

5.4 Erich Fromm und der Humanismus

ihre soziale Existenz zu akzeptieren.

Jeder, der nicht bereit war, diese Bedingungen anzunehmen, sah sich der Gefahr, verhungern zu müssen, ausgesetzt, und zwar sogar dann, wenn keine anderen Gewaltmaßnahmen gegen ihn angewandt wurden. Das während des größten Teils der vergangenen und der gegenwärtigen Menschheitsgeschichte vorherrschende Prinzip lautet (im Kapitalismus genau wie in der Sowjetunion): 'Wer nicht arbeiten will, soll auch nicht essen.' Diese Drohung zwang den Menschen, nicht nur so zu *handeln*, wie von ihm verlangt wurde, sondern auch so zu denken und zu fühlen, daß er nicht einmal in Versuchung geriet, sich anders zu verhalten.

Daß die Geschichte auf dem Prinzip der Angst beruht, verhungern zu müssen, hat seine Ursache letzten Endes darin, daß der Mensch – von bestimmten primitiven Gesellschaften abgesehen – auf einem wirtschaftlich wie psychologisch niedrigen Existenzniveau lebte. Es waren niemals ausreichend materielle Güter vorhanden, mit denen man die Bedürfnisse aller hätte befriedigen können“ (Fromm 1986, 19, Hervorheb. im Original). (Stütze 2, Verweisung auf Geschichte)

Ein gesellschaftliches System der bedingungslosen Existenzsicherung schaffe erst die wahren Voraussetzungen für echte Handlungsfreiheit, dazu gibt Fromm einige Beispiele:

(5. Adäquatheitsprämisse)

„Aber ein solches System wäre nicht nur der Anfang einer echten Vertragsfreiheit zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern, es würde auch den Freiheitsbereich in den zwischenmenschlichen Beziehungen im täglichen Leben ungemein vergrößern. Sehen wir uns einige Beispiele an. Jemand, der heute in Arbeit steht und dem seine Tätigkeit nicht zusagt, sieht sich oft gezwungen weiterzumachen, weil er nicht die Mittel besitzt, um eine Arbeitslosigkeit von nur ein oder zwei Monaten riskieren zu können, und weil er, wenn er seine Stelle freiwillig aufgibt, natürlich keinen Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung hat. Tatsächlich reichen jedoch die psychologischen Auswirkungen dieser Situation viel tiefer. Schon die Tatsache, daß er nicht riskieren kann, entlassen zu werden, führt leicht dazu, daß er vor seinem Chef und vor allen, von denen er abhängig ist, Angst hat. Er wird Hemmungen haben, ihnen zu widersprechen; er wird versuchen, sich bei ihnen beliebt zu machen, und wird eine unterwürfige Haltung einnehmen, weil er ständig Angst hat, der Chef könnte ihn auf die Straße setzen, wenn er sich gegen ihn durchzusetzen versuchte. Oder nehmen wir jemanden, der mit vierzig Jahren den Wunsch verspürt, lieber eine völlig andere Tätigkeit aufzunehmen, für die er aber eine ein- bis zweijährige Ausbildung braucht. Da unter den Bedingungen eines garantierten Existenzminimums ein solcher Entschluß bedeuten würde, daß er mit einem minimalen Komfort auskommen müsste, würde es schon eine große Begeisterung für sein neues Betätigungsgelände und ein großes Interesse daran erfordern. Deshalb würden nur wirklich dafür Begabte und besonders daran Interessierte eine solche Entscheidung treffen. Oder nehmen wir eine Frau, die in einer unglücklichen Ehe lebt und die ihren Mann nur deshalb nicht verlässt, weil sie ihren Unterhalt während der Zeit, die sie für die Ausbildung zu irgendeiner Arbeit braucht, nicht selbst bestreiten kann. Oder denken wir an einen Jugendlichen, der mit einem neurotischen oder destruktiven Vater in einem schweren Konflikt lebt und dessen seelische Gesundheit gerettet wäre, wenn er frei wäre, seine Familie zu verlassen. Kurz gesagt, der fundamentale Zwang wirtschaftlicher Gründe wäre in den geschäftlichen und privaten Beziehungen beseitigt, und jedem wäre seine Handlungsfreiheit wiedergegeben“ (Fromm 1982, 315f, vgl. auch Fromm 1973, 299f). (Stütze 3, Exempel)

Die Begrenzung von Handlungsfreiheit hängt für Fromm von wirtschaftlichen Faktoren ab:

(3. Alternativprämisse)

„Durch ein solches Gesetz [Garantie eines jährlichen Mindesteinkommens, MM] würde die persönliche Freiheit immens erweitert; kein Mensch, der von einem anderen wirtschaftlich abhängig ist (beispielsweise von den Eltern, dem Ehemann, dem Chef), wäre weithin gezwungen, sich aus Angst vor dem Verhungern erpressen zu lassen. Begabte Menschen, die sich auf einen neuen Lebensstil vorbereiten wollen, hätten dazu Gelegenheit, wenn sie bereit sind, eine Zeitlang ein Leben in Armut auf sich zu nehmen. Die modernen Sozialstaaten haben diesen Grundsatz – beinahe – akzeptiert, das heißt 'nicht wirklich'. Betroffenen werden nach wie vor von einer Bürokratie 'verwaltet', kontrolliert und gedemütigt.“ (Fromm 2000, 181f). „Jeder einzelne kann nur dann frei und verantwortlich handeln, wenn eine der Hauptursachen für die heutige Unfreiheit beseitigt ist: die wirtschaftliche Drohung, welchen die Menschen zwingt, Arbeitsbedingungen anzunehmen, auf die sie sich sonst nicht einlassen würden. Es wird keine Freiheit geben, solange der Kapitalbesitzer dem Manne, der 'nur' sein Leben besitzt, seinen Willen aufzwingen kann, weil der letztere als der Kapitallose keine Arbeit hat außer der, welche der Kapitalist ihm anbietet“ (Fromm 1973, 297, Hervorheb. im Original). (Stütze 3, Exempel)

Diktaturen wie das sowjetische System hätten wegen des Freiheitsaspekts kein Interesse, ein Existenzminimum zu garantieren:

(3. Alternativprämisse)

„Das garantierte Mindesteinkommen bedeutet echte Freiheit und Unabhängigkeit. Deshalb ist es für jedes auf Ausbeutung und Herrschaft basierende System, insbesondere die verschiedenen Formen von Diktatur, unannehmbar. Es ist charakteristisch für das sowjetische System, daß Vorschläge für die Einführung des Nulltarifs (beispielsweise im öffentlichen Verkehr oder für die Abgabe von Milch) stets schon im Keime erstickt wurden. Die kostenlose Krankenversorgung bildet eine Ausnahme, aber nur scheinbar, denn auch sie ist an eine Bedingung – das Kranksein – geknüpft“ (Fromm 2000, 182). (Stütze 2, Absolute Norm)

Psychopathologie-Argument

Die Gesellschaft ist für Fromm pathologisch, weil sie die Form von Arbeit und Aktionismus nicht reflektiere:

(1. Defizitprämisse)

„Jemand kann aus Angst oder aus einem inneren Schuldgefühl heraus arbeiten. Die Psychopathologie liefert uns viele Beispiele für neurotische Motive, die zu Aktivismus oder auch zur Untätigkeit führen. Die meisten unter uns nehmen an, die in unserer Gesellschaft übliche Art der Arbeit – nämlich die entfremdete Arbeit – sei die einzige Art, die es gebe, daher sei die Abneigung gegen die Arbeit etwas Natürliches, und daher seien Geld, Prestige und Macht die einzigen Antriebe zur Arbeit“ (Fromm 1982, 280). (Stütze 4, Reflexion)

Krankheitssyndrom-Argument

Fromm will die krankhaften Zustände in der Gesellschaft ins Bewusstsein heben:

(1. Defizitprämisse)

„Zusammenfassend ist zu sagen, daß der allergrößte Teil der Bevölkerung Arbeiten ausführt, die nur wenig Geschicklichkeit verlangen und bei denen der einzelne fast keine Chance hat, irgendwelche besonderen Talente zu entwickeln oder herausragende Leistungen zu zeigen. Während die Gruppe der Manager und der Angehörigen höherer Berufe wenigstens noch ein beträchtliches Interesse daran hat, etwas mehr oder weniger Persönliches zu leisten, verkaufen die allermeisten ihre körperlichen und einen äußerst geringen Teil ihrer intellektuellen Fähigkeiten einem Arbeitgeber, der sie zu Gewinnzwecken, an denen sie keinen Teil haben, und für Dinge, für die sie sich nicht interessieren, benutzt, wobei sie selbst keinen anderen Zweck verfolgen, als ihren Lebensunterhalt zu verdienen und daneben auch eine kleine Chance zu haben, ihre Kosumgier zu befriedigen.

Unzufriedenheit, Apathie, Langeweile, Mangel an Freude und Glück, ein Gefühl der Nutzlosigkeit und die unbestimmte Empfindung, daß das Leben sinnlos ist, sind die unvermeidlichen Folgen dieser Situation. Dieses Krankheitssyndrom unserer Gesellschaft mag den Leuten nicht bewußt sein. Es kann durch eine krampfhaftige Flucht in Ausweichbeschäftigungen oder durch das Streben nach mehr Geld, Macht und Prestige verdeckt werden. Aber diese letzteren Motivationen spielen nur deshalb eine so große Rolle, weil der entfremdete Mensch nicht umhin kann, nach solchen Kompensationen für seine innere Leere zu suchen, und nicht etwa weil diese Wünsche die 'natürlichen' oder wichtigsten Antriebskräfte für die Arbeit sind“ (Fromm 1982, 277f). (Stütze 4, Reflexion/Sinn)

Die Verdrängung und Nichtbeachtung dieser Unzufriedenheiten führt nach Fromm dann zu psychosomatischen Störungen und Krankheiten (vgl. ebd.). Er stützt sich bei diesem Argument auf Spinoza:

(3. Alternativprämisse)

„Spinoza war meines Wissens der erste moderne Denker, der postulierte, daß psychische Gesundheit bzw. Krankheit eine Folge richtiger bzw. falscher Lebensweise sind. Für Spinoza ist psychische Gesundheit in letzter Konsequenz eine Manifestation richtigen Lebens, psychische Krankheit hingegen ein Symptom der Unfähigkeit, in Einklang mit den Erfordernissen der menschlichen Natur zu leben“ (Fromm 2000, 95). (Stütze 1, wiss. Position)

Existenzminimum-Argument

Für Fromm steht fest, extrem hohe Einkommensunterschiede führten zu extrem unterschiedlichen Möglichkeiten der Erfahrung von Welt:

(3. Alternativprämisse)

„Was die wirtschaftliche Lage des einzelnen Bürgers betrifft, so war die Gleichheit des Einkommens noch nie eine sozialistische Forderung, und sie wäre auch aus vielen Gründen weder durchführbar noch wünschenswert. Notwendig ist ein Einkommen, das die Grundlage für eine menschenwürdige Existenz ist. Die Einkommen sollten allerdings nicht so ungleich sein, daß sie eine unterschiedliche Erfahrung des Lebens bewirken. [...] Das bereits vorhandene Sozialversicherungssystem muß zur Garantie eines allgemeinen Existenzminimums ausgedehnt werden“ (Fromm 1982, 313). (Stütze 2, Absolute Norm/Verweisung auf politisch-gesellschaftliche Systemorientierung)

Fromm denkt das bisherige Versicherungssystem weiter, welches in vielen Bereichen bereits die Existenz sichern soll. Allerdings macht er an

dieser Stelle eine zeitliche Eingrenzung:

(4. Praxisprämisse)

„Man hat in allen westlichen Industrieländern ein Versicherungssystem eingeführt, das einem jeden im Fall von Arbeitslosigkeit, Krankheit und Alter ein Existenzminimum garantiert. Die Forderung, daß jeder das bedingungslose Recht auf ein Existenzminimum habe, bedeutet nur einen Schritt weiter. Es würde praktisch heißen, daß jeder Bürger Anspruch auf eine Summe hat, die ihm ein Existenzminimum sichert, selbst wenn er nicht arbeitslos, krank oder alt ist. Er könnte diese Summe auch dann verlangen, wenn er seine Stelle freiwillig aufgibt, wenn er sich für eine andere Art von Arbeit vorbereiten will oder wenn ihn irgendwelche anderen persönlichen Gründe am Geldverdienen hindern, auch wenn er zu keiner der Kategorien gehört, denen dann die Versicherung zugute kommt. Kurz gesagt, er hätte Anspruch auf dieses Existenzminimum, auch wenn er keinen besonderen 'Grund' dafür angeben könnte. Es sollte jedoch auf eine bestimmte Periode, sagen wir, auf zwei Jahre begrenzt bleiben, um nicht eine neurotische Haltung zu erzeugen, bei der der Betreffende sich sozialen Pflichten jeder Art entzieht“ (Fromm 1982, 314). „Unnötig zu sagen, daß das System der sozialen Sicherheit, wie es jetzt beispielsweise in Großbritannien besteht, erhalten werden muß. Aber die ist nicht genug. Das bisherige System muß so ausgedehnt werden, daß eine *universale Existenzgarantie* daraus wird“ (Fromm 1973, 297, Hervorheb. im Original). (Stütze 2, Verweisung auf politisch-gesellschaftliche Systemorientierung)

Und zwar biete ein garantiertes Existenzminimum nicht nur Verbesserungen für die kapitalistische, sondern auch für die kommunistische Gesellschaft:

(3. Alternativprämisse)

„Viele Übel der heutigen kapitalistischen und kommunistischen Gesellschaften wären durch die Garantie eines jährlichen Mindesteinkommens zu beseitigen.

Diesem Vorschlag liegt die Überzeugung zugrunde, daß jeder Mensch, gleichgültig, ob, er arbeitet oder nicht, das bedingungslose Recht hat, nicht zu hungern und nicht obdachlos zu sein. Er soll nicht mehr erhalten, als zum Leben nötig ist – aber auch nicht weniger. Dieses Recht scheint uns heute eine neue Auffassung auszudrücken, doch in Wirklichkeit handelt es sich um eine sehr alte Norm, die sowohl in der christlichen Lehre verankert ist als auch von vielen 'primitiven' Stämmen praktiziert wird: *daß der Mensch das uneingeschränkte Recht zu leben hat, ob er seine 'Pflicht gegenüber der Gesellschaft' erfüllt oder nicht.* Es ist ein Recht, das wir unseren Haustieren, nicht aber unseren Mitmenschen zugestehen. Ich habe diesen Vorschlag bereits in 'The Sane Society' [...] ¹³⁹ gemacht; 1965 wurde zum gleichen Thema ein Symposium veranstaltet [...] ¹⁴⁰“ (Fromm 2000, 181, Hervorheb. im Original). (Stütze 2, Verweisung auf Geschichte/Natur)

¹³⁹ Fromm bezieht sich hier auf ders. (1955): *The Sane Society*, New York, vgl. in dieser Arbeit unter Fromm (1973).

¹⁴⁰ Fromm bezieht sich hier auf den in dieser Arbeit unter Theobald (1965) aufgeführten Literaturhinweis, sowie auf seinen in diesem Buch veröffentlichten Artikel „The Guaranteed Income“, in dieser Arbeit auch auf deutsch unter Fromm (1986) zu finden.

Irrtum-Argument

Dass der Mensch bei einer garantierten Mindestsicherung nicht mehr motiviert sei, zu arbeiten, sei ein grundlegender Irrtum:

(4. Praxisprämisse)

„Das könnte wie ein phantastischer Vorschlag klingen (Dr. Meyer Shapiro hat mich darauf aufmerksam gemacht, daß Bertrand Russell [...] ¹⁴¹ den gleichen Vorschlag macht). Unser Versicherungssystem aber wäre den Menschen vor hundert Jahren genauso vorgekommen. Der Haupteinwand gegen einen derartigen Plan wäre, daß niemand mehr arbeiten wollte, wenn jeder einen Anspruch darauf hätte, ein Existenzminimum zu bekommen. Diese Vermutung beruht jedoch auf der irrtümlichen Ansicht von der menschlichen Natur eigentümlichen Faulheit; in Wirklichkeit würde es, abgesehen von neurotisch faulen Menschen, nur sehr wenige geben, die nicht mehr verdienen möchten als das Existenzminimum und die lieber nichts tun würden als arbeiten“ (Fromm 1982, 314f). (Stütze 2, wiss. Position)

Fromm hält es jedoch für wichtig, auf Gegenargumente einzugehen, um sie zu entkräften:

(3. Alternativprämisse)

„Um ein ausgeglichenes Bild zu bieten, sollte man aber auch einige Einwände gegen diese Vorstellung von einem garantierten Einkommen für alle und kritische Fragen nicht außer acht lassen. Die nächstliegende Frage lautet, ob ein garantiertes Einkommen nicht die Arbeitsmotivation beeinträchtigen würde.

Ganz abgesehen davon, daß bereits heute für einen ständig wachsenden Teil unserer Bevölkerung überhaupt keine Arbeit vorhanden ist und daß daher die Frage der Arbeitsmotivation für diese Menschen nicht relevant ist, sollte man diesen Einwand trotzdem ernst nehmen. Meines Erachtens kann man zeigen, daß der materielle Anreiz keineswegs das einzige Motiv ist, um zu arbeiten und sich anzustrengen. Erstens gibt es auch noch andere Motive – wie z. B. Stolz, soziale Anerkennung, Freude an der Arbeit selbst usw. An Beispielen hierfür fehlt es nicht. Am deutlichsten sieht man es an der Arbeit des Wissenschaftlers, des Künstlers usw., deren hervorragende Leistungen nicht vom finanziellen Gewinn, sondern von verschiedenen Faktoren motiviert sind: vor allem vom Interesse an seiner Arbeit, vom Stolz auf die eigene Leistung und dem Streben nach Anerkennung“ (Fromm 1986, 21). (Stütze 4, Reflexion)

Die Auffassung, der Mensch sei von Natur aus träge, ergebe sich nur aus einer entfremdeten und falsch konditionierten Perspektive, unter der der moderne Mensch leide:

(3. Alternativprämisse)

„Ein zweites **Argument**, daß der Mensch nicht nur aus materiellem Anreiz arbeite und sich anstrengen will, ergibt sich aus der Tatsache, daß der Mensch unter den Fol-

¹⁴¹ Fromm bezieht sich hier auf Russell, Bertrand (1919): Roads to Freedom. Socialism, Anarchism, Syndicalism. London, 86ff. Deutsch: Wege zur Freiheit. Sozialismus, Anarchismus, Syndikalismus, Frankfurt 1971 (in dieser Arbeit unter Fromm 1973).

gen von Untätigkeit leidet und eben gerade nicht von Natur aus träge ist. Sicher würden viele Leute gerne für ein oder zwei Monate nicht arbeiten. Die allermeisten würden aber dringend darum bitten, arbeiten zu dürfen, selbst wenn sie nichts dafür bezahlt bekämen. Erkenntnisse über die kindliche Entwicklung und über Geisteskrankheiten liefern eine Fülle Daten hierfür. Es sollte unbedingt eine systematische Untersuchung gemacht werden, bei der alle verfügbaren Daten unter dem Aspekt 'Trägheit als Krankheit' analysiert würden.

Wenn nun Geld nicht der Hauptanreiz ist, müßte doch die Arbeit in ihren technischen oder gesellschaftlichen Aspekten so attraktiv und interessant sein, daß man sie eher in Kauf nehmen würde als Untätigkeit. Der moderne, entfremdete Mensch ist (meist unbewußt) apathisch und sehnt sich daher mehr nach Nichtstun als nach Betätigung. Diese Sehnsucht ist jedoch ein Symptom unserer 'Pathologie der Normalität'. Vermutlich würde der Mißbrauch des garantierten Einkommens nach kurzer Zeit wieder verschwinden, genauso wie auch die Leute, wenn sie für Süßigkeiten nichts zu bezahlen brauchten, sich nach ein paar Wochen nicht mehr daran überfressen würden“ (Fromm 1986, 22, Hervorheb. fett MM). (Stütze 3, Erfahrung)

Die irrtümliche Auffassung, der Mensch wolle von Natur aus „haben“ und sei von Natur aus faul, sei weit verbreitet:

(1. Defizitprämisse)

„In der modernen Gesellschaft wird davon ausgegangen, daß die Existenzweise des Habens in der menschlichen Natur verwurzelt und daher praktisch unveränderbar sei. Die gleiche Idee liegt dem Dogma zugrunde, der Mensch sei von Natur aus faul und passiv und würde weder arbeiten noch sonst etwas tun, wenn ihn nicht materielle Anreize dazu verlocken bzw. Hunger oder die Angst vor Strafe ihn dazu antrieben. Dieses Dogma wird allgemein akzeptiert, und es bestimmt unsere Erziehungs- und unsere Arbeitsmethoden. Aber es ist wenig mehr als ein Ausdruck des Wunsches, den Wert unserer gesellschaftlichen Arrangements zu beweisen, indem man ihnen bescheinigt, daß sie den Bedürfnissen der menschlichen Natur entsprechen. Den Angehörigen vieler verschiedener Kulturen der Vergangenheit und der Gegenwart würde die Theorie von der angeborenen menschlichen Selbstsucht und Faulheit ebenso phantastisch erscheinen wie deren Gegenteil uns“ (Fromm 2000, 99f). (Stütze 4, Reflexion)

Der Vorschub dieses Irrtums diene auch dazu, um Machtverhältnisse aufrecht zu erhalten:

(1. Defizitprämisse)

„Dieser Gedanke [eines garantierten Mindesteinkommens, MM] wird all jenen undurchführbar oder gefährlich erscheinen, die überzeugt sind, daß 'Menschen von Natur aus faul' sind. Dieses Klischee hat jedoch keine faktischen Grundlagen; es ist einfach ein Schlagwort, das zur Rationalisierung der Weigerung dient, auf das Bewußtsein der Macht über die Schwachen und Hilflosen zu verzichten“ (Fromm 2000, 181). (Stütze 4, Reflexion/Wissen als Interpretation)

Sei ein Mensch absolut untätig, kennzeichnet das Fromm zufolge einen pathologischen Zustand:

(1. Defizitprämisse)

„Es überrascht, daß die Auffassung von der 'natürlichen' Trägheit des Menschen immer noch besteht, während doch so zahlreiche, leicht zu beobachtende Tatsachen sie widerlegen. *Trägheit – weit entfernt davon, normal zu sein – ist vielmehr ein Symptom für einen pathologischen Zustand.* In Wahrheit ist eine der schlimmsten Formen psy-

5.4 Erich Fromm und der Humanismus

chischen Leidens das Gefühl der inneren Leere, wenn man nicht weiß, was man mit sich selber und mit dem eigenen Leben anfangen soll. Selbst wenn dem Menschen kein Geld oder irgendein anderer Lohn in Aussicht stünde, so wäre er doch begierig, seine Energie auf sinnvolle Art zu betätigen, weil er die Leere nicht ertragen würde, die Untätigkeit hervorruft“ (Fromm 1973, 257, Hervorheb. im Original). (Stütze 1, Verweisung auf Bekanntes)

Argwohn-Argument

Misstrauen gegenüber dem Vorschlag eines garantierten Existenzminimums sei unter dem Aspekt von Machtausübung nachzuvollziehen:

(3. Alternativprämisse, 1. Defizitprämisse)

„Dagegen ist der Argwohn gegen ein System des garantierten Existenzminimums vom Standpunkt derer nicht unbegründet, die ihren Kapitalbesitz dazu benutzen möchten, andere dazu zu zwingen, sich auf die Arbeitsbedingungen einzulassen, die sie ihnen anbieten. Wenn niemand mehr gezwungen wäre, eine Arbeit anzunehmen, um nicht zu verhungern, müsste die Arbeit so interessant und attraktiv gemacht werden, daß die Menschen sich dazu veranlasst sähen, sie anzunehmen. Die Freiheit des Vertragsabschlusses ist nur möglich, wenn es beiden Parteien freisteht, den Vertrag anzunehmen oder abzulehnen; im gegenwärtigen kapitalistischen System ist das nicht der Fall“ (Fromm 1982, 315, vgl. auch Fromm 1973, 299). (Stütze 4, Reflexion)

Kosten-Argument

Kosten entstünden bereits im derzeitigen System, Fromm geht hier davon aus, dass auch nicht alle Staatsangehörigen vom garantierten Existenzminimum Gebrauch machen würden:

(4. Praxisprämisse)

„Und die Kosten? Da wir das Versorgungsprinzip bereits für die Arbeitslosen, die Kranken und Alten eingeführt haben, würde es sich nur um eine 'Randgruppe' von zusätzlichen Personen handeln, die von diesem Vorrecht Gebrauch machen würden, und zwar um besonders Begabte, um andere, die sich in einer vorübergehenden Konfliktsituation befinden, oder um Neurotiker, die kein Verantwortungsgefühl oder kein Interesse an einer Arbeit besitzen. Zieht man alle diese Faktoren in Betracht, so sieht es doch so aus, als ob die Zahl der Menschen, die dieses Vorrecht in Anspruch nehmen dürften, nicht besonders groß sein wird, und man könnte mit Hilfe von sorgfältigen Untersuchungen bereits heute ihre Zahl ungefähr abschätzen. Freilich ist mit Nachdruck darauf hinzuweisen, daß dieser Vorschlag mit den anderen hier angeregten sozialen Veränderungen zusammenschauen ist“ (Fromm 1982, 316, vgl. auch Fromm 1973, 300). (Stütze 3, Praxis als Information)

Als Humanist bezieht er sich zudem auf die enormen Rüstungskosten in der Zeit des Kalten Krieges:

(5. Adäquatheitsprämisse)

„Wie groß die Zahl aber auch immer sein mag, so dürften doch die Kosten für einen solchen Plan kaum höher sein als die Ausgaben der Großstaaten für ihre Streitkräfte während der letzten Jahrzehnte, von den Rüstungskosten ganz zu schweigen. Auch sollte man nicht vergessen, daß in einem System, welches in einem jeden das Interesse am Leben und an seiner Arbeit neuerweckt, die Produktivität des einzelnen Arbeiters

5 Textanalyse und Interpretation von Grundeinkommenspädagogiken

weit größer sein dürfte, nachdem schon heute aufgrund nur weniger günstiger Veränderungen in der Arbeitssituation von Leistungssteigerungen berichtet wird. Zudem würden unsere Ausgaben für die Bekämpfung von Verbrechen und neurotischen und psychosomatischen Krankheiten beträchtlich geringer“ (Fromm 1982, 316f, vgl. auch Fromm 1973, 299f). (Stütze 3, Praxis als Information)

Die Folgekosten, die eine für Fromm kranke Gesellschaft mit sich bringt, würden sich zudem bedeutend verringern:

(5. Adäquatheitsprämisse)

„Wenn man sich die Kosten vor Augen hält, die eine weitverzweigte Sozialhilfebürokratie heute verursacht, und dazu die Kosten der Behandlung physischer, insbesondere psychosomatischer Krankheiten sowie der Bekämpfung der Kriminalität und der Drogenabhängigkeit rechnet, so ergibt sich vermutlich, daß die Kosten für jene Personen, die ein jährliches Mindesteinkommen in Anspruch nehmen wollen, geringer wären als die Ausgaben für unsere gegenwärtige Wohlfahrt“ (Fromm 2000, 182). (Stütze 3, Praxis als Information)

Psychosomatik-Argument

Für Fromm steht fest, das derzeitige Gesellschaftssystem ist krank und wirke sich auf die Psychosomatik der Menschen aus, wie beim obigen Kosten-Argument bereits aufgeführt:

(5. Adäquatheitsprämisse)

„Zudem würden unsere Ausgaben für die Bekämpfung von Verbrechen und neurotischen und psychosomatischen Krankheiten beträchtlich geringer“ (Fromm 1982, 317). (Stütze 2, Absolute Norm als Wahrheit)

Hingabe-Argument

Die Besinnung auf die Erkenntnisse des Humanismus, die uns bereits viele Lösungen bereitstelle, müsse mit Hingabe erfolgen:

(4. Praxisprämisse)

„Wir, die wir heute einen leichten Zugang zu all diesen Ideen haben, die wir immer noch die Erben der großen humanistischen Lehren sind, brauchen keine neuen Erkenntnisse darüber, wie man ein gesundes Leben führt, aber wir haben es bitter nötig, daß wir das, was wir glauben, predigen und lehren, auch ernst nehmen. Die Revolution unserer Herzen erfordert keine neue Weisheit – wohl aber einen neuen Ernst und neue Hingabe“ (Fromm 1982, 322). (Stütze 4, Reflexion)

Erziehung-Argument

Fromm kritisiert die „Formbestimmtheit schulischer Sozialisation“ (vgl. Schäfer 1978):

(1. Defizitprämisse)

„Die Aufgabe, den Menschen die Leitbilder und Normen unserer Kultur nahezubringen, ist in erster Linie Sache der Erziehung. Aber wie schrecklich unzureichend ist unser Erziehungssystem für diese Aufgabe! Es zielt vor allem darauf ab, dem einzel-

5.4 Erich Fromm und der Humanismus

nen das Wissen zu vermitteln, das er braucht, um in einer industriellen Zivilisation zu funktionieren und um seinem Charakter die Form zu geben, die benötigt wird: daß er ehrgeizig und auf Wettbewerb eingestellt und trotzdem innerhalb gewisser Grenzen zur Zusammenarbeit bereit ist; daß er Respekt vor der Autorität hat und trotzdem 'im erwünschten Maß unabhängig' ist, wie es gelegentlich in einem Zeugnis heißt; das (sic!) er nett ist und trotzdem ohne eine tiefe Bindung an irgend jemand oder irgend etwas ist“ (Fromm 1982, 322). (Stütze 4, Wissen als Interpretation)

Er plädiert für eine auszubauende Erwachsenenbildung, da sich das Alter zwischen dreißig und vierzig eher zum Lernen eigne, weil man viele Zusammenhänge besser verstehe. Dies stehe im Gegensatz zu dem sturen Auswendiglernen der Schulzeit. Fromm versteht den Begriff Erziehung in seiner ursprünglichen Bedeutung, nämlich „e-ducere = herausbringen, herausführen“ dessen, was im Menschen angelegt ist (vgl. ebd. 223f).

(1. Defizitprämisse)

„Unser Bildungssystem ist im allgemeinen bemüht, Menschen mit Wissen als Besitz auszustatten, entsprechend etwa dem Eigentum oder dem sozialen Prestige, über das sie vermutlich im späteren Leben verfügen werden. Das Minimalwissen, das sie erhalten, ist die Informationsmenge, die sie brauchen, um in ihrer Arbeit zu funktionieren. Zusätzlich erhält jeder noch ein größeres oder kleineres Paket 'Luxuswissen' zur Hebung seines Selbstwertgefühls und entsprechend seinem voraussichtlichen sozialen Prestige. Die Schulen sind die Fabriken, in denen diese Wissenspakete produziert werden, wenn sie auch gewöhnlich behaupten, den Schüler mit den höchsten Errungenschaften des menschlichen Geistes in Berührung zu bringen“ (Fromm 2000, 49). (Stütze 1, Verweisung auf Bekanntes)

Das Erziehungssystem sei durch sozio-ökonomische Strukturen geprägt:

(3. Alternativprämisse)

„Es gibt verschiedene Methoden der Kindererziehung, die demselben Ziel dienen können; andererseits kann es pädagogische Praktiken geben, die gleichartig scheinen, jedoch trotzdem infolge der Charakterstruktur derjenigen, welche sie ausüben, verschieden ausfallen. Durch Lenkung des Augenmerks auf die Methoden der Kindererziehung allein können wir niemals die Ausprägung des Sozialcharakters erklären. Sie haben ihre Bedeutung nur als *Vermittler* und können nur dann genau verstanden werden, wenn wir zuvor durchschauen, welche Art Persönlichkeiten innerhalb einer gegebenen Gesellschaft wünschenswert und notwendig sind.“^[...]

Daraus ergibt sich, daß die Frage nach den sozio-ökonomischen Bedingungen der heutigen industriellen Gesellschaft, welche die Persönlichkeit des modernen westlichen Menschen prägen und die Ursache der Störungen seiner geistigen Gesundheit bilden, zu ihrer Lösung ein Verständnis jener Elemente erfordert, die der kapitalistischen Produktionsweise eigen sind, also der 'erwerbssüchtigen Gesellschaft' [...] im industriellen Zeitalter“ (Fromm 1973, 77, Hervorheb. im Original). (Stütze 3, Praxis als Information)

Auch das Erziehungssystem als gesellschaftliche Institution ist für Fromm seinem Wesen nach krank:

(1. Defizitprämisse)

„Die gleiche verdrehende Beeinträchtigung wie Fühlen und Empfinden erfährt auch das ursprüngliche Denken. Vom Beginn der Erziehung an wird originales Denken entmutigt; fix und fertige Gedanken werden in die zarten Gehirne gepfropft. Die jungen Köpfe sind von Wißbegierde erfüllt, wollen die Welt körperlich wie auch geistig begreifen. Sie wollen die Wahrheit wissen, denn das ist der sicherste Weg, sich allein in einer fremden, gewaltsamen Welt zurechtzufinden. Aber statt daß man sie darin unterstützt, nimmt man sie nicht ernst, wobei es keinen Unterschied macht, ob diese Einstellung sich in offener Mißachtung zeigt oder zartfühlender in Form jener Herablassung, die man so gern gegenüber Kraftlosen – Kindern, Kranken, Alten – zur Schau trägt. Obwohl eine solche Behandlung schon an sich sehr zur Entmutigung selbständigen Denkens beiträgt, verbindet sich mit ihr oft auch eine noch schlimmere Verblödungsmethode: für das Verhalten des Durchschnitts-Erwachsenen zum Kind ist eine gewohnheitsmäßige, infolgedessen meist gar nicht beabsichtigte Unaufrichtigkeit typisch. Man reicht dem Kind ein völlig unwahres Weltbild, mit dem es genau so viel anfangen kann wie ein Afrikareisender mit einer Nordpolausrüstung. Und daneben gibt es noch eine Menge von Lebenslügen, mit denen man aus vielerlei persönlichen Gründen Tatsachen verbergen möchte, von denen die Erwachsenen nicht wünschen, daß die Kinder sie wissen. Von Launenhaftigkeit, die als Unzufriedenheit mit 'dem ungezogenen Kind' rationalisiert wird, bis zum Vertuschen der Meinungsverschiedenheiten der Eltern und der Tatsache des Geschlechtsverkehr gibt es unendlich vieles, was 'Kinder nicht zu wissen brauchen'. Fragt es danach, so wird es in feindlicher oder höflicher Weise entmutigt.

So vorbereitet kommt das Kind zur Schule, zur höheren und vielleicht auch zur Hochschule. Einige der dort beliebten Erziehungsmethoden, die die Entmutigung ursprünglichen Denkens weitertreiben, seien hier kurz erwähnt. Da ist einmal die übertriebene Wertschätzung des Wissens um Tatsachen, besser gesagt: Daten und 'Lehrstoff'. Denn es herrscht der merkwürdige Aberglaube, man gelange durch Einprägung von immer mehr Dingen zu einer Erkenntnis der Wirklichkeit. Tausende von beziehungslosen Einzelheiten werden in die Köpfe der Schüler gestopft, so daß möglichst wenig Kraft und Zeit zum eigenen Denken verbleibt. Gewiß bleibt Denken ohne ein Wissen um Tatsachen unklar und inhaltslos, doch kann eine Anhäufung von Informationen ebenso zum Denkhindernis werden wie Unwissenheit“ (Fromm 1945, 239f). (Stütze 3, Praxis als Information/Erfahrung)

Robotertum-Argument

Die Alternative zum derzeitigen System besteht für Fromm im Demokratischen (Kommunitären) Sozialismus. Eine humanistische Gesellschaft sei nur darüber zu erreichen:

(3. Alternativprämisse)

„Der heutige Mensch steht vor der entscheidenden Wahl, nicht zwischen Kapitalismus und Kommunismus, sondern zwischen dem Robotertum (sowohl von der kapitalistischen wie auch von der kommunistischen Art) und dem humanistischen kommunitären Sozialismus. Das meiste scheint darauf hinzuweisen, daß er sich für das Robotertum entscheiden wird, und das bedeutet auf die Dauer inneren Zerfall und Zerstörung. Und doch reichen alle diese Tatsachen nicht aus, den Glauben an die Vernunft des Menschen, an seinen guten Willen und seine innere Gesundheit zu zerstören. Solange wir uns noch Alternativen ausdenken können, sind wir noch nicht verloren. Solange wir noch gemeinsam beraten und planen können, dürfen wir hoffen. Freilich werden die Schatten schon länger, und die Stimmen der Unvernunft werden lauter. Die Verwirklichung eines Zustands der Humanität, der den Visionen unserer großen Lehrer

5.4 Erich Fromm und der Humanismus

entspricht, liegt in unserer Reichweite, und trotzdem laufen wir Gefahr, unsere gesamte Zivilisation zu vernichten oder zu Robotern zu werden. Einem kleinen Stamm wurde vor Tausenden von Jahren gesagt: 'Leben und Tod lege ich dir vor, Segen und Fluch. Wähle also das Leben.' (Dtn 30,19.) Vor diese Wahl sind wir gestellt“ (Fromm 1982, 340, vgl. auch Fromm 1973, 322f). (Stütze 4, Reflexion als Vernunft/Gebot/Metapher)

Pathologie-Argument

Als Psychoanalytiker ist Fromm von Freud beeinflusst. Insbesondere fühlt er sich durch Freuds „Unbehagen der Kultur“ angeregt, die Pathologie von kulturellen Gesellschaften zu untersuchen (vgl. Fromm 1973, 22f).

(1. Defizitprämisse)

„Von Bedeutung ist nicht zuletzt ein weiterer Faktor: das Verhältnis des Menschen zur Natur wurde zutiefst feindselig. Wir Menschen sind eine 'Laune der Natur', denn aufgrund unserer Existenzbedingungen sind wir Teil der Natur, doch aufgrund unserer Vernunftbegabung transzendieren wir sie. [...] Die industrielle Gesellschaft verachtet die Natur ebenso wie alles, was nicht von Maschinen hergestellt worden ist – und alle Menschen, die keine Maschinen produzieren (die farbigen Rassen, seit neuestem mit Ausnahme der Japaner und Chinesen). Die Menschen sind heutzutage fasziniert vom Mechanischen, von der mächtigen Maschine, vom Leblosen und in zunehmendem Maß von der Zerstörung. [...] Ich habe bisher davon gesprochen, daß die von unserem sozio-ökonomischen System, das heißt von unserer Lebensweise geprägten Charakterzüge pathogen sind und schließlich den Menschen und damit die Gesellschaft krank machen“ (Fromm 2000, 19). (Stütze 2, Verweisung auf Natur)

Fromm vertritt hier wieder eine holistische Perspektive, er denkt das Individuum von der Gesellschaft her:

(3. Alternativprämisse)

„Dennoch weigern sich viele Psychiater und Psychologen, dem Gedanken nachzugehen, daß es der Gesellschaft als solcher an seelischer Gesundheit mangeln könne. Sie sind der Meinung, das Problem der seelischen Gesundheit innerhalb einer Gesellschaft sei nur das der Anzahl der 'nicht angepaßten' Einzelpersonen und nicht das des 'Unangepaßtseins' der Gesellschaft selbst. Dieses Buch handelt von dem letzteren Problem und nicht von individueller Pathologie, und zwar von der *Pathologie der Normalität* und speziell von der westlichen Gesellschaft unserer Tage“ (Fromm 1973, 12, Hervorheb. im Original). (Stütze 4, Wissen als Interpretation)

Und er weigert sich, den Status Quo als normal zu akzeptieren:

(1. Defizitprämisse)

„Die Tatsache, daß Millionen Menschen die gleichen Laster haben, macht diese nicht zu Tugenden; der Umstand, daß sie viele Irrtümer gemeinsam haben, verwandelt diese nicht in Wahrheiten, und der Tatbestand, daß Millionen Menschen an denselben Formen geistig-seelischer Pathologie leiden, verwandelt diese Pathologie nicht in seelische Gesundheit“ (Fromm 1973, 18). (Stütze 4, Reflexion)

Veränderung-Argument

Eine grundlegende Veränderung ist für Fromm unausweichlich, er stützt sich auf einen Fachmann:

(3. Alternativprämisse)

„Auch E.F. Schumacher, ebenfalls ein Wirtschaftswissenschaftler, aber gleichzeitig ein radikaler Humanist, fordert eine tiefgreifende menschliche Veränderung. Seine Forderung basiert auf der Auffassung, daß unsere gegenwärtige Gesellschaftsordnung uns krank macht und daß wir auf eine wirtschaftliche Katastrophe zusteuern, wenn wir unser Gesellschaftssystem nicht grundlegend umgestalten.

Die Notwendigkeit einer radikalen menschlichen Veränderung ist deshalb weder nur eine ethische oder religiöse Forderung noch ausschließlich ein psychologisches Postulat, das sich aus der pathogenen Natur unseres gegenwärtigen Gesellschafts-Charakters ergibt, sondern sie ist auch eine Voraussetzung für das nackte Überleben der Menschheit. Richtig leben heißt nicht länger, nur ein ethisches oder religiöses Gebot erfüllen. Zum erstenmal in der Geschichte hängt das *physische Überleben der Menschheit von einer radikalen seelischen Veränderung des Menschen ab*. Dieser Wandel im 'Herzen' des Menschen ist jedoch nur in dem Maße möglich, in dem drastische ökonomische und soziale Veränderungen eintreten, die ihm die Chance geben, sich zu wandeln, und den Mut und die Vorstellungskraft, die er braucht, um die Veränderung zu erreichen“ (Fromm 2000, 21, Hervorheb. im Original). (Stütze 1, wiss. Position)

Fromm ist überzeugt, nur ein grundlegender Wandel kann die Menschheit vor einer Katastrophe schützen, er stützt sich hier auf Marx und Buddha:

(4. Praxisprämisse)

„Wenn die Voraussetzung richtig ist, daß uns nur ein fundamentaler Wandel der menschlichen Charakterstruktur, ein Zurückdrängen der Orientierung am Haben zugunsten der am Sein, vor einer psychischen und ökonomischen Katastrophe retten kann, so stellt sich die Frage: Sind tiefgreifende charakterologische Veränderungen möglich, und wie kann man sie herbeiführen?

Ich bin überzeugt, daß sich der menschliche Charakter in der Tat ändern *kann*, wenn die folgenden Voraussetzungen gegeben sind:

- Wir leiden und sind uns dessen bewußt.
- Wir haben die Ursache unseres Leidens (ill-being) erkannt.
- Wir sehen eine Möglichkeit, unser Leiden zu überwinden.
- Wir sehen ein, daß wir uns bestimmte Verhaltensnormen zu eigen machen und unsere gegenwärtige Lebenspraxis ändern müssen, um unser Leiden zu überwinden.

Diese vier Punkte entsprechen den Vier Edlen Wahrheiten, die den Kern der Lehre Buddhas über die allgemeinen menschlichen Existenzbedingungen bilden.

Das gleiche Prinzip der Wandlung, das die Lehre Buddhas kennzeichnet, liegt auch dem Marxschen Erlösungsbegriff zugrunde. Um das zu verstehen, muß man sich bewußtmachen, daß der Kommunismus für Marx, wie er selbst sagte, kein Endziel, sondern eine Stufe in der menschlichen Entwicklung darstellte, durch die der Mensch von jenen sozio-ökonomischen und politischen Bedingungen befreit werden sollte, die ihn unmenschlich machen: zu einem Gefangenen der Dinge, der Maschinen und seiner Gier.

5.4 Erich Fromm und der Humanismus

Marx' erster Schritt war, der Arbeiterklasse seiner Zeit, der, wie er glaubte, am meisten entfremdeten und elenden Klasse, bewußtzumachen, daß sie litt. Er versuchte, die Illusionen zu zerstören, die den Arbeitern das Elend ihrer eigenen Lage verschleierte. Sein zweiter Schritt war, ihnen die *Ursachen* ihres Leidens klarzumachen, die seiner Ansicht nach im Wesen des Kapitalismus und in der von ihm hervorgebrachten Charakterstruktur von Habgier, Geiz und Abhängigkeit begründet lagen. Diese Analyse der Ursachen des Leidens der Arbeiter (aber nicht allein *ihres* Leidens) war ein Teil dessen, was Marx als seine Hauptaufgabe ansah: die Analyse der kapitalistischen Wirtschaft.

Sein dritter Schritt bestand darin, den Menschen zu zeigen, daß man dem Leiden ein Ende bereiten könnte, indem man seine Ursachen beseitigte. Im vierten Schritt stellte er die Prinzipien der neuen Lebenspraxis dar, die die Menschen von dem Elend befreien sollte, welches die alte Gesellschaft zwangsläufig hervorbrachte“ (Fromm 2000, 161f, Hervorheb. im Original). (Stütze 1, wiss. Position)

Auch Freud habe sich bei seiner psychoanalytischen Heilmethode im Wesentlichen dieser vier Schritte bedient, so Fromm (vgl. ebd.).

Fromm führt verschiedene Wesensmerkmale auf für die Veränderung hin zu einer neuen Gesellschaft mit den

(3. Alternativprämisse)

„Schwierigkeiten, die es beim Aufbau der neuen Gesellschaft zu überwinden gilt:

- Das Ziel unbegrenzten wirtschaftlichen Wachstums müßte aufgegeben bzw. durch selektives Wachstum ersetzt werden, ohne das Risiko einer wirtschaftlichen Katastrophe einzugehen.
- Es gälte, entsprechende Arbeitsbedingungen und eine völlig andere Einstellung zur Arbeit zu schaffen, so daß nicht mehr der materielle Gewinn den Ausschlag gibt, sondern andere psychische Befriedigungen als Motivation wirksam werden können. [...]
- Die Existenzgrundlage des einzelnen wäre zu sichern, ohne ihn von der Bürokratie abhängig zu machen. [...]
- Die Möglichkeit zur 'individuellen Initiative' ist vom wirtschaftlichen Bereich (wo sie ohnehin kaum noch existiert) in die übrigen Lebensbereiche zu verlagern“ (Fromm 2000, 166f). (Stütze 4, Gebot)

Konsumenten-Argument

Fromm ist absoluter Konsumkritiker:

(1. Defizitprämisse)

„Den gleichen Zusammenhang zwischen Einverleibung und Besitz finden wir in vielen Formen des Kannibalismus. Indem ich einen anderen Menschen esse, eigne ich mir sein Kräfte an; [...] Es gibt viele andere Formen der Einverleibung, die nicht mit physiologischen Bedürfnissen verbunden und somit begrenzt sind. Der Konsumentenhaltung liegt der Wunsch zugrunde, die ganze Welt zu verschlingen, der Konsument ist der ewige Säugling, der nach der Flasche schreit. Das wird offenkundig bei pathologischen Phänomenen wie Alkoholismus und Drogensucht. Es scheint fast, als werteten wir diese deshalb ab, weil ihre Wirkung die Betroffenen hindert, ihre gesellschaftlichen Verpflichtungen zu erfüllen. Zwanghaftes Rauchen wird nicht in gleicher Weise geächtet, weil es, obwohl ebenfalls eine Sucht, nicht die gesellschaftliche Funktionstüchtig-

5 Textanalyse und Interpretation von Grundeinkommenspädagogiken

keit eines Menschen beeinträchtigt, sondern 'nur' seine Lebensspanne verkürzt. [...] Fassen wir zusammen: Konsumieren ist eine Form des Habens, vielleicht die wichtigste in den heutigen 'Überflußgesellschaften'; Konsumieren ist etwas Zweideutiges. Es vermindert die Angst, weil mir das Konsumierte nicht weggenommen werden kann, aber es zwingt mich auch, immer mehr zu konsumieren, denn das einmal Konsumierte hört bald auf, mich zu befriedigen. Der moderne Konsument könnte sich mit der Formel identifizieren: *Ich bin, was ich habe und was ich konsumiere*“ (Fromm 2000, 36f, Hervorheb. im Original). (Stütze 4, Wissen als Interpretation)

Der Konsum diene nur der Befriedigung von durch die Entfremdung herbeigeführten künstlichen Bedürfnissen:

(1. Defizitprämisse)

„[...] der Akt des Verzehrs sollte eine konkrete menschliche Handlung sein: unsre Sinne, unsre leiblichen Bedürfnisse, unser ästhetischer Geschmack – das heißt wir selber als konkrete, sinnbegabte, fühlende und urteilende Menschen – müssten einbezogen sein; der Prozeß der Konsumtion sollte ein sinnvolles, menschliches, produktives Erlebnis bedeuten. In unsrer Gesellschaft ist davon wenig zu spüren. Konsumieren dient lediglich der Befriedigung von künstlich hervorgerufenen Phantasien – ein Vorgang, der unserm wirklichen, konkreten Ich entfremdet ist“ (Fromm 1973, 121). (Stütze 4, Reflexion als Sinn)

Gleichgewicht-Argument

Fromm will ein gesellschaftliches Gleichgewicht schaffen und dabei Extremsituationen vermeiden:

(3. Alternativprämisse)

„Worauf es ankommt, ist, daß Luxus und Armut ausgerottet werden; Gleichheit darf nicht quantitativ gleiche Verteilung von jedem Stückchen materiellen Guts bedeuten, sondern die Abschaffung von Einkommensunterschieden, die so gewaltig sind, daß sie in den verschiedenen sozialen Schichten zu verschiedenen Lebenserfahrungen führen“ (Fromm 2000, 87). (Stütze 2, Absolute Norm)

Tätigsein-Argument

Die Existenzweise des Seins (anstatt des Habens) steht für Fromm immer im Vordergrund:

(3. Alternativprämisse)

„Die Voraussetzungen für die Existenzweise des Seins sind Unabhängigkeit, Freiheit und das Vorhandensein kritischer Vernunft. Ihr wesentlichstes Merkmal ist die Aktivität, nicht im Sinne von Geschäftigkeit, sondern im Sinne eines inneren Tätigseins, dem produktiven Gebrauch der menschlichen Kräfte. Tätigsein heißt, seinen Anlagen, seinen Talenten, dem Reichtum menschlicher Gaben Ausdruck zu verleihen, mit denen jeder – wenn auch in verschiedenem Maß – ausgestattet ist. Es bedeutet, sich selbst zu erneuern, zu wachsen, sich zu verströmen, zu lieben, das Gefängnis des eigenen isolierten Ichs zu transzendieren, sich zu interessieren, zu lauschen, zu geben. Keine dieser Erfahrungen ist jedoch vollständig in Worten wiederzugeben“ (Fromm 2000, 87). (Stütze 4, Reflexion)

Auch die Ruhe ist für Fromm ein „erfrischendes“ Tun (vgl. Fromm

1973, 256).

Passivität-Argument

Dieses Argument ist zusammen mit dem Entfremdungsprozess zu sehen:

(3. Alternativprämisse)

„Sowohl 'Aktivität' als auch 'Passivität' können zwei völlig verschiedene Bedeutungen haben. Entfremdete Aktivität im Sinne bloßer Geschäftigkeit ist in Wirklichkeit 'Passivität', das heißt Unproduktivität. Hingegen kann Passivität im Sinne von Nichtgeschäftigkeit nicht entfremdete Aktivität sein. Dies ist heute so schwer zu verstehen, weil die meisten Arten von Aktivität entfremdete 'Passivität' sind, während produktive Passivität selten erlebt wird“¹⁴² (Fromm 2000, 92). (Stütze 4, Reflexion)

Fromm stützt sich für dieses Argument auf Albert Schweitzer:

(1. Defizitprämisse)

„Von den Denkern des 20. Jahrhunderts hat niemand den passiven Charakter der heutigen Aktivität klarer gesehen als Albert Schweitzer, der in seiner Studie über 'Verfall und Wiederaufbau der Kultur'¹⁴³ [...] den modernen Menschen als 'unfrei', 'ungesammelt', 'unvollständig', 'pathologisch unselbständig' und 'an die Gesellschaft preisgegeben' charakterisierte“ (Fromm 2000, 96). (Stütze 1, wiss. Position)

Jetzt-Argument¹⁴⁴

Lebe der Mensch in der Existenzweise des Seins (anstatt des Habens), so könne er auch gegenwärtig sein:

(3. Alternativprämisse)

„Die Existenzweise des Seins gibt es nur im *hic et nunc*, dem 'Hier und Jetzt', die Existenzweise des Habens gibt es hingegen nur innerhalb der Zeit, in Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft“ (124; Hervorheb. im Original).

„In der Existenzweise des Seins respektieren wir die Zeit, aber wir unterwerfen uns ihr nicht. Aber der Respekt wird zu *Unterwerfung* unter die Zeit, wenn die Existenzweise des Habens vorherrscht. In dieser Existenzweise sind nicht nur die Dinge 'Dinge', sondern alles Lebendige wird zum Ding. In der Existenzweise des Habens wird die Zeit zu unserem Beherrscher. In der Existenzweise des Seins ist die Zeit entthront; sie ist nicht länger der Tyrann, der unser Leben beherrscht (Fromm 2000, 126, Hervor-

¹⁴² Zur ausführlicheren Darstellung von produktiver Passivität vgl. Fromm/Suzuki/de Martino (1971): Zen-Buddhismus und Psychoanalyse.

¹⁴³ Fromm bezieht sich hier auf Schweitzer, Albert (1973): Verfall und Wiederaufbau der Kultur, in: Gesammelte Werke in 5 Bänden, Bd. 2, Zürich, 33-44.

¹⁴⁴ Die Schwierigkeiten und Möglichkeiten des Lebens im Hier und Jetzt hat insbesondere Eckhart Tolle hervorgehoben, vgl. ders. (2010) und ders. (2005). Vgl. auch Krishnamurti (2004, passim).

heb. im Original). (Stütze 4, Reflexion)

Gesellschaftscharakter-Argument

Die Individuen würden nicht nur durch gesellschaftliche Strukturen beeinflusst, sondern erhielten sogar einen durch diese gewünschten bestimmten Charakter:

(1. Defizitprämisse)

„Ausgangspunkt dieser Reflexionen ist die Feststellung, daß die Charakterstruktur des durchschnittlichen Individuums und die sozio-ökonomische Struktur der Gesellschaft, der dieses angehört, miteinander in Wechselbeziehung stehen. Das Ergebnis der Interaktion zwischen individueller psychischer Struktur und sozio-ökonomischer Struktur bezeichne ich als *Gesellschafts-Charakter*. Die sozio-ökonomische Struktur einer Gesellschaft formt den Gesellschafts-Charakter ihrer Mitglieder dergestalt, daß sie tun wollen, was sie tun *sollen*. Gleichzeitig beeinflusst der Gesellschafts-Charakter die sozio-ökonomische Struktur der Gesellschaft: In der Regel wirkt er als Zement, der der Gesellschaftsordnung zusätzliche Stabilität verleiht; unter besonderen Umständen liefert er den Sprengstoff zu ihrem Umbruch“ (Fromm 2000, 129, Hervorheb. im Original). (Stütze 4, Reflexion)

Dem Gesellschaftscharakter seien fast alle Mitglieder der Gesellschaft unterworfen:

(2. Ursachenprämisse)

„Seelische Gesundheit kann nicht sinnvoll als abstrakte Eigenschaft abstrakt gedachter Personen erörtert werden. Wenn wir uns jetzt mit dem geistig-seelischen Gesundheitszustand des westlichen Menschen unsrer Zeit beschäftigen und untersuchen wollen, welche Faktoren seiner Lebensweise ihn mit seelischer Erkrankung bedrohen und welche ändern seiner seelischen Gesundheit zuträglich sind, müssen wir uns den Einfluß der besonderen heutigen Produktionsbedingungen und unsrer sozialen und politischen Organisation auf die Natur des Menschen klarmachen; wir müssen das Bild der Persönlichkeit des Durchschnittsmenschen erkennen, der heute unter diesen Bedingungen zu arbeiten hat. Erst wenn wir ein Bild dieses 'Sozialcharakters' erarbeitet haben – so tastend und unvollkommen dies auch geschehen mag –, haben wir eine Basis gewonnen, von der aus wir die geistig-seelische Gesundheit des modernen Menschen beurteilen können.

Was ist mit Sozialcharakter gemeint? Mit dieser Konzeption beziehe ich mich auf den *Kern der Charakterstruktur, der von den meisten Angehörigen einer Gesellschaft geteilt wird*, im Gegensatz zum individuellen Charakter, in dem die Menschen derselben Gesellschaft sich voneinander unterscheiden. Es handelt sich dabei nicht um einen statistischen Begriff, der als Totalsumme der den Menschen einer gegebenen Gesellschaft gemeinsamen Charakterzüge gewonnen wäre. Vielmehr kann er nur im Zusammenhang mit der *Funktion* des Sozialcharakters verstanden werden“ (Fromm 1973, 73, Hervorheb. im Original). (Stütze 4, Reflexion/Wissen als Interpretation)

Durch den Einfluss des Gesellschaftscharakters handelten die Menschen unbewusst und nicht mehr frei:

(1. Defizitprämisse)

„Es ist die Funktion des Sozialcharakters, die seelischen Kräfte der Mitglieder der Gesellschaft so zu beeinflussen, daß ihr Verhalten in der Gesellschaft nicht eine be-

5.4 Erich Fromm und der Humanismus

wusste Entscheidung ist, ob sie den gesellschaftlichen Regeln folgen wollen oder nicht, vielmehr eine Haltung, die *sie wünschen läßt, so zu handeln, wie sie zu handeln haben*, und sie zugleich Befriedigung darin finden läßt, den Erfordernissen der jeweiligen Gesellschaft gemäß zu handeln. Anders gesagt, die Funktion des Sozialcharakters besteht darin, *die menschlichen Energien innerhalb einer gegebenen Gesellschaft so zu formen und zu kanalisieren, daß sie das kontinuierliche Funktionieren eben dieser Gesellschaft verbürgen*“ (Fromm 1973, 74, Hervorheb. im Original). (Stütze 4, Reflexion/Wissen als Interpretation)

Ohne den Gesellschaftscharakter sei die moderne Gesellschaft nicht in der Lage gewesen, sich zu „entwickeln“:

(1. Defizitprämisse)

„Zum Beispiel hätte die moderne industrielle Gesellschaft ihre Ziele nicht erreicht, hätte sie nicht die Energien freier Menschen so eingespannt, daß sie mit einer nie zuvor gekannten Intensität arbeiten. Der Mensch mußte zu einem Wesen umgeformt werden, das darauf erpicht war, den größten Teil seiner Energie auf Arbeit zu verwenden, das Disziplin, besonders Ordnungsliebe und Pünktlichkeit in einem Maße erworben hatte, für das es kein geschichtliches Beispiel in andern Kulturen gab. Es hätte nicht genügt, wenn jeder einzelne Mensch sich bewußt jeden Morgen hätte entschließen müssen, er wolle arbeiten, pünktlich am Werkplatz sein und so weiter und so weiter, denn all solche bewußten Überlegungen hätten zu mehr Ausnahmen geführt, als das glatte Funktionieren einer solchen Gesellschaft zulässt. Ebenso wenig hätten Drohungen und Zwang ausgereicht, denn die hochdifferenzierten Aufgaben der modernen industriellen Gesellschaft können auf die Dauer nur von freien Menschen und nicht durch Zwangsarbeit erfüllt werden. Die *Notwendigkeit*, zu arbeiten, pünktlich und ordentlich zu sein, mußte umgewandelt werden in das *Verlangen* nach diesen Zielen. Dies bedeutet, daß die Gesellschaft einen Sozialcharakter zu züchten hatte, dem dieses Streben als selbstverständlich innewohnte, gleichsam zur zweiten Natur wurde“ (Fromm 1973, 74f, Hervorheb. im Original). (Stütze 2, Verweisung auf politisch-gesellschaftliche Systemorientierung)

Das Erziehungssystem trage zu einem erheblichen Anteil an der Ausbildung des gewünschten Gesellschaftscharakters bei:

(2. Ursachenprämisse)

„Wir sprachen noch nicht vom Anteil der Erziehung an der Ausprägung des Gesellschaftscharakters. Da jedoch vielen Psychologen die im zartesten Kindesalter und später bei der heranwachsenden Jugend angewandten Erziehungsmethoden als Ursachen der Charakterentwicklung gelten, scheinen hier einige Bemerkungen am Platz. Fragen wir zunächst: was verstehen wir unter Erziehung? Es sind da vielerlei Definitionen möglich; im Hinblick auf den Gesellschaftsprozess müßte die Definition etwa so sein:

Es ist die Gesellschaftsfunktion der Erziehung, das Individuum zu der Rolle zu befähigen, die es später in der betreffenden Gesellschaft zu spielen hat, das heißt, seinen Charakter so umzuschmelzen, daß er sich dem Gesellschaftscharakter nach Möglichkeit annähert und seine Wünsche mit den Erfordernissen seiner gesellschaftlichen Aufgabe in Einklang bringt. Das Erziehungssystem einer jeden Gesellschaft ist durch diese Funktion bestimmt. Deshalb geht es nicht an, den Gesellschaftsbau selbst oder die Persönlichkeit seiner Mitglieder aus dem Erziehungsverfahren zu erklären. Vielmehr haben wir das Erziehungssystem aus den Notwendigkeiten zu erklären, die aus der sozialen und ökonomischen Struktur einer bestimmten Gesellschaft resultieren. Dabei sind die Erziehungsmethoden von äußerster Wichtigkeit, denn sie stellen die Mechanismen dar, durch die das Individuum zu dem gewünschten Wesen geformt

wird. Sie sind gewissermaßen die Apparate, mittels deren die Anforderungen der Gesellschaft in persönliche Eigenschaften verwandelt werden. Die Techniken der Erziehung sind mithin nicht die Ursachen einer besondern Art Gesellschaftscharakter, sie erzeugen vielmehr einen der Mechanismen, durch die der Charakter geformt wird. In diesem Sinn bilden Kenntnis und Verständnis der Erziehungsmethoden einen wichtigen Teil in der Gesamtanalyse der Gesellschaft“ (Fromm 1945, 278f). (Stütze 2, Institution)

Marketingcharakter-Argument

Der Marketing-Charakter entspricht im Wesentlichen dem Warencharakter-Argument bei Steiner und dem Ware-Argument bei Marx/Engels, wobei der Mensch sich oder seine Arbeitskraft als Ware erlebe.

(1. Defizitprämisse)

„Ich habe die Bezeichnung 'Marketing-Charakter' gewählt, weil der einzelne sich selbst als Ware und den eigenen Wert nicht als 'Gebrauchswert', sondern als 'Tauschwert' erlebt. Der Mensch wird zur Ware auf dem 'Persönlichkeitsmarkt'. Das Bewertungsprinzip ist dasselbe wie auf dem Warenmarkt, mit dem einzigen Unterschied, daß hier 'Persönlichkeit' und dort Waren feilgeboten werden. Entscheidend ist in beiden Fällen der Tauschwert, für den der 'Gebrauchswert' eine notwendige, aber keine ausreichende Voraussetzung ist“ (Fromm 2000, 141f). (Stütze 4, Reflexion/Wissen als Interpretation)

Die Marketing-Charakter-Struktur, so könnte man Fromm hier interpretieren, scheint ein wesentlicher Teil des Gesellschaftscharakters zu sein:

(1. Defizitprämisse)

„Der Erfolg hängt weitgehend davon ab, wie gut sich ein Mensch auf dem Markt verkauft, ob er 'gewinnt' (im Wettbewerb...), wie anziehend seine 'Verpackung' ist, ob er 'heiter', 'solide', 'aggressiv', 'zuverlässig' und 'ehrgeizig' ist, aus welchem Milieu er stammt, welchem Klub er angehört und ob er die 'richtigen' Leute kennt. [...] Um Erfolg zu haben, muß man imstande sein, in der Konkurrenz mit vielen anderen seine Persönlichkeit vorteilhaft präsentieren zu können. Wenn es zum Broterwerb genügen würde, sich auf sein Wissen und Können zu verlassen, dann stünde das eigene Selbstwertgefühl im Verhältnis zu den jeweiligen Fähigkeiten, das heißt zum Gebrauchswert eines Menschen. Aber da der Erfolg weitgehend davon abhängt, wie gut man seine Persönlichkeit verkauft, erlebt man sich als Ware oder richtiger: gleichzeitig als Verkäufer *und* zu verkaufende Ware. Der Mensch kümmert sich nicht mehr um sein Leben und sein Glück, sondern um seine Verkäuflichkeit.

Das oberste Ziel des Marketing-Charakters ist die vollständige Anpassung, um unter allen Bedingungen des Persönlichkeitsmarktes begehrenswert zu sein. Der Mensch dieses Typus *hat* nicht einmal ein Ich (wie die Menschen des 19. Jahrhunderts), an dem er festhalten könnte, das ihm gehört, das sich nicht wandelt. Denn er ändert sein Ich ständig nach dem Prinzip: 'Ich bin so, wie du mich haben möchtest'.

Menschen mit einer Marketing-Charakterstruktur haben kein Ziel, außer ständig in Bewegung zu sein und alles mit größtmöglicher Effizienz zu tun. Fragt man sie, *warum* alles so rasch und effizient erledigt werden muß, erhält man keine echte –Antwort, nur Rationalisierungen wie: 'Um mehr Arbeitsplätze zu schaffen' oder: 'Damit die Firma weiter expandiert.' Philosophischen oder religiösen Fragen, etwa *wozu* man lebt

5.4 Erich Fromm und der Humanismus

und warum man in die eine und nicht die andere Richtung geht, bringen sie (zumindest bewußt) wenig Interesse entgegen. Sie haben ihr großes, sich ständig wandelndes Ich, aber keiner von ihnen hat ein Selbst, einen Kern, ein Identitätserleben. Die 'Identitätskrise' der modernen Gesellschaft ist darauf zurückzuführen, daß ihre Mitglieder zu selbst-losen Werkzeugen geworden sind, deren Identität auf ihrer Zugehörigkeit zu Großkonzernen (oder andere aufgeblähten Bürokratien) beruht. Wo kein echtes Selbst existiert, kann es auch keine Identität geben“ (ebd. 142f; Hervorheb. im Original). (Stütze 4, Reflexion/Wissen als Interpretation)

Nur durch den Entfremdungsprozess habe sich der Marketing-Charakter ausgestalten können, dem der heutige Mensch völlig unterworfen sei:

(1. Defizitprämisse)

„Der Terminus 'Marketing-Charakter' ist nicht die einzige Bezeichnung für diesen Menschentypus. Man kann ihn auch mit dem Marxschen Begriff des *entfremdeten Charakters* beschreiben; Menschen dieses Typus sind ihrer Arbeit, sich selbst, ihren Mitmenschen und der Natur entfremdet“ (ebd. 145; Hervorheb. im Original). (Stütze 1, wiss. Position)

Marx-Argument

Fromm's Marx-Argument besteht in seiner grundsätzlichen Überzeugung, dass Marx nicht angemessen rezipiert, geschweige denn für die sozialistische Praxis angewendet worden sei:

(1. Defizitprämisse)

„Ein wichtiger Grund für das Mißverständnis von Marx liegt weiter in der Tatsache, daß sich die russischen Kommunisten die Marxsche Theorie angeeignet und die Welt zu überzeugen, versucht haben, daß ihre Praxis und Theorie seinen Gedanken folge. Obgleich das Gegenteil wahr ist, hat der Westen ihre Propagandathesen akzeptiert und ist davon überzeugt, daß Marx' Position der russischen Ansicht und Praxis entspricht. Die russischen Kommunisten sind jedoch nicht die einzigen, die einer Fehlinterpretation von Marx schuldig sind. Während für die Russen die brutale Verachtung der persönlichen Würde und der humanistischen Werte charakteristisch ist, wurde die falsche Auslegung von Marx als des Verfechters eines ökonomistisch-hedonistischen Materialismus von vielen Antikommunisten und reformistischen Sozialisten geteilt“ (Fromm 1963, 17). (Stütze 2, Verweisung auf politisch-gesellschaftliche Systemorientierung)

Fromm meint, daß die Deformierung der Marxschen Ideen eine „historische Notwendigkeit“ gewesen sei. Er habe seine Ideen auf dem Höhepunkt der kapitalistischen Entwicklung formuliert ohne voraussehen zu können, daß diese noch ein Jahrhundert andauern würde (vgl. Fromm 2000, 151f):

(3. Alternativprämisse)

„Würde Marx seine Ideen heute, am Anfang des Verfalls des Kapitalismus, verkünden, dann hätte seine wirkliche Botschaft die Chance, Einfluß auszuüben oder gar zu siegen, falls eine solche historische Mutmaßung überhaupt legitim ist. Wie die Dinge stehen, sind selbst die Worte 'Sozialismus' und 'Kommunismus' kompromittiert. Jedenfalls müsste jede sozialistische oder kommunistische Partei, die den Anspruch erheben wollte, Marxsches Denken zu repräsentieren, von der Überzeugung ausgehen,

5 Textanalyse und Interpretation von Grundeinkommenspädagogiken

daß die sowjetischen Regimes in keiner Hinsicht sozialistische Systeme sind, daß der Sozialismus unvereinbar mit einem bürokratischen, dingzentrierten, konsumorientierten Gesellschaftssystem ist, mit dem Materialismus und mit der Reduktion auf das rein Verstandesmäßige, die sowohl das sowjetische als auch das kapitalistische System kennzeichnen“ (ebd. 152). (Stütze 2, Verweisung auf Geschichte/politisch-gesellschaftliche Systemorientierung)

Fromm kritisiert, dass viele Menschen den Sozialismus und Marxismus missverstehen würden und sich meistens auch nicht mit Marx ernsthaft auseinandergesetzt hätten:

(4. Praxisprämisse)

„In Wahrheit kann der Sozialismus in seinen verschiedenen Richtungen nur verstanden werden als eine der bedeutendsten idealistischen und ethischen Bewegungen unserer Zeit“ (Fromm 1973, 219). (Stütze 2, Absolute Norm)

Fromm versucht zweierlei Dinge über Marx klarzustellen:

(4. Praxisprämisse)

1. „[...] die marxistische Theorie behauptet *nicht*, daß das Hauptantriebsmotiv des Menschen dessen Streben nach materiellem Gewinn sei; 2. das wirkliche Ziel von Marx ist die Befreiung des Menschen vom Druck der ökonomischen Bedürfnisse, *damit* er sich – das ist dabei entscheidend – in seiner vollen Menschlichkeit entfalten kann. Das wichtigste Anliegen von Marx ist also die individuelle Emanzipation des Menschen, die Überwindung der Entfremdung, die Wiederherstellung seiner Fähigkeit, sich zum Menschen und zur Natur voll in Einklang zu setzen“ (Fromm 1963, 16, Hervorheb. im Original). (Stütze 1, wiss. Position)

In einer Fußnote stellt Fromm klar, was nach Marx unter dem Begriff Privateigentum zu verstehen sei:

(4. Praxisprämisse)

„Unter dem Ausdruck 'Privateigentum', wie es hier und in anderen Aussagen verwendet wird, versteht Marx nie den Privatbesitz von Gebrauchsgegenständen (wie etwa ein Haus, ein Tisch etc.). Marx bezieht sich vielmehr auf das Eigentum der 'besitzenden Klassen', d. h. des Kapitalisten, der, da er die Produktionsmittel besitzt, das eigentumslose Individuum mieten kann, damit es für ihn arbeite, und zwar unter Bedingungen, die jenes gezwungen ist zu akzeptieren. Das 'Privateigentum' bezieht sich bei Marx also immer auf das private *Eigentum innerhalb der kapitalistischen Klassengesellschaft* und ist daher eine *gesellschaftliche und geschichtliche Kategorie*; der Begriff bezieht sich nicht auf Gebrauchsgegenstände wie z. B. innerhalb einer sozialistischen Gesellschaft“ (Fromm 1963, 40, Hervorheb. im Original). (Stütze 4, Reflexion/Wissen als Interpretation)

Auch den Arbeitsbegriff von Marx will Fromm klarstellen:

(4. Praxisprämisse)

„In der Arbeit [als ein Prozeß zwischen Mensch und Natur; MM] drückt der Mensch sich selbst aus, sie ist der Ausdruck seiner individuellen physischen und geistigen Kräfte. In diesem Prozeß echter Tätigkeit entwickelt sich der Mensch, er wird er selbst. Die Arbeit ist nicht nur ein Mittel zum Zweck – dem Produkt – sondern sie ist Selbstzweck, sie ist der sinnvolle Ausdruck der menschlichen Energie; daher macht Arbeit Freude.

5.4 Erich Fromm und der Humanismus

Die entscheidende Kritik des Kapitalismus durch Marx trifft nicht die ungerechte Verteilung des Reichtums, sondern die Verkehrung der Arbeit in erzwungene, entfremdete, sinnlose Arbeit, daher die Verwandlung des Menschen in eine 'verkrüppelte Monstrosität'. Marx' Begriff der Arbeit, als der Ausdruck der Individualität des Menschen, ist in seiner Version der vollständigen Aufhebung der lebenslänglichen Unterwerfung eines Menschen unter seine Tätigkeit bündig ausgedrückt. Da das Ziel der menschlichen Entwicklung das der Entwicklung des totalen, universalen Menschen ist, muß der Mensch von dem verkrüppelnden Einfluß der Spezialisierung befreit werden“ (Fromm 1963, 47). (Stütze 4, Reflexion/Wissen als Interpretation)

Fromm ist überzeugt, der praktische Kommunismus habe die Ziele Marx' völlig verfehlt:

(4. Praxisprämisse)

„Das zentrale Thema von Marx ist also die Verwandlung der entfremdeten, sinnlosen Arbeit in produktive, freie Arbeit, nicht die bessere Entlohnung der entfremdeten Arbeit durch einen privaten oder 'abstrakten' Staatskapitalismus“ (Fromm 1963, 48). „Selbst unter Sozialisten gibt es in diesem Punkt ein weitverbreitetes Mißverständnis über Marx. Man glaubt, daß Marx hauptsächlich von der *ökonomischen* Ausbeutung der Arbeiter sprach und von der Tatsache, daß sein Anteil am Produkt nicht so groß sei, wie es sein sollte, oder daß das Produkt ihm anstatt dem Kapitalisten gehören sollte. Aber wie ich schon vorher sagte, wäre der Staat als Kapitalist, wie in der Sowjetunion, Marx nicht willkommener gewesen als der Privatkapitalist. Auch die Gleichheit des Einkommens interessierte ihn nicht primär. Was ihn interessiert, ist die Befreiung des Menschen von einer Form der Arbeit, die seine Individualität zerstört, die ihn in einen Gegenstand verwandelt und ihn zum Sklaven der Gegenstände macht. Ebenso wie Kierkegaard ging es Marx um die Erlösung des Individuums. Seine Kritik der kapitalistischen Gesellschaft richtete sich nicht gegen die Art, in der sie die Einkommen verteilt, sondern gegen ihre Produktionsweise, ihre Zerstörung der Individualität und ihre Versklavung des Menschen – nicht durch den Kapitalisten, sondern die Versklavung des Menschen, also des Arbeiters und des Kapitalisten – durch Dinge *und* Umstände, die sie selbst hervorbringen“ (ebd., 53, Hervorheb. im Original). (Stützen 4 u. 1, Reflexion/Wissen als Interpretation, wiss. Position)

Überanstrengung-Argument

Wie beim Passivität-Argument stützt Fromm sich auch hier auf Albert Schweitzer:

(1. Defizitprämisse)

„Schweitzer sieht die Industriegesellschaft nicht nur durch Mangel an Freiheit gekennzeichnet, sondern auch durch 'Überanstrengung'. ‚Seit zwei oder drei Generationen leben so und so viele Menschen nur noch als *Arbeitende* und nicht mehr als *Menschen*'¹⁴⁵. [...] Die menschliche Substanz verkümmert, und bei der Erziehung der Kinder durch solche verkümmerten Eltern fehlt ein wesentlicher Faktor für deren

¹⁴⁵ Fromm bezieht sich hier auf Schweitzer, Albert (1973): Verfall und Wiederaufbau der Kultur, in: Gesammelte Werke in 5 Bänden, Bd. 2, Zürich, 34, Hervorheb. kursiv Fromm.

menschliche Entwicklung.

'Später, selber der Überbeschäftigung unterworfen, verfällt er mehr und mehr dem Bedürfnis nach äußerlicher Zerstreuung [...] *Absolute Untätigkeit, Ablenkung von sich selbst und Vergessen sind ein physisches Bedürfnis für ihn*¹⁴⁶. [...] Schweitzer plädiert deshalb für eine Verkürzung der Arbeitszeit und gegen übermäßigen Konsum und Luxus“ (Fromm 2000, 154). (Stütze 1, wiss. Position)

Entbürokratisierung-Argument

Fromm kritisiert erheblich die Bürokratie, die durch ein humanistisches Management zu ersetzen wäre. Das extremste Beispiel eines Bürokraten in der Geschichte sei Adolf Eichmann, der sich aufgrund seines Pflichtbewusstseins keiner Schuld bewusst gewesen sei (vgl. Fromm 2000, 177f):

(3. Alternativprämisse)

„Die künftigen Sozialwissenschaftler werden neue, unbürokratische Verwaltungsmethoden vorschlagen müssen, die durch stärkeres Eingehen auf Menschen und Situationen und nicht durch starre Anwendung von Regeln gekennzeichnet sind. Unbürokratische Verwaltung ist auch in großem Umfang möglich, wenn wir dem Verwaltungsangestellten Raum für spontane Reaktionen lassen¹⁴⁷ und Wirtschaftlichkeit nicht zum Fetisch erheben“ (ebd. 179). (Stütze 2, Institution)

Ein garantiertes Existenzminimum würde entscheidend mit zur Entbürokratisierung beitragen helfen:

(3. Alternativprämisse)

„Die modernen Sozialstaaten haben diesen Grundsatz [einer bedingungslosen Existenzsicherung, MM]– beinahe – akzeptiert, das heißt 'nicht wirklich'. Betroffene werden nach wie vor von einer Bürokratie 'verwaltet', kontrolliert und gedemütigt. Ein garantiertes Einkommen würde bedeuten, daß niemand einen 'Bedürftigkeitsnachweis' zu erbringen braucht, um ein bescheidenes Zimmer und ein Minimum an Nahrung zu erhalten. Es wäre daher auch keine Bürokratie zur Verwaltung eines Wohlfahrtsprogramms mit ihrer typischen Verschwendung und Missachtung der Menschenwürde vonnöten“ (Fromm 2000, 182). (Stütze 3, Praxis als Information)

Patriarchat-Argument

Die derzeitige Gesellschaft sei immer noch von unverhältnismäßig ho-

¹⁴⁶ Siehe vorherige Fußnote.

¹⁴⁷ Vgl. dazu die wegen ihrer ausgeübten Kritik am Hartz-IV-System vom Jobcenter Hamburg suspendierte bzw. „freigestellte“ Jobcenter-Mitarbeiterin Ingrid Hanne-
mann, z. B. unter: <http://www.abendblatt.de/hamburg/article115057319/Jobcenter-Mitarbeiterin-verweigert-Strafen-fuer-Arbeitslose.html> sowie eine Presse-Info der Arbeitsagentur unter: <http://www.arbeitsagentur.de/zentraler-Content/Pressemeldungen/2013/Presse-13-035.html>, Stand jeweils: 26.06.2013.

5.4 Erich Fromm und der Humanismus

hen patriarchalischen Strukturen durchsetzt:

(3. Alternativprämisse)

„Die Befreiung der Frau von patriarchalischer Herrschaft ist eine fundamentale Voraussetzung der Humanisierung der Gesellschaft. [...] Die Unterjochung der einen Hälfte der Menschheit durch die andere hat beiden Geschlechtern immensen Schaden zugefügt und tut dies weiterhin: Die Männer nahmen die charakteristischen Eigenschaften des Siegers, die Frauen die des Besiegten an. Auch heute noch gibt es keine Mann-Frau-Beziehung, die frei vom Fluch des Überlegenheits- bzw. Unterlegenheitsgefühls wäre, selbst unter Menschen, die bewußt gegen die männliche Vorherrschaft protestieren. [...] Viele Anzeichen deuten darauf hin, daß die Herrschaft des Mannes über die Frau in ähnlichen Bahnen verläuft wie die Unterdrückung aller anderen machtlosen Bevölkerungsgruppen. [...] Die Machtausübung gegenüber dem Schwächeren ist der Wesenskern des bestehenden Patriarchats wie auch der Herrschaft über die nicht-industrialisierten Nationen und über Kinder und Jugendliche. Die wachsende Bewegung zur Befreiung der Frau ist von unerhörter Bedeutung, weil sie das Machtprinzip bedroht, auf dem die heutige Gesellschaft (sowohl die kapitalistische wie die kommunistische) aufgebaut ist – vorausgesetzt, die Frauen meinen mit Befreiung nicht, daß sie an der Macht des Mannes über andere Gruppen, etwa die Kolonialvölker, partizipieren wollen. Falls die Frauenbewegung ihre eigene Rolle und Funktion als Vertreterin von 'Antimacht' begreift, werden die Frauen einen entscheidenden Einfluß auf den Kampf um eine neue Gesellschaft ausüben können“ (Fromm 2000, 183f). (Stütze 2, Verweisung auf Geschichte/politisch-gesellschaftliche Systemorientierung)

Für eine humanistische Gesellschaft muss für Fromm die patriarchalische Vorherrschaft abgebaut werden, deren erste Ansätze schon begonnen haben:

(4. Praxisprämisse)

„Die ersten Schritte zur Befreiung wurden bereits unternommen. Vielleicht werden spätere Historiker feststellen, das revolutionärste Ereignis des 20. Jahrhunderts sei der Beginn der Frauenbefreiung und der Verfall der Vorherrschaft des Mannes gewesen. Doch der Kampf um die Befreiung der Frau hat eben erst begonnen, und der Widerstand der Männer ist nicht zu überschätzen. Ihre gesamte Beziehung zu Frauen (einschließlich der sexuellen) basierte bisher auf ihrer angeblichen eigenen Überlegenheit. Jetzt haben sie bereits angefangen, sich im Umgang mit Frauen, die dem Mythos von der männlichen Überlegenheit keinen Glauben mehr schenken, recht unbehaglich und ängstlich zu fühlen“ (Fromm 2000, 184). (Stütze 2, Verweisung auf Geschichte/politisch-gesellschaftliche Systemorientierung)

Missverhältnis-Argument

Leistung und Gegenleistung in Form von finanzieller Entschädigung stünden in einem Missverhältnis:

(1. Defizitprämisse)

„Unter dem gegenwärtigen System kann das Einkommen völlig getrennt sein von der persönlichen Anstrengung oder Dienstleistung. Der Kapitalbesitzer kann ohne Arbeit verdienen. Die ihrem Wesen nach menschliche Funktion des Austausches von Mühe gegen Mühe kann zur abstrahierenden Manipulation von 'Geld für mehr Geld' werden. [...] Aber selbst wo Arbeit und Dienste geleistet werden, steht das Einkommen in

keinem vernünftigen Verhältnis zu der persönlichen Anstrengung. [...] Die Verteilung des Einkommens im Kapitalismus ist gekennzeichnet durch das Missverhältnis zwischen der Anstrengung des Individuums in seiner Arbeit und der sozialen Anerkennung, die ihm gezollt wird – in Gestalt der finanziellen Entschädigung“ (Fromm 1973, 83f). (Stütze 4, Reflexion/Wissen als Interpretation)

Produktionssteigerung-Argument

Dieses Argument entspricht im Wesentlichen dem bei Werner typisierten Technischer-Fortschritt-Argument:

(4. Praxisprämisse)

„Die auffälligste Veränderung vom 19. zum 20. Jahrhundert ist der technische Wandel, der vermehrte Gebrauch der Dampfmaschine, des Verbrennungsmotors, der Elektrizität und die beginnende Benutzung atomarer Energie. Diese Entwicklung ist gekennzeichnet durch den Ersatz der Handarbeit durch die Maschine und darüber hinaus der menschlichen Intelligenz durch diejenige von Apparaten. Während 1850 15 % der Arbeitsenergie von Menschen aufgebracht wurde, 79 % von Tieren und 6 % von Maschinen, werden es bis 1960 entsprechend 3, 1 und 96 % sein. Um die Mitte des 20. Jahrhunderts finden wir eine zunehmende Neigung, automatisch gesteuerte Maschinen mit eigenem 'Gehirn' zu verwenden, was einen fundamentalen Wandel des gesamten Produktionsprozesses mit sich bringt“ (Fromm 1973, 96). (Stütze 2, Verweisung auf Geschichte)

Tauschwert-Argument

Vor dem Hintergrund des durch den Gesellschaftscharakter bedingten Marketing-Charakters erlebe nicht nur der Mensch sich und seine Arbeitskraft als Ware, sondern auch alle Mitmenschen und Dinge:

(1. Defizitprämisse)

„Die berühmte Zeile von Gertrude Stein 'Eine Rose ist eine Rose ist eine Rose' ist ein Protest gegen diese abstrakte Form des Erlebens; denn für die meisten Menschen ist eine Rose eben gerade nicht *eine Rose*, sondern eine Blume in einer bestimmten Preislage, die man bei gewissen gesellschaftlichen Anlässen kauft. Die schönste Blume, wenn es eine wilde ist, die nichts kostet, wird nicht in ihrer Schönheit erlebt und mit der Rose verglichen – weil sie keinen Tauschwert hat.

Anders ausgedrückt, die Dinge werden als Ware erlebt, als Verkörperungen von Tauschwerten, nicht nur während des Ein- und Verkaufs, auch in unsrer Haltung ihnen gegenüber, wenn die wirtschaftliche Seite erledigt ist. Ein Gegenstand verliert, auch nachdem er erworben ist, niemals diese Eigenschaft der Ware und des Tauschwertes“ (Fromm 1973, 105, Hervorheb. im Original). (Stütze 4, Reflexion/Wissen als Interpretation)

Die Entfremdung sei dadurch charakterisiert, dass Menschen und Dinge nur noch in ihrem Tauschwert und nicht in ihrem Gebrauchswert wahrgenommen würden:

(1. Defizitprämisse)

„Das Prinzip des Tausches in immer zunehmendem Maßstab auf dem nationalen und dem Weltmarkt ist in der Tat einer der fundamentalen Grundsätze, auf denen das kapitalistische System beruht. Aber Adam Smith ahnte dabei wohl auch, daß dieses Prinzip

5.4 Erich Fromm und der Humanismus

eines der tiefsten psychischen Bedürfnisse der modernen, sich selbst entfremdeten Persönlichkeit werden sollte. Tauschen hat die vernunftgemäße Funktion eines bloßen Mittels für wirtschaftliche Zwecke verloren und ist zum Selbstzweck geworden, der sich auf nicht-ökonomische Bereiche erstreckt. Unwissentlich deutet Adam Smith selbst die irrationale Natur dieses Tauschbedürfnisses an, nämlich in seinem Beispiel von den zwei Hunden. Es gibt keinen möglichen realistischen Zweck dafür: entweder die beiden Knochen sind gleich, dann ist kein Grund vorhanden, sie zu tauschen; oder der eine ist besser als der andre, dann würde der Hund, der den besseren hat, ihn nicht freiwillig umtauschen. Das Beispiel hat nur dann einen Sinn, wenn wir annehmen, der Tausch sei ein Bedürfnis an und für sich, auch wenn es keinem praktischen Zweck dient; und dies ist in der Tat, was Adam Smith vermutet.

Wie schon in anderm Zusammenhang bemerkt, hat der Hang zum Tauschen den Hang zum Besitz ersetzt. Man kauft einen Wagen, ein Haus, mit der Absicht, es bei nächster Gelegenheit wieder zu verkaufen. Wichtiger ist jedoch die Tatsache, daß der Trieb zum Tauschen sich auf den Bereich der zwischenmenschlichen Beziehungen ausdehnt. Liebe ist oft nichts anderes als ein günstiger Tausch zwischen zwei Menschen, die dabei das Beste, was sie erwarten können, gewinnen, in Anbetracht ihres Wertes auf dem Persönlichkeitsmarkt¹⁴⁸ (Fromm 1973, 133). (Stützen 1 u. 4, wiss. Position, Reflexion/Wissen als Interpretation)

Gesellschaftskur-Argument

Wie ein kranker Mensch zur Kur ginge, so müsse auch die kranke Gesellschaft kuriert werden:

(3. Alternativprämisse)

„Wenn wir in diesem Kapitel Wege zur Gesundung diskutieren wollen, das heißt Heilmethoden, dann sollten wir einen Moment innehalten und uns fragen, was wir über die Natur der Methoden zur Heilung individueller seelischer Erkrankungen wissen. Die Kur für die soziale Pathologie muß dem gleichen Prinzip folgen, weil diese die Pathologie von soundso vielen einzelnen ist und nicht eine von den Individuen gesonderte Erscheinung jenseits von ihnen“ (Fromm 1973, 242). „Dieselben Bedingungen – *Konflikt* mit den Urbedürfnissen der menschlichen Natur und daraus entstehenden Leiden, *Gewahrwerden* des Verdrängten und *Abänderung* der realen Situation und der Wertmaßstäbe und Normen – sind für eine Kur des gesellschaftlichen Krankheitszustandes im gleichen Maß erforderlich“ (Fromm 1973, 243, Hervorheb. im Original). (Stütze 4, Reflexion/Gebot/Analogie)

Sinnfülle-Argument

Arbeit müsse wieder als sinnvoll erlebt werden können, so Fromm:

(3. Alternativprämisse)

„Die meisten von uns nehmen an, daß die in unsrer Gesellschaft geläufige, nämlich entfremdete, Arbeit die einzige Art Brotarbeit sei, die es gibt; daher sei die Abneigung gegen die Arbeit natürlich und Geld, Prestige und Macht seien die einzigen Anreize

¹⁴⁸ Zur näheren Betrachtung der Liebe und ihres Tauschcharakters vgl. Fromm, Erich (1998): Die Kunst des Liebens.

dazu. Wenn wir unsre Vorstellungskraft auch nur ein bißchen anstrengen würden, könnten wir aus unserm eigenen Leben, aus der Beobachtung von Kindern, aus mancherlei Situationen, wie sie uns immer wieder begegnen, genug Beweismaterial finden, um uns zu überzeugen, daß wir unsre Energien an etwas sinnvolles wenden möchten, daß wir uns angeregt fühlen, wenn wir dies tun können und daß wir durchaus bereit sind, rationale Autorität zu akzeptieren, wenn das, was wir tun, einen Sinn hat.

Aber selbst wenn dies zutrifft, werfen die meisten Leute ein, was hilft uns diese Wahrheit? Industrielle, mechanisierte Arbeit kann ihrer eigenen Natur nach nicht sinnvoll sein; sie kann keine Freude oder Befriedigung gewähren – es gibt keinen Weg, diese Tatsachen zu ändern, es wäre denn, daß wir auf unsre technischen Errungenschaften verzichten. Um auf diesen Einwand einzugehen und darnach einige Ideen vorzutragen, wie moderne Arbeit sinnvoll werden könnte, möchte ich auf zwei verschiedene Aspekte der Arbeit hinweisen, die zu unterscheiden für unser Problem sehr wichtig ist: auf den *Unterschied zwischen der technischen und der gesellschaftlichen Seite der Arbeit* (Fromm 1973, 265, Hervorheb. im Original). (Stütze 4, Reflexion als Sinn)

Interessen-Argument

In einer gesunden Gesellschaft würde selbst sinnlos erscheinende, aber notwendige Arbeit von Menschen ausgeübt werden wollen, die sich dazu berufen fühlten:

„Wenn wir die technischen und die sozialen Seiten der Arbeitssituation getrennt betrachten, so finden wir, daß manche Typen von Arbeit technisch anziehend sein könnten, sofern die soziale Seite befriedigend wäre; andererseits gibt es Arten der Arbeit, wo der technische Aspekt seiner Natur nach nicht interessant sein kann, wo aber doch die soziale Seite der Arbeitssituation diese sinnvoll und anziehend machen könnte.

Um mit einem Beispiel für den ersten Fall zu beginnen: wir finden, daß es viele Männer gibt, die Freude am Beruf des Lokomotivführers finden würden. Aber obwohl dies eine der höchstbezahlten und geachtetsten Stellungen innerhalb der Arbeitnehmerschaft ist¹⁴⁹, so befriedigt es doch nicht das Streben derer, die ein 'besseres Fortkommen' finden könnten. Zweifellos hätte mancher kaufmännische Geschäftsführer mehr Freude als Lokomotivführer an seiner eigenen Arbeit, wenn die gesellschaftliche Einschätzung eine andre wäre. Oder nehmen wir ein andres Beispiel: den Kellner in einem Restaurant. Diese Tätigkeit könnte für viele Menschen äußerst anziehend sein, vorausgesetzt, daß die soziale Einschätzung anders wäre. Die Arbeit eines Kellners erlaubt ständige Beziehung zu Menschen, und für Leute, die am Essen Interesse haben, gibt es Gelegenheit, andre dabei zu beraten, hübsch zu servieren und so fort. Mancher würde es anregender finden, als Kellner tätig zu sein als in einem Büro vor bedeutungslosen Zahlen zu sitzen, wenn die Arbeit als Kellner nicht geringere soziale Einschätzung und niedrigeres Einkommen bedeutete. Wiederum andre fänden den Beruf des Taxichauffeurs anziehend, wären nicht der soziale und der wirtschaftliche Aspekt negativ.

Oft wird vorgebracht, es gebe gewisse Typen von Arbeit, die niemand begehren würde, wenn nicht auf Grund von wirtschaftlichem Zwang; die Arbeit des Bergarbeiters

¹⁴⁹ Dies mag zu Fromms Zeiten bei Herausgabe der „The Sane Society“ 1955 noch der Fall der gewesen sein, Lokführer sind heutzutage keineswegs mehr gut bezahlt, wie an der jüngsten öffentlichen Diskussion um die geringen Gehälter der ca. 26 000 Lokführer in Deutschland zu verfolgen war.

5.4 Erich Fromm und der Humanismus

wird häufig als Beispiel angeführt. Doch in Anbetracht der Verschiedenheit der Menschen und ihrer bewußten und unbewußten Phantasien dürfte es eine ganze Anzahl von Personen geben, für die die Arbeit im Innern der Erde und das Herausholen ihrer Schätze eine beträchtliche Anziehungskraft haben könnte, sprächen nicht die sozialen und finanziellen Nachteile dagegen. Es gibt kaum irgendeine Art Arbeit, die nicht gewisse menschliche Typen anlocken könnte, vorausgesetzt, daß sie von den negativen Seiten in sozialer und wirtschaftlicher Hinsicht befreit wäre.

Aber auch wenn die obigen Überlegungen richtig sind, bleibt es zweifellos wahr, daß viel von der hochgradig zur Routine gewordenen Arbeit, die in der mechanisierten Industrie notwendig ist, an und für sich keine Quelle der Freude und Befriedigung sein kann. Auch hier erweist sich die Unterscheidung zwischen dem technischen und dem sozialen Aspekt der Arbeit als wichtig. Auch da, wo die technische Seite in der Tat uninteressant sein mag, kann die Gesamtheit der Arbeitssituation ziemlich viel Befriedigung bieten“ (Fromm 1973, 266f). (Stütze 3, Exempel)

Lebensbereiche-Argument

Die Trennung von Lebensbereichen wie Erwerbsarbeit und Freizeit sei eine künstliche, die überwunden werden müsse:

(6. Ausnahmeprämisse)

„Zum Abschluß dieser Bemerkungen über die Beteiligung der Arbeiter will ich nochmals [...] unterstreichen, daß alle Anregungen im Sinne der Vermenschlichung der Arbeit nicht zum Ziel haben, die Produktion zu erhöhen oder größere Befriedigung durch die Arbeit an und für sich zu erzeugen. Sie gewinnen ihren Sinn nur innerhalb einer völlig andern sozialen Struktur, in der die wirtschaftliche Betätigung nur ein Teil – und zwar ein untergeordneter Teil – des sozialen Lebens ist. Man kann die eigentliche Arbeit nicht von politischer Tätigkeit, vom Gebrauch der Freizeit und vom persönlichen Leben trennen. Wenn die Arbeit interessant würde, ohne daß die andern Lebenssphären human geworden wären, dann wäre kein echter Wandel eingetreten. Und in Wahrheit würde sie nicht einmal interessant werden. Es ist das eigentliche Übel der Kultur unsrer Tage, daß sie die verschiedenen Bereiche des Lebens voneinander trennt und abschließt. Der Weg zur Gesundheit liegt in der Richtung auf Überwindung dieser Spaltung und auf Erzielung einer neuen Einheit und Ganzheit in der Gesellschaft und im Innern des individuellen Menschwesens“ (Fromm 1973, 289f). (Stütze 4, Reflexion)

Versicherungsfortschritt-Argument

Unter dem Existenzminimum-Argument ist bereits herausgekommen, dass Fromm ein System des garantierten Existenzminimums als konsequente Weiterentwicklung des derzeitigen Versicherungssystems ansieht. Das Versicherungssystem dient ihm als Stütze für einen Paradigmenwechsel, der seinerseits auch einmal undenkbar gewesen sei:

(4. Praxisprämisse, 3. Alternativprämisse)

„Die vor hundert Jahren geläufigen Rationalisierungen: daß die Armen ihren Zustand ihrer Unwissenheit und ihrem Mangel an Verantwortungsgefühl – kurzum ihren 'Sünden' - verdankten, haben sich überlebt. In allen westlichen Industrieländern ist ein Versicherungssystem eingeführt worden, das jedermann für den Fall von Arbeitslosigkeit, Krankheit oder Alte ein Existenzminimum sichert. Es wäre lediglich ein Schritt weiter, festzusetzen, daß, auch wenn diese Voraussetzungen nicht bestehen, jeder das

Recht auf ein Existenzminimum habe. Praktisch gesprochen würde dies bedeuten, jedermann könne einen Betrag beanspruchen, der seine Existenz sichert, wenn er seinen Arbeitsplatz freiwillig aufgegeben hat, weil er sich für eine andre Art Arbeit vorbereiten will oder aus irgendwelchen persönlichen Gründen, die ihn am Geldverdienen hindern, ohne daß er zu einer der Kategorien der 'Versicherten' zu gehören braucht; kurz gesagt, er müßte auf dieses Existenzminimum Anspruch erheben dürfen, ohne 'Gründe' dafür anzugeben.

Dies mag wie ein phantastischer Vorschlag klingen¹⁵⁰, doch so würde auch unser heutiges Versicherungssystem den Menschen vor hundert Jahren geklungen haben. Der Haupteinwand gegen einen solchen Plan dürfte sein, wenn jedermann berechtigt wäre, ein solches Minimum an Unterstützung zu erhalten, dann würden die Menschen nicht arbeiten. Diese Behauptung beruht auf der Trugvorstellung von der menschlichen Natur eingeborenen Faulheit; in Wirklichkeit würde es, abgesehen von Fällen neurotisch bedingter Trägheit, sehr wenige geben, die nicht wünschen würden, mehr als das Minimum zu verdienen, und die das Nichtstun der Arbeit vorziehen würden“ (Fromm 1973, 298f). (Stütze 3, Praxis als Information)

Propaganda-Argument

Propaganda scheint für Fromm eine Strategie zur Verbreitung des Gesellschafts-Charakters zu bedeuten:

(I. Defizitprämisse)

„In einem früheren Kapitel habe ich zu zeigen versucht, daß sich die Demokratie in einer entfremdeten Gesellschaft nicht bewähren kann und daß die Art, wie sie bei uns organisiert ist, den allgemeinen Prozeß der Entfremdung nur noch verstärkt. Wenn Demokratie bedeutet, daß der einzelne seine Überzeugung ausdrückt und seinen Willen kundgibt, dann ist Voraussetzung daß er eine Überzeugung und einen Willen *hat*. Doch es besteht die Tatsache, daß in der modernen, entfremdeten Gesellschaft das Individuum Meinungen und Vorurteile, jedoch keine Überzeugungen hat; Zu- und Abneigungen, aber keinen Willen. Seine Meinungen und Vorurteile, Zu- und Abneigungen werden ebenso manipuliert wie sein Geschmack, nämlich durch einen mächtigen Propaganda-Apparat – der vielleicht nicht so wirksam wäre ohne die schon vollzogene Konditionierung durch Reklame und die gesamte entfremdete Lebensführung“ (Fromm 1973, 300f, Hervorheb. im Original). (Stütze 4, Reflexion/Wissen als Interpretation)

Die Forderung nach einer freien Presse ist neben dem bedingungslosen Grundeinkommen, einer sozialen Bodenreform und fließendem Geld auch zentraler Bestandteil des „Plan B“¹⁵¹.

¹⁵⁰ Hier ergänzt Fromm in einer Fußnote: „Dr. Meyer Shapiro lenkte meine Aufmerksamkeit auf die Tatsache, daß Bertrand Russell den gleichen Vorschlag in seinem Buch *Roads to Freedom* Blue Ribbon Books, New York, S. 86 ff. gemacht hat“ (Fromm 1973, 298). Vgl. dazu auch das Irrtum-Argument.

¹⁵¹ Vgl. den von Andreas Popp und Rico Albrecht vertretenen Plan B unter: <http://www.wissensmanufaktur.net/plan-b>; Stand: 30.12.2012.

Aufwecken-Argument

Als Sozialpsychologe sieht Fromm seine Aufgabe darin, den Menschen aufzuwecken und sich seiner unbewusst bestimmten, künstlichen Bedürfnisse bewusst zu werden. Auch hier stützt er sich auf Marx:

(3. Alternativprämisse)

„Nur auf der Grundlage eines besonderen Begriffs der menschlichen Natur kann Marx die Unterscheidung zwischen den wahren und falschen Bedürfnissen des Menschen treffen. Ganz subjektiv werden die falschen Bedürfnisse als ebenso dringend und wirklich erfahren wie die wahren Bedürfnisse, und von einem rein subjektiven Standpunkt aus gibt es kein Kriterium für diese Unterscheidung. (In moderner Terminologie könnte man zwischen neurotischen und rationalen [gesunden] Bedürfnissen unterscheiden.)¹⁵² Häufig ist sich der Mensch nur seiner falschen Bedürfnisse bewußt und unbewußt seiner wirklichen. Die Aufgabe des Gesellschaftsanalytikers ist es gerade, den Menschen aufzuwecken, so daß er der illusorischen falschen Bedürfnisse gewahr wird. Das wichtigste Ziel des Sozialismus ist für Marx die Erkenntnis und die Verwirklichung der wahren menschlichen Bedürfnisse, was nur möglich sein wird, wenn die Produktion dem Menschen dient, und das Kapital aufhört, die falschen Bedürfnisse des Menschen hervorzubringen und auszubeuten“ (Fromm 1963, 65). (Stütze 1, wiss. Position)

Durch die ökonomische Befreiung werde der Mensch aufgeweckt und könne sich mit wichtigen „Sinnfragen“ auseinandersetzen:

(5. Adäquatheitsprämisse)

„Eine weitere Auswirkung des garantierten Einkommens in Verbindung mit einer wesentlich verkürzten Arbeitszeit für alle wäre sicher, daß die geistigen und religiösen Probleme des menschlichen Daseins real und bestimmend würden. Bisher war der Mensch mit seiner Arbeit zu sehr beschäftigt (oder er war nach der Arbeit zu müde), um sich ernsthaft mit den Problemen abzugeben: 'Was ist der Sinn des Lebens?', 'Woran glaube ich?', 'Welche Werte vertrete ich?', 'Wer bin ich?' usw. Wenn er nicht mehr ausschließlich von seiner Arbeit in Anspruch genommen ist, wird es ihm entweder freistehen, sich ernsthaft mit diesen Problemen auseinanderzusetzen, oder er wird aus unmittelbarer oder kompensierter Langeweile halb verrückt werden. Prinzipiell kann der wirtschaftliche Überfluß die Befreiung von der Angst vor dem Hungertod den Übergang von einer vormenschlichen zu einer wahrhaft menschlichen Gesellschaft kennzeichnen“ (Fromm 1986, 20f). (Stütze 4, Reflexion als Sinn/Vernunft)

Freiheit-Argument

Der Begriff der Freiheit ist für Fromm als Humanist zentral, dem er sich fragend anzunähern versucht:

„Betrachten wir die psychologische, menschliche Seite der Freiheit und ihre Kehrseite, auf der wir Machtbegierde und Selbstunterwerfung bemerken, so erheben sich folgen-

¹⁵² Fromm gibt hier den Hinweis auf E. Fromm: „Man of Himself“, Rinehart & Co., Inc., New Work 1947.

5 Textanalyse und Interpretation von Grundeinkommenspädagogiken

de Fragen:

Worin Besteht das Erlebnis von Freiheit?

Wohnt das Verlangen nach Freiheit dem Menschen von Natur aus inne? Ist es auf jeder kulturellen Entwicklungsstufe das gleiche? Oder ist es je nach dem Grad der Verpersönlichung innerhalb einer bestimmten Gesellschaftsschicht und nach Klassen verschieden?

Bedeutet Freiheit nur Abwesenheit von äußerem Druck oder auch die Anwesenheit von irgend etwas – und wenn, wovon?

Welche sozialen und ökonomischen Ursachen hat das Streben nach Freiheit?

Kann Freiheit zur Bürde werden, vor der die Menschen fliehen, weil sie ihnen zu schwer? (sic!) Warum ist dann diese Freiheit für viele das ersehnte Ziel? Warum ist sie für andere eine Bedrohung?

Lebt da nicht auch vielleicht neben dem angeborenen Freiheitsverlangen ein triebhafter Wunsch, sich zu unterwerfen und zu gehorchen? Wenn nicht – wie läßt sich dann die Anziehungskraft erklären, welche die Unterwerfung unter den Willen eines Führers auf so viele ausübt?

Bezieht sich der Unterwerfungsdrang, die Gier zu gehorchen immer nur auf sichtbare – oder auch auf unsichtbare Autoritäten, solche im Innern des Menschen, wie Pflicht oder Gewissen? Auf einen anonymen Führer, genannt öffentliche Meinung?

Gewährt Unterwerfung geheime Befriedigung? Und wie sieht die aus“ (Fromm 1945, 14)? (Stütze 4, Reflexion)

Fromm unterscheidet zwischen einer Freiheit „wovon“ und einer Freiheit „wozu“:

„Der Mensch beginnt erst da, wo der Mangel an Tatbestimmung durch Instinkte einen bestimmten Punkt übersteigt, die Anpassung an die Natur ihren Zwangscharakter verliert und die Handlungen nicht mehr durch Erbmechanismen festgelegt sind. Mit andern Worten: *Menschsein und Freisein sind von Anbeginn untrennbar verbunden*. (Wobei wir das Wort 'Freiheit' nicht in seinem positiven Sinn als 'Freiheit zu' gebrauchen, sondern im negativen als 'Freiheit von', nämlich von Handlungsbestimmungen durch Instinkte“ (Fromm 1945, 39f, Hervorheb. im Original)). (Stütze 4, Reflexion)

Fromm stützt sich zur Verdeutlichung des Freiheitsbegriffes auf die Bibel:

„Eine besonders anschauliche Darstellung der Urbeziehung von Mensch und Freiheit bietet uns der biblische Mythos von der Vertreibung aus dem Paradies.

Dieser Mythos stellt an den Anfang der menschlichen Historie eine Wahlhandlung und betont zugleich mit allem Nachdruck die Sündigkeit dieser ersten Freiheitstat. Mann und Weib leben im Garten Eden in völliger Eintracht mit sich und der Natur. Friede herrscht; es gibt kein Muß zur Arbeit, keine Wahl, keine Freiheit, kein Denken. Es ist verboten, vom Baum des Wissens und der Erkenntnis zu essen. Da handelt der Mensch gegen Gottes Gebot; er durchbricht die Eintracht mit der Natur, deren Teil er war, solange er ihre Schranken nicht überschritt. Das ist vom Standpunkt der Kirche, der Autorität, eine Todsünde. Vom Standpunkt des Menschen jedoch ist dies der Beginn der menschlichen Freiheit. Gegen Gottes Befehle handeln, heißt: sich vom Zwange befreien, aus dem unbewußten Dasein eines vormenschlichen Zustandes zur Höhe des Menschseins empor tauchen. Durch Begehung einer Sünde gegen die Autorität zu handeln, ist im positiven, menschlichen Sinn die erste Freiheitstat, das heißt: der erste rein menschliche Akt. Im Mythos ist die Sünde, formell gesehen, ein Handeln gegen Gottes Gebot; materiell betrachtet jedoch das Essen vom Baum der Erkenntnis. Der Ungehorsam, als Akt der Befreiung, ist der Beginn der Vernunft“ (Fromm 1945, 41). (Stütze 1, Erkenntnis/Verweisung auf Bekanntes)

5.4 Erich Fromm und der Humanismus

Die durch Humanismus und Aufklärung gewonnene Freiheit, so Fromm, musste teuer bezahlt werden:

(2. Ursachenprämisse, historisch)

„Fassen wir das über die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Wandlungen des Individuums im 15. und 16. Jahrhundert Gesagte zusammen, so ergibt sich folgendes: Wir sehen abermals das Doppelgesicht der Freiheit: Das Individuum ist frei von Bindungen wirtschaftlicher und politischer Fesseln; durch die tätige und unabhängige Rolle, die es in dem neuen System zu spielen hat, gewinnt es an positiver Freiheit. Gleichzeitig aber ist es von jenen Banden befreit, die ihm Sicherheit und Zugehörigkeit gaben. Es lebt sein Leben nicht mehr in einer geschlossenen Welt, dessen Zentrum der Mensch ist; die Welt ist nun grenzenlos und zu gleicher Zeit furchterregend. Durch den Verlust seiner festen Stellung in einem geschlossenen Ganzen verlor der Mensch die Antwort auf die Frage nach dem Sinn seines Lebens. Die Folge ist, daß er an sich und dem Zweck seines Lebens zu zweifeln beginnt. Er ist von überpersönlichen Mächten bedroht: Kapital und Markt. Seine Mitmenschen sind ihm entfremdet und feind; jeder kann ihm zum mächtigen Konkurrenten werden. Er ist frei – das heißt: allein, isoliert, von allen Seiten bedroht. Ohne den Reichtum, die Macht des Renaissance-Kapitalisten, ohne das sichere Gefühl, mit Menschheit und Universum eins zu sein, wird er von seiner persönlichen Bedeutungs- und Hilflosigkeit übermannt. Das Paradies ist für immer verloren. Das Individuum ist allein, fremd in eine unbegrenzte, drohende Welt geworfen. Mit Notwendigkeit muß die neue Freiheit Gefühle tiefer Unsicherheit, Ohnmacht, Zweifel, Einsamkeit und Angst hervorrufen. Wenn das Individuum noch mit Erfolg funktionieren soll, müssen diese Gefühle gemildert, erleichtert, verringert werden“ (Fromm 1945, 69f). (Stütze 2, Verweisung auf Geschichte)

Die Flucht vor der neu gewonnenen Freiheit, vor der sich der Mensch fürchte, könne nur in Entfremdungsszenarien enden:

(1. Defizitprämisse)

„Und dennoch – wenn die wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und politischen Bedingungen, von denen der ganze menschliche Individuationsprozeß abhängt, keine Grundlage zur Verwirklichung der Persönlichkeit im angedeuteten Sinne darbieten, und die Menschen zugleich jener Bindungen verlustig gingen, die ihnen Sicherheit gaben, dann macht diese Leere die Freiheit zu einer untragbaren Bürde. Dann wird sie gleichbedeutend mit einem zweifelhaften, zweifelerfüllten Leben ohne Sinn und Richtung. Gewaltige Strömungen kommen und suchen dieser Art Freiheit zu entinnen, einzumünden in irgendeine Art von Verbundenheit des Menschen mit einer Welt, die ihm Erlösung von aller Ungewißheit verspricht – und ihn dafür seiner persönlichen Freiheit beraubt“ (Fromm 1945, 44). (Stütze 4, Reflexion als Sinn/Wissen als Interpretation)

Das Phänomen der Freiheit sei nicht immer da gewesen, sondern ein Resultat der Neuzeit und Aufklärung:

„Die mittelalterliche Gesellschaft beraubte kein *Individuum* seiner Freiheit, denn das 'Individuelle' war nicht da; der Mensch war mit der Welt noch durch primäre Bindungen verknüpft. Er begriff sich selber noch nicht als ein Individuelles, sondern allein durch das Mittlertum seiner gesellschaftlichen Rolle, die damals seine natürliche war. Er sah auch in keinem andern die Individualität. Der Bauer war in der Stadt ein fremder und selbst Angehörige der verschiedenen Stände sahen sich gegenseitig als Fremde an. Die Erkenntnis des eigenen oder des andern individuellen Ichs und der Welt als eines gesonderten Seins war noch nicht voll entwickelt“ (Fromm 1945, 51, Hervorheb.)

im Original). (Stütze 2, Verweisung auf Geschichte/politisch-gesellschaftliche Systemorientierung)

Freiheit, so sei hier festhalten, beinhaltet für Fromm im Wesentlichen zwei Aspekte, die Freiheit von inneren, teils unbewussten Zwängen sowie von äußeren wirtschaftlichen Zwängen. Für die Ermöglichung der letzteren plädiert Fromm seit Mitte der 50er Jahre des letzten Jahrhunderts für ein garantiertes Existenzminimum.

(3. Alternativprämisse)

„Alles, worauf es ankommt, ist, daß dem Individuum die Möglichkeit zu echter Aktivität wiedergegeben wird; daß die Zwecke der Gesellschaft mit seinen eigenen identisch werden – nicht ideologisch, sondern in Wirklichkeit – und daß er endlich tätig und frei seine körperlichen und geistigen Kräfte auf seine Arbeit verwenden und sie als etwas Persönliches, als eine Leistung betrachten kann, mit der er sich verbunden und für die er sich verantwortlich fühlt, weil sie bedeutungs- und zweckvoll seinen menschlichen Zielen entspricht. Das bisherige Manipulieren mit Menschen müssen wir durch aktive, verständige Cooperation ersetzen und den Grundsatz der 'Regierung durch das Volk für das Volk' von dem formal politischen auf das wirtschaftliche Gebiet ausdehnen.

Die Frage, ob ein politisches oder wirtschaftliches System dazu imstande ist, die Sache der menschlichen Freiheit zu fördern, läßt sich nicht rein politisch und ökonomisch beantworten. Das einzige Kriterium für die Verwirklichung der Freiheit besteht darin, daß der Einzelne an der Bestimmung seines Lebens und des der Gesellschaft tätigen Anteil hat, und zwar nicht bloß durch den formalen Akt einer Stimmabgabe, sondern in täglichem Wirken, in seinem Werk und seinen Beziehungen zu den andern. Würde die neue Demokratie sich auf das rein Politische beschränken, so wäre sie nicht in der Lage, den Folgen der ökonomischen Bedeutungslosigkeit des Durchschnitts-Individuums wirksam entgegenzutreten“ (Fromm 1945, 266f). (Stütze 4, Reflexion/Wissen als Interpretation)

Arbeitstrieb-Argument

Wie auch unter dem Gesellschaftscharakter-Argument hervorgehoben, habe der Mensch die moderne Gesellschaft ohne seinen unermüdlichen Arbeitstrieb nicht entwickeln können:

(2. Ursachenprämisse, historisch/wirtschaftlich)

„Und in den nordeuropäischen Ländern entwickelt der Mensch vom 16. Jahrhundert an einen unersättlichen Arbeitseifer, der vor dieser Zeit dem freien Mann mangelte. Doch ist nicht nur der Mensch von der Geschichte – die Geschichte ist auch vom Menschen gemacht. Die Lösung dieses scheinbaren Widerspruchs gehört in das Gebiet der Sozialpsychologie.¹⁵³ Nicht nur muß diese uns zeigen, wie Leidenschaften, Wün-

¹⁵³ Fromm weist in einer Fußnote hier darauf hin: „Vgl. die Beiträge der Soziologen J. Dollard, K. Mannheim, H. D. Lasswell, der Anthropologen R. Benedict, J. Hallowsell, R. Linton, M. Mead, E. Sapir, sowie A. Kardiners Anwendung psychoanalytischer Erkenntnisse auf die Anthropologie“ (Fromm 1945, 21)!

5.4 Erich Fromm und der Humanismus

sche, Ängste sich als *Folge* des Gesellschaftsprozesses verändern, sondern auch wie die also neu geformten menschlichen Energien, ihrerseits fruchtbar, auf den Gesellschaftsprozess umformend einwirken. So sind zum Beispiel das Trachten nach Ruhm und Erfolg und der Arbeitstrieb Tatkräfte, ohne die sich der Kapitalismus nicht hätte entwickeln können. Ohne diese und einige andere Eigenschaften hätte dem Menschen der Antrieb und damit die Möglichkeit gefehlt, den Anforderungen des modernen kommerziellen und industriellen Systems entsprechend vorzugehen“ (Fromm 1945, 21, Hervorheb. im Original). (Stütze 2, Verweisung auf Geschichte)

Mit Stützung auf Max Weber beschreibt Fromm die Entwicklung von der Arbeit als Selbstzweck hin zur Arbeit als Fremdzweck:

(2. Ursachenprämisse, historisch/wirtschaftlich)

„Auch in der mittelalterlichen Gesellschaft war die Arbeitslast unter die verschiedenen Klassen ungleich verteilt; rücksichtslose Ausbeutung war an der Tagesordnung. Allein die Einstellung zur Arbeit unterschied sich von der, die sich in der Neuzeit entwickelte; die Arbeit hatte noch nicht den abstrakten Charakter der Produktion von Waren, für die man einen profitbringenden Markt finden mußte. Man arbeitete für den konkreten Bedarf und mit dem konkreten Ziel: seinen Lebensunterhalt zu verdienen. Es gab, wie Max Weber nachweist, noch nicht den Zwang, mehr zu arbeiten als zur Aufrechterhaltung des traditionellen Lebensstandards erforderlich war. Gewiß gab es Fälle, daß Arbeit – einzeln oder in Gruppen – aus Freude an der eigenen Fertigkeit, mit Lust und Genuß am Vollbringen verrichtet wurde. Die Vielen aber arbeiteten, weil sie zu arbeiten *hatten* und den Arbeits-Zwang fühlten, der stets nur von außen kam. Das Neue in der modernen Ära war, daß sich Menschen auf einmal zur Arbeit getrieben fühlten – ohne äußeren Druck, nur vermöge eines innerlichen Zwanges und Dranges, der sie intensiver arbeiten ließ, als es in der früheren Wirtschaft selbst unter den strengsten Herren der Fall war. Der innere Zwang spannte alle Kräfte wirksamer an als je ein äußerer. Gegen äußeren Zwang lehnt sich im Menschen stets etwas auf und beeinträchtigt, hemmt oder mindert das Schaffen, macht auch die Menschen ungeeignet zu besonderen Aufgaben, die eigene Initiative, Verantwortungsgefühl und höhere Einsicht verlangen. Solche Eigenschaften konnten sich erst dann voll entfalten, als der Mensch aus innerer Nötigung in seinen eigenen Sklaventreiber verwandelt war. Die kapitalistische Entwicklung konnte sich erst wirksam durchsetzen, nachdem ein Großteil aller menschlichen Energien dem Arbeitsprozeß zugeführt worden war. In keiner früheren Epoche hatten freie Menschen all ihre Kraft in den Dienst einer Sache, der Arbeit, gestellt. Dieser neue unbändige Arbeitsdrang wurde für die Entwicklung unseres Industriesystems nicht minder wichtig als Dampf und Elektrizität; er war eine der Hauptproduktionskräfte“ (Fromm 1945, 98f). (Stützen 1 u. 2, wiss. Position, Verweisung auf Geschichte)

Individuation-Argument

Die Entwicklung und der Fortschritt der Freiheit sei ein Schritt hin zur Individuation:

„Wäre jeder Schritt in Richtung auf Individuation und Trennung – von einem entsprechenden Wachstum des eigenen Selbst begleitet, dann wäre des Kindes Entwicklung harmonisch. Dies aber ist nur selten der Fall. Denn während sich der Individuations-Prozeß automatisch vollzieht, ist das Wachstum des Selbst durch eine Reihe sozialer und persönlicher Gründe beeinträchtigt, und die hierdurch entstehende Kluft läßt ein unerträgliches Gefühl ohnmächtigen Alleinseins entstehen, das zu jenen psychischen Mechanismen führt, die im fünften Kapitel als Fluchtmechanismen beschrieben sind. Entwicklungsgeschichtlich läßt sich auch in dem Stammbaum der Menschheit eine

5 Textanalyse und Interpretation von Grundeinkommenspädagogiken

zunehmende Individuation, eine wachsende Freiheit gewahrt werden“ (Fromm 1945, 38f). (Stütze 2, Verweisung auf Geschichte)

Wie die gewonnene Freiheit bringe aber auch der zunehmende Individuationsprozess Probleme mit sich, die gelöst werden müssten:

(5. Adäquatheitsprämisse)

„Wäre der menschliche Entwicklungsprozeß harmonisch verlaufen, nach einem bestimmten Plan, dann hätten die beiden Entwicklungstendenzen – wachsende Kraft und wachsende Individuation – sich die Wage (sic!) gehalten. So aber wurde die Menschheitsgeschichte ein ewiger Hader und Kampf, übervoll von Konflikten. Jeder Schritt in Richtung vermehrter Verpersönlichung bedroht Menschen mit neuen Unsicherheiten. Primäre Bindungen, einmal getrennt, lassen sich nie wieder flicken; in das verlorene Paradies kehrt kein Mensch zurück. Da gibt es nur eine einzige fruchtbare Lösung für die Beziehung des individualisierten Menschen zur Welt: Tätige Solidarität mit allen Mitmenschen, selbstbestimmende, freiwillige Tätigkeit, Liebe und fruchtbare Arbeit – sie einen den Menschen wieder der Welt, nicht mittels primärer Bindungen, vielmehr in Freiheit, in der Unabhängigkeit seiner Persönlichkeit“ (Fromm 1945, 43f). (Stütze 4, Reflexion/Wissen als Interpretation)

Spontanität-Argument

Spontanität ist für Fromm ein wichtiges Indiz für eine gesunde Gesellschaftsform, die derzeit viel zu selten zu ihrem Ausdruck komme:

(3. Alternativprämisse)

„Auch kleine Kinder bieten Beispiele von Spontanität. Sie haben die Fähigkeit, das zu fühlen, zu denken, zu äußern, was ihnen ureigen ist. In ihren Gesichtern drückt es sich aus. Fragt man, worin die Anziehungskraft kleiner Kinder auf viele Große besteht, so liegt die Antwort – abgesehen von sentimental und konventionellen Ursachen – in der kindlichen Spontanität. Sie spricht zu jedermann, dessen Herz und Sinn nicht tot sind. Unstreitig gibt es nichts Anziehenderes und Überzeugenderes als Spontanität – sei es bei einem Kind, einem Künstler oder einfachen Menschen, die nach Alter oder Beruf zu keiner der beiden Gruppen gehören und doch wohl spontan sind.

Und auch in unser aller Leben gibt es zum mindesten Momente spontanen Empfindens, Denkens und Handelns; sie sind zugleich die seltenen Augenblicke unseres wahren Glücks. Mag es der frische, ursprüngliche Anblick einer beglückenden Landschaft oder das Aufdämmern einer Wahrheit aus eigenen Gedanken sein oder ein Sinnengenuss, dem nichts stereotypes anhaftet oder aus tiefem Gefühl aufquellende Liebe – in einem jeden derartigen Augenblick erleben wir in uns spontanes Geschehen. Manchem Leser mag hieraus vielleicht eine Ahnung aufdämmern, was das menschliche Leben sein könnte, wenn solche Erlebnisse nicht so selten wären und nicht so mißachtet und vernachlässigt würden“ (Fromm 1945, 252f). (Stütze 1, Verweisung auf Bekanntes)

Phasenverschiebung-Argument

Denken aus alten Gesellschaftsformen bestimme immer noch das Handeln in einer inzwischen völlig neuen veränderten Gesellschaft:

(2. Ursachenprämisse, historisch)

„Der Übergang von einer Psychologie des Mangels zu einer des Überflusses bedeutet

5.4 Erich Fromm und der Humanismus

einen der wichtigsten Schritte in der menschlichen Entwicklung. Eine Psychologie des Mangels erzeugt Angst, Neid und Egoismus (was man auf der ganzen Welt am intensivsten in Bauernkulturen beobachten kann). Eine Psychologie des Überflusses erzeugt Initiative, Glauben an das Leben und Solidarität. Tatsache ist jedoch, daß die meisten Menschen psychologisch immer noch in den ökonomischen Bedingungen des Mangels befangen sind, während die industrialisierte Welt im Begriff ist, in ein neues Zeitalter des ökonomischen Überflusses einzutreten. Aber wegen dieser psychologischen 'Phasenverschiebung' sind viele Menschen nicht einmal imstande, neue Ideen wie die eines garantierten Einkommens zu begreifen, denn traditionelle Ideen werden gewöhnlich von Gefühlen bestimmt, die ihren Ursprung in früheren Gesellschaftsformen haben“ (Fromm 1986, 20). (Stütze 4, Reflexion/Wissen als Interpretation)

Homo-consumens-Argument

Der homo consumens sei heute geprägt von dem Drang nach Stillung zahlreicher Bedürfnisse, die im ursprünglichen natürlichen Sinne keine seien. Es gelte, ihm dies bewusst zu machen, damit er wieder produktiv tätig werden könne. Von daher fragt Fromm auch kritisch, ob auch die Reichen, die eigentlich kein Grundeinkommen benötigen, von der mit ihm verbundenen Freiheit profitieren könnten:

(1. Defizitprämisse)

„Ein weiterer Einwand lautet: Wird es Menschen wirklich freier machen, wenn er keine Angst vor dem Verhungern mehr zu haben braucht, wenn man bedenkt, daß Menschen mit einem guten Einkommen vermutlich genausoviel Angst haben, ihre Stelle zu verlieren, die ihnen im Jahr 15 000 Dollar einbringt, wie die, welche hungern müßten, wenn sie ihren Job verlieren würden. Wenn dieser Eindruck richtig ist, würde das garantierte Einkommen die Freiheit der Menschheit, jedoch nicht die Freiheit der oberen Schicht vergrößern.

Um diesen Einwand ganz zu begreifen, müssen wie (sic!) bedenken, von welchem Geist unsere heutige Industriegesellschaft erfüllt ist. Der Mensch hat sich in einen *homo consumens* verwandelt. Er ist unersättlich und passiv und versucht seine innere Leere mit einem ständigen, stets wachsenden Konsum zu kompensieren. Es gibt viele klinische Beispiele für diesen Mechanismus, bei dem übermäßiges Essen, Kaufen und Trinken eine Reaktion auf Depression und Angst ist. Konsumiert werden Zigaretten, Schnaps, Sex, Filme, Reisen, Bildungsgüter wie Bücher, Vorlesungen, Kunst. Der Mensch macht den Eindruck, als sei er aktiv und höchst angeregt, in seinem tiefsten Innern ist er jedoch erfüllt von Angst, ist er einsam, deprimiert und gelangweilt. (Langeweile kann als jene Art chronischer Depression begriffen werden, die man erfolgreich mit Konsum kompensieren kann.)“ (Fromm 1986, 22f, Hervorheb. im Original). (Stütze 4, Reflexion)

Fromm ist nicht prinzipiell gegen den Konsum, aber er kritisiert einen übernatürlichen, „maximalen“ Konsum als Leitbild:

(1. Defizitprämisse)

„Die Industriegesellschaft des zwanzigsten Jahrhunderts hat diesen neuen psychologischen Typ, den *homo consumens*, in erster Linie aus wirtschaftlichen Gründen geschaffen, d. h. um des notwendigen Massenkonsums willen, der durch die Werbung stimuliert und manipuliert wird. Aber der einmal geschaffene Charaktertyp beeinflusst seinerseits wieder die Wirtschaft und läßt das Prinzip der ständig zunehmenden Befriedigung vernünftig und realistisch erscheinen. Das Problem wird dadurch noch kompli-

5 Textanalyse und Interpretation von Grundeinkommenspädagogiken

zierter, daß mindestens zwanzig Prozent der amerikanischen Bevölkerung in unzureichenden Verhältnissen leben, daß einige Länder Europas, vor allem die sozialistischen, noch keinen befriedigenden Lebensstandard erreicht haben und daß der größte Teil der Menschheit in Lateinamerika, Afrika und Asien kaum über dem Hungerniveau existiert. Jedes **Argument**, das sich für eine geringeren Konsum einsetzt, wird mit dem **Gegenargument** beantwortet, daß in den meisten Teilen der Welt der Konsum noch gesteigert werden müsse. Dies ist richtig; doch besteht die Gefahr, daß selbst in den heute noch armen Ländern das Ideal des maximalen Konsums richtungsweisend für alle Anstrengungen wird, daß es den Geist der Menschen formen und daher auch weiterhin wirksam sein wird, wenn das optimale Konsumniveau bereits erreicht ist“ (Fromm 1986, 23, Hervorheb. im Original, Hervorheb. fett MM). (Stütze 4, Reflexion/Wissen als Interpretation)

Fromm gibt Vorschläge und glaubt,

(6. Ausnahmeprämisse, Bedingung)

„[...] daß das garantierte Einkommen nur gewisse (wirtschaftliche und soziale) Probleme lösen würde, daß es aber nicht die erwünschte radikale Wirkung hätte, wenn wir nicht gleichzeitig das Prinzip des maximalen Konsums aufgeben.

Was muß also geschehen, wenn wir das garantierte Einkommen einführen wollen? Allgemein gesagt, müssen wir unser System des *maximalen* Konsums in ein System des *optimalen* Konsums verwandeln. Das bedeutet:

Man müßte in der Industrie weitgehend von der Produktion von Gütern für den individuellen Verbrauch zur Produktion von Gütern für den öffentlichen Verbrauch übergehen – zum Beispiel Schulen, Theater, Bibliotheken, Parks, Krankenhäuser, öffentliche Verkehrsmittel und Wohnungsbau fördern. Anders gesagt sollte man den Nachdruck auf die Produktion von Dingen legen, die der Entfaltung der inneren Produktivität und Aktivität des einzelnen dienen. Man kann nachweisen, daß die Gier des *homo consumens* sich hauptsächlich auf den industriellen Konsum von Dingen bezieht, die er ißt (sich einverleibt), während die Benutzung kostenloser öffentlicher Einrichtungen, die dem einzelnen die Möglichkeit bieten, sich seines Lebens zu freuen, keine Gier und Unersättlichkeit erzeugt. Ein solcher Übergang vom maximalen zum optimalen Konsum würde drastische Veränderungen in den Produktionsmustern und außerdem eine radikale Verminderung der Werbung, die mittels Gehirnwäsche unsere Gier immer weiter treibt. (Eine solche Einschränkung der Werbung und vor allem die Steigerung der Produktion für den öffentlichen Bereich sind meines Erachtens kaum ohne staatliche Intervention denkbar.) Außerdem müßten kulturelle Veränderungen geschehen: Es müßte zu einer Renaissance der humanistischen Werte des Lebens, der Produktivität, des Individualismus usw. kommen, die den Mechanismus des Organisationsmenschen, der so manipuliert wird, daß er wie ein Ameisenhaufen funktioniert, überwindet“ (24, Hervorheb. im Original). (Stütze 4, Reflexion/Gebot)

Erfahrung von Freiheit und Handlungsfreiheit hängen für Fromm zusammen mit der Fähigkeit den *homo consumens* zu überwinden:

(6. Ausnahmeprämisse, Bedingung)

„Viele sehen es heute als einen Eingriff in ihre Freiheit an, wenn der unbegrenzte Konsum eingeschränkt wird, obgleich nur die ganz Reichen wirklich frei wählen können, was sie haben möchten. Der Konkurrenzkampf zwischen den verschiedenen Marken der gleichen Gebrauchswaren und den verschiedenen Arten von Gebrauchswaren erzeugt die Illusion persönlicher Freiheit, während der einzelne in Wirklichkeit das haben will, worauf er konditioniert wurde. (Auch hier bietet die totale Bürokratisierung des Verbrauchs in den sozialistischen Staaten ein schlechtes Beispiel für eine Konsumregulierung.) Eine neue Sicht des Problems der Freiheit ist notwendig. Nur

5.4 Erich Fromm und der Humanismus

mit der Umwandlung des *homo consumens* in eine produktiv-tätige Persönlichkeit wird der Mensch Freiheit als echte Unabhängigkeit erleben und nicht als unbegrenzte Möglichkeit, unter den Konsumgütern zu wählen“ (Fromm 1986, 27). (Stütze 4, Reflexion/Gebot)

Kostenloser-Konsum-Argument

Als Alternative zu einem garantierten Einkommen käme für Fromm, so wie für Popper-Lynkeus, auch der kostenlose Konsum in Frage:

(3. Alternativprämisse)

„Es ist sehr wichtig, daß man außer der Idee eines garantierten Einkommens noch einen anderen Gedanken untersucht: den des kostenlosen Konsums gewisser Gebrauchsgüter. Dazu würden zum Beispiel Brot, Milch und Gemüse gehören. Nehmen wir für einen Augenblick an, jeder könnte in irgendeine Bäckerei gehen und sich soviel Brot nehmen, wie er wollte. (Der Staat würde der Bäckerei alles von ihr hergestellte Brot bezahlen.) Wie bereits erwähnt, würde der Gierige dann zunächst mehr nehmen, als er gebrauchen könnte, aber nach kurzer Zeit würde dieser 'Konsum aus Gier' sich ausgleichen, und die Leute würden sich nur soviel nehmen, wie sie wirklich brauchen. Ein solcher kostenloser Konsum würde meiner Meinung nach eine neue Dimension im menschlichen Leben schaffen (sofern wir darin keine Wiederholung – wenn auch auf höherer Ebene – von Konsumgebräuchen in primitiven Gesellschaften sehen). Der Mensch würde sich dann von dem Grundsatz befreit fühlen: 'Wer nicht arbeiten will, soll auch nicht essen.' Sogar schon Anfänge dieses freien Konsums könnten ein ganz neues Erlebnis der Freiheit bedeuten. Selbst wer kein Wirtschaftswissenschaftler ist, wird leicht einsehen, daß die kostenlose Versorgung aller mit Brot leicht vom Staat bezahlt werden könnte, der diese Ausgabe mit einer entsprechenden Steuer decken würde“ (Fromm 1986, 25). (Stütze 3, Erfahrung als Experiment)

Wie Popper-Lynkeus kann sich Fromm auch eine komplette Existenzsicherung in Form von Naturalien vorstellen:

(3. Alternativprämisse)

„Aber wir können noch einen Schritt weiter gehen. Es könnten nicht nur alle minimalen Bedürfnisse nach Nahrung mit Brot, Milch, Gemüse und Obst befriedigt werden, sondern auch die minimalen Bedürfnisse an Kleidung (nach irgendeinem System könnte jeder ohne Bezahlung etwa einen Anzug, drei Hemden, sechs Paar Socken usw. jährlich erhalten), und die Verkehrsmittel könnten kostenlos benutzt werden, was natürlich stark verbesserte Einrichtungen von öffentlichen Verkehrsmitteln voraussetzen würde, während Privatwagen teurer würden.¹⁵⁴ Schließlich könnte man sich vorstellen, daß auch das Wohnungsproblem auf ähnliche Weise gelöst würde, etwa daß große Wohnungsbauprojekte mit Schlafsälen für die Jungen, einem kleinen Raum für ältere oder verheiratete Paare gebaut würden, die jedermann nach Belieben kostenlos benutzen könnte. Das bringt mich auf die Idee, daß man das Problem des garantierten

¹⁵⁴ Vgl. hierzu die Initiative zum Fahrscheinlosen öffentlichen Nahverkehr der Piraten-Partei u.a. unter: http://wiki.piratenpartei.de/AG_Bauen_und_Verkehr/Kostenloser_%C3%B6ffentlicher_Nahverkehr; Stand: 30.12.2012.

Einkommens auch so lösen könnte, daß man alles zum Leben Notwendige – im Sinne eines festgelegten Minimums – kostenlos bekäme, anstatt es bar zahlen zu müssen. Die Herstellung dieser für das Existenzminimum notwendigen Dinge würde die Produktion ebenso in Gang halten wie bei dem Vorschlag eines bezahlten garantierten Einkommens für alle.

Es läßt sich einwenden, daß diese Methode radikaler und daher weniger akzeptabel wäre als die von anderen Autoren vorgeschlagene. Dies trifft wohl zu. Doch man sollte andererseits nicht vergessen, daß diese Methode der kostenlosen minimalen Dienstleistungen theoretisch innerhalb unseres gegenwärtigen Systems durchzuführen wäre, sondern wegen des psychologischen Widerstandes gegen die Abschaffung des Prinzips: 'Wer nicht arbeiten will, soll auch nicht essen.'“ (Fromm 1986, 25f). (Stütze 3, Erfahrung als Experiment)

Auch hier liegt die Vermutung nahe, dass wie auch schon bei Steiner (erwähnt), die Ausführungen von Popper-Lynkeus Fromm nicht bekannt waren.

5.4.1 Klassifikation (Bereichsspezifik) der Argumente bei Fromm

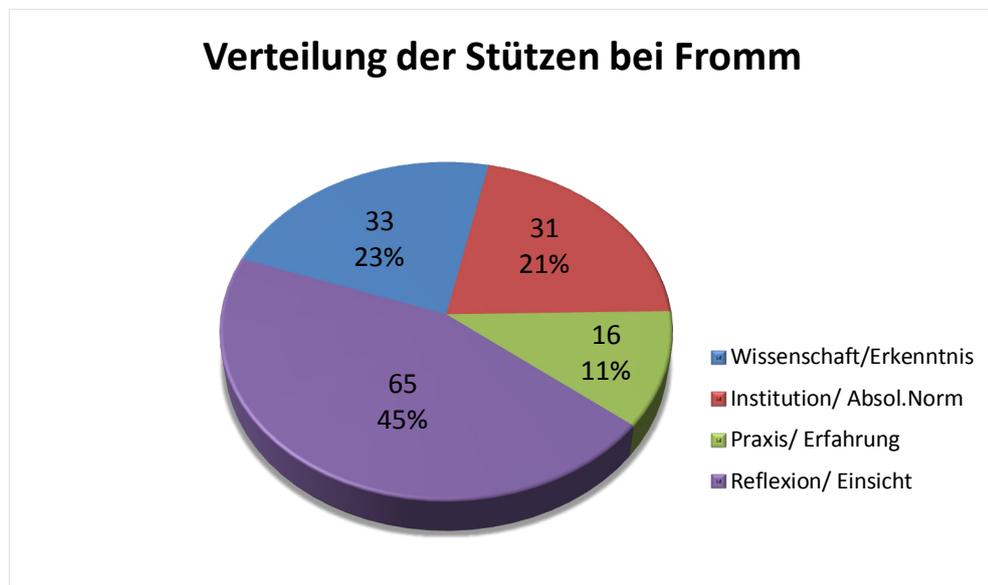
<u>Arbeit</u>	Krankheitssyndrom-Argument.....269
Interessen-Argument..... 293	Psychosomatik-Argument.....275
Irrtum-Argument..... 272	<u>Individuum/Identität</u>
Lebensbereiche-Argument..... 294	Aufwecken-Argument296
Missverhältnis-Argument..... 290	Emotionale-Freiheit-Argument....266
Passivität-Argument 282	Handlungsfreiheit-Argument.....267
Sinnfülle-Argument..... 292	Identität-Argument 309
Tätigsein-Argument 281	Individuation-Argument.....300
<u>Erziehung/Bildung/Unterricht</u>	Marketingcharakter-Argument285
Erziehung-Argument..... 275	Propaganda-Argument.....295
<u>Ethik/Moral</u>	Schuldgefühl-Argument.....260
Freiheit-Argument 266	Urheber-Argument256
Geldverdienst-Argument 261	<u>Kultur/Kunst</u>
Hingabe-Argument 275	-/-
Konsumenten-Argument..... 280	<u>Natur/Nachhaltigkeit</u>
Lebenswert-Argument..... 254	-/-
Sinnlosigkeit-Argument..... 257	<u>Recht/Gesetz</u>
Spontaneität-Argument..... 301	Existenzminimum-Argument270
Tauschwert-Argument 291	Naturrecht-Argument.....248
Veränderung-Argument..... 279	<u>Staat/Politik/Macht</u>
Zweck-Argument 263	Argwohn-Argument274
Zwei-Sicherheiten-Argument 258	Demokratischer-Sozialismus-
<u>Fortschritt/Technik</u>	Argument.....265
Produktionssteigerung-	Entbürokratisierung-Argument....289
Argument..... 291	Patriarchat-Argument289
<u>Gesellschaft/System</u>	<u>Wirtschaft/Finanzen/Verteilung</u>
Entfremdung-Argument..... 250	Gleichgewicht-Argument.....281
Gesellschaftscharakter-	Kosten-Argument.....274
Argument..... 283	Kostenloser-Konsum-Argument...304
Gesellschaftseinfluss-	Versicherungsfortschritt-
Argument..... 248	Argument.....294
Homo-consumens-Argument..... 302	Wirtschaftsfreiheit-Argument.....266
Konformismus-Argument..... 256	<u>Wissenschaft</u>
Naiver-Optimismus-Argument 264	Marx-Argument286
Pathologie-Argument..... 278	<u>Zeit/Geschichte</u>
Psychopathologie-Argument..... 269	Arbeitstrieb-Argument.....299
Robotertum-Argument 277	Autorität-Argument255
Überanstrengung-Argument 288	Humanismus-Argument259
Verdrängung-Argument 253	Jetzt-Argument282
<u>Gesundheit</u>	Phasenverschiebung-Argument...301
Gesellschaftskur-Argument..... 292	

5.4.2 Zusammenfassung

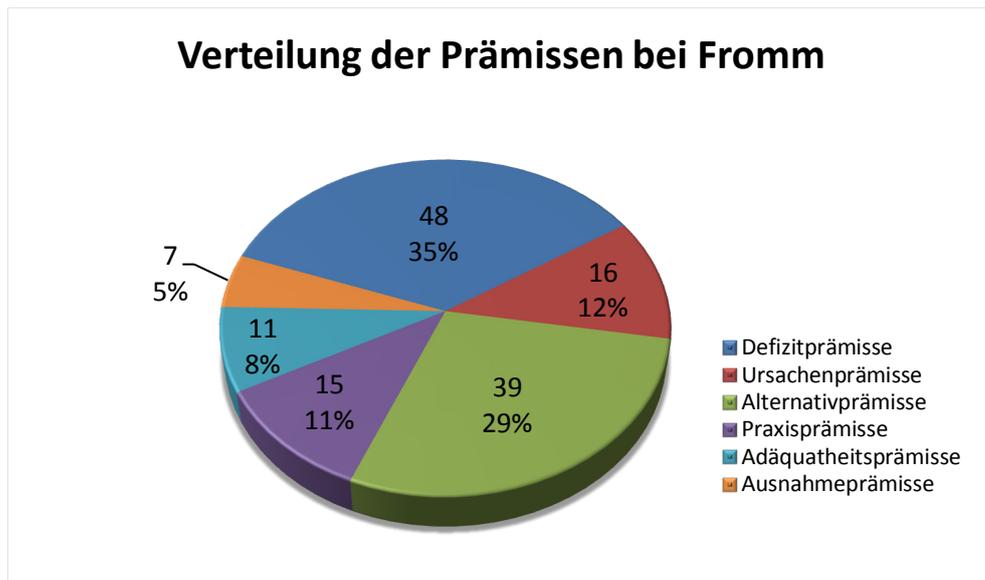
Für Erich Fromm ist eine Gesellschaft auf der Grundlage einer bedingungslosen Existenzsicherung in den Zeiten des Kalten Krieges wohl eher noch eine utopische Hoffnung als eine konkrete Idee zur politi-

schen Umsetzung gewesen. Dennoch kommt er in einigen seiner Schriften immer wieder auf solche Staats- und Transfermodelle zu sprechen. Das „Utopische“ an dieser Idee scheint ihm realistischer als der „Realismus“ mancher Politik. Als Humanist auf der Suche nach „Wegen aus einer kranken Gesellschaft“ ist er überzeugt, dass solche Ansätze mit zu einer gesunderen Gesellschaft verhelfen könnten.

In den hier analysierten Texten Fromms sind 59 Argumente herausgefiltert worden. Zu diesen Argumenten lassen sich 145 Stützungen aufweisen. Fromm stützt sich hauptsächlich auf Reflexion und Einsicht (Stütze 4: 65), gefolgt von Stützung auf Wissenschaft und Erkenntnis (Stütze 1: 33) und Stützung auf Institution und Absolute Norm (Stütze 2: 31). Auch die Stützung auf Praxis und Erfahrung (Stütze 3: 16) kommt relativ häufig zum Tragen.



Insgesamt liegen den hier analysierten Argumenten 136 Prämissen zugrunde. Fromm setzt vor allem Defizite (48) und Alternativen (39) voraus, gefolgt von der Ursachen- (16) und der Praxisprämisse (15). Aber auch Adäquatheit (11) und Ausnahmen (7) werden relativ häufig vorausgesetzt.



5.5 Wohlgenannt/Büchele und das Grundeinkommen

Die Sozialwissenschaftlerin Liselotte Wohlgenannt (*1931) und der Theologe Herwig Büchele (*1935) publizierten bereits Mitte der 80er Jahre des letzten Jahrhunderts ihre Gedanken zum Grundeinkommen. Sie zählen in Österreich mit zu den Vorreitern der Grundeinkommensbewegung. Büchele war von 1972 bis 1983 Leiter der Katholischen Sozialakademie Österreichs und ist nach seiner Professur für christliche Gesellschaftslehre an der Universität Innsbruck seit 2001 emeritiert. Wohlgenannt ist bis heute als freie Mitarbeiterin bei der Katholischen Sozialakademie Österreichs tätig und setzt sich weiterhin für ein bedingungsloses Grundeinkommen ein¹⁵⁵.

Für die Argumenteanalyse sind Wohlgenannt/Büchele als Vertreter der Idee des bedingungslosen Grundeinkommens vor der Wende und dem Mauerfall von Bedeutung und liefern entscheidende Argumente für die bereichsspezifische Gesamttopik.

¹⁵⁵ Vgl. u. a. <http://ksoe.at/grundeinkommen/mitte-ge-materialien.htm>, Stand: 23.04.2012

Identität-Argument

Das Identität-Argument stellt das Phänomen in Frage, dass individuelle Identität nur über Erwerbsarbeit erworben werden könne. In Zeiten von hoher Arbeitslosigkeit spricht es damit ein zentrales Problem an, wie Menschen mit ihrer Identität umgehen, wenn sie aus der prädeterrminierten identitätsstiftenden Wirkung von Erwerbsarbeit herausfallen.

(1. Defizitprämisse)

„Die individuelle und soziale Identitätsbildung eines Menschen vollzieht sich heute vornehmlich über die Arbeit beziehungsweise über eine berufliche Rolle. Auf die Frage: 'Was sind Sie?', wird geantwortet: Ich bin Stahlarbeiter; ich arbeite bei 'Siemens'; ich bin Anwalt. [...] Normalerweise wird Identität heute über Erwerbsarbeit, Leistung und Status gewonnen – durch Faktoren also, die ihre Bewertung durch das Urteil anderer und durch Abgrenzung von anderen beziehen“ (Büchtele/Wohlgenannt 1985, 50). (Stütze 1, Erklärung)

Das Grundeinkommen breche mit dieser Logik bzw. stünde anderen Formen von Identitätsbildung zumindest nicht im Wege:

(3. Alternativprämisse)

„Die Anerkennungsidentität, die sich aufgrund solchen Verfallenseins an die Anerkennung durch die anderen bildet, führt zu einer Selbsteinschätzung (wer bin ich?), die identisch ist mit dem, wofür mich andere halten.

Die Zwangs- und Entfremdungsidentität bildet sich eben aufgrund der Rolle, die ich übernommen habe: weil ich diese Arbeit tue, muß ich diese Leistung erbringen. Daher bin ich für mich und für andere in einer bestimmten Zeitphase nur dann ein 'Ichselbst', wenn ich mich so verhalte, wie diese Rolle es mir vorschreibt, mich zu verhalten. Und deshalb sagt der Mensch dann sehr leicht: das bin ich.

Eine positive Identität findet der Mensch durch den Mut, nicht verkleistert durch Rollen und Rücksichten und Vorsichten zu leben, sondern als der, der er ist, frei von der Sorge um Anerkennung. Kennzeichen solcher positiver Identitätsfindung sind Freude, Friede, Freiheit, Gerechtigkeit, Mitmenschlichkeit, Treue, Ehrfurcht vor der Natur, Mut zur Entwicklung, zum Wachsen in der Kraft, andere zu fördern, ihnen vertrauen können, in Gelassenheit.

In Ansätzen wird solch positive Identitätsbildung gewonnen in der Teilnahme am Wandel hin zu einer kommunikativen Gesellschaft. In diesem Sinne ist ein Grundeinkommen eine hilfreiche, wenn auch keine ausreichende Bedingung. Mit anderen Worten: eine positive Identitätsbildung erfordert eine Gesellschaft, in der die Menschen eher ihre Fähigkeiten und Lebenswünsche entwickeln können, erstens durch ein breiteres Angebot von Entwicklungsmöglichkeiten; zweitens würde nicht die Identitätsbildung über fremdbestimmte Produktions- oder über Konsumleistungen (der spektakuläre Konsumstar) dominieren.

Der Vorwurf, dass durch die Einführung eines Grundeinkommens die Identitätsbildung nicht oder erschwert gelinge, dieser Vorwurf ist zuerst an die heutige Gesellschaft zu richten. Das Grundeinkommen vermittelt einem Menschen nicht notwendig eine positive Identität, aber es mindert auch nicht seine Chance, Identität zu finden“ (Büchele/Wohlgenannt 1985, 51). (Stütze 1, Erklärung)

Angstabbau-Argument

Der Abbau von Ängsten ist für die Autoren ein zentrales Ziel:

5.5 Wohlgenannt/Büchele und das Grundeinkommen

(3. Alternativprämisse)

„Die Grundangst, die der Mensch durch sein Ausgesetztsein in einer Welt erfährt, die durch die Todverfallenheit gekennzeichnet ist, kann dem Menschen durch ein Grundeinkommen selbstverständlich nicht genommen werden. Ein Grundeinkommen eröffnet aber Chancen, Angst in vielfacher Weise abzubauen: die Angst des Menschen vor einem ungelebten und verfehlten Leben; die Angst durch die Bedrohung eines Mitmenschen; die Angst, materiell ungesichert zu sein. [...] Die materielle Existenzangst kennzeichnet vor allem die Reichen. Die Angst, sie könnten verarmen, läßt sie umso zwanghafter danach streben, Geld anzuhäufen und ihr Vermögen zu sichern – in der 'Schweiz', in Gold, in Grundstücken. Der Wiener Soziologe A. Girtler weist in seinem Buch 'Vagabunden in der Großstadt' darauf hin, daß die Obdachlosen (die 'Sandler') weniger unter der Zukunftsangst leiden als die normalen Bürger“ (Büchele/Wohlgenannt 1985, 70f). (Stütze 1, Erklärung/wiss. Position)

Die Angst in den reichen Industrieländern sei nicht mehr die vor dem „Verhungern“, sondern eine vor sozialem Abstieg und Stigmatisierung:

(1. Defizitprämisse)

„Auf dem heutigen Produktions- und Verteilungsniveau der kapitalistischen Gesellschaft stellt sich die ökonomische Angst nicht mehr als Angst vor dem Hunger dar, sondern hat die subtilere Form der Angst vor der 'sozialen Armut', dem ökonomischen Abstieg und den damit verbundenen sozialen Beziehungsverlusten angenommen; ökonomische Schwäche stigmatisiert¹⁵⁶“ (Büchele/Wohlgenannt 1985, 28). (Stütze 1, Erklärung/wiss. Position)

Durch diese Ängste würden eine sinnvolle Wirtschaftspolitik und notwendige ökologische Projekte verhindert:

(2. Ursachenprämisse)

„Denn nur mit der Angst vor Arbeitslosigkeit lassen sich Investitionen und Ausgabenprogramme wie Aufrüstung, das Hineinbetonieren von möglichst viel Stahl in möglichst große Bauten und die noch raschere Auswechslung von Geräten der Haushalts- und Unterhaltungselektronik auf Kosten von Mensch und Natur durchsetzen, Programme, die ihren Organisatoren die Loyalität der Mehrheit der Bevölkerung sichern“ (Büchele/Wohlgenannt 1985, 93). „Die gegenwärtige quantitative Wachstumspolitik auf Kosten von Mensch und Natur läßt sich vor allem aufgrund der Angst vor Arbeitslosigkeit durchsetzen. Die notwendige Neuorientierung bedarf daher der Freiräume, die das Engagement für neue Wege zumutbar erscheinen lassen“ (Büchele 1986 u Wohlgenannt/Büchele 1990, 235). (Stütze 1, Erklärung)

Ein bedingungslos gewährtes Grundeinkommen ist für Wohlgenannt/Büchele ein entscheidendes Element zum Abbau von Ängsten:

(3. Alternativprämisse)

„Es ist einfach eine Tatsache, daß Sorge und Angst die Menschen um sich selbst krei-

¹⁵⁶ Büchele/Wohlgenannt zitieren hier K.G.Zinn (1980): Die Selbstzerstörung der Wachstumsgesellschaft. Politisches Handeln im ökonomischen System, Reinbek bei Hamburg, 28.

sen lassen. Sorge und Angst verändern den Blick, zerstören nur allzu leicht das Verhältnis des Menschen zum Menschen. Ein Grundeinkommen gewährt allen Menschen eine verlässliche Grundsicherung: nicht nur jenen, die das Grundeinkommen vorübergehend oder ständig als einzige Einkommensquelle und materielle Grundsicherung in Anspruch nehmen (das werden vermutlich nicht viele tun), sondern auch der zweifellos viel größeren Zahl derer, die ihr Einkommen überwiegend aus Erwerbsarbeit beziehen. Denn auch sie sind von der unmenschlich modernen Angst bedroht, mitten im allgemeinen Reichtum ins Elend abzustürzen. Ein Grundeinkommen dämpft diese Angst“ (Büchtele 1986, 78). (Stütze 2, Absolute Norm als Wahrheit)

Zwei-Freiheiten-Argument

Die Freiheit „von“ erweitere und ermögliche die Freiheit „zu“:

„Der Raum, in dem die Freiheit des Menschen zum Austrag kommt, ist in vielfacher Weise bereits bestimmt, vorgeprägt – durch die familiären, ökonomischen und politischen Strukturen. Freiheit vollzieht sich daher vor allem in zwei Weisen: als 'Freiheit wovon' und als 'Freiheit wozu'.

Die 'Freiheit wovon' ist der Handlungsvollzug als Befreiung gegenüber allem, was die Selbstbestimmung beeinträchtigt: frei von Hunger, frei von gesellschaftlichen Zwängen und Manipulationen zu sein. Die 'Freiheit wovon' eröffnet ein Maximum von Wahlmöglichkeiten, einen äußeren Aktionsspielraum, ohne durch Verantwortung begrenzt zu sein.

Freiheit ist immer auch bezugshafte Freiheit, eben 'Freiheit wozu' als Bezug des Menschen zu sich selbst, zu den vielen Nächsten, zur Natur und zur Gegenstandswelt. Die 'Freiheit wozu' ist der Handlungsvollzug, durch den sich die Qualität der Selbstbestimmung, das Sinnziel der Freiheit, enthüllt. Sie bringt zum Ausdruck, ob überhaupt und wenn ja, in welcher Weise der Mensch durch die Initiative seiner Freiheit sein Leben selbst, Mitwelt und Umwelt mitverantwortet.

Die 'Freiheit wovon', das heißt die Freiheit von erdrückender Macht und repressiver Dienstbarkeit ist vielfach Voraussetzung, jedenfalls aber ein Dienst für die produktive Initiative der 'Freiheit wozu'. Die Befreiung von negativen Abhängigkeitsverhältnissen, die Gewinnung eines ungebundenen äußeren Aktionsspielraums ist aber nicht identisch mit einem positiven Aufbruch der 'Freiheit wozu'. Der Knecht ist noch nicht wirklich frei, wenn er von seinem Herrn befreit wurde; aber durch die Entbindung vom Herrn haben sich seine Chancen erhöht, ins positive Schaffen der 'Freiheit wozu' aufzubrechen“ (Büchtele/Wohlgenannt 1985, 71f). (Stützen 1 u. 4, Absolute Norm als Wahrheit, Metapher)

Die „innere Freiheit“ sei bedingt durch die „äußere Freiheit“:

(6. Ausnahmeprämissen)

„Die unaufgebbare und grundlegende Bedeutung des liberalen Ansatzes ist darin begründet, daß die positive inhaltliche Bestimmung der Freiheit (der 'Freiheit wozu') – zumeist und zuvor – nur in Freiheit (das heißt auf der Basis der 'Freiheit wovon') geschehen kann. Die 'innere' Freiheit bedarf der 'äußeren' Freiheit“ (Büchtele/Wohlgenannt 1985, 73). (Stützen 1 u. 4, Absolute Norm als Wahrheit, Metapher)

Widerstand-Argument

Widerstand, der im Zuge von neuen Ideen immer auftritt, könne diese sowohl hemmen als auch befruchten:

„Neue soziale Ideen erscheinen den meisten Menschen zuerst immer in der Gestalt des

5.5 Wohlgenannt/Büchele und das Grundeinkommen

'Unmöglichen'. Sie erscheinen 'unmöglich', weil sie noch nicht einem praktischen Test unterzogen worden sind. Der Mensch ändert sich nur ungern! Neue Denkbahnen und Wege sind ihm zutiefst zuwider. Vorschläge zu sozialem Wandel begegnen daher zuerst einem massiven Widerstand. Dieser Widerstand ist auch positiv zu bewerten. Widerstand zwingt uns, sorgsamer und verantwortlicher zu denken und zu handeln. Notwendige, tiefgreifende Verhaltensänderungen und Strukturreformen müssen so angelegt sein, daß diese Reformen nicht noch größere Übel provozieren. Widerstand kann aber auch eine unerwünschte und lähmende Wirkung ausüben. Gute und notwendige Änderungsvorschläge werden als unrealistisch und utopisch verworfen; Widerstand zerstört nur allzu leicht unseren Willen zu einem notwendigen, verantwortlichen sozialen Handeln“ (Büchele/Wohlgenannt 1985, 98). (Stütze 2, Verweisung auf politisch-gesellschaftliche Systemorientierung)

Utopie-Argument

Der Schritt von einer Utopie hin zur Realität könne an vielen geschichtlichen Beispielen beobachtet werden:

(2. Ursachenprämisse)

„Alle großen Gesellschaftsreformen (wie Verbot der Sklaverei und der Kinderarbeit; allgemeines Wahlrecht; Koalitions-(Gewerkschaft- und Streik-) recht; Sozialversicherung) wurden zunächst von den privilegierten Schichten mit 'guten Gründen' als 'utopisch' verworfen und galten als unrealisierbar“ (Büchele/Wohlgenannt 1985, 107). (Stütze 3, Praxis als Information)

Schwarzarbeit-Argument

Die rein negative Funktion von Schwarzarbeit¹⁵⁷ wird von Büchele/Wohlgenannt entkräftet:

„Wenn dieser legal/illegale Bereich der Schwarzarbeit nicht existierte, würden viele wertvolle Arbeiten und Dienste nicht getan, bedeutendes Volksvermögen (zum Beispiel Häuser) würden nicht geschaffen werden und ein ansehnliches Volumen an auch Arbeitsplätze schaffender Nachfrage (zum Beispiel nach Baumaterialien oder aus Ein-

¹⁵⁷ Laut der Studie von Schneider (2010) wollen „derzeitige Schwarzarbeits-Anbieter“ nach der Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens „6,6 Stunden pro Monat weniger schwarz arbeiten“, was einer „durchschnittlichen Reduktion des Schwarzarbeits-Angebots“ um 7% entspricht. Allerdings geben 11% der Befragten zu, dass sie nach der Einführung schwarz arbeiten werden, „obwohl sie dies momentan nicht tun“. Schneider schließt daraus: „Der Anteil derjenigen, die nach einer BGE-Einführung Schwarzarbeit anbieten werden, ist beinahe so groß wie der Anteil derer, die gegenwärtig schon schwarz arbeiten (10,5% versus 13,5%). Es ist also davon auszugehen, dass der Rückgang des Schwarzarbeits-Angebots bei derzeitigen Anbietern vollständig kompensiert wird, sodass es insgesamt zu keiner Veränderung des Angebots kommt“ (vgl. 34-37).

kommen durch Schwarzarbeit) würde nicht entstehen.

Die Schwarzarbeit ist dann schlecht, wenn sie gewisse Proportionen überschreitet; weil sie dann handwerkliche Berufe gefährdet und dem Staat die Einnahmen vorenthält, die er zur Sicherung des sozialen Systems benötigt; sie ist aber auch dann asozial, wenn sie wichtige Standards der Produktqualität ruiniert (wenn zum Beispiel jemand ein Haus ohne Berücksichtigung der Statik aufzieht)“ (Bücheler/Wohlgenannt 1985, 46f). (Stütze 1, Erklärung)

Leistung-Argument

Das Leistung-Argument basiert auf einem von den Autoren angenommenen Vertrauensvorschuss:

(1. Defizitprämisse)

„Die Annahme, daß der Großteil der Menschen, die das Grundeinkommen in Anspruch nehmen, auch für die Gesellschaft in direkter oder indirekter Form etwas Positives oder Nützliches leisten werden, ist nicht von vornherein einfach zurückzuweisen. Die Gewährung eines solchen Grundeinkommens ist analog zum Studentenstipendium zu sehen: die Gesellschaft akzeptiert in diesem Fall, daß einer privilegierten Schicht von Menschen nach bestimmten Regeln auf Auflagen ein arbeitsloses Einkommen zugestanden wird, aufgrund dessen ihnen ein Mehr an Lebenschancen eröffnet wird, und zwar in dem Vertrauen und in der Erwartung einer künftigen Gegenleistung“ (Bücheler/Wohlgenannt 1985, 40). (Stütze 4, Einsicht als Analogie)

Unabhängigkeit-Argument

In Bezug auf Angst und der Freiheit „wozu“ argumentieren Bücheler/Wohlgenannt wie folgt:

(6. Ausnahmeprämisse)

„Nur dort, wo die Möglichkeit zur Wahl von Alternativen besteht, kann sich Freiheit als Handlungsfreiheit verwirklichen. Eine wesentliche Bedingung dafür, die Freiheitsfähigkeit und Freiheitsbereitschaft entfalten, den Aktions- und Handlungsspielraum der Freiheit erweitern zu können – gerade auch im Hinblick darauf, in Freiheit Bindungen einzugehen und soziale Verantwortung zu übernehmen –, könnte die Existenzsicherung durch ein Grundeinkommen sein. Ohne einen solchen materiellen Ermöglichungsgrund wird der Mensch immer wieder zu einem schlechten Gehorsam gegenüber Instanzen der Macht oder ihn absorbierenden Abhängigkeiten gezwungen. Ein Mensch, der mangels einer materiellen Basissicherung unter Druck und Angst lebt, vermag zumeist nicht, das ihm anvertraute Leben in Selbstannahme und Verantwortung zu wagen. [...] Finanzielle Abhängigkeit, die nicht sein müßte, schränkt die Freiheit wesentlich ein, erschwert die freie Wahl der eigenen Lebensgestaltung, fesselt Menschen mehr als die jetzt wieder zunehmende Gefährdung, die ihnen vom Absinken ihrer Chancen auf dem Arbeitsmarkt droht. [...] Die schlechte psychische, moralische oder materielle Abhängigkeit so vieler Menschen von anderen Menschen oder 'struktureller Gewalt' mangels einer ökonomischen Grundsicherung ihres Lebens macht sie zum bestimmbareren Material der Umstände und Bedingungen ihrer Existenz und raubt ihrem Leben die Chance, neue Dimensionen zu gewinnen“ (Bücheler/Wohlgenannt 1985, 23f; Hervorheb. im Original). (Stütze 2, Absolute Norm)

Reine Unabhängigkeit sei unmöglich, jeder sei von anderen abhängig, die Wahl, wovon man abhängig sein wolle, müsse jedoch frei gestellt

5.5 Wohlgenannt/Büchele und das Grundeinkommen

werden:

(1. Defizitprämisse)

„Eigentümlicherweise wird also nicht nur von 'rechten', sondern auch von 'linken' Kritikern befürchtet, das Grundeinkommen würde zu mehr Passivität bzw. zu einem bloßen Abhängigkeitswechsel führen.

Aber ist dies wirklich die Triebfeder der Ablehnung? Warum stellen diese Kritiker den Menschen durch ein Grundeinkommen nicht frei, von wem sie abhängig sein wollen – vom Arbeitsmarkt oder vom Staat, vom Bettelauf zum Sozial- und Arbeitsamt oder von einer einfachen, für alle gleichen Gesetzesregelung? Und zudem: Wer ist denn heute nicht vom Staat abhängig? Alle sind es – sicher: mehr oder weniger. Außerdem ist die Abhängigkeit der Grundeinkommensbezieher von einer einfachen, klaren Gesetzesregelung, nun nicht von der Willkür verschiedenster Verwaltungsämter, zu unterscheiden von der Abhängigkeit mehr oder weniger großer Machthaber in den Parteien und Verbänden. Wenn schon von Abhängigkeiten die Rede ist, dann ist dies die Alternative, die zur Wahl steht. Und diese Wahl sollte man dem einzelnen Menschen überlassen“ (Büchele 1986, 74 u Wohlgenannt/Büchele 1990, 228). (Stütze 4, Gebot)

Die Abhängigkeit von einem Grundeinkommen ersetze bzw. reduziere jedoch die Faktoren Angst, Zwang, Druck und Stigmatisierung:

(5. Adäquatheitsprämisse)

„Ein Grundeinkommen schafft eine gewisse materielle Unabhängigkeit, baut die Angst vor sozialer Armut und gesellschaftlicher Stigmatisierung ab, entschärft den Druck auf den Arbeitsmarkt; mindert den Zwang, sich irgendwelchen Instanzen der Herrschaft unterwerfen zu müssen; stärkt den Mut zu neuen Lebensentwürfen und Experimenten; setzt Energien frei für den Aufbau des autonomen und den Wandel des formellen Sektors“ [Markt, Großindustrie, Verbände und Staat im Ggs. zum primären Sektor, der Haushalt, Nachbarschaft, kleine soziale Netze umfasst; MM, vgl. Büchele/Wohlgenannt 1985, 93] (Büchele 1986, 81). (Stütze 2, Absolute Norm als Wahrheit)

Die fremdbestimmte Abhängigkeit werde durch ein Grundeinkommen konterkariert:

(1. Defizitprämisse, 5. Adäquatheitsprämisse)

„Vielfach gibt es heute so etwas wie eine schlechte psychische, moralische oder materielle Abhängigkeit vieler Menschen von anderen Menschen oder Institutionen – und dies gerade mangels einer ökonomischen Grundsicherung ihres Lebens. Ohne diese Sicherung sind viele Menschen zu einem schlechten Gehorsam gegenüber Instanzen und Macht gezwungen. Ein Grundeinkommen würde die Chance bieten, daß sich breitere Schichten von Menschen dem machtvollen Zugriff der Verbände- und Parteiapparate entziehen. Die Macht der Interessengruppen würde relativiert werden. Die Veränderungs- und Konfliktbereitschaft würde zunehmen“ (Büchele 1986, 80). (Stütze 1, Erklärung)

Krankheit-Argument

Das Krankheit-Argument geht allgemein davon aus, dass bei einem Staatsmodell auf der Grundlage eines bedingungslosen Grundeinkommens ein erheblicher Anteil von Krankheiten zurückginge und positive Auswirkungen auf das Gesundheitssystem zu erwarten seien, so vertreten auch von Büchele/Wohlgenannt:

5 Textanalyse und Interpretation von Grundeinkommenspädagogiken

(5. Adäquatheitsprämisse, 1. Defizitprämisse)

„Billiger käme das Grundeinkommen auch deshalb, weil die Fixierung der Menschen auf krankmachende Rollen geringer werden könnte. Heute erhält jemand nur dann eine Sozialhilfe als Einkommen, wenn er deutliche Symptome vorweisen kann, wie Drogen- oder Alkoholabhängigkeit, Krankheit, Arbeitslosigkeit usw. Ein Grundeinkommen macht es zum Beispiel für eine alleinstehende Frau überflüssig, in eine Krankheit mit psychosomatischen Erscheinungen zu fliehen, um in den 'Genuß' der Sozialhilfe zu gelangen. Der Sozialstaat wird von solch teuren Patienten entlastet“ (Büchele/Wohlgenannt 1985, 31). „Allzuoft 'wehrt' sich die Existenz des Menschen gegen diese Verdinglichung, indem sie sich über den Umweg psychosomatischer Krankheiten (Schlaflosigkeit, Herzbeschwerden, Magengeschwüre) und neurotischer Symptome 'öffentlich' Anerkennung zu schaffen versucht“ (Büchele/Wohlgenannt 1985, 26). (Stütze 1, Erkenntnis/Erklärung)

Das derzeitige Gesundheitssystem basiere im Wesentlichen auf Symptombehandlungen und verschleierte die wahren Ursachen für Krankheiten:

(1. Defizitprämisse)

„Die durch das Industriesystem verursachten Missstände im Bereich der Umwelt, Schädigung der Gesundheit und Belastungen der Psyche des Menschen provozieren bloß neue Industrien: die Umweltindustrie, die pharmazeutische Industrie usw. Diese industriellen Therapieversuche können sich aber nur in dem Maße ausdehnen, wie auch die Nöte zunehmen. Wenn allerdings der Einsatz von Therapie sinnvoll sein soll, müsste sie auf die Beseitigung der Ursachen der Krankheitsphänomene abzielen. Hier aber leben die Therapieformen von den krankhaften Zuständen. Sie denken jedoch keineswegs daran, die Ursachen zu beseitigen – denn dann müssten sie eigentlich auf ihre eigene Abschaffung abzielen -, sondern vielmehr daran, sich zu etablieren. Anders ausgedrückt, könnte man sagen: die Kranken rufen nach Ärzten; die Ärzte hätten die Funktion, die Krankheit zu beseitigen; doch durch die Art und Weise ihrer Therapie steigern sie bloß ihre Notwendigkeit und Unabkömmlichkeit. So braucht einer ständig den anderen: jeder ist Mittel zum Zweck“ (Wohlgenannt/Büchele 1990, 179). (Stütze 2, Verweisung auf politisch-gesellschaftliche Systemorientierung)

Zwang und Fremdbestimmung sind für Büchele/Wohlgenannt die Ursachen für krankmachende Zustände:

(1. Defizitprämisse, 3. Alternativprämisse)

„Heute macht der Arbeitszwang den Menschen weithin krank. Es ist zu fragen, ob die Tretmühle fremdbestimmter Arbeit für die Zwecke der Selbstdisziplinierung besser geeignet ist als selbstgewählte Tätigkeit, die ja nicht unbedingt identisch sein muß mit einer bezahlten und fremdgesteuerten Arbeitsverrichtung. Damit kommt die entscheidende Alternative in den Blick: einerseits der Zwang, arbeiten zu müssen, ohne zu wissen, wozu es gut ist; andererseits: die Herausforderung durch eine sinnvolle Tätigkeit“ (Büchele/Wohlgenannt 1985, 49f). (Stütze 1, Erklärung)

Administration-Argument

Ähnlich wie für Dieter Althaus¹⁵⁸ steht für Büchele/Wohlgenannt fest, dass ein erheblicher Teil von Bürokratie- und Administrationskosten eingespart werden könnte:

(5. Adäquatheitsprämisse)

„Außerdem würde ein Grundeinkommen im Hinblick auf den administrativen Aufwand billiger kommen, da ja verschiedene Sozialleistungen von heute durch ein Grundeinkommen selbst schon abgedeckt wären“ (Büchele/Wohlgenannt 1985, 31). (Stütze 1, Erklärung)

Mit Bezug auf Milton Friedman, der schon in den 60er Jahren des letzten Jahrhunderts für eine Negative Einkommenssteuer plädierte, stützen Büchele/Wohlgenannt (1985) sich auf einen Experten:

(5. Adäquatheitsprämisse)

„Als weitere Vorteile seines Modells sieht Friedman eine gewaltige Vereinfachung und damit Verbilligung der Administration, einen hohen Anreiz zur eigenen Leistung und - last not least – Einsparungen für den Steuerzahler“ (Büchele/Wohlgenannt 1985, 116). (Stütze 1, wiss. Position)

Milton Friedman ginge es jedoch offensichtlich vor allem um die „Rationalisierung der Administration“ (vgl. Wohlgenannt/Büchele 1990, 34).

Spaltung-Argument

Die Spaltung von Gesellschaftsschichten beträfe nicht nur die von „Arm und Reich“:

(1. Defizitprämisse, 6. Ausnahmeprämisse)

„Die Leistungsgesellschaft spaltet die Menschen in allen gesellschaftlichen Bereichen (Schule, Sport, Arbeit) in 'Erfolgreiche' und 'Versager'; sie führt – hervorgerufen durch die permanente Angst, das Leistungssoll nicht zu schaffen – zum Buhlen nach Anerkennung, zur Rivalität, zu Macht-Konkurrenz-Beziehungen, zu dem oft gnadenlosen gegenseitigen Richten, bis zur Grundhaltung der Unwahrhaftigkeit, ja der Lüge und Heuchelei, fühlt jeder sich doch 'gezwungen', immer besser zu *scheinen* als zu *sein*“ (Büchele/Wohlgenannt 1985, 26, Hervorheb. im Original). „Die strikte Trennung zwischen noch nicht und nicht mehr Erwerbstätigen auf der einen und Aktiven auf der anderen Seite würde damit aufgelöst. Damit solche Flexibilität sozial vertretbar und vom einzelnen frei gestaltbar ist, ist eine finanzielle Grundsicherung Voraussetzung“ (Wohlgenannt/Büchele 1990, 130f). (Stütze 1, Erklärung)

¹⁵⁸ Für Althaus, der für ein „Solidarisches Bürgergeld“ wirbt, verursacht die Sozialbürokratie zu viele Kosten: vgl. dazu z. B. „Bedingungslos glücklich“, <http://www.youtube.com/watch?v=YIZnCIJy57Y>, ab ca. Min 9:40, Stand: 23.04.2012.

Mit Bezug auf André Gorz als Stützung auf einen Experten formulieren Wohlgenannt/Büchele (1990):

(6. Ausnahmeprämisse)

„Eine Spaltung der Gesellschaft kann laut Gorz nur vermieden werden, wenn die Einführung eines Grundeinkommens durch massive Arbeitszeitverkürzung und eine gleichzeitige Bildungsoffensive ergänzt wird, so daß alle die Möglichkeit haben, zu jeder Zeit und in jedem Alter neue Fähigkeiten und neues Wissen zu erwerben und damit die freiwerdenden Jobs auszufüllen“ (69). (Stütze 1, wiss. Position)

Subventionierung-Argument

Zur Subventionsproblematik mit Stützung auf die Autorität des damaligen Bundeslandwirtschaftsministers wird ausgeführt:

(5. Adäquatheitsprämisse)

„Ein Zitat von Iganz Kiechle, Bundeslandwirtschaftsminister der BRD, ist in diesem Zusammenhang erhellend: 'Wenn man weiß, daß wir subventionierte Kohle fördern, mit ihr dann subventionierten Stahl produzieren, den wir dann mit der subventionierten Bundesbahn zu subventionierten Werften fahren, wo Schiffe gebaut werden, die keiner auf dem Weltmarkt haben will, dann weiß man, wie gut eigentlich die Agrarpolitik ist'¹⁵⁹. Und – so könnte man fragen – wäre es nicht sinnvoller, ein Grundeinkommen einzuführen, das den Arbeitsmarkt entlasten und den Zwang zu sinnloser, oft schädlicher, mit allgemeinen Steuergeldern subventionierter Produktion vermindern würde?“ (Büchele/Wohlgenannt 1985, 39f). (Stützen 1 u. 4, wiss. Position, Reflexion auf Sinn)

Bevormundung-Argument

Bevormundung, soweit möglich, solle so weit wie möglich abgebaut werden:

(3. Alternativprämisse)

„Das Grundeinkommen ist von uns so konzipiert als eine gesellschaftliche Tat, die Freiheit und Eigenverantwortung frei – gibt. Die schlechte Bevormundung durch andere Menschen – 'ich weiß, was gut für dich ist' – soll ja gerade abgebaut werden. Und übrigens: welchem Menschen kommt das moralische Recht zu, sich Sorgen zu machen über den sinnvollen Gebrauch der Freiheit seiner Mitmenschen? Sicher nicht jenen, die ihre Einflussmöglichkeiten in Wirtschaft und Gesellschaft nicht nützen, durch gerechtere Lebens- und Arbeitsbedingungen größere Freiheitsräume zu schaffen“ (Büchele/Wohlgenannt 1985, 48). (Stütze 2, Absolute Norm als Wahrheit)

In Anlehnung an Milton Friedman mit dessen Modell der Negativen Einkommensteuer formulieren Büchele/Wohlgenannt konform:

¹⁵⁹ Büchele/Wohlgenannt beziehen sich hier auf Publik Forum, Nr. 11, 25.5.1984, S. 12.

5.5 Wohlgenannt/Büchele und das Grundeinkommen

(3. Alternativprämisse)

„Die entwürdigende Bevormundung und Bspitzelung der Wohlfahrtsempfänger würde ein Ende finden, es sei gleichzeitig die Garantie gegeben, daß nur die wirklich Armen unterstützt würden, und die Bindung an das Einkommensteuersystem garantiere Durchsichtigkeit und gleichzeitig Weiterentwicklung dieses Systems im Einklang mit der gesamten Einkommensentwicklung.“ (Büchele/Wohlgenannt 1985, 116). (Stütze 1, wiss. Position)

Armutslösung-Argument

Mit Bezug auf Milton Friedman und die von ihm propagierte Negative Einkommenssteuer auch hier wieder eine Stützung auf einen Experten:

(3. Alternativprämisse)

„Friedman hatte bereits in seinem 1962 erschienenen Buch 'Capitalism and Freedom' die Idee eines garantierten Einkommens in Form einer negativen Einkommensteuer zur Lösung des Armutsproblems vorgeschlagen. Er argumentiert, Bargeld sei die sinnvollste Form der Hilfe für den einzelnen, die negative Einkommensteuer könne alle anderen Formen der Sozialhilfe ersetzen, sie garantiere wie keine andere Form die Freiheit des Individuums bei möglichst wenig Staatseingriffen. Dies deshalb, weil die Höhe der negativen Einkommensteuer an die Höhe der steuerfreien Einkommen gebunden wäre“ (Büchele/Wohlgenannt 1985, 116). (Stütze 1, wiss. Position)

Produktions-Fortschritt-Argument

Zur Produktion der für alle Menschen lebenswichtigen Güter würden mit der Zeit immer weniger Menschen benötigt:

„Vorausberechnungen gehen davon aus, daß zu Beginn des 3. Jahrtausends die gesamte Produktion materieller Güter in den entwickelten Ländern von nur 10 % der Bevölkerung geleistet wird“ (Wohlgenannt/Büchele 1990, 19). (Stütze 1, Verweisung auf Bekanntes)

Spannung-Argument

Vor dem Hintergrund z. B. der Ausschreitungen in London vor allem durch jugendliche Arbeitslose im Jahre 2011, der hohen Jugendarbeitslosigkeit in Spanien oder des Renteneintrittsalters mit 67 sehen die Autoren schon in den 80er Jahren dramatische Spannungs-Entwicklungen voraus:

(1. Defizitprämisse)

„Unter der Annahme unveränderter Arbeitszeit könnte es zu hoher Arbeitslosigkeit und in der Folge zu verstärkten gesellschaftlichen Spannungen kommen, vor allem dann, wenn auch viele junge Menschen vom Arbeitsmarkt ausgeschlossen würden. Eine derartige Entwicklung könnte in Gang kommen, wenn unter dem Druck leerer Pensionskassen das Alter des Pensionseintritts systematisch erhöht würde“ (Wohlgenannt/Büchele 1990, 19). (Stütze 2, Verweisung auf politisch-gesellschaftliche Systemorientierung)

Lokales-Handeln-Argument

Den Autoren zufolge müsse global gedacht und lokal gehandelt werden:

(3. Alternativprämisse)

„Das Grundeinkommen ist, gesehen im Zusammenhang einer zunehmend weltweit verflochtenen Wirtschaft und Gesellschaft, eine 'lokale', das heißt mit den vorgefundenen politischen Instrumenten, unter Beteiligung der davon berührten Menschen und in einem für sie überschaubaren Rahmen machbare Neuerung.

Das ist der Vorzug jeder konkreten, 'lokalen' Initiative. Und aus vielen Erfahrungen wissen wir, daß jegliche Reformabsicht, gleich in welchem Feld unseres Gemeinwohls, nur dadurch in Gang kommt, daß sie (auch) zur lokalen Initiative wird. [...] Ohne lokales Handeln bleibt globales Denken folgenlos. Ohne globales Denken bleibt lokales Handeln ohne Orientierung (Wohlgenannt/Büchele 1990, 159f). (Stütze 1, Erklärung)

Mitläufer-Argument

In Bezug auf ungewollte Abhängigkeiten formulieren Wohlgenannt/Büchele kritisch:

(1. Defizitprämisse)

„Die gesellschaftliche Dynamik – so können wir zusammenfassen – produziert Menschen als Mitläufer. Viele Menschen sind heute gezwungen, sich verantwortungslos einem anonymen Arbeitszwang zu unterwerfen, sich abhängig zu machen von Institutionen, die ihre Freiheit zur eigenen Machtsicherung absorbieren, und in einer Maschinerie mitzulaufen/mitzufunktionieren, die unsere Lebensgrundlagen zunehmend bedroht. Dieses System vielfältiger Abhängigkeit führt zu einem Konsens Gleichgeschalteter, die all das still dulden und dem gewohnheitsmäßig zustimmen, was ihnen als ihr scheinbar eigenes Interesse durch ein Kartell von Eliten vordefiniert und ausgefiltert wird.

Die Mitläufer sind als Symptomträger nicht nur verformte Subjekte und manipulierbare Agenten, sondern auch Mitakteure: in ihrem allzu oft selbstbezogenen Interessenegoismus trösten sie sich damit, daß dieses Wirtschaftssystem mit seiner privilegierten Schicht bei allen Unzulänglichkeiten eben doch für die größte Zahl Wohlstand und Glück bringe. Dieser Interessenegoismus, der unter dem Gesetz des optimierten Lustgewinns steht, wird damit zum systemorientierten Handlungskalkül“ (Wohlgenannt/Büchele 1990, 197). (Stütze 2, Verweisung auf politisch-gesellschaftliche Systemorientierung)

Not-Argument

Not im Sinne von „geistig-seelischer Not“ steht für Wohlgenannt/Büchele im Zusammenhang von „sozial-materieller Not“:

(2. Ursachenprämisse, politisch)

„Materiell-soziale und geistig-seelische Not können nicht getrennt werden. So verschieden sie uns erscheinen mögen, beide sind Erscheinungsformen zweier Folgewirkungen eines verfehlten strukturellen Grundansatzes unserer Gesellschaft. Materiell-soziale und geistig-seelische Not bedürfen damit auch einer die Ursachen selbst anzielenden Therapie“ (Wohlgenannt/Büchele 1990, 197). (Stütze 1, Erklärung)

Öko-sozialer-Umbau-Argument

Vor dem Hintergrund globaler ökologischer Probleme hat das Grundeinkommen für Wohlgenannt/Büchele nicht nur eine soziale Komponente:

(6. Ausnahmeprämisse, Bedingung)

„Ein öko-sozialer Umbau bedarf eines garantierten Grundeinkommens. Erst als Moment einer zugleich ökologischen und sozialen Gegenwehr und Erneuerung erlangt das Grundeinkommen die Bedeutung, die wir ihm zuschreiben. Ohne Grundeinkommen kein öko-sozialer Umbau; ohne Einbettung in das umfassendere Vorhaben eines öko-sozialen Umbaus kein Grundeinkommen von der Art, wie es hier als befreienden Moment dargestellt und befürwortet wird“ (Wohlgenannt/Büchele 1990, 202f). (Stütze 2, Absolute Norm als Wahrheit)

Unter dem Öko-sozialer-Umbau-Argument kritisieren sie erheblich den Status Quo:

(1. Defizitprämisse)

„Nach neuesten Untersuchungen am Wissenschaftszentrum Berlin stieg der Anteil der Aufwendungen für die Behebung und Vermeidung von ökologischen und sozialen Folgeschäden des Wirtschaftswachstums in den Jahren 1970 bis 1988 von knapp 7 % auf nahezu 12 % des Bruttosozialproduktes.¹⁶⁰

Die durch das Industriesystem verursachten Missstände im Bereich der Umwelt, Schädigung der Gesundheit und Belastungen der Psyche des Menschen provozieren bloß neue Industrien: die Umweltindustrie, die pharmazeutische Industrie usw. Diese industriellen Therapieversuche können sich aber nur in dem Maße ausdehnen, wie auch die Nöte zunehmen. Wenn allerdings der Einsatz von Therapie sinnvoll sein soll, müsste sie auf die Beseitigung der Ursachen der Krankheitsphänomene abzielen. Hier aber leben die Therapieformen von den krankhaften Zuständen. Sie denken jedoch keineswegs daran, die Ursachen zu beseitigen – denn dann müssten sie eigentlich auf ihre eigene Abschaffung abzielen –, sondern vielmehr daran, sich zu etablieren“ (Wohlgenannt/Büchele 1990, 179). (Stütze 1, wiss. Position)

Ökologie und Soziales sind für beide Autoren nur zusammen zu denken:

(6. Ausnahmeprämisse, Bedingung)

„Nur ein öko-sozialer Umbau des Teilsystems 'Wissenschaft – Technik – Ökonomie' vor allem der Industrieländer kann die sozialen und natürlichen Lebensgrundlagen dieser Länder und der Weltgesellschaft als ganzer vor einer zunehmenden Zerstörung bewahren“ (Wohlgenannt/Büchele 1990, 199). (Stütze 2, Absolute Norm)

¹⁶⁰ Wohlgenannt/Büchele beziehen sich hier auf: Leipert, Ch. (1989): Die heimlichen Kosten des Fortschritts. Wie Umweltzerstörung das Wirtschaftswachstum fördert, Frankfurt am Main, S. 133.

Herrschaftsanmaßung-Argument

Auch die Anmaßung der vermeintlichen Legitimation, Herrschaft über andere ausüben zu wollen, ist für die Autoren unakzeptabel:

(1. Defizitprämisse)

„Man hört gelegentlich, ein Bankdirektor oder ein Chirurg könne zwar Straßen kehren, ein Straßenkehrer oder ein Mann der Müllabfuhr aber keine Bank leiten oder nicht operieren. Mit diesen Fähigkeitsunterschieden werden dann die oft enormen Einkommensunterschiede gerechtfertigt. Hinter dieser Sichtweise verbirgt sich aber nichts anderes als ein Herrschaftsdenken, eine Herrschaftsanmaßung.

Erstens ist die Arbeit des Straßenkehrers oder des Mannes der Müllabfuhr für das Gemeinwesen ebenso unerlässlich wie die eines Chirurgen oder eines Bankdirektors. Entscheidend ist der Beitrag für das Gemeinwohl.

Zweitens ist daran zu erinnern, daß es wenig Leistungen gibt, die nicht von den Leistungen anderer Menschen abhängig sind. Auf welche Leistungen und Vorleistungen anderer Menschen ist ein Chirurg oder ein Bankdirektor angewiesen, damit er seinen Beruf ausüben kann? Der Chirurg ist angewiesen auf eine Infrastruktur, die das Gemeinwesen für ihn bereitstellt: das Krankenhaus, Apparate, Instrumente. Ohne die Leistung anderer Menschen, wie die der Assistenzärzte, des Pflege- und Verwaltungspersonals, könnte der Chirurg seine Arbeit gar nicht tun.

Grundsätzlich ist festzuhalten, daß es keinen objektiven Maßstab gibt, um Leistung zu bewerten. Die Maßstäbe für die Einkommensverteilung entsprechen auch politisch-kulturellen Normen wie etwa der Höherbewertung 'geistiger Tätigkeiten'“ (Wohlgenannt/Büchele 1990, 210f). (Stütze 4, Reflexion)

Und ihre Kritik macht auch keinen Halt vor dem Politikspektrum:

(1. Defizitprämisse)

„Daß die Kritik von links am Konzept eines Grundeinkommens sich der Kritik von rechts zugesellt, zeigt mir, daß wir mit diesem Konzept einen heiklen Punkt getroffen haben. Sind wir vielleicht an eine ideologische Mauer gestoßen, nämlich die 'Religion der Arbeit', die zum Herrschaftskitt für Linke und Rechte wird? Mit anderen Worten: Alle, die Macht ausüben auf Menschen, oder auf eine solche Machtausübung hinarbeiten, sehen durch ein solches Grundeinkommen instinktiv ihre Interessen verletzt. Über die Staatsinterventionen versucht dann die 'linke' Herrschaft die Bedingungen zu diktieren, nach denen sich die Interessen der Menschen auszurichten haben“ (Büchele 1986, 76). (Stütze 4, Reflexion)

Das Grundeinkommen würde den Autoren zufolge Macht- und Herrschaftsstrukturen zu ebnen verhelfen:

(5. Adäquatheitsprämisse)

„Durch ein Grundeinkommen würde so etwas wie Waffen- beziehungsweise Vertragsgleichheit zwischen den Kapitalverfügern und den Lohnabhängigen geschaffen werden. Im herrschenden Kapitalverhältnis, als einem ökonomisch vermittelten Herrschaftsverhältnis, ist für den Einzelnen nur ein Umsteigen, aber kein Aussteigen möglich. Der Zwang, jede kränkende und krankmachende Arbeit anzunehmen, wäre aufgehoben. Durch ein Grundeinkommen würde der Druck auf Kapitalverfüger verstärkt werden, die Arbeitsbedingungen und die Arbeitsbeziehungen zu verbessern“ (Büchele 1986, 80). (Stütze 1, Erklärung)

Konsumentengewerkschaft-Argument

Wohlgenannt/Büchele (1990) plädieren für eine sog. Konsumentengewerkschaft:

(3. Alternativprämisse)

„Eine Konsumentengewerkschaft müsste aufzeigen, daß wir Konsumenten nicht weniger verantwortlich sind für die Qualität der gemeinsam erwirtschafteten Welt als die Interessengruppen in der Wirtschaft, die ja immer wieder betonen, daß in der marktwirtschaftlichen Wirtschaftsordnung der Konsument der Souverän sei. Dieses Wort sollten wir endlich ernst nehmen.

Die wichtigste Aufgabe einer Konsumentengewerkschaft wäre die, alternative Lebensformen aufzuzeigen und uns als Konsumenten in die Lage zu versetzen, zwischen selbstbestimmten Lebensentwürfen zu wählen und nicht zwischen isolierten Kaufakten, die uns fremdgesteuerte Lebensentwürfe aufdrängen. Die alternativen Lebensentwürfe müßten eine Lebensqualität ansteuern, die auf einem qualitativen Wachstum beruht, einem Wachstum, das sozialgerecht und umweltgerecht ist“ (219). (Stütze 1, Erklärung)

Armutsfalle-Argument

Die Autoren weisen immer wieder daraufhin, daß mit der Arbeitslosigkeit eine Armutsfalle entstehen kann. Allein in der BRD seien zwischen 1982 und 1986 die Ausgaben für die offene Sozialhilfe, das heißt für Personen in Privathaushalten, um 50 % gestiegen (vgl. Wohlgenannt/Büchele 1990, 48).

(1. Defizitprämisse)

„**Armutsfalle** entsteht, wenn eigene Anstrengungen (etwa eines Arbeitslosen) zu keiner Verbesserung der Situation führen können. Solche Armutsfallen gibt es in vielen Sozialgesetzen: so werden Beziehern von Sozialhilfe Arbeitseinkommen zur Gänze auf die Sozialhilfe angerechnet; Notstandshilfe fällt in Österreich zur Gänze weg, wenn ein Arbeitseinkommen bezogen wird“ (Wohlgenannt/Büchele 1990, 250, Hervorheb. im Original). (Stütze 1, Verweisung auf Bekanntes)

Menschenrecht-Argument

Prinzipiell sei ein Grundeinkommen schon durch die UN legitimiert:

(4. Praxisprämisse)

„Als Krönung wurde 'soziale Sicherheit' sogar in die Menschenrechtsdeklaration der Vereinten Nationen von 1948 aufgenommen, wo es heißt: 'Jeder Mensch hat als Mitglied der Gesellschaft Recht auf soziale Sicherheit; er hat Anspruch darauf, durch innerstaatliche Maßnahmen und internationale Zusammenarbeit unter Berücksichtigung der Organisation und der Hilfsmittel jedes Staates in den Genuß der für seine Würde und die freie Entwicklung seiner Persönlichkeit unentbehrlichen wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte zu gelangen.' (Art. 22) Diese Rechte werden im folgenden noch genauer umschrieben: Recht auf Arbeit, auf Erholung und Freizeit, auf angemessene Lebenshaltung, auf Mütter- und Kinderschutz, auf Bildung und Teilnahme am kulturellen Leben“ (Wohlgenannt/Büchele 1990, 41). (Stütze 2, Institution)

Güter-Argument

Unter der Überschrift „Von Geld kann man nicht leben“ formulieren die Autoren:

„Wirtschaft bedeutet Geld – so meinen wir. Was aber ist Geld? Eine Münze oder eine Banknote kann man zwar in der Hand halten, trotzdem weiß jedes Kind, daß es sich damit nur Zuckerln kaufen kann, wenn ein Geschäft in der Nähe ist. Modernes Geld dagegen entzieht sich jeder sinnlichen Wahrnehmung: es besteht aus Zahlen, gespeichert in einem elektronischen Datenträger, zu dem eine Plastikkarte Zugang schafft.

Wer trotzdem vom sinnlichen Charme des Geldes spricht, denkt an Prestigegüter und Luxus, zu denen ein gutgefülltes Bankkonto oder ein hoher Kredit Zugang verschaffen. Es geht also um die Güter, ohne die alles Geld nur leeres Versprechen ist. Inflationen und Geldentwertungen in unserer Geschichte und in vielen Ländern heute sprechen eine deutliche Sprache.

'Wirtschaft' sind also Güter und Dienste, die bereitgestellt werden müssen, um Bedürfnisse zu befriedigen, und zu deren Bereitstellung 'Kapital' vonnöten ist, und zwar Realkapital in Form von fruchtbaren Böden, von Luft und Wasser, von Fabriken und Einrichtungen aller Art, von Straßen und Elektrizitätswerken. Um dieses Kapital zu nützen, braucht es entsprechend ausgebildete und fähige Menschen, 'Humankapital'. In einer hochentwickelten Wirtschaft wird die Muskelkraft von Menschen weitgehend durch Maschinen ersetzt, menschliches Wissen und Können in zunehmenden Maße in Maschinen und Datenträger eingespeichert und verwertet. Mit anderen Worten: Je mehr 'Kapital' in Form von Einrichtungen und gespeichertem Wissen in einer Gesellschaft akkumuliert wurde, um so weniger menschlichen Arbeitseinsatz braucht es, dieses Kapital in Güter und Dienstleistungen umzusetzen, auch wenn dies keinesfalls bedeutet, daß menschlicher Arbeitseinsatz überflüssig würde. Was sich ändert, ist vor allem die Form dieses Einsatzes und das notwendige Volumen“ (Wohlgenannt/Büchle 1990, 110f). (Stütze 1, Verweisung auf Bekanntes)

Finanzierung-Argument

Ein Grundeinkommen einzuführen im derzeitigen auf Lohnsteuer basierten System reiche allerdings nicht aus:

„Um jedem Missverständnis vorzubeugen: eine Finanzierung des Grundeinkommens allein über die Lohnsteuer wäre nicht nur ungerecht, sie würde auch das Problem der engen Bindung zwischen Erwerbsarbeit und Sozialstaat verfestigen, anstatt neue Spielräume zu schaffen. Hier sollte lediglich demonstriert werden, worum es geht: nicht, ob ein Grundeinkommen finanzierbar ist, lautet die Frage, sondern wie eine sinnvolle Finanzierung, die an zukünftige Entwicklungen flexibel angepasst werden kann, aufgebaut sein könnte. Es zeigte sich dabei auch, in welchem Maße ein Grundeinkommen kleine Einkommen und Haushaltseinkommen erhöht – selbst bei einem hohen Eingangsteuersatz“ (Wohlgenannt/Büchle 1990, 123). (Stütze 1, Erklärung)

Lebensarbeitszeit-Argument

Das Lebensarbeitszeit-Argument betrifft vor allem den Generationenvertrag, der in der heutigen Form nicht mehr aufgeht:

(3. Alternativprämisse, 6. Ausnahmeprämisse, Bedingung)

„Eine flexiblere Gestaltung der Lebensarbeitszeit könnte bedeuten, daß Eltern mehr Zeit für ihre eigenen Kinder haben können und haben, daß einige ihre Berufslaufbahn

5.5 Wohlgenannt/Büchele und das Grundeinkommen

unterbrechen, um Neues zu lernen oder einfach etwas anderes zu tun, und daß über 60jährige nicht bereit sind, sich zum 'alten Eisen' rechnen zu lassen, und – vielleicht in beschränktem Ausmaß einer Erwerbstätigkeit nachgehen wollen. Die strikte Trennung zwischen noch nicht und nicht mehr Erwerbstätigen auf der einen und Aktiven auf der anderen Seite würde damit aufgelöst. Damit solche Flexibilität sozial vertretbar und vom einzelnen frei gestaltbar ist, ist eine finanzielle Grundsicherung Voraussetzung.

Solange die Finanzierung des Sozialstaats eng mit der Erwerbsarbeit verknüpft ist, bleibt das Dilemma bestehen, daß die Finanzierung zurückgeht, wenn der Bedarf am höchsten ist, wenn nämlich vielen Arbeitslosen und Pensionisten wenig Beitragszahler entgegenstehen. Dies auch dann, wenn parallel dazu hohes Produktivitäts- und Wirtschaftswachstum zu verzeichnen sind. Daher die Notwendigkeit, die Sozialstaatsfinanzierung wenigstens teilweise auf eine beschäftigungsunabhängige Basis zu stellen“ (Wohlgenannt/Büchele 1990, 130f). (Stütze 1, Erklärung)

Ausgleich-Argument

Ähnlich wie Fromm und Capra (vgl. 1983, passim) weisen die Autoren darauf hin, in welcher bedrohlicher Lage sich die Menschheit in Bezug auf Krieg, Wettrüsten, Zerstörung der Öko-Sphäre und des Hungers eigentlich befinde (vgl. Wohlgenannt/Büchele 1990, 161f).

(1. Defizitprämisse)

„Die 6 % der Weltbevölkerung der USA beanspruchen mehr als ein Viertel des Weltenergieverbrauchs oder 2,3 mal soviel wie alle Entwicklungsländer zusammen, die Ölländer eingeschlossen.^{[...] 1980} verbrauchten die Industrieländer, das sind 26 % der Erdbevölkerung, vier Fünftel der Reichtümer der Erde.¹⁶¹

Die Frage lautet also: Gestehen wir dem Rest der Erdbevölkerung, den 74 %, menschenwürdige Lebensbedingungen zu? Wenn ja, dann müsste es im Laufe einer Generation möglich sein, einen Ausgleich zu schaffen. Wenn ja, dann erfordert dies einen grundsätzlichen Umbau der ökonomischen und politischen Strukturen der Industrieländer“ (Wohlgenannt/Büchele 1990, 163). (Stütze 1, wiss. Position)

Bildungs-/Tätigkeitsgesellschaft-Argument

Der durch den enormen technischen Fortschritt erfolgende Umbruch führe aus der Erwerbsarbeitsgesellschaft hin zu einer Bildungs- und Tätigkeitsgesellschaft:

(3. Alternativprämisse)

„Wir befinden uns gegenwärtig, ausgelöst vor allem durch die technologische Revolution, in einer Umbruchs- und Übergangsphase, die durch die radikale Veränderung unserer herrschenden Gesellschaftsmuster – in der Welt der Arbeit, der Freizeit, der Ehe und Familie – zu einem Wandel unseres Zivilisationsmodells führt, zu einem

¹⁶¹ Wohlgenannt/Büchele beziehen sich hier auf Strahm, R. H. (1985): Warum sie arm sind. Arbeitsbuch zur Entwicklung der Unterentwicklung in der Dritten Welt, mit Schaubildern und Kommentaren, Wuppertal, 12f und 15.

Wandel der erwerbsarbeitszentrierten Gesellschaft, die seit Hunderten von Jahren die epochentypischen Arbeitsformen in Landwirtschaft, Industrie und Verwaltung bestimmt. Diese Umbruchs- und Übergangsphase bietet uns die Chance, die Erwerbsarbeitsgesellschaft in eine Tätigkeits- und Bildungsgesellschaft umzubauen.

Was ist unter einer Tätigkeits- und Bildungsgesellschaft zu verstehen? Eine Tätigkeits- und Bildungsgesellschaft ist eine Gesellschaft tätiger Menschen, eine Gesellschaft, in der wir einen immer geringeren Teil der Zeit und Kraft für fremdbestimmte Erwerbsarbeit einsetzen und einen immer größeren Teil selbstgestalteter Tätigkeit widmen, im geistig-geistlichen Leben, in der künstlerischen Gestaltung des Lebens, dem Engagement in den sozialen Netzen und in politischen Gemeinwesen“ (Wohlgenannt/Büchele 1990, 199). (Stütze 2, Verweisung auf Geschichte)

Die mangelnde ökonomische Absicherung der meisten Menschen vermindere bzw. bremse jedoch diesen notwendigen Umbruchsprozess:

(3. Alternativprämisse)

„Viele, wenn nicht sogar die meisten Menschen werden ohne Existenzsicherung nicht das Wagnis eines neuen Weges eingehen; und nur wenige Gruppen können von sich sagen, ihr Einkommen sei ihnen auch in Krisen gesichert. Das Grundeinkommen als verlässliche Grundlage der alltäglichen Lebensgestaltung wird viele ermuntern, sich in die je eigenen Angelegenheiten – und das ist nicht zuletzt das wirtschaftliche und politische Geschehen – einzumischen und diese mitzuverantworten“ (Wohlgenannt/Büchele 1990, 203). (Stütze 1, Erklärung)

Dieses Argument wird durch Bezug auf Gorz gestützt:

„Gorz ist zuzustimmen, wenn er feststellt, daß die Garantie eines vom Arbeitsplatz unabhängigen Einkommens emanzipatorisch oder repressiv sein kann, je nachdem, ob sie den Individuen neue Räume individueller und gesellschaftlicher Tätigkeit öffnet oder im Gegenteil nur der gesellschaftliche Lohn für ihre erzwungene Untätigkeit ist“¹⁶² (Büchele/Wohlgenannt 1985, 55). (Stütze 1, wiss. Position)

Zerstörungsprozess-Argument

Das Zerstörungsprozess-Argument betrifft die vielen individuellen Schwierigkeiten und Krisen, die die Menschen „brechen“ würden, die meisten dieser Probleme glauben die Autoren durch ein Grundeinkommen weitestgehend beheben zu können:

(5. Adäquatheitsprämisse)

„Ein Grundeinkommen begünstigt die untersten Einkommensschichten. Das Grundeinkommen ist also auch für jene Zehntausende wichtig, die durch eine solche materielle Grundsicherung begünstigt wären: Schulabgänger ohne Arbeitschance, im Stich gelassene und abhängige Frauen, langjährige Arbeitslose, die aufgrund ihrer vergeblichen Suchbemühungen und den Sekundärfolgen des sozialen Abstiegs so entmutigt sind, daß sie weder um Arbeit noch Arbeitslosengeld nachfragen.

¹⁶² Büchele/Wohlgenannt beziehen sich hier auf Gorz, André (1983): Wege ins Paradies. Berlin, 66; in dieser Arbeit in der Literaturliste unter Gorz (1986) zu finden.

5.5 Wohlgenannt/Büchele und das Grundeinkommen

Sollen die Zerstörungsprozesse in den Personen aufgefangen werden, dann muß unter anderem ein Mindestmaß an materieller Grundsicherung gegeben sein; ohne diese Grundsicherung geht die gesamte psychische Energie im Kampf um die materielle Subsistenz auf: mühsame, demoralisierende Arbeitssuche, Angst vor der Bürokratie, Stigmatisierungs- und Versagersyndrom; sie sind ohne Kraft, neue Initiativen in Angriff zu nehmen“ (Büchele 1986, 79). (Stütze 1, Erklärung)

Entfaltung-Argument

Im Zusammenhang mit der Freiheit „wozu“ und dem Wegfall von Zwang könne der Mensch sich erst entfalten:

(5. Adäquatheitsprämisse)

„Die persönliche Entfaltung eines Menschen hängt auch entscheidend von seinem Beruf ab. Die Planung und die Freiheit der Berufswahl – auf der Basis von Eignung und Neigung – ist für den Menschen von grundlegender Bedeutung. Ein Berufsethos kann sich nur dort herausbilden, wo der Mensch auch Freude an seinem Beruf hat, wo er sich seiner Freiheit und seiner Verantwortung bewußt ist. Je größer die Freude, um so größer die Leistung; und desto mehr dient der einzelne auch der Gesamtgesellschaft. Ein Grundeinkommen würde die Berufswahl gerade junger Menschen entkrampfen, sie müßte nicht nur unter dem Zwang einer zukünftigen Einkommenssicherung erfolgen. Die Chancengleichheit in der Berufswahl würde erhöht werden“ (Büchele 1986, 80f). (Stütze 1, Erklärung)

5.5.1 Klassifikation (Bereichsspezifik) der Argumente von Wohlgenannt/Büchele

<u>Arbeit</u>		<u>Kultur/Kunst</u>	
Schwarzarbeit-Argument	312	-/-	
<u>Erziehung/Bildung/Unterricht</u>		<u>Natur/Nachhaltigkeit</u>	
-/-		Ausgleich-Argument	324
<u>Ethik/Moral</u>		Öko-sozialer-Umbau-Argument ..	320
Zerstörungsprozess-Argument.....	325	<u>Recht/Gesetz</u>	
<u>Fortschritt/Technik</u>		Menschenrecht-Argument.....	322
Produktions-Fortschritt-		<u>Staat/Politik/Macht</u>	
Argument.....	318	Bevormundung-Argument.....	317
<u>Gesellschaft/System</u>		Herrschaftsanmaßung-	
Bildungs-/Tätigkeitsgesellschaft-		Argument	321
Argument.....	324	Lokales-Handeln-Argument	319
Konsumentengewerkschaft-		Unabhängigkeit-Argument	313
Argument.....	322	Zwei-Freiheiten-Argument.....	311
Leistung-Argument	313	<u>Wirtschaft/Finanzen/Verteilung</u>	
Mitläufer-Argument.....	319	Administration-Argument.....	316
Not-Argument	319	Armutsfalle-Argument.....	322
Spaltung-Argument.....	316	Armutslösung-Argument	318
Spannung-Argument.....	318	Finanzierung-Argument.....	323
Widerstand-Argument	311	Güter-Argument.....	323
<u>Gesundheit</u>		Lebensarbeitszeit-Argument.....	323
Krankheit-Argument	314	Subventionierung-Argument	317
<u>Individuum/Identität</u>		<u>Wissenschaft</u>	
Angstabbau-Argument.....	309	-/-	
Entfaltung-Argument	326	<u>Zeit/Geschichte</u>	
Identität-Argument.....	309	Utopie-Argument	312

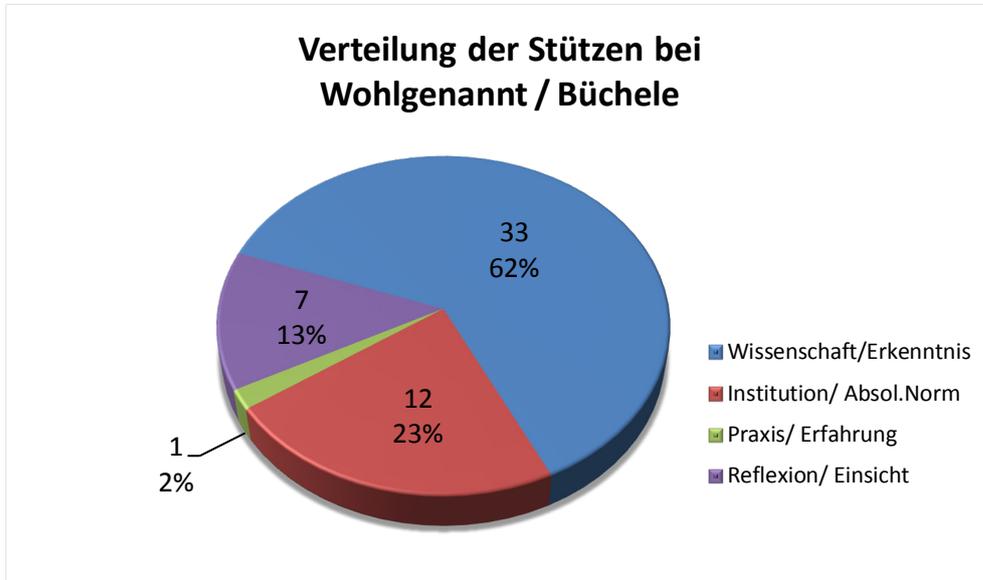
5.5.2 Zusammenfassung

Wohlgenannt und Büchele, die hier zusammen genommen aufgrund ihrer gemeinsamen Buchveröffentlichungen analysiert worden sind, sind entschiedene Vertreter für ein bedingungsloses Grundeinkommen, deren beider Engagement für ein sozialstaatliches Alternativmodell bereits vor der Wende in den 80er begann. Von den in dieser Arbeit ausgewählten Vertretern setzen sie ihren Hauptschwerpunkt auf die Ökologie, die sie durch eine den ihres Erachtens seinerzeitigen nicht mehr zeitgemäßen sozialstaats- und arbeitsmarktpolitischen Programmen als (zusätzlich) gefährdet betrachten. Ein Staatsmodell auf der Grundlage eines bedingungslosen Grundeinkommens wäre ihnen zufolge eine zeitgemäße Alternative, um auch viele umweltschädliche Faktoren zu verbessern bzw. zu vermeiden.

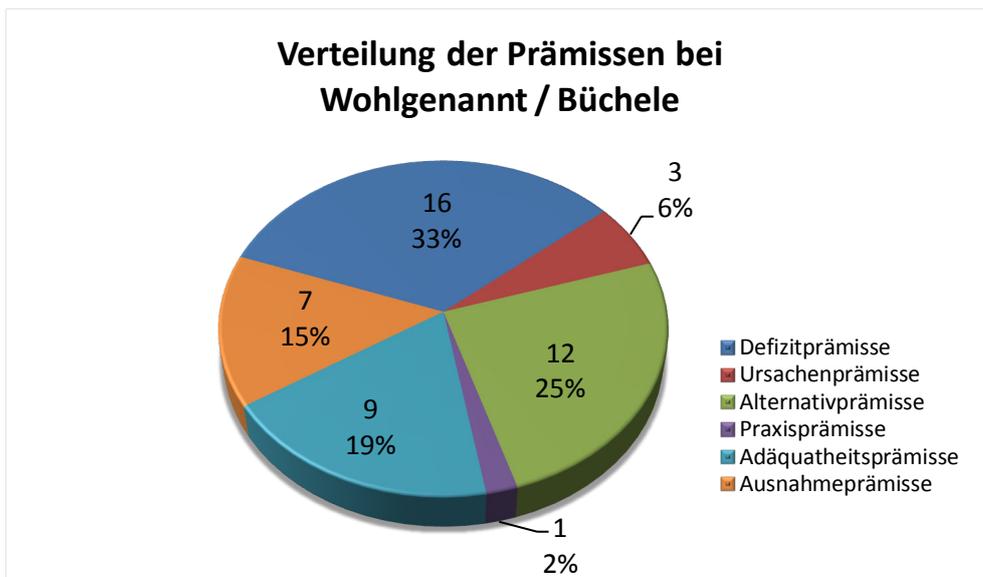
Die Analyse von Wohlgenannt und Büchele hat bis hierher 31 Argumente herauskristallisieren können. In den aufgefundenen Argumenten sind 53 Stützungen zu finden. Wohlgenannt/Büchele stützen sich vor

5.5 André Gorz und die Bedingungslosigkeit

allein auf Wissenschaft und Erkenntnis (Stütze 1: 33) gefolgt von Stütze auf Institution und Absolute Norm (Stütze 2: 12) sowie Stütze auf Reflexion und Einsicht (Stütze 4: 7). Auf Praxis und Erfahrung stützen die Autoren sich in den vorliegenden Argumenten nur einmal (Stütze 3: 1).



Den hier analysierten Zitaten liegen insgesamt 48 Prämissen zugrunde. Dabei setzen Wohlgenannt/Büchele Defizite (16) und Alternativen (12) gefolgt von Adäquatheit (9) und Ausnahmen (7) voraus. Die Ursachen- (3) sowie die Praxisprämissen (1) werden von den Autoren in den analysierten Zitaten am wenigsten vorausgesetzt.



5.6 André Gorz und die Bedingungslosigkeit¹⁶³

Der französische Sozialphilosoph österreichischer Herkunft André Gorz (1923-2007) gilt als Kapitalismuskritiker und hat sich in vielen seiner Schriften mit sozialen Missständen, deren Ursachen und Verbesserungsvorschlägen auseinandergesetzt. Im Jahre 2007 nahm er sich zusammen mit seiner kranken Frau das Leben. Er ist als Vorreiter eines bedingungslosen Grundeinkommens anzusehen, auch wenn er sich in dem hier gemeinten Sinne erst relativ spät dazu bekennt. Lange Zeit hat er für die seiner Meinung nach in einer kapitalistischen Wirtschaftsordnung notwendige Arbeitszeitverkürzung plädiert, wobei er unter anderem ein Modell der 20 000 Arbeitsstunden entwarf, die jeder Bürger innerhalb seiner Lebenszeit abzuleisten hätte (vgl. Gorz 1986, 66ff u 86, auch Gorz 1990, 319). In seinen hier behandelten Schriften ist der Kampf mit sich und der Gesellschaftsform deutlich nachzuvollziehen, indem er um Auswege und Perspektiven für eine bessere Gesellschaftsordnung ringt. In seiner 1997 herausgegebenen Schrift „Misères du présent, richesses du possible“¹⁶⁴ gibt er an, dass er ein bedingungsloses Grundeinkommen lange abgelehnt habe und es als Bürgerrecht nur als „Gegenleistung“ für Arbeit ansah (vgl. Gorz 2000, 119) bzw. zeitlich begrenzt sehen wollte (vgl. Gorz 1990, 300ff), sich aber nun dafür ausspreche (vgl. Gorz 2000, 120 u 126).

Für Gorz sind die Voraussetzungen für sozialstaatliche Veränderungen in der Konfrontation mit Macht und Herrschaft in einzelnen Staaten jedoch sehr unterschiedlich:

„In Frankreich ist man desto mehr gegen den Staat, je linker man steht. Das ist nicht überall so. Der französische Staat ist etwas, was immer da war und die bürgerliche Gesellschaft immer mehr erdrückt als geschützt hat. Während in Italien, in den Vereinigten Staaten und besonders in Deutschland gerade das Fehlen eines Staates die Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaft gehemmt hat, so daß die Macht der Fürsten sich verewigen und den Normen des Rechts entgehen konnte. Aus diesem Grunde war in der deutschen Philosophie der Staat immer die Bedingung für eine Rechtsordnung, die sowohl die Individuen wie die bürgerliche Gesellschaft der fürstlichen Willkür entzog. Man muß also den Staat als den wesentlichen Apparat und Garanten des Rechts, nicht aber als dessen Quelle betrachten. Die Quelle des Rechts muß immer in den sozialen Beziehungen liegen“ (Gorz 1986, 113).

¹⁶³ Vgl. Gorz (2000) „Plädoyer für die Bedingungslosigkeit“ (120ff).

¹⁶⁴ Dt. „Arbeit zwischen Misere und Utopie“, herausgegeben von Ulrich Beck, der sich im Übrigen auch erst spät zu einem bedingungslosen Grundeinkommen bekennt. Vgl. dazu Der Tagesspiegel vom 30.11.2006 „Arbeitslosigkeit ist ein Segen“: <http://www.tagesspiegel.de/weltspiegel/gesundheit/arbeitslosigkeit-ist-ein-sieg/780852.html>, Stand: 11.04.2012

5.6 André Gorz und die Bedingungslosigkeit

Damit sei übergeleitet zu einem ersten Argument, dem Geltung Argument.

Geltung-Argument

Alte Werte, die immer noch vertreten würden, hätten schon längst keine Geltung mehr, so Gorz:

(1. Defizitprämisse, 2. Ursachenprämisse)

„Aufgrund der weitreichenden Umwälzungen, die sie mit sich bringt, läßt sich die gegenwärtige Krise mit der ersten industriellen Revolution vergleichen: unsere Gesellschaften zerfallen, unsere Grundordnung stirbt und droht, uns unter ihren leblosen Apparaten zu begraben, um den eigenen Tod zu überleben. Die Schwerkraft des Realen zieht uns zu einem halbtoten Kapitalismus, in dem Produktion und soziale Kontrolle, Produktionsapparat und Herrschaftsapparat verschmelzen und in dem eine normalisierende Technokratie fortfährt, ein bereits erloschenes System im Namen von Werten zu verherrlichen, die schon seit langem keine Geltung mehr haben“ (Gorz 1986, 8). (Stütze 1, Erklärung/wiss. Position)

Paradies-Argument

Das Paradies-Argument greift auf Adam und Eva zurück, bevor der Mensch durch den Sündenfall zur Arbeit verdammt wurde:

(2. Ursachenprämisse, historisch)

„Adam und Eva erfreuten sich vor der Vertreibung aus dem Paradies eines sorglosen Lebens im Überfluß, und das ohne Arbeit. Erst nach ihrer Vertreibung mussten sie und ihre Nachkommen sich kümmerlich durchschlagen, dazu verdammt, vom Morgengrauen bis zur Abenddämmerung zu arbeiten. Die Geschichte der Menschheit, sich langsam aber stetig wieder ein Paradies zu schaffen. Was aber würde geschehen, wenn wir uns tatsächlich dort wiederfänden? Wenn alle Güter und Dienstleistungen ohne Arbeit zu haben wären, würde niemand mehr gegen Entgelt beschäftigt. Arbeitslos sein hieße aber, ohne Einkommen sein. Folglich würden im Paradies alle so lange Hunger leiden, bis sich eine den veränderten Produktionsbedingungen angepasste Einkommenspolitik durchgesetzt hätte“¹⁶⁵ (Gorz 1986, 7). (Stütze 2, Verweisung auf Geschichte/politisch-gesellschaftliche Systemorientierung)

Arbeitsreduktion-Argument

Für Gorz steht fest, Vollzeitbeschäftigung für alle ist ein Mythos:

(2. Ursachenprämisse, historisch/wirtschaftlich)

„Die Arbeitslosigkeit ist nur der sichtbare Ausdruck einer viel weitergehenden Reduk-

¹⁶⁵ Gorz bezieht sich hier auf Leontief, Wassily V. (1982): „Die Folgen für Arbeitsplätze und Einkommensverteilung“, Spektrum der Wissenschaft. Scientific American, November.

5 Textanalyse und Interpretation von Grundeinkommenspädagogiken

tion der Arbeit in modernen Gesellschaften. Der Weg zurück zur Arbeitsgesellschaft ist uns verbaut. Welche Alternativen gibt es denn zur Arbeitsgesellschaft? Wohin führt der Weg, der mit dem Ende der Arbeit beginnt“¹⁶⁶ (Gorz 1986, 7)? (Stütze 1, Erklärung/wiss. Position)

Der *circulus vitiosus* von Arbeitslosigkeit, Arbeitszeit und Lohnsenkung führe immer tiefer in die Sackgasse:

(1. Defizitprämisse)

„Je weniger Arbeit es für alle gibt, um so mehr tendiert die individuelle Arbeitszeit dazu, länger zu werden. Diese paradoxe Folge der Arbeitslosigkeit analysiert Juliet Schor für die Vereinigten Staaten.¹⁶⁷ Danach läßt nämlich die Arbeitslosigkeit das Lohnniveau sinken, was die Erwerbstätigen dazu veranlaßt, länger zu arbeiten, um den Einkommensverlust zu kompensieren. Daraus folgt wiederum die verstärkte Absenkung der Löhne“ (Gorz 2000, 74). (Stütze 1, Erklärung/wiss. Position)

Abschaffung-Argument

Die durch die Arbeitnehmer und Gewerkschaften mühsam und lang erkämpften Rechte würden binnen kurzer Zeit wieder abgeschafft:

(2. Ursachenprämisse)

„Die Entwicklung der angeblich selbständigen, in allen ihre Parametern unendlich 'flexiblen' (sic!) Arbeit ist nur die sichtbarste Form, die die Tendenz zur Abschaffung des Lohnsystems annimmt. Sie beherrscht aber ebenso die Beziehungen des Unternehmers zu seiner festen Belegschaft. Hier nimmt sie die Form der Individualisierung und der Flexibilisierung der Löhne an sowie der Aufsplitterung der großen Unternehmen in 'Profitzentren', für deren Rentabilität die Arbeitnehmer als 'Unternehmer' aufzukommen haben.

So sucht das Kapital mit der Lohnarbeit auch die umfassenden Grenzen abzuschaffen, die die Arbeiterbewegung in zwei Jahrhunderte währenden Kämpfen der Ausbeutung setzen konnte. Es ersetzt die kollektiven Tarifverhandlungen durch individuelle Abmachungen sowie die festgesetzten Löhne durch individualisierte, veränderliche Entlohnung und die Lohnbeziehung durch die Handelsbeziehung. Dadurch setzt das Kapital an die Stelle der Befehlsgewalt und der durch die Maschinen auf die Menschen ausgeübten Zwänge jene Zwänge, die die anonymen 'Gesetze' des Marktes auf verstreute, miteinander konkurrierende Individuen unwiderstehbar, da unpersönlich ausüben“ (Gorz 2000, 74f). (Stütze 1, Erklärung/wiss. Position)

Krise-Argument

Die Krise, so Gorz, sei mit alten Werten und auch mit Wirtschafts-

¹⁶⁶ Gorz bezieht sich hier auf Dahrendorf, Ralf (1982): „Die Arbeitsgesellschaft ist am Ende“, in die Zeit, Nr. 48, 26. November.

¹⁶⁷ Gorz vergleicht hier mit Schor, Juliet (1992): *The Overworked American*, New York.

5.6 André Gorz und die Bedingungslosigkeit

wachstum nicht zu lösen:

(1. Defizitprämisse)

„Die gegenwärtige Krise, nicht aber der Augenblick, an dem sie ausbrechen würde, war schon zu jener Zeit vorhersehbar, als Präsident Johnson die Fähigkeit des Kapitalismus rühmte, Expansion und Wohlstand ohne Ende zu gewährleisten. Sie war voraussehbar, nicht nur weil kein System unbegrenzt wachsen kann, sondern auch, weil seit dieser Zeit die Schwierigkeiten offenkundig waren, auf die die amerikanische Wirtschaft stoßen würde bei ihren Bemühungen, eine steigende Produktion abzusetzen. Das amerikanische Engagement in Vietnam hat die Rolle einer 'Konjunkturspritze' gespielt, die nicht immer richtig erkannt worden ist. [...] Die Rechte wie die Linke haben seither nicht aufgehört, die Krise zu verwalten, so als handele es sich um eine vorübergehende Störung“ (Gorz 1986, 12). (Stütze 1, Erklärung/Verweisung auf Bekanntes)

Die Befreiung aus der Krise sei nur mit Beendigung von falschen, veralteten Visionen zu erreichen:

(6. Ausnahmeprämisse)

„Nicht mit der Krise der Moderne haben wir es zu tun, sondern mit der Notwendigkeit, die Voraussetzungen zu modernisieren, auf die sich die Moderne gründet. Die gegenwärtige Krise ist keine Krise der Vernunft, sondern die Krise der nunmehr sichtbar irrationalen Triebkräfte der bisherigen Form von Rationalisierung. Die gegenwärtige Krise bedeutet nicht die Sackgasse des Prozesses der Moderne, die Notwendigkeit einer Kehrtwende; sie zeigt vielmehr für die Modernisierung die Notwendigkeit an, *sich selbst zu modernisieren*, sich reflexiv in das eigene Aktionsfeld einzubeziehen: *die Rationalisierung selbst zu rationalisieren*.¹⁶⁸

[...] Was die 'Postmoderne' für das Ende der Moderne und die Krise der Vernunft halten, ist in Wirklichkeit die Krise der vernunftwidrigen, quasi-religiösen Inhalte, auf die eine selektive und einseitige Rationalisierung aufbaute: der Industrialismus als Träger einer Weltanschauung und Zukunftsvision, die nicht länger aufrechterhalten werden kann.

Solange wir uns von dieser Vision nicht befreit haben, werden wir uns weiterhin frötelnd im Kreise rückwärtsgewandter Nostalgien und privater Belange drehen – ohne in der Lage zu sein, die Umwälzungen der Moderne, die unsere vormaligen Glaubensgewißheiten zerstört haben, sinnhaft zu prägen“ (Gorz 1990, 13, Hervorheb. im Original). (Stützen 4 u. 1, Gebot, Erklärung)

Die Krise sei keine speziell kapitalistische oder sozialistische, sondern eine industrialistische:

(2. Ursachenprämisse)

„Von industrialistischer Zivilisation sprechen heißt nicht, ihren wesentlich kapitalistischen Charakter leugnen oder ignorieren. Der Umstand, daß der Industrialismus dem Kapitalismus und dem Sozialismus gemeinsam ist, verdeutlicht die Kraft und die

¹⁶⁸ Die Idee einer 'reflexiven Rationalisierung' habe Gorz dem Buch von Beck, Ulrich (1986) „Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne“, Frankfurt/M. entlehnt (vgl. Gorz 1990, 343).

5 Textanalyse und Interpretation von Grundeinkommenspädagogiken

Tragweite dieses Begriffs. Denn auch die Krise ist dem Kapitalismus und dem Sozialismus gemeinsam“ (Gorz 1986, 13). (Stütze 1, Erklärung/wiss. Position)

Eigentlich gäbe es genug zu tun in der Gesellschaft, die absolute Konzentration auf Erwerbsarbeit sei jedoch das Problem:

(2. Ursachenprämisse, historisch/politisch)

„Die Arbeiterin arbeitet weder in demselben Sinne wie das Kindermädchen noch arbeiten die Krankenschwestern, die Prostituierte, der Feuerwehrmann (usw.) im selben Sinne wie die Arbeiterin. Es kann zwar keine Gesellschaft und kein Leben ohne 'Arbeit' geben, aber nicht alle Gesellschaften und nicht jedes Leben sind Arbeitsgesellschaften und Arbeitsleben. Die Arbeit und die Arbeitsgesellschaft sind nicht deshalb in Krise, weil es nicht genügend *zu tun* gäbe, sondern weil *die Arbeit in einem sehr spezifischen Sinne* knapp geworden ist, und das, was zu tun ist, nur zu einem immer geringeren Teil noch zu dieser Arbeit gehört.

Die Krise der Arbeit und der Arbeitsgesellschaft wird weder durch die Zunahme von Schuhputzern überwunden werden können, wie dies George Gilder glaubte;¹⁶⁹ noch durch die wachsende Anzahl von Dienboten, Hostessen und Windschutzscheibenputzern, wie dies Philippe Seguin behauptete;¹⁷⁰ noch durch die Zunahme der Anzahl von Hausfrauen/männern, Prostituierten, Tagesmüttern oder -vätern, Reiseführern und Disneylands. Nicht weil all diese Leute nicht 'arbeiteten'; was sie tun, hat nicht denselben Sinn wie die Arbeit im ökonomischen Sinn, und es ist nicht ungefährlich, ihre Tätigkeit jener gleichzustellen“ (Gorz 1990, 217f, Hervorheb. im Original). (Stütze 1, Erklärung/wiss. Position)

Die Krise sei das Ergebnis des Wirtschaftswachstums, so Gorz:

(2. Ursachenprämisse, wirtschaftlich/politisch)

„Die gegenwärtige Krise ist keine vorübergehende Unterbrechung des Wirtschaftswachstums, sondern dessen Ergebnis. Die Frage, welche Erklärung für die Krise gegeben wird, ist für ihren Ausgang entscheidend. Denn die Ursachen, mit denen man sie erklärt, bestimmen, mit welchen Mitteln und in welcher Richtung man sie zu überwinden versucht. [...] Die Ursachen der Krise [...] liegen in der Struktur des Produktionsapparats, so daß ihre Beseitigung nicht von dessen Verwaltung abhängt, sondern von seiner strukturellen Umgestaltung“ (Gorz 1986, 17). (Stütze 1, Erklärung/wiss. Position)

Die Utopie von der Arbeitsgesellschaft müsse durch eine neue Utopie abgelöst werden:

(6. Ausnahmeprämisse)

„In der Tat – die Krise reicht tiefer als eine ökonomische oder soziale Krise. Die Utopie, von der die Industriegesellschaften seit zwei Jahrhunderten zehrten, geht in Stü-

¹⁶⁹ Gorz gibt hier einen Hinweis auf den neoliberalen US-amerikanischen Ideologen Gilder, G., der behauptete, „daß der Wirtschaftsaufschwung auf die Blumenverkäufe an der Straßenecke und die Schuhputzer gegründet werden könne ('a shoeshine-led economic recovery)'“ (vgl. Gorz 1990, 364).

¹⁷⁰ Gorz bezieht sich hier auf „Revue française d'économie“, Nr. 3 (Sommer 1987).

5.6 André Gorz und die Bedingungslosigkeit

cke. Und ich verwende 'Utopie' hier in dem Sinne, den die Gegenwartsphilosophie diesem Ausdruck gibt: als Zukunftsvision, nach der eine Zivilisation ihre Projekte ausrichtet, auf die sie ihre Ideale und Hoffnungen gründet. Wenn eine Utopie zerbricht, so zerfällt der gesamte Kreislauf der Werte, die die Dynamik der Gesellschaft und den Sinn ihrer Praktiken steuern. Dies ist die Krise, die wir heute erleben. Die Utopie des Industrialismus versprach uns, die Entwicklung der Produktivkräfte und die Ausweitung der ökonomischen Sphäre würden die Menschheit von Knappheit, Ungerechtigkeit und Elend befreien; sie würden ihr samt der souveränen Naturbeherrschung auch die souveräne Macht der Selbstbestimmung verleihen. Produktivkraftentwicklung und ökonomische Vernunft würden aus der Arbeit eine gleichermaßen demiurgische wie autopoietische Tätigkeit machen: ebenso Welt-Schöpfung wie Selbst-Schöpfung, zugleich Selbstverwirklichung jedes einzelnen wie kollektive Emanzipation aller.

Von dieser Utopie bleibt nichts erhalten. Das bedeutet nicht, daß nunmehr alles vergeblich sei und daß uns nichts anderes übrigbleibt, als uns dem Lauf der Dinge zu unterwerfen. Es bedeutet, daß wir eine andere Utopie entwerfen müssen. Solange wir in der arbeitsgesellschaftlichen Utopie befangen bleiben, solange bleiben wir auch unfähig, die im derzeitigen Wandlungsprozeß enthaltenen Potentiale an Befreiung wahrzunehmen und zu nutzen“ (Gorz 1990, 23f). (Stützen 1 u. 2, Erklärung, Absolute Norm/Verweisung auf Geschichte)

Zugang-Argument

Wirtschaftswachstum, so Gorz, bedeute nicht, dass alle Menschen auch Zugang zum Lebensnotwendigen haben:

(3. Alternativprämisse)

„Hunger und Armut lassen sich nicht durch ein Wirtschaftswachstum industrialistischer Art, sondern nur durch eine spezifische Politik beseitigen, die der breiten Bevölkerung Zugang zu den Mitteln der Eigenproduktion (insbesondere zum Boden) und damit zur Eigenproduktion selbst verschafft“ (Gorz 1986, 15f)“. (Stütze 2, Absolute Norm als Wahrheit)

Überakkumulation-Unterkonsumtion-Argument

Die Dialektik von Überakkumulation und Unterkonsumtion könne nur durch eine Umverteilung von Zahlungsmitteln direkt an die Konsumenten durchbrochen werden:

(2. Ursachenprämisse, wirtschaftlich)

„Die periodischen Krisen des Kapitalismus hatten in der Vergangenheit zwei Hauptursachen:

1. die Überakkumulation, das heißt die Investition von mehr Kapital, als sich durch den Verkauf der realisierbaren Produkte zum Marktpreis verwerten läßt;
2. die Unterkonsumtion, das heißt, aufgrund mangelnder Kaufkraft ist ein Teil der Bevölkerung nicht in der Lage, seine potentielle Nachfrage zu befriedigen.

Überakkumulation und Unterkonsumtion hängen eindeutig miteinander zusammen. Erstere würde nicht oder erst später auftreten, wenn die potentiellen Träger einer Nachfrage (grob gesagt: die Armen) zahlungsunfähig gemacht werden könnten. Diese Zahlungsunfähigkeit sowie die daraus resultierende Erweiterung des Marktes setzen voraus, daß man an die potentiellen Konsumenten Zahlungsmittel umverteilt, die von den höheren Einkommen, aber auch und insbesondere von den Profiten der Unter-

5 Textanalyse und Interpretation von Grundeinkommenspädagogiken

nehmen abgeschöpft werden“ (Gorz 1986, 18). (Stütze 1, Erklärung, wiss. Position)

Kosten-Integration-Argument

Das Kosten-Integration-Argument stellt Sozialkosten als Teil der Produktionskosten dar:

(5. Adäquatheitsprämisse)

„Der Bruch mit dem Kapitalismus setzt in erster Linie voraus, daß man die sozialen Kosten als integralen Bestandteil der Produktionskosten betrachtet, die in den Preis der Produkte eingehen und schon bei deren Konzeption berücksichtigt werden. Es handelt sich hier um nichts Geringeres als um eine *Vergesellschaftung der Produktionsentscheidungen* und eine *gesellschaftliche Verwaltung* der Produktion selbst“ (Gorz 1986, 36, Hervorheb. im Original). (Stütze 1, Erkenntnis/wiss. Position)

Fähigkeitenverlust-Argument

Eine von Fremdversorgung geprägte Gesellschaft führe zum Verlust von individuellen Fähigkeiten:

(2. Ursachenprämisse, wirtschaftlich)

„Die Entwicklung der Produktion von Gütern und Dienstleistungen hatte das Nachlassen der Fähigkeit des einzelnen, etwas selbst zu machen, für sich selbst zu sorgen, zur Voraussetzung und zur Folge. Der extensive Städtebau, die kurative Medizin, aber auch die Schule haben bei der 'Erziehung zum Konsum' eine entscheidende Rolle gespielt; sie trugen kräftig dazu bei, die Fertigkeiten des Volkes zum Verschwinden zu bringen, die die Grundlagen der Eigenproduktion und der Eigenleistungen von Familien und Gemeinschaften waren: wissen, wie man alltägliche Krankheiten behandelt, Speisen zubereitet, Gebäude, Möbel und Werkzeuge repariert, Säuglinge pflegt, sich gesund erhält usw.“ (Gorz 1986, 38). (Stütze 2, Verweisung auf Geschichte)

Wie bei Marx und Fromm klingt auch bei Gorz die Verdinglichung der menschlichen Beziehungen an, die durch den Entfremdungsprozess bedingt sei:

(2. Ursachenprämisse, wirtschaftlich/historisch)

„Der Industrialismus hat nun aber die Arbeit als rein funktionale Tätigkeit eingeführt, die vom Leben getrennt, ihrer kulturellen Dimension beraubt und aus dem Gewebe der menschlichen Beziehungen herausgeschnitten ist. Die Arbeit hat aufgehört, eine Art und Weise zu sein, gemeinsam zu leben und zu handeln, die Arbeitsstätte ist keine Lebensstätte mehr, die Arbeitszeit keine den Jahreszeiten und biologischen Rhythmen angepaßte Zeit mehr. Das beherrschende Ziel jeder Tätigkeit ist das Geld in Form von Profit oder Lohn, nicht das Vergnügen und die Befriedigung, die sie bereitet. Der Sieg der Warenbeziehungen über die Beziehungen der Gegenseitigkeit, des Tauschwertes über den Gebrauchswert hat eine Verarmung der Fähigkeiten und des Lebens jedes einzelnen mit sich gebracht“ (Gorz 1986, 79). (Stütze 1, wiss. Position)

Ungleichheit-Argument

Die Entstehung von Ungleichheit, so Gorz, sei systemimmanent:

5.6 André Gorz und die Bedingungslosigkeit

(2. Ursachenprämisse, wirtschaftlich)

„Die Dynamik der Ungleichheit, des 'Aufholens' und des ständigen 'Fortschritts' war auf soziologischer Ebene eine wesentliche Triebfeder des Wachstums. Sobald ein Produkt für alle zugänglich wird, reproduziert sich die Ungleichheit durch das Angebot eines 'besseren' Produkts, das nur den Privilegierten zugänglich ist. Das 'bessere' Produkt läßt das zugängliche Produkt veralten, entwertet es und bestimmt die 'Armut' derer, die nur zu dem letzteren Zugang haben. Die Reproduktion der Ungleichheit – der Armut und des Privilegs – auf immer höherer Stufe ist eine notwendige Bedingung für das unendliche Wachstum der Nachfrage“ (Gorz 1986, 40). (Stütze 1, Erklärung/wiss. Position)

Jenseits-Argument

Der Dialektik von Kapitalismus und Sozialismus stellt Gorz ein Jenseits beider Systeme entgegen:

(3. Alternativprämisse)

„Die Modalitäten und Ziele der Wirtschaftslenkung *können also nicht* die des Kapitalismus bleiben, ebenso wenig wie die sozialen Beziehungen länger auf dem Verkauf der Arbeitskraft, d. h. auf der Lohnarbeit gründen können. Diese Lenkung *kann auch nicht* sozialistisch sein, da das Prinzip 'Jedem nach seinen Leistungen' faktisch durchbrochen und die Vergesellschaftung des Produktionsprozesses (dessen Vollendung Marx zufolge der Sozialismus sein sollte) bereits vollzogen ist. Folglich verweist die Automatisierung auf ein *Jenseits des Kapitalismus und des Sozialismus*. Dieses Jenseits wird durch die Krise entschieden werden, und es kann zwei Hauptformen annehmen: die Form der völlig 'programmierten' (im Sinn, den Alain Touraine diesem Terminus gibt) technokratischen Gesellschaften und die Form der befreiten Gesellschaft (die Marx 'kommunistisch' nannte), in der die notwendige Produktion des Notwendigen nur noch einen sehr geringen Teil der Zeit des einzelnen in Anspruch nimmt und in der die (Lohn-) *Arbeit* infolgedessen aufhört, die Haupttätigkeit zu sein.¹⁷¹

Das Gemeinsame dieser beiden Gesellschaftsformen ist notgedrungen die Trennung zwischen dem Recht auf ein garantiertes Einkommen und dem Besitz eines Arbeitsplatzes. Dennoch unterscheiden sie sich grundlegend voneinander“ (Gorz 1986, 53, Hervorheb. im Original). (Stütze 2, Absolute Norm als Wahrheit)

Da beide Systeme, Kapitalismus und Sozialismus, mit Macht und Herrschaft verstrickt seien, seien Konflikte vorprogrammiert:

(3. Alternativprämisse)

„Diese Veränderung wird natürlich nicht ohne heftige Konflikte vonstatten gehen; denn das Absterben des Marktes und der Warenbeziehungen stellt jede Art von Macht

¹⁷¹ Gorz kommentiert den Kommunismus von Marx wie folgt: „Schon in der *Deutschen Ideologie* definiert Marx den Kommunismus als Beseitigung der Arbeit und jeder Herrschaft durch die Aufhebung der Klassen selbst, wobei er betont, daß sich der Kommunismus durch die *Beseitigung* und nicht nur durch eine neue Verteilung der Arbeit von allen bisherigen Revolutionen unterscheidet“ (Gorz 1986, 53, Hervorheb. im Original).

5 Textanalyse und Interpretation von Grundeinkommenspädagogiken

und alle Institutionen der gegenwärtigen Gesellschaft in Frage. Es geht um mehr als um die Alternative 'Kapitalismus oder Sozialismus', schreibt Toffler. Zu Recht: dieses Jenseits des Sozialismus, das am Horizont der schwindenden Lohnarbeit und der absterbenden Warenbeziehungen aufgeht, ist genau das, was Marx den Kommunismus nannte“ (Gorz 1986, 131). (Stütze 2, Verweisung auf politisch-gesellschaftliche Systemorientierung)

Gerade diese Macht- und Herrschaftsverhältnisse gelte es zu überwinden:

(5. Adäquatheitsprämisse, 6. Ausnahmeprämisse)

„So sehen, noch sehr schematisch, die Umrisse der Gesellschaft und der Zivilisation aus, die ein Jenseits der Lohngesellschaft fordern. Sie entsprechen dem aktuellen kulturellen Wandel und dem Verlangen nach einem multiaktiven Leben, worin jeder der Arbeit den ihr angemessenen Platz einräumen kann und nicht wie bisher das Leben auf Freiräume zu beschränken hat, die die Zwänge der 'Arbeit' noch übrig lassen. Das aber setzt einen politischen Bruch auf der Höhe jenes ideologischen Bruchs voraus, der von den kulturellen Veränderungen undeutlich gespiegelt wird. Es setzt voraus, daß das Bedürfnis, zu handeln und gesellschaftlich anerkannt zu werden, sich von bezahlter und fremdbestimmter 'Arbeit' unabhängig macht, daß die Arbeit sich aus der Herrschaft des Kapitals befreit und daß die Einzelnen sich von der Beherrschung durch die Arbeit emanzipieren, um sich in der Vielfalt ihrer mannigfaltigen Aktivitäten zu entfalten. Es setzt mit einem Wort das Ende jener Verwirrung voraus, auf die das Kapital seine ideologische Vorherrschaft und seine Macht gründet“ (Gorz 2000, 103). (Stütze 2, Verweisung auf politisch-gesellschaftliche Systemorientierung)

Wie schon Popper-Lynkeus hält es auch Gorz für wichtig, Alternativen aufzuzeigen, ein Jenseits, welches noch erreicht werden will:

(3. Alternativprämisse)

„Es ist wichtig, zu zeigen, daß *die Möglichkeit eines Jenseits der kapitalistischen Gesellschaft in deren Entwicklung (sic!) selbst enthalten ist*. Außerdem muß man zeigen, daß eine Sache möglich ist, damit sie es wird. In diesem Sinn will ich nun jenen Komplex von 'Politiken' skizzieren, auf die ich angespielt habe. Jede einzelne von ihnen ist an sich schon wünschenswert, aber sie erhält ihren Sinn erst im Zusammenspiel mit den anderen und von diesen unterstützt. Jede von ihnen existiert bereits im Keim. Und keine von ihnen verursacht so hohe Einstiegskosten, daß nicht ihre eigene Dynamik mit ausreichender Kraft in Gang gebracht werden könnte. Aber jede für sich genommen kann auch dazu dienen, Gegenreformen zu beschleunigen, durch die die herrschenden Mächte sie dann diskreditieren. Ich werde im Folgenden einen Komplex von Politiken skizzieren, die darauf abzielen,

1. 1. allen ein ausreichendes Einkommen zu garantieren;
2. 2. die Umverteilung der Arbeit mit individueller und kollektiver Zeitsouveränität zu verbinden; und
3. 3. die Entfaltung neuer Formen von Gesellschaftlichkeit, neuer Kooperations- und Tauschverfahren zu fördern, die jenseits der Lohnarbeit soziale Bindungen und sozialen Zusammenhalt schaffen“ (Gorz 2000, 112f). (Stütze 1, Erkenntnis/wiss. Position)

Arbeitsende-Argument

Im Anschluss an die industrielle Revolution bedeute das heutige Zeitalter, dass die Arbeit sich ihrem Ende neige¹⁷²:

(2. Ursachenprämisse, historisch/wirtschaftlich)

„Die mikroelektronische Revolution leitet das Zeitalter der Beseitigung der Arbeit ein. Diese muß in doppeltem Sinn begriffen werden:

- a) Das Quantum notwendiger Arbeit nimmt rasch ab, bis es schließlich in der Mehrzahl der materiellen Produktionen und Organisationstätigkeiten marginal ist;
- b) Die Arbeit impliziert nicht mehr, daß der Arbeiter der Materie gegenübersteht. Deren Bearbeitung ist nicht mehr das Resultat einer unmittelbaren, vollständigen und souveränen Tätigkeit“ (Gorz 1986, 53f). (Stütze 2, Wahrheit/Gesetz/Kode)

Auch ein Maschinensturm, wie zur Zeit der industriellen Revolution in Europa geschehen, kommt für Gorz nicht in Frage:

„Es kann sich daher nicht mehr darum handeln, das Rad der Geschichte zurückzudrehen, wie dies die maschinenstürmerischen Anfänge der Arbeiterbewegung versuchten, als sie 'die Fabriken in Brand (steckten, um) die untergegangene Stellung des mittelalterlichen Arbeiters wiederzuerlangen'.¹⁷³“ (Gorz 1990, 44). (Stütze 1, wiss. Position/Verweisung auf Bekanntes)

Arbeit im Sinne von Erwerbsarbeit sei nur noch ein Bruchteil von Arbeit im allgemeinen Sinne, mitunter verliere sie sogar ihre Bedeutung:

(2. Ursachenprämisse, wirtschaftlich, 3. Alternativprämisse)

„Ich fasse zusammen: Die Funktionalisierung und Technisierung der Arbeit haben die Einheit von Arbeit und Leben gesprengt. Schon vor der Verschärfung der gegenwärtigen Krise hatte die Arbeit Schritt für Schritt aufgehört, eine ausreichende soziale Integration zu gewährleisten. Die fortschreitende Abnahme des gesellschaftlich notwendigen Arbeitsvolumens hat diese Entwicklung nur noch zugespitzt und den Zerfall der Gesellschaft verschärft. Ob in der Form der Arbeitslosigkeit, ob durch Marginalisierung und prekäre Beschäftigungsverhältnisse oder durch eine allgemeine Arbeitszeitverkürzung – die Krise der auf die Arbeit (im ökonomischen Sinne) gegründeten Gesellschaft zwingt die Individuen dazu, woanders als in der Arbeit Quellen für persönliche Identität und soziale Zugehörigkeit zu suchen: Möglichkeiten persönlicher Selbstentfaltung durch sinnvolle Tätigkeiten, durch die sie Selbstachtung und Wertschätzung durch andere erlangen können.

Damit ist die Arbeit dazu bestimmt, zu einer Tätigkeit neben anderen zu werden, die ebenso wichtig, wenn nicht gar wichtiger sind als sie. Die Ethik der freien Entfaltung

¹⁷² Vgl. dazu auch Rifkin (1995) sowie ein Interview mit Rifkin in der Stuttgarter Zeitung vom 29.04.2005: http://content.stuttgarter-zeitung.de/stz/page/detail.php/916564?_skip=2, Stand: 27.04.2012.

¹⁷³ Gorz bezieht sich hier auf Marx/Engels, „Manifest der Kommunistischen Partei“, in: MEW, Bd. 4, S. 470.

der Individualitäten, die Marx am Endpunkt der Entwicklung des Arbeitslebens zu immer weniger anstrengenden und immer mehr menschliche Fähigkeiten anregenden Aufgaben ansiedeln zu können glaubte – diese Ethik fordert heute von den Individuen nicht mehr, sich mit ihrem Arbeitsplatz zu identifizieren, sondern von ihm Abstand zu nehmen und auch andere Interessenschwerpunkte und Tätigkeiten zu entwickeln. Sie fordert von ihnen, ihre Erwerbsarbeit, ihren Beruf, als Bestandteil einer mehrdimensionalen individuellen und gesellschaftlichen Existenz zu begreifen. Dabei können die ökonomisch zweckrationalen Tätigkeiten nur eine Dimension von abnehmender Bedeutung darstellen“ (Gorz 1990, 147f). (Stütze 1, Erklärung/wiss. Position)

Neige sich die Erwerbsarbeit ihrem Ende zu, so könne auch der Lohn bzw. das Einkommen nicht mehr als an diese gebunden gedacht werden:

(3. Alternativprämissen)

„Wenn der Produktionsprozeß selbst immer weniger Arbeit erfordert und immer weniger Löhne verteilt, wird es unweigerlich für alle offensichtlich werden: Es ist ebenso unmöglich geworden, das Recht auf Einkommen nur auf die Erwerbstätigen zu beschränken, wie – und vor allem – das Einkommensniveau jedes/r einzelnen nach der von ihm verrichteten Arbeitsmenge zu bemessen. So kam die Vorstellung eines von der Arbeit oder der Arbeitsmenge entkoppelten, jedem Menschen garantierten Einkommens auf“ (Gorz 1990, 287). (Stütze 2, Gesetz/Wahrheit)

Mit Bezug auf Marx und einem Anhänger Ricardos schreibt Gorz:

(3. Alternativprämissen)

„'Dort, wo die Menschen zwölf Stunden arbeiteten, arbeiten sie nur noch sechs, und genau darin besteht der Reichtum und Wohlstand der Nation', schrieb 1821 ein anonymer Ricardianer¹⁷⁴, den Marx wiederholt zitiert. Deutlicher kann man nicht sagen, daß die volle Entwicklung der Produktivkräfte deren vollen Gebrauch erübrigt (besonders den der Arbeitskraft) und die Produktion zu einer nebensächlichen Tätigkeit zu machen erlaubt. Die 'gigantische' Produktivität, die die Wissenschaft und Technik der menschlichen Arbeit verleihen, macht in ihrer Konsequenz die Maximierung der frei verfügbaren Zeit zum immanenten Sinn und Ziel der Produktion. 'Die wirkliche Ökonomie – Ersparung – besteht in der Ersparung von Arbeitszeit.'¹⁷⁵ Die 'wirkliche Ökonomie' führt zur Abschaffung der Arbeit als dominanter Form von Tätigkeit. Die Abschaffung der Arbeit und ihre Ersetzung durch eigenständige Tätigkeit müssen von nun an politischer Wille sein und durch heute schon zu verwirklichende Veränderungen greifbar gemacht werden“ (Gorz 2000, 134, Hervorheb. im Original). (Stütze 1, wiss. Position)

Verschleierung-Argument

Eine Politik mit Fokus auf die Vollerwerbstätigkeit sei nicht mehr zeitgemäß und verschleierte die Tatsachen:

¹⁷⁴ Gorz gibt hier folgenden Hinweis: „The Source and Remedy of the National Difficulties Deduced from the Principles of Political Economie in a Letter to Lord John Russel, London 1821“ (134, Hervorheb. im Original).

¹⁷⁵ Gorz zitiert hier aus Marx, Karl: Grundrisse, op. cit., S. 599 (vgl. Gorz 2000, 134).

5.6 André Gorz und die Bedingungslosigkeit

(1. Defizitprämisse)

„Diese Abwendung von der Arbeit ist die wichtigste der soziokulturellen Veränderungen, die zur Zeit stattfinden. Sie untergräbt die ideologischen und ethischen Grundlagen des Industrialismus. Schon vor der akuten Phase der gegenwärtigen Krise sichtbar (wie wir sahen, war sie einer ihrer bestimmenden Faktoren), wird sie noch beschleunigt durch die (von der Automation herrührende) Verkürzung der gesellschaftlich notwendigen Arbeitszeit. Überall *verwalten daher die Gesellschaften diese Verkürzung auf eine Art und Weise, die ihre Wirklichkeit verschleiert. Jede Politik, auf welche Ideologie sie sich sonst auch berufen mag, ist verlogen, wenn sie die Tatsache nicht anerkennt, daß es keine Vollbeschäftigung für alle mehr geben kann und daß die Lohnarbeit nicht länger der Schwerpunkt des Lebens, ja nicht einmal die hauptsächlichste Tätigkeit eines jeden bleiben kann*“ (Gorz 1986, 56, Hervorheb. im Original). (Stütze 2, Wahrheit/Verweisung auf Geschichte)

Selbst in den Bereichen, wo schon eine Entkopplung von Arbeit und Einkommen zu verzeichnen ist, werde die Realität durch die Perspektive der Ausnahmeerscheinung verschleiert:

(1. Defizitprämisse)

„Das Recht auf Arbeit, das Recht auf einen Arbeitsplatz und das Recht auf Einkommen sind lange ein und dasselbe gewesen. Dabei kann es nicht mehr bleiben. Diese Tatsache wird durch die Arbeitslosenunterstützung und die vorzeitige Pensionierung sowohl anerkannt wie verschleiert. Wenn den Arbeitslosen in den nordeuropäischen Ländern für unbegrenzte Zeit 70% ihres früheren Lohns ausgezahlt werden oder wenn Arbeiter, die das 55. Lebensjahr, in einigen Krisensektoren das 50. Lebensjahr überschritten haben, mit 70 bis 90 % ihres Lohns pensioniert werden, ist faktisch das Recht auf Einkommen bereits vom Besitz eines Arbeitsplatzes abgekoppelt worden. Diese Entkoppelung wird jedoch auf verschleierte Weise durchgeführt. Sie hütet sich nämlich einzugestehen, daß es keine Vollzeitbeschäftigung für alle geben kann und nie mehr geben wird, indem sie die Arbeitslosigkeit als vorübergehendes Phänomen hinstellt und ihre Entschädigung nicht als ein Recht, sondern als ein Almosen behandelt. Arbeitslosigkeit und Arbeitslose werden behandelt, als ob die ständige Vollzeitbeschäftigung die Regel und die Norm wäre und bleiben müsse: man ist entweder vollbeschäftigt oder Arbeitsloser, der als Gegenleistung für seine Unterstützung auf jede, auch unbezahlte Tätigkeit verzichten muß.¹⁷⁶ Die Alternative Vollzeitarbeit *oder* vollständige Arbeitslosigkeit leugnet implizit die faktische Verringerung der gesellschaftlich notwendigen Arbeitszeit und verteilt diese Verringerung auf die unegalitärste Weise: sie bestraft und marginalisiert diejenigen, die dem Leistungsdruck enthoben sind (die Arbeitslosen), um die Norm der Vollzeitbeschäftigung und *damit die Natur der sozialen Beziehungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern* zu bewahren“ (Gorz 1986, 56f, Hervorheb. im Original). (Stütze 2, Wahrheit)

Gorz verweist damit auf den „Postkapitalismus“:

¹⁷⁶ Gorz ergänzt hier in einer Fußnote: „Namentlich in den Niederlanden ist es jungen Arbeitslosen, die noch nie gearbeitet haben und eine sehr geringe Unterstützung erhalten, verboten worden, unentgeltlich kleine Arbeiten für ältere Menschen zu verrichten; damit würden sie Nicht-Arbeitslosen bezahlte Arbeit wegnehmen“ (Gorz 1986, 57).

(3. Alternativprämisse)

„Es ist also besser, offen mit dem Kapitalismus zu brechen, als durch allerlei Tricks seinen äußeren Schein zu verewigen.

Was die Strategie der sozialen Kämpfe betrifft, so wird der Übergang zu einer postkapitalistischen Ökonomie potentiell durch die Tarifverträge vorgezeichnet, die voraussehen, daß die Fortschritte der Arbeitsproduktivität zu einer entsprechenden Arbeitszeitverkürzung ohne Lohneinbuße führen werden“ (Gorz 1986, 74). (Stütze 4, Gebot/Einsicht)

Ohne Kampf ist für Gorz keine neue Gesellschaftsform zu haben. Nach ihm haben wir die Alternative zwischen produktivistischer Arbeitslosigkeit und selbstbestimmter Freizeittätigkeit:

(1. Defizitprämisse, 3. Alternativprämisse)

„Weil die Industriegesellschaft alles daransetzt, die Tatsache zu verschleiern, daß das Quantum gesellschaftlich notwendiger Arbeit abnimmt und daß jedermann davon profitieren könnte. Statt all denen, die es möchten, mehr freie Zeit anzubieten, bietet man ihnen nur die Wahl zwischen Vollzeitarbeit und voller Arbeitslosigkeit, was bedeutet, die freie Zeit als ein Unglück, ja als gesellschaftlichen Tod hinzustellen. Außerdem verbietet man den Arbeitslosen, Rentnern und Frührentnern – außer in den skandinavischen Ländern – die Eigenproduktion, weil alles, was sie für ihren eigenen Bedarf und für ihre Umgebung produzieren würden, die Absatzmöglichkeiten der Warenproduktion vermindern würde. Vor die Alternative 'Vollzeitbeschäftigung' oder 'Arbeitslosigkeit' gestellt, ziehen die Leute immer noch die Beschäftigung vor. Was nicht heißt, daß sie weiterhin der traditionellen Wertung der Arbeit zustimmen. Im Gegenteil: wie man in den Vereinigten Staaten und Nordeuropa sehen kann und wie die von Guy Aznar in seinem Buch *Tous à mi-temps!* zitierten Untersuchungen zeigen, ist die Nachfrage nach Freizeit sehr groß, aber unbefriedigt, denn ein sehr großer Teil der Erwerbstätigen misst den autonomen Tätigkeiten größere Bedeutung bei als der bezahlten Arbeit. Der kulturelle Wandel ist also durchaus vorhanden, aber die Gesellschaft verhindert noch, daß er gesellschaftlich und politisch zum Tragen kommt. Deshalb sage ich, daß ein politischer Kampf geführt werden muß, damit die Gesellschaft den Leuten das Recht und die materielle Möglichkeit gibt, den autonomen Tätigkeiten eine mindestens ebenso große Bedeutung beizumessen wie der gesellschaftlich prädestinierten Arbeit, die man gegen Lohn verrichtet. Jedenfalls beseitigt die technologische Entwicklung riesige Mengen Arbeit und stellt die Gesellschaft vor die Wahl: entweder einer höchst unegalitären und stets produktivistischen Arbeitslosengesellschaft oder einer Freizeitgesellschaft, in der die selbstbestimmten und nichtkommerziellen Tätigkeiten im Leben des einzelnen Vorrang haben vor der vergüteten Arbeit mit ökonomischer Zielrichtung“ (Gorz 1986, 109, Hervorheb. im Original). (Stütze 2, Absolute Norm/Verweisung auf politisch-gesellschaftliche Systemorientierung)

Abkopplung-Argument

Im Zusammenhang mit dem Arbeitsende-Argument ist die Abkopplung von Arbeit und Einkommen zu betrachten:

(6. Ausnahmeprämisse, Bedingung)

„Der Kern des Problems und der Kern des Konflikts ist also folgender: Es gilt, das Recht, Rechte zu besitzen, von der 'Arbeit', abzukoppeln, und insbesondere das Recht auf alles, was ohne oder mit immer geringerem Arbeitsaufwand produziert oder pro-

5.6 André Gorz und die Bedingungslosigkeit

duzierbar wird. Es gilt zur Kenntnis zu nehmen, daß weder das Recht auf ein Einkommen noch die Fülle der Bürgerrechte, noch die Entfaltung und Identität der Einzelnen länger von der Ausübung einer entlohnten Beschäftigung abhängen oder auf sie zentriert sein können. Es gilt, die Gesellschaft entsprechend zu verändern.

Aber diese Veränderung läßt sich nur einleiten, wenn die fremdbestimmte, entlohnte 'Arbeit' ihre zentrale Rolle im Bewußtsein, im Denken und in der Vorstellung aller verliert. Nur dann wird dieser Konflikt ausgetragen. Und genau das versuchen alle herrschenden und etablierten Mächte zu verhindern, unterstützt von all den Experten und Ideologen, die leugnen, daß die 'Arbeit' immer schneller auf ihre Abschaffung zusteuert. Der Stellenwert, den die Arbeit in der Vorstellung aller, im Selbstbild der Einzelnen und in den Visionen ihrer möglichen Zukunft einnimmt, ist der Gegenstand eines grundsätzlich politischen Konflikts: eines Machtkampfes. Jede Veränderung der Gesellschaft, wie reif sie tatsächlich auch sein mag, setzt die Fähigkeit voraus, anders zu denken oder ganz einfach das zu formulieren, was ohnehin jeder fühlt“ (Gorz 2000, 78). (Stütze 2, Gesetz/Wahrheit)

Wie an die Ausführungen bei Steiner erinnern lässt, wo der Selbsterhaltungstrieb und der Selbstverwirklichungstrieb zwei völlig voneinander unabhängige Triebe seien (vgl. Kapitel 5.3), so muss nach Gorz auch das Bedürfnis nach Einkommen und das Bedürfnis nach Wirken voneinander entkoppelt sein. Diese Verschmelzung werde jedoch vom System künstlich hervorgerufen:

(1. Defizitprämisse, 5. Adäquatheitsprämisse)

„Das unabdingbare Bedürfnis nach einem ausreichenden und sicheren Einkommen ist eine Sache, das Bedürfnis, zu werken, zu wirken und zu handeln, sich an anderen zu messen und von ihnen anerkannt zu werden, eine andere, die weder in der ersten aufgeht noch mit ihr zusammenfällt. Der Kapitalismus verkoppelt diese beiden Bedürfnisse systematisch, verwirrt und verschmilzt sie und gründet darauf die Macht des Kapitals und seine ideologische Vorherrschaft: keine Tätigkeit, die nicht von jemandem in Auftrag gegeben und bezahlt wäre, kein ausreichendes Einkommen, das nicht die Entlohnung einer 'Arbeit' wäre. *Das unabdingbare Bedürfnis nach einem ausreichenden Einkommen dient als Vehikel, um 'ein unabdingbares Bedürfnis nach Arbeit' einzuschmuggeln.* Das Bedürfnis, zu werken, zu wirken und anerkannt zu werden, wird dazu benutzt, um unter der Hand das Bedürfnis nach einer Bezahlung für alles, was man tut, einzuschleusen.

Da die gesellschaftliche Produktion (des Notwendigen und des Überflüssigen) immer weniger 'Arbeit' erfordert und immer weniger Lohn ausschüttet, wird es zunehmend schwieriger, sich ein ausreichendes und festes Einkommen über eine bezahlte Arbeit zu sichern. Der Diskurs des Kapitals führt diese Schwierigkeit auf 'einen Mangel an Arbeit' zurück. Damit verdunkelt er die wirkliche Situation, denn sichtlich mangelt es nicht an 'Arbeit', sondern an der Verteilung des Reichtums, für dessen Erwirtschaftung das Kapital immer weniger Arbeit braucht.

Um dem abzuhelpen, gilt es selbstverständlich nicht, 'Arbeit zu schaffen'; vielmehr, so gut es irgend geht, alle gesellschaftlich notwendige Arbeit und den gesamten gesellschaftlich produzierten Reichtum zu verteilen. In der Folge kann dann wiederum das, was der Kapitalismus künstlich verschmolz und verwirrte, von neuem getrennt werden: Das Recht auf ein ausreichendes und sicheres Einkommen muß nicht mehr an einer dauerhaften und festen Stelle hängen und das Bedürfnis, zu wirken, zu werken und von anderen anerkannt zu werden, nicht mehr die Form einer bezahlten und fremdbestimmten Arbeit annehmen. Diese wird im Gegenteil einen immer geringeren Stellenwert im gesellschaftlichen Leben und im Leben der einzelnen besitzen“ (Gorz 2000, 102f, Hervorheb. im Original, Hervorheb. fett MM). (Stützen 2 u. 4, Ge-

setz/Wahrheit, Gebot)

Damit dürfte Gorz vielen Politikdarstellern¹⁷⁷ ein Dorn im Auge sein, denn in nahezu allen Parteien, insbesondere von SPD und CDU, aber auch bei den Grünen und Linken, wird ein Hauptfokus auf die Schaffung von Arbeitsplätzen gerichtet.

Herrschaft-Argument

Das Herrschaft-Argument spielt bei Gorz eine zentrale Rolle:

(1. Defizitprämisse)

„Alle etablierten Mächte widersetzen sich dieser Perspektive. Denn um die uneingeschränkte Herrschaft aufrechtzuerhalten, die das Kapital über die Arbeit, über die Gesellschaft und über die Lebensweise aller ausübt, muß entlohnte, fremdbestimmte 'Arbeit' im Lebenszusammenhang und im Bewußtsein der Einzelnen ihren zentralen Stellenwert behalten. Jede Massenkundgebung, jedes Plakat, die proklamieren 'Wir wollen Arbeit', verkünden zugleich den Sieg des Kapitals über eine Menschheit von unterworfenen Arbeitnehmern, die keine mehr sind, jedoch auch nichts anderes zu sein vermögen“ (Gorz 2000, 78). (Stütze 1, Erklärung/wiss. Position)

Das künstliche Gerede von der Vollerwerbsgesellschaft diene letztlich nur dem Machterhalt und habe ihren Preis:

(1. Defizitprämisse)

„Die Erhaltung der Norm der Vollzeitbeschäftigung tendiert grundsätzlich dahin, *die auf der Leistungsethik beruhenden Herrschaftsbeziehungen zu erhalten*. Diese Politik, die ideologischen Grundlagen des Herrschaftsverhältnisses zu bewahren, hat hohe gesellschaftliche Kosten. Sie führt notwendig zu einer Zweiteilung der erwerbstätigen Bevölkerung: auf der einen Seite steht eine Elite von geschützten und ständig vollbeschäftigten Arbeitern, die die traditionellen Werte des Industrialismus wahren und in ihrer Arbeit wie ihrem sozialen Status hängen; auf der anderen Seite eine Masse von Arbeitslosen und unqualifizierten Arbeitern ohne Status, die unregelmäßig und ungeschützt zur Verrichtung wechselnder, aber immer uninteressanterer Aufgaben herangezogen werden“ (Gorz 1986, 58, Hervorheb. im Original). (Stütze 1, Erklärung)

Mit Herrschaft meint Gorz auch „die Herrschaft des Kapitals über die Politik“:

(2. Ursachenprämisse, politisch/wirtschaftlich, 6. Ausnahmeprämisse, Bedingung)

„Ich möchte nur darauf hinweisen, daß jene 'Reformen', die die sozialen Sicherungssysteme unter dem Vorwand beschneiden, es handele sich um überholte, auf Grund fehlender Mittel nicht mehr finanzierbare 'Privilegien', sowohl gesellschaftlich als auch

¹⁷⁷ Diesen Begriff entlehne ich dem „Plan B“ der Wissensmanufaktur von Popp, Andreas und Albrecht, Rico: vgl. <http://www.wissensmanufaktur.net/plan-b>, Stand: 26.04.2012.

5.6 André Gorz und die Bedingungslosigkeit

politisch und moralisch inakzeptabel sind. Wenn sie nicht mehr zu finanzieren sind, so liegt das weder an fehlendem Geld noch daran, daß sie zugunsten von Investitionen beschnitten werden müßten. Wenn sie es nicht mehr sind, dann weil ein wachsender Anteil des Bruttoinlandsproduktes darauf verwendet wird, das Kapital zu vergüten, und weil der Anteil, der zur Vergütung der Arbeit dient, unaufhörlich sinkt. Die sozialen Sicherungssysteme sind aber gerade auf diesen letzteren Anteil sehr angewiesen. Die Kämpfe zur Verteidigung der 'sozialen Errungenschaften' müssen vor allem als die Verteidigung eines Prinzips verstanden werden, nämlich daß die Herrschaft des Kapitals über die Politik eingegrenzt werden muß, also den Ansprüchen der Wirtschaft an die Gesellschaft unüberwindbare Grenzen zu setzen sind. Die Neugestaltung der sozialen Sicherungssysteme kann nur auf der Grundlage der Anerkennung dieses Prinzips erfolgen. Und die Anerkennung dieses Prinzips impliziert und fordert vor allem, daß die Gesellschaften ihre politische Selbstgestaltungsfähigkeit gemeinsam zurückerobern“ (Gorz 2000, 32f). (Stützen 1 u. 4, Erklärung/wiss. Position, Gebot)

Der mit dem Verschleierung-Argument einhergehende Herrschaftsanspruch könne so letztlich nur autoritär durchgesetzt werden:

(1. Defizitprämisse)

„Infolge der sich schnell verringernden Zahl von Vollzeitarbeitsplätzen läßt sich die Hegemonie der Arbeits-Elite nur noch auf mehr oder weniger autoritärem Wege aufrechterhalten; zugleich erfordert die soziale Kontrolle der steigenden Masse der Nicht-Arbeitenden mehr oder weniger spezifische politische Maßnahmen, deren drei Haupttypen die folgenden Merkmale aufweisen:

Arbeitsverpflichtung und Ausgrenzung der Nicht-Arbeitenden sind schon jetzt sichtbare Tendenzen. [...]

Die *dualistische Schichtung* der gesellschaftlichen Tätigkeiten ist eine technokratische und organisierte Variante der Ausgrenzung. [...]

Eigenproduktion und Selbstüberwachung. Der führenden Klasse stellt sich das zu lösende Problem in dreifacher Weise“ (Gorz 1986, 59ff; Hervorheb. im Original). (Stütze 1, Erklärung/wiss. Position)

Unter diesem dritten Punkt müsse nach Gorz a) eine Nachfrage für die industrielle Produktion immaterieller Güter geschaffen werden, b) müsse die Bevölkerung mit Beschäftigung versorgt werden, die sie in der automatisierten Produktion nicht mehr finde und c) müssten diese Beschäftigungen vergütet werden, damit die Nachfrager auch zahlungsfähig sind (vgl. ebd.). Für Gorz läßt dieses Problem nur eine Lösung zu:

(3. Alternativprämisse)

„[...] die Bevölkerung muß bezahlt werden, damit sie die angebotene Produktion konsumieren kann. Der Konsum muß eine Beschäftigung werden, die einer entlohnungswürdigen Arbeit gleichkommt“ (Gorz 1986, 61f). (Stütze 4, Gebot)

Das Grundeinkommen bliebe solange unrealisierbar, wie das Herrschaftssystem des Kapitalismus aufrechterhalten wird, im gegenwärtigen Geldsystem sei es nicht durchführbar:

(6. Ausnahmeprämisse, Bedingung)

„Ein in ordinärem Geld ausgezahltes ausreichendes Grundeinkommen ist im Rahmen der existierenden kapitalistischen Warengesellschaft nicht realisierbar. Davon muss immer ausgegangen werden. Gänzlich aufgeben muss man die Forderung eines

Grundeinkommens dennoch nicht. In schweren sozialen Krisensituationen kann sie zeitweilige Teilerfolge erzielen und vorübergehend die allgemeine Misere lindern. Zu einer gesellschaftlichen Transformation werden sie nicht führen.

Das Grundeinkommen darf folglich nicht als Zweck an sich gefordert werden. Seine Forderung ist nur sinnvoll, wenn sie die Einsicht verbreitet, dass das Existenzrecht der Einzelnen nicht von der Leistung warenförmiger Arbeit abhängen darf und die allgemeine Verarmung allein durch die Unfähigkeit des Kapitalismus verursacht ist, die Reichtumsschöpfungspotenziale in einer vom Diktat der Wertverwertung entkoppelten Weise einzusetzen. Das geforderte Grundeinkommen muss als Mittel, als Gelegenheit verstanden werden, sowohl Arbeit wie Konsum der Fremdbestimmung durch die Logik der Warengesellschaft durch Praxen zu entziehen, 'die erahnbar machen, dass seelisch wie materiell die menschliche Existenz auf andere Weise als Verwertung gesichert werden kann' (ich zitiere hier Stefan Meretz¹⁷⁸)“ (Gorz 2007, 143f). (Stütze 2, Verweisung auf politisch-gesellschaftliche Systemorientierung)

In Wahrheit sei auch gar nicht mehr der Kapitalismus das Problem, sondern das, was von ihm übrig geblieben sei:

(1. Defizitprämisse)

„Was bewahrt wird, ist *nicht das kapitalistische System, sondern das Herrschaftssystem des Kapitalismus, dessen Hauptinstrumente der Lohn und der Markt waren*. Denn die Produktion hat nicht mehr und kann nicht mehr zum Ziel haben, Kapital zu akkumulieren und zu verwerten.^[...] Ihr erstes Ziel ist jetzt die Kontrolle der Gesellschaft und ihre Beherrschung. Die Produkte werden nicht mehr zum Zweck der Umsatz- und Gewinnmaximierung angeboten – ein Begriff, der in einer Gesellschaft, in der die Konsumenten fürs Konsumieren bezahlt werden und die Produzenten eine minoritäre Schicht sind, seinen Sinn verliert –, sondern zum Zweck der Maximierung der Kontrolle und der Manipulation. Sie werden im wesentlichen Machtinstrumente in den Händen einer führenden Klasse, deren Macht nicht mehr auf dem Eigentum, sondern auf der Kontrolle des Kontrollapparats beruht. Produktionsapparat und Kontrollapparat werden ein und dieselbe Sache. Man ist einer totalitären Gesellschaft, die von einer Technokratie mit quasi militärischer Hierarchie gelenkt wird, weit näher als einer bürgerlichen kapitalistischen Gesellschaft. Alain Touraines Definition der Technokratie passt ausgezeichnet auf diese Gesellschaft, die die Erscheinungsform des Kapitalismus wahrt und dabei dessen Substanz einbüßt: es handelt sich um die Herrschaft eines technischen Systems, dessen Zweckmäßigkeit verschwunden ist und dessen Verwalter Sklaven, nicht Herren sind¹⁷⁹ (Gorz 1986, 63f; Hervorheb. im Original). (Stütze 1,

¹⁷⁸ Zitat ohne Quellenangabe.

¹⁷⁹ Zu Touraine kommentiert Gorz hier in einer Fußnote: „Eine Technokratie entsteht dort“, schreibt Touraine, 'wo ein System von Mitteln zum Selbstzweck wird, was bedeutet, daß man ihm die Funktion von Herrschaft, Manipulation und Repression überantwortet. (...). Die führende Klasse gründet auf der Identifikation der wissenschaftlichen und technologischen Produktion mit einem Apparat zur Monopolisierung einer bestimmten Art von Information. Die Klassenherrschaft besteht in der Verwaltung einer Kollektivität im Sinne der Festigung des Apparats.' Alain Touraine, 'Crise ou mutation?', in *Au delà de la crise*, Éditions du Seuil, 1976 (deutsch: 'Krise oder Mutation', *Jenseits der Krise*, übersetzt von Reinhard Kaiser, Syndikat, 1976)“ (Gorz 1986, 64f, Hervorheb. im Original).

5.6 André Gorz und die Bedingungslosigkeit

Erklärung/wiss. Position)

Seien Staat und Bevölkerung überhaupt noch als zweigeteilt zu denken, so formuliert Gorz auch ihre beiden Interessen:

(6. Ausnahmeprämisse, Bedingung)

„Die Möglichkeit, den Staat einzuschränken, hängt also von der Reduzierung und Dezentralisierung der technischen und ökonomischen Einheiten ab. Natürlich hat der Staat an einer solchen Reduzierung kein Interesse, da sie seine Macht beschränken würde. Aber die bürgerliche Gesellschaft und die Bevölkerung haben ein Interesse daran. Jedoch haben sie kein Interesse daran, den Staat zu beseitigen. Es verbleibt eine nicht weiter zu beschränkende Sphäre, die ihm nicht nur materiell, sondern auch juristisch unterstehen muß“ (Gorz 1986, 113). (Stütze 2, Absolute Norm)

Durch die Verschleierungstaktik stehe eben auch ein öffentlicher Diskurs im Vordergrund, der auf Herrschaftsprinzipien gegründet sei:

(1. Defizitprämisse)

„Diese obsessiven Beschwörungen bewirken, daß längst nicht mehr gültige Normen ihre Geltung bewahren und in der Bevölkerung Erwartungen erzeugen, die sich als unerfüllbar erweisen. Die psychische und materielle Abhängigkeit von der schon längst außer Kraft gesetzten Norm des vollzeitigen, sicheren Arbeitsplatzes wird auf diese Weise verstärkt. Die Unmöglichkeit, diesen Erwartungen gerecht zu werden, wird vom herrschenden Diskurs individuellen Mängeln zugeschrieben, die durch eine strengere Ausbildung und Erziehung zu beheben und durch geringere Ansprüche der Erwerbsperson auszugleichen seien.

Der herrschende, 'politisch und soziologisch korrekte' Diskurs, der den festen Arbeitsplatz als dringendes Bedürfnis und heiliges Recht darstellt, nutzt schließlich vor allem der Herrschaftsstrategie des Kapitals: Er treibt alle dazu an, sich mit allen anderen im Konkurrenzkampf um immer knapper werdende Arbeitsplätze dem Diktat der Arbeitgeber und des Marktes zu unterwerfen. Menschen werden im Wettbewerb um einen dieser Arbeitsplätze gegeneinander ausgespielt, und die Überzähligen gelten als Verlierer und als minderwertig. Wohin führt aber ein politischer Diskurs und eine Politik, die den Menschen einredet, das als für alle unentbehrlich anzusehen, was nur noch immer weniger zugänglich ist? Was bewirkt eine Politik, die Erwerbsarbeitsfähigkeit auf Kosten von Mußefähigkeit und Ausbildung auf Kosten von Bildung fördert, obwohl die Ökonomie immer weniger Arbeit braucht und immer mehr Zeit freisetzt? Die Antwort ist überall sichtbar: Eine Suche nach Sündenböcken, protofaschistische Ideologien und Gewalttätigkeit“ (Gorz 2000, 83). (Stütze 1, Erklärung)

Auch der Arbeitszwang sei letztlich nur Ausdruck der Ausübung von Macht und Herrschaft:

(1. Defizitprämisse)

„In Wirklichkeit befürchten hauptsächlich Arbeitgeber, deren Macht über die Arbeitenden sich allein durch die Unfreiwilligkeit der Arbeit aufrechterhalten läßt, die Abschaffung des Arbeitszwangs. Lange konnten sie mit der Unterstützung der unfreiwillig Arbeitenden rechnen. Denn es galt als selbstverständlich, daß, wer nicht arbeitet, auf Kosten der Arbeitenden lebt und daß folglich der Arbeitszwang für alle gelten müsse. Bis heute verteidigen die traditionelle Linke und die neoliberale Rechte diese Behauptung. Beide fordern, daß all diejenigen, deren Arbeitskraft das kapitalistische Wirtschaftssystem nicht mehr zu verwerten weiß, zu gemeinnützigen (oder auch nutzlosen) Billiglohnarbeiten gezwungen zu werden. 'Workfare' statt 'Welfare' lautet die

Parole“ (Gorz 2000, 121). (Stütze 1, Erklärung)

Work-/Welfare-Argument

Das Konzept von Fordern und Fördern, welches sich in workfare verwirklicht, wird auch von Gorz indirekt kritisiert, da sich Gegenleistungen prinzipiell nicht messen ließen:

(1. Defizitprämisse)

„Die Befürworter dieses Workfare stoßen aber auf folgende Schwierigkeit: Woraus soll die obligatorische Arbeit bestehen, die als Gegenleistung zum Grundeinkommen gefordert wird? Wie soll man sie bestimmen, messen, verteilen? Und wie soll man andererseits verhindern, daß die obligatorische Arbeit in Konkurrenz tritt zu einer wachsenden Anzahl von normal entlohnerten Tätigkeiten und öffentlichen Anstellungen und diese möglicherweise verdrängt“ (Gorz 2000, 121)? (Stütze 1, Erklärung)

Die Wirkung der workfare sieht Gorz bereits 2000 voraus:

(1. Defizitprämisse)

„Die Ende Juli 1996 durch Präsident Clinton legalisierte amerikanische *Workfare* verknüpft den Anspruch auf eine sehr niedrige Grundsicherung (die *Welfare*) mit der Verpflichtung, eine kaum oder gar nicht bezahlte 'gemeinnützige' Arbeit im Dienst einer Gemeinde oder einer öffentlich anerkannten Vereinigung zu leisten. Die *Workfare* hat in Frankreich wie in Deutschland zahlreiche Anhänger. In Deutschland haben die Gemeinden damit begonnen, Langzeitarbeitslosen die Streichung ihrer Sozialhilfe anzudrohen, wenn sie nicht 'gemeinnützige' Aufgaben (wie Putz-, Erd- und Aufräumarbeiten etc.) zu einer Entschädigungszahlung von 2 DM pro Stunde für Transport- und Kleidungskosten erfüllen.

Alle Formen von Workfare stigmatisieren die Arbeitslosen als Versager und Faulenzer, die von der Gesellschaft berechtigterweise und zu deren eigenem Besten zur Arbeit zu zwingen sind. Die Gesellschaft überzeugt sich so selbst von der Ursache der Arbeitslosigkeit: Diese Ursache seien die Arbeitslosen selbst. Sie besäßen weder die Qualifikationen noch die sozialen Kompetenzen, noch den notwendigen Willen, um einen Arbeitsplatz zu erhalten. Man könne sie folglich nur mit den niedrigsten Aufgaben beschäftigen. In Wirklichkeit liegt die erhöhte Arbeitslosenquote von unqualifizierten Kräften nicht an deren mangelnden beruflichen Fähigkeiten. Vielmehr erklärt sie sich durch die Tatsache, daß (sowohl in Frankreich als auch in Deutschland) ein Drittel der qualifizierten oder hochqualifizierten Personen mangels Alternative Arbeitsplätze ohne Qualifikationsanforderungen besetzen und so jene verdrängen, die sie normalerweise einnehmen würden. Statt der Subvention unqualifizierter Arbeitsplätze über den Umweg eines Grundeinkommens sollte man also besser Umverteilung qualifizierter Arbeitsplätze subventionieren und also deren Arbeitszeiten drastisch verkürzen.^{[...]“} (Gorz 2000, 114). (Stütze 1, Erklärung/Verweisung auf Bekanntes)

Distribution-Argument

In einer sozialeren Gesellschaftsordnung geht es für Gorz um Umverteilung, welche er mit dem Distribution-Argument begründet:

(3. Alternativprämisse)

„Das garantierte Einkommen kann also nicht mehr auf dem 'Wert' der Arbeit gründen (das heißt auf dem Konsum, den das gesellschaftliche Individuum braucht, um die

5.6 André Gorz und die Bedingungslosigkeit

Kräfte wiederherzustellen, die es bei der Produktion der Waren verausgabt), noch als Bezahlung der Anstrengungen konzipiert werden. Seine wesentliche Funktion besteht darin, an alle Mitglieder der Gesellschaft den Reichtum zu verteilen, der aus den Produktivkräften der Gesellschaft *insgesamt* und nicht aus der Addition individueller Arbeiten resultiert. Es gilt nicht mehr das Prinzip 'Jedem nach seinen Leistungen'; jetzt muß – nach dem Ausdruck, den Marx in der *Kritik des Gothaer Programms* verwendet – das Prinzip 'Jedem nach seinen Bedürfnissen' Produktion und Austausch regeln.¹⁸⁰ Um das Recht jedes Menschen auf Zugang zum gesellschaftlichen Reichtum zu bezeichnen, den zu schaffen er durch seine unregelmäßige Arbeit beiträgt, sind die Termini 'Soziallohn', 'Sozialdividende' und 'Sozialeinkommen' gleichermaßen legitim.¹⁸¹

Die Zahlung eines 'Sozialeinkommens', das nicht mehr die Bedürfnisse des *Arbeiters*, sondern des *Bürgers* deckt, wird schon jetzt von Tarifverträgen oder Institutionen angedeutet, die potentiell den Übergang zu einer postkapitalistischen und postsozialistischen Logik einleiten“ (Gorz 1986, 70, Hervorheb. im Original). (Stütze 1, Erklärung/wiss. Position)

Wie unter dem Paradies-Argument schon ausgeführt, bezieht Gorz sich auch auf Leontieff und im Folgenden auf weitere Autoren:

(3. Alternativprämisse)

„Wassily Leontieff faßte die Lage in folgender Metapher: 'Wenn alle Güter und Dienstleistungen ohne Arbeit zu haben wären (...), würden im Paradies alle solange an Hunger leiden, bis sich eine den veränderten Produktionsbedingungen angepaßte Einkommenspolitik durchgesetzt hätte.'¹⁸²“ (Gorz 2000, 129f, Hervorheb. im Original).

„Leontieff führte nicht genauer aus, an welche neue Einkommenspolitik er dachte, aber Jacques Duboin hatte bereits 1931 den 'Ausweg' gezeigt und Marx 1857 (in den *Grundrissen*, die Duboin nicht kennen konnte¹⁸³): *Die Distribution der Zahlungsmittel*

¹⁸⁰ Zu Marx kommentiert Gorz: „In der Marxschen Terminologie bezeichnet dieses Prinzip die *kommunistische* Gesellschaft, die sowohl die Vollendung wie das Jenseits der *sozialistischen* Gesellschaft ist“ (Gorz 1986, 70, Hervorheb. im Original).

¹⁸¹ Auf diese Unterscheidungen geht Gorz in einer Fußnote gesondert ein: „Der Terminus 'Soziallohn' wurde Ende der sechziger Jahre in Italien von der außergewerkschaftlichen extremen Linken geprägt. Das britische Social Credit Movement der zwanziger Jahre sprach von einer 'Sozialdividende', um deutlich zu machen, daß jeder Bürger Miteigentümer des ungeteilten Produktionsapparats ist. Der Terminus 'Sozialeinkommen' (revenu social) wurde Anfang der dreißiger Jahre von Jacques Duboin geprägt, dessen Bewegung für eine distributive Wirtschaft das am weitesten entwickelte gesellschaftliche und institutionelle Modell zur Überwindung der Warenbeziehungen vorschlug. Die Schriften von Jacques Duboin sind noch verfügbar bei *La Grande Relève*, 88, bd. Carnot, 78110 Le Vésinet“ (Gorz 1986, 70, Hervorheb. im Original).

¹⁸² Gorz zitiert aus Leontieff, Wassily (1982): „Die Folgen für Arbeitsplätze und Einkommensverteilung“, in: *Spektrum der Wissenschaft*, November.

¹⁸³ Dazu recherchiert Gorz: „Die *Grundrisse* sind erst 1939 vom Moskauer Marx-

muß dem Umfang des gesellschaftlich produzierten Reichtums entsprechen und nicht dem Umfang der geleisteten Arbeit.

Das sagt René Passet kurz und bündig: 'Was wir heute für sekundäre Verteilung halten, wird zu primären.' Da das Sozialprodukt aus integrierten 'Menschen-Maschinen-Organisations'-Systemen hervorgeht, in denen 'der besondere Beitrag der Einzelnen nicht mehr meßbar ist', wird 'es zu einem wirklichen Gemeingut (...) Die Verteilungsfrage stellt sich nicht mehr in Begriffen von kommutativer, sondern von distributiver Gerechtigkeit.'¹⁸⁴ (Gorz 2000, 130f, Hervorheb. im Original). (Stützen 1 u. 2, wiss. Position, Absolute Norm)

Das Distributions-Prinzip kann spätestens ab 2000 für Gorz nur noch im bedingungslos garantierten Grundeinkommen liegen:

(6. Ausnahmeprämisse)

„Die Distribution der Zahlungsmittel wird keine Entlohnung mehr sein, sondern das, was Duboin bereits ein 'soziales Grundeinkommen' nannte. Dieses entspricht nicht mehr dem 'Wert' der Arbeit (das heißt den zur Reproduktion der Arbeitskraft notwendigen Produkten), sondern den Bedürfnissen, Wünschen und Bestrebungen, zu deren Befriedigung die Gesellschaft sich die Mittel beschafft. Sie setzt die Erschaffung eines anderen, nicht zu hortenden Geldes voraus, das Passet in Anschluß an Duboin 'Konsumgeld' nennt.¹⁸⁵

Das ist in der Tat die Richtung der aktuellen Entwicklung. Sie macht das 'Wertgesetz' hinfällig und erfordert de facto eine andere Ökonomie, in der die Preise nicht mehr die Kosten der in den Produkten und den Arbeitsmitteln enthaltenen, immer unwichtiger werdenden unmittelbaren Arbeit spiegeln und in der das Preissystem auch nicht mehr den Tauschwert der Produkte wiedergibt. Die Preise müssen notwendig politische Preise sein und das Preissystem Spiegel des gesellschaftlich gewählten Konsum-, Zivilisations- und Lebenskonzepts.¹⁸⁶ (Gorz 2000, 131). (Stütze 1, Erklärung/wiss. Posi-

Engels-Institut unter dem Titel *Rohentwurf* herausgegeben worden. Die erste öffentlich zugängliche Ausgabe brachte der Dietz Verlag 1953 in Berlin heraus“ (Gorz 2000, 130, Hervorheb. im Original).

¹⁸⁴ Gorz bezieht sich hier auf: Passet, René (1996): „La Sécu entre deux chaises“, in: *Transversales*, 37, Januar-Februar.

¹⁸⁵ Dies kommentiert Gorz wie folgt: „René Passet und Jaques Robin fassen in *Transversales* eine 'pluralistische Ökonomie mit Markt' und verschiedenen Arten von Geld ins Auge: ein kapitalisierbares Geld mit Konvertierbarkeit und unbeschränkter Gültigkeit; ein Geld für den Konsum mit zeitlich begrenzter Gültigkeit, das nicht gehortet werden kann; lokal gültige Geldsorten mit beschränkter Konvertierbarkeit und kurzer Gültigkeit“ (Gorz 2000, 131, Hervorheb. im Original).

¹⁸⁶ Gorz stellt dazu zudem fest: „Alle modernen Staaten arbeiten bereits mit politischen Preisen, denn alle Produkte oder Dienstleistungen sind entweder subventioniert oder mit sehr unterschiedlichen Steuern belegt (die von einigen Promille bis zum Vielfachen von 100% reichen). Das verhindert aber weder die Existenz von Märkten noch das Wissen um die Kosten, noch die Preiskonkurrenz“ (Gorz 2000, 131).

5.6 André Gorz und die Bedingungslosigkeit

tion)

Anpassung-Argument

Würden die wahren Tatsachen nicht mehr verschleiert, werde sich auch eine an der Realität orientierte Produktion einstellen, so wie dies an einigen historischen Beispielen zu beobachten sei:

(4. Praxisprämisse, 6. Ausnahmeprämisse)

„[...] es geht darum, die Aufteilung der Arbeit und die Verkürzung der Arbeitszeit als unabhängige Variable und gesellschaftlichen Zwang zu programmieren, indem man den entsprechenden Zeitplan im Licht der realisierbaren Produktivitätsgewinne im voraus festlegt. Die Organisation der Produktion wird sich diesem äußeren Zwang anpassen, so wie sie sich an die Einführung der Sonntagsruhe, das Verbot der Kinderarbeit, das Gewerkschaftsrecht, die Krankenversicherungen usw. angepasst hat, lauter Dinge, die zunächst als unrealisierbar galten.

Eine allgemeine Arbeitszeitverkürzung mit garantiertem Einkommen setzt also in erster Linie den Willen zu einer gesellschaftlichen Veränderung voraus, deren Instrumente eine entsprechende Arbeitszeit- und Beschäftigungspolitik, aber auch die gewerkschaftliche Aktion sowie die Planungsorgane sein werden“ (Gorz 1986, 75f). (Stütze 3, Praxis als Information, Exempel)

Banalisierung-Argument

Mit dem weiteren technischen Fortschritt werde die Erwerbsarbeit auch weiter banalisiert:

(6. Ausnahmeprämisse, Bedingung)

„Die Banalisierung der Berufe – eine Folge der Vergesellschaftung des Produktionsprozesses – ist die Voraussetzung, unter der sich die gesellschaftlich notwendige Arbeit fortdauernd auf die breiteste Bevölkerung verteilen und umverteilen läßt. Nur unter dieser Voraussetzung können alle arbeiten, und zwar immer weniger, je effizienter die Techniken werden. Wenn die Techniken die Tendenz haben, das Quantum an notwendiger Arbeit sehr stark und sehr schnell zu verringern, wird deren Banalisierung immer dringlicher. Denn nur sie kann verhindern, daß eine Minderheit von Fachkräften die abnehmende Menge der erforderlichen Arbeiten in Beschlag nimmt, sich zur technokratischen Kaste der allein Kompetenten aufwirft und die Mehrheit der Bevölkerung zur Marginalität und Abhängigkeit verurteilt.

Von der Automatisierung zu verlangen, daß sie den Facharbeiterprofessionalismus wiederherstellt, den der Fordismus beseitigt hat, ist gefährlicher Unsinn. Eine solche Wiederherstellung würde, falls sie überhaupt möglich wäre, für jede Art von Arbeit Fachkräfte mit langer und einseitiger Ausbildung erfordern. Folglich würde sie der Verteilung und Umverteilung eines abnehmenden Arbeitsvolumens auf die breiteste Bevölkerung im Wege stehen. Sie würde daher bewirken, daß sich die Arbeitsplätze und die Kenntnisse in den Händen derer, die ich die Arbeits-Elite genannt habe, konzentrieren und die dualistische Schichtung der Gesellschaft gefestigt wird.

Informatisierung und Automatisierung können nur dann emanzipierend wirken, wenn

sie einen noch größeren Teil an Aufgaben und Funktionen banalisieren als in der Vergangenheit, d. h. wenn sie es allen ermöglichen, auf der Basis einer allgemeinen Grundausbildung sich in kurzer Zeit einen breiten und wechselnden Fächer von Qualifikationen selbst zu erwerben. Nur unter dieser Bedingung wird die Arbeit, für alle verringert und auf alle verteilt, für alle ein Recht sein können: Das Recht, sich gesellschaftlich nützlich zu machen und nützlich zu wissen“ (Gorz 1986, 76f). (Stütze 1, Erklärung)

Auf das sog. „Hängematten-Argument“ (vgl. Anthropologie-Argument A in Kapitel 6.6) der Gegner des bedingungslosen Grundeinkommens antwortet Gorz:

(3. Alternativprämisse)

„Die banalisierte, heteronome Arbeit wird um so leichter akzeptiert und geschätzt werden, als die verfügbare Zeit, die jeder nach seinem Belieben zu organisieren und auszufüllen hat, sich erhöht. Der Einwand, daß 'die Leute überhaupt nicht mehr arbeiten wollen, wenn ihnen ein Einkommen auf Lebenszeit garantiert wird'¹⁸⁷, ist also trügerisch. Es besteht im Gegenteil aller Anlaß zu der Vermutung, daß die Abschaffung des permanenten Arbeitszwangs und die damit einhergehende Entwicklung von Tätigkeiten in der Familie, der Gemeinschaft, den Vereinen, Kooperativen usw. dazu führen wird, daß man die gesellschaftlich bestimmte Arbeit aus denselben Gründen anstrebt, aus den Hausfrauen, Rentner, Arbeitslose und Bauernkinder Lohnarbeit suchen, so undankbar sie auch sein mag“ (Gorz 1986, 86f). (Stütze 1, Erklärung)

Antihumanismus-Argument

Die durch ökonomische Kategorien vorbestimmte Unfähigkeit, Dinge und vor allem Menschen als Selbstzweck sehen zu können, sei antihuman:

(2. Ursachenprämisse, politisch/wirtschaftlich)

„Mit der Lohnarbeit steht hier die zentrale Stellung des Ökonomischen zur Debatte, daß heißt die Bedeutung jener Sphäre, in der jedes Ding nur im Hinblick auf einen *gleichen Tausch* gegen ein anderes Ding getan wird und nicht Selbstzweck ist. Dadurch, daß der Kapitalismus alles auf ökonomische Kategorien zurückführt, ist er ein Antihumanismus. Und als solcher wurde er von der entstehenden Arbeiterbewegung wahrgenommen und bekämpft. Die grundsätzlichen und radikalsten Forderungen der Arbeiter waren Angriffe gegen die ökonomische Logik, gegen die nur auf Nützlichkeit, Tausch und Quantität gründende Auffassung der Arbeit und des Reichtums“ (Gorz 1986, 78, Hervorheb. im Original). (Stütze 1, Erkenntnis/Erklärung)

¹⁸⁷ Dies untermauert Gorz hier noch mit seiner Kritik an den Linken: „Dieser Einwand ist besonders weit verbreitet bei jener klassischen Linken, die sich weiterhin zur Religion der Arbeit bekennt und die Lohnarbeit für eine Quelle persönlicher Identität und Erfüllung hält. **Das Paradox ist offenkundig und besteht darin, einerseits die Arbeit zu verherrlichen und andererseits zu meinen, daß niemand mehr wird arbeiten wollen, wenn er nicht permanent dazu genötigt wird**“ (Gorz 1986, 86, Hervorheb. fett MM).

Selbstzweck-Argument

Eine neue sozialere Gesellschaftsordnung überwinde diesen Antihumanismus der Waren-Formbestimmtheit, die die sozialen Beziehungen nicht mehr belaste:

(3. Alternativprämisse)

„Aus diesem Grunde kann die gesellschaftlich bestimmte Arbeit ihren Modalitäten und ihrem Inhalt nach nur in wenigen Ausnahmefällen Selbstzweck sein. Wer meint, daß sie der wichtigste Lebenszweck und die Hauptquelle individueller Identität bleiben soll, rechtfertigt im vorhinein jede Politik, die einzig das Ziel verfolgt, die Leute um jeden Preis zu beschäftigen, notfalls durch Arbeitsverpflichtung oder Verschwendungsproduktion, durch Kriegsproduktion oder gar durch den Krieg selbst.

Den Kapitalismus überwinden heißt in der Hauptsache, ein System der Produktion um der Produktion willen zu überwinden in Richtung auf eine Gesellschaft, in der die Gebrauchswerte vor den Tauschwerten rangieren und in der infolgedessen das Ökonomische nicht die sozialen Beziehungen bestimmt und beherrscht, sondern durch die Erweiterung der sozialen Beziehungen 'freiwilligen Zusammenwirkens' eingegrenzt und ihr unterworfen ist. Mit anderen Worten: den Kapitalismus überwinden heißt hauptsächlich und notwendig, die Vorherrschaft der Warenbeziehungen – einschließlich des Verkaufs der Arbeit – zugunsten freiwilliger Tätigkeiten und Tauschbeziehungen zu beseitigen, die ihren Zweck in sich selbst tragen“ (Gorz 1986, 84f). (Stütze 1, Erklärung)

Gorz konterkariert die der Gesellschaft immanente Konzentration auf das Nützliche¹⁸⁸:

(5. Adäquatheitsprämisse)

„Die Freizeitaktivitäten, sofern sie produktiv sind, werden also die Eigenproduktion des Fakultativen, des Unnützen, des Überflüssigen, kurz, des Nicht-Notwendigen betreffen, das dem Leben Würze und Wert verleiht: wie das Leben selbst, ist sie Selbstzweck und keinem äußerlichen Ziel oder Nutzen dienstbar zu machen“ (Gorz 1986, 91). (Stütze 1, Erklärung)

Monopol-Argument

Je weniger Arbeitsplätze es gibt, desto mehr würden sie von deren Inhabern verteidigt, obwohl das eigentliche „Human-Kapital“ viel größer sei, als die begrenzten Plätze hergeben:

(5. Adäquatheitsprämisse)

„Andererseits hat bei den qualifiziertesten Tätigkeiten die Zahl der Berufenen schon immer die Zahl der verfügbaren Stellen überschritten: die Zahl der Chirurgen, Therapeuten aller Art, Ingenieure, Forscher, Musiker, Journalisten usw. ist nicht durch die

¹⁸⁸ Vgl. dazu auch Bataille, George (2001): „Die Aufhebung der Ökonomie“, welcher sogar bei Naturvölkern die Notwendigkeit des offensichtlich Nutzlosen am Beispiel des „Potlatsch“ beschreibt, den auch Marcel Mauss untersucht hat.

Knappheit fähiger Leute begrenzt, sondern dadurch, daß die Stellen von Professionellen mit Beschlag belegt sind, die eifersüchtig ihr Monopol hüten oder mittels Ausleseprüfungen und auf der Basis eines *Numerus clausus* zugeteilt werden. Anders als die Legende behauptet, braucht ein guter Chirurg, ein guter Forscher, Verwalter oder Journalist nicht 14 Stunden täglich zu arbeiten und mehrere Tätigkeiten zu vertrusten, um 'in Form' zu bleiben oder nicht in Rückstand zu geraten. Im Gegenteil, in allen Berufen, die sowohl sehr ausgedehnte und immer wieder aufzufrischende Kenntnisse als auch große Geschicklichkeit und hohe Konzentration erfordern, kommt die Verringerung der Arbeitsmenge der Qualität der Arbeit zugute. Sich Zeit nehmen zum Lesen, Flanieren, um seine Interessengebiete zu erweitern, zu meditieren, fördert die Entfaltung der Phantasie und der schöpferischen Fähigkeiten mehr, als wenn man ständig unter Druck steht“ (Gorz 1986, 88, Hervorheb. im Original). (Stütze 1, Erklärung/Verweisung auf Bekanntes)

Ethikwechsel-Argument

Der Ausgang der Lohnarbeit, der mit dem Arbeitsende-Argument schon begründet wurde, erfordere eine neue Ethik, die auf Freiwilligkeit beruhe:

(3. Alternativprämisse)

„Falls man nicht zur Kriegswirtschaft oder zu neuen Formen institutionalisierter Verschwendung übergeht, ist die rasche Verkürzung der Arbeitszeit in der technischen Entwicklung unserer Tage vorgezeichnet. Sofern sie gerecht verteilt wird, ist die Lohnarbeit (das heißt die abhängige oder 'heteronome' Arbeit) – außer im Fall einer Katastrophe, die jede Vorhersage sinnlos macht – noch vor Ende des Jahrhunderts nicht mehr die Hauptbeschäftigung. Es ist also dringend geboten, daß wir uns darauf vorbereiten, aktiv zu werden und selbst Aufgaben zu übernehmen, die wir selbst definiert haben und nicht der Arbeitgeber, der Staat, der Führer oder das Elektronengehirn. Wir müssen wieder lernen, uns in das, was wir tun, einzubringen, nicht weil wir dafür bezahlt werden, sondern aus Freude, etwas zu schaffen, zu schenken, zu lernen, mit anderen nicht-kommerzielle und nicht-hierarchische, praktische und affektive Beziehungen zu knüpfen. Seit zweihundert Jahren werden unsere Gesellschaften von der produktivistischen Ethik beherrscht mit deren Lob der Arbeit als Züchtigung, Opfer, Verzicht auf Leben, Genuß, Selbstverwirklichung. Es ist keine Kleinigkeit, diese Ethik auszumerzen und durch eine Ethik zu ersetzen, in der die freiwillige Kooperation, die Selbstbestimmung, die Kreativität, die Qualität der Beziehungen zu anderen und zur Natur die dominierenden Werte sind“ (Gorz 1986, 152f). (Stütze 4, Gebot)

Dienstbotenarbeit-Argument

Im Zusammenhang mit dem Abschaffung-Argument ist das Dienstbotenarbeit-Argument zu sehen, der Status Quo sei dadurch geprägt, dass er hinter die Phase der knapp zweihundertjährigen Erkämpfung der Arbeitnehmerrechte zurückkehre:

(1. Defizitprämisse)

„Die Auslagerung von Arbeitskräften läßt den Kapitalismus für einen wachsenden Anteil der Erwerbstätigen die sozialen Bedingungen wiedereinführen, die zu Beginn des 19. Jahrhunderts vorherrschten. So bieten die Unternehmen den 'Werkvertragshilfen', den Zeitarbeitern, den Tagelöhnern, den scheinselfständigen Dienstleistern, den

5.6 André Gorz und die Bedingungslosigkeit

Stückarbeitern und geringfügig Beschäftigten weder Sozialversicherung noch bezahlten Urlaub, noch Abfindungszahlungen bei Entlassung, noch eine Ausbildung. Die Logik der Auslagerung eröffnet in ihrer Konsequenz die Perspektive der Abschaffung des Lohnsystems selbst. Die 'Flexibilisierung' wird nach dieser Logik dadurch vollkommen, daß sie die Entlohnung der Arbeit zum Gegenstand freier Verhandlungen zwischen dem Unternehmen und jedem ihrer individuellen Dienstleister macht. Vertraglich ausgehandelte Tariflöhne und gesetzlich festgelegte Mindestlöhne verlieren ihre Bedeutung, das Gesetz des Marktes und das Kräfteverhältnis zwischen dem Unternehmen und der für 'unabhängig' gehaltenen Person zählen allein. Ihre Dienstleistung wird Kraft einer Handelsbeziehung eingekauft. 'Es verschwindet nicht nur eine bestimmte Anzahl von Arbeitsplätzen', verkündet William Bridges, 'sondern vor allem die Lohnarbeit selbst. (...) Arbeitsplätze werden durch zeitlich befristete oder Teilzeitarbeitsverhältnisse ersetzt. Der Arbeitnehmer (wird) für ein Projekt oder für einen zeitlich befristeten Auftrag' angestellt, und seine Freizeit 'findet im Zeitraum zwischen zwei Aufträgen oder Projekten statt.'¹⁸⁹ Das Unternehmen ist kein Arbeitskollektiv mehr noch eine Arbeitsstätte, sondern es wendet sich an Dienstleister so, wie man sich bei Bedarf an einen Zahnarzt oder einen Installateur wendet – jedoch mit einem entscheidenden Unterschied: Es behält sich das Recht vor, den Preis für jede Leistung zu verhandeln und, wie Bridges sagt, 'je nach dem Wert, den der Dienstleister zu beweisen imstande ist, neu festzusetzen' (Gorz 2000, 72f). (Stütze 1, Erklärung/wiss. Position)

Auch die Rückkehr zur Dienstbotenarbeit werde subtil verschleiert:

(1. Defizitprämisse)

„Sicher, die Existenz einer Dienstbotenklasse ist heutzutage weniger offensichtlich als zu Zeiten, in denen die begüterten Klassen eine zahlreiche Dienerschaft im Hause unterhielten, die etwa nach den britischen Volkszählungsstatistiken zwischen 1851 und 1911 (unter der Rubrik 'Haus- und Dienstpersonal') 14% aller Erwerbspersonen ausmachte. Das liegt daran, daß heute die persönlichen Dienstleistungen in hohem Maße vergesellschaftet und industrialisiert sind: Die Mehrzahl der Bediensteten wird von Dienstleistungsunternehmen beschäftigt, die die von ihnen ausgebeutete (prekäre, teilzeitbeschäftigte, ad-hoc-vergütete) Arbeitskraft an Dritte weitervermieten. Das aber ändert nichts an der Tatsache, daß es sich hier um Dienstbotenarbeit handelt: d. h. eine Arbeit, die die Spitzenverdiener zu ihrem persönlichen Vorteil und ohne Produktivitätsgewinn auf diejenigen verlagern, für die es innerhalb der Ökonomie keine Arbeitsplätze gibt.

Wir befinden uns damit in einem Gesellschaftssystem, das die freigesetzte Zeit weder zu verteilen noch zu verwalten, noch zu beschäftigen weiß; das sich vor ihrem Anwachsen fürchtet, während es gleichzeitig alles unternimmt, um sie noch zu vermehren; und das schließlich für die freie Zeit keine andere Zielsetzung findet als sie mit allen Mitteln zu Geld zu machen: d. h. sie zu monetarisieren, in Arbeitsplätze umzuwandeln, sie in Gestalt von zunehmend spezialisierten warenförmigen Dienstleistungen zu verökonomisieren – bis hin zu den bisher freiwilligen und autonomen Tätigkeiten, die die freie Zeit mit Sinn erfüllen könnten“ (Gorz 1990, 22). (Stütze 1, Erklärung)

¹⁸⁹ Gorz zitiert hier aus Bridges, S. William (1995): *How to prosper in a world without jobs*, London, S. VIII, 160.

So formuliert Gorz bereits schon vor über zwanzig Jahren:

(1. Defizitprämisse)

„Überall finden wir in der Tat dasselbe Bild: Eine privilegierte Schicht stabiler und ihrem Betrieb ergebener Kernbelegschaften steht mittlerweile einer wachsenden Masse von prekär Beschäftigten, Zeitarbeitern, Arbeitslosen und Jobbern gegenüber“ (Gorz 1990, 98). (Stütze 1, Verweisung auf Bekanntes)

Das den Lohn betreffende Verhältnis habe ein bisher ungekanntes Maß an Abhängigkeit und Willkür erreicht:

(1. Defizitprämisse)

„Die Individualisierung der Bezahlung, die Umwandlung der Lohnarbeiter in freie Mitarbeiter oder in unabhängige Dienstleister hat die Tendenz, mit den Lohnarbeitern die abstrakte Arbeit selbst abzuschaffen. Die Dienstleister werden nicht länger als durch ihren öffentlichen Status definierte Mitglieder eines Kollektivs oder Berufsstandes angesehen, sondern als individuelle Zulieferer individueller Dienstleistungen zu individuellen Bedingungen. Sie liefern nicht länger *eine abstrakte Arbeit, eine Arbeit im Allgemeinen, eine von ihrer Person trennbare Arbeit*, eine Arbeit, die sie zu sozialen, allgemein nützlichen Individuen macht. Ihr Status ist nicht mehr durch das Arbeitsrecht geregelt, das der Zugehörigkeit des Arbeiters zur Gesellschaft Vorrang gegenüber seiner Zugehörigkeit zum Unternehmen gibt. Die Kunden oder die Unternehmen, denen sie ihre Dienste bieten, können sie ungleich behandeln und sie nach subjektiven Kriterien auswählen, je nachdem, ob ihr Auftreten oder ihre Persönlichkeit gefällt oder nicht.

So verliert das Lohnverhältnis die emanzipatorische Funktion, die sie im Vergleich zu der persönlichen Abhängigkeit der Leibeigenen oder der Dienstboten der vormodernen Gesellschaft auszeichnete“ (Gorz 2000, 75, Hervorheb. im Original). (Stütze 1, Erklärung)

Verökonomisierung-Argument

Nach Gorz sei es ein weit verbreitetes Missverständnis, dass nur Erwerbsarbeit als „Arbeit“ bewertet würde:

(1. Defizitprämisse)

„Im Gegensatz zu einer weitverbreiteten Auffassung reicht also der Umstand, daß eine Tätigkeit zu Erwerbszwecken (d. h. für Bezahlung) ausgeübt wird, nicht aus, um diese bereits als Arbeit im ökonomischen Sinne ansehen zu können. Dieser Umstand ist, um die ökonomische Sphäre eingrenzen zu können, von wesentlicher Bedeutung“ (Gorz 1990, 197, Hervorheb. im Original). (Stütze 1, Erklärung)

In Bezug auf den ökonomischen Nutzen von Tätigkeiten konterkariert Gorz fragend:

(3. Alternativprämisse)

„Denn warum sollten wir gerade für eine Verkürzung der Erwerbsarbeitszeit eintreten? Warum sollten wir innerhalb der Räume befreiter Zeit eine Selbstorganisation sozialer Dienstleistungen und insbesondere derjenigen personenbezogenen Dienste wollen, die derzeit von öffentlichen oder kommerziellen Organisationen erbracht werden? Warum sollte man nicht im Gegenteil der Professionalisierung und Monetarisierung von Tätigkeiten den Vorzug geben, die die Leute traditionellerweise schlecht

5.6 André Gorz und die Bedingungslosigkeit

oder recht selbst verrichtet haben? Warum sollten die Kinder nicht von Anfang an von professionellen Kindergärtnern und Kinderschwestern versorgt werden? Und warum sollten die Rentner, die ja immer jünger werden, nicht von Tourismusspezialisten, von Kulturarbeitern und Freizeitanimateuren unterhalten werden? Die Alten von professionellen Pflege- und ambulanten Krankenpersonal? Die Sterbenden von Tröstungs- und Erbauungsprofis? Warum also nicht – nach der Formulierung Alfred Sauvys – eine Liste aller Bedürfnisse und potentiellen Nachfragen anlegen, sie in zahlungsfähige Nachfrage verwandeln und die Arbeitsplätze schaffen, die sie befriedigen könnten? Gibt es nicht hier praktisch unerschöpflichen 'Lagerstätten' für Arbeitsplätze? Sind die Bedürfnisse nicht unbegrenzt ausdehnbar und ist damit nicht auch das potentielle Wachstum von Waren, Dienstleistungen und Arbeitsplätzen unbegrenzt? Warum sollten wir nicht die 'soziale Nützlichkeit' der (sogenannten 'Reproduktions'-)Arbeiten im Haushalt anerkennen, diese auch entlohnen und somit die Hausfrau – nach einer Anregung von Barry Jones – als beruflich beschäftigte Erwerbspersonen ansehen – womit die Hausarbeit zu einer Anstellung im 'quintären Sektor' würde, dessen Basis 'in der ständigen Befriedigung ständig wieder entstehender Bedürfnisse (wie nach Speisen, Unterhaltung, sexueller Befriedigung usw.) liegt'.¹⁹⁰ (Gorz 1990, 149f). (Stützen 1 u. 4, wiss. Position, Reflexion)

Wenn sowieso immer nur nach dem ökonomischen Marktwert gefragt würde, so wäre es nur konsequent eben dieses Marktwertdenken auch auf die Tätigkeiten außerhalb von Erwerbsarbeit auszuweiten:

(3. Alternativprämisse)

„Es wäre also, mit anderen Worten, ein Gebot der Fairneß und der ökonomischen Logik, alles, was die Leute tun, nach ihrem effektiven *Marktwert* zu bewerten: die Nacht, die die Mutter am Krankenbett ihres Kindes verbringt zum Tarif einer Nachschwester; den Geburtstagskuchen der Großmutter zum Preis, den er beim Konditor kosten würde; die sexuellen Beziehungen zum Preis, den jeder der beiden Partner im Eros-Center berappen müßte; die Mutterschaft zum Tarif von Leihmutterschaften (usw. usf.).

Und warum sollte man nicht zugeben, daß all diese unbezahlten 'Arbeiten' es sehr wohl verdienen, in bezahlte und spezialisierte Beschäftigungen verwandelt zu werden? Welche Probleme ließen sich nicht alle dadurch lösen! Und wäre es nicht durch den sozialen Nutzen dieser 'Arbeiten' gerechtfertigt? Also setzt sich die Idee eines 'Mutterschaftslohns' und eines 'Lohns für Hausarbeit' allmählich durch (ich komme darauf noch zurück), denn die Gesellschaft könnte ja ohne Kinder und Haushalte gar nicht existieren. Sie könnte nicht existieren, wenn die Leute aufhörten, sich zu waschen, zu kleiden, sich angemessen zu ernähren (usw.). Bedeutet dies nun, die Leute nützten in der Zeit, in der sie all dies tun, der Gesellschaft? Habe ich das Recht auf eine Vergütung, wenn ich mir dreimal täglich die Zähne putze und damit der Sozialversicherung Kosten spare? Kann man, soll man die 'Arbeit' an der Kinder-'Produktion', bei der Körperpflege und der Pflege von Lebensqualität nach einem demographischen, ökonomischen und sozialen Optimum steuern, durch Geld oder auf administrativem Wege? Gehört unsere Sexualität deshalb zur Arbeit, weil der Orgasmus etwa die berufliche Kreativität stimuliert? Gehört auch sportliche Betätigung zu unserer Arbeit, weil sie uns zu aggressivem Leistungsethos ertüchtigt? Und wenn

¹⁹⁰ Gorz bezieht sich hier auf Jones, Barry (1983): *Sleepers Awake! Technology and the Future of Work*, Oxford.

nicht, warum?

Vielleicht deshalb, weil es Dinge gibt, die man nicht zum Austausch gegen andere Dinge herstellt? Tätigkeiten ohne Preis und ohne Tauschwert? Arbeiten ohne jeden 'Nutzen', die mit der Befriedigung zusammenfallen, die man bei ihrer Verrichtung empfindet – auch wenn sie Anstrengungen und Mühe erfordern? Wenn es aber solche Tätigkeiten gibt, wer sagt uns, worin sie bestehen können“ (Gorz 1990, 193f, Hervorheb. im Original). (Stütze 4, Gebot/Reflexion)

Selbstorganisation-Argument

Gerade weil der „ökonomische Zweck“ von Arbeit nicht gemessen und verglichen werden könne, wie es sich bei Tätigkeiten außerhalb von Erwerbsarbeit zeige, müsse die Entscheidung, was das einzelne Individuum für sich als Arbeit definiere auch nur diesem zugesprochen werden, was dann die Selbstorganisation zur Folge habe:

(1. Defizitprämisse, 3. Alternativprämisse)

„Die Gesamtheit der Tätigkeiten, die ein Sich-selbst-Geben erfordern, muß in Richtung der Entwicklung freiwilliger selbstorganisierter Dienste neu überdacht werden. Die Sackgassen des Wohlfahrtsstaates sind teilweise Folgen der absurden Konzeption, nach der die einen (im Ruhestand oder Vorruhestand) dafür bezahlt werden sollen, passiv zu bleiben; die anderen, um möglichst viel zu arbeiten; die dritten schließlich, um provisorisch und mangels besserer Beschäftigung das zu tun, was erstere nicht tun dürfen und letztere mangels Zeit nicht tun können. Verfolgt man diesen Weg weiter, so wird es im 21. Jahrhundert (gegen 2030) fast genausoviele 'Ruheständler' geben wie 'Aktive'. Sie werden ca. 30 Jahre Berufsarbeit hinter sich und zum Zeitpunkt ihrer Pensionierung noch etwa 20 bis 25 Jahre vor sich haben, in denen sie noch tätig bleiben können und in der Regel tätig bleiben wollen. Die gesamte gesellschaftliche Organisation der Tätigkeiten ohne ökonomischen Zweck (Hilfe, Pflege, kulturelle Animation, Entwicklungshilfe usw. usf.) muß auf der Basis dieser Gegebenheiten neu definiert werden – in Richtung auf eine *Synergie*, innerhalb eines auf zwei Pfeilern ruhenden Sozialsystems: der institutionalisierten und zentralisierten Dienste einerseits, der selbstorganisierten, kooperativen und freiwilligen Netze andererseits“ (Gorz 1990, 207, Hervorheb. im Original). (Stütze 2, Absolute Norm als Wahrheit)

Mutterschaft-/Mutterfunktion-Argument

Insbesondere die Mutterschaft, ihre Funktionen und die durch ein bedingungsloses Grundeinkommen auf sie gerichteten Auswirkungen werden von Gorz aufgenommen:

(1. Defizitprämisse)

„Die vom Kapitalismus in seinem Endstadium massenweise abgebaute 'Arbeit' ist eine gesellschaftliche Konstruktion. Gerade darum kann sie auch abgeschafft werden. Warum sagt man von einer Frau, sie *habe* Arbeit, wenn sie in der Grundschule unterrichtet, und sie *habe keine*, wenn sie ihre eigenen Kinder großzieht? Weil sie im ersten Fall für das, was sie tut, bezahlt wird und im zweiten Fall nicht? Aber selbst wenn etwa die Mutter am heimischen Herd ein dem Gehalt einer Erzieherin entsprechendes Kindergeld erhielte, *hätte* sie immer noch keine 'Arbeit', auch dann nicht, wenn sie ein Diplom als Erzieherin erworben hätte. Und warum nicht? Weil die 'Arbeit' als *soziale* Aktivität definiert wird, die sich in den Strom des gesamtgesellschaftlichen Warenaustausches einfügt. Ihre Entlohnung ist Ausdruck dieser Einfügung, aber dennoch nicht

5.6 André Gorz und die Bedingungslosigkeit

das Wesentliche. Dieses besteht in der *gesellschaftlich anerkannten und normierten Funktion, die 'Arbeit' in der Produktion und der Reproduktion der Gesamtgesellschaft innehat*. Um aber eine gesellschaftlich anerkannte Funktion zu erfüllen, muß sie selbst als Ausübung *gesellschaftlich festgelegter Kompetenzen*, die mit *gesellschaftlich bestimmten Verfahren* übereinstimmen, anerkannt sein. Mit anderen Worten, sie muß ein 'Beruf' sein, will heißen *die Ausübung von gemäß anerkannter Verfahren institutionell bestätigten Kompetenzen*. Keine dieser Voraussetzungen erfüllt die Mutter am heimischen Herd. Ihre Arbeit läßt sich nicht in den gesamtgesellschaftlichen Arbeitsprozeß integrieren“ (Gorz 2000, 11, Hervorheb. im Original). (Stütze 1, Erklärung)

Je nach Blickwinkel können der Mutterschaft zwei „Funktionen“ zugesprochen werden. Vom Standpunkt der Mutter aus sieht das nach Gorz so aus:

(3. Alternativprämisse)

„Die soziale Funktion der Mutterschaft hat mit ihrem erlebten Sinn kein gemeinsames Maß. Für jede Frau ist die freiwillig akzeptierte oder gewählte Schwangerschaft eine völlig einzigartige Erfahrung der Lebendigkeit eines Lebens, das zu einem anderen Wesen zu werden verlangt und dennoch weiter zur ihr gehört. Wenn es einmal aus ihr geboren ist, wird dieses andere Leben noch von ihr verlangen, *sich selbst gegeben* zu werden. Denn das bedeutet es, ein Kind zu erziehen: einem Leben sich vom Leib der Mutter, an dem es zunächst noch intim Anteil hat, ablösen zu helfen – ihm zu helfen, Besitz von sich selbst zu ergreifen, ein autonomes Subjekt zu werden. Ebenso wenig wie das Leben des Kleinkindes ist damit die Beziehung der Mutter zu *ihrem* Kind eine soziale Beziehung. Mutter zu sein, das bedeutet nicht einfach *ein* Kind zu beschützen, zu pflegen und aufzuziehen, sondern dieses Kind, das mit keinem anderen austauschbar ist: nicht allein, weil es aus mir hervorgegangen ist, sondern weil seine Mutter zu sein in der absoluten Gewißheit erlebt wird, das dieses Kind *für sich selbst* jenes unvergleichlich und unsagbar einzigartige Bezugszentrum ist, das man ein Subjekt nennt. Zu wollen, daß ein Subjekt zu sich selbst kommt, ihm das Recht zum Selbstsein bedingungslos zu geben, darin liegt das Wesen der Liebesbeziehung. Die Mutterliebe ist eine ihrer Formen“ (Gorz 1990, 213, Hervorheb. im Original). (Stütze 4, Reflexion auf Sinn)

Aus gesellschaftlicher Perspektive erfülle eine Mutter die ebenso wichtige zweite Funktion der „Reproduktion von Gesellschaft“:

(2. Ursachenprämisse, politisch/historisch)

„Aber es stimmt gleichzeitig, daß die Mutterschaft ebenso, vom Standpunkt des gesellschaftlichen Systems gesehen, eine 'Funktion' darstellt, die die Frau unbedingt im Interesse des Fortbestehens der Gesellschaft erfüllen muß. Der Konflikt ist also radikal. Zu Anfang entzieht der Leib der Mutter das Kind dem Zugriff der Gesellschaft. Und in dem Maße, wie die Mutterliebe dem Kind selbst seine Existenz als absolut einzigartiges Subjekt *mit dem Recht auf seine Einzigartigkeit* enthüllt, ist es nicht mehr allein der Mutterleib, sondern die Beziehung von Mutter und Kind, die das Überleben der Gesellschaft gefährdet.“^[...]

Aus dieser Sicht des gesellschaftlichen Systems verfügt in der Tat die Mutter über eine gewaltige Macht, die der Gesellschaft das Recht auf ihre (zukünftigen) Bürger streitig macht. Die Gesellschaft setzt darum alles in Bewegung, um die Macht der Frau über ihr Kind einzuschränken und zu kontrollieren, aber auch, um sich die Frau selbst anzueignen und zu unterwerfen, indem sie sie ihrer Rechte über den eigenen Leib, über ihr Leben, über sich selbst beraubt. Hier liegt die tiefere Ursache für die Unterdrückung der Frau. Die 'Vergesellschaftung der Mutterfunktion' könnte diesen radikalen

Konflikt zwischen der Gesellschaft und der Frau erst dann lösen, wenn es ersterer ohne die Vermittlung des Leibs der letzteren gelingen würde, Kinder hervorzubringen; oder wenn die Frau darin einwilligte, daß ihre Zeugungsfunktion (der *genitrix*) von ihrer Person abgelöst wird und die Gesellschaft sich des weiblichen Bauchs zu ihren eigenen Zwecken bedient und die Frau für diesen Gebrauch bezahlt.¹⁹¹

Von der Beziehung der Frau zu ihrem Leib, zur Mutterschaft, zu ihrem Kind hängt es damit ab, ob eine monetäre und/oder administrative Steuerung der Zeugung möglich ist oder nicht: d. h. die Möglichkeit oder Unmöglichkeit einer kommerziellen und/oder sozialen und politischen Eugenik. Die Art und Weise, in der man eine Vergütung der Mutterfunktion begreift, läuft also auf eine grundlegende Wahl des Charakters unserer Zivilisation hinaus“ (Gorz 1990, 214, Hervorheb. im Original). (Stütze 1, Verweisung auf Bekanntes)

Und so sei es wichtig, so Gorz, bei der Diskussion um ein bedingungsloses Grundeinkommen, klar zu stellen und klar zu sein, unter welchen der beiden Funktionen von Mutterschaft man für eine monetäre Zuwendung der Mütter plädiere. Diese beiden Funktionen von Mutterschaft scheinen im gegenwärtigen öffentlichen Diskurs (Stichwort „Herdprämie“) immer noch verwischt bzw. gar nicht klar positioniert zu werden.

(5. Adäquatheitsprämisse, 1. Defizitprämisse)

„Eine spezifische Vergütung für Mütter hat eine grundlegend verschiedene Bedeutung, je nachdem, ob sie im Interesse der Mutter oder im Interesse der Gesellschaft konzipiert wird:

Im ersten Fall bekräftigt die Vergütung das souveräne Recht der Frau auf Mutterschaft und auf die Erziehung ihres Kindes in völliger Unabhängigkeit, ohne irgend jemandem darüber Rechenschaft ablegen zu müssen. Die Frage ist dann nicht mehr die Nützlichkeit der Mutter für die Gesellschaft, sondern der Nutzen der Gesellschaft für die Mutter und ihr Kind. Die Mutterschaft wird hier als eine selbständige Aufgabe begriffen, die zur Selbständigkeit des Kindes führen kann: die Mutter kann aus ihm ein souveränes Subjekt machen; seine Erziehung kann darin bestehen, es *sich selbst zu geben*.

Im zweiten Fall wird der Frau die Vergütung aufgrund der gesellschaftlich nützlichen Funktion zugeschrieben, die sie dadurch vollbringt, *der Gesellschaft* die benötigten Kinder zu geben. Die Frau wird also für die Erfüllung ihrer Zeugungsfunktion bezahlt, geehrt und dekoriert; diese Funktion wird einer Arbeit angeglichen. (Sie wird auch als 'heroische Mutter der Nation' ausgezeichnet, wenn alle ihre Kinder im Krieg gefallen sind.)¹⁹² Hier zählt nicht mehr ihre persönliche Verwirklichung noch die indi-

¹⁹¹ Gorz fügt hier folgenden Kommentar hinzu: „Dies schlägt der folgende Text vor, den ich dem marxistisch-feministischen Schrifttum entnehme: 'Der Körper und die Arbeitskraft der Frau wurden bisher ständig *kostenlos* für fremde Zwecke gebraucht. Es gilt jetzt für die Frau, von ihm Besitz zu ergreifen und sich den Gebrauch bezahlen zu lassen.'" (zit. n. Gorz 1990, 364, ohne Quellennachweis, Hervorheb. im Original).

¹⁹² Vgl. den erfolgreichen Spielfilm „Der Soldat James Ryan“, in dem eben jener Soldat als letzter Überlebender von vier Söhnen aus dem Krieg von der Front zur

5.6 André Gorz und die Bedingungslosigkeit

viduelle Entfaltung des Kindes, sondern der dem Vaterland geleistete Dienst der Mutterschaft.

Im zweiten Falle verliert die Frau also gleichzeitig ihr souveränes Recht über ihre Kinder und ihr Recht über sich selbst. Sie kann ihrer Mutterrechte entkleidet werden, wenn sie die ihr von der Gesellschaft vorgeschriebenen Verpflichtungen nicht erfüllt. Sie wird bis in ihr Innerstes vergesellschaftet und kolonisiert und bleibt als das übrig, was die patriarchalen Gesellschaften schon immer aus ihr machen wollten: ein demütiger Körper, dessen sich die Gesellschaften für ihre eigenen Zwecke bedienen“ (Gorz 1990, 215, Hervorheb. im Original). (Stütze 1, Erkenntnis/Erklärung)

Die verökonomisierte Perspektive der zweiten Funktion mit ihrer Reduktion auf Nützlichkeit birgt jedoch Gefahren:

(1. Defizitprämisse)

„Ein im Namen der 'sozialen Nützlichkeit der Mutterfunktion' eingerichteter 'Mutterschaftslohn' führt also gleichzeitig die Vorstellung ein, daß die Frau zum Äquivalent einer Leihmutter auf Kosten der Gesellschaft werden kann. Der Staat kann ihren Bauch mieten, um sich Kinder zu verschaffen. Und sobald einmal die soziale Nützlichkeit das wichtigste ist, kann die Vergesellschaftung der Reproduktionsfunktion sehr weit getrieben werden. Die Leihmutter vermietet sich nämlich, um ein Kind zu gebären, das genetisch nicht ihr Kind ist. Wenn man dieses Prinzip akzeptiert, so ist es keinesfalls skandalös, wenn sie denselben Dienst nicht für andere Privatpersonen, sondern für den Staat leistet; anders gesagt, daß die Zeugungsfunktion nach eugenischen Prinzipien spezialisiert und professionalisiert werden kann. Körperlich gut gebaute Frauen werden also dafür bezahlt werden, in ihrem Körper von Genbanken gelieferte Embryonen heranreifen zu lassen und Kinder zu gebären, die die für das System nützlichsten genetischen Dispositionen aufweisen“ (Gorz 1990, 215f). „Wir finden hier *Die besten der Welten* von Aldous Huxley wieder, aber auch die Praktiken des Dritten Reichs: die Mutterschaft wird (per Sterilisation) den Frauen untersagt, deren Nachkommenschaft den eugenischen Normen nicht entspricht; umgekehrt wird die Zeugung in 'Lebensbornen' ermuntert, wo junge Frauen nordischen Typs sich von jungen SS-Männern schwängern lassen, um für Reich und Führer die künftigen rassistischen Eliten zu produzieren. Die in diesen Zeugungszentren geborenen Kinder haben ihre Eltern niemals kennengelernt“ (ebd. 216). (Stütze 3, Praxis als Information)

Wie aktuell die Aussagen von Gorz sind, ist derzeit an der Debatte um die Einführung des sogenannten Betreuungsgeldes zu beobachten, welches immer wieder als „Herdprämie“ abgewertet werden zu scheitern scheint und mit Gorz als zu einer Verschleierung der Tatsachen zu zählen ist. Für die Diskussion eines bedingungslosen Grundeinkommens könne man jedoch nicht gleichzeitig beide Funktionen von Mutterschaft anführen:

(3. Alternativprämisse)

„Man muß also entscheiden, im Namen welchen Prinzips man ein spezifisches Mutterschaftsgeld fordern will. Wenn dies im Namen der Emanzipation der Frau geschieht, kann man nicht *außerdem noch* den sozialen Nutzen der Mutterfunktion

Mutter zurück gebracht werden soll, um der Mutter wenigstens eines von vier Kindern „zu lassen“.

anführen (und umgekehrt). **Die Argumentation mit dem sozialen Nutzen der Mutterschaft verleiht der Sache des Feminismus also kein solideres Fundament, sondern schwächt sie nur unnötig.** Das Recht der Frau, Mutter zu sein (oder nicht zu sein) bedarf nämlich keiner weiteren Legitimation: Es zieht seine Legitimität aus den unveräußerlichen Rechten der Person, souverän über sich selbst zu verfügen. Ein spezifisches und ausreichendes Einkommen für die Mutter folgt aus denselben Prinzipien wie der *bedingungslose* soziale Schutz der Integrität der Personen, ihrer Gesundheit, ihrer Freiheit. Ihre ökonomische Rentabilität oder ihre soziale Nützlichkeit dürfen hier keine Rolle spielen.

Dasselbe gilt für die Schaffung von Kinderkrippen und Kindertagesstätten. Ihr ausreichender Grund liegt darin, daß sie für die Emanzipation der Frau notwendig sind: Sie machen ihre Entfaltung als Mutter mit ihrer Entfaltung als Bürgerin vereinbar (und umgekehrt). Sie bedürfen keiner ökonomischen Rechtfertigung“ (Gorz 1990, 216f, Hervorheb. im Original, Hervorheb. fett MM). (Stütze 4, Gebot)

Südafrikanisierung-/Hausfrauisierung-Argument

Dieses Argument ist im Zusammenhang mit dem Dienstbotenarbeit-Argument zu sehen:

(2. Ursachenprämisse)

„Es gilt also, die einfache Wahrheit noch einmal zu wiederholen: Um jemanden zu bezahlen, der an meiner Stelle zwei Stunden 'Hausarbeit' verrichtet, die ich ebensogut selbst erledigen könnte, ist es notwendig, daß ich in zwei Stunden *meiner Arbeit mehr* verdiene als dieser andere in zwei Stunden *seiner Arbeit*. Andernfalls befände ich mich in derselben Situation wie zwei Mütter, die sich wechselseitig dafür bezahlen, daß jede die beiden Kinder der anderen hütet, und ich hätte mehr davon, zwei Stunden weniger zu arbeiten (ohne Bezahlung), um meine Hausarbeit selber zu verrichten. *Die Entwicklung der persönlichen Dienstleistungen ist also nur in einem Kontext wachsender sozialer Ungleichheit möglich, in der ein Teil der Bevölkerung die wohlbezahlten Aktivitäten ergattert und einen anderen Bevölkerungsteil in die Rolle der Dienstboten zwingt.* Man kann dies als eine Südafrikanisierung der Gesellschaft ansehen, d. h. die Verwirklichung eines kolonialen Gesellschaftsmodells inmitten der Metropolen. Man kann es auch in den Worten einer deutschen Soziologin als 'Hausfrauisierung' der Gesellschaft beschreiben,¹⁹³ d. h. als die Verlagerung der traditionellerweise der 'Hausfrau' zugeschriebenen Tätigkeit auf eine ökonomisch und sozial marginalisierte Masse von Unterprivilegierten“ (Gorz 1990, 222f, Hervorheb. im Original). (Stütze 1, wiss. Position)

Die Verökonomisierung von Haushaltstätigkeiten führe Gorz zufolge also zu einer weiteren Verschleierung von gesellschaftlicher Spaltung:

(1. Defizitprämisse, 3. Alternativprämisse)

„Die Professionalisierung der häuslichen Aufgaben ist also das genaue Gegenteil einer Befreiung. Sie entlastet eine privilegierte Minderheit von ihrer Eigenarbeit (oder eines Teils davon) und macht daraus den Broterwerb einer neuen Klasse unterbezahlter

¹⁹³ Dieser Ausdruck, so Gorz, sei von Claudia von Werlhof geprägt worden (vgl. Gorz 1990, 364).

5.6 André Gorz und die Bedingungslosigkeit

Dienstboten, die zu den eigenen häuslichen Aufgaben auch noch die Hausarbeit von anderen übernehmen müssen.¹⁹⁴

So wird eine völlig absurde gesellschaftliche Aufgabenteilung installiert. Die einen sind innerhalb der ökonomischen Sphäre derart voll beschäftigt, daß ihnen die Zeit für ihre Hausarbeit fehlt; die anderen sind gezwungen, die häuslichen Aufgaben der Ersteren zu übernehmen, deren Arbeitseifer daran schuld ist, daß ihre Bediener selbst keinen interessanteren Broterwerb finden. Nur das hartnäckige Verharren in der Arbeitsideologie hindert die Befürworter dieses Modells an der Einsicht, daß, *wenn alle weniger arbeiten würden, alle ihre eigenen häuslichen Aufgaben übernehmen UND ihren Lebensunterhalt mit Arbeit verdienen könnten*. Ich sage damit nicht, daß die Arbeitszeit von heute auf morgen um beispielsweise zwei Stunden pro Tag reduziert werden kann; ich behaupte, daß eine mit der wachsenden wirtschaftlichen Produktivität fortschreitende Arbeitszeitverkürzung ohne Verlust an Realeinkommen weit mehr als zwei Stunden am Tage betragen könnte – und ich behaupte, daß dies eine wesentlich politische Frage ist.^[...] Es geht darum, welche Art von Gesellschaft man errichten will: eine Gesellschaft, in der ein(e) jede(r) sich die Zeit nimmt, die Aufgaben seiner Privatsphäre wahrzunehmen; oder eine Gesellschaft, in der man im Namen der Arbeitsplätze um der Arbeitsplätze willen ein Lebensmodell befördert, das die in der ökonomischen Sphäre Arbeitenden davon abschreckt, auch nur irgendetwas selbst und für sich selbst zu tun“ (Gorz 1990, 223f, Hervorheb. im Original). (Stütze 1, Erklärung)

Tätigkeitsautonomie-Argument

Autonomie steht für Gorz im Gegensatz zu Heteronomie und Notwendigkeit:

(1. Defizitprämisse)

„Es ist bereits soweit gekommen, daß viele das Autonomiestreben nur noch durch die Rückkehr zu vorindustriellen Produktionsweisen des Lebensnotwendigen verwirklichen zu können glauben. Diese Autoren wenden den Ausdruck 'autonom' auf diese vorindustriellen Formen der Warenproduktion. Die Konfusion ist also perfekt. Die folgenden Beispiele haben zum Ziel, diese Verwirrung aufzulösen. Denn man sollte – unter dem Vorwand, daß Autonomie in unserer Erfahrung vor allem im Gegensatz zu Heteronomie steht – nicht die andere Dimension des Problems vergessen: Autonomie steht *auch* im Gegensatz zu Notwendigkeit, und zwar nicht etwa, weil jede notwendige Tätigkeit unweigerlich fremdbestimmt wäre – *denn dies ist keineswegs der Fall!* –, sondern weil die Autonomie einer durch pure Notwendigkeit gebotenen Tätigkeit dazu verdammt bleibt, eine nur formale Selbstbestimmung zu sein“ (Gorz 1990, 238, Hervorheb. im Original). (Stütze 1, Erklärung)

In der von Gorz anvisierten neuen Gesellschaftsform stehen die autonomen Tätigkeiten im Vordergrund:

¹⁹⁴ In einer Fußnote fügt Gorz hier hinzu: „Die große Mehrheit der im letzten Jahrzehnt in den Vereinigten Staaten neu geschaffenen Arbeitsplätze sind irreguläre und unterbezahlte Dienstleistungstätigkeiten. Vgl. André Gorz, 'Dualisierung der Arbeit in den USA', in: *Links*, Nr. 174 (Offenbach), September 1984“ (Gorz 1990, 364, Hervorheb. im Original).

(5. Adäquatheitsprämisse, 6. Ausnahmeprämisse)

„AUS DER GESAMTHEIT der bisherigen Analysen zeichnet sich bereits – wie in Filigran – das Bild einer möglichen anderen Gesellschaft ab. In ihr wird die fortschreitende Verringerung der ökonomisch zweckbestimmten Arbeit ein Übergewicht der autonomen Tätigkeiten möglich gemacht haben; 'die freie Zeit wird den Sieg über die Zeit des Zwangs davontreiben, die Freizeit über die Arbeit', 'die Freizeit wird nicht mehr allein der Erholung oder Kompensation dienen, sondern wird die wesentliche Zeit des erfüllten Lebens sein, während die Arbeit auf den Status eines bloßen Mittels reduziert wurde'. 'Diese freie Zeit wird die gemeinschaftlichen Werte befördern, man denke nur, welche Umwälzung es für unsere Gesellschaft bedeuten würde, wenn Kreativität, Konvivialität und Spiel die mit der Arbeit verbundenen Werte von Effizienz und Leistung überwiegen'. 'Es geht um nichts Geringeres als darum, Lebenskunst und erneuerte Formen sozialer Kreativität wieder zu erfinden.'¹⁹⁵ Mit einem Wort: es geht um den Übergang von einer produktivistischen oder Arbeitsgesellschaft zu einer Gesellschaft der befreiten Zeit, in der Kultur und Gesellschaftlichkeit das Ökonomische überwiegen – es geht um eine 'Kulturgesellschaft'^[...].

Dieser grundlegende Wandel (der den Namen 'revolutionär' verdiente, wäre dieser Ausdruck nicht längst aus dem Verkehr gezogen und durch die Mode entwertet worden) ist als einziger in der Lage, den laufenden Veränderungen einen Sinn zu geben. Ohne diesen gesellschaftlichen Wandel aber werden sie nur zweifelhafte technische Barbereien mit sich bringen. Ohne ihn werden die Arbeitersparnisse und Zeitgewinne, die die beschleunigte Entwicklung neuer Techniken hervorbringt, nur zu massenhafter Verarmung, Arbeitslosigkeit und Ausschluß aus der Gesellschaft einerseits und zu einer Verschärfung des 'Kriegs aller gegen alle' andererseits führen“ (Gorz 1990, 257, Hervorheb. im Original). (Stütze 2, Absolute Norm als Wahrheit)

Mindesteinkommen-Argument

Mit dem Mindesteinkommen-Argument fasst Gorz einige bisherige Entwicklungen in Nordamerika und Europa zusammen:

(3. Alternativprämisse)

„Dieses Gespenst eines garantierten Mindesteinkommens jagt mittlerweile durch die gesamte Welt der kapitalistischen Industrienationen. Es hat Parteigänger von rechts und solche von links. Um nur die jüngste Geschichte zu nehmen: Der Gedanke eines garantierten Mindesteinkommens wurde Ende der fünfziger Jahre in den USA von linken Demokraten und Libertären einerseits und von Neo-Liberalen – vor allem von Milton Friedman¹⁹⁶ – andererseits wieder in Umlauf gebracht. Seit Ende der 60er Jahre

¹⁹⁵ Diese Zitate entlehnt Gorz aus: „Échanges et projets, *La révolution du temps choisi*, mit einem Vorwort von Jacques Delors, Paris 1980, S. 107“ (zit. nach Gorz 1990, 368, Hervorheb. im Original).

¹⁹⁶ In einer Fußnote ergänzt Gorz hier: „Siehe Milton Friedman, *Capitalism and Freedom*, Chicago 1962 (dt. Ausgabe: *Kapitalismus und Freiheit*, Stuttgart 1984). Zu den US-amerikanischen Erfahrungen mit Modellen des garantierten Mindesteinkommens und der 'negativen Einkommensteuer' vgl. den ausführlichen Literaturbericht 'Garantiertes Mindesteinkommen' von Klaus-Uwe Gerhardt/Arndt Weber, in: *Alemantschen. Materialien für radikale Ökologie*, Bd. 3 (1983), S69-99.

5.6 André Gorz und die Bedingungslosigkeit

wurden in den USA mit garantierten Mindesteinkommen bereits mehrere örtliche Erfahrungen gemacht. Richard Nixon legte einen Gesetzesentwurf vor, der in diese Richtung ging und schließlich 1972 mit knapper Mehrheit abgelehnt wurde. Im selben Jahr nahm der demokratische Präsidentschaftskandidat George McGovern das garantierte Mindesteinkommen in sein Programm auf. Das Ziel war, dem Elend Abhilfe zu schaffen, das in den USA aufgrund eines fehlenden gesetzlichen Systems sozialer Vorsorge im ganzen Lande offen sichtbar ist. An dessen Stelle sollte das garantierte Mindesteinkommen treten. Seit dieser Zeit träumen europäische Neo-Liberale davon, die bestehenden Systeme sozialer Sicherung durch das Mindesteinkommen zu ersetzen. In Europa entfachte die Debatte über ein von der Arbeit abgekoppeltes Einkommen zu Beginn der achtziger Jahre. In den Niederlanden, Dänemark und Großbritannien war es bereits eingeführt. In der Bundesrepublik Deutschland entwickelte sich seit 1982 die intensivste Debatte unter dem Anstoß der Grünen¹⁹⁷, denen sich bald Konservative und Sozialdemokraten anschlossen. Alle Beteiligten waren sich über das von Claus Offe folgendermaßen formulierte Prinzip einig: 'Wir müssen mit einer Entwicklung brechen, die dazu geführt hat, daß die Mehrheit der Bevölkerung für ihren Lebensunterhalt vom Arbeitsmarkt abhängig ist.'¹⁹⁸ Denn der Arbeitsmarkt konnte den Lebensunterhalt offenkundig nicht mehr gewährleisten. Mit anderen Worten: das Recht auf Einkommen konnte nicht mehr mit dem Recht auf Lohn in eins gesetzt werden. Man mußte sich jedoch entscheiden, ob das Recht auf Einkommen gleichfalls vom Recht auf Arbeit (im ökonomischen Sinne) abgekoppelt werden sollte“ (Gorz 1990, 287f, Hervorheb. im Original). (Stützen 3 u. 1, Praxis als Information, wiss. Position)

Exodus-Argument

Mit dem Exodus-Argument bekennt Gorz sich zu einem offenen und radikalen Bruch mit der alten Gesellschaftsform und zu einem Ausstieg aus dieser Arbeitsgesellschaft, die schon weit über den Status einer „Krise“ hinaus gelangt sei:

(3. Alternativprämisse, 2. Ursachenprämisse, politisch/historisch)

„Wir müssen lernen, die nicht verwirklichten Möglichkeiten zu erkennen, die Chancen, die sich in den Rissen unserer zerfallenden Gesellschaft verbergen. Es muß unser erklärter Wille werden, uns diese Möglichkeiten anzueignen. Wir müssen die Veränderungen offensiv ergreifen. Wir müssen den Bruch mit der sterbenden Gesellschaft wagen, sie wird nicht mehr auferstehen. Wir müssen das Wagnis des Exodus eingehen. Von Symptombehandlungen der 'Krise' ist nichts zu erwarten, denn es handelt sich

(A. d. Ü.)“ (Gorz 1990, 372, Hervorheb. im Original).

¹⁹⁷ Gorz behauptet in einer Fußnote hier folgende Wirkung: „Breitere Resonanz fand diese Debatte vor allem durch den Sammelband von Thomas Schmid (Hrsg.), *Befreiung von falscher Arbeit*, Berlin 1984. (A. d. Ü.)“ (Gorz 1990, 372, Hervorheb. im Original).

¹⁹⁸ In einer Fußnote hier der Hinweis zu Offe: „Vgl. ausführlich C. Offe, ‚Perspektiven auf die Zukunft des Arbeitsmarktes. ‚Orthodoxie‘, ‚Realismus‘ und ‚dritte Wege‘, in: ders., *Arbeitsgesellschaft*, a.a.O., S. 340-358. (A. d. Ü.)“ (Gorz 1990, 372, Hervorheb. im Original).

um keine Krise mehr. Vielmehr hat sich ein neues System etabliert, und zwar eines, das die 'Arbeit' massenweise abschafft. Es zwingt alle, gegen alle um die immer weniger werdende 'Arbeit' zu kämpfen, und stellt dadurch die schlimmsten Formen von Herrschaft, Unterwerfung und Ausbeutung wieder her. Aber nicht diese Abschaffung der 'Arbeit' dürfen wir diesem neuen System vorwerfen, sondern daß es eben diese 'Arbeit', deren Normen, Würde und allgemeine Zugänglichkeit es abschafft, weiterhin als Pflicht eines jeden, als verbindliche Norm und unersetzliche Grundlage unserer Rechte und unserer Würde postuliert. Deshalb müssen wir den Mut aufbringen, den Exodus aus der 'Arbeitsgesellschaft' zu wagen. Wir müssen sie begraben, statt ihr nachzutauern, damit aus ihren Trümmern eine andere Gesellschaft entstehen kann. Und wir müssen lernen, hinter den unsere Gegenwart prägenden Widerständen, Fehlschlägen und Sackgassen die Konturen dieser anderen Gesellschaft auszumachen. Die 'Arbeit' hat ihre zentrale Rolle im Bewußtsein, im Denken und der Vorstellungskraft aller Menschen zu verlieren, wir müssen lernen, sie mit anderen Augen zu betrachten – nicht mehr als das, was man hat oder nicht hat, sondern als das, was wir tun. Wir müssen es wagen, uns die Arbeit wiederanzueignen“ (Gorz 2000, 9). (Stützen 4 u. 1, Gebot, Absolute Norm als Wahrheit)

Devisensteuer-Argument

Weit vor der Finanzkrise nimmt Gorz in Anlehnung an Tobin den heutigen Gedanken einer Finanztransaktionssteuer vorweg:

(3. Alternativprämisse)

„Der Nobelpreisträger für Wirtschaft, James Tobin, hat schon 1978 eine entsprechende Maßnahme empfohlen. Um die rein spekulativen Geschäfte auf den Finanzmärkten einzudämmen, schlug er damals eine Steuer von 0,1% auf Devisengeschäfte vor.¹⁹⁹ Er ging davon aus, daß diese Steuer das Volumen dieser Transaktionen um zwei Drittel verringern würde und den Staaten ungefähr 150 Milliarden Dollar jährlich einbrächte. 1995 unterbreitete er, als Antwort auf die gegen seinen Vorstoß erhobenen Einwände, eine neue Version seines Vorschlags. Dieser sollte die Banken daran hindern, ihre Geschäfte der Besteuerung durch Niederlassungen in 'Steuerparadiesen' oder auf Schiffen im offenen Meer zu entziehen – wie diese es angedroht hatten“ (Gorz 2000, 33). (Stütze 1, wiss. Position)

Entfremdungsbedingung-Argument

Als Bedingung für die Vermeidung von der durch (Erwerbs-)Arbeit hervorgerufenen Entfremdung nennt Gorz drei Punkte:

(6. Ausnahmeprämisse, Bedingung)

„Diese drei Bedingungen lauten:

a) Die eigenständige Organisierung der Arbeit durch die Arbeiter selbst, die so zu

¹⁹⁹ Hier folgender Hinweis von Gorz: „Vergleiche James Tobin, 'A proposal for International Monetary Reform', in: *Eastern Economic Journal*, 3-4, Juli bis Oktober 1978“ (Gorz 2000, 33, Hervorheb. im Original).

5.6 André Gorz und die Bedingungslosigkeit

Subjekten ihrer produktiven Zusammenarbeit werden;

b) eine Arbeit und eine Kooperationsweise, die von jedem Einzelnen als positiv erfahren werden und die Fähigkeiten und Kompetenzen erschließen, die jeder in seiner Freizeit auch für sich einsetzen kann;

c) die Objektivierung der Arbeit in einem Produkt, das von den Arbeitern als Sinn und Ziel der eigenen Tätigkeit anerkannt werden kann“ (Gorz 2000, 51). (Stütze 4, Gebot)

Prekariat-Argument

Prekäre Arbeitsbedingungen würden zunehmend zur Normalität und sollten als solche auch akzeptiert werden, der „Exodus“ aus der Arbeitsgesellschaft müsse endlich allgemeine Geltung erlangen:

(6. Ausnahmeprämisse)

„Neue potentielle Freiheiten, eine neue Alltagskultur schlummern in den Unterbrechungen und Brüchen der immer diskontinuierlicher werdenden Erwerbsverläufe. Diese potentiellen Freiheiten können aber nur zu wirklichen Möglichkeiten werden, wenn die Gesellschaft aufhört, sich weiter mit der vorgeblichen Aussicht auf eine Wiederherstellung der vollzeitigen Vollbeschäftigung anzulügen. Die Tatsache muß allgemein bewußt, öffentlich anerkannt und akzeptiert werden, daß weder die Lohnarbeit noch die gesicherten Vollzeitarbeitsplätze die gesellschaftliche Normalität darstellen. Vielmehr sind die bezeichnenden Gestalten einer neuen Normalität all die prekär Beschäftigten, die manchmal arbeiten und manchmal nicht; die zwischen mehreren Berufen wechseln, von denen keiner ein anerkannter und noch weniger eine Berufung ist; deren Beruf es eigentlich ist, keinen zu haben; die sich folglich mit ihrer Arbeit weder identifizieren können noch wollen und die alle ihre Kräfte in die 'eigentliche' Tätigkeit einbringen, die sie während der Unterbrechungen ihrer Erwerbstätigkeit ausüben.

Gerade diese zentrale Gestalt der prekär Beschäftigten gilt es anzuerkennen und zu *zivilisieren*. Statt als minderwertig, unsicher, uns aufgezwungen zu gelten, muß diskontinuierliches Arbeiten zu einem wünschenswerten, sozial abgesicherten Recht werden, zu einer gesellschaftlich geachteten Form menschlicher Vielseitigkeit, zu einer Quelle selbständiger Alltagskultur und neuer Gesellschaftlichkeit“ (Gorz 2000, 77f). (Stützen 2 u. 4, Absolute Norm, Gebot)

Lohngesellschaft-Argument

In der Lohngesellschaft sieht Gorz vor allem ihren ideologischen Gehalt, der zu einer Verschlimmerung tendiert:

(1. Defizitprämisse)

„'Egal welche Arbeit, Hauptsache du hast eine. Was zählt ist nicht, was du arbeitest sondern daß du arbeitest', lautete die wesentliche ideologische Botschaft der Lohngesellschaft: Was kümmert euch, was immer ihr tut, Hauptsache ihr habt eine Lohntüte am Monatsende. Genau gegen diese Ideologie der Arbeit als Ware, die, an sich uninteressant, gleichgültig, sinn- und würdelos, allein dazu dienen soll, den Arbeitenden den Zugang zu immer üppiger werdendem Konsum zu verschaffen, haben die Arbeitnehmer in den Fabriken, den Büros und den Dienstleistungsbetrieben des taylorisierten Fordismus mit steigender Vehemenz rebelliert.

Was die soziale Integration und den sozialen Zusammenhalt betrifft, so war die Lohngesellschaft selbst auf ihrem Höhepunkt in sich bekämpfende Klassen gespaltet. Die

Arbeitnehmer waren nicht in die Lohngesellschaft, sondern in ihre Klasse, in ihre Gewerkschaft oder ihr Arbeitskollektiv integriert, und sie gewannen ihre 'Identität', Würde und Kultur, ihren Zusammenhalt aus ihren Kämpfen, die zugleich der Veränderung ihrer Arbeit, ihres Lebens und der Gesellschaft galten. Gegen genau diesen Zusammenhalt, diese 'Identität' und diese Klassenorganisation haben die sogenannten 'Unternehmen' die absolute, unbesiegbare Waffe gefunden: Nämlich die alle betreffende Verunsicherung, Individualisierung, Diskontinuität und Auflösung der Arbeit, ihren massiven Abbau.

'Fürchtet euch und zittert!' Die ideologische Botschaft hat sich geändert. Aus der Losung: 'Egal welche Arbeit, Hauptsache eine Lohntüte' wurde: 'Egal wieviel Lohn, Hauptsache ein Arbeitsplatz.' Anders gesagt: Seid zu allen Zugeständnissen und Demütigungen, zu jeder Art von Unterwürfigkeit und Niederträchtigkeit im Konkurrenzkampf bereit, wenn ihr einen Arbeitsplatz wollt oder er auf dem Spiel steht; denn, 'wer seinen Arbeitsplatz verliert, verliert alles', so lautet, wenn schon nicht die allgemeine Gefühlslage, so doch zumindest die Botschaft des herrschenden Diskurses. Er preist die Zentralität der Arbeit, stellt sie als ein 'Gut' dar, anders gesagt, als eine knappe Ware, als etwas, das man hat oder nicht hat, und nicht als etwas, das man tut und bei dem man seine Kräfte verausgabt und seine Zeit investiert; es erscheint als ein 'Gut', für dessen 'Besitz' man zu Opfern bereit sein muß und für welches all diejenigen, die es 'erschaffen' haben – also die Investoren, die ihr Geld anlegen, die Konsumenten, die es ausgeben, und natürlich die Arbeitgeber –, die Anerkennung und Unterstützung der Nation, Subventionen und Steuererleichterungen des Staates verdienen. Denn nicht mehr ist es die Arbeit, die Reichtümer schafft, es ist der Reichtum, der das wichtigste aller 'Güter', die Arbeit, schafft und beschafft. So wird der Arbeitgeber ein Wohltäter, die Arbeit ein Gut und der Arbeitsplatz ein Privileg – ein immer seltener werdendes Privileg, denn 'an Arbeit wird es fehlen', und bald schon werdet ihr Gefahr laufen, darum gebracht zu werden, was immer auch eure Kompetenzen sein mögen“ (Gorz 2000, 80f, Hervorheb. im Original). (Stützen 3 u. 1, Praxis als Information, Erklärung)

Phantom-Argument

Das Festklammern an einer überholten Vorstellung von Arbeit und Gesellschaft ist für Gorz nicht mehr zeitgemäß:

(1. Defizitprämisse)

„Die Gesellschaft, in der jeder sich einen Platz, eine vorhersehbare Zukunft, Sicherheit und Nützlichkeit erhoffen konnte, diese Gesellschaft – 'die Arbeitsgesellschaft' – ist tot. Die Gesellschaft leidet unter dem Mangel an Arbeit wie ein Amputierter unter Phantomschmerzen. Sie bewahrt die Arbeit in der Art eines Phantoms als ihr Zentrum. Die Arbeit ist ihre Phantomzentralität. Wir leben in einer Phantomgesellschaft, die ihr eigenes Verschwinden dank der obsessiven, reaktiven Beschwörungen all derjenigen phantomatisch leidend überlebt, die weiterhin in der Erwerbsgesellschaft die einzig mögliche Gesellschaftsform sehen und sich keine andere Zukunft als die Rückkehr der Vergangenheit vorstellen können. Sie erweisen uns allen den denkbar schlechtesten Dienst: Sie reden uns ein, daß es keine Zukunft, keine Gesellschaftlichkeit, kein sinnvolles Leben, keine Selbstverwirklichung des Einzelnen geben könne, außer in der Erwerbsarbeit; daß allein der gesicherte Arbeitsplatz uns davor retten könne, ins Nichts, in die Ausgrenzung, die Selbstverachtung, die Hoffnungslosigkeit abzustür-

5.6 André Gorz und die Bedingungslosigkeit

zen. Sie reden uns ein, es sei gut, normal, ja unerlässlich, daß *alle* gerade das 'am dringendsten verlangen', was in Wirklichkeit nie mehr allen zugänglich sein wird: und zwar 'eine entlohnte Arbeit an einem festen Arbeitsplatz'. Er allein könne allen 'Zugang zur gesellschaftlichen wie persönlichen Identität geben', er allein eröffne uns 'die Möglichkeit, uns selbst und den Sinn unseres eigenen Lebens zu bestimmen.'²⁰⁰ (Gorz 2000, 82, Hervorheb. im Original). (Stütze 1, Erklärung/wiss. Position)

Multiaktivität-Argument

Gorz' Vision ist eine Multiaktivitäts-Gesellschaft:

(5. Adäquatheitsprämisse)

„Im Lebensalltag können sich dann vielfache Aktivitäten gegenseitig ablösen und abwechseln, ohne daß deren Entlohnung und Rentabilität noch notwendige Bedingung oder gar ihr Ziel wären. Die sozialen Beziehungen, die Kooperationszusammenhänge, ja der Lebenssinn eines und einer jeden werden nur mehr durch diese nicht vom Kapital verwerteten und aufgewerteten Aktivitäten hervorgebracht. *Die Arbeitszeit hört schließlich auf, die gesellschaftlich vorrangige Zeit zu sein*“ (Gorz 2000, 103, Hervorheb. im Original). (Stütze 1, Erklärung)

Wie beim Dienstboten- und Südafrikanisierung-/Hausfrauisierung-Argument zu sehen ist, plädiert Gorz für eine Integration von Erwerbsarbeit als einen Bestandteil von Multiaktivität und hält den Versuch, alle Formen von Nicht-Erwerbsarbeit in Erwerbsarbeit zu integrieren, für verfehlt:

(3. Alternativprämisse)

„Der Kern des Problems sowie der Gegenstand des Hauptkonflikts lassen sich in folgender Alternative fassen: Entweder integriert man die Arbeit in die Multiaktivität als eine ihrer Bestandteile oder die Multiaktivität in die 'Arbeit' als eine ihrer Erscheinungsformen. Entweder integriert man die Arbeitszeit in die differenzierte Zeitlichkeit eines multidimensionalen Lebens in Übereinstimmung mit den herrschenden kulturellen Bestrebungen, oder man unterwirft die Lebenszeiten und -rhythmen den Rentabilitätsansprüchen des Kapitals und den 'Flexibilitäts'ansprüchen des Unternehmens. Kurz, entweder erobern die lebendigen Aktivitäten die Macht über den gesellschaftlichen Produktionsapparat und -prozeß zurück, oder sie lassen sich von jenen immer umfassender unterwerfen. Der Kampf um die Zeitsouveränität ist der Kampf um die Macht selbst: um ihre gesellschaftliche Verteilung und um die Richtung, in der sich die Gesellschaft entwickelt. Im Kampf um das Recht auf Zeit ragt der kulturelle Konflikt unweigerlich in den politischen Konflikt hinein“ (Gorz 2000, 103f). (Stütze 2, Absolute Norm/Verweisung auf politisch-gesellschaftliche Systemorientierung)

In einer multiaktiven Gesellschaft würde letztlich die Produktivität gesteigert, so Gorz:

²⁰⁰ Diese Zitate entlehnt Gorz aus: Sainsaulieu, Renaud (1995): *Quel avenir pour le travail?*, *Esprit*, Dezember (zit. nach Gorz 2000, 82).

(5. Adäquatheitsprämisse)

„Das bedingungslose soziale Grundeinkommen verweist letztendlich auf eine Gesellschaft, in der die Notwendigkeit der Arbeit sich *als solche* nicht mehr bemerkbar macht, weil jeder von Kindheit an von einer Fülle künstlerischer, sportlicher, wissenschaftlich-technischer, kunstgewerblicher, politischer, philosophischer, ökosophischer und kooperativer Aktivitäten beansprucht und mitgerissen wird. Eine Gesellschaft, in der die Produktionsmittel und die Mittel zur Selbstversorgung allen jederzeit zugänglich sind wie heute schon die Datenbanken und die Telearbeitsmittel. Eine Gesellschaft, in der sich Tausch prinzipiell als Austausch von Wissen und nicht von Waren begibt und als keiner Vermittlung des Geldes mehr bedarf. Eine Gesellschaft, in der die Immaterialität der wichtigsten Form von Produktionsarbeit der Immaterialität der wichtigsten Form von fixem Kapital entspricht. Das fixe Kapital, einmal *als separate und verselbständigte Macht beseitigt*, besteht dann hauptsächlich in der Fähigkeit, von dem akkumulierten Wissen Gebrauch zu machen, es zu erweitern und auszutauschen, *ohne daß seine Verwertung sich den Individuen als eine fremde Forderung aufzwingt* oder ihnen die Natur, die Intensität, die Dauer und die Zeiten ihrer Arbeit diktiert. [...] Anders gesagt, können die Individuen durch die freie Zeit Fähigkeiten (zur Erfindung, Schöpfung, Planung und intellektuellen Erkenntnis) entwickeln, die ihnen eine geradezu grenzenlose Produktivität verleihen“ (Gorz 2000, 133, Hervorheb. im Original). (Stütze 1, Erklärung)

Die Verhinderung der Verökonomisierung bzw. der Bindung von allerlei Tätigkeiten an Kapital eröffne einen ungeahnten Spielraum von Multiaktivität:

(5. Adäquatheitsprämisse)

„Die Garantie eines sozialen Grundeinkommens und die Ausdehnung frei verfügbarer Zeit sind nicht als Aktivitätshemmer, sondern als Aktivitätsmultiplikatoren zu verstehen, nicht als Freistellung zum Nichtstun, sondern, im Gegenteil, als eine für alle eröffnete Möglichkeit, tausend individuelle und kollektive, private und öffentliche Aktivitäten zu entfalten, die zu ihrer Ausbreitung und Entwicklung nicht mehr rentabel sein müssen. Jede und jeder muß von Kindheit an durch die Fülle der sie umgebenden Gruppen, Verbände, Werkstätten, Klubs, Kooperativen, Vereinigungen und Organisationen, die sie für ihre Tätigkeiten und Projekte zu gewinnen suchen, mitgerissen und umworben werden. Es geht dabei um künstlerische, politische, wissenschaftliche, ökosophische, sportliche, handwerkliche und Beziehungsaktivitäten, Selbstversorgungs- und Reparaturarbeiten, Restaurierungsarbeiten des natürlichen und kulturellen Erbes, um die Gestaltung des Lebensraums und Energieersparnisse, um 'Kinderläden', 'Gesundheitsläden', Netzwerke zum Austausch von Dienst- und Hilfeleistungen, gegenseitiger Unterstützung etc.

Diese eigenständigen Aktivitäten, als selbstorganisierte und selbstverwaltete, als freiwillige und allen offenstehende, dürfen nicht als unselbständige Ergänzungen der kapitalistischen Marktwirtschaft und auch nicht als pflichtgemäße Gegenleistungen für das sie ermöglichende Grundeinkommen angesehen werden. Da sie weder des Kapitals bedürfen noch seiner Verwertung, noch gar der Kreditwürdigkeit der Bedürfnisse und Wünsche, auf deren Befriedigung sie abzielen, sind sie dazu berufen, den durch die Abnahme des Arbeitsvolumens verfügbar gemachten gesellschaftlichen Raum der kapitalistischen Marktlogik zu entziehen und die Lohnarbeit größtenteils zu verdrängen, um jenseits davon assoziative und freie soziale Bindungen zu schaffen. Sie sind zur Hegemonie berufen und müssen, um diese zu erlangen, zu Räumen des Widerstands gegen die herrschenden Mächte werden, zu Räumen des praktischen Protests sowie des Experimentierens mit und der Erarbeitung von alternativer Gesellschaftlichkeit und gesellschaftlichen Alternativen zur sich auflösenden Gesellschaft“ (Gorz

5.6 André Gorz und die Bedingungslosigkeit

2000, 144f). (Stützen 1 u. 4, Erklärung, Gebot)

Einkommensgarantie-Argument

Zur Verwirklichung der von Gorz anvisierten multiaktiven Gesellschaft sei eine Einkommensgarantie notwendig, die aber auch ausreichen müsse, um unabhängig von Erwerbsarbeit existieren zu können:

(1. Defizitprämisse)

„Ein bedingungslos garantiertes Grundeinkommen für alle ist die erste Voraussetzung für eine Multiaktivitätsgesellschaft. Jedoch hat eine allgemeine Einkommensgarantie einen grundlegend anderen Sinn und eine grundlegend andere Funktion, je nachdem, ob dieses Einkommen a) ausreichend oder b) zu niedrig ist, um vor Not und Elend zu schützen.

a) Die Garantie eines unter dem Existenzminimum liegenden Grundeinkommens, das nach seinen Verfechtern den größten Teil der Einkünfte aus Umverteilungsprozessen ersetzen soll (also die Familien- und Wohnungsbeihilfen, das Arbeitslosen- und Krankengeld, die Sozialhilfe, die Mindestrente), hat die Aufgabe, die Arbeitslosen zur Annahme von mühsamen und erniedrigenden Niedriglohnbeschäftigungen zu zwingen. Das entspricht der neoliberalen Position der Anhänger Friedmans in der Chicagoer Schule, aber auch der von deutschen Liberalen wie Mitschke²⁰¹ und der von britischen Sozialliberalen. Für sie erklärt sich die Arbeitslosigkeit aus der Tatsache, daß zahlreiche potentielle Arbeitsplätze von niedriger Qualifikation und Produktivität nicht rentabel sind, solange sie normal bezahlt werden. Demnach muß man diese Arbeitsplätze subventionieren, etwa indem man unzureichende Niedriglöhne mit einer ebenfalls unzureichenden Grundsicherung aufstockt. Auf diese Art schafft man einen zweiten, gegen die Konkurrenz aus Billiglohnländern geschützten 'Arbeitsmarkt', der aber selbstverständlich auch vor den Bestimmungen des Arbeitsrechts geschützt ist, das damit zum Verschwinden verurteilt wird. Je geringer die Grundsicherung ausfällt, desto stärker der 'Anreiz', jede beliebige Arbeit anzunehmen, und desto stärker entwickelt sich auch ein Unternehmertum von 'Sklavenhändlern', die sich auf Billigarbeitskräfte in äußerst instabilen Leih- und Unterverleihfirmen von Dienstleistungen spezialisiert hat“ (Gorz 2000, 113f, Hervorheb. im Original). (Stütze 1, Erklärung/wiss. Position)

Damit scheint Gorz den derzeitigen Status Quo in Deutschland nach der Agenda 2010 sehr präzise zu beschreiben.

(3. Alternativprämisse)

„b) Ein allen garantiertes, *ausreichendes* soziales Grundeinkommen untersteht einer umgekehrten Logik: Es soll nicht mehr diejenigen, die es beziehen, zu jeder beliebigen Arbeit unter allen Bedingungen zwingen, sondern es zielt auf deren Befreiung von den Zwängen des Arbeitsmarktes ab. Es soll ihnen ermöglichen, 'unwürdige' Arbeit und

²⁰¹ Dazu ergänzt Gorz: „Der Frankfurter Wirtschaftsprofessor Joachim Mitschke vertritt, seit 1973 das Konzept eines mit der Friedmanschen Negativsteuer eng verwandten 'Bürgergeldes' in Höhe des Sozialhilfe-Regelsatzes, das alle staatlichen Sozialleistungen ersetzen soll“ (Gorz 2000, 113).

5 Textanalyse und Interpretation von Grundeinkommenspädagogiken

Arbeitsbedingungen abzulehnen, und es soll darüber hinaus *einem sozialen Umfeld zugehören, das jedem Einzelnen erlaubt, jederzeit zwischen dem Nutzwert seiner Zeit und ihrem Tauschwert zu entscheiden*, das heißt zwischen den 'Gebrauchswerten', die er durch den Verkauf seiner Arbeitszeit erwerben, und den Nutzwerten, die er durch eigenständige Verwendung dieser Zeit schaffen kann“ (Gorz 2000, 115, Hervorheb. im Original). (Stütze 1, Erklärung)

Unmessbarkeit-Argument

Die unterschiedlichsten Arten von Arbeiten seien nicht nur nicht vergleichbar, auch die Arbeitszeit im Zusammenhang mit der in ihr hergestellten oder geschaffenen Gebrauchswerte sei unmessbar:

(5. Adäquatheitsprämisse)

„Wenn Intelligenz und Phantasie (der *general intellect*) zur Hauptproduktivkraft werden, hört die Arbeitszeit auf, das Maß der Arbeit zu sein. Die Arbeitszeit ist dann überhaupt nicht länger mehr meßbar, und der hergestellte Gebrauchswert steht in keinem Verhältnis zu der für die reine Herstellung aufgewendeten Zeit. Diese kann je nach Personen und materiellem oder immateriellem Charakter ihrer Arbeit stark variieren. Die kontinuierliche, nach der Arbeitszeit bezahlte Lohnarbeit hingegen sinkt rapide. Es wird immer schwieriger, ein Mindestmaß an Arbeit zu definieren, das von jeder und jedem in einer bestimmten Zeit zu leisten ist. Es ist unmöglich, die Arbeitszeit von Selbständigen, Künstlern und denjenigen, die immaterielle Dienste anbieten, zu messen. Nur ein Grundeinkommen kann ihnen den Anreiz bieten, ihre beruflichen Aktivitäten zu Gunsten eines multiaktiven Lebens zu reduzieren – ja, erlaubt ihnen dies in den meisten Fällen überhaupt erst. Nur ein Grundeinkommen bewahrt sie vor dem Kampf auf einem überfüllten Arbeitsmarkt um ein Körnchen der in ihrer Gesamtheit immer weiter gekürzten Lohnsumme, die die Arbeitgeber ausschütten. Das *allgemeine* und *bedingungslos garantierte* Grundeinkommen, das zusammen mit dem Einkommen aus einer Arbeit beziehbar ist, stellt also (in einem Kontext, den ich später genauer beschreiben werde,) die beste Handhabe dar, um so weitgehend wie möglich sowohl die bezahlte Arbeit als auch die unbezahlten Aktivitäten umzuverteilen“ (Gorz 2000, 120, Hervorheb. im Original). (Stütze 1, Erklärung)

Nötigung-Argument

Mit dem Nötigung-Argument begegnet Gorz dem weit verbreiteten Hängematten-Argument²⁰² der Gegner eines bedingungslosen Grundeinkommens:

(3. Alternativprämisse)

„Warum, wird oft gefragt, sollten sich die Menschen für bezahlte, gesamtgesellschaftlich notwendige Arbeit noch hergeben, wenn sie dank eines Grundeinkommens und Selbstversorgungsarbeit auch ohne Erwerbstätigkeit gut auskommen könnten? Diese Frage dürfte eigentlich nur von denjenigen gestellt werden, für die Arbeit eine widrige Nötigung ist und die deshalb nicht einsehen, warum andere sich ihr entziehen dürfen,

²⁰² Vgl. das Contra-Argument, das Anthropologie-Argument A, unter 6.4.1

5.6 André Gorz und die Bedingungslosigkeit

wenn sie sich selbst ihr unterwerfen müssen. Diejenigen hingegen, für die eine Arbeit Wert hat, die sie als Selbstverwirklichung und Selbstbehauptung ansehen und nutzen können, müssten die Meinung vertreten, daß Lust und Freude am Arbeiten mit Arbeitszwang unvereinbar sind und durch dessen Abwesenheit erhöht werden.²⁰³“ (Gorz 2000, 120f). (Stütze 1, Erklärung/wiss. Position)

Selbstlosigkeit-Argument

Mit diesem Argument hebt Gorz seine Kritik an zwei weiteren alternativen Modellen hervor:

(1. Defizitprämisse)

„Die Antwort zum Beispiel von Claus Offe und Jeremy Rifkin besteht darin, die obligatorische Arbeit in einem dritten Sektor von Tätigkeiten anzusiedeln, der auf Bedürfnisse eingeht, die nicht zahlungskräftig und im Rahmen einer Marktwirtschaft nicht rentabel sind, etwa 'ehrenamtliche und gemeinnützige Tätigkeiten im Pflege- und Erziehungsbereich im Rahmen offiziell anerkannter Verbände'. Das allgemeine Grundeinkommen diene so zur Schaffung 'eines postindustriellen Haushaltssektors'.²⁰⁴ Es würde so zur Entlohnung freiwilliger Arbeit im Dienste von Verbänden mit anerkannt gemeinnütziger Zielsetzung dienen: zur Entlohnung pflichtmäßiger freiwilliger Arbeit.

Einen verwandten Vorschlag finden wir bei Diane Elson: 'Ein allgemeines, den Lebensunterhalt ohne Erwerbsarbeit abdeckendes Grundeinkommen müsste an die Verpflichtung aller arbeitsfähigen Erwachsenen zur Erfüllung von Haus-, Pflege- und Fürsorgearbeit gebunden sein. Personen, die bereits für ein Kind, einen Kranken und eine behinderte Person sorgen, sollen von dieser Regelung ausgenommen werden.'²⁰⁵

So führt in dem einen Fall (bei Offe) die Sorge, für das Grundeinkommen eine Gegenleistung in Arbeit zu finden, die nicht in Konkurrenz zur normalen Lohnarbeit steht, dazu, diesen Widersinn von pflichtmäßiger Freiwilligkeit zu veranschlagen. Seine perversen Folgen sind offenkundig: Er stellt den wirklich Freiwilligen die Mithilfe pflichtmäßig Freiwilliger zur Verfügung, die dadurch Gefahr laufen, als untergeordnete Mitarbeiter behandelt und zu weniger dankbaren Aufgaben verurteilt zu werden. Denn sie tun das, was die wirklichen Freiwilligen umsonst und aus Überzeugung leisten, nur in Hinsicht auf ihr Grundeinkommen – oder zumindest stehen sie *a priori* unter dem Verdacht. Die pflichtmäßig wohlthätige Arbeit wird folglich zur Falle, denn sie wird entwertet.

In dem anderen Fall (bei Elson) verwischt die den Empfängern des Grundeinkom-

²⁰³ In einer Fußnote gibt Gorz hier folgenden zusätzlichen Hinweis: „Vergleiche zu diesem Thema den hervorragend argumentierenden Essay von Lynn Chancer, 'The Case for Guaranteed Income in Principle', in: Stanley Aronowitz und Jonathan Cutler (Hg.), *Post-Work*, New York und London 1998, S. 81-128“ (Gorz 2000, 121, Hervorheb. im Original).

²⁰⁴ Gorz weist hier hin auf „Claus Offe, 'Freiwillig auf die Teilnahme am Arbeitsmarkt verzichten', in: *Frankfurter Rundschau*, 19. Juli 1995“ (122, Hervorheb. im Original).

²⁰⁵ „Diane Elson, 'Market Socialism or Socialisation of the Market?', in: *New Left Review*, 172, November-Dezember 1988, S. 29“ (122, Hervorheb. im Original).

mens aufgezwungene Verpflichtung zur Hausarbeit (absichtlich) die Unterscheidung zwischen Produktions- und Reproduktionsarbeit. Diese wird jener angeglichen und für etwas gehalten, das an deren Stelle sein könne oder müsse. Der private Charakter häuslicher Tätigkeiten wird so verleugnet. Die Verpflichtung der Eltern ihrem Kind gegenüber oder des Erwachsenen gegenüber seinen betagten Eltern wird zu einer gesellschaftlichen Verpflichtung erklärt und unter öffentliche Kontrolle gestellt. Spontane, beziehungsintensive Tätigkeiten – deren Spontanität gerade ihren affektiven Wert ausmacht – werden verwaltungsmäßig kontrolliert und normalisiert“.²⁰⁶ (Gorz 2000, 122f, Hervorheb. im Original). (Stütze 1, wiss. Position)

Die Verökonomisierung des Haushaltssektors ist wie beim Multiaktivitäts-Argument bereits formuliert für Gorz der falsche Weg zu einer neuen Gesellschaftsform:

(1. Defizitprämisse)

„In beiden Fällen erhält das Grundeinkommen den Sinn einer Entlohnung für familiäre Tätigkeiten, die so unvermeidbar in den Sog der Erwerbsarbeit geraten. Um Anspruch auf das Grundeinkommen zu haben, muß man entweder Kinder aufziehen oder sich um Kinder und den Haushalt anderer Personen kümmern oder im Rahmen einer Vereinigung 'freiwillig' arbeiten. Tätigkeiten, die ihren Sinn gerade aus Selbstlosigkeit ziehen, dienen als Mittel, sich ein Einkommen zu sichern. Die Liste der 'der Arbeit vergleichbaren' Tätigkeiten kann nun bedenkenlos auf künstlerische, kulturelle, religiöse oder sportliche Aktivitäten ausgedehnt werden“ (Gorz 2000, 123). (Stütze 1, Erklärung)

Sukzessivität-Argument

Das bedingungslose Grundeinkommen würde sich sukzessive entwickeln:

(6. Ausnahmeprämisse, Bedingung der „Bedingungslosigkeit“)

„Sicher werden wir das Recht auf ein bedingungslos garantiertes Grundeinkommen nicht von heute auf morgen gewinnen. Es wird nicht schlagartig zustande kommen. Es gibt bereits und wird auch weiterhin Zwischenschritte auf es zu geben. Wenn man aber in der Übergangsperiode die Einführung eines Grundeinkommens noch an eine Gegenleistung knüpfen will, muß diese Gegenleistung so beschaffen sein, daß *man sie ihrer Bezahlung wegen übernehmen kann, ohne sie dadurch ihres Sinns zu berauben*. Sollte diese Bedingung unerfüllbar sein – was sie gegenwärtig auch ist –, und will man dennoch, daß das allgemeine Grundeinkommen die Entwicklung von freiwilligen

²⁰⁶ Gorz ergänzt hier in einer Fußnote: „Der Staat Singapur hat kürzlich ein Gesetz erlassen, das die Kinder verpflichtet, sich um ihre betagten Eltern zu kümmern. Das brachte die besagten Kinder dazu, eine Bestätigung von ihren Eltern einzufordern. Die Fürsorge derjenigen, die sich spontan um ihre Eltern kümmerten, wird auf diese Weise durch eine Verpflichtung dem Staat gegenüber abgewertet. Und diejenigen, die sich nicht um ihre Eltern kümmern, werden keine großen Schwierigkeiten haben, sie zur Unterzeichnung der Bescheinigungen aus Gefälligkeit zu veranlassen“ (Gorz 2000, 123).

5.6 André Gorz und die Bedingungslosigkeit

Tätigkeiten und künstlerischen, kulturellen, familiären und kooperativen Aktivitäten fördert, muß es demnach für alle bedingungslos gewährleistet sein. Denn nur *seine Bedingungslosigkeit kann die Unbedingtheit der Aktivitäten wahren*, die nur um ihrer selbst willen ausgeführt sinnvoll sind“ (Gorz 2000, 126). (Stütze 4, Reflexion auf Sinn)

Wie bei Popper-Lynkeus und dessen „Allgemeiner Nährpflicht“ so auch bei Gorz, halten es beide Autoren für wichtig, die Idee des Grundeinkommens zu denken und auszuformulieren, auch wenn sie gegenwärtig immer noch als unrealisierbar gelte:

(3. Alternativprämisse)

„Das Ziel ist demnach (ich paraphasiere weiter die *Grundrisse* [von Karl Marx, MM]) 'die freie Entwicklung der Individualitäten' durch 'die Reduktion der notwendigen Arbeit auf ein Minimum' und durch die den Bedürfnissen angemessene Produktion von Gebrauchswerten“ (Gorz 2000, 131f, Hervorheb. im Original).

„Der Anspruch auf ein allgemeines, bedingungsloses und ausreichendes Grundeinkommen ist Teil dieser Perspektive. Es ist zwar nicht sofort realisierbar, muß aber von nun an gedacht und in die Wege geleitet werden. *Es hat einen heuristischen Wert, denn es verdeutlicht den höchstmöglichen Sinn, auf den hin sich die aktuelle Entwicklung öffnet.* Umgekehrt hebt es den Unsinn eines Systems hervor, das nie zuvor erreichte Arbeitszeiterparnisse ermöglicht, aber aus der so freigesetzten Zeit Not und Elend macht, weil es weder diese noch die produzierten oder produzierbaren Reichtümer zu verteilen und ebensowenig den eigentlichen Wert von 'Mußezeit als Zeit für höhere Tätigkeiten' (Marx) zu schätzen weiß. Es läßt die individuelle und kollektive Aneignung der freigesetzten Zeit als einen Hauptgegenstand des Konflikts erscheinen und die Autonomiefähigkeit, die individuelle und soziale Fähigkeit, über seine freie Zeit zu verfügen, sie mit Freude und Sinn zu erfüllen, als eine Kardinaltugend. Es verweist umgehend auf diese andere Gesellschaft, die sich in der Verlängerung der aktuellen Tendenzen abzeichnet“ (Gorz 2000, 132, Hervorheb. im Original). (Stütze 4, Reflexion auf Sinn)

Sackgasse-Argument

Für Gorz steht fest, das derzeitige auf einer Lohngesellschaft basierende Sozialsystem steckt in einer Sackgasse. Aus dieser Perspektive heraus sei auch das von den Gegnern eines bedingungslosen Grundeinkommens häufig angeführte Finanzierungs-Argument nicht zu beantworten:

(1. Defizitprämisse)

„Das allgemeine, bedingungslose soziale Grundeinkommen ist jener Ökonomie am angemessensten, die sich jenseits der Sackgasse abzeichnet, in die die aktuelle Entwicklung eingemündet ist. Immer mehr Reichtum wird mit immer weniger Kapital und Arbeit produziert. Die Produktion verteilt in der Folge an eine abnehmende Zahl von Berufstätigen eine abnehmende Menge von Löhnen und Gehältern, wodurch die Kaufkraft eines wachsenden Anteils der Bevölkerung sinkt und Arbeitslosigkeit, Armut, unumgehbare Not sich ausbreiten. Die schnell ansteigende Produktivität von Arbeit und Kapital bringt einen Überschuß an Arbeitskraft und Kapital mit sich. Zusätzlich versucht sich dieses auch noch ohne die Vermittlung produktiver Arbeit – durch Operationen auf den Finanz- und Devisenmärkten – zu vermehren oder durch Investitionen in Billiglohnländern. Durch das sinkende Lohnaufkommen, *aber auch auf Grund der von den Staaten dem Kapital eingeräumten Steuerbefreiungen, die seine*

*Abwanderung bremsen sollen*²⁰⁷, sind die kurzfristig nicht rentablen Aktivitäten und Investitionen (wie Forschung, Erziehung, öffentliche Dienste und Einrichtungen, Umweltschutz etc.) nicht mehr finanzierbar. Privatisierung öffentlicher Dienste, Kürzungen von Sozialausgaben und Sozialleistungen greifen ineinander. Die gewöhnlich den Verfechtern eines sozialen Grundeinkommens gestellte Frage: 'Woher wollen Sie das Geld nehmen?' verweist auf die Sackgasse, in die das System hineingeraten ist. Denn obwohl die Arbeitszeit nicht mehr als Maß des geschaffenen Reichtums dienen kann, bleibt sie immer noch die Grundlage, auf der die verteilten Einkommen und der überwiegende Anteil der staatlichen Umverteilung sowie der Staatsausgaben beruhen. *So befindet sich die Wirtschaft in einem Gefälle, wo die zur Befriedigung von individuellen und kollektiven Bedürfnissen entnommenen und umverteilten Gelder tendenziell die von der Produktion und für diese ausgegebenen Gelder übersteigen.* Auf dieser Grundlage ist nicht nur das allgemeine Grundeinkommen nicht zu finanzieren. Der ganze Staat und die gesamte Gesellschaft fallen sichtlich (besonders in Großbritannien und den Vereinigten Staaten) auseinander“ (Gorz 2000, 129f, Hervorheb. im Original). (Stütze 1, Erklärung)

Anreiz-Argument

Wie das Nötigung-Argument so reagiert auch das Anreiz-Argument von Gorz auf das Hängematten-Argument²⁰⁸ der Gegner:

(1. Defizitprämisse)

„Ich weiß, wer immer die Garantie eines ausreichenden gesellschaftlichen Grundeinkommens fordert, wird schließlich auf folgenden Einwand treffen: 'Der Anreiz zur Arbeit wird dadurch stark nachlassen, und am Ende wird es der Gesellschaft an Arbeitskräften fehlen.' Dieser Einwand dürfte eigentlich nur von denen gemacht werden, die selbst ungern arbeiten und es ohne Zwang unterlassen würden. Er verweist folglich implizit gerade auf die Notwendigkeit, die Gesellschaft so zu organisieren, daß es keine Anreize (in Wirklichkeit Zwänge) braucht, um die Menschen zur Arbeit zu motivieren. Dominique Méda hat den Widerspruch im Innersten 'des herrschenden gesellschaftlichen Diskurses' gut herausgearbeitet²⁰⁹: Dieser stellt 'die Arbeit' nämlich als ein Grundbedürfnis 'des Menschen' dar, als ein unerläßliches 'soziales Band', eine

²⁰⁷ Gorz kommentiert hier: „Zwischen 1979 und 1994 stiegen die Gewinne der deutschen Unternehmen um 90%, die Löhne um 6%. Aber der Anteil der Gewinnsteuern am gesamten Steueraufkommen ist von 35% im Jahr 1960, auf 25% 1980 und auf 13% 1994 gesunken. In der gleichen Zeit ist der Anteil der Steuern auf Löhne und Gehälter von 16% im Jahr 1960 auf 30% 1980 und auf 36% 1994 gestiegen. Wäre der Anteil der Steuer auf die Gewinne auf dem Niveau von 1980 geblieben, wären die Steuereinnahmen um 86 Milliarden DM gewachsen, anstatt um 9% zu sinken. Vergleiche D. Eisel und G. Erb, 'Vom Elend des kapitalistischen 'Sozialstaates', in: *Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte*, 4, 1996, S. 351“ (129, Hervorheb. im Original).

²⁰⁸ Vgl. das Contra-Argument, das Anthropologie-Argument A, unter 6.4.1

²⁰⁹ Gorz weist hier hin auf: „Dominique Méda: *Le travail. Une valeur en voie de disparition*, Paris 1995, S. 182 ff“ (141, Hervorheb. im Original).

5.6 André Gorz und die Bedingungslosigkeit

Tugend und die Hauptquelle der Anerkennung durch andere und der Selbstachtung. Sobald es aber um nicht an die Arbeit gebundene soziale Rechte geht, beschwört man die Gefahr, daß damit 'der Anreiz zur Arbeit nachlassen könnte'. Also ist 'die Arbeit' doch nicht so anziehend, erfüllend, befriedigend, integrierend, daß man den Menschen nicht einen 'Anreiz' dafür geben müßte, etwa durch unterhalb des Existenzminimums liegende soziale Unterstützungen für Arbeitslose“ (Gorz 2000, 141f). (Stütze 1, Erklärung/wiss. Position)

5.6.1 Klassifikation (Bereichsspezifik) der Argumente bei Gorz

<u>Arbeit</u>		<u>Individuum/Identität</u>	
Abkopplung-Argument.....	341	Fähigkeitsverlust-Argument.....	335
Anreiz-Argument	375	Selbstorganisation-Argument	357
Arbeitsreduktion-Argument	330	Tätigkeitsautonomie-Argument ..	362
Phantom-Argument	367	<u>Natur/Nachhaltigkeit</u>	
Selbstlosigkeit-Argument	372	-/-	
Selbstzweck-Argument.....	352	<u>Recht/Gesetz</u>	
Unmessbarkeit-Argument	371	Abschaffung-Argument.....	331
Verökonomisierung-Argument	355	Dienstbotenarbeit-Argument.....	353
<u>Erziehung/Bildung/Unterricht</u>		Südafrikanisierung-/	
-/-		Hausfrauisierung-Argument ...	361
<u>Ethik/Moral</u>		<u>Staat/Politik/Macht</u>	
Antihumanismus-Argument	351	Herrschaft-Argument	343
Entfremdungsbedingung-		Verschleierung-Argument.....	339
Argument.....	365	Work-/Welfare-Argument.....	347
Ethikwechsel-Argument	353	Zugang-Argument.....	334
Nötigung-Argument	371	<u>Wirtschaft/Finanzen/Verteilung</u>	
Prekariat-Argument	366	Devisensteuer-Argument.....	365
<u>Fortschritt/Technik</u>		Distribution-Argument	347
Arbeitseende-Argument	338	Einkommensgarantie-Argument .	370
Banalisierung-Argument	350	Kosten-Integration-Argument	335
<u>Gesellschaft/System</u>		Krise-Argument	331
Anpassung-Argument	350	Monopol-Argument	352
Exodus-Argument	364	Sackgasse-Argument	374
Geltung-Argument.....	330	Ungleichheit-Argument	335
Jenseits-Argument.....	336	<u>Wissenschaft</u>	
Lohngesellschaft-Argument.....	366	-/-	
Mindesteinkommen-Argument ...	363	<u>Zeit/Geschichte</u>	
Multiaktivität-Argument	368	Paradies-Argument.....	330
Mutterschaft-/Mutterfunktion-		Sukzessivität-Argument	373
Argument.....	357	Überakkumulation-	
<u>Gesundheit</u>		Unterkonsumtion-Argument ..	334
-/-			

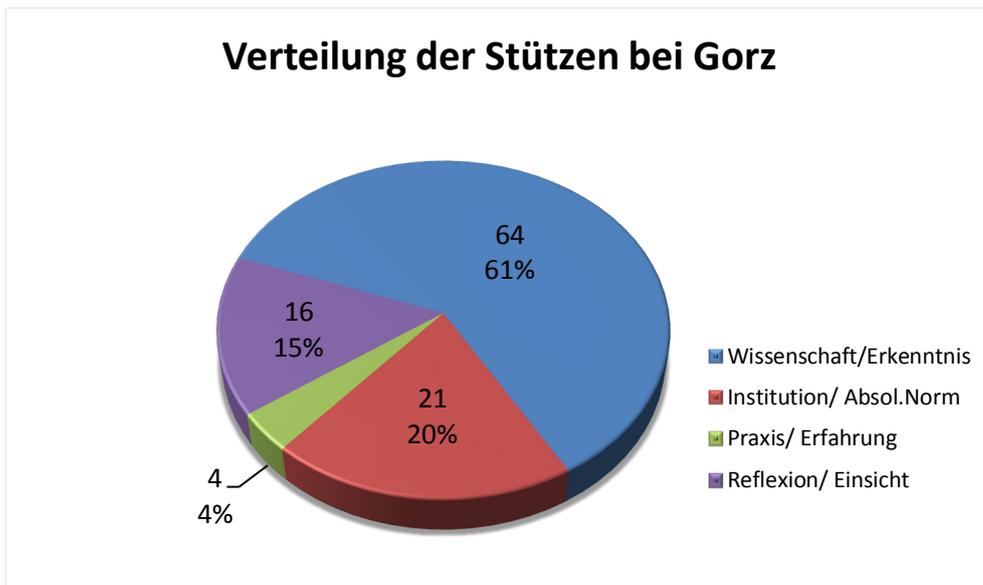
5.6.2 Zusammenfassung

André Gorz zählt zu den Gesellschaftskritikern, die sich unermüdlich für lebenswertere Gesellschaftszustände eingesetzt haben. Seine lange Zeit ablehnende Haltung gegenüber einem *bedingungslosen* Grundeinkommen und schließliche Hinwendung zu dieser sozialstaatlichen Alternative zwischen Kapitalismus und Sozialismus sind Ausdruck seiner lang verzweifelten Suche nach Lösungsmodellen. Er wird im Rahmen dieser Arbeit als Autor zwischen den Jahren der Wende und der Agenda 2010 analysiert.

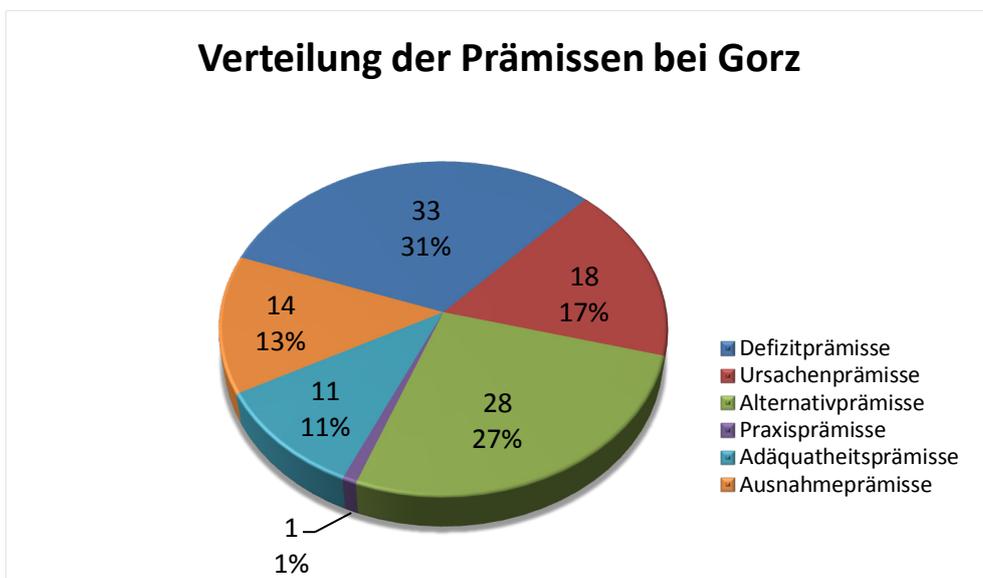
Die bisherige Analyse der Argumente bei Gorz hat 44 Argumente her-

5.6 André Gorz und die Bedingungslosigkeit

ausfiltern können. In den analysierten Argumenten sind 105 Stützungen ausfindig gemacht worden. Gorz stützt sich vor allem auf Wissenschaft und Erkenntnis (Stütze 1: 64). Im Vergleich dazu erfolgen die Stützung auf Institution und Absolute Norm (Stütze 2: 21) und die Stützung auf Reflexion und Einsicht (Stütze 4: 16) erheblich weniger. Am wenigsten stützt Gorz sich auf Praxis und Erfahrung (Stütze 3: 4).



Insgesamt liegen den analysierten Zitaten ebenso 105 Prämissen zugrunde. Hauptsächlich setzt Gorz Defizite (33) und Alternativen (28) voraus, gefolgt von Ursachen (18), Ausnahmen (14) und Adäquatheit (11). Die Praxisprämisse (1) wird nur einmal vorausgesetzt.



5.7 Götz Werner und das bedingungslose Grundeinkommen

Götz Werner nimmt einen entscheidenden Platz bei der Vermittlung der Idee eines bedingungslosen Grundeinkommens ein. Als ehemaliger Professor an der Universität Karlsruhe für Entrepreneurship setzt er sich für diese Idee in allen Medien (Zeitungen, Fernsehen, Radio und Internet) ein. Über seine Web-Site <http://www.unterschied-zukunft.de> werden dazu die Idee sowie aktuelle Informationen im Internet verbreitet. Werner als erfolgreicher Wirtschaftsunternehmer scheint in den letzten Jahren entscheidend dazu beigetragen zu haben, dass sich die Idee einer bedingungslosen Existenzsicherung für alle Menschen einer Gesellschaft als gesellschaftlicher Diskurs weiter verbreitet hat. Werner, der sich als Gründer der erfolgreichen Drogeriemarktkette dm mit einem jährlichen Umsatz von ca. 5 Mrd. Euro mittlerweile aus der Unternehmensführung zurückgezogen hat, hat es sich zu seiner Berufung gemacht, für ein bedingungsloses Grundeinkommen bundesweit zu werben. Sein zusammen mit Adrienne Göhler herausgebrachtes Buch „1000 Euro für jeden“ habe auf der Bestsellerliste des Manager Magazins Platz 10 erreicht²¹⁰.

Werner hat als erfolgreicher Wirtschaftsunternehmer als Privatperson finanziell „ausgesorgt“ und setzt sich messianisch für die Verbreitung der Idee einer bedingungslosen Grundsicherung ein. Die Prominenz und der wirtschaftliche Rückhalt Werners erlauben ihm, mit derartig revolutionären Ideen in der Öffentlichkeit aufzutreten. Dass er sich als erfolgreicher Wirtschaftsunternehmer gerade um die sozialen Belange und die Beseitigung der Armut in der Gesellschaft einsetzt, schafft ihm eine authentische Position.

Großen Wert legt er bei seinen Kundgebungen darauf, dass es sich zunächst bei der Vermittlung dieses Themas um die *Idee* und nicht um die Vermittlung eines *Modells* eines bedingungslosen Grundeinkommens handelt. Wäre man zu voreilig schon bei der Vermittlung von Modellen, so Werner, würde die Diskussion schnell im Sande verlaufen²¹¹. Modelle zum Grundeinkommen gibt es mehrere. Sie unterscheiden sich schon alleine in der Bemessung der Höhe des auszuzahlenden Einkommens. Die Idee allerdings, und das sei in der gesellschaftlichen Debatte entscheidend, ist das, was zunächst zu vermitteln sei, bevor man überhaupt

²¹⁰ Vgl. <http://www.unterschied-zukunft.de>, Stand 02.09.2011.

²¹¹ Persönliche Teilnahme am Vortrag von Werner an der Rudolf-Steiner-Schule in Bochum/ Langendreer am 07. Mai 2008.

über Modelle sprechen könne. In welcher Höhe, ab welchem Alter und in welchem Rahmen von Steuerreformen spiele dabei zunächst nicht die entscheidende Rolle, so Werner.

Provokant formuliert Werner, Hartz IV sei offener Strafvollzug und das „manische Schauen auf Arbeit“ mache uns „alle krank“ (vgl. Werner 2006_B). Die Hartz IV Gesetzgebung beraube die Menschen ihrer Freiheitsrechte und zerstöre ihre Kreativität (vgl. ebd.). Werner kritisiert erheblich die durch die Agenda 2010 hervorgegangene Hartz-IV-Gesetzgebung.

Hartz-IV-Alternative-Argument

1. Defizitprämisse)

„Das derzeitige Debakel hört auf den Namen eines unter Korruptionsverdacht zurückgetretenen VW-Managers: Hartz IV ist nichts anderes als Kujonierung des Bürgers durch den Staat und in seiner Auswirkung auf den Betroffenen nur vergleichbar mit offenem Strafvollzug. Der Einsatz von Hartz-IV-Empfängern in allen möglichen irrwitzig konstruierten Jobs und Beschäftigungspraktiken ist entwürdigend und bizarr“ (Werner 2007, 91). (Stütze 4, Wissen als Interpretation)

Die bundesweit durch Jobcenter und Bildungsanstalten durchgeführten Maßnahmen zur Wiedereingliederung in den ersten Arbeitsmarkt scheinen kostenintensiv und oftmals für alle Beteiligten sinnlos zu sein.²¹²

(3. Alternativprämisse)

„Noch dazu würde die viel zu selten gestellte normative Frage, ob wir wirklich billigen wollen, was Hartz IV mit den Menschen anrichtet, endlich mit einem klaren Nein beantwortet. [...] Die neue Ethik des Grundeinkommens lautet kurz und bündig: Du bekommst ein Grundeinkommen und hast damit die Möglichkeit, ja die Bringeschuld, deine Talente in der Gesellschaft wirksam werden zu lassen. Zeig, was du kannst! [...] Der große Nachteil in der gegenwärtigen Arbeitswelt ist ja, dass viele Menschen einen Arbeitsplatz zumeist nur als Einkommensplatz suchen und sich nicht eher zu bewegen beginnen, bis alles vorab geklärt und abgesichert ist. Ein unternehmerischer Mensch aber wartet nicht, bis ihn jemand anstellt. Er hat eine Idee und fängt an. Denn ein Unternehmer ist eben Realträumer, er muss wagen und riskieren. Gerade *weil* er sich nicht 'von außen' zur Arbeit verpflichtet fühlt, kann er initiativ werden“ (ebd. 12f, Hervorheb. im Original). (Stütze 4, Reflexion/Gebot)

Werners Kritik ist radikal und bezieht sich zudem auch auf den Um-

²¹² Vergleiche dazu z.B. den virtuellen Supermarkt in Hamburg, der für einige Aufregung gesorgt hat:
<http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/0,1518,686388,00.html>,
Stand: 16.09.2011 und unter:
<http://www.youtube.com/watch?v=xqWyJGVjpkj>, Stand: 01.04.2013.

gang mit ALG-I-Beziehern. Das Ziel der Vollbeschäftigung sei ein Mythos.

Vollbeschäftigungs-Mythos-Argument

Dieses Argument ist im Zusammenhang mit dem Technischer-Fortschritt-Argument zu sehen:

(1. Defizitprämisse)

„Die Menschen haben es satt, in sinnlose Fortbildungen gezerzt zu werden, nur um die Arbeitslosenstatistiken zu beschönigen und mit ihrem Leben und ihrer Integrität dafür herhalten zu müssen, den Mythos von der Vollbeschäftigung aufrechtzuerhalten, obwohl es mehr als offensichtlich ist, dass es eine Vollbeschäftigung nicht mehr geben wird und auch nicht geben kann“ (Werner/Goehler 2010, 24). (Stütze 3, Praxis/Erfahrung)

Werner ist entschlossen und überzeugt, dass die derzeitige Arbeitsmarktpolitik sich immer tiefer in eine Sackgasse begibt.

(1. Defizitprämisse)

„Die Erwerbsarbeitsplätze in Wirtschaft und öffentlichem Dienst werden immer weniger, die Erwerbslosen deshalb immer mehr und deshalb die Sanktionen im härter. Der Soziologe Georg Vobruba spricht von der 'Beschäftigungsfalle', in die sich die Politik mit der Agenda 2010 hineinmanövriert habe und in der alle nur verlieren können.

Statt diese Realität zur Grundlage ihres politischen Handelns zu machen, hält die Regierungspolitik am Mythos der Vollbeschäftigung fest und bezahlt diese Irrationalität mit immer weniger Zustimmung der Wähler²¹³. Die glauben in ihrer großen Mehrzahl dieses Märchen nicht mehr, vertrauen lieber ihrer eigenen Wahrnehmung. Jedes Jahr verschwinden in Deutschland über zehn Prozent aller Arbeitsplätze – und das bei gleichbleibender und steigender Produktivität. Schätzungen gehen davon aus, dass dauerhaft zwanzig Prozent der arbeitsfähigen Bevölkerung ausreichen, um die Wirtschaft auf dem heutigen Stand in Schwung zu halten. Achtzig Prozent der erwerbsfähigen Bevölkerung blieben demzufolge langfristig ohne Job“ (Werner/Goehler 2010, 98f). (Stütze 1, wiss. Position/Erklärung)

Mit diesen beiden vorangehenden Argumenten ist die Grundsatzkritik Werners markiert. Mag dies noch einsichtig erscheinen, so entsteht im Zusammenhang damit aber häufig die Frage nach der Finanzierung eines Grundeinkommens. Nimmt man die von Werner/Goehler in ihrem Buch geforderten 1000 Euro für jeden monatlich ernst, so entspräche dies bei ca. 82 Millionen Bundesbürgern knapp einer Summe von 1 Billion Euro pro Jahr, die viele Menschen skeptisch werden lässt. Darauf

²¹³

Vgl. hierzu den Einzug der Piraten-Partei erstmalig in den Berliner Landtag, die am 18.09.2011 knapp 9% der Wählerstimmen erringen konnte. Die Piraten-Partei hat das bedingungslose Grundeinkommen in ihrem Parteiprogramm fest verankert.

reagiert Werner mit dem

Finanzierbarkeit-Argument

2006 entkräftet Werner bereits das Finanzierungs-Argument der Gegner unter Berufung auf Benedikt Hardorp:

(3. Alternativprämisse)

„(I): 'Wie sieht es mit der Finanzierung eines Grundeinkommens aus'? Hardorp: 'Wir haben bereits eine: 720 Milliarden Euro pro Jahr in den genannten sozialen Transfer-systemen. Um diese zu verteilen, werden heute weit über 100 Milliarden Euro Verwaltungskosten aufgebracht. Ungefähr die Hälfte davon könnten wir sparen. Wenn Sie beispielsweise diese circa 800 Milliarden Euro an die 80 Millionen Bundesbürger verteilen, könnte jeder über 830 Euro im Monat verfügen. Wie hoch das Grundeinkommen tatsächlich ausfällt, wäre eine Frage des sozialen Konsenses'“ (Werner 2006_A, 52). (Stütze 1, wiss. Position)

2010 hat sich Werners Finanzierungsargument entscheidend erweitert unter Berufung auf den Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble:

(3. Alternativprämisse)

„Finanzminister Wolfgang Schäuble, bisher nicht als Befürworter eines bedingungslosen Grundeinkommens aufgefallen, hat die Finanzierbarkeit von 'Tausend Euro für jeden', vermutlich gänzlich unbeabsichtigt, in einem Interview mit der *Frankfurter Rundschau* im Februar 2010 erklärt. Dort ließ er wissen, dass der deutsche Staat schon jetzt pro Jahr eine Billion Euro für Sozialleistungen ausgibt – wir zitieren: '12 500 Euro pro Kopf'. Das Geld ist also da. Und sogar ein wenig mehr, als wir mit 'Tausend Euro für jeden' in diesem Buch vorschlagen, die summieren sich ja bloß auf 12 000 Euro pro Kopf und Jahr!“ (Werner/Goehler 2010, 50, Hervorheb. im Original). (Stütze 1, Verweisung auf Bekanntes/Erklärung)

Ein bedingungsloses Grundeinkommen wäre laut Werner also bereits heute finanzierbar, es fehle nur an der nötigen Einsicht und Überzeugung. Es handele sich nicht um eine Finanzierungs- sondern um eine Bewusstseinsfrage (vgl. Werner 2007, 208).

Anthropologie-Argument

Besonders hervortretend ist bei Werner das Anthropologie-Argument, mit dem er den Hauptgegenargumenten „Keiner geht dann mehr arbeiten“ und „Wer macht dann die Drecksarbeiten“ begegnet:

(1. Defizitprämisse)

„Wer nun glaubt, mit einem bedingungslosen Grundeinkommen stelle der Mensch seine Arbeit, besser gesagt: seine individuelle Initiative ein, der glaubt im Grunde, der Mensch könne oder müsse von außen gelenkt werden. Er glaubt, ohne einen zumindest mittelbaren Zwang – den zur Existenzsicherung – springe der Motor der Initiative beim Menschen gar nicht erst an. Dabei entwickelt sich der Mensch im Kern doch durch Eigentätigkeit. Nur so erwirbt er seine Fähigkeiten, nur so kann er kreativ werden, nur so wird er überhaupt zum Individuum. Nur auf der Grundlage von Eigenantrieb und eigenen Fähigkeiten kann er sich zugleich in soziale Strukturen einbinden,

kann er in von anderen bestimmten Abläufen tätig werden und von anderen festgelegte Aufgaben übernehmen. ... Wer Menschen also für lenkbar hält, ja glaubt, sie *müssen* von außen gelenkt und gezwungen werden, stellt damit sich selbst als Mensch mit unternehmerisch-kreativer Potenz in Frage. Oder er spricht anderen das Menschsein ab. Er rechnet letztlich mit dem Untergang des Menschlichen und mit dem Sieg der Maschinen über den Menschen. Er macht ihn zum 'Rädchen' im System der Maschinen – statt die Maschinen zum Instrument menschlichen Schaffens zu machen“ (Werner 2007 179f, Hervorheb. im Original). (Stütze 4, Reflexion/Wissen als Interpretation)

Aufgrund seines Menschenbildes wäre es zumindest einen Versuch wert:

(3. Alternativprämisse)

„Unser beider Menschenbild [Selbst- und Fremdbild, MM] ist zweifellos ein optimistisches, und wir behaupten: Die meisten Menschen, die heute arbeiten und sich für die Gesellschaft engagieren, würden das auch nach dem Jahr null des neuen Grundeinkommen-Zeitalters tun. Wenn am Ende doch die pessimistische Sicht auf die Menschen recht hätte und die Mehrheit aufhören würde zu arbeiten, hätte sich das mit dem Grundeinkommen ohnehin absehbar schnell erledigt. Dann können wir ja immer noch zum heutigen Modell zurückkehren“ (Werner/Goehler 2010, 58).

Die Möglichkeit einer schnellen Rückkehr zum heutigen kompensatorischen Modell der Grundsicherung im Falle des Scheiterns der anvisierten Grundeinkommen-Gesellschaft sei hier in Frage gestellt.

Das bedingungslose Grundeinkommen ermögliche erst eine gerechte Entlohnung von „Drecksarbeit“. Ein Interviewer des Sterns wird auf seine Frage hin, wer denn diese „Drecksarbeit“ dann mache und ob in den dm-Märkten dann noch Menschen an der Kasse sitzen würden, auf sein Menschenbild aufmerksam gemacht:

(5. Adäquatheitsprämisse)

„Natürlich müssen unangenehme Jobs, wenn sie nicht von Maschinen übernommen werden können, eventuell höher entlohnt werden. Aber prinzipiell haben Sie ein zu pessimistisches Menschenbild. Das Grundeinkommen macht die Menschen doch nicht faul und apathisch, im Gegenteil. Wir wollen etwas leisten. Zwang hilft nicht. Angst hilft nicht. Aber wenn Sie zufrieden sind, leisten Sie mehr. Sie unterschätzen den immateriellen Wert von Arbeit. Arbeit macht auch Spaß. Die Leute wollen arbeiten, sie möchten gemeinschaftlich etwas erreichen“ (Werner, 2006_B). (Stütze 2, Absolute Norm als Wahrheit)

Das sog. Hängematten-Argument seitens der Gegner, dass nach Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens niemand mehr motiviert wäre, zu arbeiten, versucht Werner damit zugleich zu entkräften. Außerdem gelte:

„Antriebslose Menschen hat es immer gegeben und wird es immer geben. Die hat die Gesellschaft immer ertragen und wird sie immer ertragen müssen. Durch keine Macht der Welt machen wir aus einem arbeitsunwilligen, von innerer Lähmung befallenen Menschen einen motivierten Menschen. Das heißt, diese Menschen sind und bleiben unwillig, sich sozial zu bewegen. Sie werden es immer vorziehen, ohne Job zu leben, und wenn man sie in ein Beschäftigungsverhältnis zwingt, dann werden sie ihre Tätig-

5.7 Götz Werner und das bedingungslose Grundeinkommen

keit eher sabotieren als ausfüllen“ (Werner 2007, 109)²¹⁴. (Stütze 1, Erklärung/Verweisung auf Bekanntes)

Auch bei seinen öffentlichen Auftritten greift Werner gerne auf Zitate von Autoritäten wie dem folgendem zurück:

„Ein grundsätzlich positives Menschenbild ermöglicht mir, Menschen nach einem Prinzip zu führen, das Freiherr vom Stein sehr treffend in die folgenden Worte kleidete: 'Zutrauen veredelt den Menschen, ewige Vormundschaft hemmt sein Reifen'“ (Werner 2007, 121). (Stütze 1, Erklärung/wiss. Position)

Angst-Argument

Das oberste Ziel der Grundeinkommensbewegung, so Werner, sei (neben der Bekämpfung der zunehmenden Armut in Deutschland) eine Gesellschaft ohne Angst (vgl. Werner 2006_A, 44). Die Befürchtung, dass Leute mit einem bedingungslosen Grundeinkommen nicht mehr arbeiten würden wird von Werner aufgegriffen:

(5. Adäquatheitsprämisse)

„Der eine oder andere mag tatsächlich mit Lethargie und Unmotiviertheit reagieren, dies ist nicht auszuschließen. Dass dies der Regelfall sein wird, ist aber unwahrscheinlich. Entsprechende Vorhersagen übersehen die enorme Kraft der Befreiung von Angst, die jedem Einzelnen ganz neue Handlungs- und Veränderungspotenziale eröffnet, indem sie es ihm ermöglicht, ohne alles auf eine Karte setzen zu müssen, eingefahrene Wege und Tätigkeiten zu verlassen, anstatt – wie nicht wenige – aus Existenzangst in Stillstand und Unzufriedenheit zu verharren“ (Werner 2006_A, 126). (Stütze 4, Reflexion/Wissen als Interpretation)

Angst, vor allem Existenzangst als ein sehr weit verbreitetes Phänomen sei eine denkbar schlechte Voraussetzung für eine „gesunde“ und arbeitsfähige Gesellschaft. Von dieser sei längst nicht mehr nur eine Unterschicht betroffen:

(1. Defizitprämisse)

„Existenzangst, Perspektivlosigkeit und die Angst, in das so genannte Prekariat abzurutschen, schüren Furcht und Ablehnung gegenüber der Globalisierung – ein Begriff, auf den man sich geeinigt hat, um die negativen Auswirkungen der wachsenden weltwirtschaftlichen und gesellschaftlichen Komplexität zu beschreiben. Und die Angst vor dem Absturz ist bekanntlich längst in der Mitte der Gesellschaft angekommen. Wo aber die Globalisierung verteufelt wird, ist die Gerechtigkeitsdebatte nicht weit“ (Werner 2007, 164f). (Stütze 1, Verweisung auf Bekanntes)

²¹⁴ Eine ähnliche Einstellung vertritt Dieter Althaus (CDU) in Bezug auf das von ihm vorgeschlagene Solidarische Bürgergeld. Vgl. seine Aussagen im Film „Bedingungslos glücklich“ bei ca. Min 9:44 unter: <http://www.youtube.com/watch?v=YIZnCIJy57Y>, Stand 14.02.2012.

Existenzangst, so Werner/Goehler, behindere das Individuum, einen kreativen Umgang mit seinem Leben zu pflegen (vgl. Werner/Goehler 2010, 114).

(3. Alternativprämisse, 1. Defizitprämisse)

„Das Grundeinkommen will zuallererst den Bürgern ein menschenwürdiges Dasein ohne Existenzängste ermöglichen. Es hat damit vor allem anderen ein soziales Anliegen“ (Werner 2007, 107). „Längst geht es nicht mehr allein um die wachsende Armut, die sich vor den Suppenküchen, in Arbeitsagenturen und im Niedriglohnsektor zeigt. Immer mehr Menschen eint die Angst vor der Zukunft – unabhängig von ihrer Zugehörigkeit zu einer bestimmten Schicht, Berufs- oder Altersgruppe“ (Werner/Goehler 2010, 260). (Stütze 1, Erklärung)

Das bedingungslose Grundeinkommen als Bedingung der Möglichkeit, in Würde und Freiheit arbeiten zu können, schaffe vor allem die Existenzangst ab:

(5. Adäquatheitsprämisse)

„Die *individuelle* Leistung, die menschliche Arbeit, befreien wir mit dem Grundeinkommen einerseits vom Zwang zur Sicherung der nackten Existenz und andererseits vom unvermeidbaren Risiko, von gesellschaftlicher Teilhabe ausgeschlossen zu sein. Das ist zwingend notwendig, denn beides, das physische Überleben und die kulturelle Teilhabe, sind nicht die *Folge*, sondern die *Voraussetzung* des Leistens für andere. [...] Das heißt: Mit dem Grundeinkommen lassen wir den *Menschen* in Ruhe arbeiten, nämlich frei von Existenzangst“ (Werner 2007, 177f, Hervorheb. im Original). (Stütze 1, Erklärung)

Damit ist ein weiteres Argument angesprochen, nämlich das

Teilhabe-Argument

(3. Alternativprämisse)

„Trotzdem bleiben viele Bedürftige auf der Strecke. Beim Grundeinkommen von tausend Euro für jeden wäre damit Schluss, es wäre nicht nur existenzsichernd, sondern sicherte auch die kulturelle Teilhabe“ (Werner/Goehler 2010, 223f). (Stütze 4, Wissen als Interpretation/Reflexion)

Insbesondere bezogen auf die Altersarmut wird dieses Argument gebracht:

(1. Defizitprämisse)

„Die zunehmende Altersarmut erschwert die kulturelle Teilhabe, denn gerade alte und gebrechliche Menschen sind zum Beispiel auf öffentlichen Nahverkehr oder gar Taxifahrten angewiesen, um selbst kurze Distanzen zu Veranstaltungen zurücklegen (sic!) zu können. Selbst ein Telefon- oder gar Internetanschluss ist für viele Alte nicht mehr erschwinglich. Wenn für die Mobilität und Kommunikation das Geld fehlt, ist Vereinsamung die Folge“ (ebd. 120). (Stütze 1, Verweisung auf Bekanntes)

Mit einer Analogie zum Osmose-Verfahren bei der Zuckergewinnung schlägt Werner (2007) eine Brücke zum Sozialen:

5.7 Götz Werner und das bedingungslose Grundeinkommen

(1. Defizitprämisse)

„In eine gesellschaftliche Dimension übertragen heißt das: Sie können nicht völlig ungesättigt teilhaben. Ohne Existenzminimum – besser gesagt: ohne ein Kulturminimum – ist soziale Osmose unmöglich. Ohne schwach gesättigtes Umfeld – keine Teilhabe“ (49). (Stütze 4, Analogie)

Bürokratie-Argument

Werner hält eine Verschlinkung des verteilenden und kontrollierenden Staates zur Vereinfachung für unbedingt notwendig. Dass viele der Staatsangestellten dadurch ihren „Arbeitsplatz“ verlieren würden, ist ihm bewusst. Er möchte diese Problematik auch nicht verunglimpfen, beschreibt aber, dass jene sich durch das Grundeinkommen weitaus sinnvollerem Arbeiten zuwenden könnten (vgl. Werner/Goehler 2010, 252).

(3. Alternativprämisse)

„Ein Teil der heute mehr als 720 Milliarden Euro an Sozialausgaben in Deutschland kann schon durch den Wegfall der Verwaltungsbürokratie eingespart werden“ (Werner 2006^A, 11). „Würde man die heutigen Sozialtransfers mit einem Teil der eingesparten Kosten unserer Sozialbürokratie zusammenrechnen, dann könnte ein erster Schritt auch schon ein Grundeinkommen von 800 Euro pro Monat und Bürger sein“ (Werner 2007, 99). (Stütze 1, Erklärung)

Werner beruft sich mehrfach auf die Ausführungen Mitschkes:

(5. Adäquatheitsprämisse)

„Joachim Mitschke, Autor eines Buches zu Grundsicherungsmodellen, erhärtet diesen Verdacht: 'Seit Bestehen der Bundesrepublik hat sich eine gigantische Sozialbürokratie herausgebildet, die mit 38 unterschiedlichen Arten von Behörden und Quasibehörden 155 steuer- und beitragsfinanzierte Sozialleistungen verwaltet.' Und 1984 zu einer Zeit, als wir noch in D-Mark dachten, rechnete der Deutsche Städtetag vor, dass für die Vergabe von 18,7 Milliarden D-Mark Sozialhilfe 5,4 Milliarden D-Mark Verwaltungskosten anfielen“ (Werner/Goehler 2010, 196). „Der Wechsel vom heutigen Sozialsystem zum bedingungslosen Grundeinkommen ist prinzipiell einfach und im Kern vor allem eine Herausforderung an die bestehende Bürokratie: Statt der komplizierten Bewilligungsverfahren für die 155 verschiedenen Arten von Transferzahlungen (von Kinder- bis Wohngeld, BAföG bis Hartz IV), die von 38 verschiedenen Behörden verwaltet, bewilligt oder abgelehnt werden, gibt es nur noch einen staatlichen Dauerauftrag – ohne Prüfung. Das spart staatliche Verwaltungskosten in gewaltiger Höhe“ (Werner/Goehler 2010, 252). (Stütze 1, wiss. Position)

Technischer-Fortschritt-Argument

Ein unter Grundeinkommensvertretern weit verbreitetes Argument ist die Einstellung, dass Vollbeschäftigung, wie sie seitens der Politik im-

mer noch häufig proklamiert wird, ein „Mythos“ sei. Im Gegenteil, so deren Auffassung, durch den technischen Fortschritt, durch den Eintritt in eine postindustrielle, postmoderne Gesellschaft, gehe die auf Erwerb ausgerichtete Arbeit immer mehr aus²¹⁵. Benediktus Hardorp (Werner 2006A), auf den sich Werner beruft, erläutert in einem Interview folgendermaßen:

„Es wird leider zu oft übersehen, dass gleichzeitig mit der Zunahme alter Menschen auch unsere Produktivität aufgrund des technischen Fortschritts so stark gewachsen ist, dass die zukünftig erforderlichen Renten durchaus tragbar und zu finanzieren sind. Wir haben gegenwärtig die achtfache Produktivität wie in der Nachkriegszeit; die Unternehmen könnten leicht noch mehr erzeugen – sie haben eher die Sorge, ob sie genug Absatz für ihre Mehrproduktion finden würden“ (92). (Stütze 1, wiss. Position)

Doch diese Tatsache, so Werner, könne immer noch nicht hinreichend gedacht werden:

(3. Alternativprämisse)

„An einer entscheidenden Stelle nämlich hakt es im vorherrschenden Denksystem. Viele schwere, gefährliche und unangenehme Arbeiten, von denen wir die Menschen entlasten konnten, haben Maschinen übernommen – und machen damit in der Konsequenz die Menschen in der Produktion überflüssig. [...] Jeder kennt diesen Widerspruch, jeder sieht das Ergebnis, aber jeder kennt nur zwei eingespielte Reaktionen auf diesen zutiefst logischen Zusammenhang: Jubel über den Fortschritt und Entsetzen über den Arbeitsplatzabbau“ (Werner 2007, 71). „Wenn aber die Menschen nicht mehr arbeiten müssen, weil Methoden und Maschinen das zu einem immer größeren Teil erledigen – dann müssen wir sie eben mit Einkommen versorgen“ (2006A, 25). (Stütze 1, Verweisung auf Bekanntes)

Wirtschaftswachstum bedeute nicht, dass dadurch auch mehr Arbeitsplätze entstehen, das Gegenteil sei der Fall, so Werner:

(1. Defizitprämisse)

„Jedes Jahr verschwinden in Deutschland über zehn Prozent aller Arbeitsplätze – und das bei gleichbleibender und steigender Produktivität. Schätzungen gehen davon aus, dass dauerhaft zwanzig Prozent der arbeitsfähigen Bevölkerung ausreichen, um die Wirtschaft auf dem heutigen Stand in Schwung zu halten. Achtzig Prozent der erwerbsfähigen Bevölkerung blieben demzufolge langfristig ohne Job“ (Werner/Goehler 2010, 99). (Stütze 2, Absolute Norm/Verweisung auf politisch-gesellschaftliche Systemorientierung)

Verfassung-/Menschenrecht-Argument

Das Grundgesetz Deutschlands, so Werner, legitimierte seit seiner Einführung im Mai 1949 insbesondere durch die Grundrechtsartikel immer schon ein bedingungsloses Grundeinkommen:

²¹⁵ Vgl. auch das Vollbeschäftigungs-Mythos-Argument in diesem Kapitel.

(3. Alternativprämisse)

„Dieses – unserer Verfassung völlig angemessene – Verständnis der Grundrechte hat eine simple Konsequenz: Wenn das Recht, in Würde und in Freiheit zu leben, bedingungslos ist, dann muss auch das Recht auf Essen, Trinken, Kleidung, Wohnung und auf grundlegende gesellschaftliche Teilhabe bedingungslos sein“ (Werner 2007, 61). (Stützen 2 u. 4, Institution/Gesetz, Analogie)

Bezogen auf die workfare-Arbeitsmarktpolitik mit dem „liberalen“ Grundsatz „Fördern und Fordern“ hält er fest:

(1. Defizitprämisse, 3. Alternativprämisse)

„Nein, sie sollen jede ihnen 'angebotene' Arbeit annehmen. In letzter Konsequenz wäre das Zwangsarbeit. Die ist übrigens verboten – in Artikel 12 unseres Grundgesetzes. Und im Grunde ist diese Denkweise fast noch absurder als das Dreiklassenwahlrecht. Da durften die, die überhaupt nichts hatten, wenigstens ein bisschen wählen. [...] Wie jedes andere Grundrecht ist auch das Recht auf Einkommen ein Menschen- und Bürgerrecht. Es ist sogar ein ganz elementarer Teil unserer Freiheitsrechte. Denn das Recht auf Freiheit beinhaltet sehr wesentlich das Recht, nein sagen zu können. [...] Die Freiheit, nein zu sagen, hat aber nur der, dessen Existenzminimum gesichert ist. Das allein wäre Grund genug für die Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens. Es ruht auf der zentralen Grundlage unserer Verfassung: Die Würde des Menschen ist unantastbar. Lange bevor man nach volkswirtschaftlichem Nutzen, ökonomischer Machbarkeit oder Finanzierbarkeit eines solchen Grundeinkommens fragt, ist es politisch immer schon begründet. Einkommen ist ein Bürgerrecht“ (Werner 2007, 62). (Stütze 2, Institution/Gesetz)

Damit ist zugleich das daran unmittelbar anschließbare Liberté-Argument angesprochen.

Liberté-Argument

Das 2010 zusammen mit der ehemaligen Kultursenatorin Berlins Adrienne Goehler von Werner herausgebrachte Buch „1000 für Jeden“ trägt den Untertitel „Freiheit, Gleichheit, Grundeinkommen“.

(1. Defizitprämisse)

„Grundeinkommen schafft Gleichheit und ermöglicht Freiheit. Ob wir das wollen, ist keine Frage des Geldes, sondern lediglich eine Frage unseres gemeinschaftlichen politischen Willens“ (Werner/Goehler 2010, 252)! „'Liberté' und 'Égalité' sind in unseren Gesetzen verankert und doch nicht durchgesetzt. Von Brüder- oder Geschwisterlichkeit und Solidarität ganz zu schweigen. Solange inmitten des gesellschaftlichen Reichtums Menschen unter Armut leiden, besteht die Gefahr sozialer Unruhen, die sich gegen Unfreiheit und Ungleichheit richten“ (ebd., 260). (Stütze 4, Reflexion/Wissen als Interpretation)

Die Initiative Werners begann nach Einführung der Hartz-Gesetze:

(1. Defizitprämisse, 5. Adäquatheitsprämisse)

„Heute wissen wir, was von Anfang an zu ahnen war, dass das ausgerufene Ziel der rot-grünen Agenda 2010, 'Eigenverantwortung zu fördern und mehr Eigenleistung von jedem Einzelnen abzufordern', mehr als verfehlt wurde. Die Menschen fühlen sich nicht gefördert, sondern gedemütigt; nicht die Eigenverantwortung ist gewachsen,

5 Textanalyse und Interpretation von Grundeinkommenspädagogiken

sondern die Bevormundung und das Gefühl, ausgeliefert zu sein. Ein bedingungsloses Grundeinkommen hingegen würde die Eigenverantwortung stärken, weil es Freiheit gibt: die Freiheit, sein Leben selbst in die Hand zu nehmen. Nicht mehr Opfer sein zu müssen, weder der Vorgesetzten oder der Eltern, noch der Verhältnisse. Der so oft gehörte entschuldigende Satz 'Wenn ich könnte, wie ich wollte, dann würde ich ... aber ich muss ja ...', würde so nicht mehr Bestand haben können. Die Menschen könnten darüber nachdenken, was sie frei von Angst tun *möchten*, welchen Beitrag sie leisten *wollen* und was sie schaffen *können* – statt nur das zu tun, zu dem sie aus Existenzangst gezwungen werden“ (Werner/Goehler 2010, 261f). (Stütze 1, Verweisung auf Bekanntes/Erklärung)

Das Grundeinkommen ist somit für Werner die logische Konsequenz aus einer für ihn völlig verfehlten Arbeitsmarktpolitik:

(5. Adäquatheitsprämisse)

„Das bedingungslose Grundeinkommen [...] beendet die Bevormundung durch den Staat und schafft Freiheit, die es noch nie gab, die Freiheit, die eigenen Geschicke selbst in die Hand zu nehmen“ (Werner/Goehler 2010, 262). „Stattdessen wird es sehr viele Menschen geben, die sich sagen: Das Grundeinkommen ist mir gerade recht, aber ich habe noch eigene Ziele und Bedürfnisse – jetzt arbeite ich nicht mehr, weil ich muss, sondern weil ich will. Jetzt kann ich tun, was mir liegt, und muss nicht dort arbeiten, wo ich am meisten Geld verdiene. Jetzt kann ich dort arbeiten, wo man angemessen mit mir umgeht. Und wo Produkte erzeugt werden, mit denen ich mich identifizieren kann. Das wäre eine enorme Klimaveränderung im Sozialen“ (Werner 2006_A, 30). (Stütze 4, Wissen als Interpretation)

Die Aufgabe eines Managers bestehe heute nicht mehr darin, Druck, sondern Sog zu erzeugen, so Werner (vgl. 2007, 125):

(3. Alternativprämisse)

„Der Anreiz zu all dem besteht in der Freiheit, es zu wollen. *Der Mitarbeiter ist frei, etwas zu tun, weil er frei davon ist, etwas tun zu müssen*“ (ebd. 143, Hervorheb. im Original). (Stütze 4, Reflexion/Wissen als Interpretation)

Entkopplung-Argument

Zu den Grundlagen und zur Historie des Grundeinkommens schreiben Werner/Goehler (2010):

(3. Alternativprämisse)

„Die erste Überlieferung einer Trennung von Arbeit und Einkommen findet sich in der Verfassung Spartas im sechsten Jahrhundert vor Christus. Sie garantierte der herrschenden Minderheit, den Spartiaten, die als Einzige das Privileg genossen, 'Vollbürger' zu sein, die lebensnotwendigen Güter, unabhängig von jeder Arbeitsleistung und von Bedürftigkeit. Alle weiteren Stände, die Frauen als Geschlecht, von den Sklaven ganz zu schweigen, kamen nicht in diesen Genuss“ (21). (Stütze 2, Kode/Verweisung auf Geschichte)

Und heute sähe es in Deutschland so aus:

(6. Ausnahmeprämisse)

„Tatsächlich leben heute in Deutschland bereits 15 Millionen Menschen von Erbschaft-

5.7 Götz Werner und das bedingungslose Grundeinkommen

ten, Sozial- und Arbeitslosenhilfe, Schwarzarbeit oder von Zuwendungen Dritter. Jedenfalls nicht mehr durch die eigene Arbeitsleistung oder die eines Familienmitglieds. Der Weg aus der Krise ist deshalb der Weg aus dem scheinbaren Dilemma – und nur zu gehen, indem wir Arbeit und Einkommen entkoppeln. Und das muss mit der Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens verbunden sein“ (Werner 2006_A, 17). (Stütze 2, Absolute Norm)

Einkommen und Arbeit werden Werner zufolge nicht voneinander differenziert, dies müsse jedoch wohl unterschieden werden.

(1. Defizitprämisse, 3. Alternativprämisse)

„Das Geld ist nicht das Problem – das Problem ist, dass wir Geld, also Einkommen, immer mit Arbeit koppeln. Die alten Griechen waren da weiter: Ein normaler Grieche hat nicht gearbeitet – dafür hatte er seine Sklaven. Unsere Sklaven sind die Methoden und Maschinen, die es uns erlauben, immer mehr Güter herzustellen mit immer weniger Arbeit. Wenn aber die Menschen nicht mehr arbeiten müssen, weil Methoden und Maschinen das zu einem immer größeren Teil erledigen – dann müssen wir sie eben mit Einkommen versorgen“ (Werner 2006_A, 25). „Einkommen und Arbeit sind in unserem Wirtschaftssystem aneinander gekoppelt. Das ist nicht mehr zeitgemäß. Wir brauchen kein Recht auf Arbeit. Wir brauchen ein Recht auf Einkommen. Ein Recht auf ein bedingungsloses Grundeinkommen. Den Menschen muss man Geld in die Hand geben – von der Wiege bis zur Bahre -, unbürokratisch, ohne Auflagen, ohne Formulare“ (ebd., 38). (Stütze 2, Verweisung auf Geschichte/politisch-gesellschaftliche Systemorientierung/Gesetz)

Durch die Kopplung von Einkommen an Arbeit entstünden in der Folge weitere Denkfehler:

(1. Defizitprämisse)

„Weil wir aber grundsätzlich Einkommen an Arbeit knüpfen, machen wir zugleich einen viel dramatischeren Fehler: Wir halten nur *Erwerbsarbeit* für Arbeit. [...] Tatsächlich gibt es sehr viel mehr Arbeit als Erwerbsarbeit. [...] Wir reden immer davon, dass jemand einen – oder eben keinen – Arbeitsplatz hat. Dabei haben die meisten Menschen bloß einen Einkommensplatz. Das heißt, sie machen ihre Arbeit einzig und allein deshalb, weil sie ein Einkommen brauchen“ (Werner 2007, 64, Hervorheb. im Original). (Stütze 4, Reflexion)

Insbesondere die nächsten drei Argumente, das Bildung-, Schulreform- und das Freie-Forschung-Argument hätten aus erziehungswissenschaftlicher Perspektive pädagogisch weitreichende Konsequenzen zur Folge.

Bildung-Argument

(1. Defizitprämisse)

„Wird am Bildungssystem nicht ständig herumgedoktert, bloß um junge Menschen möglichst passgenau für die 'Anforderungen des Arbeitsmarktes' zu qualifizieren“ (Werner 2007, 175)? (Stütze 4, Reflexion)

Werner vertritt eine extrem systemkritische Perspektive.²¹⁶

(1. Defizitprämisse)

„Es ist fatal, dass sich die Studierenden bereits bei ihrer Einschreibung, also meistens unmittelbar nach dem Abschluss ihrer eigenen Schulzeit, entscheiden müssen zwischen 'Lehramt' und 'freier' forschender Tätigkeit. Und häufig fügen sich die Lehramtsstudierenden diesen Erwartungen, reduzieren ihre Art der Wissensaufnahme auf konkret Verwertbares. Bildung im umfassenden Sinn ist etwas anderes.

Hier liegt eines der Grundprobleme unseres Schul- und Bildungssystems. Aus den pragmatischen, teils eingeschücherten Studierenden werden LehrerInnen. Solche, die das Bildungssystem in ihrem Leben nie verlassen, nie über Schule und Hochschule hinausgehende Erfahrung gemacht haben – auch der Anteil der Lehramtsstudierenden, die ein Erasmus-Jahr im Ausland verbringen, ist deutlich geringer als etwa bei ihren diplomierenden Kollegen. Sie sind zur Schule gegangen, von der Schule an die Uni und von dort übers Referendariat wieder zurück an die Schule. So entwickelt man sich nicht zum Weltbürger. Wie kann es sein, dass unsere Kinder und Jugendlichen fürs Leben lernen sollen und in den Bildungsanstalten vorwiegend von Menschen unterrichtet werden, die das Leben 'draußen' gar nicht kennen“ (Werner/Goehler 2010, 167). (Stütze 4, Reflexion/Wissen als Interpretation)

Schulreform-Argument

Nach Werner als bekennendem Anthroposophen und Anhänger der Lehre Rudolf Steiners nähmen die freien Waldorfschulen eine Vorbildfunktion bei der Gestaltung von autonomen Schulen ein. Demgegenüber wird das herkömmliche, klassische staatliche Schulsystem erheblich kritisiert.

(1. Defizitprämisse)

„Sechzig Prozent der Lehrer stehen kurz vor dem psychischen und physischen Kollaps, ergab eine breitangelegte Studie, die der Deutsche Beamtenbund und die ihm angeschlossenen Lehrerverbände 2006 publizierten. Die Hälfte der überlasteten Pädagogen neigt der Studie zufolge dazu, sich 'exzessiv zu verausgaben', kann sich aber gleichzeitig nicht mehr ausreichend erholen. Von einer wachsenden Leistungsfähigkeit mit zunehmendem Alter kann nicht die Rede sein“ (Werner/Goehler 2010, 167f). (Stütze 3, Praxis/Erfahrung/Empirie)

In Bezug auf das Grundeinkommen zeigt Werner Alternativen auf:

(3. Alternativprämisse)

„Wir brauchen andere Modelle, die ein Rein- und Rausgehen aus Schule ermöglichen. Das meint etwas anderes als Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen zur Aufrechterhaltung einer lebenslangen Verpflichtung. Zum Beispiel sechs Jahre Schule, drei Jahre etwas anderes, dann wieder Schule; ein weiteres Modell wäre, dass manche Lehrer nebenbei einen zweiten Beruf ausüben und nur ein Fach unterrichten – und zwar das,

²¹⁶ Vgl. hierzu die ebenfalls äußerst kritischen Ausführungen von Schäfer (1978): Zur gesellschaftlichen Formbestimmtheit schulischer Sozialisation.

5.7 Götz Werner und das bedingungslose Grundeinkommen

in dem sie neben der Schule tätig sind: der Verlagslektor unterrichtet Deutsch, die Botanikerin Biologie. Solch ein Umdenken wäre zum Nutzen aller und ließe sich mühelos für sehr viele Berufsfelder vorstellen. Nebenbei könnte das auch zu ökonomisch interessanten Modellen für Mischexistenzen führen, die ja, wie gezeigt, zunehmen“ (Werner/Goehler 2010, 168). (Stütze 4, Reflexion/Wissen als Interpretation)

Auch die Forschung sei unmittelbar von der von Werner/Goehler geforderten, auf einem Grundeinkommensmodell basierenden, Systemumstellung betroffen.

Freie-Forschung-Argument

(5. Adäquatheitsprämisse, 1. Defizitprämisse)

„Ein bedingungsloses Grundeinkommen würde die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen vor allem dahingehend verändern, dass es ganz von selbst weniger 'Lebenslängliche' gäbe. Forschung und Lehre würden freier, der universitäre Betrieb lebendiger, durchlässiger“ (Werner/Goehler 2010, 168).

„Die Freiheit universitärer Forschung wurde in Jahrhunderte währenden Kämpfen errungen. Heute müssen Forscherinnen ihre Ideen innerhalb von Wochen und Monaten mundgerecht und präzise ausarbeiten, um Drittmittel anwerben zu können, die ihnen überhaupt erst die Weiterarbeit ermöglichen.

Sowohl für den akademischen als auch für den kulturellen Bereich sowie für zahlreiche politische, soziale und wissenschaftliche Projekte unterschiedlichster Art gilt: Anträge auf staatliche Mittel sind oft so umfangreich, dass sie Monate Arbeitszeit in Anspruch nehmen. Ihre Bewilligung dauert ebenfalls oft Monate. Wer solche Anträge nicht von einer festen Stelle aus schreibt, ist in dieser Zeit ohne Einkommen. Erst mit einem bedingungslosen Grundeinkommen könnte man sich das leisten, denn man braucht eben ein Einkommen, um arbeiten zu können, und nicht umgekehrt“ (Werner/Goehler 2010, 172). (Stütze 1, Erklärung)

Unter dem Stichwort Bologna kritisieren Werner/Goehler (2010) „die Industrialisierung des Wissens“:

(3. Alternativprämisse)

„Forschung und Lehre sollten von staatlichen Forderungen und Auflagen einengender Art freigehalten werden. Universitäre Bildung sollte eben keine berufsbezogene, sondern eine von schnelllebigen und deshalb schnell überholten wirtschaftlichen Interessen unabhängige Ausbildung sein“ (166). (Stütze 4, Gebot)

An einem ausführlichen Beispiel machen Werner/Goehler ihre Überlegungen deutlich:

(5. Adäquatheitsprämisse)

„Eine in diesem Zusammenhang hübsche Anekdote erzählt der Soziologe Niklas Luhmann im Vorwort seines Buches 'Die Gesellschaft der Gesellschaft': 'Bei meiner Aufnahme in die 1969 gegründete Fakultät für Soziologie der Universität Bielefeld fand ich mich konfrontiert mit der Aufforderung, Forschungsprojekte zu benennen, an denen ich arbeite. Mein Projekt lautete damals und seitdem: Theorie der Gesellschaft; Laufzeit: dreißig Jahre; Kosten: keine.'

Man stelle sich vor, Luhmann hätte diese Forschungsbeschreibung vierzig Jahre später angegeben. Der Welt wäre wohl eine bedeutende Theorie zur Funktionsweise von gesellschaftlichen Organisationen vorenthalten geblieben, die nicht nur in der Soziolo-

gie und Psychologie, sondern auch in Wirtschaft und Management weltweit Beachtung und Anwendung findet.

Hätte Hochschule sich schon immer ausschließlich zwischen den Extremen der Exzellenzcluster auf der einen und der Massenabfertigung der Bachelor- und Masterstudiengänge auf der anderen Seite bewegt, wären deutlich weniger kluge Köpfe aus ihnen hervorgegangen. Viele der Akademiker, die Universitäten heute stolz in ihrem Namen tragen, wären in den restriktiven gegenwärtigen Verhältnissen womöglich sogar in der Arbeitslosigkeit gelandet“ (Werner/Goehler 2010, 172f).

„Ein Schicksal, das im 21. Jahrhundert immer mehr Hochschulabsolventinnen blüht – und das durch das bedingungslose Grundeinkommen abgewendet werden könnte.

Wenn man seine eigene gesicherte Existenz in Forschungsprojekte einbringen könnte, wäre man nicht mehr den getakteten Forschungszeiträumen unterworfen, die Forschung häufig im Sande verlaufen lassen, weil es keine Nachfolgeförderung mehr gibt. Es würden andere Rhythmen entstehen. Forschungsprojekte wären dann zu Ende, wenn sie inhaltlich ausgeschöpft sind, und nicht weil der Bewilligungszeitraum ausgelaufen ist. Der akademische Nachwuchs könnte sich länger an Universitäten binden oder auch nach Jahren der Praxis wieder in die Forschung zurückkehren, er wäre nicht auf Zweijahresverträge angewiesen und könnte sogar eigenes Geld mitbringen, um sich die Forschungsarbeit an seiner Alma Mater zu finanzieren. Kurz: Es wären ganz andere Forschungswege und -verhältnisse denkbar“ (Werner/Goehler 2010, 173f). (Stütze 3, Exempel/Experiment)

Von Existenzängsten und Einkommensnöten sei längst nicht mehr nur eine Unterschicht betroffen:

(1. Defizitprämisse)

„Immer mehr Privatdozenten und Lehrbeauftragte, ohne die kaum noch eine deutsche Universität existieren könnte, können von den Honoraren nicht leben und beziehen Hartz IV. Die unterfinanzierten Universitäten profitieren von dieser Art staatlichen oder privaten Zuschusses, weswegen sie derlei nur selten thematisieren. Indem Akademiker bereit sind, auf der Grundlage von Hartz IV zu promovieren oder sich zu habilitieren, tragen sie mit ihrer Arbeit einen nicht unerheblichen Teil zur Forschungsleistung ihrer Universität bei, ohne dafür von dieser vergütet zu werden. Im Gegenteil: Nach der Fertigstellung von Dissertationen und Habilitationen fließen nicht selten private Ersparnisse in den Druck der Werke; hinzu kommen Vorträge auf Konferenzen, Tutorien und Lehraufträge, für die sie ebenfalls selten mehr als ein niedriges Anerkennungshonorar bekommen, die aber selbstverständlich zu den Aufgaben des Forschungsnachwuchses gehören. Selbst die Arbeit der (Privat-)Dozenten entpuppt sich – wenn man die pauschalen Honorare auf den Stundenlohn herunterrechnet – oft als akademische Variante des Ein-Euro-Jobs. Im Resultat müssen die Eltern nach wie vor zuschießen“ (Werner/Goehler 2010, 175f). (Stütze 1, Erklärung/Verweisung auf Bekanntes)

Armut beträfe also längst nicht mehr nur eine Unterschicht, sie sei auch in der Mittel-Schicht mittlerweile anzutreffen.

Armut-Argument

Die Befürchtung, dass Armut langfristig zu sozialen Unruhen führen kann erscheint vor den Ereignissen in französischen Vororten, in England und in Griechenland nicht ganz unbegründet. Armut sei jedoch vorrangig nicht mehr an Ressourcen gebunden:

5.7 Götz Werner und das bedingungslose Grundeinkommen

(1. Defizitprämisse)

„Aber Armut ist ein finanzielles, kein materielles Problem. Armut ist eine Frage der *Verteilung*, Mangel dagegen eine Frage der *Hervorbringung* gesellschaftlichen Reichtums“ (Werner 2007, 30, Hervorheb. im Original). „Solange inmitten des gesellschaftlichen Reichtums Menschen unter Armut leiden, besteht die Gefahr sozialer Unruhen, die sich gegen Unfreiheit und Ungleichheit richten. Längst geht es nicht mehr allein um die wachsende Armut, die sich vor den Suppenküchen, in Arbeitsagenturen und im Niedriglohnssektor zeigt. Immer mehr Menschen eint die Angst vor der Zukunft – unabhängig von ihrer Zugehörigkeit zu einer bestimmten Schicht, Berufs- oder Altersgruppe“ (Werner/Goehler 2010, 260). (Stütze 4, Reflexion)

In der Wissenschaft wird absolute und relative Armut unterschieden²¹⁷.

(1. Defizitprämisse)

„Von Armut haben wir eine klare, sinnliche Vorstellung. Sie wird heute nicht mehr nur durch Fernsehbilder aus der Dritten Welt genährt, sondern ist täglich auf den Straßen unserer Städte zu erleben“ (Werner 2007, 166). (Stütze 1, Verweisung auf Bekanntes)

Unter den vier von Werner/Goehler (2010) gesehenen Wegen zum Grundeinkommen formulieren sie unter der sog. „Wellenmethode“:

(1. Defizitprämisse)

„Selbst erbitterte Gegner des Grundeinkommens werden zugeben, dass zumindest zwei gesellschaftliche Gruppen unbedingt Anspruch auf Sicherung der materiellen Existenz haben – und zwar über die körperlichen Grundbedürfnisse hinaus: Kinder und Alte. Eine Gesellschaft, die ihren Kindern die Existenzsicherung und kulturelle Teilhabe verweigert, beschneidet ihre eigenen Zukunftsperspektiven. Und auch die Generation, welche die Grundlagen für den heutigen wirtschaftlichen Standard erst geschaffen hat, lebt unverschuldet zu oft am Existenzminimum. Anders gesagt: Kinderarmut ist gesellschaftlich gesehen Dummheit, Altersarmut grober Undank!“ (254). (Stütze 4, Reflexion)

Armut bei Kindern und bei Alten tritt wohl am deutlichsten hervor und wird deshalb hier in zwei zusätzlichen Argumenten hervorgehoben.

Kinderarmut-Argument

(1. Defizitprämisse)

„Deutschland hat zwei Probleme: Es werden zu wenige Kinder geboren, und von diesen wenigen fallen erschreckend viele in Armut. Laut Bundesfamilienministerium sind im Jahr 2010 2,4 Millionen Kinder armutsgefährdet. Sie müssen lernen, mit der Angst umzugehen, ausgegrenzt zu werden. Kindern von Hartz-IV-Empfängern stehen täglich drei Euro zur Verfügung – für alles. Das schwarz-gelbe Sparpaket der Bundesregierung vom Juni 2010 sendet das Signal aus, lieber keine Kinder zu bekommen, es

²¹⁷ Vgl. „Politik und Zeitgeschichte“ 51-52/2010, 20. Dezember 2010: Armut in Deutschland. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung.

sei denn, man hat einen festen Job. Nach ihren Sparbeschlüssen, die den Hartz-IV-EmpfängerInnen das Elterngeld streichen, titelt der Berliner *Tagesspiegel*: Dann lieber 'abtreiben'“ (Werner/Goehler 2010, 157, Hervorheb. im Original). (Stütze 3, Praxis/Erfahrung/Empirie)

Hier könne, so Werner/Goehler, ein Kinder-Grundeinkommen ansetzen:

(1. Defizitprämisse)

„Ein Kind vernünftig zu ernähren und zu kleiden, ihm ein angemessenes Zuhause zu bieten, es mit Büchern und Spielzeug zu versorgen und ihm eine gute Ausbildung zu ermöglichen, kostet für alle Eltern – ob reich oder arm – in etwa dasselbe. Es ist maßlos ungerecht, wenn Wohlhabende von den heutigen Kindergeldregelungen stärker profitieren als arme Schichten. Statt weiterer immer undurchschaubarerer Kindergeld-, Elterngeld- oder sonstiger Zuschüsse brauchen wir ein einfaches und gerechtes staatliches System zur Absicherung unserer Kinder und Jugend: zum Beispiel ein bedingungsloses Grundeinkommen bis 27 Jahre. Man könnte dieses Grundeinkommen altersgemäß staffeln, ein Fünfjähriger hat andere Bedürfnisse und Ansprüche als eine 15-Jährige. Das wäre dann noch im Detail zu regeln bzw. offen zu diskutieren“ (Werner/Goehler 2010, 234f). (Stütze 4, Reflexion/Einsicht)

Altersarmut-Argument

Im Zusammenhang mit Altersarmut ergeben sich bei Werner drei weitere Argumente für ein bedingungsloses Grundeinkommen, die hier nicht weiter analysiert werden. Das **Mobilität-Argument** ist nicht nur von den von Altersarmut Betroffenen abzuleiten, sondern betrifft auch Kinder, Arbeitslose (ALG I und ALG II) sowie Beschäftigte im Niedriglohnsektor. Insbesondere Arbeitslose müssen den Weg zum Jobcenter vorstrecken und über Anträge und lange Wartezeiten auf eine Rückerstattung hoffen. Parkgebühren z. B. werden nicht erstattet. Das **Vereinsamung-Argument** ergibt sich eigentlich als Folge des Mobilität-Arguments und des **Kommunikation-/Information-Arguments**. Ist für Mobilität kein Geld mehr vorhanden und steht selbst für Kommunikation per Telefon oder Internet kein Geld mehr zur Verfügung, sei Vereinsamung die Folge, so Werner/Goehler. Zu überlegen wäre an dieser Stelle auch, ob Enkelkinder die Großeltern wohl eher besuchen, wenn es dort etwas „zu holen“ gibt.

(1. Defizitprämisse)

„Solange es kein Grundeinkommen gibt, ist Altersvorsorge für viele kaum zu bewältigen. Wer durch seine freiberufliche Arbeit gerade noch von der Hand in den Mund lebt, steht im Ruhestand mit leeren Händen da. Dem arbeitsamen Leben folgt ein Lebensabend in Armut.

Die zunehmende Altersarmut erschwert die kulturelle Teilhabe, denn gerade alte und gebrechliche Menschen sind zum Beispiel auf öffentlichen Nahverkehr oder gar Taxifahrten angewiesen, um selbst kurze Distanzen zu Veranstaltungen zurücklegen (sic!) zu können. Selbst ein Telefon- oder gar Internetanschluss ist für viele Alte nicht mehr erschwinglich. Wenn für die Mobilität und Kommunikation das Geld fehlt, ist Vereinsamung die Folge. Der Freitod scheint dann manchen als der einzige Ausweg. Schon

5.7 Götz Werner und das bedingungslose Grundeinkommen

heute wird jeder dritte Selbstmord in Deutschland von Menschen über 65 Jahren begangen, dabei stellen die Über-65-Jährigen weniger als zwanzig Prozent der Bevölkerung. Depressionen gehören im hohen Lebensalter zu den häufigsten psychischen Störungen. Antriebslosigkeit und Hoffnungslosigkeit werden als Alterserscheinung abgetan“ (Werner/Goehler 2010, 120f). (Stütze 3, Empirie)

Und so sehen auch hier Werner/Goehler nur eine Lösung:

(3. Alternativprämisse)

„Analog [zum Kinder-Grundeinkommen; MM] könnte man ein bedingungsloses Grundeinkommen ab 65 Jahren einführen, das sich anders als die heutige Grundsicherung nicht am Lebensminimum orientiert, sondern wie die obligatorische Alters- und Hinterlassenenversicherung (AHV) der Schweiz am durchschnittlich erzielten Einkommen bei festgelegten Ober- und Untergrenzen. Aber auch hier gäbe es viel Gestaltungsspielraum, über den in unserem Land vortrefflich zu diskutieren und zu verhandeln wäre“ (Werner/Goehler 2010, 235). „Ein Alten-Grundeinkommen würde einiges an Ungerechtigkeit kompensieren: etwa die, die gerade alten Frauen widerfährt, die Opfer der Ideologie wurden, dass Frauen zu Hause bleiben sollten, um die Kinder aufzuziehen und dafür im Alter nur beschämende Cent-Beträge angerechnet zu bekommen“ (Werner/Goehler 2010, 186). (Stütze 3, Praxis als Information)

Steuersystemvereinfachung-Argument

Ohne eine Steuersystemvereinfachung²¹⁸ sei die Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens unrealistisch, so Werner (vgl. Werner 2007, 149). Die beiden Elemente seien miteinander verknüpft:

(6. Ausnahmeprämisse, Bedingung)

„Versteht man Wirtschaft so als einen permanenten Prozess des Füreinanderleistens, dann muss einem – und genau so ging es mir persönlich, als ich das eines Tages erkannte – eigentlich schlagartig klar werden, warum einerseits alle Menschen ein Grundeinkommen brauchen und warum wir andererseits als Gesellschaft ausschließlich unseren Konsum, also den *Verbrauch* der von uns geschaffenen Werte, nicht aber die *Wertschöpfung* selbst besteuern sollten. Auf eine Formel gebracht, setzen wir mit Grundeinkommen und Konsumsteuer die beiden wesentlichen Initiativkräfte unserer Gesellschaft frei: Arbeit und Kapital.

Die *individuelle* Leistung, die menschliche Arbeit, befreien wir mit dem Grundeinkommen einerseits vom Zwang zur Sicherung der nackten Existenz und andererseits vom unvermeidbaren Risiko, von gesellschaftlicher Teilhabe ausgeschlossen zu sein. Das ist zwingend notwendig, denn beides, das physische Überleben und die kulturelle Teilhabe, sind nicht die *Folge*, sondern die *Voraussetzung* des Leistens für andere“ (Werner 2007, 177f, Hervorheb. im Original). (Stütze 4, Gebot)

Das derzeitige Steuersystem sei kompliziert und selbst für Spezialisten

²¹⁸ Der Begriff „Steuersystemvereinfachung“ wird hier dem Begriff „Steuerreform“ vorgezogen, da letzterer schon negativ besetzt zu sein scheint. Angesichts der von Werner anvisierten umfangreichen Umstrukturierungen wäre für diesen Zusammenhang auch eher der Begriff „Steuerrevolution“ angebracht.

undurchschaubar:

(2. Ursachenprämisse, wirtschaftlich)

„Bei den Steuern ist es wie mit dem Strom. Letztlich weiß man nicht, wie er in die Steckdose kommt. Wir haben mehr als dreißig Steuerarten in Deutschland. Das reicht von der vieldiskutierten Einkommensteuer über die Umsatzsteuer, die Gewerbesteuer und die Zinsabschlagssteuer bis zur Energie-, Tabak- und Branntweinsteuer und der Kraftfahrzeug-, Grunderwerb- und Erbschaftssteuer.

Das alles ist nichts als eine hochkomplizierte und wenig effiziente Umverteilungsmaschinerie, die sich vereinfachen und verbessern ließe, wenn es denn politisch wirklich gewollt wäre. Alle bisherigen Versuche, die Steuer so einfach zu regeln, dass sie auf einem Bierdeckel auszurechnen ist, sind bislang an mangelnder politischer Durchschlagskraft gescheitert. Denn jede noch so kleine Änderung hat eben konkrete Auswirkungen auf einzelne Personengruppen, die sich mit aller Vehemenz gegen die Reform wehren“ (Werner/Goehler 2010 224f). (Stütze 1, Erklärung/Verweisung auf Bekanntes)

Zu einer Regelung gäbe es bereits Ansätze:

(4. Praxisprämisse)

„Vermutlich werden die Menschen zu allen Zeiten und in allen Weltgegenden finden, dass sie zu viel Steuern zahlen. Wie hoch aber dürfen die Steuern sein? Die Frage lässt sich unabhängig von Art und Umfang staatlicher Aufgaben und Leistungen nicht beantworten. Aber das Bundesverfassungsgericht hat 1995 in einem von Paul Kirchhof mitverfassten Urteil immerhin den so genannten 'Halbteilungsgrundsatz' als Obergrenze einer vertretbaren Steuerbelastung festgeschrieben. Danach soll der Staat dem Bürger netto wenigstens die Hälfte seines Einkommens belassen. Striche die öffentliche Hand dagegen mehr als jeden zweiten Euro ein, so die Richter damals, würde dies das Grundrecht auf Eigentum verletzen. Das klingt ebenso plausibel wie gerecht“ (Werner 2007, 170). (Stütze 2, Institution/Gesetz)

Die gesamte Wirtschaft, so Werner, sei von der Steuerpolitik unangemessen dominiert:

(3. Alternativprämisse, 1. Defizitprämisse)

„Der internationale 'Steuerwettbewerb' ist ein Rennen zwischen Hase und Igel, das niemand gewinnen kann. Es sei denn, man sähe endlich ein, dass das faktische Ziel dieses Rennens die Nulllinie ist – die weltweite Abschaffung aller Unternehmenssteuern.

Gleichwohl weiß der Gesetzgeber, dass Unternehmens- und Ertragssteuern wirtschaftliche Entscheidungen belasten und verzerren. [...] Über die direkte Subventionierung sterbender Unternehmen und Branchen haben wir dabei noch gar nicht gesprochen.

Am Ende ist das Ergebnis *aller* Ausnahmen im Unternehmens- und Einkommensteuerrecht, nicht nur der vielen unbeabsichtigten 'Schlupflöcher', immer dasselbe: Wirtschaftlich an sich unsinnige oder zweifelhafte Investitionen werden getätigt, weil sie steuerlich attraktiv sind. Und viele wirtschaftlich höchst sinnvolle Investitionen werden unterlassen, wenn sie keinen steuerlichen Sex-Appeal haben. Abgesehen davon, dass dieses Spiel auch noch eine gigantische Finanzbürokratie und – zwecks Gegenwehr – eine Unmenge wirtschaftlich im Grunde unproduktiver Beratungsarbeit hervorbringt, führt es eben zu gesamtwirtschaftlichen Fehlsteuerungen ungeheuren Ausmaßes. Wertschöpfung wird so unterlassen oder sogar vernichtet. Im Extremfall sind das Ergebnis Unternehmen, die mehr an der 'Optimierung' ihrer Steuerlast verdienen

5.7 Götz Werner und das bedingungslose Grundeinkommen

als an ihrer eigentlichen wirtschaftlichen Tätigkeit.

Dieser Irrsinn lastet auf unserer Wirtschaft wie ein Alpdruck“ (Werner 2007, 186, Hervorheb. im Original). (Stütze 1, Erklärung)

Für Werner als Wirtschaftsunternehmer ist sein Engagement für ein bedingungsloses Grundeinkommen Ausdruck von persönlichen Erfahrungen seines Werdegangs.

(2. Ursachenprämisse, wirtschaftlich)

„Wie kontraproduktiv es ist, dass jede Form der Besteuerung von Kapitalerträgen verfrüht in laufende Wertschöpfungsprozesse eingreift, erlebt man immer wieder bei jungen Unternehmen. Denn die werden von ihrer Steuerlast gerade zu Beginn ihrer Entwicklung schwer getroffen – nicht selten tödlich. Das ist im Grunde nicht viel anders, als würde man seine Kinder mit sechs gleich zur Arbeit statt zur Schule schicken. [...] Doch zugleich wird diesen Unternehmen durch sofort fällige hohe Gewinnsteuern die so dringend benötigte Liquidität sofort wieder entzogen. Sie investieren ihr zu Anfang gewonnenes Geld, gleichzeitig müssen sie die Steuern für ihr erstes und obendrein hoch die Steuervorauszahlungen für ihr laufendes Geschäftsjahr aufbringen. Auf diese Weise wird man schnell illiquide. In der Praxis passiert das beinahe ständig – im dritten Jahr wird es eng.

Fazit: Indem es Gründungskapital oft schneller absaugt, als es gebildet werden kann, bremst unser heutiges Steuersystem jede wirtschaftliche Initiative. Gerade die Ertragsbesteuerung neuer Unternehmen ist Knospenfrel in Reinkultur. Indem wir ihnen ihre hohen Profite wegsteuern und meinen, damit würde ein Beitrag zur sozialen Gerechtigkeit geleistet, schießen wir uns im Grunde nur selbst in Knie“ (Werner 2007, 187). (Stütze 3, Praxis/Erfahrung)

Konsumsteuer-Argument

Wie beim Steuersystemvereinfachungs-Argument schon angedeutet richtet sich der Fokus beim Thema Steuern bei Werner auf die Konsumsteuer:

(3. Alternativprämisse)

„Wir sollten unser Steuersystem so weiterentwickeln, dass nur noch der Konsum besteuert wird, nicht mehr der Beitrag. Wer viel konsumiert, zahlt viel Steuern, wer sparsam lebt, zahlt wenig Steuern. Denn er benutzt auch weniger die Straße, die Flugplätze, verbraucht weniger Energie, produziert weniger Müll – er fordert der Gemeinschaft weniger ab“ (Werner 2006_A, 29). „Das heißt: Mit dem Grundeinkommen lassen wir den *Menschen* in Ruhe arbeiten, nämlich frei von Existenzangst. Mit der Konsumbesteuerung lassen wir das *Kapital* in Ruhe arbeiten, nämlich frei von Zugriffen, bevor die Wertschöpfung in konsumfähigen Leistungen für die Gesellschaft zu Ende gekommen ist“ (Werner 2007, 178, Hervorheb. im Original). (Stütze 4, Gebot)

Das derzeit auf einer Lohnsteuer basierende Sozialsystem, deren Wurzeln wie beim Arbeitsbegriff (A=>E, wenn Arbeit/Ackerbestellung dann Einkommen/Ernte) auch auf die Selbstversorgergesellschaft zurückzuführen sei, ist für Werner für eine heute nahezu hundertprozentige Fremdversorgergesellschaft nicht mehr zeitgemäß.

(2. Ursachenprämisse, wirtschaftlich, 3. Alternativprämisse)

„Die heutigen Steuersysteme, mit Ausnahme der Mehrwertsteuer, stammen aus der

5 Textanalyse und Interpretation von Grundeinkommenspädagogiken

Zeit der Selbstversorgung. Dort waren sie auch angebracht. Wenn Ihr Bauernhof an einem Südhang lag, so hatten sie bessere Voraussetzungen als der Bauer, dessen Felder und Grundstücke am Nordhang lagen. Deswegen sollte derjenige, der sich am besten selbst versorgen konnte, auch am meisten für die Gesellschaft tun. Daraus entstand der Ansatz zur Einkommensteuer. Heute benutzen wir weiter diese Methode, um unter arbeitsteiligen Bedingungen die Fremdversorgung zu besteuern. Das ist unsinnig, denn wenn ich auf die Arbeitsleistung anderer angewiesen bin, warum sollte ich diese dann belasten? Der Wechsel von der Einkommens- hin zur Ausgabenbesteuerung ist eine notwendige Folge der veränderten Produktionsverhältnisse“ (Werner 2006A, 53f). „Wir müssen wegkommen von einer überkommenen Form der Ertrags- und Einkommensbesteuerung, deren Wurzeln noch im Feudalismus liegen. Statt aus unseren Einnahmen sollten wir unser Gemeinwesen aus unserem Konsum, unseren Ausgaben finanzieren“ (Werner 2007, 10). (Stütze 2, Absolute Norm)

Zum Gegenargument, dem Ökonomie-Argument, dass dann alles teurer werde und die Preise steigen würden, wendet Werner ein:

„Das klassische Gegenargument gegen die Konsumsteuer ist die Sorge, dass die Ärmere einen größeren proportionalen Anteil ihres Einkommens für sie aufbringen müssen als die Reichen. Nun könnte man einwenden, dass die derzeitige Einkommenssteuer auch nicht wirklich progressiv gerecht ist, weil die reicheren Leute sehr viel mehr Möglichkeiten haben, ihr Einkommen zu verstecken oder Lösungen der Steuerminderung zu finden“ (Werner/Goehler 2010, 245). (Stütze 1, Erklärung)

Die Einführung eines Grundeinkommens geht für Werner also nur mit einer Orientierung hin zu einer einzigen Steuer, der Konsumsteuer:

(6. Ausnahmeprämisse, 4. Praxisprämisse)

„Erst mit der Einführung der Konsumsteuer und des bedingungslosen Grundeinkommens bei gleichzeitiger Abschaffung der Einkommen- und Lohnsteuern würde die menschliche Arbeit endlich gesamtwirtschaftlich gleichgestellt mit der Maschinenarbeit. Dann wäre es nämlich steuerlich wieder gleich attraktiv, Menschen einzustellen oder Maschinen zu bemühen. Das Verhältnis zwischen menschlicher und Maschinenarbeit käme dadurch erstmalig in eine angemessene Balance. Oder sagen wir es noch vorsichtiger: Es gäbe jedenfalls keine steuerlichen Gründe mehr, sich als Unternehmer für das eine oder das andere zu entscheiden. [...] Mit der Konsumsteuer und dem Grundeinkommen würde Deutschland zur Steueroase und zum Arbeitsparadies gleichermaßen“ (Werner 2007, 192). „Der internationale Siegeszug, den die Mehrwertsteuer nach dem Zweiten Weltkrieg, verstärkt seit den zwanziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts, rund um den Globus antrat, hat im Wesentlichen drei Gründe. Zum Ersten ist sie steuer- und verwaltungstechnisch recht leicht zu erheben, sie ist eine für den Staat bequeme Steuer“ (ebd., 200). (Stützen 4 u. 3, Wissen als Interpretation, Praxis als Information)

Jeder Arbeitnehmer habe Monat für Monat die Tränen in den Augen, wenn er auf seine Lohnabzüge schaue, so Werner. Der Schritt zu einer reinen Konsumsteuer sei längst überfällig:

(1. Defizitprämisse)

„Und deshalb ist es fatal, dass wir ein Steuersystem haben, das sagt: Je mehr du durch deine Leistung beiträgst, desto mehr Steuern musst du bezahlen, und zwar progressiv. Unterm Strich bedeutet das: Wer den Willen hat, mehr für die Gemeinschaft beizutragen, der wird eingebremst“ (Werner 2006A, 28). „Im Falle einer einzigen Steuer, nämlich der Konsumsteuer, wüssten wir wenigstens, wie viel und für was genau wir bezah-

5.7 Götz Werner und das bedingungslose Grundeinkommen

len. Wobei vielleicht gerade das der Grund ist, warum die Politik gegen diese Art vereinfachter Steuerlast ist: Transparenz erhöht das Widerspruchsrisiko. Es könnte sein, dass auch die Deutschen sich fragen, was mit dem vielen Geld, das sie bezahlen, eigentlich passiert“ (Werner/Goehler 2010, 244). (Stütze 1, Erklärung)

In dem Kapitel „Ertragssteuern und Knospenfrevel“ schreibt Werner (2007) analogisch:

(1. Defizitprämisse)

„Wenn man den gesamten Prozess gesellschaftlicher Wertschöpfung betrachtet, dann ist alles produktiv investierte Kapital im Grunde eine Art Saatgut. Man muss immer erst einen Apfelbaum pflanzen, bevor man Äpfel ernten kann. Man muss zudem rechtzeitig Rücklagen bilden, sprich, neue Bäumchen ziehen. Man sollte zur Ernte natürlich nicht den Baum fällen. Und vor allem darf man seine Äpfel nicht pflücken, bevor sie reif sind.

Genau das aber versuchen alle Steuern, die in den laufenden Wertschöpfungsprozess eingreifen, *bevor* konsumfähige Güter und Dienstleistungen entstanden sind. Wer bereits den Anbau von Äpfeln besteuert und nicht erst deren Verbrauch, der betreibt Knospenfrevel. Er belastet nämlich nicht den Obstbauern, sondern hauptsächlich dessen Beitrag zum gesellschaftlichen Real- und Nominaleinkommen“ (184, Hervorheb. im Original). (Stütze 4, Reflexion/Metapher)

Die von Werner propagierte Steuervereinfachung in Richtung reiner Konsumsteuer diene vor allem der Transparenz:

„Die Konsumsteuer ist, das konnten wir hoffentlich zeigen, keine neue oder gar zusätzliche Steuerbelastung. Es geht vielmehr darum, die versteckte und verzerrende heutige Besteuerung des Konsums offenzulegen und die eigentliche Wertschöpfung selbst von steuerlichen Einflüssen aller Art vollständig zu entlasten. Das reale Steueraufkommen würde dadurch keineswegs steigen, es würde nur anders abgebildet, und zugleich würden entscheidende Initiativbremsen aus unserem Steuersystem verschwinden“ (Werner 2007, 207f).

Mit den vorgeschlagenen Steuervereinfachungen hingen unmittelbar wirtschaftliche Standortfragen von Unternehmen zusammen, die hier zusammenfasst werden können unter dem Unternehmen-Argument.

Unternehmen-Argument

Nachfolgendes Zitat wurde auch unter dem Steuersystemvereinfachung-Argument aufgeführt:

(2. Ursachenprämisse, wirtschaftlich)

„Wie kontraproduktiv es ist, dass jede Form der Besteuerung von Kapitalerträgen verfrüht in laufende Wertschöpfungsprozesse eingreift, erlebt man immer wieder bei jungen Unternehmen. Denn die werden von ihrer Steuerlast gerade zu Beginn ihrer Entwicklung schwer getroffen – nicht selten tödlich. Das ist im Grunde nicht viel anders, als würde man seine Kinder mit sechs gleich zur Arbeit statt zur Schule schicken. [...] Doch zugleich wird diesen Unternehmen durch sofort fällige hohe Gewinnsteuern die so dringend benötigte Liquidität sofort wieder entzogen. Sie investieren ihr zu Anfang gewonnenes Geld, gleichzeitig müssen sie die Steuern für ihr erstes und obendrein hoch die Steuervorauszahlungen für ihr laufendes Geschäftsjahr aufbringen. Auf diese Weise wird man schnell illiquide. In der Praxis passiert das beinahe ständig –

5 Textanalyse und Interpretation von Grundeinkommenspädagogiken

im dritten Jahr wird es eng.

Fazit: Indem es Gründungskapital oft schneller absaugt, als es gebildet werden kann, bremst unser heutiges Steuersystem jede wirtschaftliche Initiative. Gerade die Ertragsbesteuerung neuer Unternehmen ist Knospenfrevler in Reinkultur. Indem wir ihnen ihre hohen Profite wegsteuern und meinen, damit würde ein Beitrag zur sozialen Gerechtigkeit geleistet, schießen wir uns im Grunde nur selbst in Knie“ (Werner 2007, 187). (Stützen 3 u. 4, Praxis/Erfahrung, Metapher)

Und dazu formuliert Werner politisch polemisch:

(1. Defizitprämisse)

„Und bis zum endgültigen Insolvenzverfahren brüstet sich die Politik dann auch noch damit, wenigstens 'Arbeitsplätze gerettet' zu haben. Das ist die andere, nicht minder dunkle Seite unseres Initiative hemmenden gegenwärtigen Ertragssteuerwesens“ (Werner 2007, 188). (Stütze 4, Reflexion/Wissen als Interpretation)

Vertrauen-Argument

Unsere Gemeinschaft basiere im Wesentlichen auf Vertrauen, sonst könne sie gar nicht bestehen.

(3. Alternativprämisse)

„Staatliches Hartz IV und die Kreditvergabe von Banken werden von einer Misstrauenskultur beherrscht. Demgegenüber basieren Mikrokredite wie Grundeinkommen auf einer Vertrauenskultur“ (Werner/Goehler 2010, 199). (Stütze 2, Absolute Norm als Wahrheit)

Wie beim Freie-Forschung-Argument stützt Werner sich auf die Autorität von Luhmann:

(3. Alternativprämisse)

„Der Soziologe Niklas Luhmann, der 1997 eine umfassende Theorie der Gesellschaft veröffentlichte, beschreibt Vertrauen als einen 'Mechanismus zur Reduktion sozialer Komplexität': Eben weil wir nicht in der Lage sind oder sein wollen, alles zu kontrollieren, zu prüfen, nachzurechnen, beginnen wir früher oder später zwangsläufig zu vertrauen: Wir wiegen eben in der Regel nicht nach, ob eine 100-Gramm-Tafel Schokolade wirklich hundert Gramm schwer ist. Wir machen keine Laboranalyse, ob die fettreduzierte Milch wirklich 1,5 Prozent Fett enthält. Wir zählen auch nicht einzeln die Schrauben im Hunderter-Sparpack nach. Wir vertrauen. Wenn nicht auf den Hersteller selbst, dann auf die staatlichen Prüfinstanzen, die Stiftung Warentest oder die Erfahrung unseres Nachbarn, oder die eigene Wahrnehmung.

Das bedingungslose Grundeinkommen ist eine gesellschaftlich organisierte Form von wechselseitigem Vertrauensvorschuss. Was – wenn nicht fehlendes Vertrauen – hindert uns denn daran, jedem Bürger und jeder Bürgerin jeden Monat tausend Euro in die Hand zu drücken?! Dieses fehlende Vertrauen oder besser gesagt: falsche Misstrauen in unsere Mitmenschen ist es, das uns dabei im Weg steht. Vertrauen ist aber im Regelfall nicht nur richtig, sondern auch die beste Strategie zum ökonomischen Erfolg. So jedenfalls sehen das die Wissenschaften, und so beweist es auch die betriebswirtschaftliche Praxis“ (Werner/Goehler 2010, 80). (Stützen 1 u. 3, wiss. Position/Verweisung auf Bekanntes, Praxis/Erfahrung)

Emanzipation-Argument

Insbesondere die Frauen würden durch eines auf einem Grundeinkommensmodell basierenden Sozialstaats von lang erträumten emanzipatorischen Vorteilen profitieren:

(5. Adäquatheitsprämisse)

„Welche Befreiung aus solcher Abhängigkeit ein Grundeinkommen für Frauen bedeuten würde, weil es individuell ausgezahlt würde und nicht an romantische Versprechungen gebunden wäre wie die Ehe, bedarf kaum der Erklärung. Es würde das Ende von Zwangsgemeinschaften bedeuten und soziale Gemeinschaften von Gleichberechtigten ermöglichen. Ehegattensplitting, kostenlose Mitversicherung von Partnerinnen und Bedarfsgemeinschaften passen nicht mehr in eine von solchen Zwangsstrukturen emanzipierte Gesellschaft“ (Werner/Goehler 2010, 193). (Stütze 2, Absolute Norm/Verweisung auf politisch-gesellschaftliche Systemorientierung)

Der Sozialstaat basiere heute, neben einer nicht mehr zeitgemäßen Lohnsteuer und dem Generationenvertrag, auch auf einer Vorstellung von Familie, die so nicht mehr zuträfe:

(3. Alternativprämisse)

„Unser heutiger Sozialstaat basiert auf einer Idee von Familie, wie es sie gar nicht mehr gibt. Das heißt aber auch: Der familiäre Mikrokosmos bietet keine Grundsicherheit mehr. Erforderlich ist deswegen eine neue Art von Fürsorge gegenüber den Individuen der Gesellschaft, die sich in losen Netzwerken zusammenschließen und eben auch wieder trennen. Genau das leistet das bedingungslose Grundeinkommen“ (Werner/Goehler 2010, 196). (Stütze 2, Verweisung auf politisch-gesellschaftliche Systemorientierung)

Subvention-Argument

Der Subventionsapparat sei ein staatliches Instrument, ohne den bestimmte Arbeitsbereiche längst nicht mehr bestehen könnten:

(3. Alternativprämisse)

„54,4 Milliarden Euro steckte Deutschland laut einer Studie des Kieler Instituts für Weltwirtschaft allein 2009 in Subventionen. Direkt den Bürgern zur Verfügung gestellt, wären das etwa 850 Euro pro Kopf. Pro Monat²¹⁹“ (Werner/Goehler 2010, 142f).

„Heute sind es noch knapp 30 000 Menschen, die vom Bergbau leben. Mit 2,5 Milliarden Euro jährlich erhält die Steinkohleförderung die höchste Subvention aus dem Haushalt der Bundesregierung, ohne international wettbewerbsfähig zu sein. Da kommt einem schon mal in den Sinn zu fragen, wie das wäre, wenn man das Geld anstelle der Unternehmen den Bergarbeitern selbst geben würde? Dann erhielte jeder Arbeitnehmer 53 000 Euro; in jedem Jahr, solange wir diese Subventionen zahlen. Das

²¹⁹ Bei ca. 82 Mio Bundesbürgern liegt hier offensichtlich ein Rechenfehler vor, es sei denn es sind nur die von den Subventionen direkt betroffenen Bürger gemeint.

5 Textanalyse und Interpretation von Grundeinkommenspädagogiken

reicht – bei den angenommenen tausend Euro Grundeinkommen pro Kopf – für eine vierköpfige Familie. Das Geld könnten der arbeitslose Bergarbeiter oder seine Frau wiederum nutzen, sich beruflich umzuorientieren. Vielleicht kämen er und sie dabei auf eine gute Idee, die unsere Gesellschaft besser gebrauchen könnte als überteuerte Steinkohle“ (Werner/Goehler 2010, 141f). (Stütze 3, Praxis/Erfahrung/Experiment)

Sascha Liebermann wird als Fachmann und Autorität zur Stützung in Werners (2006_A) erstem Buch zum Grundeinkommen eingebunden mit dessen Artikel „Freiheit ermöglichen, das Gemeinwesen stärken“:

(3. Alternativprämisse)

„Unproduktive Industrien und Wirtschaftszweige müssen nicht weiter aus politischen Überlegungen der Sozialverträglichkeit aufrechterhalten werden. Subventionen, die heute in Branchen fließen, um sie künstlich marktfähig zu halten, und deren Gewährung an eine Gegenleistung gebunden ist, stehen für andere Bereiche zur Verfügung. Überhaupt nehmen Subventionen einen anderen Charakter an. Während ein landwirtschaftlicher Betrieb heute zweckgebundene Subventionen erhalten kann, wird das Grundeinkommen, obwohl es keine landwirtschaftliche Subvention darstellt, sich mittelbar wie eine solche auswirken. Landwirte können womöglich auf die zweckgebundenen Subventionen verzichten, weil das Grundeinkommen sie davon befreit“ (2006_A, 113). (Stütze 1, wiss. Position)

Ehrenamt-Argument

Dem Anthropologischen Gegen-Argument (B) „Keiner geht dann mehr arbeiten“ setzt Werner entgegen:

(4. Praxisprämisse)

„Jeder Dritte in Deutschland engagiert sich in einem Ehrenamt, wie das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend mitteilt: Mehr als 23,4 Millionen Menschen über 14 Jahren sind ohne Bezahlung in Vereinen, Verbänden, Selbsthilfegruppen, Kirchen, Stiftungen oder Initiativen, Freiwilliger Feuerwehr und beim Katastrophenschutz tätig.

Wobei vor allem junge Leute wenig mit dem Begriff anfangen können, er ist einfach nicht sexy genug. Ihnen geht es weder um Ehre noch Amt, sondern darum, ihre Fähigkeiten sinnvoll einzubringen“ (Werner/Goehler 2010, 110). (Stütze 3, Praxis/Empirie)

Sinn-Argument

Arbeit ist bei Werner mehr im Sinne von Berufung zu verstehen, sie muss für den Arbeitenden sinnvoll sein:

(3. Alternativprämisse)

„Bei der neuen Arbeit [Arbeit am Menschen und Kulturarbeit, MM] geht es um etwas ganz anderes: Es geht um Sinnmaximierung. Je mehr Sinn zum Beispiel die Lehrerin oder der Lehrer in ihrer Arbeit sehen, desto besser und engagierter werden sie sie verrichten und desto mehr persönliche Befriedigung werden sie aus ihr ziehen – und zwar zunächst ganz unabhängig vom Einkommen, das sie mit dieser Arbeit erzielen können“ (Werner 2007, 88). „Diese drei Dinge, Lebensintention, Fähigkeit und gesellschaftlicher Nutzen, müssen zusammenkommen, dann wird die Arbeit als sinnvoll erlebt“ (ebd., 65). (Stütze 2, Absolute Norm)

5.7 Götz Werner und das bedingungslose Grundeinkommen

Diese Vision ergibt sich aus der Betrachtung der derzeitig praktizierten workfare-Maxime:

(1. Defizitprämisse)

„Teils dubiose Beschäftigungsgesellschaften haben das Monopol, Menschen in 'Maßnahmen' zu stecken. Und so werden weiter von irgendwelchen findigen Betrieben 'Modellunternehmen' geschaffen, in denen staatliche Hilfsmittel abgegriffen werden, um sinnlose Arbeit zu verrichten – davon profitieren nur die wenigen ordentlich bezahlten Projektleiter oder Geschäftsführer, die sich solche Betriebe ausdenken. Die Arbeitslosen selbst unterwerfen sich aus Angst vor Sanktionen der sinnfreien Schikaniierungsmaschinerie“ (Werner/Goehler 2010, 103). (Stütze 4, Reflexion auf Sinn)

Insbesondere die „Ausbildungsindustrie“ wird von Werner/Goehler (2010) indirekt kritisiert.

(1. Defizitprämisse)

„Diese Art von Arbeit wird in einem 'Modellunternehmen' staatlich gefördert! Wir erinnern uns dunkel an den vorgeblichen Sinn der Ein-Euro-Jobs: Menschen sollen (wieder) ans Erwerbsleben herangeführt werden: Pardon, an welches? Mehr als vierzig Prozent eines jeden Jahrgangs, der die Schulen verlässt, landen laut 'Berufsbildungsbericht' der Bundesregierung, der im Frühjahr 2010 veröffentlicht wurde, in einer von Zigtausenden solcher 'Maßnahmen'. So gelten sie nicht als arbeitslos: Das verschönert die Statistik. [...] Aber wie soll ein sinnvoller Job aussehen, der 'sonst nicht gemacht würde'“ (101f)? (Stütze 3, Praxis/Empirie)

Ein auf einem Grundeinkommensmodell basierender Sozialstaat solle sinnvolle Arbeitsplätze schaffen:

(5. Adäquatheitsprämisse)

„Denn um auch das in aller Klarheit zu formulieren: Das bedingungslose Grundeinkommen will die Arbeit keineswegs abschaffen, geschweige denn gut bezahlte Arbeit ersetzen. Das Grundeinkommen will vielmehr den Zwang, einer schlecht bezahlten und zudem unbefriedigenden Arbeit nachzugehen, beseitigen und damit den Menschen die Möglichkeit einräumen, bei Sicherung ihrer existenziellen Grundbedürfnisse einer sinnvollen Arbeit nachzugehen“ (Werner 2007, 101). (Stütze 2, Absolute Norm)

Kreativität-Argument

Für sinnvolle Arbeit sei eben Kreativität gefragt, und die könne durch ein Grundeinkommen nur gefördert werden:

(3. Alternativprämisse)

„Kreativität ist die Ressource des 21. Jahrhunderts und ist daher nicht als Exklusivgut oder Feierabendbeschäftigung zu verstehen. Entscheidend ist vielmehr der freie Zugang zu einer Bildung und einer Umgebung, die Kreativität als jeder und jedem Einzelnen innewohnende Fähigkeit versteht, die es zu entfalten gilt“ (Werner/Goehler 2010, 165).

„Wir leben in Zwischenzeiten: Auf der einen Seite steht der unaufhaltsame Verlust klassischer Erwerbsarbeit, auf der anderen die erhebliche Zunahme von Arbeitsplätzen im kreativen Bereich, im Non-Profit-Sektor und in den Nichtregierungsorganisationen, so dass wir gleichzeitig von einer ökonomischen und sozialen Basis einer Gesell-

5 Textanalyse und Interpretation von Grundeinkommenspädagogiken

schaft sprechen können, die mehr und anderes sucht als die Verwaltung ihres Mangels. Die mehr will als zu überleben“ (ebd., 111). (Stütze 4, Gebot)

Mit Hinweis auf zwei weitere Autoren stützen Werner/Goehler ihr Kreativität-Argument:

(1. Defizitprämisse)

„Die Autoren Jörn Morisse und Rasmus Engler haben für ihr Buch 'Wovon lebst du eigentlich?' zwanzig Kreative über ihre Strategien befragt, sich jenseits von Festanstellung und Hartz IV über Wasser zu halten. Es sind Nebenjobs in Callcentern, Aushilftätigkeiten in der Kneipe oder Taxi fahren, die die künstlerische Tätigkeit erst ermöglichen“ (Werner/Goehler 2010, 113f). (Stütze 3, Praxis als Information)

Der für das 21. Jahrhundert so dringend benötigte „Rohstoff“ Kreativität werde durch Angst behindert:

(1. Defizitprämisse)

„Existenzangst behindert ganz allgemein darin, einen kreativen Umgang mit dem eigenen Leben zu finden“ (Werner/Goehler 2010, 114). (Stütze 4, Reflexion)

Nachhaltigkeit-Argument

Das Grundeinkommen hätte für Werner weitreichende Konsequenzen, so auch in Bereichen der Ökologie und einer nachhaltigen Wirtschaft:

(3. Alternativprämisse, 5. Adäquatheitsprämisse)

„Das bedingungslose Grundeinkommen ist ein Modell, das eine Antwort auf Umwelt-, Verteilungs- und Gerechtigkeitsfragen hat. Nachhaltiges Wirtschaften ist ein entscheidender Wettbewerbsfaktor. Rahmen- und Randbedingungen müssen geschaffen werden, die nachhaltiges Produzieren und Konsumieren fördern. Dafür braucht es, wie die *Süddeutsche Zeitung* im Juni 2010 schrieb: 'Offenheit für Ideen wie die eines bedingungslosen Grundeinkommens in Kombination mit einer veränderten Steuerpolitik, die wirkliche Anreize für nachhaltiges Wirtschaften schafft [...]. Was spricht gegen ein bedingungsloses Grundeinkommen, dessen Notwendigkeit Götz Werner dargestellt hat?'“ (Werner/Goehler 2010, 233f). (Stütze 1, Erklärung, wiss. Position)

Gesundheit-Argument

Werner stützt sich hier wieder auf Autorität:

(3. Alternativprämisse)

„[...] der französische Staatstheoretiker Charles Montesquieu [leitete 1748, MM] aus dem Selbstverständnis des Staates die Pflicht ab, seinen Bürgern ein Existenzminimum zu garantieren: 'Der Staat schuldet allen seinen Einwohnern einen sicheren Lebensunterhalt, Nahrung, geeignete Kleidung und einen Lebensstil, der ihre Gesundheit nicht beeinträchtigt.'“ (Werner/Goehler 2010, 21). (Stütze 1, wiss. Position)

Durch folgende Stützung fühlt Werner sich in seiner Annahme bestätigt:

(4. Praxisprämisse)

„Die Studie, mitfinanziert von der Friedrich-Ebert-Stiftung, kommt zu dem Schluss, dass 'auf den Erfahrungen von Otjivero-Omitara basierend, man **auf der sicheren Seite argumentieren** kann, dass das BIG Armut und Arbeitslosigkeit reduzieren, ökonomische Aktivitäten und Produktivität steigern, Bildung und Gesundheit für die meisten Namibier verbessern wird'“ (Werner/Goehler 2010, 217, Hervorheb. fett MM). (Stützen 1 u. 3, wiss. Position, Praxis als Information)

Im derzeitigen System bliebe die Gesundheit auf der Strecke, deren Folgekosten gar nicht auszurechnen seien:

(1. Defizitprämisse)

„Die dauerhafte Kränkung, die das Gefühl des 'Nicht gebraucht, nicht gefordert, nicht gemeint sein' mit sich bringt, äußert sich unter anderem in neuen Krankheitsbildern. Seit einiger Zeit spricht man vom 'chronischen Verbitterungssyndrom'; die erfahrene Entwertung, keinen Platz zu finden, führt dazu, dass sich Menschen einigeln, in der Depression abkapseln, um dem als unerträglich empfundenen Zustand des Nichtstuns, Nichtsschaffens und des Nichtgebrauchtwerdens, 'dem Gespenst der Nutzlosigkeit' (Richard Sennett), zu entfliehen“ (Werner/Goehler 2010, 106). (Stütze 1, Erklärung/wiss. Position)

Fremdversorgung-Argument

Niemand, so Werner, lebe heute mehr in der Selbstversorgung, selbst die Bauern nicht mehr (vgl. auch Werner 2007, 76).

„Wir denken: Erst arbeite ich, dafür bekomme ich dann Geld, und für dieses Geld kann ich mir am Ende all das kaufen, was ich selbst nicht produzieren kann. Das ist jedoch die alte Mentalität des Selbstversorgers. In einer Gesellschaft totaler Fremdversorgung läuft es genau umgekehrt“ (Werner 2007, 50). „Heute findet man bei uns praktisch keinen Menschen mehr, der in der Selbstversorgung lebt oder auch nur in der Lage wäre, dies zu tun. [...] Das heißt: Wir leben mittlerweile in einer Gesellschaft der totalen Fremdversorgung. Immer wenn ich arbeite, arbeite ich für jemand anderen“ (ebd., 48f). (Stütze 2, Verweisung auf Geschichte/politisch-gesellschaftliche Systemorientierung)

Werner spricht von sog. Sozial-Osmose (deutlich gemacht am Beispiel der Zuckergewinnung), es müsse immer zuerst etwas von dem zugesezt werden, was man später gewinnen möchte (vgl. ebd. 48)²²⁰.

(2. Ursachenprämisse, historisch/wirtschaftlich)

„In der Selbstversorgungswirtschaft sind nominales und reales Einkommen identisch, denn eigentlich gibt es fast nur Realeinkommen. Der Selbstversorger lebt buchstäblich von den Früchten seiner Arbeit. In der Fremdversorgung fallen dagegen Realeinkommen und Nominaleinkommen vollkommen auseinander. Real lebe ich weder von meinen erzeugten Gütern oder Leistungen, noch von dem Geld, das ich mit ihnen erwirtschafte. [...] Sein Nominaleinkommen erwirtschaftet man also in der Fremdversor-

²²⁰ Vgl. dazu auch das Teilhabe-Argument.

5 Textanalyse und Interpretation von Grundeinkommenspädagogiken

gung ausschließlich über Leistungen *für andere*, sein Realeinkommen – das, was man tatsächlich verbraucht – bezieht man dafür ausschließlich *von anderen*. [...] Doch weil ich die Konsumgüter, von denen ich nunmehr ausschließlich lebe, allesamt mit 'selbst verdientem Geld' bezahle, ist in meinem Bewusstsein als Einzelner immer noch die Vorstellung verankert, ich würde für mein eigenes Einkommen produzieren.

Unserer Überzeugung, Einkommen könne nur aus Arbeit entspringen, weshalb im Prinzip jeder einen Erwerbsarbeitsplatz brauche, erweist sich somit als das letzte Residuum einer Selbstversorgermentalität, die längst obsolet geworden ist. [...] Umgekehrt müssen wir den Nebel aber auch aufseiten der Erzeuger von Gütern und Leistungen wieder mental durchdringen. Sonst können wir in der Fremdversorgung – das hat Marx mit dem Begriff der Entfremdung richtig beschrieben – unsere Arbeit nur schwer als sinnvoll erleben“ (Werner 2007, 53f, Hervorheb. im Original). (Stützen 1 u. 4, Erklärung/wiss. Position, Gebot)

Diese mentale Unreflektiertheit habe weitreichende Konsequenzen:

(2. Ursachenprämisse, historisch/wirtschaftlich)

„Unser Sparwahn ist das Erbe unserer Selbstversorgungs-Vergangenheit, denn mental sind wir immer noch Selbstversorger. Das ist kein Wunder, denn die längste Zeit unseres Menschseins waren wir ja genau das. Die Fremdversorgung hat historisch gesehen erst gestern eingesetzt, allerdings unumkehrbar. [...] Die Drohung, die Renten seien nicht sicher, ist falsch und irreführend, denn die Renten hängen nicht von unseren Einzahlungen ab, sondern davon, wie hoch die Wertschöpfung in der Zukunft sein wird und wie es dann um die Produktivität steht“ (Werner 2007, 161). (Stütze 1, Erklärung)

Leistungermöglichungs-Argument

Werner bezieht sich auf Steiners Definition der Ausbeutung. Das Leistungermöglichungs-Argument, so ist zu vermuten, ist im Zusammenhang mit der in Deutschland, in seiner krassesten Form insbesondere in Ostdeutschland, weit verbreiteten Praxis von Dumpinglöhnen (durch Leih- und Zeitarbeit) zu sehen:

(1. Defizitprämisse)

„Ausbeutung geschieht immer dann, wenn ich eine Leistung so honoriere, dass sie nicht wiederholt werden kann. Dagegen ist keine Ausbeutung, wenn ich eine Leistung so bezahle, dass sie erstens erneut erbracht werden kann. Und dass zweitens demjenigen, der die Leistung erbringt, auch noch die Möglichkeit gegeben wird, sich weiterzuentwickeln. Damit ist nicht so sehr gemeint, dass er sich 'mehr leisten', also bloß mehr konsumieren kann, sondern dass ihm dieser zusätzliche Konsum in Zukunft ermöglicht, *mehr zu leisten*. Nicht das er (oder sie) mehr schuften kann, sondern dass er bessere, höher qualifizierte, sinnvollere oder ihn mehr erfüllende Arbeit leisten kann. Der 'Ausbeuter' nimmt eine vergangene Leistung in Anspruch, zahlt – und hält die Sache damit für erledigt“ (Werner 2007, 68f). (Stütze 2, Absolute Norm als Wahrheit)

Werner/Goehler (2010) beziehen sich hier immer wieder auf das Gleichnis vom Weinberg aus der Bibel (Matthäus-Evangelium, Kapitel 20) (vgl. 65ff). Auch in seinen Vorträgen versucht er das Missverständnis von Leistung bzw. Leistungermöglichung zu verdeutlichen. Die Kunden seiner Drogeriemarktkette dm würden beim Kauf einer Zahnpasta-

5.7 Götz Werner und das bedingungslose Grundeinkommen

Tube eben nicht jene selbe bezahlen, diese sei ja schon längst bezahlt, sondern dm durch den Einkauf damit in die Lage versetzen, zukünftig wieder eine neue Zahnpasta-Tube ins Regal zu stellen.²²¹

Millionär-Argument

Ob das Grundeinkommen auch für Millionäre gelten solle, auf diese Frage antwortet Werner mit einem eindeutigen Ja. Denn:

(4. Praxisprämisse)

„Für Wohlhabende wäre das Grundeinkommen nichts anderes als ein an andere Stelle verschobener Freibetrag“ (Werner 2007, 93). (Stütze 3, Praxis als Information)

Der Steuerfreibetrag, so Werner, orientiere sich heute bereits am Existenzminimum. Aus einer veränderten Perspektive heraus, sei ein Grundeinkommen heute nichts anderes als der vom Finanzamt direkt vergütete Steuerfreibetrag. Auch Millionären werde heute bereits der Steuerfreibetrag zugesichert. An dieser Stelle sei erwähnt, dass dies auch nicht Gegenstand öffentlicher Steuerpraxis-Kritik ist.

Steuerfreibetrag-Argument

(3. Alternativprämisse)

„Die unterste denkbare Grenze des Grundeinkommens ist durch das schon heute als steuerlicher Grundfreibetrag definierte karge Existenzminimum von gerundet 8000 Euro pro Person und Jahr gesetzt. Diesen generellen Steuerfreibetrag für ausnahmslos jeden Bürger hatte auch schon einmal der CDU-Politiker Friedrich Merz im Zusammenhang mit seiner 'Bierdeckelsteuer' ins Gespräch gebracht. Würde man die heutigen Sozialtransfers mit einem Teil der eingesparten Kosten unserer Sozialbürokratie zusammenrechnen, dann könnte ein erster Schritt auch schon ein Grundeinkommen von 800 Euro pro Monat und Bürger sein. Und soweit man das von heute aus beurteilen kann, könnte das Fernziel bei monatlich etwa 1500 Euro heutiger Kaufkraft liegen“ (Werner 2007, 99). (Stütze 3, Praxis als Information/Empirie)

Dieses Argument geht also einher mit dem Steuersystemvereinfachungs-Argument.

(3. Alternativprämisse)

„Wenn es aber keine Einkommen- oder Ertragsbesteuerung mehr gibt, sondern allein eine Konsumsteuer, dann muss man diesen Freibetrag jedem Individuum bar auszahlen. Das bedingungslose Grundeinkommen ist so gesehen nichts anderes als die Rück-

²²¹ U.a. in dem Vortrag „Grundeinkommen, Arbeit und die Idee der sozialen Skulptur“, gehalten zusammen mit Johannes Stüttgen vom Omnibus für direkte Demokratie am 10. April 2013 an der Volkshochschule in Bielefeld.

überweisung des Grundfreibetrages der Konsumsteuer“ (Werner/Goehler 2010, 247). (Stütze 4, Gebot)

Emotion-Argument

Ein allgemeines Unbehagen gehe durchs Land, die Grundeinkommen-Debatte würde häufig sehr emotional geführt.

(1. Defizitprämisse)

„Damit ich nicht falsch verstanden werde: Ich achte weder Gefühle der Perspektivlosigkeit, Zukunftsangst oder der Panik angesichts der Globalisierung gering, noch die der Ungerechtigkeit, der Empörung über obszön zur Schau getragenen Reichtum und die des Neids gegenüber privilegiert lebenden Menschen. Diese Gefühle sind absolut legitim. Sie entspringen oft einer subjektiven Not und sehen die eigene individuelle Lage in einer überkomplexen Welt wie in einem Spiegelkabinett tausendfach abgebildet und bestätigt. [...] Ganz offensichtlich spiegeln diese Gefühle die unbestreitbare Tatsache wider, dass etwas grundsätzlich nicht stimmt und dass in den jetzigen Konsstellationen keine Entwicklungsmöglichkeiten, sondern weitere Krisen angelegt sind“ (Werner 2007, 167). (Stütze 4, Wissen als Interpretation)

Arbeitsmarkt-Argument

Werner geht auf einen seines Erachtens fundamentalen Denkfehler ein, auf den Begriff des „Arbeitsmarktes“:

(1. Defizitprämisse)

„Von einem freien Spiel der Kräfte und von der Möglichkeit der Wahl kann keine Rede sein. Einen echten Arbeitsmarkt müsste folgender Grundsatz regeln. Alle können, aber keiner muss arbeiten! Das wäre ein Markt im Wortsinn. So aber haben wir einen künstlich erzeugten Markt, der bekanntlich überhaupt nicht funktioniert und derzeit dabei ist, sich selbst ad absurdum zu führen. [...] Tatsächlich gibt es ja nicht nur eine Pflicht zu arbeiten – was ja mit dem Trachten nach sinnvoller Beschäftigung noch irgendwie zur Deckung zu bringen wäre –, nein, es herrscht in unserer Gesellschaft definitiv der Zwang zu arbeiten; andernfalls rutscht der betroffene Bürger umgehend in die Bedürftigkeit ab. Keine Arbeit, also kein Einkommen, sondern ein Überlebensgeld, genannt Hartz IV, das man wohl eher als Gnadenbrot denn als Existenzsicherung bezeichnen muss“ (Werner 2007, 73). (Stütze 1, Verweisung auf Bekanntes/Erklärung)

Durch ein Grundeinkommen würde der Arbeitsmarkt zu einem wahren Markt:

(5. Adäquatheitsprämisse)

„Der heute geltende Negativkreislauf aus zu hohen Steuern an den falschen Stellen, andauerndem Arbeitsplatzabbau, fortschreitender Verarmung und damit zurückgehendem Konsum würde sich in die positive Gegenrichtung verkehren. Der Arbeitsmarkt würde endlich zum *Markt* im marktwirtschaftlichen Sinne. Steuerliche Attraktivität würde Investitionen anziehen und damit Arbeitsplätze generieren, die zudem günstig zu besetzen wären. Die durch Grundeinkommen abgesicherten Bürger wären freier in der Wahl der dann zahlreicher angebotenen Arbeitsplätze, würden sorgenfreier konsumieren können und damit das System ohne Not finanzieren“ (Werner 2007, 193, Hervorheb. im Original). (Stütze 2, Absolute Norm/Verweisung auf politisch-

5.7 Götz Werner und das bedingungslose Grundeinkommen

gesellschaftliche Systemorientierung)

Eine Verlagerung der Produktion ins Ausland, so Werner, könne aus wirtschaftlichen Gründen sinnvoll sein. Geschehe dies, wie so oft, jedoch aus steuerlichen Erwägungen, so werde die Sache meistens heikel (vgl. Werner 2007, 194).

(3. Alternativprämisse)

„Wer Hunger hat, zahlt für Brot jeden Preis. Wer Existenzangst hat und deshalb keine Wahl, nimmt jeden Job. Das bedingungslose Grundeinkommen würde genau das ändern, und das wäre ein großer Schritt für die gesamte Gesellschaft. Und auch für die Ökonomie, denn erst dann entstünde ein wahrhaft dynamischer Arbeitsmarkt, auf dem Kunden nicht nur eine echte Wahl zwischen verschiedenen Arbeitsangeboten hätten, ohne erpressbar zu sein. Denn wenn ich eines der Angebote in jedem Falle annehmen muss, habe ich auch nicht die freie Wahl, und von einem freien Arbeitsmarkt kann auch keine Rede sein“ (Werner/Goehler 2010, 77). (Stütze 4, Reflexion/Wissen als Interpretation)

Bewusstsein-Argument

Die Menschen müssten zunächst einmal lernen, die Idee überhaupt denken zu können, das sei derzeit das vorrangige Ziel:

(2. Ursachenprämisse, historisch/wirtschaftlich)

„Der Sozialstaat, wie wir ihn noch kennen, ist längst an seine Grenzen gestoßen und trägt nicht mehr über die neuen Ungewissheiten der Gegenwart. Aber noch sind die Umriss einer kulturell definierten Gesellschaft nicht genug ins öffentliche Bewusstsein gedrungen. Noch halten wir aus Angst vor der ungewissen Zukunft an der bekannten Vergangenheit und ihren Lösungsansätzen fest“ (Werner/Goehler 2010, 14). (Stütze 4, Reflexion)

Speziell auf das Konsumsteuer-Argument bezogen heißt das:

(3. Alternativprämisse)

„Aus diesem Grunde betone ich zusammen mit anderen Befürwortern der Konsumbesteuerung immer wieder, dass es überhaupt nicht um eine *Finanzfrage*, sondern um eine *Bewusstseinsfrage* geht. Die Konsumsteuer ermöglicht zwar die Finanzierung des bedingungslosen Grundeinkommens, sie ist aber vor allem ein bewusstseinsschaffender Kulturimpuls. Das heißt: Wir versuchen zum einen, die Anteile von Individuum und Gesamtgesellschaft an unserem wirtschaftlichen Wohlstand, zum anderen unser aller Angewiesensein auf die Leistungen Dritter angemessener zu beschreiben. Praktisch schlagen wir nichts anderes vor, als die versteckte steuerliche Belastung des Konsums – also alle Unternehmens- und Ertragssteuern – schrittweise zurückzufahren und dafür im Gegenzug ebenso behutsam die Konsumbesteuerung offen sichtbar zu erhöhen. Dafür die steuertechnisch ausgereifte und erprobte Form der Mehrwertsteuer zu wählen, liegt nahe – wenngleich es, ohne dass ich hier darauf eingehen kann, auch andere Möglichkeiten eines konsumorientierten Steuersystems gäbe. Nichts könnte das Konzept allerdings mehr verzerren als die gelegentlich durch die Landschaft geisternde 'Kurzversion', ich schlage zur Finanzierung des bedingungslosen Grundeinkommens vor, mal eben die Mehrwertsteuer auf 50 Prozent zu erhöhen“ (Werner 2007, 208, Hervorheb. im Original). (Stütze 4, Reflexion/Wissen als Interpretation)

Entstigmatisierung-Argument

In einem Interview im Stern (Werner 2006_A) antwortet Werner auf die Frage, ob er „einfach so“ den Bürgern Geld an die Hand geben wolle:

(5. Adäquatheitsprämisse)

„Ja, nicht nur ein paar hundert Euro, sondern so viel, dass jeder Mensch, bescheiden zwar, aber in Würde leben kann. Dass jeder am gesellschaftlichen und kulturellen Leben teilnehmen kann. Und damit erreichen Sie auch, dass es Arbeitslosigkeit als Problem nicht mehr gibt, dass niemand mehr stigmatisiert werden kann“ (38). (Stütze 1, Erklärung)

Auf die Feststellung des Interviewers, dass Menschen heute Angst hätten, in Hartz IV abzurutschen, antwortet Werner:

(1. Defizitprämisse)

„Ja. Und das ist ein großes Problem. Sie haben Angst, stigmatisiert zu werden. Nutzlos zu sein. Dieses manische Schauen auf Arbeit macht uns alle krank. Und was ist denn Hartz IV? Hartz IV ist offener Strafvollzug. Es ist die Beraubung von Freiheitsrechten. Hartz IV quält die Menschen, zerstört ihre Kreativität. Es ist ein Skandal, dass eine rot-grüne Regierung dieses destruktive Element in die Gesellschaft gebracht hat“ (ebd. 37). (Stütze 3, Praxis/Erfahrung)

Arbeitslosigkeit-Argument

Werner beschreibt die Anwartschaft für das neue Paradigma des bedingungslosen Grundeinkommens:

(2. Ursachenprämisse, wirtschaftlich/politisch)

„Ja, wenn es um Wirtschaft und Gesellschaft geht, dominiert das Thema Arbeitslosigkeit unser Denken. Das liegt am überholten Paradigma der Erwerbsarbeit. Und daran, dass die öffentlichen Haushalte vornehmlich mit einkommensbasierten Steuern finanziert werden. Wer dieses Paradigmenbündel nicht in Frage stellt, muss dafür sorgen, dass die Erwerbsarbeit nicht abnimmt. Sonst bricht auch die steuerliche Bemessungsgrundlage zusammen. Insofern ist Arbeitslosigkeit durchaus ein drängelndes Thema. Das Problem ist aber, dass das Thema nicht ernsthaft hinterfragt wird. Man versucht den Patienten zu kurieren, ohne sich mit den Ursachen seiner Krankheit zu beschäftigen“ (Werner 2006_A, 47). (Stütze 4, Wissen als Interpretation/Metapher)

Durch Bewusstmachung könnten wir uns aus alten Gedankenmodellen befreien:

(1. Defizitprämisse)

„Wir befinden uns sozusagen in einem Gedankengefängnis. Dies aufzubrechen, ist in erster Linie die Aufgabe unserer Grundeinkommen-Initiative. Der Begriff der Arbeitslosigkeit ist eigentlich ein Kunstbegriff. Selbst Menschen, die heute per definitionem arbeitslos sind, gehen einer Beschäftigung nach und leisten teilweise sehr wertvolle Beiträge zum Wohl der Gesellschaft, z.B. im Bereich der Jugendbewegung – oder als Eltern. Den Wert solcher Arbeit erkennen wir oft gar nicht“ (Werner 2006_A, 49). (Stütze 4, Reflexion)

Folgendes Zitat ist auch unter dem Bürokratie-Argument aufgeführt.

5.7 Götz Werner und das bedingungslose Grundeinkommen

Ein Grundeinkommen würde neue sinnvolle Arbeitsplätze schaffen und alte sinnleere abschaffen:

(5. Adäquatheitsprämisse)

„Der Wechsel vom heutigen Sozialsystem zum bedingungslosen Grundeinkommen ist prinzipiell einfach und im Kern vor allem eine Herausforderung an die bestehende Bürokratie: Statt der komplizierten Bewilligungsverfahren für die 155 verschiedenen Arten von Transferzahlungen (von Kinder- bis Wohngeld, BAföG bis Hartz IV), die von 38 verschiedenen Behörden verwaltet, bewilligt oder abgelehnt werden, gibt es nur noch einen staatlichen Dauerauftrag – ohne Prüfung. Das spart staatliche Verwaltungskosten in gewaltiger Höhe – und ohne die Herausforderungen für die nunmehr arbeitslosen Staatsangestellten verharmlosen zu wollen, können sie sich, gesichert durch ein Grundeinkommen, nun eben weitaus sinnvolleren Aufgaben zuwenden“ (Werner/Goehler 2010, 252). (Stütze 3, Praxis als Information)

Auch für dieses Argument stützt Werner sich auf Autorität:

(2. Ursachenprämisse, politisch)

„In letzter Konsequenz kann, ja muss man sich dem ketzerisch klingenden Satz des Soziologen Ulrich Beck anschließen, der kürzlich als Titelzeile über einem längeren Interview mit ihm stand: 'Arbeitslosigkeit ist ein Sieg!' Dieser Satz klingt nur deshalb für das an gebetsmühlenartige Sozialpalaver gewöhnte Ohr ketzerisch, weil die Erwerbsarbeit in unserem sozialen und mentalen Weltgefüge eindeutig zu viel leisten und einlösen muss“ (Werner 2007, 71f). (Stütze 1, wiss. Position)

Polemisch kritisiert Werner die derzeitige Arbeitsmarktpolitik wie bereits beim Sinn-Argument aufgeführt:

(1. Defizitprämisse)

„Wir erinnern uns dunkel an den vorgeblichen Sinn der Ein-Euro-Jobs: Menschen sollen (wieder) ans Erwerbsleben herangeführt werden: Pardon, an welches? Mehr als vierzig Prozent eines jeden Jahrgangs, der die Schulen verlässt, landen laut 'Berufsbildungsbericht' der Bundesregierung, der im Frühjahr 2010 veröffentlicht wurde, in einer von Zigtausenden solcher 'Maßnahmen'. So gelten sie nicht als arbeitslos: Das verschönert die Statistik. [...] Aber wie soll ein sinnvoller Job aussehen, der 'sonst nicht gemacht würde'“ (Werner/Goehler 2010, 101f)? (Stütze 3, Praxis/Empirie)

Das Grundeinkommen würde sowohl für Auszubildende und Betriebe, als auch für Arbeitnehmer wieder Arbeitsanreize schaffen.

Arbeitsanreiz-Argument

(3. Alternativprämisse)

„Mit einem Jugendlichen-Grundeinkommen könnten leichter Ausbildungsplätze finanziert werden, denn die Jugendlichen würden ja einen Teil des Geldes mitbringen, so dass viele kleine und junge Betriebe, die sich heute nicht erlauben können, einen Ausbildungsplatz zu stellen, und deshalb nur unbezahlte Praktikumsplätze vergeben, diese Möglichkeit hätten“ (Werner/Goehler 2010, 185). „Der Anreiz, über den Grundbetrag hinaus Einkommen zu beziehen, ist nach der Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens größer als jetzt. Denn heute fragen sich alle leidlich ökonomisch Gebildeten, die Transferleistungen beziehen, ab wann es sich angesichts

5 Textanalyse und Interpretation von Grundeinkommenspädagogiken

der hohen Anrechnungssätze, mit denen die kläglichen Zuverdienste belegt sind, rechnet, arbeiten zu gehen. Mit Grundeinkommen lohnt sich jeder noch so kleine Verdienst“ (ebd., 248). (Stütze 4, Reflexion/Wissen als Interpretation)

Wie beim Anthropologie-Argument schon hervorgehoben, gäbe es in jeder Gesellschaftsform einen geringen Prozentsatz an Menschen, die nicht tätig werden wollten:

„Antriebslose Menschen hat es immer gegeben und wird es immer geben. Die hat die Gesellschaft immer ertragen und wird sie immer ertragen müssen. Durch keine Macht der Welt machen wir aus einem arbeitsunwilligen, von innerer Lähmung befallenen Menschen einen motivierten Menschen. Das heißt, diese Menschen sind und bleiben unwillig, sich sozial zu bewegen. Sie werden es immer vorziehen, ohne Job zu leben, und wenn man sie in ein Beschäftigungsverhältnis zwingt, dann werden sie ihre Tätigkeit eher sabotieren als ausfüllen“ (Werner 2007, 109). (Stütze 1, Erklärung/Verweisung auf Bekanntes)

Preisstabilität-Argument

Auf das Ökonomie-Argument der Gegner eines Grundeinkommens, dass alles teurer würde, reagieren Werner/Goehler folgendermaßen:

(5. Adäquatheitsprämisse)

„Die Verbraucherpreise blieben insgesamt stabil, da im Gegenzug zur steigenden Mehrwertsteuer die eingepreisten Steuern in den Produktionskosten entfallen. Die Mehrwertsteuer steigt, aber die Herstellungskosten sinken“ (Werner/Goehler 2010, 244). (Stütze 1, Erklärung)

Vorbild-Argument

Ein konkreter Staat auf der Grundlage eines bedingungslosen Grundeinkommens besteht weltweit zurzeit noch nicht, jedoch gäbe es vorbildliche Initiativen dazu im Ausland²²². Mit Hinweis auf bGe-Projekte unter der Überschrift „Namibia und andernorts“ beschäftigen sich Werner/Goehler (2010) mit Vorbildern in einem gesonderten Kapitel (vgl. 197ff).

(4. Praxisprämisse)

„Konkrete politische Bestrebungen, einen ersten Schritt zu unternehmen, gibt es in der Slowakei. Dort will der Wahlgewinner vom Juni 2010, der Liberale Richard Sulik, trotz knallharten Sparkurses ein Grundeinkommen für jeden Slowaken in Höhe von 185 Euro einführen. Das entspricht sogar der derzeitigen Höhe des Existenzminimums in der Slowakei“ (Werner/Goehler 2010, 230). (Stütze 3, Praxis als Information)

²²² In der Schweiz wurde zum bedingungslosen Grundeinkommen eine Volksinitiative am 21. April 2012 gestartet. Vgl. dazu <http://www.bedingungslos.ch>, Stand 15.02.2012.

5.7 Götz Werner und das bedingungslose Grundeinkommen

Sogar im Iran gäbe es dazu Ansätze:

(4. Praxisprämisse)

„Ein Grundeinkommen auf Basis der Erdölverkäufe wurde in der Islamischen Republik Iran von Mehdi Karroubi, einem der beiden prominenten Herausforderer von Ahmadinedschad, ins Spiel gebracht. Sein Programm sah ein Grundeinkommen vor, das allen Iranern eine Leibrente von etwa fünfzig Euro im Monat garantiert. Nur die wenigsten werden wissen, dass es in den USA bereits ein – ressourcenfinanziertes - Grundeinkommen gibt, aber nur in einem Bundesstaat, in Alaska. Dort erhält jede Person, von Geburt an, etwas mehr als tausend Dollar – allerdings im Jahr, nicht im Monat“ (Werner/Goehler 2010, 231). (Stütze 3, Praxis als Information)

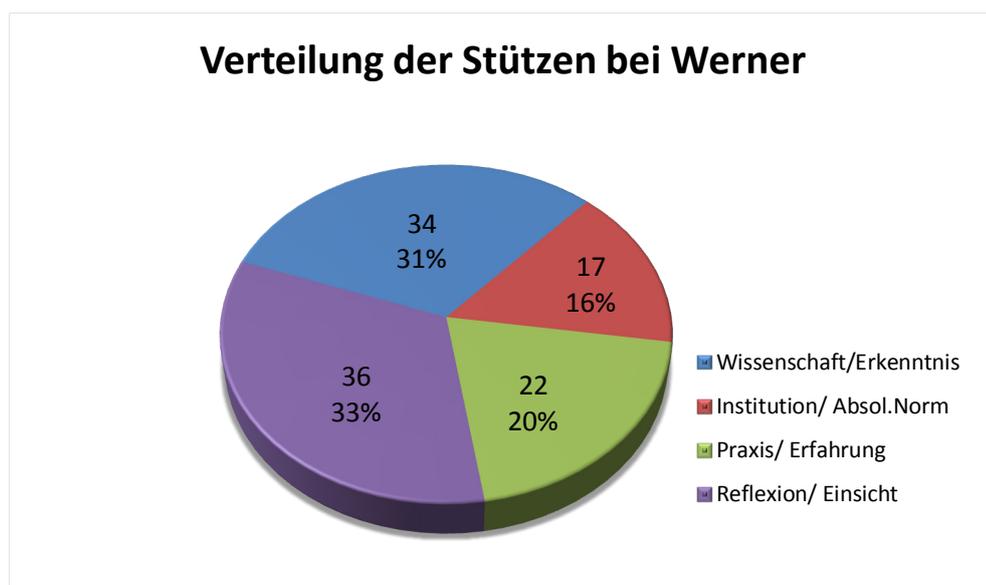
5.7.1 Klassifikation (Bereichsspezifik) der Argumente bei Werner

<u>Arbeit</u>		<u>Gesundheit</u>	
Arbeitsanreiz-Argument.....	412	Gesundheit-Argument.....	405
Arbeitsmarkt-Argument.....	409	<u>Individuum/Identität</u>	
Entkopplung-Argument.....	389	Emanzipation-Argument	402
<u>Erziehung/Bildung/Unterricht</u>		<u>Kultur/Kunst</u>	
Bildung-Argument	390	Kreativität-Argument	404
Schulreform-Argument	391	<u>Natur/Nachhaltigkeit</u>	
<u>Ethik/Moral</u>		Nachhaltigkeit-Argument	405
Entstigmatisierung-Argument	411	<u>Recht/Gesetz</u>	
Leistungsermöglichungs- Argument.....	407	Hartz-IV-Alternative-Argument....	380
Sinn-Argument	403	Liberté-Argument.....	388
<u>Fortschritt/Technik</u>		Verfassung-/Menschenrecht- Argument	387
Technischer-Fortschritt- Argument.....	386	<u>Staat/Politik/Macht</u>	
<u>Gesellschaft/System</u>		Arbeitslosigkeit-Argument.....	411
Altersarmut-Argument.....	395	Bürokratie-Argument	386
Angst-Argument	384	Vollbeschäftigungs-Mythos- Argument	381
Anthropologie-Argument.....	382	<u>Wirtschaft/Finanzen/Verteilung</u>	
Armut-Argument.....	393	Finanzierbarkeit-Argument.....	382
Bewusstsein-Argument.....	410	Konsumsteuer-Argument	398
Ehrenamt-Argument.....	403	Millionär-Argument	408
Emotion-Argument.....	409	Preisstabilität-Argument	413
Kinderarmut-Argument	394	Steuerfreibetrag-Argument	408
Kommunikation-/Information- Argument.....	395	Steuersystemvereinfachungs- Argument	396
Mobilität-Argument.....	395	Subvention-Argument	402
Teilhabe-Argument	385	Unternehmen-Argument.....	400
Vereinsamung-Argument	395	<u>Wissenschaft</u>	
Vertrauen-Argument	401	Freie-Forschung-Argument.....	392
Vorbild-Argument.....	413	<u>Zeit/Geschichte</u>	
		Fremdversorgung-Argument	406

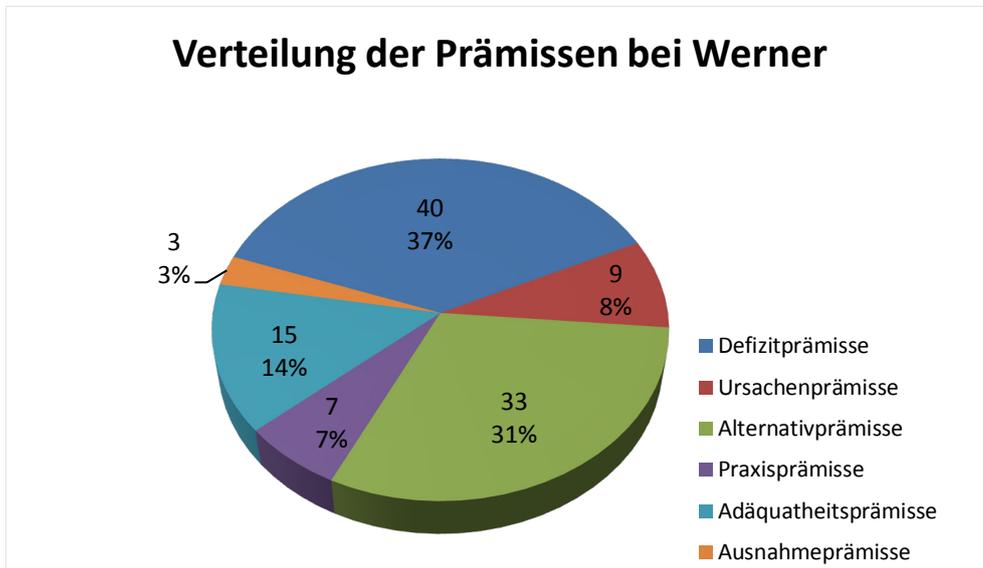
5.7.2 Zusammenfassung

Die auf seinen Texten basierende Analyse der pädagogischen Vermittlung Werners hat bis hierher 43 Argumente herauskristallisiert und deckt sich weitestgehend mit den in seinen Vorträgen genannten Argumenten. Neben der Veröffentlichung seiner Bücher und seiner Internetseite ist die Hauptstrategie Werners sein Auftreten in der Öffentlichkeit durch Vorträge und seine Präsenz in Fernsehen, Radio und Zeitungen. Man kann ihn auch so verstehen, dass er nicht derjenige ist, der überzeugt, sondern selbst als Zeuge auftritt. Damit wird Werner als Person selbst zu einem Argument. Überzeugen könne er selbst gar nicht, er biete dazu nur Anreize, überzeugen könne nur jeder sich selbst.

In den hier aufgefundenen und benannten 43 Argumenten liegen insgesamt 109 Stützen vor. Werner stützt sich vor allem auf Reflexion und Einsicht (Stütze 4: 36) sowie Wissenschaft und Erkenntnis (Stütze 1: 34), gefolgt von Stützung auf Praxis und Erfahrung (Stütze 3: 22) sowie Stützung auf Institution und Absolute Norm (Stütze 2: 17).



Den analysierten Argumenten liegen insgesamt 107 Prämissen zugrunde. Werner setzt hauptsächlich Defizite (40) und Alternativen (33) gefolgt von Adäquatheit (15) voraus. Weniger vorausgesetzt werden Ursachen (9) und Praxis (7). Die Ausnahmeprämisse (3) wird am wenigsten vorausgesetzt.



6 Betrachtung der Ergebnisse

6.1 Zur Bereichsspezifik

Die aus der Argumentationsanalyse gesammelten Argumente werden hier insgesamt 14 Bereichen zugeordnet. Die Aufstellung der bereichsspezifischen Topik orientierte sich zunächst anhand des „Bielefelder Katalogs pädagogischer Argumente“ (vgl. Paschen/Wigger 1992, 98) und der Klassifikation EUDIS (vgl. Wigger/Paschen 1994, 92ff) und ist nach Durchsicht aller Argumente anhand ihrer Inhalte modifiziert worden. Somit liegt der Klassifikation von Bereichen eine theoretische Folie zugrunde, die anhand des analysierten Materials ergänzt bzw. angepasst wurde. Mietz (1990) widerspricht sich im Übrigen, wenn sie behauptet, dass „Klassifikationen theoretisch entwickelt werden, sich also nie aus dem Material selbst ergeben“ (50). Im nächsten Absatz widerlegt sie sich selbst, bei der von ihr vorgenommenen Klassifikation handele es sich „um eine heuristische, wobei die grobe Einteilung für die argumentativ verwendeten Kategorien zunächst nach persönlicher Einschätzung *anhand des empirisch gewonnen Materials* erfolgte“ (ebd., Hervorheb. MM)

Eine definitive Zuordnung der jeweiligen Argumente zu einem Bereich ist bei einigen Argumenten nicht eindeutig möglich gewesen, da diese eher als bereichsübergreifend zu interpretieren sind. So ist beispielsweise das Fortschritt-Argument von Popper-Lynkeus dem Bereich Fortschritt/Technik zugeordnet worden, obwohl es vom Inhalt her auch möglich gewesen wäre, es unter dem Bereich Zeit/Geschichte aufzuführen. Dennoch sind diese nicht ganz eindeutigen Argumente ihrer Tendenz nach dem einen oder anderen Bereich zugewiesen worden, um eine Gesamtklassifikation und -übersicht zu ermöglichen.

6.2 Bereichsspezifische Topik aller Argumente

Die Argumente innerhalb eines Bereichs sind durch die Initialen der einzelnen Autoren gekennzeichnet. Dies gilt auch für die Darstellung der bereichsspezifischen Topik der Pro-Argumente, die unter 6.3. erfolgt. Folgende Initialen werden verwendet: [M&E] für Marx/Engels, [PL] für Popper-Lynkeus, [St] für Steiner, [Fr] für Fromm, [W&B] für Wohlgenannt/Büchele, [Go] für Gorz sowie [We] für Werner. Die Analyse orientiert sich anhand einer Chronik, die mit Marx/Engels beginnt und bei Werner endet. Die allgemeine bereichsspezifische Topik aus den

6.2 Bereichsspezifische Topik aller Argumente

Argumenten der sieben analysierten Autoren stellt sich insgesamt wie folgt dar:

<u>Arbeit</u>		
Abkopplung-Argument [Go].....	341	
Abstraktheit-Argument [M&E]	158	
Anreiz-Argument [Go].....	375	
Arbeitsanreiz-Argument [We]	412	
Arbeitsantrieb-Argument [St].....	223	
Arbeitsbewertung-Argument [St]	230	
Arbeitskraft-Argument [St]	214	
Arbeitsmarkt-Argument [We]	409	
Arbeitsmotivation-Argument [PL]	190	
Arbeitsreduktion-Argument [Go]	330	
Arbeitsverständnis-Argument [PL]	184	
Arbeitszwang-Argument [St].....	225	
Drecksarbeit-Argument [PL].....	204	
Entäußerung-/Vergegenständlichung- Argument [M&E].....	162	
Entkopplung-Argument [We]	389	
Gebrauchswert-Argument [M&E]	159	
Gesunder-Arbeitsvertrag- Argument [St]	242	
Interessen-Argument [Fr].....	293	
Irrtum-Argument [Fr].....	272	
Lebensbereiche-Argument [Fr] ...	294	
Missverhältnis-Argument [Fr]	290	
Müßiggang-Argument [PL].....	203	
Passivität-Argument [Fr]	282	
Phantom-Argument [Go]	367	
Schwarzarbeit-Argument [W&B].	312	
Selbstlosigkeit-Argument [Go]	372	
Selbstzweck-Argument [Go].....	352	
Sinnfülle-Argument [Fr]	292	
Tätigkeit-Argument [M&E]	154	
Tätigsein-Argument [Fr]	281	
Unmessbarkeit-Argument [Go] ...	371	
Unvergleichbarkeit-Argument [PL]	183	
Verökonomisierung- Argument [Go].....	355	
Ware-Argument [M&E].....	142	
Warencharakter-Argument [St]...	211	
<u>Erziehung/Bildung/Unterricht</u>		
Bildung-Argument [We].....	390	
Erziehung-Argument [Fr]	275	
Schulautonomie-Argument [St]...	217	
Schulfach-Argument [PL]	194	
Schulreform-Argument [We].....	391	
<u>Ethik/Moral</u>		
Allgemeinheit-Argument [PL].....	175	
Antihumanismus-Argument [Go]	351	
Entfremdungsbedingung- Argument [Go].....	365	
Entstigmatisierung- Argument [We].....		411
Ethikwechsel-Argument [Go].....	353	
Falsche-Maximen-Argument [PL].	205	
Freiheit-Argument [Fr]	266	
Geldverdienst-Argument [Fr].....	261	
Hingabe-Argument [Fr]	275	
Konsumenten-Argument [Fr].....	280	
Lebenswert-Argument [Fr]	254	
Leistungsermöglichung- Argument [We].....	407	
Mangelfreiheit-Argument [PL].....	203	
Menschenwürde-Argument [St] ..	237	
Nötigung-Argument [Go].....	371	
Notwendigkeit-Argument [PL].....	185	
Prekariat-Argument [Go].....	366	
Sinn-Argument [We]	403	
Sinnlosigkeit-Argument [Fr].....	257	
Spontaneität-Argument [Fr]	301	
Tauschwert-Argument [Fr].....	291	
Veränderung-Argument [Fr]	279	
Zerstörungsprozess- Argument [W&B].....	325	
Zweck-Argument [Fr]	263	
Zwei-Sicherheiten-Argument [Fr].	258	
<u>Fortschritt/Technik</u>		
Arbeitsende-Argument [Go]	338	
Banalisation-Argument [Go].....	350	
Fortschritt-Argument [PL].....	200	
Produktions-Fortschritt-Argument [W&B]	318	
Produktionssteigerung- Argument [Fr].....	291	
Quantum-Argument [M&E].....	159	
Technischer-Fortschritt- Argument [We].....	386	
Vernetzung-Argument [M&E].....	149	
<u>Gesellschaft/System</u>		
Altersarmut-Argument [We].....	395	
Angst-Argument [We]	384	
Anpassung-Argument [Go]	350	
Anthropologie-Argument [We]....	382	
Armut-Argument [We]	393	
Aufklärung-Argument [St]	220	
Bewusstsein-Argument [We].....	410	
Bildungs-/Tätigkeitsgesellschaft- Argument [W&B].....	324	
Dreigliederung-Argument [St]	221	
Ehrenamt-Argument [We].....	403	
Eigentumslosigkeit- Argument [M&E]	149	

Emotion-Argument [We]..... 409	Vereinsamung-Argument [We] ... 395
Empfindlichkeit-Argument [PL].... 199	Vertrauen-Argument [We]..... 401
Enteignung-Argument [M&E]..... 162	Vorbereitung-Argument [PL]..... 197
Entfremdung-Argument [Fr]..... 250	Vorbild-Argument [We] 413
Exodus-Argument [Go]..... 364	Weibergemeinschaft-/Prostitution- Argument [M&E] 154
Frauen-Argument [PL]..... 192	Widerstand-Argument [W&B]..... 311
Freies-Geistesleben- Argument [St]..... 225	<u>Gesundheit</u>
Geltung-Argument [Go] 330	Gesellschaftskur-Argument [Fr] .. 292
Gesellschaftscharakter- Argument [Fr]..... 283	Gesundheit-Argument [We]..... 405
Gesellschaftseinfluss- Argument [Fr]..... 248	Krankheit-Argument [W&B]..... 314
Gesellschaftsneuordnung- Argument [M&E] 156	Krankheitssyndrom-Argument [Fr]269
Gesellschaftsspaltung- Argument [M&E] 148	Physiognomie-Argument [PL] 179
Homo-consumens-Argument [Fr] 302	Psychosomatik-Argument [Fr]..... 275
Jenseits-Argument [Go] 336	<u>Individuum/Identität</u>
Kinderarmut-Argument [We] 394	Angstabbau-Argument [W&B] 309
Kommunikation-/Information- Argument [We]..... 395	Aufwecken-Argument [Fr] 296
Kommunismus-Argument [M&E] 150	Bedürfnis-Argument [M&E] 164
Konformismus-Argument [Fr]..... 256	Durchsichselbstsein- Argument [M&E] 165
Konsumentengewerkschaft- Argument [W&B]..... 322	Emanzipation-Argument [We] 402
Kriminalität-Argument [PL]..... 205	Emotionale-Freiheit- Argument [Fr]..... 266
Leistung-Argument [W&B] 313	Entfaltung-Argument [W&B]..... 326
Lohngesellschaft-Argument [Go] .366	Fähigkeitenverlust-Argument [Go]335
Massen-Argument [PL] 199	Glück-Argument [PL] 176
Mindesteinkommen- Argument [Go] 363	Handlungsfreiheit-Argument [Fr] 267
Mitläufer-Argument [W&B]..... 319	Identität-Argument [W&B] 309
Mobilität-Argument [We]..... 395	Individualität-Argument [St] 223
Multiaktivität-Argument [Go]..... 368	Individuation-Argument [Fr] 300
Mutterschaft-/Mutterfunktion- Argument [Go] 357	Individuum-Argument [PL] 201
Nährarmee-Argument [PL] 185	Marketingcharakter- Argument [Fr] 285
Naiver-Optimismus-Argument [Fr]264	Privatkrisen-Argument [PL]..... 179
Not-Argument [W&B] 319	Propaganda-Argument [Fr] 295
Pathologie-Argument [Fr]..... 278	Schuldgefühl-Argument [Fr]..... 260
Proletariat-Argument [M&E]..... 144	Selbstorganisation-Argument [Go]357
Psychopathologie-Argument [Fr] .269	Tätigkeitsautonomie- Argument [Go]..... 362
Reservearmee-Argument [M&E] .160	Urheber-Argument [Fr]..... 256
Robotertum-Argument [Fr] 277	Verzicht-Argument [PL] 190
Sein-Argument [M&E]..... 162	Wahre-Freiheit-Argument [M&E] 162
Selbstmord-Argument [PL] 200	<u>Kultur/Kunst</u>
Spaltung-Argument [W&B] 316	Fruchtbarkeit-Argument [PL] 195
Spannung-Argument [W&B]..... 318	Kreativität-Argument [We] 404
Spezifikum-Argument [PL]..... 189	Kulturbedürfnis-Argument [PL]... 187
Täuschung-Argument [St]..... 231	Muße-Argument [St] 226
Teilhabe-Argument [We] 385	<u>Natur/Nachhaltigkeit</u>
Trägheit-Argument [PL] 177	Ausgleich-Argument [W&B]..... 324
Überanstrengung-Argument [Fr] .288	Nachhaltigkeit-Argument [We] ... 405
Verdrängung-Argument [Fr] 253	Öko-sozialer-Umbau- Argument [W&B] 320
	Strukturanalogie-Argument [St].. 216
	<u>Recht/Gesetz</u>
	Abschaffung-Argument [Go]..... 331

6.2 Bereichsspezifische Topik aller Argumente

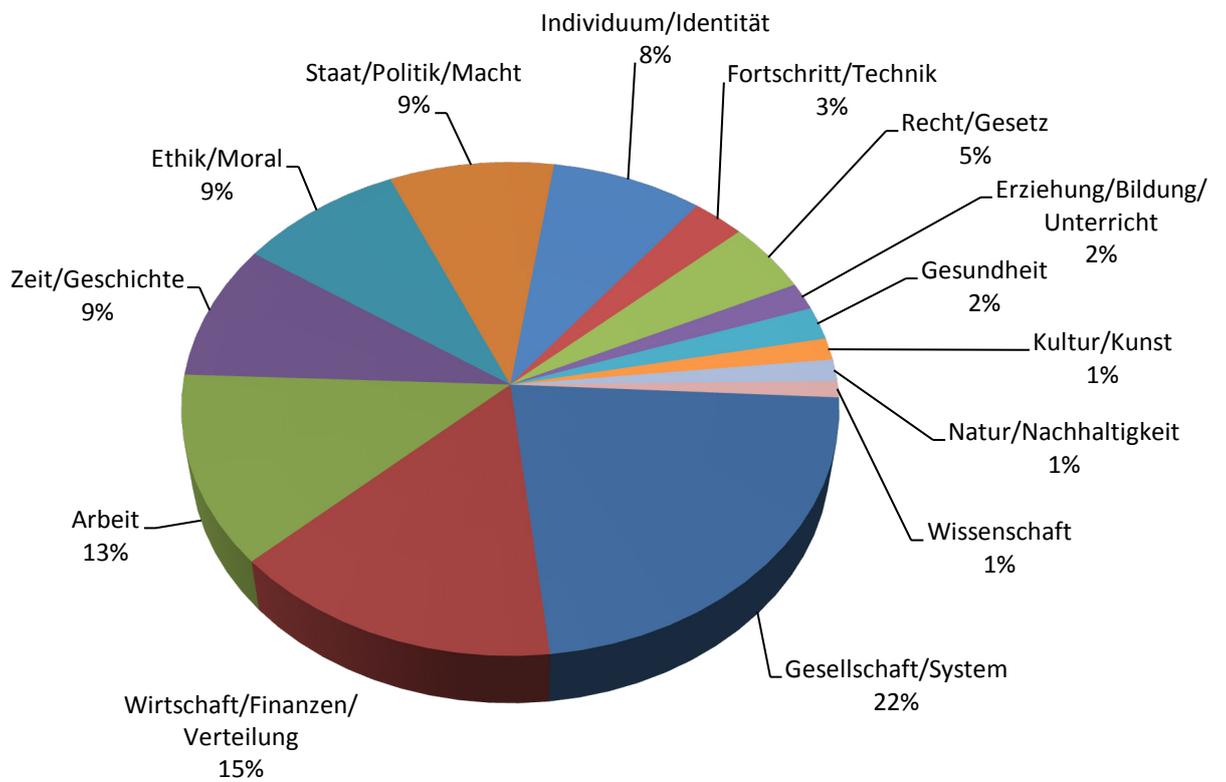
Dienstbotenarbeit-Argument [Go]	353	Ausbeutung-Argument [M&E]	150
Existenzminimum-Argument [Fr]	270	Devisensteuer-Argument [Go]	365
Existenzrecht-Argument [PL]	182	Direktvergütung-Argument [PL]	182
Gleichheit-Argument [PL]	174	Distribution-Argument [Go]	347
Hartz-IV-Alternative-Argument [We]	380	Drei-Geld-Argument [St]	229
Liberté-Argument [We]	388	Einkommensgarantie-Argument [Go]	370
Menschenrecht-Argument [W&B]	322	Finanzierbarkeit-Argument [We]	382
Naturrecht-Argument [Fr]	248	Finanzierung-Argument [W&B]	323
Sozial-Grundgesetz-Argument [St]	234	Geld-Eigendynamik-Argument [St]	232
Südafrikanisierung-/Hausfrauisierung-Argument [Go]	361	Gleichgewicht-Argument [Fr]	281
Verfassung-/Menschenrecht-Argument [We]	387	Globalisierung-Argument [St]	233
Zwang-Argument [PL]	196	Grundbedingung-Argument [M&E]	166
<u>Staat/Politik/Macht</u>		Güter-Argument [W&B]	323
Arbeitslosigkeit-Argument [We]	411	Konsum-Argument [St]	227
Argwohn-Argument [Fr]	274	Konsumsteuer-Argument [We]	398
Bevormundung-Argument [W&B]	317	Kosten-Argument [Fr]	274
Bourgeoisie-Argument [M&E]	150	Kosten-Integration-Argument [Go]	335
Bürokratie-Argument [We]	386	Kostenloser-Konsum-Argument [Fr]	304
Demokratischer-Sozialismus-Argument [Fr]	265	Krise-Argument [Go]	331
Entbürokratisierung-Argument [Fr]	289	Lebensarbeitszeit-Argument [W&B]	323
Geld-Argument [M&E]	165	Millionär-Argument [We]	408
Gleiche-Augenhöhe-Argument [PL]	188	Minimum-Argument [PL]	202
Herrschaft-Argument [Go]	343	Monopol-Argument [Go]	352
Herrschaftsanmaßung-Argument [W&B]	321	Preisstabilität-Argument [We]	413
Lohnsklaven-Argument [PL]	195	Privatwirtschaft-Argument [PL]	187
Lokales-Handeln-Argument [W&B]	319	Sackgasse-Argument [Go]	374
Parteien-Dekonstruktion-Argument [St]	219	Schenkung-Argument [St]	228
Patriarchat-Argument [Fr]	289	Steuerfreibetrag-Argument [We]	408
Sicherung-/Sicherheit-Argument [PL]	181	Steuersystemvereinfachung-Argument [We]	396
Unabhängigkeit-Argument [W&B]	313	Subvention-Argument [We]	402
Verschleierung-Argument [Go]	339	Subventionierung-Argument [W&B]	317
Verwaltung-Argument [PL]	192	Überproduktion-Argument [M&E]	142
Vollbeschäftigungs-Mythos-Argument [We]	381	Unbrauchbarkeit-Argument [PL]	177
Work-/Welfare-Argument [Go]	347	Ungleichheit-Argument [Go]	335
Wucher-Argument [M&E]	160	Unternehmen-Argument [We]	400
Zuchthaus-Argument [PL]	178	Versicherungsfortschritt-Argument [Fr]	294
Zugang-Argument [Go]	334	Wirtschaftsfreiheit-Argument [Fr]	266
Zwei-Freiheiten-Argument [W&B]	311	Wohnung-Argument [PL]	196
<u>Wirtschaft/Finanzen/Verteilung</u>		<u>Wissenschaft</u>	
Administration-Argument [W&B]	316	Freie-Forschung-Argument [We]	392
Äquivalenz-Argument [St]	233	Freie-Wissenschaft-Argument [St]	226
Armutsfalle-Argument [W&B]	322	Marx-Argument [Fr]	286
Armutslösung-Argument [W&B]	318		

<u>Zeit/Geschichte</u>	
Arbeitstrieb-Argument [Fr]..... 299 Autorität-Argument [Fr] 255 Drei-Stadien-Argument [PL] 198 Fremdversorgung- Argument [We]..... 406 Homöostase-Argument [St]..... 242 Humanismus-Argument [Fr]..... 259 Industrielle-Revolution- Argument [M&E] 145 Jetzt-Argument [Fr]..... 282 Kapitalismus-Argument [St]..... 238 Knechtschaft-Argument [M&E] ... 144 Leibeigenen-Argument [M&E]..... 156 Maschinensturm- Argument [M&E] 148	Paradies-Argument [Go]..... 330 Phasenverschiebung- Argument [Fr] 301 Proletarier-Bewusstsein- Argument [St] 239 Revolution-Argument [M&E] 158 Sklaven-Argument [M&E] 155 Sozialismus-Argument [M&E] 153 Sukzessivität-Argument [Go]..... 373 Überakkumulation-Unterkonsumtion- Argument [Go]..... 334 Umdenken-Argument [St]..... 235 Umschwung-Argument [St] 241 Utopie-Argument [W&B] 312 Weltgeschichte-Argument [M&E] 166 Zeit-Argument [PL] 198

Die hier zusammengestellten Argumente-Bereiche werden in Anlehnung an Wigger/Paschen (1994) als „notwendige Zusammenfassungen ähnlicher Argumente zum Zweck des Vergleichs und [der] Analyse“ (97) verstanden.

Im Folgenden werden zunächst die Argumente der bereichsspezifischen Topik dargestellt, die als grundsätzlich pro Grundeinkommen einzustufen sind. Im Anschluss daran werden dann die klassischen Gegenargumente dargestellt, die daraufhin in Bezug auf ihre Gewichtung allen Argumenten der Gesamtopik gegenübergestellt werden.

Argumente nach Bereichsspezifik



6.3 Bereichsspezifische Topik der Pro-Argumente

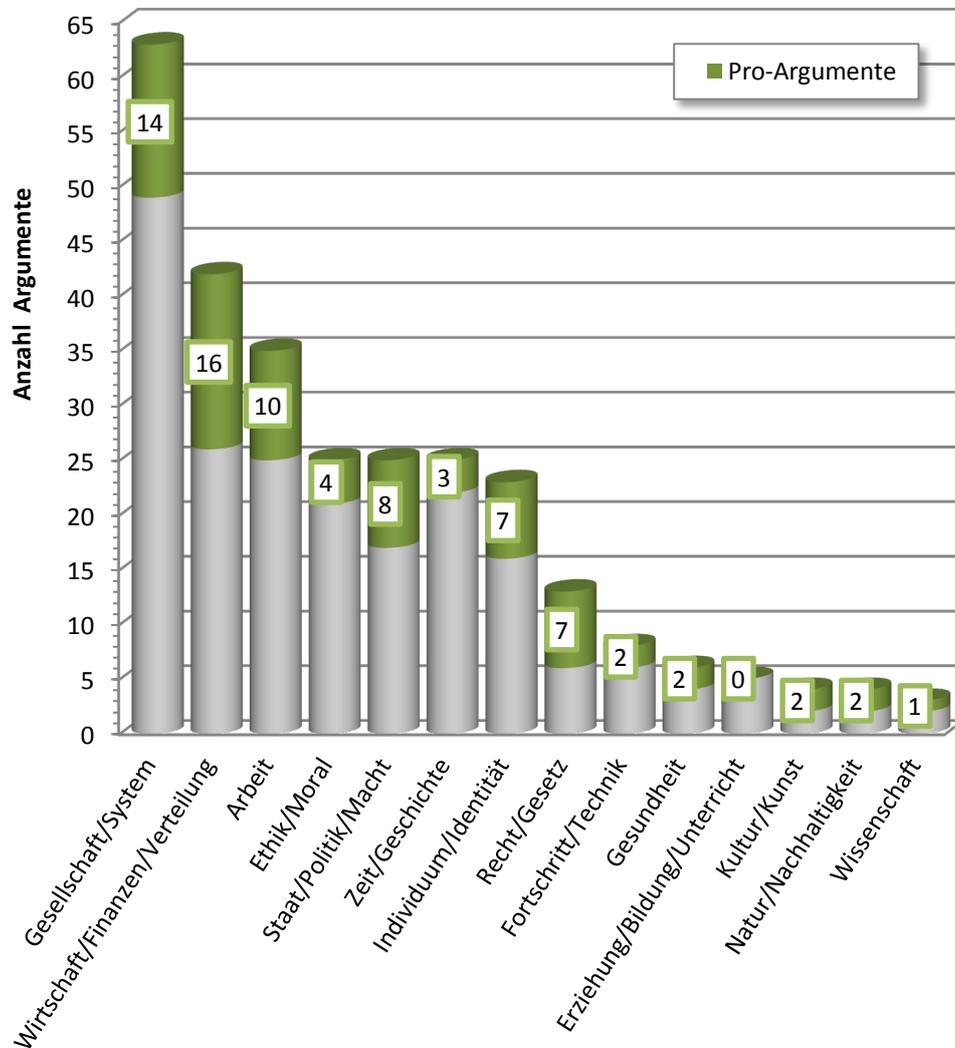
<u>Arbeit</u>	
Abkopplung-Argument [Go]	341
Anreiz-Argument [Go].....	375
Arbeitsanreiz-Argument [We]	412
Arbeitsmarkt-Argument [We].....	409
Entkopplung-Argument [We].....	389
Irrtum-Argument [Fr].....	272
Müßiggang-Argument [PL]	203
Selbstlosigkeit-Argument [Go].....	372
Tätigkeit-Argument [M&E]	154
Unmessbarkeit-Argument [Go]....	371
<u>Ethik/Moral</u>	
Allgemeinheit-Argument [PL]	175
Entstigmatisierung- Argument [We].....	411
Notwendigkeit-Argument [PL].....	185
Sinn-Argument [We]	403
<u>Fortschritt/Technik</u>	
Arbeitsende-Argument [Go].....	338
Fortschritt-Argument [PL]	200
<u>Gesellschaft/System</u>	
Altersarmut-Argument [We]	395
Angst-Argument [We]	384
Freies-Geistesleben- Argument [St].....	225
Gesellschaftsneuordnung- Argument [M&E]	156
Jenseits-Argument [Go]	336
Kinderarmut-Argument [We]	394
Massen-Argument [PL]	199
Mindesteinkommen- Argument [Go]	363
Multiaktivität-Argument [Go].....	368
Spezifikum-Argument [PL].....	189
Teilhabe-Argument [We]	385
Vertrauen-Argument [We]	401
Vorbereitung-Argument [PL]	197
Vorbild-Argument [We].....	413
<u>Gesundheit</u>	
Gesundheit-Argument [We]	405
Krankheit-Argument [W&B]	314
<u>Individuum/Identität</u>	
Angstabbau-Argument [W&B].....	309
Aufwecken-Argument [Fr].....	296
Emanzipation-Argument [We].....	402
Entfaltung-Argument [W&B].....	326
Handlungsfreiheit-Argument [Fr]	267
Individuum-Argument [PL]	201
Privatkrisen-Argument [PL]	179
<u>Kultur/Kunst</u>	
Fruchtbarkeit-Argument [PL].....	195
Kulturbedürfnis-Argument [PL] ...	187
<u>Natur/Nachhaltigkeit</u>	
Nachhaltigkeit-Argument [We] ...	405
Öko-sozialer-Umbau- Argument [W&B]	320
<u>Recht/Gesetz</u>	
Existenzminimum-Argument [Fr]	270
Existenzrecht-Argument [PL]	182
Gleichheit-Argument [PL]	174
Hartz-IV-Alternative- Argument [We].....	380
Liberté-Argument [We].....	388
Naturrecht-Argument [Fr].....	248
Verfassung-/Menschenrecht- Argument [We].....	387
<u>Staat/Politik/Macht</u>	
Argwohn-Argument [Fr]	274
Bevormundung-Argument [W&B]	317
Entbürokratisierung- Argument [Fr].....	289
Lohnsklaven-Argument [PL].....	195
Sicherung-/Sicherheit- Argument [PL].....	181
Unabhängigkeit-Argument [W&B]	313
Verwaltung-Argument [PL]	192
Vollbeschäftigungs- Mythos-Argument [We]	381
<u>Wirtschaft/Finanzen/Verteilung</u>	
Administration-Argument [W&B]	316
Armutslösung-Argument [W&B] .	318
Distribution-Argument [Go].....	347
Drei-Geld-Argument [St].....	229
Einkommensgarantie- Argument [Go].....	370
Finanzierbarkeit-Argument [We].	382
Grundbedingung- Argument [M&E]	166
Kosten-Argument [Fr].....	274
Minimum-Argument [PL].....	202
Sackgasse-Argument [Go].....	374
Schenkungs-Argument [St].....	228
Steuerfreibetrag-Argument [We]	408
Subventionierung- Argument [W&B]	317
Überproduktion- Argument [M&E]	142
Versicherungsfortschritt- Argument [Fr].....	294
Wirtschaftsfreiheit-Argument [Fr]	266
<u>Wissenschaft</u>	
Freie-Forschung-Argument [We].	392
<u>Zeit/Geschichte</u>	
Drei-Stadien-Argument [PL].....	198

6.4 Klassische Gegenargumente eines bedingungslosen Grundeinkommens

Humanismus-Argument [Fr]..... 259

Sukzessivität-Argument [Go]373

Pro-Argumente nach Bereichsspezifik



6.4 Klassische Gegenargumente eines bedingungslosen Grundeinkommens

Für eine sachgerechte Abwägung der hier aufgefundenen Argumente, insbesondere der Pro-Argumente, müssen ihnen die Gegenargumente gegenübergestellt werden. Der Grad der Plausibilität der aufgefundenen Argumente wird sich also aus der Abwägung der Gewichte der Pro-

bzw. Contra-Argumente ergeben. Die Anwendung von Argumenten ist kontextabhängig, d. h. sie muss vor ihrem situations-, adressaten- und themenspezifischen Hintergrund betrachtet werden. Dementsprechend kann sich auch die Gewichtung der Pro- bzw. Contra-Argumente je nach Situation, Adressaten und Thematik verändern. Die Hauptargumente der Gegner eines bedingungslosen Grundeinkommens lassen sich auf sechs Typen reduzieren, die nahezu in jeder Diskussion und Auseinandersetzung um das Thema Grundeinkommen immer wieder erscheinen.

Das sogenannte Unfinanzierbarkeit-Argument der Gegner nimmt im gegenwärtigen Diskurs ein sehr hohes Gewicht ein und scheint insbesondere vor den derzeitigen finanzmarkttechnischen Krisenphänomenen sehr schwer zu wiegen. Dieses Gewicht muss jedoch nicht jedem Diskurs zugrunde liegen, sondern es kann in Bezug zu anderen Kriterien und Argumenten für eine „Entscheidungsbeurteilung“ sein Gewicht völlig verlieren (vgl. Paschen 1996_B, 12). „Mit der Einführung von anderen Bedingungen verändern sich die Gewichte von Argumenten“ (ebd.).

6.4.1 Typen von Argumenten (Contra)

Wenn es ein bedingungsloses Grundeinkommen in Deutschland gäbe, so im pädagogischen Vermittlungsprozess des Themas als Vision zur Debatte gestellt, werden Bedenken der Kontrahenten laut, in deren Argumentationen dann folgende sechs Argumente immer wieder vorgetragen werden:

1. **Unfinanzierbarkeit-Argument:**
Wer sollte das bezahlen? Wäre eine Auszahlung an alle Gesellschaftsmitglieder überhaupt finanzierbar?
2. **Anthropologisches Argument (A) (Hängematten-Argument):**
Niemand ginge mehr arbeiten! (Wie reagierten insbesondere Jugendliche und junge Erwachsene?)
3. **Anthropologisches Argument (B) (Drecksarbeit-Argument):**
Wer machte dann die Drecksarbeiten? (Raumpflege, Müllentsorgung usw.)
4. **Migrations-Argument:**
Die Migration und Einwanderung nach Deutschland würde massiv ansteigen!
5. **Ungerechtigkeits-Argument:**
Alle sollten das bekommen, auch die Reichen und sogar Millionäre? (Oder: Auch ein Herr Ackermann sollte so ein Grundein-

6.4 Klassische Gegenargumente eines bedingungslosen Grundeinkommens

kommen bekommen?)

6. Ökonomie-Argument:

Dann würde alles teurer, die Preise, insbesondere auch für Mieten, stiegen ins Unermessliche!

Auf diese Argumente müssen sich pädagogische Vermittler für ein bedingungsloses Grundeinkommen pädagogisch einstellen, denn sie tauchen nahezu in jeder gegenwärtigen Diskussion auf. Das Unfinanzierbarkeit-Argument galt insbesondere zu Beginn des Diskurszuwachses nach der Agenda 2010 als ein Totschlag-Argument. So mussten pädagogische Vermittler insbesondere bei diesem Argument gut vorbereitet sein, damit dieses Argument aufgrund der einseitig fiskalischen Konzentration andere Plausibilitätsgewichte nicht völlig beiseite schob.

Mindestens auf diese oben genannten sechs Haupt-Gegenargumente müsste seitens der Befürworter adäquat reagiert werden, denn es bestimmt aus dem gegenwärtigen Kontext nahezu jede Diskussion. Im Folgenden werden die Hauptgegenargumente den Argumenten der Gesamttopik gegenübergestellt, die direkt und indirekt bezüglich ihrer Gewichtung als relevant angesehen werden.

6.4.2 Abwägung der Gewichte von Gegenargumenten und Argumenten der Gesamttopik

1. Gegenargument: Unfinanzierbarkeit-Argument

<u>(a) Karl Marx / Friedrich Engels</u>	<u>Büchele</u>
Gesellschaftsneuordnung-Argument 156	Administration-Argument.....316
Grundbedingung-Argument..... 166	Finanzierung-Argument.....323
Quantum-Argument 159	Krankheit-Argument.....314
Überproduktion-Argument 142	Subventionierung-Argument317
<u>(b) Joseph Popper-Lynkeus</u>	<u>(f) André Gorz</u>
Direktvergütung-Argument..... 182	Devisensteuer-Argument365
Fortschritt-Argument..... 200	Distribution-Argument347
Kulturbedürfnis-Argument..... 187	Einkommensgarantie-Argument..370
Minimum-Argument..... 202	Herrschaft-Argument343
Nährarmee-Argument 185	Kosten-Integration-Argument.....335
<u>(c) Rudolf Steiner</u>	Sackgasse-Argument374
Konsum-Argument 227	<u>(g) Götz Werner</u>
Schenkung-Argument 228	Bewusstsein-Argument410
<u>(d) Erich Fromm</u>	Bürokratie-Argument386
Kosten-Argument 274	Entkopplung-Argument389
Produktionssteigerung-Argument291	Finanzierbarkeit-Argument.....382
Psychosomatik-Argument 275	Steuersystemvereinfachung-
<u>(e) Liselotte Wohlgenannt / Herwig</u>	Argument396
	Subvention-Argument402

2. Gegenargument: Anthropologisches Argument (A) - Hängematten-Argument

<u>(a) Karl Marx / Friedrich Engels</u>	
Durchsichselbstsein-Argument.....	165
Tätigkeit-Argument	154
Wahre-Freiheit-Argument	162
<u>(b) Joseph Popper-Lynkeus</u>	
Arbeitsmotivation-Argument	190
Arbeitsverständnis-Argument.....	184
Fruchtbarkeit-Argument	195
Müßiggang-Argument.....	203
Zwang-Argument	196
<u>(c) Rudolf Steiner</u>	
Arbeitsantrieb-Argument	223
Arbeitszwang-Argument	225
Freies-Geistesleben-Argument	225
Individualität-Argument	223
Muße-Argument	226
<u>(d) Erich Fromm</u>	
Arbeitstrieb-Argument.....	299
Demokratischer-Sozialismus- Argument.....	265
Emotionale-Freiheit-Argument....	266
Geldverdienst-Argument.....	261
Handlungsfreiheit-Argument.....	267
Humanismus-Argument	259
Irrtum-Argument	272
Krankheitssyndrom-Argument....	269
Missverhältnis-Argument.....	290
Naturrecht-Argument	248
Passivität-Argument.....	282
Psychopathologie-Argument	269
Sinnfülle-Argument.....	292
Sinnlosigkeit-Argument	257
Spontaneität-Argument	301
Tätigsein-Argument.....	281
Urheber-Argument	256
Versicherungsfortschritt-Argument	294
Wirtschaftsfreiheit-Argument	266
Zweck-Argument.....	263
<u>(e) Liselotte Wohlgenannt / Herwig Büchele</u>	
Entfaltung-Argument	326
Herrschaftsanmaßung-Argument 321	
Leistung-Argument..... 313	
Produktions-Fortschritt-Argument318	
Schwarzarbeit-Argument..... 312	
Unabhängigkeit-Argument	
313	
Zerstörungsprozess-Argument	
325	
<u>(f) André Gorz</u>	
Anreiz-Argument..... 375	
Arbeitsende-Argument..... 338	
Banalisierung-Argument..... 350	
Dienstbotenarbeit-Argument..... 353	
Entfremdungsbedingung-Argument	
365	
Ethikwechsel-Argument..... 353	
Jenseits-Argument	
336	
Monopol-Argument	
352	
Multiaktivität-Argument..... 368	
Mutterschaft-/Mutterfunktion- Argument	
357	
Nötigung-Argument	
371	
Prekariat-Argument..... 366	
Selbstorganisation-Argument	
357	
Selbstzweck-Argument	
352	
Südafrikanisierung-/Hausfrauisierung- Argument	
361	
Tätigkeitsautonomie-Argument ..	
362	
Unmessbarkeit-Argument..... 371	
Verökonomisierung-Argument....	
355	
<u>(g) Götz Werner</u>	
Angst-Argument..... 384	
Anthropologie-Argument..... 382	
Arbeitsanreiz-Argument	
412	
Arbeitslosigkeit-Argument..... 411	
Arbeitsmarkt-Argument	
409	
Ehrenamt-Argument..... 403	
Kreativität-Argument..... 404	
Liberté-Argument..... 388	
Sinn-Argument	
403	
Vertrauen-Argument	
401	
Interessen-Argument..... 293	
<u>(g) Götz Werner</u>	
Anthropologie-Argument..... 382	
Technischer-Fortschritt-Argument386	

3. Gegenargument: Anthropologisches Argument (B) - Drecksarbeit-Argument

<u>(b) Joseph Popper-Lynkeus</u>	
Drecksarbeit-Argument.....	204
Gleiche-Augenhöhe-Argument....	188
<u>(d) Erich Fromm</u>	
Argwohn-Argument	274

6.4 Klassische Gegenargumente eines bedingungslosen Grundeinkommens

4. Gegenargument: Migrations-Argument

Defizitär

5. Gegenargument: Ungerechtigkeits-Argument

(b) Joseph Popper-Lynkeus

Allgemeinheit-Argument	175
Gleichheit-Argument	174
Verzicht-Argument	190

(d) Erich Fromm

Existenzminimum-Argument	270
--------------------------------	-----

(g) Götz Werner

Millionär-Argument	408
Steuerfreibetrag-Argument	408

6. Gegenargument: Ökonomie-Argument

(b) Joseph Popper-Lynkeus

Wohnung-Argument	196
------------------------	-----

(d) Erich Fromm

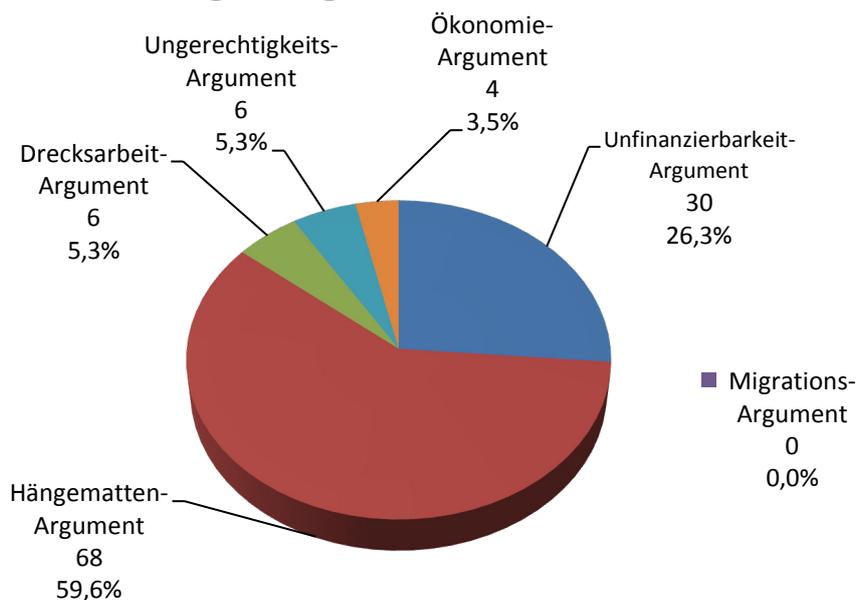
Kostenloser-Konsum-Argument ..	304
--------------------------------	-----

(g) Götz Werner

Konsumsteuer-Argument	398
-----------------------------	-----

Preisstabilität-Argument	413
--------------------------------	-----

Gewichtungsindikation der Gegenargumente



Aus der prozentualen Häufigkeit der (entkräftenden) Argumente gegenüber den Gegenargumenten ist zu ersehen, welche Bedeutung die Vermittler des bedingungslosen Grundeinkommens den sechs Typen von Gegenargumenten in der pädagogischen Argumentationsführung beimessen. Daraus lässt sich schließen, dass die Protagonisten für ein bedingungsloses Grundeinkommen sich bei ihrer Widerlegung von Gegenargumenten hauptsächlich auf zwei Gegenargumente konzentrieren. Die Widerlegung konzentriert sich vor allem auf das Anthropologische

Gegenargument (A)/Hängematten-Argument mit knapp 60% und auf das Unfinanzierbarkeit-Argument mit ca. 26 %, so dass auf diese beiden Gegenargumente insgesamt fast 86% der entkräftenden Argumente fallen. Hier wäre für die Protagonisten zu konstatieren, dass sie sich in ihrer Argumentationsführung nicht nur von diesen beiden Haupt-Gegenargumenten bestimmen ließen, sondern ihre Argumentationsführung auch auf andere Gegenargumente richteten, vor allem aber mit anderen Argumenten eine Verschiebung weg vom Fokus der Diskussion dieser beiden Haupt-Gegenargumente bewirkten.

6.5 Bereiche ungenügender Argumente

In der bereichsspezifischen Topik sind die hier herauskristallisierten Argumente vierzehn Bereichen zugeordnet worden. Durch diese Topik aller Argumente, aber insbesondere auch der bereichsspezifischen Topik der Pro-Argumente ist ersichtlich, dass anhand der hier analysierten sieben Vertreter einige Bereiche unterrepräsentiert sind. Setzt man die bereichsspezifische Gesamttopik der der Pro-Argumente noch einmal gegenüber, so gelten hier sechs Bereiche mit weniger als drei Argumenten in der bereichsspezifischen Topik der Pro-Argumente als unterrepräsentiert. So liegen für den Bereich Erziehung/Bildung/Unterricht keine Pro-Argumente vor, für den Bereich Wissenschaft nur bei einem von sieben Autoren das Freie-Forschung-Argument von Werner und für den Bereich Kultur/Kunst nur zwei Argumente bei einem von sieben Autoren, das Kulturbedürfnis- und das Fruchtbarkeit-Argument, von Popper-Lynkeus vor.

Für die Bereiche Fortschritt/Technik, Natur/Nachhaltigkeit und Gesundheit liegen nur jeweils zwei Argumente von insgesamt zwei von sieben Autoren vor. So sind auch diese Bereiche ebenfalls deutlich unterrepräsentiert. Für den Bereich Fortschritt/Technik liegen lediglich das Fortschritt-Argument von Popper-Lynkeus und das Arbeitsende-Argument von Gorz vor, für den Bereich Natur/Nachhaltigkeit das Öko-sozialer-Umbau-Argument von Wohlgenannt/Büchele und das Nachhaltigkeit-Argument von Werner sowie für den Bereich Gesundheit nur das Krankheit-Argument von Wohlgenannt/Büchele und das Gesundheit-Argument von Werner vor. Von der Gesamttopik heben sich die Pro-Argumente in diesen unterrepräsentierten Bereichen wie folgt ab:

Erziehung/Bildung/Unterricht: 0 : 5

Kultur/Kunst: 2 : 4

Fortschritt/Technik: 2 : 8

6.5 Bereiche ungenügender Argumente

Natur/Nachhaltigkeit: 2 : 4

Gesundheit: 2 : 6

Wissenschaft: 1 : 3

Für diese Bereiche wäre für einen zukünftigen Diskurs des bedingungslosen Grundeinkommens zu konstatieren, sie mit Argumenten anzureichern, wenn eine weitere Implementation in den gesellschaftlichen und politischen Diskurs angestrebt wird. So ließen sich für diese Bereiche sicherlich wesentlich mehr Pro-Argumente auffinden als nur die anhand der hier analysierten sieben Vertreter aufgefundenen.

6.5.1 Beispiel Bereich Natur/Nachhaltigkeit

Die Analyse zeigt, dass sechs Bereiche der bereichsspezifischen Topik der Pro-Argumente unterrepräsentiert sind. Dies gilt auch für den Bereich Natur/Nachhaltigkeit. Für diesen Bereich bietet sich beispielsweise eine Gegenüberstellung von der Art Wachstumsparadigma vs. Nachhaltigkeitsparadigma an.

Eine solche Gegenüberstellung dieser beiden Paradigmen hat etwa Scherhorn (2011) zur Diskussion gestellt und deckt sich in seinen Forderungen ähnlich mit denen von Paech (2013). Danach steht die Menschheit im Wesentlichen vor den beiden Alternativen von Wachstum und Nachhaltigkeit. Beide Positionen lassen sich wohl als Gegenentwurf eines „Wachstumsbeschleunigungsgesetzes“ auffassen, welcher Begriff auch den ehemaligen Bundespräsidenten Köhler „nachdenklich gemacht habe“²²³.

Der Bereich Nachhaltigkeit/Natur ist, wie aus dieser Analyse zu sehen, ein Bereich ungenügender Argumente. Potenziale eines bedingungslosen Grundeinkommens für den Bereich von Nachhaltigkeit und Natur wären zukünftig für pädagogische Vermittler dieses neuen Paradigmas ebenso argumentativ zu erweitern wie für die Bereiche Erziehung/Bildung/Unterricht, Kultur/Kunst, Fortschritt/Technik, Gesundheit und Wissenschaft.

²²³ Vgl. dazu: <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/bundespraesident-koehler-bringt-steuererhoehungen-ins-spiel-a-684786.html>, Stand: 08.02.2013.

6.6 Auswertung der Stützungen

Von den sieben in dieser Arbeit ausgewählten Vertretern bzw. Vorreitern des bedingungslosen Grundeinkommens stützen sich vier Autoren hauptsächlich auf Wissenschaft und Erkenntnis (Stütze 1). Dies betrifft Marx/Engels mit $34:75 \approx 45\%$, Popper-Lynkeus mit $38:88 \approx 43\%$, Wohlgenannt/Bücheler mit $33:53 \approx 62\%$ sowie Gorz mit $64:105 \approx 61\%$. Bei zwei Autoren erfolgt die Stützung auf Wissenschaft und Erkenntnis an zweiter Stelle, dies betrifft Fromm mit $33:145 \approx 23\%$ und Werner mit $34:109 \approx 31\%$. Diese beiden letztgenannten stützen sich hauptsächlich auf Reflexion und Einsicht, Fromm mit $65:145 \approx 45\%$ und Werner mit $36:109 \approx 33\%$. Damit ist festzustellen, dass bei der hier erfolgten Argumentationsanalyse die Plausibilität der Argumentationen insgesamt hauptsächlich durch die Berufung auf Stütze 1 von Wissenschaft und Erkenntnis erfolgt. Der Begründer der Anthroposophie Rudolf Steiner nimmt hier eine Sonderposition ein, er stützt sich hauptsächlich auf Institution und Absolute Norm mit $35:76 \approx 46\%$ sowie an zweiter Stelle auf Reflexion und Einsicht mit $22:76 \approx 29\%$.

Die Berufungen auf die Stützungen 2 - Institution und Absolute Norm sowie 4 - Reflexion und Einsicht halten sich ungefähr die Waage, um die jeweiligen Argumentationen plausibel zu machen. Die Stützung auf Institution und Absolute Norm (Stütze 2) steht an erster bzw. zweiter Stelle bei Marx/Engels mit $30:75 \approx 40\%$, bei Steiner mit $35:76 \approx 46\%$, bei Wohlgenannt/Bücheler mit $12:53 \approx 23\%$ sowie bei Gorz mit $21:105 \approx 20\%$.

Die Stützung auf Reflexion und Einsicht (Stütze 4) steht ebenfalls an erster bzw. zweiter Stelle bei Popper-Lynkeus mit $25:88 \approx 28\%$, bei Steiner mit $22:76 \approx 29\%$, bei Fromm mit $65:145 \approx 45\%$ sowie bei Werner mit $36:109 \approx 33\%$.

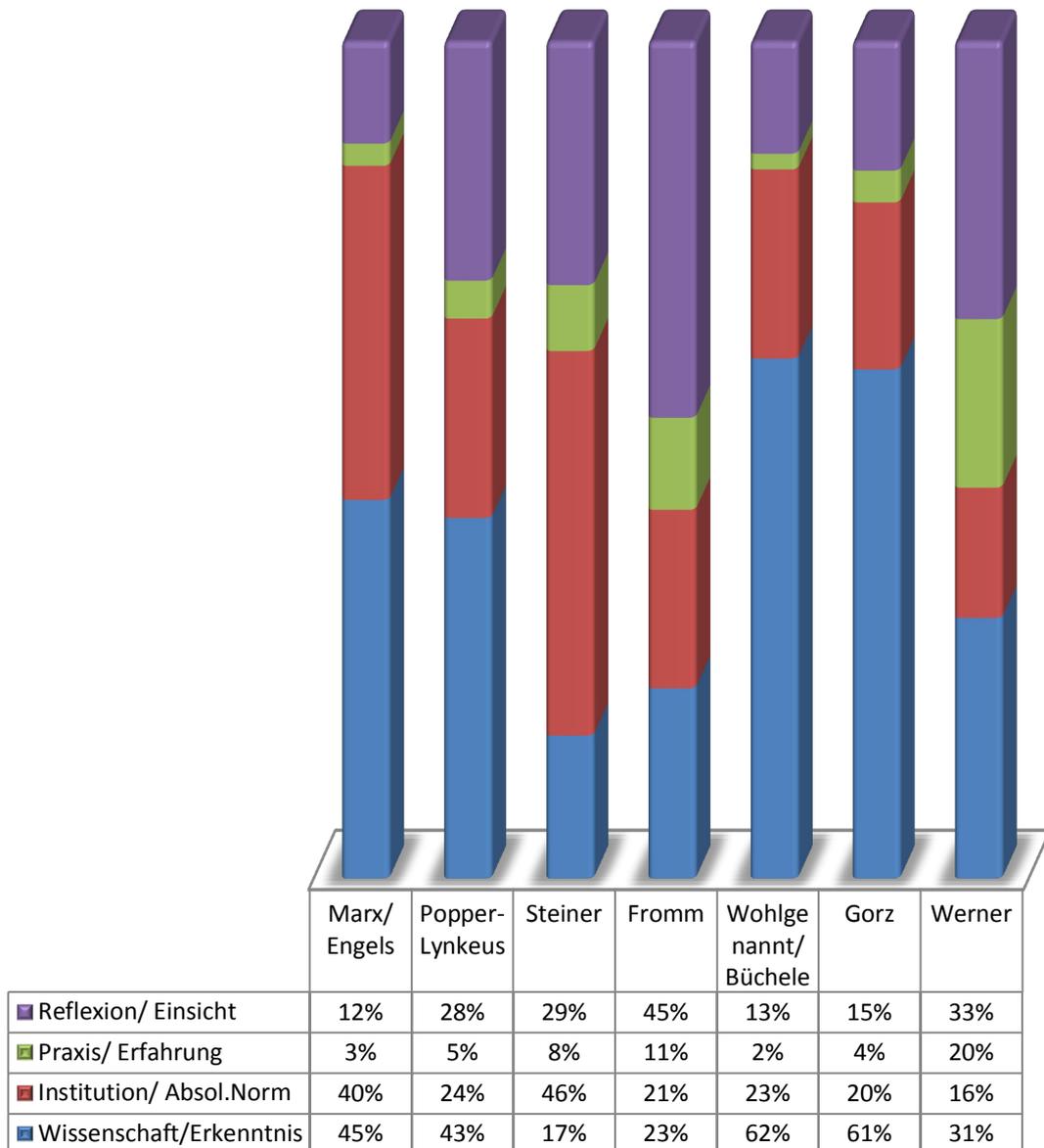
Zu erwähnen bleibt, dass außer Werner (Stütze 3 an dritter Stelle) alle Autoren sich am wenigsten auf Stütze 3 von Praxis und Erfahrung berufen. Von Marx/Engels mit $2:75 \approx 3\%$, Popper-Lynkeus $4:88 \approx 5\%$ und Steiner mit $6:76 \approx 8\%$ über Fromm mit $16:145 \approx 11\%$ und Wohlgenannt/Bücheler $1:53 \approx 2\%$ bis zu Gorz mit $4:105 \approx 4\%$ und Werner mit $22:109 \approx 20\%$ ist die Stützung auf Praxis und Erfahrung damit insgesamt am wenigsten vertreten. Dies verwundert jedoch nicht, da es bis heute in keinem Land der Erde bisher ein Gesellschaftsmodell auf Grundlage eines bedingungslosen Grundeinkommens gibt und daher nur Teilaspekte von Praxis und Erfahrung als Vorformen eines bedingungslosen Grundeinkommens herangezogen werden können.

Für den zukünftigen Diskurs zum bedingungslosen Grundeinkommen ist hier zu fordern, dass sich wesentlich mehr auf Praxis und Erfahrung gestützt werden könnte. Damit ließe sich die Plausibilität kontrafaktisch

6.6 Auswertung der Stützungen

erhöhen und eine Topik von Argumenten läge einschließlich seiner Machbarkeitsstützungen in einer Gesamtheit vor, um für eine zukünftige Gestaltung von Praxis ein Repertoire an Zugriffsmöglichkeiten bereit zu stellen.

Verteilung der Stützen



7 Kritische Diskussion des eigenen Ansatzes

Mit der bereichsspezifischen Topik stellt sich pädagogisch die Frage nach den Funktionsmöglichkeiten der Argumente. Insgesamt hat die Argumentationsanalyse bis hierher 281 Argumente zusammenführen können. Je nach Situation, Thema und Adressaten kann ein jeweiliges Argument ein unterschiedliches Gewicht einnehmen. So würden beispielsweise Argumente von Marx und Engels, wenn sie mit ihnen in Verbindung zusammen gebracht werden, bei politischen Vorträgen der Linken und z. T. der SPD eher angenommen als vielleicht bei Vorträgen innerhalb der CDU. Der Begriff „Marx“ oder „Engels“ kann also je nach Adressaten schon per se ein sofortiges Ende der Überzeugungsmöglichkeiten oder gar der Argumentation selbst bedeuten. Ähnliches gilt in manchen Kreisen auch für den Bezug auf „Rudolf Steiner“ oder den Begriff „Anthroposophie“. Aus pädagogischer Perspektive stellt sich deshalb die Frage, welche Argumente in welchen Situationen, zu welcher Thematik und bei welchen Adressaten am meisten überzeugen können. Für eine Auswahl der Argumente in allen möglichen, immer auch pädagogisch relevanten, Vermittlungssituationen sind unterschiedliche Funktionsmöglichkeiten denkbar. Was könnte also eine wie hier erfolgte Sammlung von Argumenten leisten?

Die bereichsspezifische Topik wäre beispielsweise unter folgenden Fragestellungen zu betrachten, die pädagogische Vermittler für eine weitere Implementation differenziert zur Vorbereitung reflektieren könnten: Gibt es eine bestimmte Anzahl an Grundargumenten, die man in jeder Situation, zu jeder Thematik bei allen möglichen Adressaten anführen kann? Welche Argumente sind ausschließlich pro Grundeinkommen einzustufen (vgl. 6.5.)? Welche Argumente sind speziell für Grundeinkommen-Gegner geeignet und welche für bisher „Unwissende“, für die das Grundeinkommen „Neuland“ ist? Welche Argumente sind eher für Unternehmer und Arbeitgeber, welche für Arbeitnehmer geeignet? Sind ALG-I- und ALG-II-EmpfängerInnen sowie prekär Beschäftigte²²⁴ evtl.

²²⁴ Aus eigener Berufserfahrung und wie im Film „Designing society“ bestätigt ist es keineswegs so trivial, dass diejenigen, für die ein bedingungsloses Grundeinkommen am meisten Vorteile bringen würde, auch davon überzeugt sind, wenn sie mit dieser Idee konfrontiert werden. Im Gegenteil, trifft man hier unerwartet z. T. auf erheblichen Widerstand. Vgl. dazu u.a. die Interviews in „Designing society“ mit einem Arbeitslosen und einer prekär Beschäftigten, erhältlich unter: <http://www.designing-society.de/>, Stand: 13.10.2012.

anders oder gar leichter zu überzeugen als unbefristete und besser Verdienende oder gar Beamte?

Wollen pädagogische Vermittler im Hinblick auf das bedingungslose Grundeinkommen überzeugen und innerhalb pädagogischer Vermittlung mit zu der Möglichkeit beitragen, dieses neue Paradigma für seine Durchsetzung weiter voranzubringen, kann die Gesamtopik ein Repertoire an Zugriffsmöglichkeiten bieten. Jedoch hängt eine erfolgreiche pädagogische Vermittlung eben entscheidend davon ab, in welchen Situationen bei welchen Adressaten und bei welchen Themen bestimmte Argumente angebracht werden. Gute Argumente an sich reichen jedoch nicht aus, das Eingehen auf die in dieser Arbeit angeführten klassischen Gegenargumente ist von äußerster Relevanz.

Die hier gesammelten Argumente sind zudem nicht alle direkt spezifische Argumente für ein bedingungsloses Grundeinkommen. Argumente etwa gegen den Kapitalismus oder das kapitalistische System wie z. B. bei Marx/Engels, Steiner, Fromm oder Gorz sind nicht gleichsam automatisch Argumente für ein bedingungsloses Grundeinkommen, könnten bei der pädagogischen Vermittlung jedoch trotzdem überzeugend wirken.

Zu Recht lässt sich fragen, ob eine wie hier erfolgte bereichsspezifische Klassifikation, die sich ja über den Inhalt des bestimmten so definierten Arguments ergibt und ursprünglich von den einzelnen Autoren in ihrem spezifischen Kontext gebraucht wurde, nun erst mal unabhängig von deren Kontext in einer Art Repertoire zusammengeführt werden. Auf diesen berechtigten Einwand ist innerhalb der Erziehungswissenschaft bereits Stellung bezogen worden. Zum Problem des Klassifizierens von Argumenten und seiner Losgelöstheit vom Kontext formulieren Wigger/Paschen (1994):

„Entscheidend für die klassifikatorische Zuordnung ist der **Inhalt** des Arguments, nicht sein **Kontext** und nicht der Tatbestand seiner empirischen Gültigkeit. Aber kann eine Klassifikation losgelöst vom Kontext vorgenommen werden? Liegt nicht das Gewicht des Arguments in der besonderen 'Färbung', das es durch den Kontext enthält? Und muß deshalb nicht die 'Färbung' auch in der Klassifikation abgebildet werden?

Gewiß erhält ein einzelnes Argument auch durch seinen Kontext eine besondere 'Färbung' und damit auch ein besonderes Gewicht. Die 'argumentative Kraft' eines Arguments in einem Text liegt aber gerade darin, daß das Argument, das in einem spezifischen Kontext gebraucht wird, zugleich beansprucht, allgemeingültig zu sein. In ihrem einbindenden Charakter sind Argumente kontextunspezifisch. Und für die genannten Zielsetzungen kann und muß vom Kontext abgesehen und allein der Inhalt der Argumente fokussiert werden“ (97f, Hervorheb. im Original).

Und für eine Gesamtopik und ihre Anwendung bzw. ihre Verwendungszwecke in Abgrenzung zu deren Vorstufe der empirischen Klassifikation formulieren Wigger/Paschen (ebd.) in Bezug auf die ihrerseits erstellte sog. „EUDIS-Topik“:

- (1.) Überprüfen von Entscheidungsbegründungen auf Vollständigkeit hinsichtlich aller einschlägigen Argumente,
- (2.) Erschließung eines Zugangs zum empirisch vorliegenden Wissen zur Verwendung dieser Argumente,
- (3.) Verdeutlichung der gewählten Begründungsprofile als Gewichtungen, im wesentlichen also der **Argumentationskontrolle**, der **Wissensverbreiterung** und dem **Bewußtmachen** der Gewichtung. In mittlerer Detailfülle vermittelt sie zwischen den aus der 'empirischen Klassifikation' abgeleiteten Topik-Bereichen [...] und der Fülle der in der Klassifikation gesammelten empirischen Einzelargumenten, die über Analyseda-teien bis zum Originaltext erschlossen werden können“ (ebd. 100ff, Hervorheb. im Original).

Für pädagogische Vermittler der Idee eines bedingungslosen Grundeinkommens liegt hiermit erstmals ein Repertoire an Argumenten vor, das 1. hinsichtlich seines spezifischen Kontextes überprüft und ergänzt werden kann, das 2. ein Wissen von Argumentation hinsichtlich des bedingungslosen Grundeinkommens aus der historischen Entwicklung zusammenstellt und das 3. anhand der historischen Entwicklungslinie Gewichtungen und Gewichtungsdefizite in Zukunft für Ergänzungen und Weiterentwicklungen öffnet und anregt.

7.1 Plausibilität gegenüber Gegenargumenten

Die in dieser Arbeit anhand einer historischen Linie erfolgte Analyse von Argumenten von Stellvertretern bzw. als solchen interpretierten (Marx/Engels und Steiner) Vorreitern eines bedingungslosen Grundeinkommens bietet als Ergebnis erstmalig eine umfassende, wenn auch nicht abgeschlossene, nicht mit dem Anspruch auf Vollständigkeit, entworfene bereichsspezifische Gesamttopik von Argumenten, die für den Implementationsprozess des neuen Paradigmas bzw. Paradigmanwärters des bedingungslosen Grundeinkommens als wirkend angenommen werden. Die Argumentesammlung ist ein Ergebnis der Analyse von sieben Stellvertretern bzw. Vorreitern der Betrachtung des Implementationsprozesses des bedingungslosen Grundeinkommens und erstreckt sich über einen Zeitraum von ca. 170 Jahren (1840-2013). Nun könnte eine Gegenüberstellung der aus heutigem öffentlichem Diskurs hier zusammengefassten sechs Hauptgegenargumente gegenüber den hier anhand einer historischen Linie bereichsspezifischen zusammengestellten Argumenten als kritisch beurteilt werden. Der derzeitige öffentliche Diskurs um das bedingungslose Grundeinkommen, insbesondere seit der Agenda 2010, konnte im Rahmen dieser Arbeit abgesehen von der Analyse Werners nicht mit integriert werden bzw. war als weiteres Analysefeld angesichts der seitdem zu beobachtenden stark ansteigenden Debatten auch nicht intendiert. Für eine ansatzweise Analyse des derzeit weiter voranschreitenden Implementationsprozesses sei hier u.a. auf die „Diskursanalyse der Anhörung im Petitionsausschuss des Deut-

schen Bundestages zum 'Bedingungslosen Grundeinkommens'“ von Rhomberg/Stegerer (2012) sowie auf die „Darstellung von Grundeinkommensmodellen in deutschen Medien“ von Stegerer (2011) verwiesen.

Die zukünftige weitere Implementationsfähigkeit des Paradigmas des bedingungslosen Grundeinkommens in den öffentlichen Diskurs hängt von seiner Plausibilitätswirkung ab. Aus der hier anhand einer chronologischen Linie erfolgten Analyse ist ersichtlich, dass, wie oben dargestellt, nicht nur sechs Bereiche innerhalb der Gesamttopik bezüglich der Argumente relativ unterrepräsentiert sind, sondern dass auch entscheidende Pro-Argumente als Gegengewicht der hier zusammengefassten sechs Haupt-Gegenargumente als defizitär bzw. ungenügend zu beurteilen sind. Werden den ersten drei Haupt-Gegenargumenten (Unfinanzierbarkeit-Argument und den Anthropologischen Argumenten A und B) in der Gesamtheit der Argumente noch genügend Argumente entgegengesetzt, ist dem Haupt-Gegenargument (4), dem Migrations-Argument in der hier erfolgten Analyse der (vor dem Hintergrund des historischen Entwicklungsprozesses) herauskristallisierten Argumente ein Gewicht der analysierten Vertreter bzw. Vorreiter als defizitär zu beurteilen.²²⁵ Dem Migrations-Argument wird also von den hier aufgefundenen Argumenten kein Gegengewicht entgegengesetzt.

Bei den Gegenargumenten wird sowohl dem Ungerechtigkeits-Argument (5), als auch dem Ökonomie-Argument (6) seitens der Vertreter bzw. Vorreiter des bedingungslosen Grundeinkommens ungenügend Gewicht entgegengesetzt. Dem Ungerechtigkeits-Argument (5) stehen nur sechs, dem Ökonomie-Argument (6) nur vier Argumente gegenüber. Zudem wird sowohl beim Gegenargument (5) als auch beim Gegenargument (6) mit Ausnahme von Werners Argumenten nur indi-

²²⁵ Es wird hier nicht ausgeschlossen, dass auch diesbezüglich bei den einzelnen Vertretern bzw. Vorreitern auch weitere Argumente für die Argumentation der Kontrahenten gefunden werden könnten. Evtl. vorhandene konnten jedoch bei den hier erfolgten Recherchen nicht auffindig gemacht werden, ausgenommen bei Werner. Werner geht in seinen Vorträgen auch auf das 6. Gegenargument, das „Migrationsargument“ ein. Beim Thema Migration handele es sich schlicht und ergreifend um eine „andere Baustelle“, denn die Migration müsse im derzeitigen System genau wie in einem zukünftigen, auf einem Grundeinkommen basierenden Modell, grundsätzlich gelöst werden. So müsse im heutigen System ebenso entschieden werden, wer Anspruch auf Asylleistungen und wer Anspruch auf Sozialleistungen wie dem ALG II hat. Diese Information entnehme ich aus dem persönlichen Besuch eines Vortrages von Werner zum bedingungslosen Grundeinkommens an der Rudolf-Steiner-Schule in Bochum vom 07. Mai 2008.

rekt auf das jeweilige Gegenargument eingegangen. Die Gewichtung der in dieser Analyse herauskristallisierten Argumente ist als den Gegengewichten der klassischen Gegenargumente 4-6 als unausgewogen zu beurteilen.

7.2 Zum Analogieschluss einer Implementation im 21. Jahrhundert

Die Beweisart des Analogieschlusses ist, wie unter 1.2.5. bereits angedeutet, in der Wissenschaft nicht anerkannt bzw. gilt als umstritten. Dort ist eine historische Entwicklung von individuellen hin zu kollektiven Rechten beschrieben worden. Der Analogieschluss als „kognitives Mittel“ (vgl. Paschen 2005, 122) kann jedoch dazu dienen, den historischen Zusammenhang von Wissensbeständen zu erweitern.

Der Implementationsprozess des bedingungslosen Grundeinkommens ist im ersten Jahrzehnt des 21. Jahrhundert weiter fortgeschritten denn je. Aufgrund der historischen Betrachtung von Bürgerrechtsbewegungen der Aufklärung, Moderne und Postmoderne könnte man für das 21. Jahrhundert unter Zulassung dieses Schlussverfahrens analog schlussfolgern, dass sich Gesellschaften mit bedingungslosen Ansprüchen an den Staat durchzusetzen beginnen. Aus den im Kapitel 1.2.5. erfolgten Betrachtungen zum historischen Prozess von Aufklärung und Bürgerrechten ist folgende Entwicklung in Europa, respektive in Deutschland, rekonstruiert worden:

- 18. Jahrhundert: Abwehr gegen den Staat
- 19. Jahrhundert: Beteiligung am Staat
- 20. Jahrhundert: Ansprüche an den Staat
- 21. Jahrhundert: Bedingungslose Ansprüche an den Staat

Mit Hilfe eines Analogieschlusses als „kognitives Mittel“ zur einsichtigen Darstellung könnte also aus der historischen Entwicklung vom 18. bis zum 20. Jahrhundert für das 21. Jahrhundert analog geschlossen werden, dass sich Forderungen nach einem bedingungslosen Anspruch an den Staat durchzusetzen beginnen. Ein solches Entwicklungskonstrukt ist jedoch nicht ohne die unter Kapitel 2 erfolgte Betrachtung von Veränderungsprozessen bzw. Typen von Veränderungs- und Einflussarten zu betrachten. Die Bedingungen, die den Status Quo verändern, ab- und neu erschaffen, erlaubten beides: eine Fortsetzung des demokratischen Prozesses anhand der Begutachtung von analogen Strukturen in der Vergangenheit, aber auch sein mögliches Scheitern einer zukünftigen Voranschreitung. Damit trägt der hier erfolgte Analogieschluss

zwar zur kognitiven Erweiterung von Wissensbeständen bei, der analog beschriebene Entwicklungsprozess ist jedoch als möglicher nicht absolut zu setzen.

7.3 Exkurs: Bisherige empirische Rückgriffmöglichkeiten

Der Rückgriff auf die empirische Überprüfung von Wirkungen eines bedingungslosen Grundeinkommens lässt sich nur auf Ansätze bzw. auf zeitlich befristete Feldversuche beschränken, da es in keinem Land der Erde bisher eine auf lange Sicht wirklich erprobte Durchführung eines auf einem bedingungslosen Grundeinkommen basierte Gesellschaftsordnung gibt.

Zu drei Realisierungsansätzen, dem Speenhamland-System in England, dem Bolsa Familia-Programm in Brasilien sowie dem Alaska Permanent Fund in Alaska sei hier auf Leitner (2007, 66-81) verwiesen. Diese drei Ansätze werden auch von Schubert (2009) einschließlich des Basic Income Grant-Projekts in Namibia untersucht (vgl. 38-57). Ein Forschungsbericht zum ersten Projektjahr in Namibia stellt die Wirkung des Bedingungslosen Grundeinkommens vor Ort als positiv heraus.²²⁶ Zum Alaska Permanent Fund vgl. Werner/Eichhorn/Friedrich (2012, 82).

Eine weitere Annäherung zur Wirkung eines bedingungslosen Grundeinkommens auf das Verhalten, insbesondere das Arbeitsverhalten, wäre der Versuch, aus bisherigen Studien zu Lottogewinnern Schlüsse zu ziehen. Lenk (2012) weist in diesem Zusammenhang auf eine Studie von Marx/Peters (2006)²²⁷ zum Arbeitsverhalten von Lotto-Gewinnern in Belgien hin (31) und schreibt: „Tätigkeit, 'Arbeit' und Initiative wurden also gerade *nicht* aufgegeben (ebd.).

Ein von der Breuninger-Stiftung 2010 geplanter Feldversuch zum bedingungslosen Grundeinkommen für 100 Testpersonen ist mangels genügender Finanzierungspartner vorerst gescheitert.

Insgesamt ist zu sagen, dass bei Feldversuchen zum bedingungslosen

²²⁶ Vgl. unter http://www.bignam.org/Publications/BIG_Assessment_report_08b_german.pdf, Stand: 12.06.2013

²²⁷ Lenk bezieht sich hier auf Marx, A./Peters, H. (2006): An unconditional Basic Income and labor supply results from a survey of lottery winners. Unpubl. Paper, Dept. Of Sociology, Katholieke Univ. Leuven o. J.

Grundeinkommen die Messbarkeit von ökonomischen Effekten und Verhaltensweisen wohl kaum realistisch beurteilt werden kann, da zeitlich begrenzte Projekte wie das in Namibia ein Gesellschaftsmodell auf Grundlage des bedingungslosen Grundeinkommens nicht realitätsgetreu abbildet. Mit einem bedingungslosen Grundeinkommen wiegt ein Individuum sich ja gerade in Sicherheit bezüglich seiner ökonomischen Existenz und zwar ein Leben lang eben von der Geburt bis zur Bahre. Ein solches Gefühl der Sicherheit und Planungssicherheit kann sich in zeitlich begrenzten Projekten wohl kaum einstellen und deshalb scheinen zeitlich begrenzte Projekte die Realität nicht hinreichend abbilden zu können. Andererseits ist auch die Möglichkeit empirischer Versuchsprojekte, die sich z. B. auf alle Geburtenjahrgänge 2014 beziehen würde und diesen Menschen bis zum Tod ein Grundeinkommen gewähren würde, prinzipiell nicht undenkbar, aber aufgrund der derzeitigen bloßen Anwartschaft des Paradigmas politisch wohl kaum durchzusetzen.

In dieser Arbeit geht es jedoch nicht um die empirischen Überprüfungsmöglichkeiten der Wirkung eines bedingungslosen Grundeinkommens und deren methodische Umsetzung, dazu sei hier abschließend auf Terwite (2012) und Standing (2012) hingewiesen. Auch Sperrmann (2013) weist auf die Notwendigkeit der Erforschung von ökonomischen Effekten durch Feldexperimente hin. In dieser Arbeit geht es (zunächst) um den Implementationsprozess des Themas in den gesellschaftlichen Diskurs. Die erfolgte Argumentationsanalyse will zur Untersuchung eben jenes Implementationsprozesses beitragen. Zu den neuesten Untersuchungen zum Implementationsprozess sei hier vor allem auf Rhomberg/Stegerer (2012), Rhomberg (2012) sowie Grossarth-Marticek et. al. (2012) verwiesen.

8 Ausblick auf Anwendungen

Die Frage, was eigentlich das Gegenteil eines bedingungslosen Grundeinkommens sei, ist nicht ganz leicht zu beantworten. Im Hinblick auf die Systeme von Kapitalismus und Sozialismus/Kommunismus ist das bedingungslose Grundeinkommen in seiner Abgrenzung als Prozess, das prinzipiell in beiden Systemen als „bessere“ Alternative verstanden werden kann, nicht eindeutig zu beschreiben. Insgesamt und allgemein formuliert bedeutet der Prozess des bedingungslosen Grundeinkommens eine Entwicklung von einer kompensatorischen hin zu einer emanzipatorischen Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik, in denen die individuellen Gesellschaftsmitglieder selbstbestimmt und existenziell unabhängig über ihre Zeit und (Erwerbs-)Arbeitszeit frei verfügen können. Es handelt sich sowohl um einen politischen wie auch menschenrechtlichen Prozess, der sich historisch herauskristallisiert. Politisch ist er vielleicht am ehesten mit der Frauenbewegung hin zu einem Allgemeinen Wahlrecht, menschenrechtlich mit dem Prozess der Abschaffung der Sklaverei zu vergleichen. Es handelt sich bei diesem Prozess zunächst um einen Aufklärungsprozess, der hinsichtlich seiner Vermittlung von pädagogischer Bedeutung ist. Vorausgesetzt, dass es sich beim Anwärter des bedingungslosen Grundeinkommens um ein durchsetzungsfähiges neues Paradigma handelt, so ist dieser Prozess im Gegensatz zum Prozess des Frauenwahlrechts und zum Prozess der Abschaffung der Sklaverei bisher unabgeschlossen²²⁸.

Der Prozess der Grundeinkommensbewegung ähnelt in gewissem Sinne dem der Aufklärung mit ihren Forderungen nach Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit. Er trifft den zentralen Nerv einer alten Menschheitsforderung: die Forderung einer bedingungslosen Existenzermöglichung frei von jeglicher Autoritätsbestimmung in Richtung individueller Selbstbestimmung. Dieser Prozess ist weitestgehend defizitorientiert und mit Defiziten lässt sich im Allgemeinen gut argumentieren, weil die Plausibilität der Kritik entscheidende Gegen-Gewichtungen setzt und das neue Paradigma sich durch diese Kritik der Defizite überhaupt als solches erst konstituiert. Bei allen hier analysierten Vertretern, ausgenommen Rudolf Steiner, sind ca. ein Drittel der Prämissen defizitorientiert (Marx/Engels 35% mit 21 : 60; Popper-Lynkeus 25 : 90 ≈ 28%; Stei-

²²⁸ Vornehmlich auf Deutschland bezogen, wobei hier in Bezug auf Sklaverei eher von der Abschaffung der Leibeigenschaft zu sprechen ist. Die Prozesse zum Frauenwahlrecht und zur Abschaffung der Sklaverei sind weltweit keineswegs bereits abgeschlossen.

8.1 Situationsbedingte Gewichtsveränderung

ner $9:56 \approx 16\%$; Fromm $48:136 \approx 35\%$; Wohlgenannt/Bücheler $16:48 \approx 33\%$; Gorz $33:105 \approx 31\%$ sowie Werner $40:107 \approx 37\%$. Bei der Frage der Implementation ist außerdem auch die Frage der Dauer dieses Prozesses von Relevanz. Nie zuvor waren die Forderungen so radikal und breit gestreut wie in der heutigen Zeit, insbesondere nach der Agenda 2010.

8.1 Situationsbedingte Gewichtsveränderung

Die Diskussion und Implementation des bedingungslosen Grundeinkommens ist auch vor dem Hintergrund der im 2. Kapitel erfolgten Typisierung von Veränderungsprozessen zu betrachten. Sowohl Krisen und Revolutionen als auch Katastrophen und Entdeckungen/Erfindungen sind als Kontexte für einen erfolgreichen bzw. scheiternden Paradigmenwechsel mit zu berücksichtigen. In welcher Form Phänomene von Veränderungsprozessen definiert werden und als Hintergrundfolie einen eher positiven oder negativen Effekt auf die Implementation des neuen Paradigmas des bedingungslosen Grundeinkommens haben, scheint schwer zu beurteilen zu sein. Welche Folgen z. B. die derzeitige Wirtschafts- und Finanzkrise auf den weiteren Implementationsprozess hat und haben kann, ist wohl noch nicht abzusehen. Im Vergleich zur Krise in den Jahren 1929 bis 1933 ist zu sagen, dass diese damalige Krise von Massenarbeitslosigkeit, Armut und Inflation einen Nährboden für katastrophale weitere Entwicklungen bot. Welche Auswirkungen beispielsweise Kürzungen und Einsparungen in den Sozialhaushalten der europäischen Länder auf die Bevölkerung und den gesellschaftspolitischen Prozess insgesamt haben, ist an den derzeitigen Entwicklungen wie in Griechenland, Spanien oder Zypern nur zu erahnen. Die Implementation des bedingungslosen Grundeinkommens in den gesellschaftlichen Diskurs ist von daher immer auch kontextgebunden und ist sicherlich nicht ohne die Betrachtung anderer Probleme, wie beispielsweise die Finanzkrise und/oder dem zinseszinsbedingten Geldsystem überhaupt, zu beurteilen. Die im 2. Kapitel herausgearbeiteten Typen von Veränderungsprozessen sind bei der Betrachtung der Implementation des in dieser Arbeit reflektierten Paradigmas des bedingungslosen Grundeinkommens als gesellschaftspolitische Systemvoraussetzungen und Hintergrundfolie also unbedingt mit zu bedenken.

8.2 Kontext gegenwärtiger Rahmenbedingungen²²⁹

Das bedingungslose Grundeinkommen als ein Modul gesellschaftspolitischer Veränderung wird meistens einseitig aus dem Kontext gegenwärtiger Rahmenbedingungen betrachtet und diskutiert. Als einziges Modul, implementiert in den Status Quo gedacht, wird es daher nicht selten als utopisch bzw. nicht umsetzbar deklariert. In diesem Sinne wäre bei zukünftigen Diskursen auch zu bedenken, welche weiteren Module zur Veränderung mitgedacht und mitgestaltet werden müssten, damit das bedingungslose Grundeinkommen seine utopischen Züge im Kontext anderer, zu verändernder oder zukünftiger Rahmenbedingungen abstreifen könnte. Der sogenannte „Plan B“ der Wissensmanufaktur bietet z. B. als Gesamtkonzept für einen gesellschaftlichen Veränderungsprozess neben dem bedingungslosen Grundeinkommen drei weitere Module an, die mit dem hier detailliert analysierten Modul des bedingungslosen Grundeinkommens als Gesamtkonzept zu betrachten seien. Der „Plan B“ enthält „fließendes Geld“, ein „soziales Bodenrecht“ sowie eine „freie Presse“ für ebenso im gleichen Zuge einzuführende notwendige Module.²³⁰ Auch Paech (2013) spricht notwendige Module wie „Komplementärwährungen“ (vgl. 117f), „Ansätze einer Bodenreform“ (vgl. 135f) und ein Grundeinkommen bzw. Bürgergeld als Module für die „Phase des Übergangs zu einer Postwachstumsökonomie“ (vgl. 139) an.

Das bedingungslose Grundeinkommen wird meistens außerdem mit einem Arbeitsbegriff aus dem gegenwärtigen Kontext kritisiert, insbesondere mit dem Anthropologischen Argument (A) bzw. Hängematten-Argument, dass der Mensch nicht mehr „arbeiten“ würde, wenn es ein bedingungsloses Grundeinkommen gäbe. Für eine zukünftige weitere Implementation wäre für den pädagogischen Vermittlungsprozess zu konstatieren, dass er sich bewusst auf die Loslösung eines klassischen Erwerbsarbeitsbegriffs konzentriert und sich einem Begriff von Arbeit in einem wesentlich umfassenderen Sinne als nur auf einem „Erwerbsarbeit“ unterlegenem widmet. Laut statistischem Bundesamt stehen im Jahre 2001 56 Mrd. Arbeitsstunden von bezahlter Erwerbsarbeit 96

²²⁹ Diese Begriffsverbindung entlehne ich dem Plan B von Popp, Andreas/Albrecht, Rico (2011) der Wissensmanufaktur aus: „Plan B. Revolution des Systems für eine tatsächliche Neuordnung“ unter:

<http://www.wissensmanufaktur.net/media/pdf/plan-b.pdf>, S. 6., Stand: 05.04.2013

²³⁰ Vgl. dazu ebd.

8.3 Inklusion von Menschenrechten

Mrd. Arbeitsstunden unbezahlter Arbeit gegenüber²³¹. Die häufig eingebrachte Kritik seitens der Gegner, dass der Mensch mit bedingungslosem Grundeinkommen nicht mehr arbeiten würde, hängt also meistens an einem Begriff von Arbeit, der ausschließlich heutige Erwerbsarbeit als „einzige Arbeit“ voraussetzt. Dies müsste für einen zukünftigen Diskurs bei der pädagogischen Vermittlung unbedingt differenzierter betrachtet und auch vermittelt werden.

8.3 Inklusion von Menschenrechten

Bei der Frage, um was für einen Prozess es sich eigentlich bei der Grundeinkommensbewegung handelt, könnte man zu dem Schluss gelangen, dass es sich seit der Aufklärung um einen fortgesetzten Prozess der Inklusion von Menschenrechten handelt. Mit einem bedingungslosen Grundeinkommen wird erstmals eine Inklusion aller Gesellschaftsmitglieder angestrebt, allen Gesellschaftsmitgliedern soll von den Voraussetzungen her bis zu einer festzulegenden Höhe, hier meist ein politisch festzulegendes Existenzminimum, gleiche Teilhabe gewährt werden. Es handelt sich also um ein Menschenrecht, welches *allen* Gesellschaftsmitgliedern per Gesetzesgrundlage gewährt werden soll, und nicht wie bisher nur auf Teilgruppen wie z. B. Arbeitslose, Behinderte, Frauen oder Kinder gerichtet ist.

Im Gegensatz zu dieser Inklusionsforderung erlauben die derzeitigen Sanktions-Paragrafen §31 und §32 des SGB II in Deutschland eine systembedingte Exklusion. Kürzungen von 30, 60 bis 90 Prozent der Regelleistungen ließen sich vielleicht immer noch mit Regelverstößen, Nichterscheinen zu Amtsterminen oder Nichtantreten von angeordneten Maßnahmen rechtfertigen. Bei einer Kürzung der Regelleistungen von 90% erhielte ein Betroffener derzeit noch 38,20 € für den Lebensunterhalt mit der Möglichkeit, bei eben jener Behörde, die ihm die Kürzungen ausgesprochen hat, Lebensmittelgutscheine wöchentlich zu beantragen, was allerdings eine Kannleistung seitens der Ämter zu sein scheint.

Ab einer Kürzung der Regelleistungen von 100% kann von einer sys-

²³¹ Vgl. „Wo bleibt die Zeit? Die Zeitverwendung der Bevölkerung in Deutschland 2001/02“ unter: https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/EinkommenKonsumLebensbedingungen/Zeitbudgeterhebung/WobleibtdieZeit5639101029004.pdf?__blob=publicationFile, S. 11, Stand: 05.04.2013.

tembedingten Exklusion gesprochen werden, denn dann erhalten die Betroffenen nicht nur keine Zuwendungen für ihren Lebensunterhalt mehr, sondern auch die Mietzahlungen können dabei vollkommen eingestellt werden²³². Im Extremfall können auch die Mitgliedsbeiträge für die Krankenkasse eingestellt werden²³³. Damit werden Betroffene systembedingt exkludiert und fallen aus dem Gesellschaftssystem heraus, je nach Geduld der Vermieter und der eigenen Bereitschaft, sich an die Bedingungen der Ämter wieder anzupassen. Die mögliche Exklusion aus der Krankenkasse sowie die Einstellung der Mietzahlungen haben zur Folge, dass bei späterem Wiedereintritt die versäumten Beiträge der Krankenkasse als auch die Mieten nachgezahlt werden müssen, was zu einer weiteren finanziellen Belastung und Verarmung führen kann. Eine ersatzlose Streichung der Sanktionsmaßnahmen §31 und §32 des SGB-II, wie sie von den Linken und den Grünen im Bundestag beantragt, jedoch bisher abgelehnt worden ist und derzeit auch bei den Piraten und Teilen der SPD gefordert wird, wäre ein weiterer Meilenstein auf

²³² Aus meinen nunmehr über fünfjährigen Erfahrungen in der Zusammenarbeit mit ALG-II-BezieherInnen sind Jugendliche unter 25 besonders hart von den Sanktionsmaßnahmen betroffen. Diesen wird und wurde bei einem einmaligen Regelverstoß ohne Vorankündigung oder Mahnung eine sofortige 100%ige Kürzung verordnet. In einem mir bekannten Fall ist seitens des Jobcentermitarbeiters eine hundertprozentige Sanktion ausgesprochen worden, wobei auch die Mietzahlungen an den Vermieter ohne Wissen des Betroffenen eingestellt wurden. Angeblich habe der Jobcentermitarbeiter dieses gar nicht veranlasst. In der Folge führte dies schlussendlich zum drohenden Verlust der Wohnung des Betroffenen, der nur durch intensive Vermittlung seitens einer Mitarbeiterin einer unabhängigen Fachstelle verhindert werden konnte. Räumungsklagen als letzte Folge von Sanktionsmaßnahmen können allerdings nicht in allen solchen Fällen verhindert werden.

Sanktionen treffen auch Mütter mit Kindern, in einem Fall war sogar eine Schwangere betroffen, die aufgrund von „Regelverstößen“ ihren Lebensunterhalt komplett einbüßen musste.

²³³ Dies wird im Verwaltungsakt anstelle einer Eingliederungsvereinbarung unter „wichtige Hinweise“ sogar ausdrücklich erwähnt. Vgl. dazu den Ersatz der Eingliederungsvereinbarung per Verwaltungsakt an Ralph Boes, S. 3 unter: <http://www.buergerinitiative-grundeinkommen.de/brandbrief/Verwaltungsakt2-2013-01-18.pdf>. Stand: 27.01.2013. Auch hier ist mir ein Fall einer 26-Jährigen Obdachlosen bekannt, die über ca. ein dreiviertel Jahr durch Obdachlosigkeit komplett aus dem System herausfiel und weder Sozialleistungen erhielt noch krankenversichert war. Meine intensiven Bemühungen, sie wieder an Sozialleistungen und damit auch wieder in eine Krankenversicherung zu reintegrieren, stießen seitens des betreffenden Sozialamtes auf erheblichen Widerstand und mangelnde Kooperation.

8.4 Inkaufnahme rückläufiger Momente

dem Weg hin zu einem bedingungslosen Grundeinkommen. Denn das Existenzminimum wäre gesetzlich auch dann gesichert, wenn Betroffene sich nicht mehr an die in den „Eingliederungsvereinbarungen“ vorhandenen Vorschriften hielten, da sie auch bei Nichtbefolgung nicht mehr seitens der Ämter sanktioniert werden könnten. Insofern ist speziell die gesetzliche Grundlage der Sanktionsmaßnahmen und deren Folgen Brennpunkt und Inhalt politischer Auseinandersetzungen. Eine Streichung der Sanktions-Paragrafen ist in der Tat ein entscheidend neutraler Punkt, dadurch würden Sozial- bzw. ALG-II-Leistungen in gewissem Sinne bedingungslos. Die Vehemenz der Verteidigung des Status Quo ist von daher wohl vom Kriterium der Bedingungslosigkeit zu erklären.²³⁴

8.4 Inkaufnahme rückläufiger Momente

Bei der Inklusion eines Menschenrechts wie dem der bedingungslosen Existenzsicherung geht es um einen zentralen Punkt: Die Bereitschaft der Inkaufnahme von unerwünschten Effekten und Veränderungen. Das bedingungslose Grundeinkommen ist kein Patentrezept für die Lösung aller gesellschaftlichen Probleme. Der pädagogische Vermittlungsprozess des bedingungslosen Grundeinkommens fordert argumentativ dazu auf, eine solche Bereitschaft diskursiv zu implementieren. Eine solche Bereitschaft hätte beispielsweise zur Folge, Erwerbsarbeit nicht mehr als die Hauptsäule von gesellschaftlicher Tragfähigkeit zu sehen, sondern auch Familienarbeit und gesellschaftliches Engagement (Ehrenarbeit) als gleichwertige Säulen zu betrachten. Dies setzt eine nicht zu unterschätzende hohe Bereitschaft voraus, eine bisher auf (Erwerbs-)Arbeit zentral basierende Politik zu transformieren. Wäre es in Kauf zu nehmen, wenn tatsächlich ein Prozentteil der Bevölkerung sich nach Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens komplett von Erwerbsarbeit verabschiedet und nur noch Arbeit in dem von ihr selbst bestimmten Sinne ausführt? Oder ist diese Befürchtung eine, die an den bisher etablierten Vorstellungen von Gesellschaft hängt und aus einer verhafteten Perspektive von (Erwerbs-)Arbeit resultiert?

Keine Frage, eine grundgesetzlich verankerte bedingungslose Existenz-

²³⁴ Vgl. z.B. die Verteidigung der Sanktions-Paragrafen durch Max Straubinger im Bundestag unter:
<http://www.bundestag.de/Mediathek/index.jsp?isLinkCallPlenar=1&action=search&contentArea=details&ids=2186041&instance=m187&categorie=Plenarsitzung&destination=search&mask=search, Stand: 04.04.2013>

sicherung wird mit Sicherheit auch Folgen haben, die bisher vielleicht überhaupt nicht abzusehen sind und gesamtgesellschaftlich andere oder neue Probleme mit sich bringen werden. Die Bereitschaft der Inkaufnahme von Effekten und Veränderungen, die dem aufklärerischen Denken abhanden kommen, ist eine Voraussetzung für die Durchsetzung dieses speziellen neuen Paradigmas.

Das bedingungslose Grundeinkommen als Fortsetzung der Aufklärung und der Inklusion von Menschenrechten stellt somit eine große Herausforderung dar. Die Bereitschaft zur Inkaufnahme von rückläufigen Momenten ist eine Grundvoraussetzung zur Implementation des neuen Paradigmas. Eine solch kritische Reflexion wird hier für den pädagogischen Vermittlungsprozess und seiner pädagogischen Vermittler als zentral angesehen. Diese „Dialektik der Aufklärung“ war bereits Horkheimer und Adorno bewusst. In ihrer Vorrede zum gleichnamigen Werk heißt es:

„Die Aporie, der wir uns bei unserer Arbeit gegenüber fanden, erwies sich somit als der erste Gegenstand, den wir zu untersuchen hatten: die Selbstzerstörung der Aufklärung. Wir hegen keinen Zweifel – und darin liegt unsere *petitio principii* –, daß die Freiheit in der Gesellschaft vom aufklärenden Denken unabtrennbar ist. Jedoch glauben wir, genauso deutlich erkannt zu haben, daß der Begriff eben dieses Denkens, nicht weniger als die konkreten historischen Formen, die Institutionen der Gesellschaft, in die es verflochten ist, schon den Keim zu jenem Rückschritt enthalten, der heute überall sich ereignet. Nimmt Aufklärung die Reflexion auf dieses rückläufige Moment nicht in sich auf, so besiegelt sie ihr eigenes Schicksal“ (Horkheimer/Adorno 2000, 3).

8.5 Über das bedingungslose Grundeinkommen hinausführende Argumente

Das bedingungslose Grundeinkommen ist, wie bereits erwähnt, mit Sicherheit keine Patentlösung für alle gesellschaftlichen Probleme. So wird seitens der Gegner immer wieder eingewandt, dass es nicht in der Lage sei, bestimmte Grundsatzprobleme wie beispielsweise finanztechnische Ursachen (Geldsystem, Zinseszinsystem) zu überwinden. Im Gegenteil, es würde den Status Quo nur noch mehr unterstützen. Des Weiteren sind sowohl Stigmatisierungsphänomene des gegenwärtigen Sozialstaats sowie Integrations- und Emanzipationsbemühungen insbesondere von Frauen immer wieder Gegenstand von Debatten.

Es sei daher abschließend hier darauf aufmerksam gemacht, dass bei der pädagogischen Vermittlung des Themas des bedingungslosen Grundeinkommens in Zukunft verstärkt darauf zu achten wäre, dass hier klar differenziert würde. Was kann ein bedingungsloses Grundeinkommen leisten und was kann es nicht leisten? Das bedingungslose Grundeinkommen sollte immer im Kontext vor dem Hintergrund seiner Integra-

8.5 Über das bedingungslose Grundeinkommen hinausführende Argumente

tionsfähigkeit in ein bestehendes System und nur als Teil-Modul betrachtet werden. Dies muss bei der pädagogischen Vermittlung in Zukunft klar gestellt werden, um den Eindruck des Allgemeinheitsanspruchs auf Seiten der Gegner zu relativieren. So ist Gegnern des bedingungslosen Grundeinkommens sicherlich zuzustimmen, wenn sich an den wuchernden, gleich „krebsartigen“, Zuständen eines sich alle Jahrzehnte wiederholenden Zusammenbruchs des Geldsystems allein durch die Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens kein Ausweg gesetzt ist.

Anders verhält sich die Betrachtung des bedingungslosen Grundeinkommens jedoch aus der Perspektive von Stigmatisierungseffekten, denen Arbeitslose, insbesondere Hartz-IV-Empfänger derzeit ausgesetzt sind. Auch die Auswirkungen auf eine adäquate Emanzipation hinsichtlich von Frauen, die immer noch den Hauptteil von Erziehungs- und Hausarbeit leisten, 80% der ca. 12,5 Mio. Teilzeit-Erwerbstätigen ausmachen und im Schnitt mit ca. 23% unter dem Lohn des Mannes liegen, sind in diesem Zusammenhang differenziert zu betrachten. Das Schlagwort der sog. Herdprämie, welches Frauen sozusagen als an den Herd, im Sinne von klassischer Rollenverteilung, an die Erziehung bzw. Hausarbeit eingeschränkt und abgestellt wissen will, ist im Rahmen eines bedingungslosen Grundeinkommens, was allen Gesellschaftsmitgliedern gleiche Startvoraussetzungen schaffen will, kritisch zu beurteilen.

Zum Abschluss wird daher hier dazu angeregt, bei der Betrachtung des bedingungslosen Grundeinkommens differenzierter vorzugehen. So sind einerseits bei der pädagogischen Vermittlung die über ein bedingungsloses Grundeinkommen hinausführenden Argumente zur Veränderung des Geld- und Finanzsystems letztlich von ebenso ernst zu nehmender Relevanz wie auch Argumente, die sich auf die Überwindung von Stigmatisierungseffekten und Emanzipationsbarrieren richten.

8.5.1 Argumente zur Veränderung des Geldsystems und Finanzmarktes

Einige herausgefilterte Argumente weisen auf die Überwindung von Problemen hin, die nur mit einer beschränkten Sicht auf ein bedingungsloses Grundeinkommen sicherlich nicht gelöst werden können, und die auf die Lösung von derzeitigen Krisenphänomenen hinweisen.

Marx/Engels:

Wucher-Argument

Steiner:

Drei-Geld-Argument, Geld-Eigendynamik-Argument, Äquivalenz-

Argument, Kapitalismus-Argument

Fromm:

Veränderung-Argument, Homo-consumens-Argument (vom maximalen zu optimalen Konsum)

Wohlgenannt/Büchele:

Spaltung-Argument, Öko-sozialer-Umbau-Argument

Gorz:

Krise-Argument (Wachstumskritik), Zugang-Argument, Überakkumulation-Unterkonsumtion-Argument, Verschleierung-Argument, Herrschaft-Argument

Für einen zukünftigen Implementationsprozess wäre zu fordern, dass klare Differenzierungen gezogen werden, welche Wirkungen hier ein bedingungsloses Grundeinkommen hätte und was es im Stande ist, zu leisten bzw. nicht zu leisten.

8.5.2 Argumente für eine Entstigmatisierung

Für die zukünftige Vermeidung von Stigmatisierungseffekten und Sicherstellung der Existenz von BezieherInnen von Grundsicherung ist eine Grundsicherung nach dem SGB II und SGB XII sicherlich dann eine Annäherung an ein bedingungsloses Grundeinkommen, wenn vor allem die Sanktionsparagrafen des SGB II §31 und §32 außer Kraft gesetzt würden. In wieweit sich dann eine Ausweitung des Anspruchs auf alle Gesellschaftsmitglieder entwickeln würde, sei dahin gestellt. Damit stellen sich weitere Fragestellungen wie z. B. die Einführung von Mindestlöhnen, so dass Erwerbstätige prinzipiell besser dargestellt werden müssten als BezieherInnen von Grundsicherung, ohne dass letztere unter ein Existenzminimum fallen. Zukünftig zu vermeiden wären jedoch grundsätzlich Ausspielungen von prekär Beschäftigten gegenüber den BezieherInnen von Grundsicherung.

Popper-Lynkeus:

Verwaltung-Argument

Fromm:

Entbürokratisierung-Argument

Wohlgenannt/Büchele:

Bevormundung-Argument, Zerstörungsprozess-Argument

8.5 Über das bedingungslose Grundeinkommen hinausführende Argumente

Gorz:

Herrschaft-Argument, Work-/Welfare-Argument

Werner:

Hartz-IV-Alternative-Argument, Sinn-Argument, Entstigmatisierungs-Argument

8.5.3 Argumente für eine weitere Emanzipation von Frauen

Der emanzipatorische Gehalt eines bedingungslosen Grundeinkommens wird seitens der Gegner nicht selten mit dem Begriff der „Herdprämie“ in Frage gestellt. Aus der Analyse ergeben sich drei Autoren, Fromm, Gorz und Werner, die emanzipatorisch argumentieren.

Fromm:

Patriarchat-Argument

Gorz:

Mutterschaft-/Mutterfunktion-Argument, Selbstlosigkeit-Argument

Werner:

Emanzipation-Argument

Nachwort

Die pädagogische Vermittlung des neuen Paradigmas des bedingungslosen Grundeinkommens, so konnte in dieser Arbeit hoffentlich aufgezeigt werden, ist nicht eine, die erst seit der Agenda 2010 eine Rolle im öffentlichen Diskurs spielt, gleichwohl sie seitdem am meisten Aufmerksamkeit erfährt. Vielmehr geht dieser Vermittlung bzw. dem öffentlichen Diskurs eine lange historische Entwicklung voraus, deren Analyse in dieser Arbeit mit Marx/Engels beginnt und bei Götz Werner ihren Ausgang findet. Für eine Analyse des derzeitigen aktuellen Grundeinkommen-Diskurses und der aktuellen pädagogischen Vermittlung sind weitere Forschungen nötig und möglich.

Mit dieser Arbeit ist erstmals eine Argumente-Topik zum bedingungslosen Grundeinkommen entworfen worden. Im öffentlichen Diskurs ist zwar immer wieder von Argumenten für oder gegen das Konzept die Rede, eine konkrete Benennung der Argumente erfolgt in der Regel jedoch nicht. Zu hoffen ist, dass diese Arbeit mit dazu beitragen kann, den Grundeinkommensdiskurs weiter zu befruchten und weitere konstruktive Diskussionen anzuregen.

Das bedingungslose Grundeinkommen kann im Sinne von Thomas S. Kuhn als ein neuer Paradigma-Anwärter angesehen werden, der die Kraft besitzt, gesellschaftspolitisch konservative Arbeits- und Einkommensmuster sowie ein lang etabliertes Sozialsystem in Frage zu stellen. Wie und in welcher Form es die Sprengkraft besitzt, sich mittel-/langfristig durchzusetzen, bleibt spannend abzuwarten.

Mit dem Einzug der Opposition der Grünen 1979 in die Bremer Bürgerschaft (Landtag des Stadtstaates) sowie 1983 in den Bundestag ist die Atompolitik scharf kritisiert und seitdem Gegenstand politischer Diskussionen geworden. Durch die Katastrophe von Fukushima hat letztlich ein von der Regierung initiiertes, absehbarer Ausstieg aus der Atomenergie begonnen. Eine derartige Kehrtwende in der Atompolitik wäre Wochen vor Fukushima vielleicht noch undenkbar gewesen.

Eine ähnliche Funktion hinsichtlich des bedingungslosen Grundeinkommens hat 2012 die Piratenpartei übernommen, die erstmals in das Berliner Abgeordnetenhaus (Landtag des Stadtstaates) einzog und in ihrer Funktion als Opposition das bedingungslose Grundeinkommen zum Thema gemacht hat. Ob diese Partei die Kraft besitzt, auch in den Bundestag einzuziehen, bleibt ebenso spannend zu verfolgen.

Anschläge auf Jobcenter-Mitarbeiterinnen mit der Konsequenz der massiven Zunahme von kostenintensiven Sicherheitsdiensten in den Arbeitsämtern und Jobcentern, steigende Mieten und Wohnraumprobleme, prekäre Arbeitsverhältnisse und die damit einhergehende Renten-

problematik, Alters- wie Kinderarmut sowie Brandanschläge auf Limousinen in den Großstädten sind nur einige brisante Themen, die oppositionell nicht nur durch die Piratenpartei die Debatte um das bedingungslose Grundeinkommen weiter verschärfen könnten.

Mit Kapitel 8.5 sind hier abschließend über das bedingungslose Grundeinkommen hinausführende Argumente als weiterer Ausblick angeregt worden.

Aktuell ist insbesondere die Volksinitiative zum bedingungslosen Grundeinkommen in der Schweiz zu beobachten, die bis dato ca. 130 000 Unterschriften sammeln konnte. Ob es wie seinerzeit zur Einführung des Frauenwahlrechts dort auch zu einem Volksbegehren und letztlich zu einem Volksentscheid kommt, ist ebenso eine spannende politische Entwicklung.

Literaturverzeichnis

- ADORNO, T.W. (2001): *Minima Moralia. Reflexionen aus dem beschädigten Leben.* Suhrkamp Verlag Frankfurt am Main
- AMIN, SAMIR/ARRIGHI, GIOVANNI/FRANK, ANDRE
GUNDER/WALLERSTEIN, IMMANUEL (1982): *Dynamics of global crisis.* MonthlyReview Press, published in the United States of America
- ARENDT, HANNAH (1968)²: *Über die Revolution.* R. Piper & Co Verlag: München
- BATAILLE, GEORGES (2001)³: *Die Aufhebung der Ökonomie.* Matthes & Seitz, München
- BERNFELD, SIEGFRIED (2000)¹²: *Sisyphos oder die Grenzen der Erziehung.* Suhrkamp Taschenbuch Verlag, Frankfurt am Main
- BEYER, HANS (1933): *Die Frau in der politischen Entscheidung. Eine Untersuchung über das Frauenwahlrecht in Deutschland.* Verlag Enke, Berlin
- BIERMANN, INGRID (2009): *Von Differenz zu Gleichheit. Frauenbewegung und Inklusionspolitiken im 19. und 20. Jahrhundert.* transcript Verlag, Bielefeld
- BLUMER, HERBERT (1975): *Soziale Probleme als kollektives Verhalten.* In: Hondrich, Karl Otto (1975): *Menschliche Bedürfnisse und soziale Steuerung. Eine Einführung in die Sozialwissenschaft.* Rowohlt Verlag, Reinbek, 102-113
- BOHMANN, GERDA/VOBRUBA, GEORG (1993): *Krisen und ihre Interpretationen. Die Weltwirtschaftskrisen 1929 und 1974 im Vergleich. Das Beispiel Österreich.* In: Vobruba, Georg (Hrsg.) (1993): *Krisen. Prozeß, Wahrnehmung und Vergleich.* Leipziger Universitätsverlag, Heft 6, 32-58
- BORCHARDT, KNUT (1993): *Wandlungen im Denken über wirtschaftliche Krisen.* In: Vobruba, Georg (Hrsg.) (1993): *Krisen. Prozeß, Wahrnehmung und Vergleich.* Leipziger Universitätsverlag, Heft 6, 9-31
- BORDIEU, PIERRE ET AL. (1997): *Das Elend der Welt. Gekürzte Studienausgabe.* UVK Verlagsgesellschaft mbH, Konstanz
- BORDIEU, PIERRE (1987): *Die feinen Unterschiede. Kritik der gesellschaftlichen Urteilskraft.* Suhrkamp Taschenbuch Verlag, Frankfurt am Main

- BREZINKA, WOLFGANG (1978)⁴: Metatheorie der Erziehung. Eine Einführung in die Grundlagen der Erziehungswissenschaft, der Philosophie der Erziehung und der Praktischen Pädagogik. Ernst Reinhardt Verlag, München Basel, S. 1-25
- BRÜLL, D. (1977): Sozial und Unsozial. Beiträge zur Dreigliederung des sozialen Organismus. Heft Nr. 28, 18. Jahrgang, Januar 1977
- BÜCHELE, HERWIG (1986): Auf dem Weg zu einer gastfreundlichen Gesellschaft. Zur linken Kritik am Mindesteinkommen. In: Befreiung von falscher Arbeit. Thesen zum garantierten Mindesteinkommen. Wagenbachs Taschenbücherei, Berlin 1986
- BÜCHELE, HERWIG/ WOHLGENANNT, LIESELOTTE (1985): Grundeinkommen ohne Arbeit. Auf dem Weg zu einer kommunikativen Gesellschaft. Europaverlag, Wien, München, Zürich
- BURIAN, PEGGY (2006): Das garantierte Grundeinkommen – Grundlagen und Entstehung einer Idee von der Antike bis zum Beginn des 20. Jahrhunderts. Diplomarbeit an der Universität Leipzig
- HOHL, MARCELA (1995): Armut und garantiertes Grundeinkommen. Entwicklungen und Modelle. Caritas-Verlag, Luzern
- CAPRA, FRITJOF (1983)⁴: Wendezeit. Bausteine für ein neues Weltbild. Scherz Verlag, Bern
- CLAUSEN, LARS (2003): Reale Gefahren und katastrophensoziologische Theorie. Soziologischer Rat bei FAKKEL-Licht. In: Clausen, Lars/ Geenen, Elke M./ Macamo, Elísio (2003): Entsetzliche soziale Prozesse. Theorie und Empirie der Katastrophen. Lit Verlag, Münster, 51-76
- CLAUSEN, LARS/ GEENEN, ELKE M./ MACAMO, ELÍSIO (2003): Entsetzliche soziale Prozesse. Theorie und Empirie der Katastrophen. Lit Verlag, Münster
- CLAUSSEN, DETLEF (1982): List der Gewalt. Soziale Revolutionen und ihre Theorien. Campus Verlag, Frankfurt am Main, New York
- CLEMENS, BÄRBEL (1990): Der Kampf um das Frauenstimmrecht in Deutschland. In: WICKERT, CHRISTL (HRSG.) (1990): „Heraus mit dem Frauenwahlrecht“. Die Kämpfe der Frauen in Deutschland und England um die politische Gleichberechtigung. Centaurus-Verlagsgesellschaft, Pfaffenweiler, 51-124
- COIPLLET, SYLVAIN (HRSG.) (2011): Rudolf Steiner über das Grundeinkommen. Schriftenreihe Paradoxien. Ausgewählte Texte herausgegeben und eingeleitet von Sylvain Coiplot. Institut für soziale Dreigliederung, Berlin

- DÖRPINGHAUS, ANDREAS/HELMER, KARL (HRSG.) (1999): Zur Theorie der Argumentation in der Pädagogik. Verlag Königshausen & Neumann, Würzburg
- ERIKSON, ERIK H. (1966): Identität und Lebenszyklus. Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main
- EUROPÄISCHES GESCHICHTSBUCH (1997): Eine europäische Initiative von Frédéric Delouche. Erarbeitet von 12 europäischen Historikern. Ernst Klett Schulbuchverlag, Stuttgart, Düsseldorf, Berlin, Leipzig
- FEYERABEND, PAUL K. (1974): Kuhns Struktur wissenschaftlicher Revolutionen – ein Trostbüchlein für Spezialisten? In: Lakatos, Imre/Musgrave, Alan (Hrsg.) (1974): Kritik und Erkenntnisfortschritt (Criticism and the Growth of Knowledge 1970), Vieweg & Sohn Verlagsgesellschaft, Braunschweig
- FITZGIBBONS, ROBERT E. (1990): Die Verbesserung der pädagogischen Argumentation durch die Analyse der Argumentation. In: Paschen, Harm/ Wigger, Lothar (Hrsg.) (1990): Über die Bedingungen der Verbesserung des Argumentierens. Dokumentation der Tagung: „Bedingungen der Verbesserung des Argumentierens“ vom 27. und 28. April 1989 im Zentrum für interdisziplinäre Forschung (ZiF) der Universität Bielefeld
- FROMM, ERICH (1945): Die Furcht vor der Freiheit. Steinberg Verlag, Zürich
- FROMM, ERICH (1963): Das Menschenbild bei Marx. Europäische Verlagsanstalt, Frankfurt am Main
- FROMM, ERICH (1982)¹⁰: Wege aus einer kranken Gesellschaft. Eine sozialpsychologische Untersuchung. Ullstein Verlag, Frankfurt am Main, Berlin, Wien
- FROMM, ERICH (1986): Psychologische Aspekte eines garantierten Einkommens für alle. In: Opielka, Michael/Vobruba, Georg (1986): Das garantierte Grundeinkommen. Entwicklung und Perspektiven einer Forderung. Fischer Taschenbuch Verlag, Frankfurt am Main
- FROMM, ERICH (1973)⁶: Der moderne Mensch und seine Zukunft. Eine sozialpsychologische Untersuchung. Europäische Verlagsanstalt, Frankfurt am Main, (amerikan. The sane society)
- FROMM, ERICH (1971): Die Revolution der Hoffnung. Klett Verlag, Stuttgart
- FROMM, ERICH/SUZUKI, DAISSETZ TEITARO/DE MARTINO, RICHARD (1971): Zen-Buddhismus und Psychoanalyse. Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main

- FROMM, ERICH (1998)¹²: Die Kunst des Liebens. Deutscher Taschenbuch Verlag (dtv), München
- FROMM, ERICH (2000)⁸: Haben oder Sein. Deutscher Taschenbuch Verlag (dtv), München
- GEENEN, ELKE M. (2003): Kollektive Krisen. Katastrophe, Terror, Revolution – Gemeinsamkeiten und Unterschiede. In: Clausen, Lars/ Geenen, Elke M./ Macamo, Elísio (2003): Entsetzliche soziale Prozesse. Theorie und Empirie der Katastrophen. Lit Verlag, Münster, 5-23
- GESCHICHTE LERNEN (2006): Stationen des Kampfes für die politischen Rechte der Frauen. Pädagogische Zeitschriften bei Friedrich in Velber in Zusammenarbeit mit Klett, Heft 114, 19. Jahrgang, Nov. 2006
- GETHMANN, CARL FRIEDRICH (1990): Folgerichtigkeit vs. Triftigkeit. Zur formalpragmatischen Rekonstruktion argumentativer Schemata. In: Paschen, Harm/ Wigger, Lothar (Hrsg.) (1990): Über die Bedingungen der Verbesserung des Argumentierens. Dokumentation der Tagung: „Bedingungen der Verbesserung des Argumentierens“ vom 27. und 28. April 1989 im Zentrum für interdisziplinäre Forschung (ZiF) der Universität Bielefeld, 75-91
- GIGERENZER, GERD (2007)⁸: Bauchentscheidungen. Die Intelligenz des Unbewussten und die Macht der Intuition. C. Bertelsmann, München
- GOLEMAN, DANIEL (1997)²: EQ. Emotionale Intelligenz. Deutscher Taschenbuch Verlag (dtv), München
- GORZ, ANDRÉ (1986): Wege ins Paradies. Thesen zur Krise, Automation und Zukunft der Arbeit. Rotbuch Verlag, Berlin
- GORZ, ANDRÉ (2000): Arbeit zwischen Misere und Utopie. Herausgegeben von Ulrich Beck, Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main
- GORZ, ANDRÉ (1990)³: Kritik der ökonomischen Vernunft. Sinnfragen am Ende der Arbeitsgesellschaft. Rotbuch Verlag, Berlin
- GORZ, ANDRÉ (2007): Seid realistisch – verlangt das Unmögliche. In: Widerspruch 52. Beiträge zu sozialistischer Politik. Ropress, Zürich, 27. Jg./1. Halbjahr 2007
- GÖTTERT, KARL-HEINZ (1992): Verbesserung des Argumentierens in Institutionen durch Argumentationsanalyse. In: Paschen, Harm/Wigger, Lothar (Hrsg.) (1992): Pädagogisches Argumentieren. Deutscher Studien Verlag, Weinheim, 75-94

- GÖTTERT, KARL-HEINZ (1978): Argumentation. Grundzüge ihrer Theorie im Bereich theoretischen Wissens und praktischen Handelns. Max Niemeyer Verlag, Tübingen
- GOFFMAN, ERVIN (1975): Stigma. Über Techniken der Bewältigung beschädigter Identität. Suhrkamp Taschenbuch Verlag, Frankfurt am Main
- GROSSARTH-MATICEK, RONALD ET AL. (2012): Informations- und Kommunikationsprozesse in der Urteilsbildung am Beispiel des Bedingungslosen Grundeinkommens (nach Götz W. Werner). In: Werner, Götz W./Eichhorn, Wolfgang/Friedrich, Lothar (Hrsg.) (2012): Das Grundeinkommen. Würdigung-Werte-Wege. KIT Scientific Publishing, Karlsruhe, 215-234
- GUTTING, GARY (1980): Paradigms and Revolutions. Appraisals and applications of Thomas Kuhn's philosophy of science. University of Notre Dame Press, London, Introduction 1-21
- HABERMAS, JÜRGEN (1985): Die Krise des Wohlfahrtsstaates und die Erschöpfung utopischer Energien. In: ders.: Die neue Unübersichtlichkeit. Kleine Politische Schriften V. Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main, 141-163
- HELMER, KARL (1999): Rhetorische Argumentation in der Pädagogik. In: Andreas Dörpinghaus/Karl Helmer (Hg.): Zur Theorie der Argumentation in der Pädagogik. Verlag Königshausen & Neumann, Würzburg, 10-22
- HELMER, KARL (1996): Systematische Pädagogik und theoretische Rhetorik. In: Borrelli, Michele/Ruhloff, Jörg (Hrsg.): Deutsche Gegenwartspädagogik, Band 2, Schneider-Verlag, Hohengehren, 28-40
- HERRMANN, MARKUS/HOPPMANN, MICHAEL/STÖLZGEN, KARSTEN/TARAMAN, JASMIN (2011): Schlüsselkompetenz Argumentation. Verlag Schöningh, Paderborn
- HERTLE, HANS-HERMANN (1996): Chronik des Mauerfalls. Die dramatischen Ereignisse um den 9. November 1989. Berlin
- HOFMANN-GÖTTIG, JOACHIM (1986): Emanzipation mit dem Stimmzettel. 70 Jahre Frauenwahlrecht in Deutschland. Verlag Neue Gesellschaft, Düsseldorf
- HOLLIS, MARTIN (1995): Soziales Handeln. Eine Einführung in die Philosophie der Sozialwissenschaft. Akademie Verlag, Berlin

- HORKHEIMER, MAX/ADORNO, THEODOR W. (2000)¹²: Dialektik der Aufklärung. Philosophische Fragmente. Fischer Verlag, Frankfurt am Main
- KOLLER, HANS-CHRISTOPH (1999): Ungewißheit zur Sprache bringen. Zur Bedeutung der Rhetorik für eine 'postmoderne' Argumentation. In: Dörpinghaus, Andreas/Helmer, Karl (Hrsg.): Zur Theorie der Argumentation in der Pädagogik. Verlag Königshausen & Neumann, Würzburg, 170-185
- KOPPERSCHMIDT, JOSEF (1996): Das Problem der Gewichtung von heterogenen Argumenten aus argumentationstheoretischer Sicht. In: Paschen, Harm/Wigger, Lothar (Hrsg.) (1996): Schulautonomie als Entscheidungsproblem. Zur Abwägung heterogener Argumente. Deutscher Studien Verlag, Weinheim, 19-42
- KOPPERSCHMIDT, JOSEF (1989): Methodik der Argumentationsanalyse. Frommann-holzboog, Stuttgart – Bad Cannstatt
- KOSELLECK, REINHART (1993): Der neuzeitliche Revolutionsbegriff als geschichtliche Kategorie. In: Vobruba, Georg (Hrsg.) (1993): Krisen. Prozeß, Wahrnehmung und Vergleich. Leipziger Universitätsverlag, Heft 6, 23-33
- KLATT, JOHANNA/WALTER, FRANZ (2011): Entbehrliche der Bürgergesellschaft? Sozial Benachteiligte und Engagement. Transcript Verlag, Bielefeld
- KRISHNAMURTI, JIDDU (2004)²⁷: Einbruch in die Freiheit. Lotos Verlag, Ulm
- KUHN, THOMAS S. (1976)³: Die Struktur wissenschaftlicher Revolutionen. Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main
- KUHN, THOMAS S. (1977): Die Entstehung des Neuen: Studien zur Struktur der Wissenschaftsgeschichte. Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main
- KUHN, THOMAS S. (1974): Bemerkungen zu meinen Kritikern. In: Lakatos, Imre/Musgrave, Alan (Hrsg.) (1974): Kritik und Erkenntnisfortschritt (Criticism and the Growth of Knowledge 1970), Vieweg & Sohn Verlagsgesellschaft, Braunschweig
- LANGGUTH, GERD (HRSG.) (1990): Berlin: Vom Brennpunkt der Teilung zur Brücke der Einheit. Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn
- LEISERING, LUTZ (1993): Zwischen Verdrängung und Dramatisierung. Zur Wissenssoziologie der Armut in der bundesrepublikanischen Gesellschaft. In: Soziale Welt (1993) (44), 486-511

- LEITNER, KARIN (2007): Das bedingungslose Grundeinkommen. Diplomarbeit an der Universität Linz
- LENK, HANS (2012): Lust auf Leistung – zu fördern durch grundgesichertes Auskommen. Ermöglichung kreativer Eigenleistungen durch ein humanisiertes Leistungsprinzip und garantiertes Grundeinkommen. In: Werner, Götz W./Eichhorn, Wolfgang/Friedrich, Lothar (Hrsg.) (2012): Das Grundeinkommen. Würdigung-Werte-Wege. KIT Scientific Publishing, Karlsruhe, 26-39
- LENK, KURT (1973): Theorien der Revolution. Wilhelm Fink Verlag, München
- LIEBERMANN, SASCHA (2012): Das Menschenbild des Grundeinkommens – Wunschvorstellung oder Wirklichkeit? In: Werner, Götz W./Eichhorn, Wolfgang/Friedrich, Lothar (Hrsg.) (2012): Das Grundeinkommen. Würdigung-Werte-Wege. KIT Scientific Publishing, Karlsruhe, 12-19
- LINDBLOM, CHARLES E. (1959): The Science of Muddling-Through. In: Public Administration Review (1959), Jg. 19., Hoboken, Wiley-Verlag 79-88
- LÖDING, THOMAS (2007): Das bedingungslose Grundeinkommen – Eine neoliberale Forderung? Abschlussarbeit im Rahmen der Prüfung für Diplom-Sozialwirte an der Universität Göttingen
- LUMER, CHRISTOPH (1990): Praktische Argumentationstheorie. Theoretische Grundlagen, praktische Begründung und Regeln wichtiger Argumentationsarten. Vieweg Verlagsgesellschaft, Braunschweig, S.V-XI u. 1-30
- LUMER, CHRISTOPH (1990B): Der philosophische Beitrag zur Verbesserung des Argumentierens: die Entwicklung von Gültigkeitskriterien für Argumentationen. In: Paschen, Harm/Wigger, Lothar (Hrsg.) (1990): Über die Bedingungen der Verbesserung des Argumentierens. Dokumentation der Tagung: „Bedingungen der Verbesserung des Argumentierens“ vom 27. und 28. April 1989 im Zentrum für interdisziplinäre Forschung (ZiF) der Universität Bielefeld, 59-74
- LYOTARD, JEAN-FRANCOIS (1999)⁴: Das postmoderne Wissen. Passagen Verlag, Wien
- MARX, KARL (2007): Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie. Erstes Buch. Der Produktionsprozess des Kapitals. Ungekürzte Ausgabe nach der zweiten Auflage von 1872. Anaconda Verlag, Köln

- MARX, KARL/ENGELS, FRIEDRICH (2007): Manifest der Kommunistischen Partei. Grundsätze des Kommunismus. Reclam Verlag, Stuttgart
- MARX, KARL (1972)⁶: Kritik des Gothaer Programms. Mit Schriften und Briefen von Marx, Engels und Lenin zu den Programmen der Deutschen Sozialdemokratie. Dietz Verlag, Berlin
- MARX, KARL (1971)⁷: Zur Kritik der politischen Ökonomie. Erstes Heft. Dietz Verlag, Berlin
- MARX, KARL (1970): Ökonomisch-philosophische Manuskripte aus dem Jahre 1844. In: Marx/Engels Gesamtausgabe, Erste Abteilung Band 3, Verlag Detlev Auvermann KG, Glashütten im Taunus, Unveränderter Neudruck der Ausgabe Berlin 1932, 33-172
- MARX, KARL (1970B): Die deutsche Ideologie. In: Marx/Engels Gesamtausgabe, Erste Abteilung Band 5, Verlag Detlev Auvermann KG, Glashütten im Taunus, Unveränderter Neudruck der Ausgabe Berlin 1932, 3-67
- MASTERMANN, MARGARET (1974): Die Natur eines Paradigmas. In: Lakatos, Imre/Musgrave, Alan (Hrsg.) (1974): Kritik und Erkenntnisfortschritt (Criticism and the Growth of Knowledge 1970), Vieweg & Sohn Verlagsgesellschaft, Braunschweig
- MEDER, NORBERT (2004)²: Der Sprachspieler. Der postmoderne Mensch oder das Bildungsideal im Zeitalter der neuen Technologien. Verlag Königshausen & Neumann, Würzburg
- MEDER, NORBERT (1999): Rhetorik – das besondere Sprachspiel für Theorie. In: Andreas Dörpinghaus/Karl Helmer (Hrsg.): Zur Theorie der Argumentation in der Pädagogik. Verlag Königshausen & Neumann, Würzburg, 186-200
- MEDER, NORBERT (1996): Simulation der Gewichtung heterogener Argumente. In: Paschen, Harm/Wigger, Lothar (Hrsg.) (1996): Schulautonomie als Entscheidungsproblem. Zur Abwägung heterogener Argumente. Deutscher Studien Verlag, Weinheim, 183-187
- MEIDENBAUER, JÖRG (HRSG) (2002): DuMonts Chronik der Erfindungen und Entdeckungen. Dumont monte, Köln
- MIETZ, CHRISTINE (1990): Analyse pädagogischer Argumentationen frühkindlicher Erziehung unter dem Aspekt der kognitiven Frühförderung. Eine Topik für die Theorie und Praxis. Dissertation an der Universität Bielefeld

- MITSCHE, JOACHIM (2000): Grundsicherungsmodelle – Ziele, Gestaltung, Wirkungen, Finanzbedarf. Eine Fundamentalanalyse mit besonderem Bezug auf die Steuer- und Sozialordnung sowie den Arbeitsmarkt der Republik Österreich, Nomos, Baden Baden
- MUNKO, MATTHIAS (2005): Zur pädagogischen Bedeutung der Haltung. Unveröffentlichte Diplomarbeit an der Universität Bielefeld
- NEDDEN, VERENA (2012): Das gemeinschaftliche Steuersystem. Ein Konzept zur Verwirklichung eines bedingungslosen Grundeinkommens sowie gerechter Verteilung der innerdeutschen Staatseinnahmen. Eine Weiterentwicklung des Konsumsteuer-Modells von Dr. Benediktus Hardorp und Prof. Götz Werner. http://www.konsumsteuersystem.de/Das_gemeinschaftliche_Steuersystem.pdf
- NUSSBAUM, MARTHA C. (1995): Human Capabilities, Female Human Beings. In: Nussbaum, Martha C./Glover, Jonathan (Hrsg.): Women, Culture, and Development. A Study of Human Capabilities. Bookcraft Ltd., Midsomer Norton, Avon
- OELKERS, JÜRGEN (2001): Einführung in die Theorie der Erziehung. Beltz Verlag, Weinheim und Basel
- OPIELKA, MICHAEL/ VOBRUBA, GEORG (1986): Das garantierte Grundeinkommen. Entwicklung und Perspektiven einer Forderung. Frankfurt am Main
- PAECH, NIKO (2013)³: Befreiung vom Überfluss. Auf dem Weg in die Postwachstumsökonomie. Oekom Verlag, München
- PASCHEN, HARM (2005): Zur Entwicklung menschlichen Wissens. Die Aufgabe der Integration heterogener Wissensbestände. Lit-Verlag, Münster
- PASCHEN, HARM (2002): Sinnleere, sinnvolle Pädagogiken. Pädagogik und Erziehungswissenschaft im Sinneswandel. Lit Verlag, Münster
- PASCHEN, HARM (1979): Logik der Erziehungswissenschaft. Pädagogischer Verlag Schwann, Düsseldorf
- PASCHEN, HARM (1988): Das Hänschen-Argument. Zur Analyse und Evaluation pädagogischen Argumentierens. Böhlau Verlag, Köln
- PASCHEN, HARM (1988B): Stützungen. In: Bildung und Erziehung, 41. Jahrgang 1988 (4), 411-426
- PASCHEN, HARM (1991A): Zur argumentativen Einheit pädagogischen Wissens. In: Zeitschrift für Pädagogik (1991), 27. Beiheft, Weinheim und Basel, 319-332

- PASCHEN, HARM (1991B): Zur Gewichtung pädagogischer Argumente. Gewichtungskompetenz als Autonomiebedingung. In: Bildung und Erziehung, 44. Jahrgang 1991 (4), 453-468
- PASCHEN, HARM (1992): Aufgaben und Instrumente einer argumentativ disziplinierten Erziehungswissenschaft. In: ders./Wigger, Lothar (Hrsg.) (1992): Pädagogisches Argumentieren. Deutscher Studien Verlag, Weinheim, 141-153
- PASCHEN, HARM (1997): Pädagogiken. Zur Systematik pädagogischer Differenzen. Beltz Deutscher Studien Verlag: Weinheim
- PASCHEN, HARM (1996A): Was ist Pädagogik und welcher Wissenschaft bedarf sie? In: Borrelli, Michele/Ruhloff, Jörg (Hrsg.): Deutsche Gegenwartspädagogik, Band 2, Schneider-Verlag, Hohengehren, 113-122
- PASCHEN, HARM (1996B): Bedingte Plausibilitätsgewichte heterogener Argumente. In: Ders./ Wigger, Lothar (Hrsg.) (1996): Schulautonomie als Entscheidungsproblem. Zur Abwägung heterogener Argumente. Deutscher Studien Verlag, Weinheim, 11-18
- PASCHEN, HARM/ WIGGER, LOTHAR (1992): Zur Analyse pädagogischer Argumentationen. Bericht des Forschungsprojekts >>Bielefelder Katalog pädagogischer Argumente<<. Deutscher Studienverlag, Weinheim
- PERROW, CHARLES (1987): Normale Katastrophen. Die unvermeidbaren Risiken der Großtechnik. Campus Verlag: Frankfurt am Main, New York
- PLANCK, MAX (1948): Wissenschaftliche Selbstbiographie. Johann Ambrosius Barth Verlag, Leipzig
- PINKEPANK, PAULUS (2010): Undercover Hartz-IV. Insider berichten. So bricht Hartz IV nationales und internationales Recht. Verlag tredition GmbH, Edition Vendramin, E-Book for free
- POLITIK UND ZEITGESCHICHTE (2010): Armut in Deutschland. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung. 51-52, 20. Dezember 2010
- POPP, ANDREAS (2008): Der Währungs-Countdown. Das verfehlt Geldsystem: Ursachen und Lösungen. FinanzBuch Verlag, München
- POPPER-LYNKEUS, JOSEF (1972)⁴: Das Recht zu leben und die Pflicht zu sterben. Johnson Reprint Corporation, New York/London
- POPPER-LYNKEUS, JOSEF (1924)²: Das Individuum und die Bewertung menschlicher Existenzen. Verlag von Carl Reissner, Dresden

- POPPER-LYNKEUS, JOSEF (1923): Die Allgemeine Nährpflicht. Als Lösung der sozialen Frage. Rikola Verlag, Wien/Leipzig/München
- PRISCHING, MANFRED (1986): Krisen. Eine soziologische Untersuchung. Hermann Böhlaus Nachf. Gesellschaft m.b.H.: Graz/Wien
- PUBLIK-FORUM (2010): Raubbau an der Seele. Warum immer mehr Menschen psychisch krank werden. Heft Nr. 22
- REICHENBACH, ROLAND/RICKEN, NORBERT/KOLLER, HANS-CHRISTOPH (HRSG.) (2011): Erkenntnispolitik und die Konstruktion pädagogischer Wirklichkeiten. Ferdinand Schöningh, Paderborn, München, Wien, Zürich
- REINALTER, HELMUT (HRSG.) (1980): Revolution und Gesellschaft. Zur Entwicklung des neuzeitlichen Revolutionsbegriffs. Inn-Verlag, Innsbruck
- RHOMBERG, MARKUS (2012): Sozialstaatsreform in der Mediendemokratie? Rezepte für die Realisierbarkeit eines Grundeinkommens. In: Werner, Götz W./Eichhorn, Wolfgang/Friedrich, Lothar (Hrsg.) (2012): Das Grundeinkommen. Würdigung-Werte-Wege. KIT Scientific Publishing, Karlsruhe, 246-259
- RHOMBERG, MARKUS/STEGERER, STEPHANIE (2012): „Raum freier Entfaltung“ oder „Arbeiten für Andere“? Eine Diskursanalyse der Öffentlichen Anhörung im Petitionsausschuss des Deutschen Bundestages zum „Bedingungslosen Grundeinkommen“. In: Werner, Götz W./Eichhorn, Wolfgang/Friedrich, Lothar (Hrsg.) (2012): Das Grundeinkommen. Würdigung-Werte-Wege. KIT Scientific Publishing, Karlsruhe, 156-167
- RIFKIN, JEREMY (1995): Das Ende der Arbeit und ihre Zukunft. Campus Verlag, Frankfurt/New York
- ROSENBUSCH, UTE (1998): Der Weg zum Frauenwahlrecht in Deutschland. Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden
- RUSSELL, BERTRAND (1973): Wege zur Freiheit. Sozialismus, Anarchismus, Syndikalismus. Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main. Aus dem Englischen übersetzt und herausgegeben von Reiner Demski. (Zuerst erschienen 1918)
- SCHÄFER, ALFRED (1999C): Eine unerträgliche Rhetorik. Zur Semantik einer sich für praxisnah haltenden Pädagogik. In: Dörpinghaus, Andreas/Helmer, Karl (Hrsg.): Zur Theorie der Argumentation in der Pädagogik. Verlag Königshausen & Neumann, Würzburg, 201-222

- SCHÄFER, ALFRED (1996): Das Bildungsproblem nach der humanistischen Illusion. Deutscher Studien Verlag, Weinheim
- SCHÄFER, ALFRED (1989): Zur Rehabilitierung des Wirkungsbegriffs. In: ders.: Zur Kritik pädagogischer Wirklichkeitsentwürfe. Möglichkeiten und Grenzen pädagogischer Rationalitätsansprüche. Deutscher Studienverlag, Weinheim, 68-76
- SCHÄFER, ALFRED (1989): Möglichkeiten und Grenzen der Legitimation konkreter Handlungsmaximen. In: ebenda, 193-199
- SCHÄFER, ALFRED (1984): Kritik der anthropologischen Legitimation der Pädagogik als Wissenschaft. In: Bildung und Erziehung, 37. Jahrgang, Böhlau Verlag, Köln Wien
- SCHÄFER, ALFRED (1985): Zur Autonomie des Subjekts in der Gemeinschaft. Überlegungen zur pädagogischen Theorie Jonas Cohns. In: Vierteljahresschrift für wissenschaftliche Pädagogik, Verlag Ferdinand Kamp GmbH, Bochum
- SCHÄFER, ALFRED (1992A): Die Argumentationsanalyse und das Ziel einer disziplinierten praktischen Wissenschaft. Anmerkungen zu den grundlagentheoretischen Implikationen des methodischen Ansatzes Paschens. In: Paschen, Harm/ Wigger, Lothar (Hrsg.) (1992): Pädagogisches Argumentieren. Deutscher Studienverlag, Weinheim, 377-391
- SCHÄFER, ALFRED (2005): Einführung in die Erziehungsphilosophie. Beltz Verlag, Weinheim und Basel
- SCHÄFER, ALFRED (1978): Zur gesellschaftlichen Formbestimmtheit schulischer Sozialisation. Pahl-Rugenstein Verlag, Köln
- SCHERHORN, GERHARD (2011): Grundeinkommen und Nachhaltige Entwicklung. In: Werner, Götz W./Eichhorn, Wolfgang/Friedrich, Lothar (Hrsg.) (2012): Das Grundeinkommen. Würdigung-Werte-Wege. KIT Scientific Publishing, Karlsruhe, 68-83
- SCHETSCHKE, MICHAEL (1996): Die Karriere sozialer Probleme. Soziologische Einführung. R. Oldenbourg Verlag, München, Wien
- SCHMID, THOMAS (HRSG.) (1986): Befreiung von falscher Arbeit. Thesen zum garantierten Mindesteinkommen. Wagenbachs Taschenbücherei, Berlin
- SCHNEIDER, FRIEDRICH (2010): Bedingungsloses Grundeinkommen. Eine Studie der Gesellschaft für Angewandte Wirtschaftsforschung mbH. Engelhardt und Bauer, Karlsruhe
- SCHNEIDER, MICHAEL (1990): Die abgetriebene Revolution. Von der Staatsfirma in die DM-Kolonie. Elefanten Press, Berlin

- SCHUBERT, NIKEL (2009): Bedingungsloses Grundeinkommen. Modelle und Realisierungsansätze. Diplomarbeit an der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg im Breisgau
- SHAPER, DUDLEY (1980): The Structure of Scientific Revolutions. In: Gutting, Gary (1980): Paradigms and Revolutions. Appraisals and applications of Thomas Kuhn's philosophy of science. University of Notre Dame Press, London, 27-38
- SIEVERS, HANS-JÜRGEN (1990): Stundenbuch einer deutschen Revolution. Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen
- STANDING, GUY (2012): Basic Income Pilot Schemes: Seventeen Design and Evaluation Imperatives. In: Jacobi, Dirk/Strengmann-Kuhn, Wolfgang (Hrsg.) (2012): Zukunft des Sozialen. Wege zum Grundeinkommen. Bildungswerk Berlin der Heinrich-Böll-Stiftung, 133-152
- STEGENER, STEPHANIE (2011): Darstellung von Grundeinkommensmodellen in deutschen Medien. Eine Untersuchung der Konzepte von Götz W. Werner und Dieter Althaus anhand einer kritischen Diskursanalyse.
http://www.bien2012.de/sites/default/files/paper_133_de.pdf
- STEGMÜLLER, WOLFGANG (1973): Was ist ein Paradigma. In: Ders. (1973): Probleme und Resultate der Wissenschaftstheorie und Analytischen Philosophie. Band II. Theorie und Erfahrung. Zweiter Halbband. Theorienstrukturen und Theoriendynamik. Springer-Verlag, Berlin, Heidelberg, New York, 195-207
- STEINER, RUDOLF (1962): Zur Dreigliederung des sozialen Organismus. Gesammelte Aufsätze 1919 – 1921. Verlag Freies Geistesleben, Stuttgart
- STEINER, RUDOLF (1976)⁶: Die Kernpunkte der sozialen Frage. In den Lebensnotwendigkeiten der Gegenwart und Zukunft. Rudolf Steiner Verlag, Dornach
- STEINER, RUDOLF (1977): Die soziale Frage. Sechs Vorträge gehalten in Zürich vom 3. Februar bis 8. März 1919. Rudolf Steiner Verlag, Dornach
- STEINER, RUDOLF (1979)⁵: Nationalökonomischer Kurs. Vierzehn Vorträge, gehalten in Dornach vom 24. Juli bis 6. August 1922 für Studenten der Nationalökonomie. Rudolf Steiner Verlag, Dornach
- STEINER, RUDOLF (1992)²⁴: Wie erlangt man Erkenntnisse der höheren Welten? Rudolf Steiner Verlag, Dornach

- STEINER, RUDOLF (1978)¹⁴: Die Philosophie der Freiheit. Rudolf Steiner Verlag, Dornach
- TENORTH, HEINZ-ELMAR (1992): Verbesserung des Argumentierens in der Pädagogik durch Argumentationsanalysen? In: Paschen, Harm/Wigger, Lothar (Hrsg.) (1992): Pädagogisches Argumentieren. Deutscher STUDIENVERLAG, WEINHEIM, 357-375
- TERWITTE, JOHANNES (2012): Wie Soziale Experimente die Grundeinkommensdebatte bereichern können. In: Jacobi, Dirk/Strengmann-Kuhn, Wolfgang (Hrsg.) (2012): Zukunft des Sozialen. Wege zum Grundeinkommen. Bildungswerk Berlin der Heinrich-Böll-Stiftung, 121-132
- THEOBALD, ROBERT (HRSG.) (1965): The guaranteed income. Next Step in Socioeconomic Evolution? Anchor Books, New York
- TOLLE, ECKHART (2010)³: Jetzt! Die Kraft der Gegenwart. Ein Leitfaden zum spirituellen Erwachen. Kamphausen, Bielefeld
- TOLLE, ECKHART (2005)¹⁰: Eine neue Erde. Bewusstseinsprung anstelle von Selbsterstörung. Arkana, München
- TOULMIN, STEPHEN (1974): Ist die Unterscheidung zwischen Normalwissenschaft und revolutionärer Wissenschaft stichhaltig? In: Lakatos, Imre/Musgrave, Alan (Hrsg.) (1974): Kritik und Erkenntnisfortschritt (Criticism and the Growth of Knowledge 1970), Vieweg & Sohn Verlagsgesellschaft, Braunschweig
- ULICH, DIETER (1987): Krise und Entwicklung. Zur Psychologie der seelischen Gesundheit. Psychologie Verlags Union, München-Weinheim
- VAN DER BORGHT, YANNIK/ VAN PARIJS, PHILIPPE (2005): Ein Grundeinkommen für alle? Geschichte und Zukunft eines radikalen Vorschlags. Campus-Verlag, Frankfurt am Main
- VOBRUBA, GEORG (HRSG.) (1993): Krisen. Prozeß, Wahrnehmung und Vergleich. Leipziger Universitätsverlag, Heft 6 (1993)
- WEIZSÄCKER, RICHARD FREIHERR VON (1990): Die Mauer wird keinen Bestand haben. In: Gerd Langguth (Hrsg.) (1990): Berlin: Vom Brennpunkt der Teilung zur Brücke der Einheit. Bonn, 321 – 328
- WERNER, GÖTZ W./EICHHORN, WOLFGANG/FRIEDRICH, LOTHAR (HRSG.) (2012): Das Grundeinkommen. Würdigung-Wertungen-Wege. KIT Scientific Publishing, Karlsruhe
- WERNER, GÖTZ W./ GÖHLER, ADRIENNE (2010): 1.000 Euro für jeden: Freiheit. Gleichheit. Grundeinkommen. Verlag Econ, Berlin

- WERNER, GÖTZ W. (2007): Einkommen für alle. Verlag Kiepenhauer & Witsch, Köln
- WERNER, GÖTZ W. (2006A)²: Ein Grund für die Zukunft: das Grundeinkommen. Interviews und Reaktionen. Verlag Freies Geistesleben, Stuttgart
- WERNER, GÖTZ W. (2006B): Das manische Schauen auf Arbeit macht uns alle krank. In: Stern 17/2006
- WICKERT, CHRISTL (HRSG.) (1990): „Heraus mit dem Frauenwahlrecht“. Die Kämpfe der Frauen in Deutschland und England um die politische Gleichberechtigung. Centaurus-Verlagsgesellschaft, Pfaffenweiler
- WIGGER, BERTHOLD U. (2013): Konsumsteuern in der Demokratie. In: Werner, Götz W./Eichhorn, Wolfgang/Friedrich, Lothar (Hrsg.) (2012): Das Grundeinkommen. Würdigung-Werte-Wege. KIT Scientific Publishing, Karlsruhe, 55-67
- WIGGER, LOTHAR (2010): Argumentationsanalyse als erziehungswissenschaftliche Forschungsmethode. In: Friebertshäuser, Barbara/Langer, Antje/Prenzel, Annedore (Hrsg.) (2010)³: Handbuch Qualitative Forschungsmethoden. 3. Vollständig überarbeitete Auflage. Juventa, Weinheim und München, 351-363
- WIGGER, LOTHAR/ PASCHEN, HARM (1994): DFG-Projekt EUDIS. „Einheit und Differenzierung im Schulwesen“. Unveröffentlichter Abschlußbericht, Bielefeld, Berlin, 91-104
- WIGGER, LOTHAR (1994): Probleme der Klassifikation pädagogischer Argumente. In: Horn, Klaus-Peter/Ders. (Hrsg.) (1994): Systematiken und Klassifikationen in der Erziehungswissenschaft. Deutscher Studien Verlag, Weinheim, 319-337
- WIGGER, LOTHAR (1992): Wieviel Argumente gibt es in der Pädagogik? In: Paschen, Harm/ders.(Hrsg.) (1992): Pädagogisches Argumentieren. Deutscher Studien Verlag, Weinheim, 235-252
- WIGGER, LOTHAR (1988): Tradition als pädagogisches Argument. Beispiele aus dem Bielefelder Katalog pädagogischer Argumente. In: Bildung und Erziehung, 41. Jahrgang 1988 (4), 427-444
- WOHLGENANT, LIESELOTTE/ BÜCHELE, HERWIG (1990): Den öko-sozialen Umbau beginnen: Grundeinkommen. Europaverlag, Wien
- WOLIN, SHELDON S. (1980): Paradigms and political theories. In: Gutting, Gary (edit.): Paradigms and Revolutions. Appraisals and applications of Thomas Kuhn's philosophy of science. University of Notre Dame Press, London, 160-191

- ZEIT GESCHICHTE (2009): Der Prophet der Krisen. Karl Marx.
Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. KG, Hamburg, Heft Nr. 3
- ZIEGLER, HOLGER (2003): Soziale Arbeit als Grundrechtshilfe-Der
Capability Approach. In: Ders.: Jugendhilfe als Prävention – Die
Refiguration sozialer Hilfe und Herrschaft in fortgeschrittenen
liberalen Gesellschaftsformationen. Dissertation an der Universität
Bielefeld, 787-823
- ZIEGLER, HOLGER (2011): Soziale Arbeit und das gute Leben –
Capabilities als sozialpädagogische Kategorie. In: Sedmak, Clemens
et. al. (2011): Der Capability-Approach in sozialwissenschaftlichen
Kontexten. Überlegungen zur Anschlussfähigkeit eines
entwicklungspolitischen Konzepts. VS Verlag, Wiesbaden, 117-137

Gesamtindex der Argumente

Abkopplung-Argument (André Gorz)	341
Abschaffung-Argument (André Gorz).....	331
Abstraktheit-Argument (Karl Marx / Friedrich Engels)	158
Administration-Argument (Liselotte Wohlgenannt / Herwig Büchele).....	316
Allgemeinheit-Argument (Joseph Popper-Lynkeus).....	175
Altersarmut-Argument (Götz Werner).....	395
Angstabbau-Argument (Liselotte Wohlgenannt / Herwig Büchele)	309
Angst-Argument (Götz Werner).....	384
Anpassung-Argument (André Gorz).....	350
Anreiz-Argument (André Gorz).....	375
Anthropologie-Argument (Götz Werner)	382
Antihumanismus-Argument (André Gorz).....	351
Äquivalenz-Argument (Rudolf Steiner)	233
Arbeitsanreiz-Argument (Götz Werner)	412
Arbeitsantrieb-Argument (Rudolf Steiner)	223
Arbeitsbewertung-Argument (Rudolf Steiner)	230
Arbeitsende-Argument (André Gorz).....	338
Arbeitskraft-Argument (Rudolf Steiner).....	214
Arbeitslosigkeit-Argument (Götz Werner).....	411
Arbeitsmarkt-Argument (Götz Werner)	409
Arbeitsmotivation-Argument (Joseph Popper-Lynkeus).....	190
Arbeitsreduktion-Argument (André Gorz).....	330
Arbeitstrieb-Argument (Erich Fromm)	299
Arbeitsverständnis-Argument (Joseph Popper-Lynkeus).....	184
Arbeitszwang-Argument (Rudolf Steiner)	225
Argwohn-Argument (Erich Fromm).....	274
Armut-Argument (Götz Werner).....	393
Armutsfalle-Argument (Liselotte Wohlgenannt / Herwig Büchele).....	322
Armutslösung-Argument (Liselotte Wohlgenannt / Herwig Büchele)	318
Aufklärung-Argument (Rudolf Steiner)	220
Aufwecken-Argument (Erich Fromm)	296
Ausbeutung-Argument (Karl Marx / Friedrich Engels).....	150
Ausgleich-Argument (Liselotte Wohlgenannt / Herwig Büchele).....	324
Autorität-Argument (Erich Fromm).....	255
Banalisierung-Argument (André Gorz).....	350
Bedürfnis-Argument (Karl Marx / Friedrich Engels).....	164
Bevormundung-Argument (Liselotte Wohlgenannt / Herwig Büchele).....	317
Bewusstsein-Argument (Götz Werner)	410
Bildung-Argument (Götz Werner).....	390
Bildungs-/Tätigkeitsgesellschaft-Argument (Liselotte Wohlgenannt / Herwig Büchele).....	324
Bourgeoisie-Argument (Karl Marx / Friedrich Engels)	150
Bürokratie-Argument (Götz Werner)	386
Demokratischer-Sozialismus-Argument (Erich Fromm)	265
Devisensteuer-Argument (André Gorz).....	365
Dienstbotenarbeit-Argument (André Gorz).....	353
Direktvergütung-Argument (Joseph Popper-Lynkeus)	182
Distribution-Argument (André Gorz)	347
Drecksarbeit-Argument (Joseph Popper-Lynkeus).....	204
Drei-Geld-Argument (Rudolf Steiner)	229
Dreigliederung-Argument (Rudolf Steiner)	221

Gesamindex der Argumente

Drei-Stadien-Argument (Joseph Popper-Lynkeus).....	198
Durchsichselbstsein-Argument (Karl Marx / Friedrich Engels).....	165
Ehrenamt-Argument (Götz Werner).....	403
Eigentumslosigkeit-Argument (Karl Marx / Friedrich Engels).....	149
Einkommensgarantie-Argument (André Gorz).....	370
Emanzipation-Argument (Götz Werner).....	402
Emotionale-Freiheit-Argument (Erich Fromm).....	266
Emotion-Argument (Götz Werner).....	409
Empfindlichkeit-Argument (Joseph Popper-Lynkeus).....	199
Entäußerung-/Vergegenständlichung-Argument (Karl Marx / Friedrich Engels).....	162
Entbürokratisierung-Argument (Erich Fromm).....	289
Enteignung-Argument (Karl Marx / Friedrich Engels).....	162
Entfaltung-Argument (Liselotte Wohlgenannt / Herwig Büchele).....	326
Entfremdung-Argument (Erich Fromm).....	250
Entfremdungsbedingung-Argument (André Gorz).....	365
Entkopplung-Argument (Götz Werner).....	389
Entstigmatisierung-Argument (Götz Werner).....	411
Erziehung-Argument (Erich Fromm).....	275
Ethikwechsel-Argument (André Gorz).....	353
Existenzminimum-Argument (Erich Fromm).....	270
Existenzrecht-Argument (Joseph Popper-Lynkeus).....	182
Exodus-Argument (André Gorz).....	364
Fähigkeitenverlust-Argument (André Gorz).....	335
Falsche-Maximen-Argument (Joseph Popper-Lynkeus).....	205
Finanzierbarkeit-Argument (Götz Werner).....	382
Finanzierung-Argument (Liselotte Wohlgenannt / Herwig Büchele).....	323
Fortschritt-Argument (Joseph Popper-Lynkeus).....	200
Frauen-Argument (Joseph Popper-Lynkeus).....	192
Freie-Forschung-Argument (Götz Werner).....	392
Freies-Geistesleben-Argument (Rudolf Steiner).....	225
Freie-Wissenschaft-Argument (Rudolf Steiner).....	226
Freiheit-Argument (Erich Fromm).....	266
Fremdversorgung-Argument (Götz Werner).....	406
Fruchtbarkeit-Argument (Joseph Popper-Lynkeus).....	195
Gebrauchswert-Argument (Karl Marx / Friedrich Engels).....	159
Geld-Argument (Karl Marx / Friedrich Engels).....	165
Geld-Eigendynamik-Argument (Rudolf Steiner).....	232
Geldverdienst-Argument (Erich Fromm).....	261
Geltung-Argument (André Gorz).....	330
Gesellschaftscharakter-Argument (Erich Fromm).....	283
Gesellschaftseinfluss-Argument (Erich Fromm).....	248
Gesellschaftskur-Argument (Erich Fromm).....	292
Gesellschaftsneuordnung-Argument (Karl Marx / Friedrich Engels).....	156
Gesellschaftsspaltung-Argument (Karl Marx / Friedrich Engels).....	148
Gesunder-Arbeitsvertrag-Argument (Rudolf Steiner).....	242
Gesundheit-Argument (Götz Werner).....	405
Gleiche-Augenhöhe-Argument (Joseph Popper-Lynkeus).....	188
Gleichgewicht-Argument (Erich Fromm).....	281
Gleichheit-Argument (Joseph Popper-Lynkeus).....	174
Globalisierung-Argument (Rudolf Steiner).....	233
Glück-Argument (Joseph Popper-Lynkeus).....	176
Grundbedingung-Argument (Karl Marx / Friedrich Engels).....	166
Güter-Argument (Liselotte Wohlgenannt / Herwig Büchele).....	323
Handlungsfreiheit-Argument (Erich Fromm).....	267
Hartz-IV-Alternative-Argument (Götz Werner).....	380

Herrschaft-Argument (André Gorz)	343
Herrschaftsanmaßung-Argument (Liselotte Wohlgenannt / Herwig Büchele).....	321
Hingabe-Argument (Erich Fromm).....	275
Homo-consumens-Argument (Erich Fromm)	302
Homöostase-Argument (Rudolf Steiner).....	242
Humanismus-Argument (Erich Fromm)	259
Identität-Argument (Liselotte Wohlgenannt / Herwig Büchele)	309
Individualität-Argument (Rudolf Steiner).....	223
Individuation-Argument (Erich Fromm)	300
Individuum-Argument (Joseph Popper-Lynkeus).....	201
Industrielle-Revolution-Argument (Karl Marx / Friedrich Engels)	145
Interessen-Argument (Erich Fromm)	293
Irrtum-Argument (Erich Fromm).....	272
Jenseits-Argument (André Gorz).....	336
Jetzt-Argument (Erich Fromm)	282
Kapitalismus-Argument (Rudolf Steiner).....	238
Kinderarmut-Argument (Götz Werner).....	394
Knechtschaft-Argument (Karl Marx / Friedrich Engels)	144
Kommunikation-/Information-Argument (Götz Werner).....	395
Kommunismus-Argument (Karl Marx / Friedrich Engels).....	150
Konformismus-Argument (Erich Fromm)	256
Konsum-Argument (Rudolf Steiner).....	227
Konsumenten-Argument (Erich Fromm)	280
Konsumentengewerkschaft-Argument (Liselotte Wohlgenannt / Herwig Büchele).....	322
Konsumsteuer-Argument (Götz Werner)	398
Kosten-Argument (Erich Fromm)	274
Kosten-Integration-Argument (André Gorz).....	335
Kostenloser-Konsum-Argument (Erich Fromm).....	304
Krankheit-Argument (Liselotte Wohlgenannt / Herwig Büchele).....	314
Krankheitssyndrom-Argument (Erich Fromm).....	269
Kreativität-Argument (Götz Werner)	404
Kriminalität-Argument (Joseph Popper-Lynkeus)	205
Krise-Argument (André Gorz).....	331
Kulturbedürfnis-Argument (Joseph Popper-Lynkeus)	187
Lebensarbeitszeit-Argument (Liselotte Wohlgenannt / Herwig Büchele).....	323
Lebensbereiche-Argument (Erich Fromm)	294
Lebenswert-Argument (Erich Fromm)	254
Leibeigenen-Argument (Karl Marx / Friedrich Engels).....	156
Leistung-Argument (Liselotte Wohlgenannt / Herwig Büchele).....	313
Leistungsermöglichung-Argument (Götz Werner).....	407
Liberté-Argument (Götz Werner).....	388
Lohngesellschaft-Argument (André Gorz)	366
Lohnsklaven-Argument (Joseph Popper-Lynkeus)	195
Lokales-Handeln-Argument (Liselotte Wohlgenannt / Herwig Büchele)	319
Mangelfreiheit-Argument (Joseph Popper-Lynkeus)	203
Marketingcharakter-Argument (Erich Fromm)	285
Marx-Argument (Erich Fromm)	286
Maschinensturm-Argument (Karl Marx / Friedrich Engels)	148
Massen-Argument (Joseph Popper-Lynkeus)	199
Menschenrecht-Argument (Liselotte Wohlgenannt / Herwig Büchele).....	322
Menschenwürde-Argument (Rudolf Steiner)	237
Millionär-Argument (Götz Werner)	408
Mindesteinkommen-Argument (André Gorz).....	363
Minimum-Argument (Joseph Popper-Lynkeus)	202
Missverhältnis-Argument (Erich Fromm)	290

Gesamtindex der Argumente

Mitläufer-Argument (Liselotte Wohlgenannt / Herwig Büchele)	319
Mobilität-Argument (Götz Werner)	395
Monopol-Argument (André Gorz)	352
Multiaktivität-Argument (André Gorz).....	368
Muße-Argument (Rudolf Steiner).....	226
Müßiggang-Argument (Joseph Popper-Lynkeus).....	203
Mutterschaft-/Mutterfunktion-Argument (André Gorz).....	357
Nachhaltigkeit-Argument (Götz Werner)	405
Nährarmee-Argument (Joseph Popper-Lynkeus).....	185
Naiver-Optimismus-Argument (Erich Fromm)	264
Naturrecht-Argument (Erich Fromm)	248
Not-Argument (Liselotte Wohlgenannt / Herwig Büchele).....	319
Nötigung-Argument (André Gorz)	371
Notwendigkeit-Argument (Joseph Popper-Lynkeus)	185
Öko-sozialer-Umbau-Argument (Liselotte Wohlgenannt / Herwig Büchele)	320
Paradies-Argument (André Gorz)	330
Parteien-Dekonstruktion-Argument (Rudolf Steiner)	219
Passivität-Argument (Erich Fromm).....	282
Pathologie-Argument (Erich Fromm).....	278
Patriarchat-Argument (Erich Fromm)	289
Phantom-Argument (André Gorz)	367
Phasenverschiebung-Argument (Erich Fromm).....	301
Physiognomie-Argument (Joseph Popper-Lynkeus).....	179
Preisstabilität-Argument (Götz Werner)	413
Prekariat-Argument (André Gorz)	366
Privatkrisen-Argument (Joseph Popper-Lynkeus).....	179
Privatwirtschaft-Argument (Joseph Popper-Lynkeus).....	187
Produktions-Fortschritt-Argument (Liselotte Wohlgenannt / Herwig Büchele).....	318
Produktionssteigerung-Argument (Erich Fromm).....	291
Proletariat-Argument (Karl Marx / Friedrich Engels).....	144
Proletarier-Bewusstsein-Argument (Rudolf Steiner)	239
Propaganda-Argument (Erich Fromm).....	295
Psychopathologie-Argument (Erich Fromm)	269
Psychosomatik-Argument (Erich Fromm)	275
Quantum-Argument (Karl Marx / Friedrich Engels)	159
Reservearmee-Argument (Karl Marx / Friedrich Engels)	160
Revolution-Argument (Karl Marx / Friedrich Engels).....	158
Robotertum-Argument (Erich Fromm)	277
Sackgasse-Argument (André Gorz)	374
Schenkung-Argument (Rudolf Steiner)	228
Schulautonomie-Argument (Rudolf Steiner).....	217
Schuldgefühl-Argument (Erich Fromm)	260
Schulfach-Argument (Joseph Popper-Lynkeus)	194
Schulreform-Argument (Götz Werner)	391
Schwarzarbeit-Argument (Liselotte Wohlgenannt / Herwig Büchele).....	312
Sein-Argument (Karl Marx / Friedrich Engels).....	162
Selbstlosigkeit-Argument (André Gorz).....	372
Selbstmord-Argument (Joseph Popper-Lynkeus)	200
Selbstorganisation-Argument (André Gorz)	357
Selbstzweck-Argument (André Gorz).....	352
Sicherung-/Sicherheit-Argument (Joseph Popper-Lynkeus).....	181
Sinn-Argument (Götz Werner)	403
Sinnfülle-Argument (Erich Fromm).....	292
Sinnlosigkeit-Argument (Erich Fromm).....	257
Sklaven-Argument (Karl Marx / Friedrich Engels)	155

Sozial-Grundgesetz-Argument (Rudolf Steiner).....	234
Sozialismus-Argument (Karl Marx / Friedrich Engels).....	153
Spaltung-Argument (Liselotte Wohlgenannt / Herwig Büchele)	316
Spannung-Argument (Liselotte Wohlgenannt / Herwig Büchele)	318
Spezifikum-Argument (Joseph Popper-Lynkeus).....	189
Spontaneität-Argument (Erich Fromm).....	301
Steuerfreibetrag-Argument (Götz Werner)	408
Steuersystemvereinfachung-Argument (Götz Werner).....	396
Strukturanalogie-Argument (Rudolf Steiner).....	216
Subvention-Argument (Götz Werner).....	402
Subventionierung-Argument (Liselotte Wohlgenannt / Herwig Büchele)	317
Südafrikanisierung-/Hausfrauisierung-Argument (André Gorz)	361
Sukzessivität-Argument (André Gorz)	373
Tätigkeit-Argument (Karl Marx / Friedrich Engels)	154
Tätigkeitsautonomie-Argument (André Gorz)	362
Tätigsein-Argument (Erich Fromm).....	281
Täuschung-Argument (Rudolf Steiner).....	231
Tauschwert-Argument (Erich Fromm).....	291
Technischer-Fortschritt-Argument (Götz Werner).....	386
Teilhabe-Argument (Götz Werner).....	385
Trägheit-Argument (Joseph Popper-Lynkeus).....	177
Überakkumulation-Unterkonsumtion-Argument (André Gorz).....	334
Überanstrengung-Argument (Erich Fromm).....	288
Überproduktion-Argument (Karl Marx / Friedrich Engels).....	142
Umdenken-Argument (Rudolf Steiner)	235
Umschwung-Argument (Rudolf Steiner)	241
Unabhängigkeit-Argument (Liselotte Wohlgenannt / Herwig Büchele).....	313
Unbrauchbarkeit-Argument (Joseph Popper-Lynkeus)	177
Ungleichheit-Argument (André Gorz)	335
Unmessbarkeit-Argument (André Gorz).....	371
Unternehmen-Argument (Götz Werner).....	400
Unvergleichbarkeit-Argument (Joseph Popper-Lynkeus)	183
Urheber-Argument (Erich Fromm).....	256
Utopie-Argument (Liselotte Wohlgenannt / Herwig Büchele)	312
Veränderung-Argument (Erich Fromm).....	279
Verdrängung-Argument (Erich Fromm).....	253
Vereinsamung-Argument (Götz Werner)	395
Verfassung-/Menschenrecht-Argument (Götz Werner).....	387
Vernetzung-Argument (Karl Marx / Friedrich Engels).....	149
Verökonomisierung-Argument (André Gorz).....	355
Verschleierung-Argument (André Gorz).....	339
Versicherungsfortschritt-Argument (Erich Fromm).....	294
Vertrauen-Argument (Götz Werner)	401
Verwaltung-Argument (Joseph Popper-Lynkeus).....	192
Verzicht-Argument (Joseph Popper-Lynkeus).....	190
Vollbeschäftigungs-Mythos-Argument (Götz Werner).....	381
Vorbereitung-Argument (Joseph Popper-Lynkeus).....	197
Vorbild-Argument (Götz Werner)	413
Wahre-Freiheit-Argument (Karl Marx / Friedrich Engels)	162
Ware-Argument (Karl Marx / Friedrich Engels)	142
Warencharakter-Argument (Rudolf Steiner)	211
Weibergemeinschaft-/Prostitution-Argument (Karl Marx / Friedrich Engels).....	154
Weltgeschichte-Argument (Karl Marx / Friedrich Engels).....	166
Widerstand-Argument (Liselotte Wohlgenannt / Herwig Büchele).....	311
Wirtschaftsfreiheit-Argument (Erich Fromm).....	266

Gesamtindex der Argumente

Wohnung-Argument (Joseph Popper-Lynkeus)	196
Work-/Welfare-Argument (André Gorz)	347
Wucher-Argument (Karl Marx / Friedrich Engels)	160
Zeit-Argument (Joseph Popper-Lynkeus)	198
Zerstörungsprozess-Argument (Liselotte Wohlgenannt / Herwig Büchele)	325
Zuchthaus-Argument (Joseph Popper-Lynkeus)	178
Zugang-Argument (André Gorz)	334
Zwang-Argument (Joseph Popper-Lynkeus)	196
Zweck-Argument (Erich Fromm).....	263
Zwei-Freiheiten-Argument (Liselotte Wohlgenannt / Herwig Büchele)	311
Zwei-Sicherheiten-Argument (Erich Fromm).....	258

Das Archivexemplar wurde auf
alterungsbeständigem Papier ISO 9706 gedruckt.